Wertpapierprospekt

vom 25. Juni 2010

Angebot von bis zu 50 Mio. EUR Genussscheine 2009/2020.
WKN: LB0ALR; ISIN: DE000LB0ALR4
an die Inhaber der Genussscheine mit der WKN: 812584; ISIN: DE0008125840

Landesbank Baden-Württemberg

LB BW

LB≡BW

Landesbank Baden-Württemberg
(Stuttgart, Bundesrepublik Deutschland)

Wertpapierprospekt

Angebot von

bis zu € 50.000.000
Genussscheine 2009/2020

ISIN: DE000LB0ALR4; Wertpapier-Kenn-Nummer: LB0ALR

an die Inhaber der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840

Dieses Dokument stellt einen Wertpapierprospekt im Einklang mit Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2003/71/EG (die "Prospektrichtlinie") dar (der "Prospekt").

Die bis zu EUR 50.000.000 Genussscheine 2009/2020 (die "Genussscheine") der Landesbank Baden-Württemberg ("LBBW" und die "Emittentin") sind in bis zu 50.000 Genussscheine zu je EUR 1.000,- eingeteilt. Die Genussscheine sind für ihre gesamte Laufzeit in einer Globalurkunde verbrieft. Die Globalurkunde lautet auf den Inhaber und wird während der gesamten Laufzeit der Genussscheine bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, hinterlegt. Die Genussscheine können in Form von Miteigentumsanteilen entsprechend den anwendbaren Regelungen der Clearstream Banking AG übertragen werden.

Der Prospekt wurde durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("BaFin") als zuständige Behörde im Sinne der Prospektrichtlinie (wie in diesem Prospekt definiert) gemäß § 13 Absatz (1) Satz 2 des deutschen Wertpapierprospektgesetzes, wonach die BaFin eine Vollständigkeitsprüfung des Prospekts einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen vornimmt, gebilligt.

Die Genussscheine sind und werden in Zukunft weder nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 ("Securities Act") oder einer anderen Wertpapieraufsichtsbehörde eines Staates oder einer anderen Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen dürfen die Genussscheine nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika, bzw. an oder für Rechnung von oder zugunsten von U.S.-Personen (wie in Regulation S unter dem Securities Act definiert), angeboten oder verkauft werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **1**

A. Zusammenfassung der Emittentenangaben 1

B. Zusammenfassung der Risikofaktoren 2

I. Risiken in Bezug auf die Finanzmarktkrise 2

II. Risiken in Bezug auf die Emittentin 3

1. Risiken in Zusammenhang mit der Übernahme der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft 3

2. Kreditrisiken 3

3. Marktpreisrisiken 3

4. Liquiditätsrisiken 3

5. Risiko einer Herabstufung des Ratings 3

6. Operationelle Risiken 4

7. Beteiligungsrisiken 4

8. Immobilienrisiken 4

9. Weitere Risiken 4

III. Risiken betreffend die Genussscheine 4

1. Spezielle Risiken betreffend die angebotenen Genussscheine 4

2. Besondere Investitionsrisiken 6

C. Zusammenfassung der Bedingungen der Genussscheine 7

D. Einsehbare Dokumente 11

Risikofaktoren **12**

A. Risiken in Bezug auf die Finanzmarktkrise 12

B. Risikofaktoren betreffend die Emittentin 13

I. Risiken in Zusammenhang mit der Übernahme der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft 13

II. Kreditrisiken 13

III. Marktpreisrisiken 14

IV. Liquiditätsrisiken 15

V. Risiko einer Herabstufung des Ratings 15

VI. Operationelle Risiken 15

VII. Beteiligungsrisiken 16

VIII. Immobilienrisiken 16

IX. Weitere Risiken ... 17
C. Risikofaktoren betreffend die Genussscheine ... 17
I. Genussscheine als komplexes Investment ... 17
II. Liquiditätsrisiko ... 17
III. Marktpreisrisiko und Rating ... 17
IV. Risiko der vorzeitigen Rückzahlung ... 17
V. Risiko aufgrund fester Gewinnausschüttung der Genussscheine ... 17
VI. Gewinnausschüttungen auf die Genussscheine sind vom Ertrag der LBBW abhängig ... 18
VII. Die Genussscheine nehmen an einem Bilanzverlust durch Herabsetzung ihres Rückzahlungsanspruches teil ... 18
VIII. Risiko aufgrund Nachrangigkeit der Genussscheine ... 18
IX. Risiko bei Ablösung vor Fälligkeit ... 18
X. Risiko potenzieller Interessenkonflikte ... 19
D. Besondere Investitionsrisiken ... 19
I. Transaktionskosten ... 19
II. Kreditfinanzierung ... 19
III. Steuerliche Auswirkungen der Anlage ... 19

Allgemeine Hinweise ... 21

Verantwortliche Personen ... 23

Informationen Dritter ... 23

Informationen über die Landesbank Baden-Württemberg ... 24

I. Allgemeines ... 24
1. Gründung, Firma und Sitz ... 24
2. Träger ... 24
3. Handelsregister ... 24
4. Sitze ... 25
5. Organe ... 25
6. Vorstand ... 25
7. Verwaltungsrat ... 27
8. Trägerversammlung ... 29
9. Kreditausschuss der LBBW ... 29
10. Beirat der LBBW ... 29

11. Interessenskonflikte 29
12. Abschlussprüfer 29
13. Dividenden 29
14. Geschäftsjahr 30
15. Wesentliche Konzernunternehmen 30
II. Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg 31
1. Überblick LBBW Konzern 31
2. Organisatorischer Aufbau 32
3. Künftige Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen 33
4. Konzernstruktur 34
5. Strategische Ziele 34
III. Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern 35
IV. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin 36
V. Trendinformationen 36
VI. Wesentliche Verträge 37
VII. Gerichts- und Schiedsverfahren 37

Einsehbare Dokumente 38

Beschreibung der Genussscheine 39

A. Wichtige Informationen 39
B. Angaben über die anzubietenden Genussscheine 39
I. Typ und Kategorie der Genussscheine 39
II. Zusammenhang zwischen Bilanz der LBBW und Wert der Genussscheine 39
1. Jährliche Ausschüttungen 39
2. Kapitalzahlungen 40
III. Anwendbares Recht 40
IV. Form, Verwahrung und Übertragung der Genussscheine 40
V. Währung 40
VI. Status und Rang 40
VII. Kündigungsrechte 41
VIII. Rückkauf 41
IX. Ermächtigungsgrundlage 41
X. Begebungstag 41
XI. Ausschüttungen / Begrenzung von Ausschüttungen /Rechte und Ausübungsverfahren. 41

1. Jährliche Ausschüttungen ... 41
2. Begrenzung von Ausschüttungen ... 42
XII. Verjährung ... 42
XIII. Rendite ... 42
XIV. Gläubigerversammlungen ... 42
XV. Rückzahlung bei Endfälligkeit und Abrechnungsverfahren ... 42
1. Zahlung bei Endfälligkeit ... 42
2. Verlustbeteiligung ... 43
3. Rückzahlungsverfahren ... 43
C. Verkaufsbeschränkungen, Besteuerung und sonstige Bedingungen, denen das Angebot der Genussscheine unterliegt ... 43
I. Verkaufsbeschränkungen ... 43
1. Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums ... 43
2. Vereinigte Staaten von Amerika ... 45
3. Vereinigtes Königreich ... 45
II. Steuerliche Behandlung der Genussscheine ... 46
1. Allgemeines ... 46
2. Bundesrepublik Deutschland ... 46
III. Bedingungen und Konditionen des Angebots ... 49
1. Zeitplan Angebotsbedingungen ... 49
2. Emissionsvolumen ... 49
3. Angebotsfrist ... 49
4. Erwerb der Genussscheine ... 50
5. Emissionspreis ... 50
6. Lieferung ... 50
7. Bezugsrechte ... 50
8. Investoren, denen die Genussscheine angeboten werden ... 50
IV. Platzierung und Emission ... 50
1. Platzierung ... 50
2. Zahlstellen ... 50
3. Berechnungsstelle ... 50
V. Zulassung zum Handel , Börsennotierungen ... 50
VI. Zusätzliche Informationen ... 51
1. Sachverständige ... 51
2. Kreditrating ... 51

3. Informationen nach Emission 51

Emissionsbedingungen der Genussscheine 52

Annex 1- Geprüfte Konzernfinanzinformationen für das Jahr 2009 ..... A-1

Konzernlagebericht A-2
Konzern-GUV A-110
Konzernbilanz A-113
Eigenkapitalveränderungsrechnung A-115
Kapitalflussrechnung A-117
Konzernanhang A-120
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers A-227

Annex 2- Geprüfte Konzernfinanzinformationen für das Jahr 2008 ..... B-1

Konzernlagebericht B-2
Konzern-GUV B-95
Konzernbilanz B-96
Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen B-98
Kapitalflussrechnung B-99
Konzernanhang B-101
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers B-197

Annex 3- Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und Lagebericht zum Geschäftsjahr 2009 ..... C-1

Lagebericht C-2
Gewinn- und Verlustrechnung C-93
Bilanz C-95
Anhang C-99
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers C-139

Parteien, Adressen, Unterschriften U-1

Zusammenfassung

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Prospekt zu verstehen. Jegliche Anlageentscheidung sollte auf die Prüfung des gesamten Prospektes sowie etwaiger Nachträge gestützt werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Genussscheinen veröffentlicht werden.

Die Landesbank Baden-Württemberg übernimmt die Verantwortung für diese Zusammenfassung. Die LBBW kann haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie im Zusammenhang mit anderen Teilen des Prospektes gelesen wird.

Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass er für den Fall, dass er vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend macht, in Anwendung einzelstaatlicher Vorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes die Kosten für die Übersetzung des Prospektes vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

A. Zusammenfassung der Emittentenangaben

Die Landesbank Baden-Württemberg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

In der LBBW als Mutterunternehmen des Konzerns sind Stabs- und Servicefunktionen auf Konzernebene gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Kundengeschäft des Konzerns. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch spezialisierte Tochtergesellschaften. Dadurch verbindet der LBBW-Konzern effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der Nähe regionaler Kundenbanken.

Die Finanzdienstleistungen und Marktaktivitäten des LBBW-Konzerns verteilen sich künftig auf fünf Geschäftsfelder: Firmenkunden, Privatkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Die LBBW unterhält in Deutschland Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, 212 Filialen vorwiegend in Baden-Württemberg sowie Stützpunkte in bedeutenden deutschen Städten. Die LBBW beschäftigte zum 31. Dezember 2009 auf Konzernebene 13.630 Mitarbeiter.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich das Geschäftsvolumen im LBBW-Konzern deutlich um -8,9 % bzw. -42,8 Mrd. EUR verringert und belief sich zum Jahresende auf 439,9 Mrd. EUR. Der Rückgang war dabei maßgeblich auf das Abschmelzen der Konzernbilanzsumme zurückzuführen, welche zum Stichtag bei 411,7 Mrd. EUR lag und sich im Vorjahresvergleich um -8,1 % bzw. -36,0 Mrd. EUR verringerte. Maßgeblich hierbei war der zum 31. Dezember 2009 beobachtbare Volumenrückgang der Forderungen an Kreditinstitute und der Finanzanlagen, denen nur ein geringfügiger Anstieg der Handelsaktiva gegenüberstand. Darüber hinaus reduzierte sich auch der Bestand der außerbilanziellen Größen um -19,4 %, geprägt im Wesentlichen durch die Verminderung der unwiderruflichen Kreditzusagen (um -19,2 % bzw. -5,1 Mrd. EUR).

Trotz solider Ertragszuwächse im operativen Geschäft und sich erholender Finanzmärkte waren die Umfeldbedingungen aufgrund der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft nach wie vor

schwierig, so dass der LBBW-Konzern für das Geschäftsjahr 2009 erneut einen Konzernjahresfehlbetrag auswies, welcher allerdings mit 1.482 Mio. EUR um -29,8 % bzw. +630 Mio. EUR unter dem Vorjahresfehlbetrag von 2.112 Mio. EUR lag. Beeinflusst wurde das Ergebnis neben der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft, insbesondere erkennbar an der erhöhten Risikovorsorge und Belastungen im Finanzanlageergebnis auf bestimmte strukturierte Anleihen und Wertpapiere, auch durch die mit der EU-Beihilfegenehmigung entstandenen Belastungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des LBBW-Konzerns.

Positiv auf die operativen Erträge wirkte auch die Entspannung an den Finanzmärkten, was sich insbesondere in Wertaufholungen bei kreditsensitiven Finanzinstrumenten wie Verbriefungsprodukten, Credit Default Swaps (CDS) und Anleihen zeigte. Gleichwohl wurden diese Wertaufholungen (Fair-Value-Zuwächse) durch Wertberichtigungen (Impairments) und Belastungen aus der Risikovorsorge zum Teil kompensiert, so dass die Gewinn- und Verlustrechnung mit insgesamt 144 Mio. EUR durch die Entlastungen an den Finanzmärkten positiv beeinflusst wurde.

B. Zusammenfassung der Risikofaktoren

Der Erwerb von unter dem Angebotsprogramm begebenen Genussscheinen ist mit den im Folgenden zusammengefassten Risiken verbunden. Anleger sollten neben den übrigen in dieser Zusammenfassung enthaltenen Informationen auch die nachfolgenden Risiken einer Anlage in den angebotenen Genussscheinen besonders in Betracht ziehen.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Genussscheinen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung der betreffenden Genussscheine für das Erreichen des angestrebten Anlagezieles angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor dem Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

Sollte eines oder sollten mehrere dieser Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Genussscheine oder im Extremfall zu einem Totalverlust der erwarteten Ausschüttungen bzw. sonstigen Erträge und des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

I. Risiken in Bezug auf die Finanzmarktkrise

Die internationale Finanzmarktkrise hat die Geschäftsjahre 2008 und 2009 in der Kreditwirtschaft geprägt. Ein Krisenumfeld gestörter Märkte für eine Vielzahl von Finanzprodukten und fortgesetzte Belastungen aus Wertberichtigungen zeichneten die Geschäfts- und Ertragsentwicklung schwer. Weltweit verloren Institute erheblich an Wert, einige gingen in Konkurs bzw. mussten vor dem Zusammenbruch gerettet werden.

Im Zuge der Krise haben sich an den Märkten erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute etabliert. Darüber hinaus hat sich ein Vertrauensverlust in der Finanzbranche eingestellt, der zu einer drastischen Reduzierung langfristiger Refinanzierungsmittel führte. (Re)kapitalisierungsfähigkeit und Refinanzierungsfähigkeit haben daher als Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewonnen.

Den Folgen der hektischen Marktentwicklungen, welche unter anderem Ergebnis der anhaltenden Vertrauenskrise waren, konnte sich auch der LBBW-Konzern aufgrund seiner Einbindung in das globale Finanzmarktgeschehen nicht entziehen.

II. Risiken in Bezug auf die Emittentin

Der Eintritt der nachfolgend genannten Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Zusätzliche Risiken, die der LBBW gegenwärtig nicht bekannt sind oder die nach Ansicht der LBBW derzeit nicht maßgeblich sind, können ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ebenfalls beeinträchtigen.

1. Risiken in Zusammenhang mit der Übernahme der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft

Von dem in 2008 vorgenommenen Erwerb der Sachsen LB durch die LBBW waren die strukturierten Portfolios Ormond Quay und Sachsen Funding I ausgenommen. Diese Portfolios mit einem Geschäftsvolumen von 17,3 Mrd. EUR wurden auf die in 2008 gegründete Zweckgesellschaft Sealink Funding Ltd. übertragen. Zur Absicherung von Zahlungsausfällen innerhalb dieser Portfolios hat der Freistaat Sachsen eine Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. EUR bereitgestellt. Zahlungsausfälle aus ehemals Sachsen Funding I Wertpapieren sind jedoch in Höhe von ursprünglich 71,3 Mio. EUR vorrangig durch die LBBW zu tragen (*Special-First-Loss-Garantie*). Für den Gesamtbetrag der *Special-First-Loss*-Garantie wurden bereits zu Beginn in voller Höhe Rückstellungen gebildet. Zahlungsausfälle über den Garantiebetrag des Freistaats Sachsen hinaus bis zu einer Summe von 6 Mrd. EUR werden seit 30. Juni 2009 durch eine *Second-Loss-Garantie* des Landes Baden-Württemberg abgedeckt.

2. Kreditrisiken

Kreditrisiken resultieren aus möglichen Wertverlusten, die durch Ausfälle oder Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Geschäftspartnern, anderen Kontrahenten und Beteiligungen, durch Wertveränderung von Sicherheiten oder durch die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs entstehen.

3. Marktpreisrisiken

Die LBBW unterliegt dem Risiko, dass Bestandteile ihres Kredit- und Kapitalmarktportfolios in ihrem Marktwert sinken. Diese Marktpreisrisiken umfassen mögliche Portfoliowertverluste, die durch Veränderung von Marktpreisen, wie beispielsweise Zinssätzen, Credit Spreads, Devisen-, Rohwaren- und Aktienkursen, oder preisbeeinflussenden Parametern wie Volatilitäten oder Korrelationen ausgelöst werden.

4. Liquiditätsrisiken

Das Risiko der Zahlungsunfähigkeit auf Grund akuter Zahlungsmittelknappheit wird als Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet. Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte auf Grund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können. Das Liquiditätsrisikomanagement hat mit den neuen Marktsituationen seit Beginn der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 an Bedeutung gewonnen.

5. Risiko einer Herabstufung des Ratings

Eine Herabstufung des Ratings der LBBW oder einer ihrer Tochtergesellschaften könnte nachteilige Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten und das gesamte Verhältnis zu Investoren und Kunden haben.

6. Operationelle Risiken

Die LBBW unterliegt operationellen Risiken. Diese Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Systemen und Menschen oder infolge externer Einflüsse eintreten, wobei rechtliche Risiken eingeschlossen sind.

7. Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken im engeren Sinn versteht die LBBW potenzielle Wertverluste in Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Darüber hinaus bezieht dies auch das Risiko der Inanspruchnahme aus einer übernommenen persönlichen Haftung als Anteilseigner (Gewährträgerhaftung, Patronatserklärungen) sowie das Risiko der Übernahme laufender Verluste von Tochtergesellschaften auf Grund von Ergebnisabführungsverträgen ein.

8. Immobilienrisiken

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertänderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie.

9. Weitere Risiken

Darüber hinaus unterliegt die LBBW weiteren Risiken wie Reputationsrisiken, strategischen Risiken und Geschäftsrisiken.

III. Risiken betreffend die Genussscheine

Eine Investition in die Genussscheine beinhaltet das Risiko, dass es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Genussscheine oder zu einem vollständigen oder teilweisen Verlust von Ausschüttungen und des eingesetzten Kapitals kommt.

1. Spezielle Risiken betreffend die angebotenen Genussscheine

- **Genussscheine als komplexes Investment:** Genussscheine sind komplexe Finanzinstrumente, in die potentielle Anleger nur investieren sollten, wenn sie (selbst oder durch ihre Finanzberater) über die nötige Expertise verfügen, um die Entwicklung der Genussscheine unter wechselnden Bedingungen, die resultierenden Wertveränderungen der Genussscheine sowie die Auswirkungen einer solchen Anlage auf ihr Gesamtportfolio einzuschätzen.

- **Liquiditätsrisiko:** Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Genussscheine entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass ein Anleger seine Genussscheine nicht jederzeit zu angemessenen Marktpreisen veräußern kann. Die Liquidität des Sekundärmarktes hängt auch davon ab, wie viele Inhaber der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 (die "**ausstehenden Genussscheine**"), an die sich das Angebot hinsichtlich der Genussscheine richtet, sich für einen Erwerb der hier beschriebenen Genussscheine entscheiden.

- **Marktpreisrisiko und Rating:** Inhaber von Genussscheinen sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Genussscheine ausgesetzt, welches sich verwirklichen kann, wenn ein Inhaber seine Genussscheine vor Fälligkeit veräußert. Insbesondere sollten sich Inhaber von Genussscheinen bewusst sein, dass – selbst bei einem liquiden Sekundärmarkt – die an einer Börse notierten Preise für die Genussscheine sowie deren

Kauf- und Verkaufspreis bei einem direkten Handel, wesentlich von dem Emissionspreis der Genussscheine abweichen können. Das Rating der LBBW ist nicht notwendigerweise aussagekräftig hinsichtlich der Genussscheine. Das Rating der LBBW ist keine Kauf-, Verkaufs- oder Halteempfehlung hinsichtlich der Genussscheine und kann jederzeit von der jeweils vergebenden Ratingagentur ausgesetzt, herabgesetzt oder widerrufen werden. Eine Aussetzung, Herabsetzung oder ein Widerruf des Ratings der LBBW könnte nachteilige Auswirkungen auf den Marktpreis der Genussscheine haben.

- **Risiko der vorzeitigen Rückzahlung:** Soweit die LBBW gemäß den Emissionsbedingungen der Genussscheine berechtigt ist, die Genussscheine vor Fälligkeit zurückzuzahlen, sind Inhaber solcher Genussscheine dem Risiko ausgesetzt, dass infolge der vorzeitigen Rückzahlung ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweisen wird.

- **Risiko aufgrund fester Gewinnausschüttung der Genussscheine:** Aufgrund der festen Gewinnausschüttung der Genussscheine (die dadurch begrenzt ist, dass durch Ausschüttungen kein Bilanzverlust der LBBW entstehen darf) sind Inhaber der Genussscheine dem Risiko ausgesetzt, dass der Kurs der Genussscheine infolge von Veränderungen des aktuellen Marktzinssatzes fällt.

- **Gewinnausschüttungen auf die Genussscheine sind vom Ertrag der LBBW abhängig:** Gewinnausschüttungen auf die Genussscheine finden nur insoweit statt, als durch die Ausschüttungen kein Bilanzverlust bei der LBBW entsteht. Inhaber der Genussscheine sind dem Risiko ausgesetzt, dass Gewinnausschüttungen teilweise oder insgesamt ausbleiben und/oder dass der Kurs der Genussscheine bei Unterbleiben oder drohendem Unterbleiben von Ausschüttungen fällt. **Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.**

- **Die Genussscheine nehmen an einem Bilanzverlust durch Herabsetzung ihres Rückzahlungsbetrags teil:** Obgleich der Buchwert der Genussscheine in jedem der Herabsetzung nachfolgenden Geschäftsjahr der LBBW bis zum Ablauf der Besserungsperiode wieder bis zur Höhe des Nennbetrags der Genussscheine aufgefüllt wird, soweit ein entsprechender Bilanzgewinn vorhanden ist, besteht die Gefahr, dass Investoren bei Rückzahlung der Genussscheine nicht den gesamten von ihnen investierten Betrag zurück erhalten und einen Verlust erleiden. **Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.**

  Aufgrund des negativen HGB-Ergebnisses 2009 werden die von der LBBW und den in ihr aufgegangenen Vorgängerinstituten ausgegebenen Genussscheine und stillen Einlagen nicht bedient. Darüber hinaus werden diese Kapitalinstrumente am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust partizipieren.

  Dies bedeutet, dass der Rückzahlungskurs aus jedem Genussschein von 100,000% auf 88,671% (kaufmännisch gerundet) reduziert wird. Sollten in folgenden Geschäftsjahren weitere Bilanzverluste entstehen, würden diese zu einer weiteren Minderung des Genussscheinkapitals führen.

- **Risiko aufgrund Nachrangigkeit der Genussscheine:** Im Falle der Liquidation oder der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hinsichtlich des Vermögens der LBBW oder eines außergerichtlichen Vergleichs- oder eines anderen der Abwendung der Eröffnung eines In-

solvenzverfahrens dienenden Verfahrens gegen die LBBW gehen die Verbindlichkeiten aus den Genussscheinen den Ansprüchen dritter Gläubiger der LBBW aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten im Range nach, so dass Zahlungen auf diese Verbindlichkeiten solange nicht erfolgen, wie die Ansprüche aller dritten Gläubiger der LBBW aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten nicht vollständig befriedigt sind. Inhaber von Genussscheinen unterliegen dem Risiko, dass der Kurs der Genussscheine bereits im Vorfeld eines der vorstehend genannten Verfahren fällt.

- **Risiko bei Ablösung vor Fälligkeit:** Werden die Genussscheine vor dem Fälligkeitstag abgelöst oder von der LBBW anders als in § 10 Absatz 5 Satz 6 Satz KWG (Marktpflege) geregelt zurückgekauft, so müssen die abgelösten bzw. bezahlten Beträge unter bestimmten Umständen und ungeachtet gegensätzlich lautender Vereinbarungen an die LBBW zurückgegeben werden, es sei denn, die bezahlten Beträge wurden durch anderes haftendes Eigenkapital von mindestens gleichem Wert im Sinne des KWG ersetzt oder die BaFin hat einer derartigen Ablösung bzw. einem derartigen Rückkauf zugestimmt.

- **Risiko potenzieller Interessenkonflikte:** Die LBBW und ihre verbundenen Unternehmen können im Rahmen der Marktpflege Genussscheine für eigene oder fremde Rechnung erwerben oder veräußern. Zeitpunkt und Umfang solcher Erwerbe oder Veräußerungen können den Kurs der Genussscheine in einer Weise beeinflussen, die den Interessen anderer Inhaber von Genussscheinen zuwider laufen kann.

2. Besondere Investitionsrisiken

- Die tatsächliche Rendite der Genussscheine kann infolge von Transaktionskosten niedriger sein als die angegebene Rendite.

- Wird der Erwerb der Genussscheinen mit Kredit finanziert, so kann sich das Verlustrisiko für einen Anleger, dass mit den Genussscheinen kein Erfolg erzielt wird, beträchtlich erhöhen, da der Anleger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen muss.

- Die effektive Rendite der Genussscheine kann durch die steuerlichen Auswirkungen der Anlage in Genussscheine verringert werden.

C. Zusammenfassung der Bedingungen der Genussscheine

Emittentin	Landesbank Baden-Württemberg.
Zahlstelle	Landesbank Baden-Württemberg
Berechnungsstelle	Landesbank Baden-Württemberg
Gesamtnennbetrag	Bis zu EUR 50.000.000
Begebungstag	4. August 2010
Stückelung	EUR 1.000
Form der Genussscheine	Die Genussscheine werden durch eine auf den Inhaber lautende Globalurkunde (die "**Globalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft. Einzelne Genussscheine und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.
Keine Gesellschafterrechte	Die Genussscheine verbriefen lediglich Gläubigerrechte. Sie gewähren keine Gesellschafterrechte.
Rang der Genussscheine	Die Genussscheine treten gegenüber allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern der LBBW im Rang zurück. Im Falle eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen oder der Liquidation der LBBW werden die Genussscheine nach allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern, gleichrangig mit weiteren Genussscheinen bedient; die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös. Die Aufrechnung des Anspruchs aus den Genussscheinen gegen Forderungen der LBBW ist ausgeschlossen; den Genussscheininhabern werden keine Sicherheiten durch die LBBW oder durch Dritte eingeräumt.
Laufzeit und Rückzahlung	Die Laufzeit der Genussscheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2020 befristet. Vorbehaltlich der Verlustbeteiligung werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 15. Juli 2021 fällig. Sofern zu diesem Zeitpunkt die endgültige Feststellung des Jahresabschlusses des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Verwaltungsrat (bzw. dessen Nachfolgeorgan) noch nicht erfolgt ist, wird die Zahlung am ersten Bankarbeitstag nach der endgültigen Feststellung fällig. Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine bis zur Fälligkeit mit dem in § 2 Absatz 1 Satz 2 der Emissionsbedingungen genannten Ausschüttungssatz für das Geschäftsjahr 2020 verzinst.

Verlustbeteiligung

Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.

Der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers verringert sich infolge des Bilanzverlustes der LBBW für das Geschäftsjahr 2009 und wird im Falle von Bilanzverlusten der LBBW in folgenden Geschäftsjahren ebenfalls vermindert werden und zwar in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Tilgung des Bilanzverlustes gemindert wird.

Wiederauffüllung nach Verlustbeteiligung

Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Gewinnverwendung vorgenommen wird. Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Ausschüttungen / Begrenzung von Ausschüttungen

Die Genussscheininhaber erhalten – vorbehaltlich des Eintritts eines Bilanzverlustes wie nachfolgend ausgeführt – für die Jahre 2009 und 2010 eine jährliche Ausschüttung von 6,75% (p.a.) des Nennbetrages der Genussscheine und für die folgenden Jahre eine Ausschüttung in Höhe des Referenzsatzes zuzüglich 1,35% (p.a.) des Nennbetrages der Genussscheine. Der Referenzsatz ist der 10-Jahres-EUR -Swapsatz, der am Begebungstag um oder gegen 11.00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main) auf der Reuters-Seite ISDAFIX2 veröffentlicht wird, wie von der Berechnungsstelle festgestellt. Der ISDAFIX2 kann von allen Banken und Sparkassen, die Zugang zu den entsprechenden Angeboten des Informationsdienstes Reuters haben, bezogen werden.

Die Genussscheine sind vom 1. Januar 2009 an rückwirkend ausschüttungsberechtigt. Die Ausschüttung wird berechnet durch Multiplikation des Nennbetrages mit dem anwendbaren Ausschüttungssatz, multipliziert mit der tatsächlichen Zahl von Tagen in der betreffenden Ausschüttungsperiode, geteilt durch 365 (act/act).

Ausschüttungen auf die Genussscheine gehen Ausschüttungen auf das Stammkapital und der Dotierung von Rücklagen vor.

Die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, und zwar die älteren zuerst, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu bedienen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Fälligkeit von Gewinnausschüttungen	Die Ausschüttung auf die Genussscheine für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 15. Juli des folgenden Jahres fällig. Sofern zu diesem Zeitpunkt die endgültige Feststellung des Jahresabschlusses des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Verwaltungsrat (bzw. dessen Nachfolgeorgan) noch nicht erfolgt ist, wird die Zahlung am ersten Bankarbeitstag nach der endgültigen Feststellung fällig.
Kündigung der Genussscheine durch die LBBW	Die LBBW kann die Genussscheine frühestens mit dem Ablauf des dritten Geschäftsjahres, das auf das Geschäftsjahr der Begebung der Genussscheine folgt unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei (2) Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – also frühestens zum 31. Dezember 2013 mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 kündigen. Die LBBW kann die Genussscheine außerdem unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei (2) Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – frühestens zum 31. Dezember 2012 – durch Bekanntmachung kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, dass dies bei der LBBW zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer führt. Die Kündigung darf – vorbehaltlich des im vorstehenden Satz bestimmten Zeitpunkts – im Falle einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftssteuer frühestens zum Ende des Geschäftsjahres, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmals die Steuerbelastung bei der LBBW anfallen würde, ausgesprochen werden. Die wirksame Ausübung dieses Kündigungsrechts setzt weiterhin voraus, dass die LBBW die Genussscheine durch anderes, mindestens gleichwertiges, haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG ersetzt hat oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dieser vorzeitigen Rückzahlung vorher zustimmt.
Anwendbares Recht und Gerichtsstand	Die Genussscheine unterliegen deutschem Recht. Nichtausschließlicher Gerichtsstand ist Stuttgart.
Verwahrung	Die Genussscheine werden für die Dauer ihrer Laufzeit in globalverbriefter Form bei Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland, hinterlegt.
Steuern	Sämtliche auf die Genussscheine zu zahlenden Beträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde von oder in der Bundesrepublik Deutschland auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben.
Börsenzulassung und Börsenhandel	Die Zulassung der Genussscheine zum Handel am Regulierten Markt der Stuttgarter Wertpapierbörse ist beabsichtigt.
Ermächtigungsgrundlage	Die Ausgabe der Genussscheine wurde von dem nach Gesetz und Satzung zuständigen Vorstand der Emittentin genehmigt.

Bedingungen des Angebots, technische Angaben:	
Bedingungen, denen das Angebot unterliegt	Die Emittentin beabsichtigt, die Genussscheine ausschließlich den Inhabern der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 anzubieten.
Angebotsfrist	Vom 7. Juli 2010 bis zum 30. Juli 2010. Die Angebotsfrist kann verlängert oder vorzeitig beendet werden. Die Emittentin behält sich das Recht vor, die geplante Emission nicht durchzuführen.
Emissionspreis	99,5% (entsprechend dem ursprünglichen Emissionspreis der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840).
Mindesthandelsgröße	1 Stück
Verkaufsbeschränkungen:	Angebot und Verkauf der Genussscheine unterliegen Verkaufsbeschränkungen insbesondere in den Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland.
Wertpapierkennziffern:	ISIN: DE000LB0ALR4 WKN: LB0ALR

D. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Prospektes können die folgenden Dokumente auf den jeweils angegebenen Internetseiten der Landesbank Baden-Württemberg eingesehen werden:

- der Prospekt,
- sämtliche Nachträge, die die Emittentin gegebenenfalls gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz erstellen wird,
- das gemäß § 10 Wertpapierprospektgesetz jährlich nach Offenlegung des Konzernabschlusses zu erstellende Dokument und

jeweils auf www.LBBW-markets.de unter der Rubrik "Renten" oder einer diese ersetzenden Seite, sowie

- die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg,
- Geschäftsberichte der Landesbank Baden-Württemberg für die Geschäftsjahre 2008 und 2009, die den geprüften Konzernabschluss und den geprüften Konzernlagebericht des Geschäftsjahres 2008 bzw. 2009 enthalten und
- Jahresabschlüsse der Landesbank Baden-Württemberg für die Geschäftsjahre 2008, bzw. 2009, die den geprüften Lagebericht des Geschäftsjahres 2008 bzw. 2009 enthalten,

jeweils auf www.LBBW.de (unter dem Link "Über uns") oder einer diese ersetzenden Seite.

Die Emittentin wird darüber hinaus jedem Anleger auf Anfrage kostenfrei ein Druckexemplar dieses Prospektes sowie seiner Nachträge zur Verfügung stellen. Diese Dokumente können von den angegebenen Internetseiten der Landesbank Baden-Württemberg heruntergeladen oder durch ein an die folgende Adresse gerichtetes Schreiben angefordert werden: Landesbank Baden-Württemberg, Back Office Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland.

Risikofaktoren

Der Erwerb der Genussscheine ist mit verschiedenen Risiken verbunden. Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Genussscheinen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sollten sie neben den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen die nachfolgenden Risiken einer Anlage in den angebotenen Genussscheinen besonders in Betracht ziehen.

Potenzielle Anleger sollten die Risiken im Zusammenhang mit einer Anlage in die Genussscheine und die Eignung der Genussscheine angesichts ihrer persönlichen Umstände mit ihren eigenen Finanz-, Steuer- und Rechtsberatern erörtern.

Eine Investition in die Genussscheine beinhaltet das Risiko, dass es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Genussscheine oder zu einem vollständigen oder teilweisen Ausfall von Ausschüttungen und/oder zu einem Verlust des gesamten eingesetzten Kapitals kommt.

A. Risiken in Bezug auf die Finanzmarktkrise

Seit Mitte 2007 sind die Weltwirtschaft und die globalen Finanzmärkte extremen Turbulenzen unterworfen. Diese haben sich auch auf die so genannte Realwirtschaft (d h. außerhalb des Finanzsektors) entwickelter und aufstrebender Volkswirtschaften ausgewirkt und für nahezu alle Anlageklassen zu einer erheblichen Volatilität der Märkte – einschließlich der Aktien-, Devisen-, Renten- und Kreditmärkte – geführt. Es gibt keine Garantie dafür, dass die von verschiedenen Regierungen zur Linderung der globalen Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen erfolgreich sein werden oder dass sich die weltweite Finanzkrise nicht verschärfen wird. Infolge der globalen Finanzkrise können sich die Struktur, die Beschaffenheit und die Regulierung der Finanzmärkte möglicherweise in der Zukunft auf unvorhersehbare Weise grundlegend ändern. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es künftig aus ähnlichen oder anderen Gründen zu vergleichbaren oder größeren Verwerfungen kommen wird. Es besteht keine Gewähr, dass es nicht erneut zu einer weltweiten Rezession kommt, und es kann keine Sicherheit hinsichtlich ihrer Schärfe und Dauer geben. Ferner kann nicht gewährleistet werden, dass staatliche Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen der Krise greifen werden und dass sie nicht stattdessen zu einer schwereren und/oder länger andauernden Rezession führen oder beitragen werden. Die Konjunkturaussichten sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet**.**

Die internationale Finanzmarktkrise hat die Geschäftsjahre 2008 und 2009 in der Kreditwirtschaft geprägt. Ein Krisenumfeld gestörter Märkte für eine Vielzahl von Finanzprodukten und fortgesetzte Belastungen aus Wertberichtigungen zeichneten die Geschäfts- und Ertragsentwicklung schwer. Weltweit verloren Institute erheblich an Wert, einige gingen in Konkurs bzw. mussten vor dem Zusammenbruch gerettet werden.

Im Zuge der Krise haben sich an den Märkten erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute etabliert. Darüber hinaus hat sich ein Vertrauensverlust in der Finanzbranche eingestellt, der zu einer drastischen Reduzierung langfristiger Refinanzierungsmittel führte. (Re)kapitalisierungsfähigkeit und Refinanzierungsfähigkeit haben daher als Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewonnen.

Den Folgen der hektischen Marktentwicklungen, welche unter anderem Ergebnis der anhaltenden Vertrauenskrise waren, konnte sich auch der LBBW-Konzern aufgrund seiner Einbindung in das globale Finanzmarktgeschehen nicht entziehen. Infolge der Finanzmarktkrise kann die Emittentin auf Schwierigkeiten bei der Refinanzierung stoßen oder möglicherweise eine Refinanzierung nur zu höheren Zinsen erreichen. Die Emittentin kann ferner erhöhten Adressenausfallrisiken ausge-

setzt sein. Eine mangelnde Refinanzierungsfähigkeit der Emittentin hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Liquiditätslage.

Potenzielle Anleger sollten sicherstellen, dass sie hinsichtlich der globalen Finanzkrise, der Wirtschaftslage und der Konjunkturaussichten über ausreichende Kenntnisse verfügen, die sie für erforderlich erachten, um die Risiken und Vorteile einer Investition in die Wertpapiere selbst beurteilen zu können. Insbesondere sollten potenzielle Anleger die erhebliche Unsicherheit bezüglich dessen, wie sich die globale Finanzkrise und die allgemeine Wirtschaftslage im Laufe der Zeit entwickeln werden, berücksichtigen.

B. Risikofaktoren betreffend die Emittentin

Interessierte Anleger sollten bei der Entscheidung über den Erwerb von Wertpapieren der LBBW neben den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und Risikofaktoren die nachfolgenden spezifischen Risikofaktoren beachten, die sich auf die LBBW in ihrer Eigenschaft als Emittentin beziehen. Die nachfolgend genannten, wesentlichen Risiken stellen keine abschließende Aufzählung der für die LBBW spezifischen Risiken dar. Zusätzliche Risiken, die der LBBW gegenwärtig nicht bekannt sind oder die nach Ansicht der LBBW derzeit nicht maßgeblich sind, können ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ebenfalls beeinträchtigen.

Der Eintritt der nachfolgend genannten Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen.

I. Risiken in Zusammenhang mit der Übernahme der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft

Von dem in 2008 vorgenommenen Erwerb der Sachsen LB durch die LBBW waren die strukturierten Portfolios Ormond Quay und Sachsen Funding I ausgenommen. Diese Portfolios mit einem Geschäftsvolumen von 17,3 Mrd. EUR wurden auf die in 2008 gegründete Zweckgesellschaft Sealink Funding Ltd. übertragen.

Zur Absicherung von Zahlungsausfällen innerhalb dieser Portfolios hat der Freistaat Sachsen eine Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. EUR bereitgestellt. Zahlungsausfälle aus ehemals Sachsen Funding I Wertpapieren sind jedoch in Höhe von ursprünglich 71,3 Mio. EUR vorrangig durch die LBBW zu tragen (*Special-First-Loss-Garantie*). Für den Gesamtbetrag der *Special-First-Loss*-Garantie wurden bereits zu Beginn in voller Höhe Rückstellungen gebildet.

Zahlungsausfälle über den Garantiebetrag des Freistaats Sachsen hinaus bis zu einer Summe von 6 Mrd. EUR werden seit 30. Juni 2009 durch eine *Second-Loss*-Garantie des Landes Baden-Württemberg abgedeckt. Alle über 8,75 Mrd. EUR (*Special-First-Loss*-Garantie plus *Second-Loss*-Garantie) hinausgehenden Verluste wären überwiegend von den anderen beteiligten Landesbanken zu tragen.

II. Kreditrisiken

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW ist eng mit der Entwicklung ihrer Kreditrisiken verbunden.

Kreditrisiken bezeichnen mögliche Wertverluste, die durch Ausfälle oder Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Geschäftspartnern, anderen Kontrahenten und Beteiligungen, durch Wertveränderung von Sicherheiten oder durch die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs entstehen.

Negative Entwicklungen im wirtschaftlichen Umfeld der Kunden der LBBW, Wettbewerbseinflüsse sowie Fehler in der Unternehmensführung können die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer und Geschäftspartner der LBBW erhöhen.

Nachfolgend sind mögliche Szenarien beschrieben, die sich über eine Zunahme der Kreditrisiken nachteilig auf die Risikosituation und auf die Solvenz der LBBW auswirken können:

- Globale Wirtschafts- und/oder Bankenkrisen können zu Verlusten innerhalb des national und international ausgerichteten Geschäfts der LBBW führen.
- Branchenkrisen erhöhen die Ausfallrisiken der in dieser Branche aktiven Unternehmen sowie zusätzlich deren Zulieferbetriebe. Größere Verluste können entstehen, wenn Krisen in einer oder mehreren Branchen auftreten, in denen die LBBW stark investiert (z.B. Automobil, Commercial Real Estate).
- Ausgelöst durch kundenspezifische Risikofaktoren kann es zum Ausfall großer Kreditnehmer kommen (Klumpenrisiko).
- Auch das Retailsegment (kleinere Gewerbe- und Privatkunden) kann durch die wirtschaftliche Abhängigkeit zum Kernmarkt Baden-Württemberg die Solvenz der LBBW beeinflussen.
- Ein Wertverfall von Sicherheiten bis hin zu deren fehlender Verwertungsmöglichkeit würde die Verluste aus Kreditrisiken erhöhen. Dies gilt insbesondere für zur Besicherung herangezogene Wertpapiere oder Immobilien.
- Die LBBW investiert in Wertpapiere, Kredite und Kreditderivate, wodurch ebenfalls Kreditrisiken (inklusive Länderrisiken) entstehen. Bei Kreditderivaten besteht zusätzlich das Risiko, dass der Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen resultierend aus dem Kreditderivat nicht nachkommen kann (Kontrahentenrisiko).
- Rechtliche Änderungen bei den Rückstellungs- und Risikomanagementerfordernissen können zu erhöhtem Aufwand in der Leistungserstellung und geringerer Rentabilität im Markt führen.

III. Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko umfasst mögliche Portfoliowertverluste, die durch Veränderung von Marktpreisen, wie beispielsweise Zinssätzen und Credit Spreads, Devisen-, Rohwaren- und Aktienkursen, oder preisbeeinflussenden Parametern wie Volatilitäten oder Korrelationen ausgelöst werden.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW ist damit insbesondere von folgenden Faktoren abhängig:

- Schwankungen der Zinssätze (einschließlich Veränderungen im Verhältnis des Niveaus der kurz- und langfristigen Zinssätze zueinander),
- Schwankungen der Credit Spreads: Das sich hieraus ergebende Risiko ist durch die aktuelle Finanzmarktkrise verstärkt in den Fokus des Risikomanagements gerückt, insbesondere hinsichtlich der Bewertung von verbrieften Krediten,
- Aktien- und Währungskurse sowie Preise für Waren.

Die LBBW hält Zins-, Aktien-, Währungs- sowie einen geringen Teil an Rohstoff-Positionen. Auf Grund der Auswirkungen der Schwankungen der jeweiligen Märkte könnten sich daraus Konsequenzen ergeben, die einen nachteiligen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage der LBBW haben.

Von Bedeutung für die LBBW sind insbesondere Veränderungen im Zinsniveau bei unterschiedlichen Laufzeiten und Währungen, in denen die LBBW zinssensitive Positionen hält. Im Finanzan-

lagevermögen der LBBW haben die in Euro denominierten festverzinslichen Wertpapiere ein hohes Gewicht. Dementsprechend können Zinsschwankungen in der Euro-Zone den Wert des Finanzvermögens stark beeinflussen. Ein Anstieg des Zinsniveaus könnte den Wert des festverzinslichen Finanzvermögens substanziell verringern, und unvorhergesehene Zinsschwankungen könnten den Wert der von der LBBW gehaltenen Bestände an Anleihen und Zinsderivaten nachteilig beeinflussen. Darüber hinaus sind Veränderungen im Niveau der Credit Spreads von hoher Bedeutung.

Die genannten Faktoren sowie das allgemeine Marktumfeld, die Handelstätigkeit insgesamt und die allgemeine Marktvolatilität liegen außerhalb der Kontrolle der LBBW. Daher kann nicht sichergestellt werden, dass ein positives Handelsergebnis, wie in den Jahren vor der Finanzmarktkrise, entsteht. Dies kann sich negativ auf die Profitabilität der Gesamtbank auswirken.

IV. Liquiditätsrisiken

Die LBBW unterliegt mehreren Ausprägungen des Liquiditätsrisikos:

- Das Risiko der Zahlungsunfähigkeit auf Grund akuter Zahlungsmittelknappheit wird als Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet.
- Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet potenzielle Ertragsbelastungen aus dem Anstieg der Refinanzierungskosten der Bank bei kurzfristiger Refinanzierung langfristiger Aktiva.
- Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte auf Grund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne könnte schlagend werden, weil beispielsweise Einlagen vorzeitig abgezogen oder Kreditzusagen in unerwartet hohem Ausmaß in Anspruch genommen werden. Eine akute Zahlungsmittelknappheit könnte auch durch Fehlplanungen beim internen Liquiditätsmanagement verursacht werden. Zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit könnte es dann notwendig werden, große oder weniger marktgängige Positionen in ungünstigen Marktsituationen zu veräußern, was unter Umständen nur zu ungünstigen Konditionen möglich wäre. Dies könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW erheblich negativ beeinflussen. Die Möglichkeit einer Zahlungsunfähigkeit besteht grundsätzlich auch als Folge negativer Einflüsse aus den anderen genannten Risikokategorien.

Das Risiko eines Anstiegs der Refinanzierungskosten in Folge einer verschlechterten Bonität der LBBW wird im nachfolgenden Abschnitt "*V. Risiko einer Herabstufung des Ratings*" erläutert.

V. Risiko einer Herabstufung des Ratings

Die Rating-Agenturen Moody's und Fitch bewerten, ob ein potenzieller Kreditnehmer zukünftig in der Lage sein wird, seinen Verpflichtungen vereinbarungsgemäß nachzukommen, und nehmen eine Bonitätseinstufung (Rating) vor. Bei einer weiteren Herabstufung des Ratings der LBBW oder einer ihrer Tochtergesellschaften ist damit zu rechnen, dass dies nachteilige Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten und das gesamte Verhältnis zu Investoren und Kunden hat. Der Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen könnte erschwert und die Konkurrenzfähigkeit auf den Märkten so negativ beeinflusst werden, dass die Fähigkeit des Konzerns, profitabel zu operieren, in Frage gestellt wird.

VI. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken (OpRisk) sind seit jeher untrennbar mit jeglicher Geschäftsaktivität verbunden.

Die LBBW definiert operationelle Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Operationelle Risiken sind als eigenständige Risikoart durch die ansteigende Komplexität von Bankaktivitäten, die zunehmende Innovationsgeschwindigkeit sowie insbesondere auch den in den letzten Jahren stark gestiegenen Einsatz anspruchsvoller Technologien im Bankgeschäft verstärkt ins Blickfeld gerückt. So ist das umfangreiche institutionelle Bankgeschäft, wie es die LBBW betreibt, in steigendem Maße von hoch entwickelter Informationstechnologie ("IT-Systemen") abhängig. IT-Systeme sind gegenüber einer Reihe von Problemen, wie Computerviren, Hackern, Ausfall notwendiger Infrastruktur sowie Soft- oder Hardwarefehlern, anfällig.

Das sich wandelnde Umfeld in der Bankenbranche stellt gleichzeitig ständig steigende Anforderungen an die Mitarbeiter und ihre Qualifikation. Menschliche Fehler in Arbeitsprozessen, aber auch interne Betrugsrisiken, werden sich dabei auch bei der LBBW nie vollständig ausschließen lassen.

Die LBBW ist im üblichen Maße Naturgewalten ausgesetzt. Allgemeine Trends, die in zunehmenden Angriffen mit krimineller Energie oder einer zunehmenden Gefährdung durch Terrorrisiken bestehen, gelten auch für die Landesbank Baden-Württemberg.

VII. Beteiligungsrisiken

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem allgemeinen Buch- bzw. Unternehmenswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

VIII. Immobilienrisiken

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Bauschäden etc.). Nicht hierunter fallen Risiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft sowie dem Geschäft im Bereich Real Estate Services. Diese werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Der Schwerpunkt des Immobilienbestands der LBBW liegt in Süddeutschland. Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifizier in Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie in eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Das wesentliche Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart.

IX. Weitere Risiken

Darüber hinaus unterliegt die LBBW weiteren Risiken wie Reputationsrisiken - dies sind Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der LBBW -, strategische Risiken - dies sind Verluste aufgrund strategischer Fehlentscheidungen - und Geschäftsrisiken - dies sind Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet, soweit sie nicht die bereits genannten banktypischen Risiken betreffen.

C. Risikofaktoren betreffend die Genussscheine

I. Genussscheine als komplexes Investment

Genussscheine sind komplexe Finanzinstrumente, in die potentielle Anleger nur investieren sollten, wenn sie (selbst oder durch ihre Finanzberater) über die nötige Expertise verfügen, um die Entwicklung der Genussscheine unter wechselnden Bedingungen, die resultierenden Wertveränderungen der Genussscheine sowie die Auswirkungen einer solchen Anlage auf ihr Gesamtportfolio einzuschätzen.

II. Liquiditätsrisiko

Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Genussscheine entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass ein Anleger seine Genussscheine nicht jederzeit zu angemessenen Marktpreisen veräußern kann. Die Liquidität des Sekundärmarktes hängt auch davon ab, wie viele Inhaber der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 (die "**ausstehenden Genussscheine**"), an die sich das Angebot hinsichtlich der Genussscheine richtet, sich für einen Erwerb der hier beschriebenen Genussscheine entscheiden.

III. Marktpreisrisiko und Rating

Inhaber von Genussscheinen sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Genussscheine ausgesetzt, welches sich verwirklichen kann, wenn ein Inhaber seine Genussscheine vor Fälligkeit veräußert. Insbesondere sollten sich Inhaber von Genussscheinen bewusst sein, dass – selbst bei einem liquiden Sekundärmarkt – die an einer Börse notierten Preise für die Genussscheine sowie deren Kauf- und Verkaufspreis bei einem direkten Handel, wesentlich von dem Emissionspreis der Genussscheine abweichen können. Das Rating der LBBW ist nicht notwendigerweise aussagekräftig hinsichtlich der Genussscheine. Das Rating der LBBW ist keine Kauf-, Verkaufs- oder Halteempfehlung hinsichtlich der Genussscheine und kann jederzeit von der jeweils vergebenden Ratingagentur ausgesetzt, herabgesetzt oder widerrufen werden. Eine Aussetzung, Herabsetzung oder ein Widerruf des Ratings der LBBW könnte nachteilige Auswirkungen auf den Marktpreis der Genussscheine haben.

IV. Risiko der vorzeitigen Rückzahlung

Soweit die LBBW gemäß den Emissionsbedingungen der Genussscheine berechtigt ist, die Genussscheine vor Fälligkeit zurückzuzahlen, sind Inhaber solcher Genussscheine dem Risiko ausgesetzt, dass infolge der vorzeitigen Rückzahlung ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweisen wird.

V. Risiko aufgrund fester Gewinnausschüttung der Genussscheine

Aufgrund der festen Gewinnausschüttung der Genussscheine (die dadurch begrenzt ist, dass durch Ausschüttungen kein Bilanzverlust der LBBW entstehen darf) sind Inhaber der Genuss-

scheine dem Risiko ausgesetzt, dass der Kurs der Genussscheine infolge von Veränderungen des aktuellen Marktzinssatzes fällt.

VI. Gewinnausschüttungen auf die Genussscheine sind vom Ertrag der LBBW abhängig

Gewinnausschüttungen auf die Genussscheine finden nur insoweit statt, als durch die Ausschüttungen kein Bilanzverlust bei der LBBW entsteht. Inhaber der Genussscheine sind dem Risiko ausgesetzt, dass Gewinnausschüttungen teilweise oder insgesamt ausbleiben und/oder dass der Kurs der Genussscheine bei Unterbleiben oder drohendem Unterbleiben von Ausschüttungen fällt. **Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.**

VII. Die Genussscheine nehmen an einem Bilanzverlust durch Herabsetzung ihres Rückzahlungsanspruches teil

Obgleich der Buchwert der Genussscheine in jedem der Herabsetzung nachfolgenden Geschäftsjahr der LBBW bis zum Ablauf der Besserungsperiode, wie in § 7 Abs. 2 der Emissionsbedingungen beschrieben, wieder bis zur Höhe des Nennbetrags der Genussscheine aufgefüllt wird, soweit ein entsprechender Bilanzgewinn vorhanden ist, besteht die Gefahr, dass Investoren bei Rückzahlung der Genussscheine nicht den gesamten von ihnen investierten Betrag zurück erhalten und einen Verlust erleiden. **Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.**

Aufgrund des negativen HGB-Ergebnisses 2009 werden die von der LBBW und den in ihr aufgegangenen Vorgängerinstituten ausgegebenen Genussscheine und stillen Einlagen nicht bedient. Darüber hinaus werden diese Kapitalinstrumente am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust partizipieren.

Dies bedeutet, dass der Rückzahlungskurs aus jedem Genussschein von 100,000% auf 88,671% (kaufmännisch gerundet) reduziert wird. Sollten in folgenden Geschäftsjahren weitere Bilanzverluste entstehen, würden diese zu einer weiteren Minderung des Genussscheinkapitals führen.

VIII. Risiko aufgrund Nachrangigkeit der Genussscheine

Im Falle der Liquidation oder der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hinsichtlich des Vermögens der LBBW oder eines außergerichtlichen Vergleichs- oder eines anderen der Abwendung der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens dienenden Verfahrens gegen die LBBW gehen die Verbindlichkeiten aus den Genussscheinen den Ansprüchen dritter Gläubiger der LBBW aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten im Range nach, so dass Zahlungen auf diese Verbindlichkeiten solange nicht erfolgen, wie die Ansprüche aller dritten Gläubiger der LBBW aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten nicht vollständig befriedigt sind. Inhaber von Genussscheinen unterliegen dem Risiko, dass der Kurs der Genussscheine bereits im Vorfeld eines der vorstehend genannten Verfahren fällt.

IX. Risiko bei Ablösung vor Fälligkeit

Werden die Genussscheine vor dem Fälligkeitstag abgelöst oder von der LBBW anders als in § 10 Absatz 5 Satz 6 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – "**KWG**") geregelt zurückgekauft, so müssen die abgelösten bzw. bezahlten Beträge unter bestimmten Umständen und ungeachtet gegensätzlich lautender Vereinbarungen an die LBBW zurückgegeben werden, es sei denn, die bezahlten Beträge wurden durch anderes haftendes Eigenkapital von mindestens glei-

chem Wert im Sinne des KWG ersetzt oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat einer derartigen Ablösung bzw. einem derartigen Rückkauf zugestimmt.

X. Risiko potenzieller Interessenkonflikte

Die LBBW, ihre Träger und ihre verbundenen Unternehmen können von Zeit zu Zeit Genussscheine für eigene oder fremde Rechnung erwerben oder veräußern. Zeitpunkt und Umfang solcher Erwerbe oder Veräußerungen können den Kurs der Genussscheine in einer Weise beeinflussen, die den Interessen anderer Inhaber von Genussscheinen zuwider laufen kann.

D. Besondere Investitionsrisiken

I. Transaktionskosten

Die tatsächliche Rendite der Genussscheine kann infolge von Transaktionskosten niedriger sein als die angegebene Rendite.

Beim Kauf und Verkauf von Genussscheinen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten (Transaktionskosten, Provisionen) an, die das Gewinnpotenzial der Genussscheine erheblich verringern oder sogar ausschließen können. Neben diesen Kosten, die unmittelbar mit dem Kauf eines Wertpapiers verbunden sind (direkte Kosten), müssen Anleger auch die Folgekosten (z. B. Depotentgelte) berücksichtigen. Sie sollten sich vor Erwerb der Genussscheine über die mit dem Erwerb, der Verwahrung oder dem Verkauf der Genussscheine zusätzlich anfallenden Kosten informieren.

Anleger müssen darüber hinaus berücksichtigen, dass bei Käufen und Verkäufen von Genussscheinen zwischen den Zahlungstagen für Ausschüttungen, je nach Typ und Ausgestaltung der Genussscheine, gegebenenfalls keine Stückzinsen berechnet oder bezahlt werden.

II. Kreditfinanzierung

Wird der Erwerb der Genussscheine mit Kredit finanziert, so kann sich das Risiko für einen Anleger, dass mit den Genussscheinen kein Erfolg erzielt wird, beträchtlich erhöhen.

Wird der Erwerb der Genussscheine mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall hinsichtlich der Genussscheine oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, den Kredit aus Gewinnen eines Geschäftes verzinsen und zurückzahlen zu können. Vielmehr sollte der Anleger vorher seine wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin überprüfen, ob er zur Verzinsung und gegebenenfalls kurzfristigen Tilgung des Kredites auch dann in der Lage ist, wenn statt der erwarteten Gewinne Verluste eintreten.

III. Steuerliche Auswirkungen der Anlage

Die effektive Rendite der Genussscheine kann durch die steuerlichen Auswirkungen der Anlage in die jeweiligen Genussscheine verringert werden.

Ausschüttungen auf die Genussscheine oder vom Anleger bei Verkauf oder Rückzahlung der Genussscheine realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Die Emittentin rät allen Anlegern, ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Genussscheine zu konsultieren. Zu den Steuerrisiken,

die Anleger zusammen mit ihren Beratern prüfen sollten, zählen unter anderem das Risiko der Doppelbesteuerung (in Deutschland und ihrer Heimatrechtsordnung) sowie die Auswirkungen durch die Einführung der sogenannten Abgeltungssteuer.

Allgemeine Hinweise

Soweit sich nicht aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt, bezeichnen die Begriffe "Emittentin", "Landesbank Baden-Württemberg", "LBBW" und "Bank" die Landesbank Baden-Württemberg und der Begriff "LBBW-Konzern" die Landesbank Baden-Württemberg einschließlich ihrer konsolidierten Beteiligungen. Diese sind im Konzernabschluss der LBBW aufgeführt.

Die Emittentin hat gemäß § 13 Wertpapierprospektgesetz diesen Prospekt der zuständigen Behörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), zur Billigung vorgelegt und der zuständigen Behörde mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, Genussscheine in Deutschland öffentlich anzubieten.

Die Genussscheine werden in einer Dauerglobalurkunde verbrieft, die bei Clearstream Banking AG, Frankfurt, Deutschland hinterlegt wird. Die Genussscheine können entsprechend den Bestimmungen von Clearstream Banking AG übertragen werden.

Dieser Prospekt ist in Zusammenhang mit etwaigen Nachträgen zum Prospekt zu lesen.

Die Verwendung dieses Prospektes ist ausschließlich für Zwecke einer Anlageentscheidung über die Genussscheine gestattet. Jede darüber hinausgehende Nutzung des Prospektes ist unzulässig.

Ausschließlich die Landesbank Baden-Württemberg sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt genannten Quellen, haben die zur Erstellung dieses Prospektes benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat niemanden zur Abgabe von Gewährleistungen oder zur Weiterleitung von Informationen betreffend die LBBW oder die Genussscheine ermächtigt, die über den Inhalt dieses Prospektes und seiner etwaigen Nachträge hinausgehen. Dementsprechend gelten etwa abgegebene Gewährleistungen oder Informationen nicht als von der Landesbank Baden-Württemberg ermächtigt.

Es ist nicht gewährleistet, dass sämtliche in diesem Prospekt und seinen etwaigen Nachträgen enthaltenen Informationen nach ihrer jeweiligen Veröffentlichung noch zutreffend sind. Die Emittentin wird jedoch gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit in Bezug auf die in diesem Prospekt und seinen etwaigen Nachträgen enthaltenen Informationen, die die Beurteilung der Genussscheine beeinflussen können, jeweils in einem Nachtrag zum Prospekt bekannt geben.

Die Genussscheine sind und werden in Zukunft weder nach den Vorschriften des Securities Act oder einer anderen Wertpapieraufsichtsbehörde eines Staates oder einer anderen Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten von Amerika registriert. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, dürfen die Genussscheine nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika, bzw. an oder für Rechnung oder zugunsten von U.S.-Personen (wie in Regulation S unter dem Securities Act definiert), angeboten oder verkauft werden (siehe Abschnitt "*Verkaufsbeschränkungen*" unter Abschnitt C. der Beschreibung der Genussscheine).

Die Genussscheine dürfen innerhalb der Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums ab dem Zeitpunkt, zu dem die "Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG" ("Prospektrichtlinie") in den betreffenden Vertragsstaaten umgesetzt wird, nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Prospektrichtlinie und den in den betreffenden Vertragsstaaten zur Umsetzung der Prospekt-

richtlinie erlassenen Gesetzen und Vorschriften öffentlich angeboten und veräußert werden.

Dieser Prospekt beinhaltet weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zum Erwerb der Genussscheine in Ländern, in denen ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung zum Erwerb unzulässig wäre. Die Veröffentlichung oder der Vertrieb dieses Prospektes sowie Verkaufsangebote oder der Verkauf von Genussscheinen kann in bestimmten Ländern rechtlich unzulässig sein. Die Landesbank Baden-Württemberg gibt keine Gewähr dafür, dass dieser Prospekt gemäß den jeweils anwendbaren Registrierungs- oder Billigungserfordernissen oder sonstigen Anforderungen in dem betreffenden Land oder unter einer in diesem Land anwendbaren Ausnahmebestimmung vertrieben werden darf oder dass die Genussscheine nach diesen Bestimmungen angeboten werden dürfen. Die Landesbank Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für einen derartigen Vertrieb oder ein derartiges Angebot. Insbesondere hat die Landesbank Baden-Württemberg keine Maßnahmen gestattet oder veranlasst, die ein öffentliches Angebot der Genussscheine oder einen Vertrieb dieses Prospektes in Ländern ermöglichen würden, in denen hierfür besondere Maßnahmen erforderlich sind. Dementsprechend dürfen die Genussscheine weder direkt oder indirekt angeboten oder verkauft werden, noch darf dieser Prospekt oder Werbe- oder Angebotsmaterialien vertrieben oder veröffentlicht werden, es sei denn, dies geschieht in Übereinstimmung mit den in den betreffenden Ländern anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen.

Sollten Personen in den Besitz dieses Prospektes oder von Genussscheinen gelangen, müssen sie sich selbst über etwa anwendbare Beschränkungen betreffend den Vertrieb des Prospektes bzw. das Angebot oder den Verkauf der Genussscheine informieren und diese Beschränkungen beachten. Auf die in den Vereinigten Staaten von Amerika und hinsichtlich US-Personen geltenden Beschränkungen für den Vertrieb des Prospektes sowie für das Angebot und den Verkauf Genussscheine wird besonders hingewiesen (siehe Abschnitt "*Verkaufsbeschränkungen*" unter Abschnitt C. der Beschreibung der Genussscheine).

Die Landesbank Baden-Württemberg gibt keine Zusicherungen oder Gewährleistungen darüber ab, ob eine Anlage in die Genussscheine nach den jeweils anwendbaren Gesetzen eines Landes zulässig ist. Jeder Anleger muss sich selbst vergewissern, ob er das mit dem Erwerb von Genussscheinen verbundene wirtschaftliche Risiko tragen kann.

Weder dieser Prospekt noch etwaige Nachträge hierzu oder sonstige in Zusammenhang mit den Genussscheinen zur Verfügung gestellten Informationen bezwecken es (i) als Basis für ein Bonitätsurteil oder (ii) als Empfehlung, Angebot oder Aufforderung der Landesbank Baden-Württemberg zu dienen, Genussscheine zu erwerben oder zu zeichnen. Anleger müssen ihre Anlageentscheidungen auf eigene Untersuchungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Bonität der Landesbank Baden-Württemberg und der Bedingungen der angebotenen Genussscheine stützen, einschließlich der Chancen und der Risiken, die damit verbunden sind.

Weder die Landesbank Baden-Württemberg noch ein Dritter hat eine Verpflichtung zum Erwerb der Genussscheine oder zur Herstellung oder Aufrechterhaltung einer Marktliquidität übernommen. Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass sich in Bezug auf unter dem Angebotsprogramm begebene Genussscheine ein liquider Markt entwickelt.

Interpretation von Begriffen

Begriffe, die in diesem Prospekt im Singular verwendet werden, beziehen sich auch auf den Plural dieser Begriffe, es sei denn, der jeweilige Zusammenhang schließt eine solche Interpretation aus.

Verantwortliche Personen

Die Emittentin, mit Sitz in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Mainz, übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospektes. Sie erklärt hiermit, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Die Emittentin erklärt hiermit, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die in dem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen wurden, die die Aussage des Prospektes wahrscheinlich verändern.

Die Emittentin kann auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Zusammenfassung, einschließlich einer Übersetzung davon, haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie im Zusammenhang mit anderen Teilen des Prospektes gelesen wird.

Informationen Dritter

Soweit in der Beschreibung der Wertpapiere Angaben enthalten sind, die erkenntlich nicht von der Emittentin, sondern von Dritten gemacht worden sind, gewährleistet die Emittentin diesbezüglich nur die sorgfältige Zusammenstellung und korrekte Wiedergabe dieser Informationen. Eine explizite Prüfung der Informationen ist jedoch nicht erfolgt.

Die Emittentin bestätigt, dass von Seiten Dritter übernommene Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von der dritten Partei übermittelten Informationen ableiten konnte – keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden. Die Emittentin hat die Identität der Quelle(n) der Informationen festgestellt und diese Quelle(n) jeweils benannt.

Informationen über die Landesbank Baden-Württemberg

I. Allgemeines

1. Gründung, Firma und Sitz

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die LBBW ist eine nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland gegründete Gesellschaft mit eingetragenen Sitzen in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Sie entstand zum 1. Januar 1999 durch die Vereinigung der Südwestdeutschen Landesbank Girozentrale, der Landesgirokasse – öffentliche Bank und Landessparkasse– sowie der Landeskreditbank Baden-Württemberg-Marktteil aufgrund des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg vom 11. November 1998. Zuvor wurde mit Wirkung vom 1. Dezember 1998 der Förderteil der Landeskreditbank Baden-Württemberg vom Marktteil abgetrennt und zu diesem Datum auf die neu gegründete Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderbank übertragen. Die LBBW führt die Funktionen ihrer Rechtsvorgänger fort.

Zum 1. Januar 2005 wurde die LRP Landesbank Rheinland-Pfalz eine hundertprozentige Tochter der LBBW. Zum 1. August 2005 erfolgte die Eingliederung der Baden-Württembergische Bank ("BW-Bank") als rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in die LBBW.

Zum 1. April 2008 wurde die bisherige Landesbank Sachsen AG als rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in die LBBW integriert.

Zum 1. Juli 2008 wurde die bisherige hundertprozentige Tochter LRP Landesbank Rheinland-Pfalz als rechtlich unselbstständige Anstalt in die LBBW integriert.

2. Träger

Träger der LBBW sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg ("**SVBW**"), das Land Baden-Württemberg ("**Land**"), die Landeshauptstadt Stuttgart ("**Stadt**"), die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH ("**Landesbeteiligungen BW**") sowie die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank ("**L-Bank**").

Am Stammkapital der LBBW (Stammkapitalklassen A und B) in Höhe von 2.583,5 Mio. EUR sind derzeit beteiligt:

der SVBW mit	1.047,2 Mio. EUR (40,534 %)
das Land mit	505,6 Mio. EUR (19,570 %)
die Stadt mit	489,1 Mio. EUR (18,932 %)
die Landesbeteiligungen BW mit	471,7 Mio. EUR (18,258 %)
die L-Bank mit	69,9 Mio. EUR (2,706 %)

3. Handelsregister

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Handelsregister wie folgt eingetragen: Amtsgericht Stuttgart – Registergericht: Nr. HRA 12704; Amtsgericht Mannheim – Registergericht: Nr. HRA 004356; Amtsgericht Karlsruhe – Registergericht: Nr. HRA 104440; Amtsgericht Mainz HRA 40687.

4. Sitze

In Deutschland unterhält die LBBW Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, 212 Filialen, vorwiegend in Baden-Württemberg, sowie Stützpunkte in bedeutenden deutschen Städten. Die LBBW beschäftigte zum 31. Dezember 2009 auf Konzernebene 13.630 Mitarbeiter.

Die Adressen der derzeitigen Hauptsitze lauten:

Stuttgart	**Karlsruhe**	**Mannheim**	**Mainz**
Am Hauptbahnhof 2	Ludwig-Erhard-Allee 4	Augustaanlage 33	Große Bleiche 54-56
70173 Stuttgart	76131 Karlsruhe	68165 Mannheim	55098 Mainz
Tel.: +49 (0)711 127-0	Tel.: +49 (0)721 142-0	Tel.: +49 (0)621 428-0	Tel.: +49 (0)6131 13-01

5. Organe

Die Organe der Landesbank Baden-Württemberg sind die Trägerversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

6. Vorstand

Der Vorstand besteht aus mehreren Mitgliedern, die von der Trägerversammlung bestellt werden. Letztere bestimmt einen Vorsitzenden des Vorstands und kann einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende des Vorstands bestimmen. Der Vorstand führt die Geschäfte der LBBW und vertritt die Landesbank. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder auf Grund der Satzung eine andere Zuständigkeit bestimmt ist.

Zum 14. Mai 2010 gehörten folgende Mitglieder dem Vorstand an:

Hans-Jörg Vetter, Vorsitzender des Vorstands

Michael Horn, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

Dr. Peter A. Kaemmerer

Joachim E. Schielke

Hans-Joachim Strüder

Rudolf Zipf

Die Mitglieder des Vorstands haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, mit Ausnahme von Herrn Dr. Peter A. Kaemmerer, dessen Geschäftsadresse Augustaanlage 33, 68165 Mannheim ist. Sie erreichen den Vorstand unter der Telefonnummer 0711–127-0.

Die Mitglieder des Vorstands nehmen im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für die Emittentin relevante Mandate in Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorganen bei folgenden anderen Gesellschaften wahr:

Vetter, Hans-Jörg	DekaBank Deutsche Girozentrale
	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH
	HSBC Trinkhaus & Burkhardt AG
	LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG
	LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH
	LBBW Immobilien GmbH
	Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH
Horn, Michael	Bankhaus Ellwanger & Geiger KG
	DekaBank Deutsche Girozentrale
	Grieshaber Logistik AG, Weingarten
	Hymer AG
	LBBW Bank CZ a.s.
	LBBW Luxemburg S.A.
	LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg
	MKB Mittelrheinische Bank GmbH
	MMV Leasing GmbH
	Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH
	SV SparkassenVersicherung Holding AG
	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG
	Württembergische Lebensversicherung AG
Zipf, Rudolf	B+S Card Service GmbH
	cellent AG
	Cellent Finance Solutions AG
	LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg
	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG
	SIZ-Informatik-Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH
	S Rating und Risikosysteme GmbH
Strüder, Hans-Joachim	ADCapital AG
	Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH
	Baden-Württembergische Wertpapierbörse
	börse-stuttgart AG
	börse-stuttgart Holding GmbH
	European Energy Exchange AG
	Euwax AG
	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH

	LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG
	LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH
	LBBW Luxemburg S.A.
	Universal-Investment-Gesellschaft mbH
	Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank
Schielke, Joachim E.	Allgaier Werke GmbH
	Behr Verwaltung GmbH
	Berthold Leibinger GmbH
	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft
	Dürr AG
	ICS Informatik Consulting Systems AG
	Kaufland Stiftung & Co. KG
	LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG
	LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH
	LHI Leasing GmbH
	Lidl Stiftung & Co. KG
	MKB Mittelrheinische Bank GmbH
	MMV Leasing GmbH
	Paul Hartmann Aktiengesellschaft
	Trumpf GmbH + Co. KG
	Wüstenrot & Württembergische AG
Kaemmerer, Peter	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft
	LBBW Bank CZ a.s.
	LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG
	LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH
	LBBW Immobilien GmbH
	LBBW Luxemburg S.A.
	LHI Leasing GmbH
	Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft

7. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und beschließt über die Grundsätze der Geschäftspolitik. Die Mitglieder des Verwaltungsrats und deren Stellvertreter werden von den Trägern entsandt. Das Recht, Mitglieder in den Verwaltungsrat zu entsenden, steht den Trägern nach dem Verhältnis ihrer Anteile am Stammkapital zu. Der SVBW entsendet danach acht, das Land vier, die Stadt vier, die Landesbeteiligungen BW drei Mitglieder und die L-Bank ein Mitglied in den Verwaltungsrat. Zehn Mitglieder und ihre Stellvertreter werden als Vertreter der Beschäftigten im Verwaltungsrat von den Beschäftigten der Landesbank gewählt und von der Trägerversammlung durch Wahl bestätigt.

Zum 14. Mai 2010 gehörten folgende Mitglieder dem Verwaltungsrat der LBBW an:

Peter Schneider, MdL	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart (Vorsitzender)
Peter Hauk, MdL	Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart (Erster Stellvertreter des Vorsitzenden)
Dr. Wolfgang Schuster	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart (Zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden)
Muhterem Aras	Steuerberaterin, Stadträtin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart
Hans Bauer*	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Harald Coblenz *	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe
Wolfgang Dietz	Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein
Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG, Stuttgart
Armin Freundl*	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Walter Fröschle *	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Prof. Dr. Ulrich Goll, MdL	Stv. Ministerpräsident, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Rainer Haas M.A.	Senator h. c., Landrat des Landkreises Ludwigsburg
Albert Häberle	Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen
Helmut Himmelsbach	Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn
Dr. Dieter Hundt	Senator E.h., Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Geschäftsführender Gesellschafter der ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen
Jens Jungbauer *	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Bettina Kies-Hartmann*	Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Lian Lie Liem *	Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Günther Nollert *	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim
Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, MdL	Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und im Staatsministerium von Baden-Württemberg
Helmut Walter Rüeck MdL	Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Eugen Schäufele	Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen
Dr. Nils Schmid, MdL	Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart
Claus Schmiedel, MdL	Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart
Willi Stächele, MdL	Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Fred-Jürgen Stradinger	Ministerialrat, Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart
Michael Warfolomeow*	Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Mainz
Kurt Widmaier	Landrat des Landkreises Ravensburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ravensburg
Volker Wirth	Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell, Singen

Norbert Zipf * Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben ihre Geschäftsadresse jeweils Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart.

8. Trägerversammlung

Die Trägerversammlung der LBBW bestellt u.a. die Vorstandsmitglieder und beruft diese ab, entscheidet über Änderungen des Stammkapitals der LBBW und die Kapitalbeschaffung wie Gewinnbeteiligungszertifikate, nachrangige Schuldtitel und stille Beteiligungen und fasst Beschlüsse über die Verwendung des Bilanzgewinns. Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats werden von der Trägerversammlung für eine Dauer von fünf Jahren gewählt.

9. Kreditausschuss der LBBW

Der Verwaltungsrat bildet aus seiner Mitte einen Kreditausschuss für die LBBW, der sich aus 12 Mitgliedern zusammensetzt. Dem Kreditausschuss der LBBW obliegt die Zustimmung zu Angelegenheiten des Aktivgeschäfts. In dringenden Fällen kann die Gewährung von Krediten und Risikovolumina ohne Zustimmung des Kreditausschusses durch den Vorstand erfolgen.

10. Beirat der LBBW

Ein aus derzeit 113 Mitgliedern bestehender Beirat berät den Vorstand in Bezug auf allgemeine Angelegenheiten der LBBW und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen der LBBW, Privatunternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Die Mitglieder des Beirats werden vom Vorstand mit Zustimmung der Trägerversammlung berufen und abberufen.

11. Interessenskonflikte

Bei den Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats der LBBW bestehen keine potenziellen Interessenskonflikte zwischen ihren privaten Interessen einerseits und den Aufgaben, die sie für die LBBW wahrnehmen, andererseits.

12. Abschlussprüfer

Die Jahresabschlüsse der LBBW und des LBBW-Konzerns für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2008 und 2009 wurden von zugelassenen Abschlussprüfern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG mit Geschäftssitz in der Friedrichstrasse 14, 70174 Stuttgart geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die PricewaterhouseCoopers AG ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer.

13. Dividenden

In jedem der Geschäftsjahre von 1989-1996 schüttete das Vorgängerinstitut Südwestdeutsche Landesbank Girozentrale eine Dividende nach Steuern in Höhe von 5 Prozent ihres Stammkapitals an ihre Anteilseigner aus. In den Geschäftsjahren 1997 und 1998 betrug die Dividende nach Steuern 6 Prozent ihres Stammkapitals. Ein weiteres Vorgängerinstitut, die Landesgirokasse, bezahlte in den Geschäftsjahren 1995-1998 eine Dividende nach Steuern in Höhe von 25 Prozent des ausschüttungsfähigen Gewinns an ihre Träger. In den Jahren 1999 - 2008 schüttete die Landesbank Baden-Württemberg eine Dividende nach Steuern in Höhe von 6 Prozent ihres Stammkapitals aus.

Aufgrund des negativen HGB-Jahresergebnisses werden die von der LBBW und den in ihr aufgegangenen Vorgängerinstituten ausgegebenen Genussscheine und stillen Einlagen nicht bedient. Darüber hinaus haben im Geschäftsjahr 2009 diese Kapitalinstrumente am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust partizipiert. Diese Verlustpartizipation führte zum 31. Dezember 2009 zu einer Reduzierung der Rückzahlungsansprüche aus den Genussscheinen und stillen Einlagen um ca. 11,3 Prozent.

14. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der LBBW entspricht dem Kalenderjahr.

15. Wesentliche Konzernunternehmen

Zum 31. Dezember 2009 zählten folgende Gesellschaften zu den wesentlichen Konzernunternehmen der LBBW:

Unternehmen	**Kapitalbeteiligung der LBBW (direkt und indirekt)**
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp, Niederlande	100,00 %
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	100,00 %
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	27,96 %
BW Capital Markets Inc., Florham Park, New York	100,00 %
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart	45,00 %
Deka Bank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main/Berlin	14,78 %
European Energy Exchange AG, Leipzig	22,96 %
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	20,31 %
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc, London, Großbritannien	100,00 %
LBBW (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00 %
LBBW Asset Management (Ireland) plc, Dublin, Irland	100,00 %
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	100,00 %
LBBW-Bank CZ a.s., Prague 5, Tschechien	100,00 %
LBBW Dublin Management GmbH, Mainz	100,00 %
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	100,00 %
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg, Luxemburg	100,00 %
LBBW Securities, LLC, Wilmington, USA	100,00 %
LBBW Venture Capital GmbH, Stuttgart	100,00 %
LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart	6,67 %
LHI Leasing GmbH, Pullach i. Isartal	51,00 %
LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg	100,00 %
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden	25,27 %
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	100,00 %
PMAM Holdings Limited, London, Großbritannien	25,00 %

Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	25,00 %
SOTRADA AG, Stuttgart	19,35 %
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	100,00 %
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart	100,00 %
SüdLeasing GmbH, Mannheim	100,00 %
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	26,67 %
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz, Österreich	15,72 %
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	10,01 %
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	9,37 %

Bei den aufgelisteten wesentlichen Konzernunternehmen handelt es sich um direkte und indirekte Tochtergesellschaften und Beteiligungen der LBBW.

II. Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg

1. Überblick LBBW Konzern

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine Universal- und Geschäftsbank und gehört zu den größten deutschen Kreditinstituten. Zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank bietet sie in bundesweit 212 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Großbank.

Für die heimischen Unternehmenskunden kann die LBBW einen weltweiten Vor-Ort-Service mit ausgewählten Auslandsstandorten anbieten, darunter die Niederlassungen in New York, London, Singapur, Seoul und Mexiko-City sowie zahlreiche Repräsentanzen. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch die vier German Centres in Beijing, Mexiko-City, Singapur und Delhi.

Der LBBW-Konzern ist gemäß Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg:

- Universalbank und internationale Geschäftsbank,
- Zentralbank der Sparkassen und
- Sparkasse in der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die LBBW verfügt über volle Geschäfts- und Niederlassungsfreiheit. Sie kann alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungen betreiben sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Landesbank dienen, und ohne regionale Begrenzung Niederlassungen, Zweigstellen, Börsenbüros und Repräsentanzen errichten.

Durch diesen gesetzlichen Rahmen und die öffentliche Rechtsform wurde der Gestaltungsspielraum für die Geschäftsentwicklung der LBBW bewusst weit gesteckt, um stets die optimale Marktpositionierung angesichts sich ständig wandelnder Marktbedingungen zu gewährleisten.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich das Geschäftsvolumen im LBBW-Konzern deutlich um -8,9 % bzw. -42,8 Mrd. EUR verringert und belief sich zum Jahresende auf 439,9 Mrd. EUR. Der Rückgang war dabei maßgeblich auf das Abschmelzen der Konzernbilanzsumme zurückzuführen, welche zum Stichtag bei 411,7 Mrd. EUR lag und sich im Vorjahresvergleich um -8,1 % bzw. -36,0 Mrd. EUR verringerte. Maßgeblich hierbei war der zum 31. Dezember 2009 beobachtbare Volumenrückgang der Forderungen an Kreditinstitute und der Finanzanlagen, denen nur ein geringfügiger

Anstieg der Handelsaktiva gegenüberstand. Darüber hinaus reduzierte sich auch der Bestand der außerbilanziellen Größen um -19,4 %, geprägt im Wesentlichen durch die Verminderung der unwiderruflichen Kreditzusagen (um -19,2 % bzw. -5,1 Mrd. EUR).

Trotz solider Ertragszuwächse im operativen Geschäft und sich erholender Finanzmärkte waren die Umfeldbedingungen aufgrund der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft nach wie vor schwierig, so dass der LBBW-Konzern für das Geschäftsjahr 2009 erneut einen Konzernjahresfehlbetrag auswies, welcher allerdings mit 1.482 Mio. EUR um -29,8 % bzw. +630 Mio. EUR unter dem Vorjahresfehlbetrag von 2.112 Mio. EUR lag. Beeinflusst wurde das Ergebnis neben der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft, insbesondere erkennbar an der erhöhten Risikovorsorge und Belastungen im Finanzanlageergebnis auf bestimmte strukturierte Anleihen und Wertpapiere, auch durch die mit der EU-Beihilfegenehmigung entstandenen Belastungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des LBBW-Konzerns.

Positiv auf die operativen Erträge wirkte auch die Entspannung an den Finanzmärkten, was sich insbesondere in Wertaufholungen bei kreditsensitiven Finanzinstrumenten wie Verbriefungsprodukten, Credit Default Swaps (CDS) und Anleihen zeigte. Gleichwohl wurden diese Wertaufholungen (Fair-Value-Zuwächse) durch Wertberichtigungen (Impairments) und Belastungen aus der Risikovorsorge zum Teil kompensiert, so dass die Gewinn- und Verlustrechnung mit insgesamt 144 Mio. EUR durch die Entlastungen an den Finanzmärkten positiv beeinflusst wurde.

2. Organisatorischer Aufbau

Vor allem die Entwicklungen an den Kapitalmärkten sowie externe Ratingherabstufungen von Kreditpapieren führten zu einem unerwarteten Anstieg des Eigenkapitalbedarfs. Um vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher höherer Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung sicherzustellen, dass die Bank auch künftig ihre Rolle als solider und verlässlicher Finanzierungspartner vollumfänglich wahrnehmen kann, haben die Träger dem LBBW-Konzern im Frühsommer 2009 Eigenkapital in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung für Teile des Kreditersatzportfolios mit einem Garantiebetrag in Höhe von 12,7 Milliarden Euro übernommen.

Der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz hat seine Anteile an der Bank im Zuge dieser Maßnahmen an den Sparkassen-Verband Baden-Württemberg abgegeben, der nun 40,53 % der Anteile hält. Die Träger Land Baden-Württemberg und L-Bank haben die Kapitalerhöhung für die LBBW über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH vollzogen. Das Land Baden-Württemberg hält danach 19,57 %, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH 18,26 % und die L-Bank 2,71 % der Anteile. Die Landeshauptstadt Stuttgart hält unverändert 18,93 % der Anteile am Stammkapital der LBBW.

Die EU-Kommission hat diese Maßnahmen mit der Auflage einer umfassenden Umstrukturierung und Neuausrichtung der Bank verbunden und am 15. Dezember 2009 auf Basis eines Anfang Oktober 2009 eingereichten Umstrukturierungsplans ohne Hauptprüfverfahren genehmigt.

Im Zuge der Neuausrichtung der Bank verpflichtet sich die LBBW auch zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft – entweder nach deutschem Recht (AG) oder europäischem Recht (SE) – bis Ende 2013. Noch im Verlauf dieses Jahres wird die LBBW wesentliche Strukturelemente einer Aktiengesellschaft übernehmen, insbesondere einen Aufsichtsrat an Stelle des Verwaltungsrates einführen und die Trägerversammlung in eine Haupt- oder Eigentümerversammlung umwandeln. Unter anderem ist vorgesehen, die Hälfte der Aufsichtsratsmandate der Eigentümerseite mit externen Bank- und Wirtschaftsexperten zu besetzen.

3. Künftige Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen

Das künftige Geschäftsmodell der LBBW umfasst fünf Geschäftsfelder: Firmenkunden, Privatkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Zum einen fokussiert sich die LBBW im Geschäftsfeld **Firmenkunden** auf den Mittelstand und Kunden der öffentlichen Hand. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg betreut der LBBW-Konzern dabei unter der Marke BW-Bank. In Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Wirtschaftsräumen nimmt diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr. Die Versorgung des heimischen Mittelstands mit einem umfassenden bankwirtschaftlichen Produktportfolio gehört auch weiterhin zum Herzstück des LBBW-Geschäftsmodells. Hierzu zählen insbesondere auch Financial-Markets-Produkte und Corporate-Finance-Dienstleistungen. Zum anderen umfasst die Säule Firmenkunden das Geschäft mit ausgewählten Großkunden im gesamten deutschsprachigen Raum. Ferner bietet die LBBW umfassende Dienstleistungen bei der Projektfinanzierung im Bereich erneuerbarer Energien an.

Im Geschäftsfeld **Privatkunden** setzt die LBBW zwei Schwerpunkte. Zum einen konzentriert sich die Bank auf das gehobene Privatkundengeschäft. Ziel ist es, die Position der BW-Bank als leistungsfähige Regionalbank und damit als einer der führenden Anbieter für gehobene Segmente weiter zu festigen. Flankierend werden die Sachsen Bank und die Rheinland–Pfalz Bank in den dortigen Märkten das gehobene Privatkundengeschäft mittels lokal-selektiver Präsenz betreiben.

Den zweiten Schwerpunkt im Geschäftsfeld Privatkunden legt die LBBW auf das klassische Retailgeschäft. Innerhalb des Stadtgebiets Stuttgarts übernimmt dabei die BW-Bank die Rolle einer Sparkasse, die ihren Kunden die komplette Bank- und Finanzdienstleistungspalette bietet.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** fungiert die LBBW als Sparkassenzentralbank für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Sachsen. Vor dem Hintergrund der erzielbaren Skaleneffekte ist die Zusammenarbeit mit den Sparkassen ein zentrales Element im Geschäftsmodell der LBBW. Entsprechend ist die LBBW bestrebt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das Geschäftsfeld **Financial Markets** ist auf Service- und Beratungsdienstleistungen für institutionelle Kunden, Sparkassen sowie Unternehmenskunden ausgerichtet und damit ganz klar auf das kundeninduzierte Geschäft konzentriert. Für Privatkunden und Institutionelle strukturiert, vertreibt und handelt die LBBW mit Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukten. Des Weiteren werden die Beratung, Strukturierung und Platzierung in Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen angeboten, womit den Kernkunden der LBBW insbesondere auch der Zugang zu den Kreditmärkten ermöglicht wird.

Das Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** beinhaltet eine breite Palette objekt-, portfolio- und unternehmensbezogener Finanzierungsstrukturen sowie eine Reihe ergänzender Produkte und Dienstleistungen für Immobiliengesellschaften sowie private und institutionelle Investoren. Dabei soll der Großteil des Geschäfts in Deutschland stattfinden, während die Auslandstätigkeiten des Geschäftsfelds auf die Vereinigten Staaten (USA) und Großbritannien beschränkt sein werden.

Darüber hinaus ist das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz innerhalb des **Credit Investment-Portfolios** gebündelt. Hierzu gehören insbesondere Kreditderivate, Verbriefungen und Bonds. Am 1. Dezember 2009 errichtete die LBBW einen neuen Bereich, der speziell für das Management des **Credit Investment-Portfolios** verantwortlich zeichnet. Im Zuge der Umstrukturierung der LBBW wird das Portfolio im Laufe der nächsten Jahre schrittweise abgebaut..

4. Konzernstruktur

Der Aspekt größtmöglicher Kundennähe steht bei der Gestaltung der Struktur im Vordergrund. Wesentliche Grundsätze sind:

- Regionale Kundennähe wird durch regionale Verankerung der betreuenden Einheit innerhalb des LBBW-Konzerns gewährleistet.
- Geschäftsfelder, bei denen kein regionaler Kundenbezug erforderlich ist, sollen grundsätzlich an einer Stelle im Konzern gebündelt werden.
- Jede kundenabgewandte Tätigkeit soll nur an einer Stelle im Konzern erfolgen.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Hier sind Stabs- und Servicefunktionen auf Konzernebene gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Kundengeschäft des Konzerns. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch spezialisierte Tochtergesellschaften.

Dadurch verbindet der LBBW-Konzern effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der Nähe regionaler Kundenbanken.

5. Strategische Ziele

Die LBBW verfügt über eine solide Ertragsbasis und einen profitablen Kern, der sich gerade in diesen wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Zeiten im Grundsatz bewährt hat. Dem seitens EU genehmigten Umstrukturierungsplan entsprechend, beinhalten die strategischen Ziele der Bank die folgenden Eckpunkte:

a) Konzentration auf das Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven

Die LBBW fokussiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung noch stärker auf ihre Kernaktivitäten mit Wachstumsperspektiven, insbesondere auf die erfreulich verlaufenden Geschäfte mit Firmenkunden, Privatkunden und Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als verlässlicher Partner des Mittelstands in ihren regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen mit den daran angrenzenden Regionen. Darüber hinaus konzentriert sich die Bank im Firmenkundengeschäft auf ausgewählte große Unternehmen im deutschsprachigen Raum; das Geschäft mit gewerblichen Immobilienkunden ist künftig hingegen auf Deutschland und ausgewählte Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien ausgerichtet.

b) Abbau des Kreditersatzgeschäfts und der sonstigen opportunistischen Geschäftsaktivitäten

Das Kreditersatzgeschäft der LBBW wird abgebaut. Im Vordergrund steht dabei die konsequente Nutzung von Fälligkeiten. Darüber hinaus wird die Bank Projektfinanzierungen nur noch in Zusammenhang mit Kundengeschäften bzw. in Verbindung mit Projekten im Kontext erneuerbarer Energien betreiben. Im Auslandsgeschäft konzentriert sich die LBBW künftig auf Export- und Handelsfinanzierungen im Interesse ihrer heimischen Kunden. Außerdem kommt es zu einer Straffung des Auslandsnetzes und zum Verkauf von Beteiligungen. Trotzdem bleiben die kundenbezogenen Aktivitäten der LBBW hierbei ganz klar im Mittelpunkt.

In Summe zielen die vorgesehenen Maßnahmen darauf ab, die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns um circa 40 Prozent zurückzuführen. Damit einhergehend wird die Risikostruktur im Konzern weiter verbessert und gleichzeitig der Komplexitätsgrad spürbar reduziert.

c) Deutliche Reduktion der Kosten um ca. 700 Mio. Euro

Im Zielbild sind Kostensenkungen mit einem Gesamtvolumen von rund 700 Millionen Euro jährlich geplant. Die Reduktion der Kosten wird schrittweise ab 2010 erfolgen. Der Großteil der Reduktion basiert auf Sachkosteneinsparungen und Beteiligungsveräußerungen. Ferner ist ein Abbau von rund 2.500 Stellen vorgesehen.

d) Gesundes Wachstum im Kerngeschäft

Das Konzept zur Neuausrichtung definiert auch klar die Wachstumsfelder der Bank. So zielt die LBBW darauf ab, ihre Position als Partner des Mittelstands in den regionalen Kernmärkten der Bank unter Nutzung ihrer Marktkenntnis und Intensivierung der Kundennähe weiter zu festigen und damit auch die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen.

Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als leistungsfähiger und verlässlicher Partner ihrer Kunden, als Hausbank im besten Sinne des Wortes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen bedürfen Bankkunden eines langfristig denkenden und verlässlichen Kreditinstituts, das seinen Kunden loyal zur Seite steht. Es entspricht der Erfahrung der LBBW, dass eine dauerhafte Partnerschaft zwischen Bank und Kunde sich am langen Ende für beide Seiten lohnt.

Insgesamt sieht sich die LBBW gut gerüstet, um auch in dieser herausfordernden Umbauphase weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

III. Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern

Historische Finanzinformationen

Rechnungslegungsstandards

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der LBBW für das Geschäftsjahr 2009 sowie für das Geschäftsjahr 2008 erfolgte in Übereinstimmung mit den international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS) beziehungsweise den International Accounting Standards (IAS), und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften. Maßgeblich sind grundsätzlich diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren, sowie deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beziehungsweise das Standing Interpretations Committee (SIC).

Der geprüfte Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 wurde unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der "Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute" (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Der Konzernlagebericht, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzernbilanz, der Eigenkapitalspiegel, die Gesamtergebnisrechnung, die Kapitalflussrechnung, der Konzernanhang sowie der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers für die Jahre 2009 und 2008 ("Geprüfte Konzernfinanzinformationen für das Jahr 2009 bzw. 2008") sind im Annex 1 auf A-1 bis A-227 bzw. im Annex 2 auf B-1 bis B-197 abgedruckt. Nach den IAS/IFRS besteht für die LBBW der Konzernabschluss aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzernbilanz, dem Eigenkapitalspiegel, der Gesamtergebnisrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang. Alle diese Berichtsbestandteile bilden gemeinsam den Konzernabschluss der LBBW und wurden somit vom Bestätigungsvermerk des Konzernabschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 erfasst.

Der Lagebericht, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung, der Anhang und der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss der Geschäftsjahre 2009 und 2008 ("Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und Lagebericht zum Geschäftsjahr 2009 bzw. Jah-

resabschluss zum 31. Dezember 2008 und Lagebericht zum Geschäftsjahr 2008") sind im Annex 3 auf C-1 bis C-139 bzw. Annex 4 auf D-1 bis D-118 abgedruckt. Nach dem Handelsgesetzbuch besteht der Jahresabschluss aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang. Alle diese den Jahresabschluss bildenden Berichtsbestandteile sowie der Lagebericht der LBBW wurden vom Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 erfasst.

IV. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat trotz des im ersten Quartal 2010 weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds vom 1. Januar bis zum 31. März 2010 ein positives Konzernergebnis in Höhe von 136 Millionen Euro erzielt (ungeprüft). Im Wesentlichen trugen hierzu das kundenorientierte Geschäft, das sich positiv im Zins-, Handels- und Finanzanlageergebnis niederschlug, bei. Auch durch Wertaufholungen bei Impairments auf Wertpapiere konnte das Finanzanlageergebnis positiv beeinflusst werden. Dem aktuell schwierigen konjunkturellen Umfeld trägt die LBBW durch eine verantwortungsvolle Risikovorsorge unter Berücksichtigung der bestehenden, stringenten Risikopolitik Rechnung. Vor dem Hintergrund der geplanten und durch die EU-Kommission genehmigten Restrukturierung des LBBW-Konzerns sind weitere Belastungen zu erwarten. Ansonsten sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin seit dem 31. Dezember 2009 eingetreten.

V. Trendinformationen

Im Dezember 2009 gab die EU-Kommission ihr Einverständnis zu dem im Oktober 2009 von der LBBW vorgelegten Restrukturierungsplan und sagte ihre Unterstützung für das neue Geschäftsmodell zu. Darüber hinaus hat die EU die im Frühsommer 2009 durch die LBBW vollzogene Kapitalerhöhung und die Maßnahmen zur Risikoabschirmung endgültig genehmigt.

Durch diese Kapitalerhöhung und den Risikoschirm ist die LBBW im Hinblick auf ihre Kapitalbasis nun wieder solide aufgestellt. Den aktuellen Zahlen zufolge betrug die Kernkapitalquote zum Dezember 2009 9,8 Prozent. Durch die schnelle Entscheidung aus Brüssel wurden alle noch verbliebenen Unsicherheiten bzgl. des Restrukturierungsprozesses ausgeräumt.

Die LBBW hat sich die weitere Stärkung ihrer Marktposition im Kundengeschäft zum Ziel gesetzt. Sie wird sich daher auf ihre Kerngeschäftsfelder konzentrieren, insbesondere auf das Geschäft mit kleinen und mittelgroßen Unternehmenskunden, Privatkunden und Sparkassen, das sich gut entwickelt und die Zielvorgaben deutlich übertroffen hat. Außerdem sollen Immobilienfinanzierungen und Kapitalmarktprodukte für institutionelle Kunden angeboten werden.

Außerhalb ihrer Kernmärkte konzentriert sich die Bank auf große Unternehmenskunden im deutschsprachigen Raum. Das Geschäft mit gewerblichen Immobilienkunden ist künftig schwerpunktmäßig auf Deutschland und eingeschränkte Aktivitäten im Ausland (USA und Großbritannien) ausgerichtet. Das Kreditersatzgeschäft wird sukzessive auslaufen. Auch Flugzeug- und Schiffsfinanzierungen wird die Bank nicht mehr anbieten. Projektfinanzierungen werden nur noch im Zusammenhang mit Kundengeschäften und Projekten im Kontext erneuerbarer Energien betrieben.

Im Auslandsgeschäft sieht der Restrukturierungsplan die Konzentration auf Export- und Handelsfinanzierungen im Kundeninteresse vor. Darüber hinaus kommt es zu einer Straffung des Auslandsnetzes. Die LBBW-Tochtergesellschaften in Irland und Luxemburg werden geschlossen oder veräußert. Am 19. März 2010 wurde LBBW Securities, LLC, Wilmington, USA (Broker Dealer der LBBW in New York) an Guggenheim Partners verkauft. Die elf europäischen Repräsentanzen mit Ausnahme von Wien, Zürich und Moskau sollen aufgegeben werden. An den Standorten in Asien und Amerika wird die Bank festhalten und sie noch stärker in ihr Kundengeschäft einbinden.

Ansonsten hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin seit dem 31. Dezember 2009 gegeben.

VI. Wesentliche Verträge

Mit Ausnahme der von der LBBW im Zusammenhang mit der Integration der LRP und der SachsenLB in den LBBW-Konzern geschlossenen Verträge, der Garantie zur Absicherung von Zahlungsausfällen (*Second-Loss*-Garantie) für Sealink (vgl. "*Risikofaktoren B. I. Risiken in Zusammenhang mit der Übernahme der Landesbank Sachsen Aktiengesellschaft*") und der im Rahmen der Kapitalerhöhung und Risikoabschirmung im Juni 2009 geschlossenen Verträge (vgl. „*Informationen über die Landesbank Baden-Württemberg - II. 2. Organisatorischer Aufbau*") haben weder die LBBW noch ihre konsolidierten Tochtergesellschaften in den vergangenen zwei Jahren Verträge außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit geschlossen, die einen wesentlichen Einfluss auf ihre Geschäftstätigkeit (inklusive der Fähigkeit der LBBW, ihren Verpflichtungen gegenüber Inhabern ausgegebener Wertpapiere nachzukommen) gehabt haben oder bei denen ein solcher Einfluss aus gutem Grunde zu erwarten steht.

VII. Gerichts- und Schiedsverfahren

Innerhalb der vergangenen 12 Monate haben bis auf das unter "*Informationen über die Landesbank Baden-Württemberg - II. 2. Organisatorischer Aufbau*" dargestellte Verfahren vor der Europäischen Kommission keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren bestanden, noch sind solche staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren abgeschlossen worden, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der LBBW und/ oder des LBBW-Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Emittentin sind solche Verfahren weder noch anhängig noch könnten solche eingeleitet werden.

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Prospektes können die folgenden Dokumente auf den jeweils angegebenen Internetseiten der Landesbank Baden-Württemberg eingesehen werden:

- der Prospekt,
- sämtliche Nachträge, die die Emittentin gegebenenfalls gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz erstellen wird,
- das gemäß § 10 Wertpapierprospektgesetz jährlich nach Offenlegung des Konzernabschlusses zu erstellende Dokument und

jeweils auf www.LBBW-markets.de unter der Rubirk "Renten" oder einer diese ersetzenden Seite, sowie

- die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg,
- Geschäftsberichte der Landesbank Baden-Württemberg für die Geschäftsjahre 2008 und 2009, die den geprüften Konzernabschluss und den geprüften Konzernlagebericht des Geschäftsjahres 2008 bzw. 2009 enthalten und
- Jahresabschlüsse der Landesbank Baden-Württemberg für die Geschäftsjahre 2008, bzw. 2009, die den geprüften Lagebericht des Geschäftsjahres 2008 bzw. 2009 enthalten,

jeweils auf www.LBBW.de (unter dem Link "Über uns") oder einer diese ersetzenden Seite.

Die Emittentin wird darüber hinaus jedem Anleger auf Anfrage kostenfrei ein Druckexemplar dieses Prospektes sowie seiner Nachträge zur Verfügung stellen. Diese Dokumente können von den angegebenen Internetseiten der Landesbank Baden-Württemberg heruntergeladen oder durch ein an die folgende Adresse gerichtetes Schreiben angefordert werden: Landesbank Baden-Württemberg, Back Office Emissionen, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland.

Beschreibung der Genussscheine

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Bestimmungen der Genussscheine. Diese Informationen müssen mit den Emissionsbedingungen gelesen werden.

A. Wichtige Informationen

Die LBBW, ihre Träger und ihre verbundenen Unternehmen können von Zeit zu Zeit Genussscheine für eigene oder fremde Rechnung erwerben oder veräußern. Zeitpunkt und Umfang solcher Erwerbe oder Veräußerungen können den Kurs der Genussscheine in einer Weise beeinflussen, die den Interessen anderer Inhaber von Genussscheinen zuwider laufen kann.

Der Nettoemissionserlös aus der Ausgabe der Genussscheine dient der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben der Emittentin.

B. Angaben über die anzubietenden Genussscheine

Der folgende Abschnitt enthält Angaben zur Beschreibung der Genussscheine.

I. Typ und Kategorie der Genussscheine

Bei den angebotenen Genussscheinen handelt es sich um Inhabergenussscheine. Ihre ISIN lautet DE000LB0ALR4, ihre Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) ist LB0ALR. Auf die Genussscheine erfolgen jährlich Ausschüttungen nach Maßgabe der Regelungen in den Emissionsbedingungen. Die Rückzahlung der Genussscheine erfolgt voraussichtlich im Jahre 2021 nach Maßgabe der Regelungen in den Emissionsbedingungen.

Aufgrund der Funktionsweise der Genussscheine besteht die Möglichkeit, dass – abhängig von der Entwicklung der Finanzkennzahlen der LBBW – keine Ausschüttungen erfolgen und/oder weniger als der Nennbetrag der Genussscheine am Ende der Laufzeit zurückgezahlt werden kann.

II. Zusammenhang zwischen Bilanz der LBBW und Wert der Genussscheine

Sowohl der Anspruch der Investoren auf jährliche Ausschüttungen als auch der Anspruch auf Rückzahlung des Kapitals am Ende der Laufzeit der Genussscheine sind gemäß § 2 und § 7 der Emissionsbedingungen abhängig von der Bilanz der LBBW und damit von ihrer Geschäftsentwicklung.

1. Jährliche Ausschüttungen

Die Genussscheininhaber erhalten eine jährliche Ausschüttung, wie in § 2 der Emissionsbedingungen beschrieben (siehe auch den nachfolgenden Abschnitt IX) . Diese Ausschüttung entfällt aber, falls und in dem Umfang in dem der LBBW in einem Geschäftsjahr mit negativer Geschäftsentwicklung durch eine solche Ausschüttung ein Bilanzverlust entstehen würde. Auf diese Weise ausgefallene Ausschüttungen sind in den folgenden Geschäftsjahren gemäß § 2 Absatz 3 der Emissionsbedingungen ohne entgangene Zinsen auf die Ausschüttungen nachzuzahlen. Nach Ablauf der Laufzeit der Genussscheine besteht aber kein Anspruch mehr auf Rückzahlung von zuvor nicht gezahlten Ausschüttungen.

2. Kapitalzahlungen

Weist die LBBW aufgrund negativer Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2009 oder für ein folgendes Geschäftsjahr einen Bilanzverlust aus, so vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers. Bei einem Bilanzverlust vermindert sich gemäß § 7 Absatz 1 der Emissionsbedingungen der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Tilgung des Bilanzverlustes gemindert wird. Verlustvorträge aus Vorjahren bleiben hierbei außer Betracht. Erzielt die LBBW nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne, so sind aus diesen gemäß § 7 Absatz 2 der Emissionsbedingungen die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Gewinnverwendung vorgenommen wird. Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Die hier beschriebenen Genussscheine nehmen rückwirkend an einer Verlustbeteiligung für das Geschäftsjahr 2009 teil, wobei für die Berechnung der Verlustbeteiligung die Bestimmungen der ausstehenden Genussscheine entsprechend gelten.

Die LBBW hat für das Geschäftsjahr 2009 einen Verlust in Höhe von 1,482 Mrd. Euro realisiert (siehe auch Abschnitt "*Risikofaktoren – C. Risikofaktoren betreffend die Genussscheine – VII. Die Genussscheine nehmen an einem Bilanzverlust durch Herabsetzung ihres Rückzahlungsanspruches teil*"). Dies bedeutet, dass der Rückzahlungsanspruch aus einem jeden Genussschein von 100,000% auf 88,671% (kaufmännisch gerundet) reduziert wird. Da die Genussscheine jedoch eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020 haben, besteht nach den Bedingungen der Genussscheine die Möglichkeit, dass diese Minderung des Genussscheinkapitals durch Gewinne der folgenden Geschäftsjahre aufgeholt werden kann. Sollten jedoch in folgenden Geschäftsjahren weitere Bilanzverluste entstehen, würden diese zu einer weiteren Minderung des Genussscheinkapitals führen.

III. Anwendbares Recht

Die Genussscheine unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Nichtausschließlicher Gerichtsstand ist Stuttgart.

IV. Form, Verwahrung und Übertragung der Genussscheine

Die Genussscheine werden als Inhaberpapiere in globalverbriefter Form in einer Stückelung von EUR 1.000 ausgegeben. Die Globalurkunde wird bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt, Neue Börsenstrasse 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt. Die Genussscheine können entsprechend den Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden.

V. Währung

Die Genussscheine lauten auf Euro.

VI. Status und Rang

Die Genussscheine treten gegenüber allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern der LBBW im Rang zurück. Die Zahlungsverpflichtungen der LBBW aufgrund der Genussscheine werden im Falle der Insolvenz der LBBW nach allen nicht nachrangigen Gläubigern, gleichrangig mit weiteren Genussscheinen bedient. Die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

VII. Kündigungsrechte

Die LBBW kann die Genussscheine frühestens mit dem Ablauf des dritten Geschäftsjahres, das auf das Geschäftsjahr der Begebung der Genussscheine folgt unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei (2) Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – also frühestens zum 31. Dezember 2013 mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 kündigen.

Die LBBW kann die Genussscheine außerdem unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei (2) Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – frühestens zum 31. Dezember 2012 – durch Bekanntmachung kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, dass dies bei der LBBW zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer führt. Die Kündigung darf – vorbehaltlich des im vorstehenden Satz bestimmten Zeitpunkts – im Falle einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer frühestens zum Ende des Geschäftsjahres, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmals die Steuerbelastung bei der LBBW anfallen würde, ausgesprochen werden. Die wirksame Ausübung dieses Kündigungsrechts setzt weiterhin voraus, dass die LBBW die Genussscheine durch die Einzahlung anderen, mindestens gleichwertigen haftenden Eigenkapitals im Sinne des KWG ersetzt hat oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dieser vorzeitigen Rückzahlung vorher zustimmt.

VIII. Rückkauf

Die Möglichkeit eines Rückkaufes von Genussscheinen durch die Emittentin ist gemäß § 10 Abs. 5 Satz 4 KWG gesetzlich eingeschränkt (siehe § 9 Satz 2 der Emissionsbedingungen).

IX. Ermächtigungsgrundlage

Die Ausgabe der Genussscheine wurde von dem nach Gesetz und Satzung zuständigen Vorstand der Emittentin am 14. Juni 2010 genehmigt.

X. Begebungstag

Die Genussscheine werden am 4. August 2010 begeben (nachfolgend der "**Begebungstag**").

XI. Ausschüttungen / Begrenzung von Ausschüttungen /Rechte und Ausübungsverfahren

1. Jährliche Ausschüttungen

Die Genussscheininhaber erhalten eine jährliche Ausschüttung von 6,75% (p.a.) des Nennbetrages der Genussscheine für die Jahre 2009 und 2010. Die jährliche Ausschüttung für die Jahre 2011 bis 2020 wird sich aus der Summe des Referenzsatzes zuzüglich 1,35% (p.a.) des Nennbetrages der Genussscheine errechnen. Der "**Referenzsatz**" ist der 10-Jahres-EUR- Swapsatz, der am Begebungstag um oder gegen 11.00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main) auf der Reuters-Seite ISDAFIX2 veröffentlicht wird, wie von der Berechnungsstelle festgestellt. Der ISDAFIX2 kann von allen Banken und Sparkassen, die Zugang zu den entsprechenden Angeboten des Informationsdienstes Reuters haben, bezogen werden.

Der 10-Jahres-EUR- Swapsatz um 11:00 Uhr am 24. Juni 2010 betrug 2,908% (kaufmännisch gerundet). Der Wert des 10-Jahres-EUR-Swapsatzes unterliegt Schwankungen; die historische Wertentwicklung des 10-Jahres-EUR-Swapsatzes sollte daher nicht als Hinweis für seinen zukünftigen Wert gedeutet werden.

Die Ausschüttungen auf die Genussscheine gehen Ausschüttungen auf das Stammkapital und der Dotierung von Rücklagen vor.

Die Genussscheine sind rückwirkend vom 1. Januar 2009 an ausschüttungsberechtigt. Die Ausschüttung wird berechnet durch Multiplikation des Nennbetrages mit dem anwendbaren Ausschüttungssatz, multipliziert mit der tatsächlichen Zahl von Tagen in der betreffenden Ausschüttungsperiode, geteilt durch 365 (act/act).

Die Ausschüttung auf die Genussscheine für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 15. Juli des folgenden Jahres fällig. Sofern zu diesem Zeitpunkt die endgültige Feststellung des Jahresabschlusses des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Verwaltungsrat (bzw. dessen Nachfolgeorgan) noch nicht erfolgt ist, wird die Zahlung am ersten Bankarbeitstag nach der endgültigen Feststellung fällig.

Die zu zahlende Ausschüttung wird abschließend von der Landesbank Baden-Württemberg, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland als Berechnungsstelle ermittelt.

2. Begrenzung von Ausschüttungen

Die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind gemäß § 2 Absatz 3 der Emissionsbedingungen dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, und zwar die älteren zuerst, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu bedienen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

XII. Verjährung

Der Anspruch auf Rückzahlung des Kapitals und die Ausschüttungsansprüche verjähren innerhalb von zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt gemäß § 801 Abs. 1 BGB mit Ende der auf zehn (10) Jahre verkürzten Vorlegungsfrist).

XIII. Rendite

Vorbehaltlich der Begrenzung der Ausschüttung ist die jährliche Rendite

(i) für das Geschäftsjahr 2009 und 2010: 6,75% (p.a.) des Nennbetrages; und

(ii) für alle nachfolgenden Geschäftsjahre ein Satz in Höhe der Summe aus dem Referenzsatz und 1,35% (p.a.) des Nennbetrages.

XIV. Gläubigerversammlungen

Die Emissionsbedingungen der Genussscheine werden keine Gläubigerversammlungen nach dem Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen ("**SchVG**") vom 5. August 2009 vorsehen.

XV. Rückzahlung bei Endfälligkeit und Abrechnungsverfahren

1. Zahlung bei Endfälligkeit

Die Laufzeit der Genussscheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2020 befristet. Vorbehaltlich der Verlustbeteiligung werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 15. Juli 2021 fällig. Zeitpunkt die endgültige Feststellung des Jahresabschlusses des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Verwal-

tungsrat (bzw. dessen Nachfolgeorgan) noch nicht erfolgt ist, wird die Zahlung am ersten Bankarbeitstag nach der endgültigen Feststellung fällig.

Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine bis zur Fälligkeit mit dem in § 2 Absatz 1 Satz 2 der Emissionsbedingungen genannten Ausschüttungssatz für das Geschäftsjahr 2020 verzinst.

2. Verlustbeteiligung

Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben. Der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers verringert sich infolge des Bilanzverlustes der LBBW für das Geschäftsjahr 2009 und wird im Falle von Bilanzverlusten der LBBW in folgenden Geschäftsjahren ebenfalls vermindert werden und zwar in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Tilgung des Bilanzverlustes gemindert wird (siehe § 7 Absatz 1 der Emissionsbedingungen).

Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Gewinnverwendung vorgenommen wird (siehe § 7 Absatz 2 der Emissionsbedingungen). Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

3. Rückzahlungsverfahren

Sämtliche gemäß den Bedingungen der Genussscheine zahlbaren Beträge werden bei der LBBW als Zahlstelle erfolgen. Die LBBW wird der Clearstream Banking AG die jeweils fälligen Beträge zur Weiterleitung per Gutschrift an die Genussscheininhaber zur Verfügung zu stellen.

Sollte ein Zahlungstag kein Geschäftstag in Stuttgart sein oder sollte an einem Zahlungstag das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer Zahlungssystem (TARGET2) nicht für die Abwicklung von Zahlungen in Euro geöffnet sein, wird die betreffende Zahlung am nächsten Tag, der ein Geschäftstag in Stuttgart ist und an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer Zahlungssystem (TARGET2) für die Abwicklung von Zahlungen in Euro geöffnet ist, erfolgen.

C. Verkaufsbeschränkungen, Besteuerung und sonstige Bedingungen, denen das Angebot der Genussscheine unterliegt

I. Verkaufsbeschränkungen

Die Genussscheine sind frei übertragbar. Angebot und Verkauf der Genussscheine unterliegen jedoch stets den Verkaufsbeschränkungen der Länder, in denen die Genussscheine angeboten bzw. verkauft werden. Im Folgenden aufgeführt sind die Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich.

1. Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums

In Bezug auf jeden Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum*, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat (jeweils ein "**Maßgeblicher Vertragsstaat**"),

* Die EU sowie Island, Norwegen und Liechtenstein.

hat die Emittentin sich als Verkäufer der Genussscheine verpflichtet, dass sie ab dem Zeitpunkt, zu dem die Prospektrichtlinie in dem betreffenden Maßgeblichen Vertragsstaat umgesetzt wird (der "**Maßgebliche Umsetzungszeitpunkt**"), in diesem Maßgeblichen Vertragsstaat kein öffentliches Angebot von Genussscheinen, die Gegenstand des in diesem Prospekt erwogenen Angebotes sind, durchgeführt hat oder künftig durchführen wird. Ein öffentliches Angebot von derartigen Genussscheinen ist jedoch ab dem Maßgeblichen Umsetzungszeitpunkt in dem betreffenden Maßgeblichen Vertragsstaat zulässig:

(a) in dem Zeitraum ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieses Prospekts, der von der zuständigen Behörde in diesem Maßgeblichen Vertragsstaat gebilligt wurde - oder gegebenenfalls in einem anderen Maßgeblichen Vertragsstaat gebilligt wurde und der zuständigen Behörde in diesem Maßgeblichen Vertragsstaat eine entsprechende Bescheinigung übermittelt wurde - , beginnt und zu dem in diesem Prospekt dafür vorgesehenen Datum endet, jeweils vorausgesetzt, dass dieser Prospekt der ein derartiges nicht-ausgenommenes Angebot vorsieht, gemäß der Prospektrichtlinie erstellt wurde;

(b) jederzeit gegenüber juristischen Personen, die an den Finanzmärkten tätig werden dürfen oder einer entsprechenden Aufsicht unterliegen, bzw. falls eine entsprechende Erlaubnis oder Aufsicht nicht besteht, deren Gesellschaftszweck einzig in der Anlage in Wertpapieren besteht;

(c) jederzeit gegenüber juristischen Personen, die mindestens zwei der folgenden Voraussetzungen erfüllen: (1) während des letzten Geschäftsjahres durchschnittlich mindestens 250 Mitarbeiter; (2) eine Bilanzsumme von mehr als Euro 43.000.000 und (3) ein jährlicher Nettoumsatz von mehr als Euro 50.000.000, ausweislich des letzten Jahres- bzw. Konzernabschlusses;

(d) jederzeit gegenüber weniger als 100 natürlichen oder juristischen Personen , bei denen es sich nicht um qualifizierte Anleger handelt, und - falls die Emittentin andere Personen als Verkäufer in Bezug auf die Genussscheine einsetzt – unter der Voraussetzung, dass zuvor die Zustimmung der bzw. des jeweiligen Verkäufer(s) eingeholt wurde; oder

(4) jederzeit in allen anderen unter Art. 3 (2) der Prospektrichtlinie zu subsumierenden Fällen,

vorausgesetzt, dass die Emittentin als Verkäufer der Genussscheine (bzw. - falls die Emittentin andere Personen als Verkäufer in Bezug auf die Genussscheine einsetzt - ein Verkäufer) aufgrund eines in den Absätzen (b) bis (e) in Bezug genommenen Angebotes von Genussscheinen nicht verpflichtet ist, einen Prospekt gemäß Art. 3 der Prospektrichtlinie zu veröffentlichen bzw. einen Prospekt gemäß Art. 16 der Prospektrichtlinie nachzutragen,

Im Sinne dieser Vorschrift bezeichnet der Ausdruck "**öffentliches Angebot von Genussscheinen**" in Bezug auf Genussscheine in einem Maßgeblichen Vertragsstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Genussscheine enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung der Genussscheine zu entscheiden, gegebenenfalls in einer in diesem Vertragsstaat durch eine Maßnahme zur Umsetzung der Prospektrichtlinie in diesem Vertragsstaat abgeänderten Form, und der Ausdruck "**Prospektrichtlinie**" bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG und umfasst jegliche maßgeblichen Umsetzungsmaßnahmen in den einzelnen Maßgeblichen Vertragsstaaten.

2. *Vereinigte Staaten von Amerika*

Die Genussscheine sind und werden in Zukunft nicht nach dem Securities Act registriert. Die Genussscheine dürfen nicht innerhalb der Vereinigten Staaten, bzw. an oder für Rechnung von oder zugunsten von U.S.-Personen, angeboten oder verkauft werden, es sei denn aufgrund einer Ausnahme von den Registrierungserfordernissen des Securities Act. Die Begriffe, die in diesem Absatz verwendet werden, sind ihrer Bedeutung im Englischen entsprechend im Sinne der Regulation S des Securities Act ("**Regulation S**") auszulegen.

Die Emittentin wird die Genussscheine

(i) zu keinem Zeitpunkt im Rahmen ihres Vertriebs oder

(ii) auf andere Weise während eines Zeitraums von 40 Tagen nach dem jeweils späteren der folgenden Tage: der Anfang des Angebots oder der Ausgabetag

innerhalb der Vereinigten Staaten, bzw. an oder für Rechnung oder zugunsten von U.S.-Personen, anbieten oder verkaufen. Die Emittentin wird jedem Händler, an den sie während des Compliance-Zeitraums für den Vertrieb ("distribution compliance period") Genussscheine veräußert, eine Bestätigung oder Mitteilung übersenden, die die oben beschriebenen Beschränkungen in Bezug auf das Angebot und den Verkauf der Genussscheine in den Vereinigten Staaten, bzw. an oder für Rechnung oder zugunsten von U.S.-Personen, beinhaltet. Die Begriffe, die in diesem Absatz verwendet werden, sind ihrer Bedeutung im Englischen entsprechend im Sinne der Regulation S auszulegen.

Darüber hinaus kann bis 40 Tage nach Beginn des Angebots der Genussscheine das Angebot oder der Verkauf von Genussscheinen innerhalb der Vereinigten Staaten durch einen Händler, der nicht an der Emission der Genussscheine beteiligt ist, gegen die Registrierungspflicht des Securities Act verstoßen.

3. *Vereinigtes Königreich*

Die Emittentin als Verkäuferin der Genussscheine hat sich dazu verpflichtet,

(1) in Bezug auf Genussscheine, die innerhalb eines Jahres nach ihrer Begebung zurückgezahlt werden, dass sie (a) eine Person ist, deren normaler Geschäftsbetrieb den Erwerb, die Verwahrung, die Verwaltung oder den Absatz von Vermögensanlagen (in eigenem oder fremdem Namen) umfasst und sie (b) Genussscheine nur Personen angeboten oder verkauft hat und anbieten oder verkaufen wird, deren normaler Geschäftsbetrieb den Erwerb, die Verwahrung, die Verwaltung oder den Absatz von Vermögensanlagen (in eigenem oder fremdem Namen) umfasst, soweit die Begebung der Genussscheine andernfalls einen Verstoß der Emittentin gegen Paragraph 19 Financial Services and Markets Act 2000 ("**FSMA**") begründen würde.

(2) dass sie eine Einladung oder Aufforderung zur Beteiligung an einem Investment ("*investment activity*" im Sinne von Paragraph 21 FSMA, die sie im Zusammenhang mit der Begebung und dem Verkauf der Genussscheine erhalten hat, nur verbreitet oder hat verbreiten lassen und dies auch nur dann verbreiten oder verbreiten lassen wird, wenn Paragraph 21(1) FSMA auf die Emittentin keine Anwendung findet; und

(3) dass sie alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA im Zusammenhang mit sämtlichen Handlungen in Bezug auf die Genussscheine eingehalten hat und zukünftig einhalten wird, die innerhalb, ausgehend vom oder in anderer Weise unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs erfolgen.

II. Steuerliche Behandlung der Genussscheine

1. Allgemeines

Bei Zahlungen auf die Genussscheine fällt in der Bundesrepublik Deutschland Kapitalertragsteuer an der Quelle, d.h. bei der Emittentin, an und wird von der Emittentin einbehalten. Für die einbehaltene Kapitalertragsteuer wird durch die Emittentin kein Ausgleichsbetrag gezahlt.

2. Bundesrepublik Deutschland

Die nachfolgende Zusammenfassung behandelt nicht alle steuerlichen Aspekte in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland ("**Deutschland**"), die für den einzelnen Inhaber der Genussscheine angesichts seiner speziellen steuerlichen Situation relevant sein können. Die Zusammenfassung richtet sich an Investoren, die die Genussscheine im Privatvermögen halten und stellt keine steuerliche oder rechtliche Beratung dar. Die Darstellung beruht auf den gegenwärtig geltenden Steuergesetzen, die sich jederzeit, auch mit Rückwirkung, ändern können.

Zukünftigen Inhabern von Genussscheinen wird geraten, ihre eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der einzelnen steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus der Zeichnung, dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Genussscheine resultieren, einschließlich der Anwendung und der Auswirkung von staatlichen, regionalen, ausländischen oder sonstigen Steuergesetzen und der möglichen Auswirkungen von Änderungen der jeweiligen Steuergesetze.

Steuerinländer

Ausschüttungen auf die Genussscheine

Bei natürlichen Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt Deutschland ist und die die Genussscheine im Privatvermögen halten, unterliegen Ausschüttungen auf die Genussscheine als Einkünfte aus Kapitalvermögen einer 25-prozentigen Abgeltungsteuer (zzgl. 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag darauf und, sofern der einzelne Investor kirchensteuerpflichtig ist, Kirchensteuer).

Die Abgeltungsteuer wird im Regelfall durch den Abzug von Kapitalertragsteuer an der Quelle erhoben (siehe nachfolgender Abschnitt "*Kapitalertragsteuer*") und mit dem Einbehalt der Kapitalertragsteuer ist in der Regel die Steuerpflicht des Investors in Bezug auf die Genussscheine erfüllt. Sollte allerdings keine oder nicht ausreichend Kapitalertragsteuer einbehalten worden sein, ist der Investor verpflichtet, seine Einkünfte aus den Genussscheinen in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Abgeltungsteuer wird dann im Rahmen der Veranlagung erhoben. Der Investor hat außerdem die Möglichkeit, seine Einkünfte aus Kapitalvermögen in die Einkommensteuererklärung einzubeziehen, wenn der Gesamtbetrag von im Laufe des Veranlagungszeitraums einbehaltener Kapitalertragsteuer die vom Investor geschuldete Abgeltungsteuer übersteigt (z.B. wegen eines verfügbaren Verlustvortrages oder einer anrechenbaren ausländischen Quellensteuer). Für den Fall, dass die steuerliche Belastung des Investors in Bezug auf sein gesamtes steuerpflichtiges Einkommen einschließlich der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach Maßgabe der progressiven tariflichen Einkommensteuer niedriger ist als 25 Prozent, kann der Investor die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach der tariflichen Einkommensteuer beantragen.

Natürlichen Personen steht für Einkünfte aus Kapitalvermögen ein steuerfreier Sparerpauschbetrag in Höhe von jährlich 801 Euro (1602 Euro für zusammen veranlagte Ehegatten) zur Verfügung. Der Sparerpauschbetrag wird auch beim Einbehalt von Kapitalertragsteuer berücksichtigt (siehe nachfolgender Absatz – *Kapitalertragsteuer*), sofern der Investor einen Freistellungsauftrag bei der Depotbank, die die Genussscheine verwahrt, eingereicht hat. Die dem Investor tatsächlich entstandenen Aufwendungen im Zusammenhang mit den Genussscheinen werden steuerlich nicht berücksichtigt.

Werden die Genussscheine im Betriebsvermögen von natürlichen Personen oder Körperschaften, die in Deutschland steuerlich ansässig sind (d.h. Körperschaften mit ihrem Sitz oder dem Ort der Geschäftsleitung in Deutschland), gehalten, unterliegen Zinszahlungen auf die Genussscheine der tariflichen Einkommen- oder Körperschaftsteuer (zzgl. Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer hängt vom Hebesatz der Gemeinde ab, in der sich der Gewerbebetrieb befindet. Bei natürlichen Personen kann die Gewerbesteuer in Abhängigkeit vom Hebesatz und der individuellen steuerlichen Situation des Investors teilweise oder vollständig auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Die Zinseinkünfte müssen in der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung des Investors angegeben werden. In Deutschland einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich Zuschläge) ist in der Regel vollständig auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer anrechenbar bzw. gegebenenfalls erstattungsfähig.

Kapitalertragsteuer

Von den Ausschüttungen unter den Genussscheinen werden 25% Kapitalertragsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% hierauf, mithin insgesamt 26,375%) von der Emittentin einbehalten.

Veräußerungs- und Einlösungsgewinne

Unter Berücksichtigung des oben unter dem Abschnitt "*Aussschüttungen auf die Genussscheine*" beschriebenen steuerfreien Sparerpauschbetrages für Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen Gewinne aus der Veräußerung oder Einlösung der Genussscheine, die im Privatvermögen gehalten werden, der 25-prozentigen Abgeltungsteuer (zzgl. des 5,5-prozentigen Solidaritätszuschlages darauf und, sofern der einzelne Investor kirchensteuerpflichtig ist, Kirchensteuer). Der Veräußerungsgewinn bestimmt sich im Regelfall als Differenz zwischen den Einnahmen aus der Veräußerung bzw. Einlösung der Genussscheine und den Anschaffungskosten. Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft oder der Einlösung stehen, werden steuerlich mindernd berücksichtigt. Darüber hinaus werden Aufwendungen, die dem Investor im Zusammenhang mit den Genussscheinen tatsächlich entstanden sind, steuerlich nicht berücksichtigt.

Verluste aus der Veräußerung bzw. Einlösung von im Privatvermögen gehaltenen Genussscheinen werden steuerlich unabhängig von der Haltedauer berücksichtigt. Diese Verluste können jedoch nicht mit anderen Einkünften wie z.B. Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit oder Gewerbebetrieb verrechnet werden, sondern im Rahmen gewisser Einschränkungen nur mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen. Nicht verrechenbare Verluste können in die folgenden Veranlagungszeiträume übertragen werden; ein Verlustrücktrag in Vorjahre ist nicht möglich.

Die Abgeltungsteuer wird im Regelfall durch den Abzug von Kapitalertragsteuer an der Quelle erhoben (vgl. den nachfolgenden Abschnitt "*Kapitalertragsteuer*"). Mit dem Einbehalt der Kapitalertragsteuer ist in der Regel die Steuerpflicht des Investors in Bezug auf die Genussscheine erfüllt. Hinsichtlich der Möglichkeit der Veranlagung im Rahmen der Steuererklärung werden Investoren auf die Beschreibung unter dem Abschnitt "*Ausschüttungen auf die Genussscheine*" verwiesen.

Werden die Genussscheine im Betriebsvermögen von natürlichen Personen oder in Deutschland steuerlich ansässig Körperschaften gehalten, unterliegen die Veräußerungs- bzw. Einlösegewinne in Bezug auf die Genussscheine der tarifliche Einkommen- oder Körperschaftsteuer (zzgl. Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer hängt vom Hebesatz der Gemeinde ab, in der sich der Gewerbebetrieb befindet. Bei natürlichen Personen kann die Gewerbesteuer in Abhängigkeit vom Hebesatz und der individuellen steuerlichen Situation des Investors teilweise oder vollständig auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Die Veräußerungs- bzw. Einlösegewinne müssen in der Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärung des Investors angegeben werden. In Deutschland einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich Zuschläge) ist in der Re-

gel vollständig auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer anrechenbar bzw. gegebenenfalls erstattungsfähig.

Kapitalertragsteuer

Wenn die Genussscheine seit ihrer Anschaffung in einem Wertpapierdepot einer inländischen Zahlstelle (wie nachstehend definiert) verwahrt oder verwaltet werden, wird Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent zzgl. des 5,5-prozentigen Solidaritätszuschlages darauf, mithin insgesamt 26,375 Prozent, auf den Veräußerungsgewinn einbehalten. Der Abzugsteuersatz liegt darüber, wenn für den einzelnen Investor Kirchensteuer einbehalten wird. Wenn die Genussscheine nach der Übertragung von einem bei einer anderen Bank geführten Wertpapierdepot veräußert oder zurückgezahlt werden, gelten 30 Prozent der Veräußerungs- oder Rückzahlungserlöse als Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer, sofern der Investor oder die vorherige Depotbank nicht die tatsächlichen Anschaffungskosten nachweist und ein solcher Nachweis zulässig ist. Bei Übertragungen zwischen inländischen Zahlstellen ist die abgebende Zahlstelle zur Übermittlung der Anschaffungskosten an die neue Zahlstelle verpflichtet.

Als inländische Zahlstelle im vorgenannten Sinn gelten deutsche Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute bzw. inländische Niederlassungen einer ausländischen Bank oder eines Finanzdienstleistungsinstituts, inländische Wertpapierhandelsunternehmen oder inländische Wertpapierhandelsbanken.

Wenn die Veräußerungs- bzw. Einlösegewinne von einer in Deutschland steuerlich ansässigen Körperschaft erzielt werden, ist im Regelfall keine Kapitalertragsteuer einzubehalten. Das gilt auch auf Antrag für natürliche Personen, wenn die Veräußerungs- bzw. Einlösegewinne Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebes darstellen.

Steuerausländer

Personen, die in Deutschland steuerlich nicht ansässig sind ("**Ausländische Halter**"), unterliegen mit den Ausschüttungen auf die Genussscheine der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Mit der von den Ausschüttungen einbehaltenen Kapitalertragsteuer gilt die Steuerpflicht des Ausländischen Halters im Regelfall als abgegolten. Unter bestimmten Voraussetzungen können Ausländische Halter Steuerermäßigungen oder -befreiungen unter ggf. anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland in Anspruch nehmen. Ausländische Halter in der Rechtsform einer Körperschaft können unabhängig von Steuerermäßigungen nach einem Doppelbesteuerungsabkommen unter bestimmten Umständen zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten deutschen Kapitalertragsteuer erstattet bekommen.

Für den Fall, dass die Genussscheine einer inländischen Betriebstätte des Ausländischen Halters zugeordnet werden können und die Ausschüttungen dort betriebliche Einkünfte darstellen, hat der Steuerabzug keine abgeltende Wirkung. Die Ausschüttungen unterliegen dann der tariflichen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer im Rahmen der Veranlagung.

Etwaige Einkünfte aus der Veräußerung von Genussscheinen sind für Ausländische Halter in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel nicht steuerpflichtig, es sei denn, die Genussscheine können einer inländischen Betriebstätte des Ausländischen Halters zugeordnet werden.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Übertragung der Genussscheine im Wege der Erbfolge oder Schenkung wird nur der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer unterworfen, wenn:

(i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder ein sonstiger Erwerber seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Übertragung in Deutschland hat,

(ii) die Genussscheine unabhängig von den unter den (i) genannten persönlichen Voraussetzungen in einem gewerblichen Betriebsvermögen gehalten werden, für welches in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist,

(iii) die Genussscheine mit deutschem Grundbesitz oder inländischen Rechten, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen, besichert sind (mit Ausnahme von Anleihen und Forderungen, über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind)

Es gelten Sonderregelungen für bestimmte, außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Investoren werden gebeten, hinsichtlich der erbschaft- oder schenkungsteuerlichen Konsequenzen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände ihren eigenen Steuerberater zu konsultieren.

Andere Steuern

Der Kauf, Verkauf oder die anderweitige Veräußerung der Genussscheine löst keine Kapitalverkehrs-, Umsatz-, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer in Deutschland aus. Unter gewissen Umständen können Unternehmer hinsichtlich des Verkaufs der Genussscheine zur Umsatzsteuer optieren. Vermögenssteuer wird gegenwärtig in Deutschland nicht erhoben.

Richtlinie der EU zur Besteuerung von Spareinlagen

Am 3. Juni 2003 hat der Rat "Wirtschaft und Finanzen" (ECOFIN) die Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (die "**Zinsbesteuerungsrichtlinie**") angenommen. Seit dem 1. Juli 2005 sind im Rahmen der Zinsbesteuerungsrichtlinie alle Mitgliedstaaten verpflichtet, die Steuerbehörden eines anderen Mitgliedstaates mit Informationen über Zinszahlungen oder vergleichbare Erträge zu versorgen, die von einer Zahlstelle in einem Mitgliedstaat an eine natürliche Person in einem anderen Mitgliedstaat gezahlt wurden. Österreich und Luxemburg erheben stattdessen für einen Übergangszeitraum eine Quellensteuer, solange sie nicht an dem Informationsaustausch teilnehmen. Belgien nimmt seit dem 1. Januar 2010 an dem Informationsaustausch teil und behält daher auf Zinszahlungen nach diesem Zeitraum keine Quellensteuer mehr ein. In Deutschland wurde die Zinsbesteuerungsrichtlinie durch am 1. Juli 2005 in Kraft getretene Zinsinformationsverordnung umgesetzt.

III. Bedingungen und Konditionen des Angebots

1. Zeitplan Angebotsbedingungen

Die Emission findet voraussichtlich am 4. August 2010 statt. Nach der Aufnahme einer Börsennotierung ist ein Erwerb über die Börse oder bei der Emittentin bzw. den Banken möglich.

2. Emissionsvolumen

Das Emissionsvolumen beträgt bis zu EUR 50.000.000.

3. Angebotsfrist

Die Genussscheine werden den Inhabern der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 innerhalb der Angebotsfrist vom 7. Juli 2010 bis zum 30. Juli 2010 angeboten. Die Angebotsfrist kann verlängert oder vorzeitig beendet werden.

4. Erwerb der Genussscheine

Der Erwerb der Genussscheine erfolgt auf Grund des zwischen Emittentin und dem Anleger abzuschließenden Kaufvertrages für die Genussscheine. Eine Vorauszahlung oder Zuteilung der Genussscheine ist nicht vorgesehen. Mindest- oder Höchstanlagevolumina bestehen nicht.

5. Emissionspreis

Der Emissionspreis für Genussscheine beträgt 99,5% des Nennbetrages. Dies entspricht dem ursprünglichen Emissionspreis der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840. Die Emittentin wird die Übertragung des Eigentums an den Genussscheinen mit der ISIN DE0008125840 im Verhältnis 1:1 als Gegenleistung für die Ausgabe der Genussscheine akzeptieren.

6. Lieferung

Die Lieferung erfolgt gemäß den individuellen Kaufverträgen jeweils über das jeweilige Clearingsystem nach den für das jeweilige Clearingsystem gültigen Regelungen, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart wurde.

7. Bezugsrechte

Bezugsrechte sind nicht vorgesehen.

8. Investoren, denen die Genussscheine angeboten werden

Die Genussscheine werden ausschließlich den Inhabern der Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 angeboten.

IV. Platzierung und Emission

1. Platzierung

Die Genussscheine werden von der Emittentin direkt platziert.

2. Zahlstellen

Zahlungen erfolgen gemäß den Genussscheinsbedingungen. Die Landesbank Baden-Württemberg, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland, ist die Zahlstelle.

3. Berechnungsstelle

Die Landesbank Baden-Württemberg, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland, ist die Berechnungsstelle.

V. Zulassung zum Handel , Börsennotierungen

Die LBBW beabsichtigt, die Einbeziehung der Genussscheine in den Handel am regulierten Markt der Stuttgarter Wertpapierbörse zu beantragen.

Die Kurse richten sich bei einem Kauf bzw. Verkauf über die Börse nach Angebot und Nachfrage und werden nach den jeweils gültigen Börsenregeln festgesetzt. Genussscheine der Emittentin sind bereits im regulierten Markt der Stuttgarter Wertpapierbörse sowie im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zum Handel zugelassen.

VI. Zusätzliche Informationen

1. Sachverständige

Die Emittentin hat sich bei der Erstellung dieses Prospektes nicht auf Feststellungen von Sachverständigen verlassen.

2. Kreditrating

Die Genussscheine erhalten kein Kreditrating.

3. Informationen nach Emission

Außer im Falle von Bekanntmachungen gemäß § 14 der Emissionsbedingungen beabsichtigt die Emittentin nicht, Informationen nach der Emission zur Verfügung zu stellen.

Emissionsbedingungen der Genussscheine

§ 1

(1) Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, (nachstehend "**LBBW**" genannt) begibt am 4. August 2010 (nachstehend "**Begebungstag**" genannt) Genussscheine gemäß § 10 Abs. 5 KWG im Gesamtnennbetrag von bis zu Euro 50.000.000,--.

(2) Die Genussscheine lauten auf den Inhaber und sind eingeteilt in 50.000 untereinander gleichberechtigte Genussscheine im Nennbetrag von jeweils Euro 1.000,--. Die Genussscheine werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, (nachstehend "**Clearing System**" genannt) hinterlegt ist. Effektive Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

§ 2

(1) Die Genussscheininhaber erhalten eine jährliche Ausschüttung von 6,75% (p.a.) des Nennbetrages der Genussscheine für die Jahre 2009 und 2010. Die jährliche Ausschüttung für die Jahre 2011 bis 2020 entspricht dem Referenzsatz zuzüglich 1,35% (p.a.) des Nennbetrages. Der "**Referenzsatz**" ist der 10-Jahres-EUR- Swapsatz, der am Begebungstag um oder gegen 11.00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main) auf der Reuters-Seite ISDAFIX2 veröffentlicht wird, wie von der Berechnungsstelle festgestellt. Der Referenzsatz wird auf die zweite Dezimalstelle kaufmännisch gerundet.

(2) Die Ausschüttungen auf die Genussscheine gehen Ausschüttungen auf das Stammkapital und der Dotierung von Rücklagen vor.

(3) Die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Kann aufgrund dieser Begrenzung die zugesagte Ausschüttung ganz oder teilweise nicht erfüllt werden, so ist der fehlende Betrag in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen, wobei zunächst die Rückstände, und zwar die älteren zuerst, sodann die letztfälligen Ausschüttungsansprüche zu bedienen sind. Diese Nachzahlungspflicht besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

(4) Die Genussscheine sind rückwirkend vom 1. Januar 2009 an ausschüttungsberechtigt. Die Ausschüttung wird berechnet durch Multiplikation des Nennbetrages mit dem anwendbaren Zinssatz, multipliziert mit der tatsächlichen Zahl von Tagen in der betreffenden Ausschüttungsperiode, geteilt durch 365 (act/act).

(5) Die Ausschüttung auf die Genussscheine für das abgelaufene Geschäftsjahr ist jeweils nachträglich am 15. Juli des folgenden Jahres fällig. Sofern zu diesem Termin die endgültige Feststellung des Jahresabschlusses des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Verwaltungsrat (bzw. dessen Nachfolgeorgan) noch nicht erfolgt ist, wird die Zahlung am ersten Bankarbeitstag nach der endgültigen Feststellung fällig.

§ 3

Die Genussscheine verbriefen lediglich Gläubigerrechte. Sie gewähren keine Gesellschafterrechte.

§ 4

(1) Die LBBW behält sich vor, weitere Genussscheine zu gleichen oder anderen Bedingungen auszugeben.

(2) Die Genussscheininhaber haben keinen Anspruch darauf, dass ihre Ausschüttungsansprüche vorrangig vor den Ausschüttungsansprüchen bedient werden, die auf weitere Genussscheine entfallen.

§ 5

Der Bestand der Genussscheine wird vorbehaltlich § 7 weder durch Verschmelzung oder Umwandlung noch durch eine Veränderung des Stammkapitals der LBBW berührt.

§ 6

(1) Die Laufzeit der Genussscheine ist auf das Ende des Geschäftsjahres 2020 befristet. Vorbehaltlich der Bestimmungen gemäß § 7 (Teilnahme am Verlust) werden die Genussscheine zum Nennbetrag zurückgezahlt. Der zurückzuzahlende Betrag ist am 15. Juli 2021 fällig. § 2 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. Der zurückzuzahlende Betrag wird vom Ende der Laufzeit der Genussscheine bis zur Fälligkeit mit dem in § 2 Absatz 1 genannten Ausschüttungssatz für das Geschäftsjahr 2020 verzinst.

(2) Die LBBW kann die Genussscheine frühestens mit dem Ablauf des dritten Geschäftsjahres, das auf das Geschäftsjahr der Begebung der Genussscheine folgt unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 2 Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – also frühestens zum 31. Dezember 2013 mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 – durch Bekanntmachung gemäß § 12 kündigen. Die gekündigten Genussscheine verbriefen bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. Im übrigen gilt Abs. 1 Sätze 2-5 sinngemäß. Die Genussscheininhaber können ihre Genussscheine nicht kündigen.

(3) Die LBBW kann die Genussscheine unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 2 Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres – frühestens zum 31. Dezember 2012 – durch Bekanntmachung gemäß § 12 kündigen, wenn eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, dass dies bei der LBBW zu einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer führt. Die Kündigung darf – vorbehaltlich des in Satz 1 bestimmten Zeitpunkts – im Falle einer Steuerbelastung der Ausschüttungen mit Gewerbeertrag- und/oder Körperschaftsteuer frühestens zum Ende des Geschäftsjahres, das der Ausschüttung vorangeht, bei der erstmals die Steuerbelastung bei der LBBW anfallen würde, ausgesprochen werden. Die gekündigten Genussscheine verbriefen bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte. Im übrigen gilt Abs. 1 Sätze 2-5 sinngemäß. Die wirksame Ausübung des Kündigungsrechts nach diesem § 6 Abs. 3 setzt voraus, dass die Emittentin die Genussscheine durch anderes, mindestens gleichwertiges haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG ersetzt hat oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht dieser vorzeitigen Rückzahlung vorher zustimmt.

(4) Die LBBW kann die von Genussscheininhabern innerhalb von 12 Monaten nach Fälligkeit nicht erhobenen Beträge an Kapital und Ausschüttungen auf Gefahr und Kosten dieser Genussscheininhaber bei dem Amtsgericht Stuttgart unter Verzicht auf das Recht der Rücknahme hinterlegen. Mit dieser Hinterlegung erlischt jeglicher Anspruch dieser Genussscheininhaber gegen die LBBW.

(5) Die Dauer der in § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB festgelegten Vorlegungsfrist für die Genussscheine wird auf 10 Jahre abgekürzt. Die Vorlegung der Genussscheine erfolgt durch Übertragung der jeweiligen Miteigentumsanteile an der Globalurkunde auf das Konto der LBBW bei der Clearstream Banking AG.

§ 7

(1) **Die Genussscheine nehmen rückwirkend in dem Umfang an den Verlusten für das Geschäftsjahr 2009 teil, in dem die Genussscheine mit der ISIN DE0008125840 an einem Verlust für das Geschäftsjahr 2009 teilgenommen haben.** Der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers verringert sich infolge des Bilanzverlustes der LBBW für das Geschäftsjahr 2009 und wird im Falle von Bilanzverlusten der LBBW in folgenden Geschäftsjahren ebenfalls vermindert werden. Bei einem Bilanzverlust vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers in demselben Verhältnis, in dem das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital (einschließlich Genussscheinkapital, jedoch ohne nachrangige Verbindlichkeiten) durch die Til-

gung des Bilanzverlustes gemindert wird. Verlustvorträge aus Vorjahren bleiben hierbei außer Betracht.

(2) Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Gewinnverwendung vorgenommen wird. Diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

§ 8

(1) Die Genussscheine treten gegenüber allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern der LBBW im Rang zurück. Im Falle eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen oder der Liquidation der LBBW werden die Genussscheine nach allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern und gleichrangig mit weiteren Genussscheinen bedient; die Genussscheine gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

(2) Die Aufrechnung des Anspruchs aus den Genussscheinen gegen Forderungen der LBBW ist ausgeschlossen; den Genussscheininhabern werden keine Sicherheiten durch die LBBW oder durch Dritte eingeräumt.

§ 9

Nachträglich können die Teilnahme am Verlust (§ 7 der Emissionsbedingungen) nicht zum Nachteil der LBBW geändert, der Nachrang der Genussscheine (§ 8 der Emissionsbedingungen) nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist (§ 6 der Emissionsbedingungen) nicht verkürzt werden. Ein vorzeitiger Rückerwerb oder eine anderweitige Rückzahlung ist der LBBW, außer in den Fällen des § 10 Abs. 5 Satz 6 KWG (Marktpflege), ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder dies Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt.

§ 10

(1) Sämtliche Rückzahlungen und Ausschüttungen in Bezug auf die Genussscheine werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlicher Gebühren jedweder Art geleistet, die von der Bundesrepublik Deutschland oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben.

(2) Wenn Ausschüttungszahlungen (einschließlich der Zahlung von ausgefallenen Ausschüttungen) an den Genussscheininhaber geleistet werden, ist die Emittentin verpflichtet, von den ausgeschütteten Beträgen Kapitalertragsteuer nach Maßgabe von § 43 Einkommensteuergesetz zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer einzubehalten, sofern nicht die Finanzbehörden Zahlungen an den Genussscheininhaber befreit haben.

§ 11

(1) Alle Zahlungen aus den Genussscheinen erfolgen bei der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, als Zahlstelle. Sie wird der Clearstream Banking AG die jeweils fälligen Beträge zur Weiterleitung per Gutschrift an die Genussscheininhaber zur Verfügung stellen.

(2) Die LBBW ist berechtigt, durch Bekanntmachung gemäß § 14 weitere Banken als Zahlstellen zu benennen.

(3) Die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, handelt auch als anfängliche Berechnungsstelle.

§ 12

(1) Soweit Handlungen oder Zahlungen, die in diesen Emissionsbedingungen vorgeschrieben sind, an einem Tag zu erbringen wären, der kein Bankarbeitstag ist, sind sie am darauffolgenden Bankarbeitstag vorzunehmen.

(2) "**Bankarbeitstag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken in Stuttgart geöffnet sind und an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer Zahlungssystem (TARGET2) für die Abwicklung von Zahlungen in Euro geöffnet ist.

§ 13

(1) Die Emissionsbedingungen sowie alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus den in diesen Emissionsbedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergeben, ist Stuttgart, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen.

§ 14

(1) Alle die Genussscheine betreffenden Bekanntmachungen an die Genussscheininhaber werden gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf der www.LBBW-markets.de unter der Rubirk "Renten" veröffentlicht, es sei denn, dies kann, sofern praktikabel, durch direkten Zugang erfolgen. Die LBBW wird sicherstellen, dass alle Bekanntmachungen ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der zuständigen Stellen der jeweiligen Börsen, an denen die Genussscheine notiert sind, erfolgen. Jede derartige Bekanntmachung gilt mit dem Tage der ersten Veröffentlichung als wirksam erfolgt.

(2) Die LBBW ist berechtigt, anstatt oder zusätzlich zu einer Bekanntmachung gemäß § 14 Absatz 1 eine Bekanntmachung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Inhaber der Genussscheine zu übermitteln, vorausgesetzt, dass in Fällen, in denen die Genussscheine an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse diese Form der Bekanntmachung zulassen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am 3. Tag nach dem Tag der Bekanntmachung an das Clearing System als den Genussscheininhaber mitgeteilt, soweit sie nicht (im Falle einer zusätzlichen Bekanntmachung gemäß diesem § 14 Absatz 2 bereits gemäß § 14 Absatz 1 wirksam geworden ist.

§ 15

Sollte eine der Bestimmungen der Emissionsbedingungen unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen in Kraft. Für eine etwa hierdurch entstehende Lücke soll eine dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen entsprechende Regelung gelten.

ANNEX 1

Geprüfte Konzernfinanzinformationen

für das Jahr 2009

Konzern-
lagebericht.

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss 2009 sowie der Konzernlagebericht 2009 wurden wie im Vorjahr von der Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft mit einem unein-geschränkten Bestätigungs-vermerk versehen.

Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) als Kern des LBBW-Konzerns ist eine Universal- und Geschäftsbank und gehört zu den größten deutschen Kreditinstituten. Zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank bietet sie in bundesweit 212 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Großbank. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die BW-Bank für die LBBW die Aufgaben einer Sparkasse.

Für die heimischen Unternehmenskunden bietet die LBBW einen weltweiten Vor-Ort-Service mit ausgewählten Auslandsstandorten, darunter den Niederlassungen in New York, London, Singapur, Seoul und Mexiko-Stadt sowie zahlreichen Repräsentanzen. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch die vier German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt, Singapur und Delhi.Gurgaon, Indien.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Hier sind Stabs- und Servicefunktionen auf Konzernebene gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Kundengeschäft des Konzerns. Dadurch verbindet der LBBW-Konzern effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der Nähe regionaler Kundenbanken. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch spezialisierte Tochtergesellschaften.

Die LBBW ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Ihre Eigentümer sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,53%, das Land Baden-Württemberg mit 19,57%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,93%, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 18,26% und die L-Bank mit 2,71% der Anteile am Stammkapital der LBBW.

Herausfordernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Das anspruchsvolle gesamtwirtschaftliche Umfeld, gepaart mit der tiefgreifenden Finanzkrise, hat die globale Bankwirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor ausgesprochen große Herausforderungen gestellt. Kreditinstitute auf der ganzen Welt wurden davon unerwartet hart getroffen. Seither hat sich die Situation an den internationalen Finanzmärkten zwar wieder entspannt, ist aber längst noch nicht zur Normalität zurückgekehrt. Auch der LBBW-Konzern ist von dieser Finanzkrise trotz solider Erträge im operativen Geschäft nicht unberührt geblieben.

Einhergehend mit der Eintrübung des bankwirtschaftlichen Marktumfeldes begann die LBBW bereits frühzeitig damit, ihre strategische Grundausrichtung an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dieser Veränderungsprozess bekam durch die dramatischen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten in quantitativer und zeitlicher Hinsicht zusätzliche Dynamik. Vor allem die Entwicklungen an den Kapitalmärkten sowie externe Ratingherabstufungen von Kreditpapieren führten zu einem unerwarteten Anstieg des Eigenkapitalbedarfs.

Um vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher höherer Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung sicherzustellen, dass die Bank auch künftig ihre Rolle als solider und verlässlicher Finanzierungspartner vollumfänglich wahrnehmen kann, haben die Träger dem LBBW-Konzern im Frühsommer 2009 weiteres Eigenkapital in Höhe von 5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg Risiken mit einem Garantiebetrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR abgeschirmt. Diese Maßnahmen wurden durch die EU-Kommission mit der Auflage einer umfassenden Umstrukturierung und Neuausrichtung der LBBW und damit des LBBW-Konzerns verbunden und am 15. Dezember 2009 auf Basis eines Anfang Oktober 2009 eingereichten Umstrukturierungsplans ohne Hauptprüfverfahren genehmigt.

Tiefgreifender Umbau der Bank.

Dank ihres stark kundenbezogenen Geschäfts verfügt die LBBW über eine solide Ertragsbasis und einen profitablen Kern, der sich gerade in diesen wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Zeiten im Grundsatz bewährt hat. Die tiefe regionale Verwurzelung, gepaart mit dem damit einhergehenden Markt-Know-how, ist dabei ein echter Mehrwert, den die LBBW gegenüber ihren Mitbewerbern bieten kann. Entsprechend liegen im kundennahen Geschäft auch die zentralen Wachstumsfelder der Bank. Im Rahmen des Umstrukturierungsplans ist die Konzentration der Bank auf die stabilen regional geprägten Kerngeschäftsfelder vorgesehen.

Die LBBW hat bereits 2009 die zentralen Weichenstellungen zur Anpassung ihres Geschäftsmodells initiiert. Im Einzelnen umfasst der von der LBBW erarbeitete Umstrukturierungsplan die folgenden Eckpunkte:

1. Konzentration auf das Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven
Die LBBW fokussiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung noch stärker auf ihre Kernaktivitäten mit Wachstumsperspektiven, insbesondere auf die erfreulich verlaufenden Geschäfte mit Firmenkunden, Privatkunden und Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als verlässlicher Partner des Mittelstands in ihren regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen mit den daran angrenzenden Regionen. Darüber hinaus konzentriert sich die Bank im Firmenkundengeschäft auf ausgewählte große Unternehmen im deutschsprachigen Raum; das Geschäft mit gewerblichen Immobilienkunden ist künftig hingegen auf Deutschland und ausgewählte Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien ausgerichtet.

2. Abbau des Kreditersatzgeschäfts und der sonstigen opportunistischen Geschäftsaktivitäten
Das Kreditersatzgeschäft der LBBW wird abgebaut. Im Vordergrund steht dabei die konsequente Nutzung von Fälligkeiten. Darüber hinaus wird die Bank Projektfinanzierungen nur noch in Zusammenhang mit Kundengeschäften bzw. in Verbindung mit Projekten im Kontext erneuerbarer Energien betreiben. Im Auslandsgeschäft konzentriert sich die LBBW künftig auf Export- und Handelsfinanzierungen im Interesse ihrer heimischen Kunden. Außerdem kommt es zu einer Straffung des Auslandsnetzes und zum Verkauf von Beteiligungen. Trotzdem bleiben die kundenbezogenen Aktivitäten der LBBW hierbei ganz klar im Mittelpunkt.

In der Summe zielen die vorgesehenen Maßnahmen darauf ab, die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns um circa 40 % zurückzuführen. Damit einhergehend wird die Risikostruktur im Konzern weiter verbessert und gleichzeitig der Komplexitätsgrad spürbar reduziert.

3. Deutliche Reduktion der Kosten um ca. 700 Mio. EUR

Die mit der Kapitalerhöhung und der Risikoabschirmung verbundenen Kosten und Auflagen erfordern eine deutliche Senkung der Kostenbasis im Konzern. Im Zielbild sind Kostensenkungen mit einem Gesamtvolumen von rund 700 Mio. EUR jährlich geplant. Die Reduktion der Kosten wird schrittweise ab 2010 erfolgen. Der Großteil der Reduktion basiert auf Sachkosteneinsparungen und Beteiligungsveräußerungen. Ferner ist die strategische Neuausrichtung der LBBW mit dem Abbau von rund 2 500 Stellen verbunden. Die Verringerung der Stellenzahl soll so sozialverträglich wie möglich vollzogen werden.

4. Gesundes Wachstum im Kerngeschäft

Das Konzept zur Neuausrichtung definiert auch klar die Wachstumsfelder der Bank. So zielt die LBBW darauf ab, ihre Position als Partner des Mittelstands in den regionalen Kernmärkten der Bank unter Nutzung ihrer Marktkenntnis und Intensivierung der Kundennähe weiter zu festigen und damit auch die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen.

Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als leistungsfähiger und verlässlicher Partner ihrer Kunden, als Hausbank im besten Sinne des Wortes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen bedürfen Bankkunden eines langfristig denkenden und verlässlichen Kreditinstituts, das seinen Kunden loyal zur Seite steht. Es entspricht der Erfahrung der LBBW, dass eine dauerhafte Partnerschaft zwischen Bank und Kunde sich am langen Ende für beide Seiten lohnt. Das zeigen auch die teilweise bereits seit Jahrzehnten andauernden Kundenbeziehungen.

Darüber hinaus ist das gesunde Wachstum im Kerngeschäft der LBBW eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze.

Insgesamt sieht sich die LBBW gut gerüstet, um auch in dieser schwierigen Umbauphase weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

Künftige Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen.

Das künftige Geschäftsmodell der LBBW umfasst fünf Geschäftsfelder: Privatkunden, Firmenkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Im Geschäftsfeld **Privatkunden** setzt die LBBW zwei Schwerpunkte. Zum einen konzentriert sich die Bank auf das gehobene Privatkundengeschäft. Zu diesem Zweck soll in den Bereichen Private Banking und Wealth Management die Neukundengewinnung forciert, die Betreuungsintensität ausgebaut und das Produktangebot fokussiert werden. Ziel ist es, die Position der BW-Bank als leistungsfähige Regionalbank und damit als einer der führenden Anbieter für gehobene Segmente weiter zu festigen. Flankierend werden die Sachsen Bank und die Rheinland-Pfalz Bank in den dortigen Märkten das gehobene Privatkundengeschäft mittels lokal-selektiver Präsenz betreiben. Den zweiten Schwerpunkt im Geschäftsfeld Privatkunden legt die LBBW auf das klassische Retailgeschäft. Innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart übernimmt dabei die BW-Bank die Rolle einer Sparkasse, die ihren Kunden die komplette Bank- und Finanzdienstleistungspalette bietet. Aus dieser Sparkassenfunktion heraus ergibt sich ein erheblicher Anteil des Retailgeschäfts der LBBW. Der auf die nachhaltige Kundenbeziehung ausgerichtete und bedarfsorientierte Beratungs- und Betreuungsansatz ist und bleibt Leitgedanke im Privatkundengeschäft der LBBW.

Im Geschäftsfeld **Firmenkunden** fokussiert sich die LBBW in Zukunft zum einen auf das Betreuungsgeschäft für mittelständische Firmenkunden und Kunden der öffentlichen Hand. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg betreut der LBBW-Konzern dabei unter der Marke BW-Bank. In Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Wirtschaftsräumen nehmen diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr. Die Versorgung des heimischen Mittelstands mit einem umfassenden bankwirtschaftlichen Produktportfolio gehört auch weiterhin zum Herzstück des LBBW-Geschäftsmodells. Hierzu zählen insbesondere auch innovative Financial-Markets-Produkte wie Corporate-Schuldscheine und Corporate-Finance-Dienstleistungen. Das regionale Geschäft mit Unternehmenskunden wird entsprechend weiter ausgebaut und dient damit auch zukünftig als stabile Ertragsbasis. Zum anderen umfasst die Säule Firmenkunden das Geschäft mit Großkunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Besonderes Augenmerk legt die LBBW dabei auf das Geschäft mit kapitalmarktorientierten Kunden, deren Tätigkeit international ausgerichtet ist. Ferner bietet die LBBW umfassende Dienstleistungen bei der Projektfinanzierung im Bereich erneuerbarer Energien an.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** fungiert die LBBW als Sparkassenzentralbank für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Sachsen. Das Engagement der LBBW im Rahmen ihrer Sparkassenzentralbankfunktion untergliedert sich dabei in drei wesentliche Arten der Zusammenarbeit: Die Bank betreut Eigengeschäfte der Sparkassen für alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst. Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen angeboten. Schließlich werden Abwicklungsgeschäfte im Dienstleistungsgeschäft, wie beispielsweise Wertpapierabwicklung oder Auslandszahlungsverkehr, erbracht. Vor dem Hintergrund der erzielbaren Skaleneffekte ist die Zusammenarbeit mit den Sparkassen ein zentrales Element im Geschäftsmodell der LBBW. Entsprechend ist die LBBW bestrebt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das Geschäftsfeld **Financial Markets** ist auf Service- und Beratungsdienstleistungen für institutionelle Kunden, Sparkassen sowie Unternehmenskunden ausgerichtet und damit ganz klar auf das kundeninduzierte Geschäft konzentriert. Für Privatkunden und Institutionelle strukturiert, vertreibt und handelt die LBBW mit Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukten.
Des Weiteren werden die Beratung, Strukturierung und Platzierung in Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen angeboten, womit den Kernkunden der LBBW insbesondere auch der Zugang zu den Kreditmärkten ermöglicht wird.

Das Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** beinhaltet künftig eine breite Palette objekt-, portfolio- und unternehmensbezogener Finanzierungsstrukturen sowie eine Reihe ergänzender Produkte und Dienstleistungen für Immobiliengesellschaften sowie private und institutionelle Investoren.
Dabei soll der Großteil des Geschäfts in Deutschland stattfinden, während die Auslandstätigkeiten des Geschäftsfelds auf die Vereinigten Staaten (USA) und Großbritannien beschränkt sein werden. Außerhalb der definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien sowie außerhalb der definierten Segmente und Objektkategorien wird das Immobilienfinanzierungsgeschäft in den kommenden Jahren deutlich reduziert.

Gesamt-wirtschaftliche Entwicklung.

Weltwirtschaft.

Die zeitweise schon befürchtete Neuauflage der großen Depression der 1930er-Jahre blieb im abgelaufenen Jahr aus. Die von den Regierungen der großen Volkswirtschaften initiierten Konjunkturprogramme und die Liquiditätszufuhr der wichtigsten Notenbanken verhinderten das Schlimmste. Dennoch konnte der schärfste wirtschaftliche Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg nicht abgewendet werden. Ausdruck dessen war eine globale Schockstarre, die vor allem im ersten Halbjahr die Weltkonjunktur lähmte: Der internationale Warenhandel erlitt einen deutlichen Einbruch, die Auftragseingänge brachen dramatisch ein und die Kapazitätsauslastungen in den großen Industrienationen fielen infolgedessen stellenweise auf historische Tiefstände. Erholungstendenzen im zweiten Halbjahr waren dann vor allem den fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen zu verdanken.

Der Verlauf kann gut am Beispiel der USA skizziert werden. Fiel das amerikanische BIP im ersten Quartal 2009 noch um annualisiert 6,4%, setzten staatliche Maßnahmen wie etwa die US-Verschrottungsprämie positive Impulse, die im dritten Quartal 2009 bereits wieder zu einem Zuwachs von 2,2% (annualisiert) führten. Die positive Entwicklung setzte sich schließlich im vierten Quartal mit einem Zuwachs von 5,7% (annualisiert) gegenüber dem Vorquartal fort. Vorläufigen Schätzungen zufolge dürfte im Gesamtjahr 2009 in der größten Volkswirtschaft real ein Minus von 2,4% zu Buche stehen. Die Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2009 nach Schätzungen der LBBW um 0,6% geschrumpft sein – was seit dem Zweiten Weltkrieg der deutlichste Einbruch wäre. Ohne das robuste Wachstum in den Schwellenländern sähe das Ergebnis noch deutlich schlechter aus. Allen voran steht hierbei einmal mehr China. Die chinesische Regierung legte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt das größte Konjunkturpaket vor. Sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 standen und stehen staatliche Mittel von rund 7% des BIP für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wuchs die chinesische Volkswirtschaft laut offiziellen vorläufigen Schätzungen um 8,7% im Jahr 2009.

Deutschland.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft traf die deutsche Volkswirtschaft ins Mark. Waren bis zur Krise die Investitionen und die Exporte die wichtigsten Wachstumstreiber, drückten beide Größen das BIP nun kräftig in den roten Bereich. Der Einbruch der Investitionen stand dabei in unmittelbarem Zusammenhang mit dem massiven Rückgang der Ausfuhren. Im Durchschnitt der zwei ersten Quartale gingen die Exporte um real 18 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete vor diesem Hintergrund im ersten bzw. zweiten Quartal 2009 ein Minus von 6,7 % bzw. 5,8 % im Jahresvergleich. Ohne den relativ robusten privaten Konsum und den höheren Staatsverbrauch wäre die wirtschaftliche Talfahrt noch ausgeprägter ausgefallen. Die Ausweitung der Kurzarbeit – von August 2008 bis Mai 2009 stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 39 416 auf 1,533 Mio. – führte zu einem weniger starken Anstieg der Arbeitslosenquote als allgemein befürchtet. Der dadurch vermiedene Arbeitsplatzabbau – die Arbeitslosenquote stieg lediglich von 7,7 % im Dezember 2008 auf 8,1 % im Dezember 2009 – hielt zusammen mit den hohen Lohnabschlüssen des Vorjahres und den Kaufanreizen der »Abwrackprämie« die Kaufbereitschaft der Konsumenten aufrecht. Die in Deutschland bereits im zweiten Quartal begonnene Erholung setzte sich im dritten Quartal mit einem Plus von 0,7 % (saison- und kalenderbereinigt) im direkten Quartalsvergleich fort. Positive Impulse kamen seit Jahresanfang 2009 von den Bauinvestitionen und ab dem dritten Quartal 2009 von den Ausrüstungsinvestitionen. Darüber hinaus verzeichneten die Exporte im dritten Quartal 2009 wieder einen Zuwachs um 3,4 % zum Vorquartal. Per saldo ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt ungeachtet der Erholung ab dem zweiten Quartal im Jahr 2009 aufgrund des Einbruchs zu Jahresanfang (–3,5 % im Quartalsvergleich) nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes real um 5 % geschrumpft.

Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken sahen sich in Anbetracht des massiven wirtschaftlichen Einbruchs und der weiterhin bestehenden Risiken im Bankensektor zu einer Fortsetzung ihrer bereits im Jahr 2008 begonnen drastischen Maßnahmen gezwungen. Die EZB senkte ihren Leitzins im Zeitraum von März bis Mai um insgesamt 100 Basispunkte auf ein in der Geschichte der Notenbank historisches Tief von 1 %. Darüber hinaus erweiterte die EZB ihren Handlungsspielraum mit sogenannten »unkonventionellen Maßnahmen«. Hierzu gehörte unter anderem die Ankündigung des Kaufs von besicherten Bankanleihen von Emittenten aus dem Euroraum. Der Rahmen dieses Programms beläuft sich auf 60 Mrd. EUR. Zum Jahresende 2009 waren davon 28,74 Mrd. EUR ausgeschöpft. Darüber hinaus führte die Zentralbank Repogeschäfte mit einer Laufzeit von einem Jahr ein. In insgesamt drei Jahrestendern teilte die EZB den Geschäftsbanken per saldo 614 Mrd. EUR zu. Die Gebote der einzelnen Institute bediente die EZB dabei voll. Am Geldmarkt sind die Zinsen dank der expansiven Geldpolitik

praktisch das ganze Jahr ununterbrochen gefallen. Lag der 3-Monats-Euribor zu Jahresbeginn noch bei 2,89%, wurde zu Ende des Jahres ein Zins von 0,7% quotiert. Die reichliche Liquiditätsversorgung durch die EZB zeigte also am Geldmarkt den gewünschten Erfolg.

In den USA setzte die US-Notenbank ihre Politik der »quantitativen Lockerung« fort. Nachdem die Federal Reserve bereits im Jahr 2008 die Fed Funds Target Rate de facto auf Null gesenkt hatte, kam den Instrumenten jenseits der Zinspolitik eine hohe Bedeutung zu. Diese Programme sahen vor, dass die US-Notenbank u. a. 300 Mrd. USD an US-Staatsanleihen und 1 250 Mrd. USD hypothekenbesicherte Wertpapiere (MBS) am Markt aufkauft. Während die Käufe von Staatsanleihen bereits im Herbst 2009 abgeschlossen wurden, dürften die Käufe von MBS noch bis zum Ende des ersten Quartals 2010 andauern.

Rentenmarkt.

Auch am Rentenmarkt dürfte das Jahr 2009 wohl noch lange in den Rekordlisten geführt werden. Einhergehend mit einem Rückgang der Renditeaufschläge für Unternehmensanleihen (gemessen am Merrill Lynch Index EN00) von 350 Basispunkten am Jahresende 2008 auf 114 Basispunkte über Bundesanleihen am Jahresende 2009, erzielten Unternehmensanleihen mit einem Investment Grade Rating eine Jahresperformance von 16,4%. Noch besser war die Wertentwicklung für Unternehmensanleihen aus dem High Yield Segment, die sogar eine Jahresperformance von 74,8% verzeichneten. Im Unterschied dazu stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen – ausgehend von einem Rekordtief im Januar 2009 von 2,89% bis Mai auf 3,73%. Im weiteren Jahresverlauf pendelte diese richtungslos zwischen 3,10% und 3,40%. Das Jahr 2009 wird wohl auch als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Staatsanleihemarkt im Euroraum einer ersten Bewährungsprobe unterzogen wurde. Infolge der Finanzmarktkrise und nicht zuletzt aufgrund der damit einhergehenden drastischen Ausweitung der Staatsverschuldung stiegen die Renditedifferenzen zwischen den Staatsanleihen der Euromitgliedsstaaten erstmals seit der Euroeinführung wieder deutlich an. Zu Jahresbeginn 2009 rentierten etwa griechische 10-jährige Staatsanleihen fast 300 Basispunkte über Bundesanleihen. Nach einer Beruhigung in den Sommermonaten sorgten aufkommende Ängste um die griechische Bonität seit dem Jahreswechsel erneut für einen deutlichen Anstieg der Risikoprämien.

Devisenmarkt.

Die meiste Zeit des Jahres 2009 wertete der Euro zum US-Dollar auf. Gegen den Greenback sprachen sowohl die niedrigeren Renditen als auch die Flut von US-Dollar, die sich von den diversen Hilfsprogrammen der Fed in die Märkte ergoss. Der Euro erreichte zum US-Dollar sein Hoch Anfang Dezember bei 1,51. Inzwischen liegen aber zumindest im mittel- bis langfristigen Laufzeitensegment die US-Renditen wieder höher, sodass dieses Argument weggefallen ist. Als schließlich an den Kapitalmärkten noch Sorgen um die griechische Solvenz aufkamen, fiel der Kurs des Euro zum US-Dollar denn auch per Ende 2009 auf 1,42.

Aktienmarkt.

Die Aktienmärkte waren im Jahr 2009 ausgeprägten Schwankungen ausgesetzt. Im ersten Quartal dominierten Finanzkrise und Konjunkturängste sowie eine daraus resultierende extreme Risikoaversion das Anlegerverhalten. In einem finalen Ausverkauf stürzte der DAX Mitte März bis auf ein Fünfjahres-tief bei rund 3 600 Index-Punkten ab. Die angesichts der deutlich überverkauften Markttechnik normale Gegenbewegung ging dann unmittelbar über in eine beeindruckende Aufholjagd. War die Hausse zunächst nur auf vage Hoffnungen auf ein Ende des konjunkturellen Absturzes gebaut, stützte ab dem Sommer das sich sukzessive stabilisierende makroökonomische Umfeld. Auch die Unternehmen rückten Stück für Stück von ihrem in der ersten Jahreshälfte gezeigten ausgeprägten Pessimismus ab. Nach oben revidierte Gewinnschätzungen für die Konzerne lieferten die fundamentale Untermauerung für die höheren Notierungen. Ein ganz wichtiger Katalysator war sicherlich die nach höherer Anlagerendite suchende Liquidität. Mangels attraktiver Alternativen wandten sich vor allem Institutionelle wieder risikobehafteteren Assetklassen wie dem Aktienmarkt zu.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Bankengeschäftsjahr 2009 mit Licht und Schatten.

Das bankwirtschaftliche Umfeld war 2009 wesentlich durch zwei Faktoren geprägt. Auf der einen Seite stand die kontinuierliche Stabilisierung der Finanzmärkte nach den umfangreichen Maßnahmen, die auf der Ebene von Notenbanken und Staaten ergriffen worden sind. Auf der anderen Seite waren weltweit zum Teil massive konjunkturelle Einbrüche zu verzeichnen.

In diesem Umfeld konnten viele Institute Wertaufholungen auf ihre Wertpapierbestände realisieren. Zudem verbesserte sich die Lage vor allem bei den Handelserträgen. Auch aus der steilen Zinsstrukturkurve konnten viele Häuser Gewinn ziehen. Dem stand gegenüber, dass sich das Risiko des Kundenkreditvolumens mit der verschlechterten wirtschaftlichen Lage erhöhte, sodass die Banken ihre Risikovorsorge deutlich steigern mussten. Diese Entwicklung hat nicht nur die Ertragslage, sondern auch die Eigenkapitalseite der Institute zunehmend belastet.

Keine allgemeine Kreditklemme.

In diesem Zusammenhang machte sich vor allem in Deutschland die Furcht breit, die Banken könnten mit einem Abbau von Risikopositionen und einer restriktiven Kreditvergabe eine allgemeine Kreditklemme herbeiführen. Diese Furcht hat sich nicht bestätigt. Zwar gab es in einzelnen Teilbereichen Friktionen, wie etwa bei sehr großvolumigen Transaktionsvorhaben. Eine allgemeine Kreditklemme, die die volkswirtschaftliche Entwicklung nachhaltig negativ tangiert hätte, ließ sich aber nicht nachweisen. Vielmehr fiel in dem negativen gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht zuletzt vielfach auch die Nachfrage von Kundenseite geringer aus. Zudem waren Bonitätsverschlechterungen einzelner Kreditnehmer zu berücksichtigen.

Fortgesetzter Restrukturierungsprozess.

Umstrukturierungs- und Redimensionierungsmaßnahmen sowie der Abbau von Risikopositionen, die häufig bereits im Vorjahr begonnen worden waren, beschäftigten viele Marktteilnehmer auch 2009 in erheblichem Ausmaß. Verstärkend wirkten sich hier staatliche Unterstützungsmaßnahmen aus. Für die mit staatlicher Hilfe unterstützten Institute in der Europäischen Union hatte dies Beihilfeverfahren bei der EU-Wettbewerbskommission zur Folge. Diese sind in der Regel mit deutlichen Auflagen für einen Abbau von Risikopositionen und einer Verkleinerung der Institute in den kommenden Jahren verbunden.

Für große Konsolidierungsschritte in der Branche stellte sich das Marktumfeld im vergangenen Jahr eher ungünstig dar, zumal der Aspekt der Größe vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise gesamtwirtschaftlich kritischer beurteilt wird.

Branche vor umfangreicher Neuregulierung.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise soll eine neue internationale Finanzmarktarchitektur geschaffen werden. Für die Kreditwirtschaft zeichnete sich 2009 immer deutlicher eine umfangreiche Neuregulierung ab, zu deren zentralen Elementen erhöhte Anforderungen an das Eigenkapital der Institute gehören werden.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit gestärkt.

Die Träger der LBBW haben die Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit der Bank im Frühsommer 2009 mit einer Kapitalerhöhung im Volumen von 5 Mrd. EUR gestärkt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung für Teile des Kreditersatzportfolios mit einem Garantiebetrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR übernommen. Der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz hat seine Anteile an der Bank im Zuge dieser Maßnahmen an den Sparkassen-Verband Baden-Württemberg abgegeben, der nun 40,53 % der Anteile hält. Die Träger Land Baden-Württemberg und L-Bank haben die Kapitalerhöhung für die LBBW über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH vollzogen. Das Land Baden-Württemberg hält danach 19,57 %, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH 18,26 % und die L-Bank 2,71 % der Anteile. Die Landeshauptstadt Stuttgart hält unverändert 18,93 % der Anteile am Stammkapital der LBBW.

EU-Beihilfe beschlossen.

Die Unterstützungsmaßnahmen der Träger haben ein Beihilfeverfahren bei der EU-Kommission begründet. Die Kommission hat die von der Bank und ihren Trägern zur Genehmigung vorgelegten Maßnahmen sowie ein damit verbundenes Konzept zur Umstrukturierung der LBBW und damit des LBBW-Konzerns am 15. Dezember 2009 ohne Hauptprüfverfahren gebilligt.

Das von der EU-Kommission genehmigte Konzept sieht eine stärkere Konzentration der Bank auf ihre Kerngeschäftsfelder vor, insbesondere die Geschäfte mit Unternehmenskunden, Privatkunden und Sparkassen. Diese werden durch leistungsfähige Kapitalmarktprodukte auch für institutionelle Kunden sowie das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen flankiert. Das Kreditersatzgeschäft soll sukzessive auslaufen. Ferner sind eine Straffung des Auslandsnetzes sowie der Verkauf von Beteiligungen geplant.

In der Summe aller Maßnahmen sollen die Aktiva der Bank um ca. 40 % abgebaut werden. Damit verbunden sind eine Senkung der Kosten um rund 700 Mio. EUR jährlich sowie der Abbau von rund 2 500 Stellen. Gleichzeitig wird sich die LBBW bis Ende 2013 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischem Recht umwandeln. Bereits bis Ende 2010 wird die LBBW die wesentlichen inhaltlichen Strukturelemente einer Aktiengesellschaft übernehmen. An Stelle des Verwaltungsrats wird ein Aufsichtsrat eingeführt. Die Trägerversammlung wird in eine Haupt- oder Eigentümerversammlung umgewandelt.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren hat die Bank die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung der Umstrukturierung geschaffen. Neben der erforderlichen Detaillierung der Maßnahmenplanungen bis zum Frühjahr 2010 wurden bereits 2009 Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern über einen Sozialplan aufgenommen. Für das abzubauende Kreditersatzgeschäft wurde ein neuer, eigener Bereich eingerichtet. Umfangreiche Projektarbeiten zur Komplexitäts- und Kostenreduktion wurden in die Wege geleitet.

Veränderung bei den Organmitgliedern.

Eine Veränderung gab es 2009 auch im Vorstand der LBBW. Nach dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Dr. Siegfried Jaschinski aus dem Vorstand und dem Amt des Vorstandsvorsitzenden hat die Trägerversammlung der LBBW mit Wirkung vom 11. Juni 2009 Hans-Jörg Vetter, den bis dahin amtierenden Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Berlin AG, zum neuen Vorstandsvorsitzenden der LBBW bestellt.

Die Geschäfts-entwicklung des LBBW-Konzerns.

Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage.

Ertragslage.

	1.1.2009 – 31.12.2009	1.1.2008 – 31.12.2008	Veränderung 2008/2009	
	Mio. EUR	Mio. EUR[1]	Mio. EUR	in %
1. Zinsergebnis	2 778	2 294	484	21,1
2. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1 527	–883	–644	72,9
3. Provisionsergebnis	657	549	108	19,7
4. Handelsergebnis[2]	748	–2 108	2 856	–
5. Sonstiges betriebliches Ergebnis[3]	–217	361	–578	–
6. Summe operativer Erträge (nach Kreditrisikovorsorge)	**2 439**	**213**	**2 226**	**>100**
7. Verwaltungsaufwendungen	–1 909	–1 789	–120	6,7
8. Finanzanlageergebnis	–733	–990	257	–26,0
9. At Equity- und EAV-Ergebnis	–124	13	–137	–
10. Operatives Ergebnis	**–327**	**–2 553**	**2 226**	**–87,2**
11. Wertminderung Goodwill	–519	0	–519	100,0
12. Restrukturierungsaufwendungen	–368	–109	–259	>100
13. Konzernergebnis vor Steuern	**–1 214**	**–2 662**	**1 448**	**–54,4**
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	–268	550	–818	–
15. Konzernjahresfehlbetrag	**–1 482**	**–2 112**	**630**	**–29,8**

[1] Nach der Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.
[2] Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. auch das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.
[3] Neben den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen wird in diesem Posten zusätzlich das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen.

LBBW-Konzern operativ wieder auf Kurs.

Obwohl im ersten Halbjahr 2009 der schärfste wirtschaftliche Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg zu verzeichnen war, blieb aufgrund umfangreicher konjunkturpolitischer Stützungsmaßnahmen durch Notenbanken und Nationalstaaten die befürchtete Depression im Geschäftsjahr 2009 aus. Nicht zuletzt um die aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote auf das international übliche Niveau zu heben, haben die Träger der LBBW die Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit durch die im Frühsommer vollzogene Kapitalerhöhung sowie eine Risikoabschirmung gestärkt.

Unabhängig davon konnte der LBBW-Konzern einmal mehr die Tragfähigkeit seines kundenorientierten Geschäftsmodells beweisen. Insbesondere das erste Halbjahr 2009 entwickelte sich durch das stabilisierte Marktumfeld erfreulich, was sich in operativen Ertragszuwächsen im Handels- und Provisionsergebnis zeigte und zu einem positiven Konzernergebnis per 30. Juni in Höhe von 215 Mio. EUR führte.

Auch im zweiten Halbjahr 2009 entwickelte sich das operative Geschäft weiter positiv, sodass der LBBW-Konzern für das Gesamtjahr 2009 operative Erträge (nach Kreditrisikovorsorge) in Höhe von 2 439 Mio. EUR erzielte. Der deutliche Ertragsanstieg war durch anhaltende Zuwächse im Zins-, Provisions- und Handelsergebnis geprägt und wurde insbesondere durch das Ertragswachstum der Segmente Financial Markets und Corporates getragen. Positiv auf die operativen Erträge wirkte auch die Entspannung an den Finanzmärkten, was sich insbesondere in Wertaufholungen bei kreditsensitiven Finanzinstrumenten wie Verbriefungsprodukten, Credit Default Swaps (CDS) und Anleihen zeigte. Gleichwohl wurden diese Fair-Value-Zuwächse durch Impairments und Belastungen aus der Risikovorsorge zum Teil kompensiert, sodass die Gewinn- und Verlustrechnung mit insgesamt 144 Mio. EUR durch die Entlastungen an den Finanzmärkten positiv beeinflusst wurde.

Gesamtergebnis geprägt durch belastende Sekundäreffekte.

Trotz solider Ertragszuwächse im operativen Geschäft und sich erholender Finanzmärkte waren die Umfeldbedingungen aufgrund der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft nach wie vor schwierig, sodass der LBBW-Konzern für das Geschäftsjahr 2009 erneut einen Konzernjahresfehlbetrag auswies, welcher allerdings mit 1 482 Mio. EUR um –29,8 % bzw. +630 Mio. EUR unter dem Vorjahresfehlbetrag von 2 112 Mio. EUR lag. Beeinflusst wurde das Ergebnis neben der negativen Entwicklung in der Realwirtschaft, insbesondere erkennbar an der erhöhten Risikovorsorge (1 527 Mio. EUR) und Belastungen im Finanzanlageergebnis auf bestimmte strukturierte Anleihen und Wertpapiere (492 Mio. EUR), auch durch die mit der EU-Beihilfegenehmigung entstandenen

Belastungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des LBBW-Konzerns. Diese Belastungen zeigen sich im Wesentlichen in Form der Abschreibung auf den Goodwill (519 Mio. EUR), der Restrukturierungsaufwendungen (368 Mio. EUR) und Provisionsaufwendungen für die Bereitstellung des Risikoschirms (157 Mio. EUR).

Der LBBW-Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2009 ein **Zinsergebnis** in Höhe von 2 778 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich entsprach dies einem Zuwachs um +21,1 % bzw. +484 Mio. EUR, wobei Zinserträge und Zinsaufwendungen insbesondere aufgrund des abnehmenden Interbankengeschäfts rückläufig waren.

Positiv entwickelte sich das Zinsergebnis durch solide Erträge im operativen Geschäft, insbesondere im Kapitalmarktgeschäft und Unternehmenskundenkreditgeschäft, sowie durch gestiegene Einmalerträge aus vorzeitigen Refinanzierungsablösungen. Dem standen deutlich rückläufige Dividenden- und Beteiligungserträge, weiterhin bestehende hohe Aufwendungen für Liquidität und Refinanzierung in Folge von Spreadausweitungen sowie erhöhte CDS-Absicherungskosten in 2008, welche sich aufgrund ihrer Laufzeiten auch noch in 2009 auswirkten, gegenüber.

Das Zinsergebnis zum Jahresende 2008 war mit einem Aufwand in Höhe von 494 Mio. EUR aus der Bedienung bestehender stiller Einlagen und Genussrechte belastet. Aufgrund geänderter Annahmen über künftige Zins- und Tilgungs-Cashflows hat sich der Barwert der stillen Einlagen und Genussrechte im Geschäftsjahr 2009 um 37 Mio. EUR reduziert. Die laufende Verzinsung auf Genussrechte und stille Einlagen wird in späteren Jahren an die Gläubiger ausgeschüttet, sofern die am HGB-Jahresfehlbetrag 2009 partizipierenden Emissionen wieder bis zum Nennbetrag aufgefüllt worden sind, eine Nachholung der Ausschüttung vertraglich nicht ausgeschlossen ist oder die Emissionen in der Zwischenzeit nicht zurückbezahlt worden sind.

Realwirtschaft lässt Risikovorsorge signifikant steigen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** in Höhe von 1 527 Mio. EUR zeigte im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme um +72,9 % bzw. –644 Mio. EUR.

Von den massiven konjunkturellen Einbrüchen als Folge der Finanzmarktkrise sind auch die Kunden des LBBW-Konzerns betroffen, wodurch die Risikostruktur des LBBW-Kreditportfolios und folglich auch das Ausmaß des Wertberichtigungsumfangs negativ beeinflusst wurden. Unter Anwendung einer gewohnt konservativen Risikopolitik kam es insbesondere aufgrund von diversen Einzelwertberichtigungen und im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderten Direktabschreibungen zu einer

signifikanten GuV-Belastung. Auf das klassische Kreditgeschäft entfielen dabei Nettozuführungen in Höhe von 1 245 Mio. EUR. Daneben wirkten im Geschäftsjahr 2009 weitere Nettozuführungen von rund 200 Mio. EUR aus der Schieflage des isländischen Bankensystems belastend.

Landesgarantie stärkt Risikotragfähigkeit.

Das **Provisionsergebnis** erhöhte sich im Vorjahresvergleich deutlich um + 19,7 % bzw. + 108 Mio. EUR und lag zum Ende des Berichtsjahres bei 657 Mio. EUR.

Das Provisionsergebnis wurde im Wesentlichen durch Einzeltransaktionen bestimmt. Positiv wirkten hierbei die Arrangement Fees aus dem Vermittlungsgeschäft, welche insgesamt um + 75,2 % bzw. + 97 Mio. EUR gestiegen sind. Zusätzlich gestärkt wurde das Ergebnis durch die Verbesserung des Wertpapier- und Depotgeschäftes um + 42,1% bzw. + 56 Mio. EUR, was im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Neugeschäftsabschlüssen und dem Wertpapierkonsortialgeschäft zurückzuführen war. Gegenläufig wirkte die erstmalig im zweiten Halbjahr 2009 anteilig zu leistende Avalprovision für den Risikoschirm in Höhe von 157 Mio. EUR.

Die positive Entwicklung des Ergebnisses wurde darüber hinaus durch laufende Kundengeschäftstransaktionen gestützt, vorrangig durch gestiegene Erträge aus dem Auslandsgeschäft.

Wertaufholung bei kreditsensitiven Finanzprodukten.

Das **Handelsergebnis i. w. S.** verbesserte sich im Geschäftsjahr 2009 signifikant um + 2 856 Mio. EUR auf 748 Mio. EUR.

Ausschlaggebend war neben einem soliden kundenbezogenen Geschäft vor allem die aufgrund der Stabilisierung der Finanzmärkte spürbare Entlastung bei kreditsensitiven Finanzinstrumenten (ohne Eigenhandelsabsicht) in Höhe von insgesamt 856 Mio. EUR. Hierbei führten vor allem die Spreadentwicklungen (Einengung) bei bonitätsinduzierten Geschäften, insbesondere bei CDS mit Bezug auf Bank-, Unternehmens- und Staatsadressen in Höhe von 524 Mio. EUR sowie bei CDOs der Fair Value Option in Höhe von 161 Mio. EUR, zu deutlich positiven Bewertungseffekten. Ein weiterer positiver Effekt resultierte aus der Bewertung von Derivaten, die wirtschaftlich als Sicherungsgeschäfte abgeschlossen wurden, sowie aus dem Handel in sonstigen Marktpreisrisiken mit zusammen 171 Mio. EUR.

Rückläufig entwickelte sich neben dem Devisenergebnis das Ergebnis aus Zinsrisiken (zusammen –67 Mio. EUR), vorrangig aus dem Handel mit Schuldscheinen. Insbesondere bezogen auf das negative Ergebnis im Zinshandel ist zu berücksichtigen, dass wesentliche Ergebnisbestandteile aus laufenden Zinszahlungen im Zinsergebnis ausgewiesen werden.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von –217 Mio. EUR wies im Vorjahresvergleich einen deutlichen Rückgang um –578 Mio. EUR auf.

Im Vorjahr war die Ergebnisentwicklung im Wesentlichen durch Erträge aus Projektrealisierungen der Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH sowie durch positive Bewertungen der zum Fair-Value-bilanzierten fremdgenutzten Immobilien geprägt. Bedingt durch die gefallenen Preise und vor dem Hintergrund eines Umfeldes, in dem sich Vermietung und Veräußerung schwierig gestalten, waren in der aktuellen Berichtsperiode im Zuge der regelmäßigen Wertermittlungen des Gewerbeportfolios negative Bewertungsänderungen in Höhe von 26 Mio. EUR auf die im Bestand befindlichen Grundstücke und Gebäude dieser Tochtergesellschaft durchgeführt worden. Das gesunkene Ergebnis beruht des Weiteren auf Abschreibungen aus dem Developmentgeschäft der LBBW Immobilien GmbH in Höhe von 288 Mio. EUR sowie auf verschiedenen einmaligen Aufwendungen.

Kostensenkungsprogramm wird zukünftiger Wegbegleiter sein.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um +6,7% bzw. –120 Mio. EUR auf 1909 Mio. EUR.

Die Personalaufwendungen stiegen im Wesentlichen aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahl im Konzern nach Konsolidierungskreisänderungen mit Aufnahme von Tochtergesellschaften in den Teilkonzern der LBBW Immobilien GmbH, der erstmalig vollumfänglichen Einbeziehung der Mitarbeiter der ehemaligen Sachsen LB sowie der Übernahme der Tariflohnerhöhung im Bankgewerbe. Leicht kompensiert wurde diese Entwicklung durch den Rückgang der anderen Verwaltungsaufwendungen, u. a. bei den EDV-Kosten und Mietaufwendungen. Ursächlich für die Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen waren darüber hinaus gestiegene Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte.

Das **Finanzanlageergebnis** zeigte zum 31. Dezember 2009 eine Ergebnisverbesserung von –26,0% bzw. +257 Mio. EUR, war mit –733 Mio. EUR jedoch noch immer deutlich negativ.

Dies ist vorrangig auf weiterhin durch die Finanzmarktkrise bedingte Wertminderungen auf verschiedene AfS- bzw. LaR-kategorisierte Anleihen und strukturierte Wertpapiere in Höhe von 492 Mio. EUR zurückzuführen. Gemäß der getroffenen Vertragsgestaltung für die Risikoabschirmung vom 30. Juni 2009 gingen etwaige Verluste bis zu einem Betrag von nominal 1,9 Mrd. EUR auf genau identifizierte Vermögenswerte des abgesicherten Verbriefungsportfolios zulasten der Bank (Selbstbehaltsengagements, gegenständlicher First Loss). Im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens wurde der Garantievertrag am 15. Dezember 2009 dahingehend geändert, dass die Garantie und der First Loss auf das gesamte Verbriefungsportfolio ausgeweitet wurden. Im Geschäftsjahr 2009 wurden auf das garantierte Verbriefungsportfolio Wertberichtigungen in Höhe von 474 Mio. EUR ergebnisbelastend erfasst. Damit war der First Loss der Bank vollständig bilanziell verarbeitet; weitere Wertminderungen aus dem Garantieportfolio in Höhe von 39 Mio. EUR wirkten für den LBBW-Konzern daher nicht mehr ergebnisbelastend. Weiterhin wirkten in dieser Position Impairments auf AfS-kategorisierte Beteiligungen in Höhe von 245 Mio. EUR negativ.

Das **at Equity- und EAV-Ergebnis** in Höhe von – 124 Mio. EUR ist im Periodenvergleich um – 137 Mio. EUR gesunken.

Wesentlicher Einflussfaktor war der Rückgang der Ergebnisse sowie die Bewertung von at Equity-bilanzierten Unternehmen.

Das **operative Ergebnis** in Höhe von – 327 Mio. EUR entsprach einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um – 87,2 % bzw. + 2 226 Mio. EUR.

Der Buchwert des **Goodwill** zum 31. Dezember 2009 betrug insgesamt 451 Mio. EUR (31. Dezember 2008: 946 Mio. EUR). Im Rahmen der durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung war der im Wesentlichen aus der Übernahme der ehemaligen Sachsen LB resultierende Goodwill in Höhe von 519 Mio. EUR außerordentlich abzuschreiben.

EU-Kommission bestätigt Restrukturierungskurs der LBBW.

Die um mehr als 100,0 % bzw. – 259 Mio. EUR gestiegenen **Restrukturierungsaufwendungen** lagen zum Ende der aktuellen Berichtsperiode bei 368 Mio. EUR.

Mit Beendigung des EU-Beihilfeverfahrens wurden das vom Vorstand und den Trägern vorgelegte Umstrukturierungskonzept der LBBW sowie der vereinbarte Risikoschirm und die Kapitalerhöhung in Höhe von 5,0 Mrd. EUR als Stützungsaktionen wettbewerbsrechtlich abgesichert. Innerhalb dieses Rahmens kann die LBBW die Zukunft nun eigenständig gestalten und sich mit klarer Perspektive auf ihre Stärken konzentrieren, um weiterhin als verlässlicher Partner für Kunden – insbesondere im Mittelstand des Kernmarktes Baden-Württemberg – agieren sowie durch Rentabilität ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen zu können. Im Hinblick auf die Erfüllung im Dezember 2009 definierter Eckpfeiler des Restrukturierungsplans wurden von Vorstand und Führungskräften erste detaillierte Maßnahmen entwickelt, Verhandlungen mit der Arbeitnehmervertretung aufgenommen, für das Kreditersatzgeschäft eine neue eigenständige Organisationseinheit eingerichtet sowie umfangreiche Projektarbeiten initiiert. Vor diesem Hintergrund beinhaltet diese GuV-Position vollständig die Aufwendungen zur Schaffung der Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung des vereinbarten Restrukturierungskonzeptes. Dabei entfielen im Wesentlichen aufgrund von externen Beratungsdienstleistungen 18 Mio. EUR auf laufende Aufwendungen sowie 350 Mio. EUR auf zu bildende Rückstellungen, welche das Konzernergebnis 2009 insgesamt deutlich belasteten. Im Zusammenhang mit Personalmaßnahmen wurden 222 Mio. EUR und bezogen auf Sachkosten 154 Mio. EUR den Restrukturierungsrückstellungen zugeführt, wobei ein Abzinsungseffekt in Höhe von 26 Mio. EUR gegenläufig wirkte.

Nach Berücksichtigung dieser Einmalaufwendungen lag das **Konzernergebnis vor Steuern** zum Jahresende 2009 bei – 1 214 Mio. EUR. Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** veränderten sich – bei einer effektiven durchschnittlichen Konzernsteuerquote der Periode von 30,3 % – im Vorjahresvergleich per saldo um – 818 Mio. EUR auf – 268 Mio. EUR. Die Erhöhung des tatsächlichen Steueraufwands resultiert im Wesentlichen aus den Ergebnissen der ausländischen Niederlassungen. Der Steueraufwand für Vorjahre betrifft überwiegend Zuführungen zu den Rückstellungen für Folgen aus den Betriebsprüfungen. Aufgrund gesunkener temporärer Differenzen zwischen IFRS und den steuerlichen Wertansätzen bei den zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten ergibt sich in 2009 ein Aufwand an latenten Steuern. Des Weiteren sind die nutzbaren Verlustvorträge und damit die darauf entfallenden aktiven latenten Steuern im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen.

In der Folge ergab sich für den LBBW-Konzern zum 31. Dezember 2009 ein **Konzernjahresfehlbetrag** von 1 482 Mio. EUR, der sich im Vorjahresvergleich um – 29,8 % bzw. + 630 Mio. EUR verringert hat.

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR [1]	Veränderung 2008/2009 Mio. EUR	in %
1. Barreserve	1 878	3 480	-1 602	-46,0
2. Forderungen an Kreditinstitute	88 087	120 262	-32 175	-26,8
3. Forderungen an Kunden	149 633	149 854	-221	-0,1
4. Risikovorsorge	-3 904	-2 525	-1 379	54,6
5. Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 799	3 340	-541	-16,2
6. Handelsaktiva	66 997	63 197	3 800	6,0
7. Vermögenswerte	7 562	8 516	-954	-11,2
8. Finanzanlagen	91 028	93 334	-2 306	-2,5
9. Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	309	401	-92	-22,9
10. Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	196	237	-41	-17,3
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	692	0	692	100,0
12. Immaterielle Vermögenswerte	628	1 175	-547	-46,6
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1 761	1 784	-23	-1,3
14. Sachanlagen	854	922	-68	-7,4
15. Laufende Ertragsteueransprüche	700	803	-103	-12,8
16. Latente Ertragsteueransprüche	1 109	1 533	-424	-27,7
17. Sonstige Aktiva	1 365	1 425	-60	-4,2
Summe der Aktiva	**411 694**	**447 738**	**-36 044**	**-8,1**
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	6 677	8 329	-1 652	-19,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 479	26 583	-5 104	-19,2
Geschäftsvolumen	**439 850**	**482 650**	**-42 800**	**-8,9**

[1] Nach der Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.

Passiva	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR [1]	Veränderung 2008/2009 Mio. EUR	in %
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	127 536	140 013	-12 477	-8,9
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	105 212	103 232	1 980	1,9
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	100 068	122 320	-22 252	-18,2
4. Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 807	4 634	-827	-17,8
5. Handelspassiva	36 694	40 028	-3 334	-8,3
6. Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	12 371	15 305	-2 934	-19,2
7. Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	522	680	-158	-23,2
8. Rückstellungen	2 374	1 980	394	19,9
9. Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	678	0		100,0
10. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	312	398	-86	-21,6
11. Latente Ertragsteuerverpflichtungen	314	195	119	61,0
12. Sonstige Passiva	643	718	-75	-10,4
13. Nachrangkapital	10 657	12 175	-1 518	-12,5
14. Eigenkapital	10 506	6 060	4 446	73,4
Stammkapital	2 584	1 420	1 164	82,0
Kapitalrücklage	6 910	3 074	3 836	>100
Gewinnrücklage	2 922	5 072	-2 150	-42,4
Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	-439	-1 438	999	-69,5
Bilanzverlust	-1 483	-2 088	605	-29,0
Anteile in Fremdbesitz	12	20	-8	-40,0
Summe der Passiva	**411 694**	**447 738**	**-36 044**	**-8,1**

[1] Nach der Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.

Deutliches Abschmelzen der Konzernbilanzsumme.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2008 hat sich das **Geschäftsvolumen** im LBBW-Konzern deutlich um – 8,9 % bzw. – 42,8 Mrd. EUR verringert und belief sich zum Stichtag auf 439,9 Mrd. EUR.

Der Rückgang war dabei maßgeblich auf das Abschmelzen der **Konzernbilanzsumme** zurückzuführen, welche zum Stichtag bei 411,7 Mrd. EUR lag und sich im Vorjahresvergleich um – 8,1 % bzw. – 36 Mrd. EUR verringerte. Maßgeblich hierbei war der zum 31. Dezember 2009 beobachtbare Volumenrückgang der Forderungen an Kreditinstitute und der Finanzanlagen, denen nur ein geringfügiger Anstieg der Handelsaktiva gegenüberstand. Bei der Veränderung ist zu berücksichtigen, dass sich durch die erfolgte Eigenmittelstärkung in Höhe von 5 Mrd. EUR und den Erwerb der Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG (Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg) im Zusammenhang mit dem Risikoschirm in Höhe von 12,7 Mrd. EUR die Konzernbilanzsumme erhöht hat.

Gleichläufig entwickelten sich die **außerbilanziellen Größen** (Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen), welche zum Stichtag 28,2 Mrd. EUR betrugen (31. Dezember 2008: 34,9 Mrd. EUR) und im Wesentlichen durch die Verminderung der unwiderruflichen Kreditzusagen (um – 19,2 % bzw. – 5,1 Mrd. EUR) geprägt waren.

Aktivgeschäft.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2008 zeigten im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute, die Handelsaktiva, die Finanzanlagen sowie die Risikovorsorge die deutlichsten Volumenveränderungen auf der Aktivseite der Konzernbilanz.

Die gesamte Forderungsposition zeigte im Vergleich zum 31. Dezember 2008 einen signifikanten Volumenrückgang um – 12 % bzw. – 32,4 Mrd. EUR auf 237,7 Mrd. EUR.

Da sich die **Forderungen an Kunden** trotz schwieriger Umfeldbedingungen auf dem Niveau des Vorjahres behaupteten, wurde die Veränderung ausschließlich durch die um – 26,8 % bzw. – 32,2 Mrd. EUR auf 88,1 Mrd. EUR rückläufigen **Forderungen an Kreditinstitute** bestimmt. Der deutliche Rückgang wurde dabei zum größten Teil durch einen Rückgang bei Krediten, insbesondere der Schuldscheindarlehen um – 22,5 % bzw. – 10 Mrd. EUR, sowie eine Verminderung bei sonstigen Forderungen, vorrangig bei Wertpapierpensionsgeschäften um – 54,8 % bzw. – 10,2 Mrd. EUR und Geldhandelsgeschäften um – 27 % bzw. – 6,6 Mrd. EUR, getragen. Der Volumenrückgang dieses Bilanzpostens steht insbesondere im Zusammenhang mit der durch die Finanzmarktkrise in 2008 notwendig gewordenen hohen Liquiditätsausstattung, die im Geschäftsjahr 2009 zurückgefahren werden konnte.

In der Folge sank bedingt durch die Krise in der Realwirtschaft das **Kreditvolumen** (Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen) des LBBW-Konzerns zum 31. Dezember 2009. Insgesamt belief sich diese Größe zum Stichtag auf 265,9 Mrd. EUR, was einer Veränderung von – 12,8 % bzw. – 39,2 Mrd. EUR gegenüber dem Jahresende 2008 gleichkam.

Eine Verringerung verzeichnete ebenfalls das Volumen der **Finanzanlagen** des LBBW-Konzerns. Diese lagen um – 2,5 % bzw. – 2,3 Mrd. EUR unter ihrem Vorjahreswert und erreichten zum Stichtag 91 Mrd. EUR.

Hier spiegelten sich zwei gegenläufige Entwicklungen wider. Zum einen entwickelten sich insbesondere die AfS-Finanzanlagen fälligkeitsbedingt rückläufig, zum anderen erhöhte sich das LaR-Finanzanlagevolumen u. a. aufgrund des Zugangs der Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG mit einem Nominalvolumen von 12,7 Mrd. EUR. Die Finanzanlagen waren zum Stichtag mit 50,8 % (31. Dezember 2008: 41,2 %) LaR-kategorisiert.

Eine leichte Erhöhung verzeichnete hingegen das Volumen der **Handelsaktiva,** welche zum Stichtag mit 67 Mrd. EUR um + 6 % bzw. + 3,8 Mrd. EUR über dem Vergleichswert von 2008 lagen.

Der Zuwachs entfiel nahezu ausschließlich auf einen Bestandsanstieg um + 55,3 % bzw. + 5,9 Mrd. EUR der unter den Handelsaktiva ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen, welche zum Stichtag mit 16,6 Mrd. EUR dotierten. Dieser Anstieg wurde durch einen Rückgang bei den Marktwerten aus Derivaten als auch bei den Geldmarktpapieren teilweise kompensiert.

Primär bedingt durch Fälligkeiten und Verkäufe bei den Bondsbeständen sank das Volumen des **Credit Invest Portfolios (CIP)** im LBBW-Konzern im Jahr 2009 deutlich um – 22 % bzw. – 21 Mrd. EUR auf nominal rund 74 Mrd. EUR.

Das CIP umfasst dabei auch sämtliche Verbriefungstitel der insgesamt 21 Zweckgesellschaften, welche zum 31. Dezember 2009 konsolidiert wurden.

Das **Nominalvolumen der derivativen Geschäfte** lag nach einem signifikanten Anstieg um +30,4% bzw. +530,9 Mrd. EUR zum Stichtag mit 2 276,7 Mrd. EUR über dem Niveau des Vorjahres (31. Dezember 2008: 1 745,8 Mrd. EUR). Diese Entwicklung war produktbezogen nahezu ausschließlich auf den Volumenzuwachs bei zinsbezogenen Derivaten zurückzuführen. Es war in diesem Zusammenhang jedoch zu berücksichtigen, dass weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten nicht kompensatorisch berücksichtigt wurden. Offene Positionen aus Handelsportfolios lagen innerhalb der vorgegebenen Risikolimite, wobei die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen erfolgte.

Refinanzierung.

Auf der Passivseite der Konzernbilanz waren im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die verbrieften Verbindlichkeiten, die Handelspassiva sowie das Eigenkapital von signifikanten Volumenveränderungen betroffen.

Der LBBW-Konzern strebte eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur mit minimierten Liquiditätsrisiken an. Daher erfolgte die Refinanzierung im Wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt wurden.

Dies waren im abgelaufenen Berichtszeitraum zum einen **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,** welche trotz eines Rückgangs um –8,9% bzw. –12,5 Mrd. EUR auf insgesamt 127,5 Mrd. EUR ihre Stellung als bedeutendste Refinanzierungssäule behaupteten.

Gleichläufig zur Aktivseite drückte auch innerhalb dieser Position im Wesentlichen die geänderte Liquiditätssituation das Volumen der Geldmarktgeschäfte (um –8,4% bzw. –3,6 Mrd. EUR), der Wertpapierpensionsgeschäfte (um –12,5% bzw. –5,3 Mrd. EUR) sowie der Schuldscheindarlehen (um –49,3% bzw. –4,2 Mrd. EUR).

Volumenmäßig stellten die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** die zweite Säule der Refinanzierung des LBBW-Konzerns dar. Diese erreichten mit einem leichten Anstieg um +1,9% bzw. +2,0 Mrd. EUR ein Volumen von insgesamt 105,2 Mrd. EUR.

Der Zuwachs wurde dabei maßgeblich durch die als Barsicherheit für den gewährten Risikoschirm hinterlegten Mittel getragen, welche zu einem deutlichen Anstieg der Giroverbindlichkeiten (um +36,7% bzw. +6,1 Mrd. EUR) führten, die jedoch durch rückläufige Termineinlagen in der LBBW-Bank zum Teil kompensiert wurden. Gestärkt wurden die Kundenverbindlichkeiten zudem durch einen signifikanten Anstieg der Wertpapierpensionsgeschäfte mit Kunden (um mehr als 100,0 % bzw. +5,5 Mrd. EUR). Gegenläufig wirkte in dieser Position primär der Rückgang der Schuldscheindarlehen (um –20,9% bzw. –3,3 Mrd. EUR) sowie anderer Kundenverbindlichkeiten (um –43,3% bzw. –7,6 Mrd. EUR).

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** als dritte wichtige Refinanzierungsquelle lagen zum Ende des Berichtsjahres bei 100,1 Mrd. EUR. Bedingt durch das zurückhaltende Geschäft an den Kapitalmärkten und verstärkte Fälligkeiten verzeichnete die Position im Periodenvergleich einen deutlichen Rückgang um –18,2% bzw. –22,3 Mrd. EUR, der mit dem Abbau der Forderungen an Kreditinstitute korrespondiert.

Die Landesbank Baden-Württemberg emittierte am Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren in 2009 insbesondere Sparkassen, Privatkunden, Versicherungen sowie Pensions- und Investmentfonds. Daneben wurden auch bei anderen Banken und an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen platziert. Mit der Begebung eines 1 Mrd. EUR öffentlichen Pfandbriefs im Februar hat die LBBW den Markt für großvolumige Pfandbriefemissionen (Benchmarks) im Jahr 2009 eröffnet. Die Emission war bei nationalen und internationalen Investoren ein großer Erfolg. Diese Transaktion unterstreicht die Rolle der LBBW als einen der bedeutenden Pfandbriefemittenten in Deutschland. Im Jahr 2009 gelang es der LBBW, den Refinanzierungsbedarf ohne Einschränkungen zu erfüllen.

Die **Handelspassiva** sind im Vorjahresvergleich um –8,3% bzw. –3,3 Mrd. EUR gesunken und dotierten zum Stichtag mit 36,7 Mrd. EUR.

Der rückläufige Bestand resultierte im Wesentlichen aus der Entwicklung der Marktwerte bei Handelsderivaten (um –7,6% bzw. –2,9 Mrd. EUR), welche insbesondere auf OTC-Kreditderivate sowie auf derivative Devisen-Geschäfte zurückzuführen war.

Konzernkapital.

Das **Konzernkapital** (Eigenkapital einschließlich Nachrangkapital) belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 21,2 Mrd. EUR, was im Vergleich zum Jahresende 2008 einem Anstieg um +16,1 % bzw. +2,9 Mrd. EUR entsprach.

Die Erhöhung des Konzernkapitals war maßgeblich auf die erfolgte Eigenkapitalstärkung von 5 Mrd. EUR zurückzuführen, welche mit 1,2 Mrd. EUR auf das Stammkapital und mit 3,8 Mrd. EUR auf die Kapitalrücklage entfiel. Im Vergleich zum Vorjahr wirkte zudem die positive Entwicklung der Neubewertungsrücklage eigenkapitalerhöhend. Zum 31. Dezember 2009 dotierte die Neubewertungsrücklage mit einem Endbestand in Höhe von –0,4 Mrd. EUR, was im Stichtagsvergleich einer Verbesserung um –69,7 % bzw. +1 Mrd. EUR – insbesondere aufgrund der Wertaufholungen bei AfS-Wertpapieren – gleichkam.

Die Verringerung der Gewinnrücklage um –42,4 % bzw. –2,2 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR war primär auf die Verrechnung mit dem Bilanzverlust des Vorjahres zurückzuführen. Die im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten erfolgte Reduzierung des Nachrangkapitals führte ebenfalls zu einer Belastung des Konzernkapitals. Diese Position zeigte zum Stichtag einen Endbestand in Höhe von 10,7 Mrd. EUR, was einem Rückgang um –12,5 % bzw. –1,5 Mrd. EUR im Vergleich zum 31. Dezember 2008 entsprach.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um den steigenden Anforderungen im In- und Ausland gerecht zu werden, hat der LBBW-Konzern den Bereich Personal 2009 mit dem neuen Beratungsansatz HR (Human Resources)-Plus grundlegend neu aufgestellt. Die neue Struktur ist aufbauorganisatorisch von der Orientierung an den Funktionen »Vertrieb«, »Service« und »Kompetenz« und arbeitsablaufbezogen von der Einführung des kundenfreundlicheren Beratungsansatzes HR-Plus geprägt. Das neue HR-Portal im LBBW-Intranet bietet allen Mitarbeitern und Führungskräften ein klar strukturiertes Informations- und Beratungsangebot und ermöglicht die zeit- und ortsunabhängige Beauftragung des Personalbereichs in operativen Personalthemen. In HR-Pro bieten die Key-Account-Manager Personal den Führungskräften der zweiten und dritten Ebene der LBBW umfassende Beratungsleistungen zu allen strategischen Personalthemen und begleiten als persönliche Ansprechpartner in allen Feldern der Personalarbeit. Ziel der umfassenden Neuausrichtung ist es, die Effizienz der Personalarbeit nachhaltig zu steigern und den Personalbereich als internen Dienstleister im Konzern zu positionieren.

Weitere Schwerpunkte des Geschäftsjahres 2009 waren die Einführung einer neuen Funktionsstruktur, mit der ein leistungsfähiges Instrument für personalwirtschaftliche Maßnahmen von der Personalplanung, Personalbeschaffung und Führungskräfteentwicklung bis hin zur Gehaltsfindung geschaffen wurde. Zudem beschloss der Vorstand 2009 Leitplanken für eine nachhaltige Personalpolitik in der LBBW.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren der EU-Kommission starteten bereits im letzten Quartal 2009 die Vorarbeiten für eine zügige Umsetzung der EU-Restrukturierungsauflagen mit umfangreichen Stelleneinsparungen von rund 2 500 Stellen und Konsolidierungsaufträgen. Das von der EU-Kommission im Dezember 2009 genehmigte Umstrukturierungskonzept für die LBBW ist verbunden mit einer deutlichen Reduktion der Kosten um 700 Mio. EUR jährlich. In diesem Zusammenhang wurden 2009 bereits Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat über einen Sozialplan aufgenommen.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern stieg 2009 von 13 369 Beschäftigten am 31. Dezember 2008 um 1,95 % auf 13 630 Beschäftigte zum 31. Dezember 2009. Der Anstieg um 261 Mitarbeiter ist im Wesentlichen auf Konsolidierungskreisänderungen mit Aufnahme von Töchtern in den Teilkonzern LBBW Immobilien GmbH verbunden (+ 227 Mitarbeiter) sowie mit leichten Beschäftigungszuwächsen bei Tochtergesellschaften (+ 21 Mitarbeiter). In der LBBW-Bank selbst mit den Marken LBBW, BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank betrug der Personalaufbau 13 Mitarbeiter von 10 934 auf 10 947 Beschäftigte.

Die Frauen sind im Konzern mit einem Anteil von 51,0 % gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit ist 2009 im Konzern von 18,7 % im Vorjahr auf 19,7 % angestiegen, in der LBBW-Bank von 20,1 % auf 21,3 %. Die Fluktuationsrate lag 2009 in der Bank bei 4,3 % gegenüber 5,3 % im Vorjahr; bereinigt um betriebliche Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen lag die Quote bei 3,5 % gegenüber 2,7 % im Jahr 2008. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW-Bank lag im Berichtsjahr bei 40,9 Jahren, die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit bei 14,8 Jahren. 17,7 % der Beschäftigten sind 30 Jahre und jünger.

Die große Bedeutung interner Stellenbesetzungen für die Personalplanungen im Konzern war weiterhin spürbar, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau. Die Zahl der internen Stellenausschreibungen sank 2009 auf rund 770 interne Stellenausschreibungen gegenüber 1 300 im Vorjahr.

Leitplanken zur Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Grundlage der vom Vorstand in 2009 beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik im LBBW-Konzern sind die im »Human-Potential-Index (HPI)« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) genannten zwölf »HPI-Werttreiber«. Diese Werttreiber wirken nach einer Studie im Auftrag des BMAS positiv auf das Mitarbeiterengagement im Unternehmen und bestimmen damit entscheidend den Erfolg eines Unternehmens mit. Die zwölf Werttreiber sind in der Rangfolge ihrer Wirkungsstärke auf den Unternehmenserfolg in Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik in der LBBW umgesetzt (http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken).

Ausbildung und Personalentwicklung.

Die LBBW legt Wert auf eine erstklassige Ausbildung. Zum 31. Dezember 2009 waren 679 (Vorjahr 665) Auszubildende im Konzern beschäftigt, davon 674 in verschiedenen betrieblichen Berufsausbildungsgängen und in Studiengängen an den Dualen Hochschulen in Baden-Württemberg und Sachsen und fünf Auszubildende in Luxemburg. Mit 248 Neueintritten (Vorjahr 252) und einer Ausbildungsquote von 4,98 % (Vorjahr 5,0 %) hat die LBBW ihr hohes Niveau aus den Vorjahren gehalten.

Von den 153 LBBW-Absolventen im Berufsbild Bankkauffrau/-mann erhielten von den Industrie- und Handelskammern 17 Preise und 41 Belobigungen für herausragende Leistungen. Von den 58 LBBW-Absolvent(inn)en der Dualen Hochschulen haben neun Studierende Auszeichnungen für besondere Leistungen erhalten. Alle geeigneten Absolventen des Jahrgangs 2009 erhielten ein Übernahmeangebot.

Die LBBW-Traineeprogramme präsentierten sich auch 2009 als eine attraktive Einstiegsmöglichkeit für qualifizierte Hochschulabsolventen und als wichtige Säule der strategischen Nachwuchskräfteentwicklung. Über 185 Trainees, davon ca. 110 externe Absolventen sowie rund 75 interne Trainees, haben 2009 ein solches Programm in fast allen Geschäftsbereichen der LBBW durchlaufen. Der Fokus lag hierbei vor allem in den Bereichen Private Banking, Unternehmenskunden und Financial Markets.

2009 hat der LBBW-Konzern noch einmal erheblich in die Qualifikation seiner Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert. Mit 19 167 Personalentwicklungsmaßnahmen lag die Zahl der Bildungsimpulse um 27,3 % höher als im Vorjahr (15 059). Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in den Bereichen Vertrieb und Marktfolge. In den Privatkundenbereichen wurde eine TÜV-zertifizierte Beratungssystematik intensiv geschult.

Zur Begleitung von Change-Management-Prozessen wurden für die Führungskräfte der LBBW 229 Workshops durchgeführt. Um sich in bestimmten Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten zu lassen, haben darüber hinaus viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der konzerneigenen Managementberatung genutzt.

Im Talentmanagement wurde 2009 speziell für Führungsfunktionen mit internationaler Ausrichtung ein Potenzialidentifikations- und Überprüfungsverfahren erfolgreich entwickelt und implementiert. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den klassischen Managementanforderungen länder- und kulturspezifische Aspekte in der Mitarbeiterführung.

Vergütung.

Die LBBW hat 2009 eine neue Funktionsstruktur für alle Beschäftigten eingeführt. In sechs verschiedenen »Karriereleitern« wie z. B. Vertrieb, Stab/Steuerung, Führung sowie Projektmanagement wurden über 400 verschiedene Funktionen beschrieben, mit mehreren Karrierestufen versehen und tariflich bzw. außertariflich bewertet. Aufgrund der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erlassenen und neu angekündigten Vorschriften zur Gestaltung der Vergütungssysteme hat die LBBW die in den Vorjahren neu entwickelten Systeme für die Segmente Privatkunden/Private Banking/Wealth Management und Unternehmenskunden auf ihre Kompatibilität zu den neuen Richtlinien hin überprüft und für tauglich befunden. Der neu geschaffene Vergütungsausschuss hat bereits 2009 seine Arbeit aufgenommen. Er unterstützt und berät den Vorstand künftig bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Vergütungssysteme. Die LBBW bekennt sich ausdrücklich zu den »Principles for Sound Compensation Practices – Implementation Standards« des Financial Stability Boards (FSB) vom 25. September 2009. Die LBBW hat sich im Dezember 2009 per Unterschrift selbst verpflichtet, die Vergütungssysteme so auszugestalten, dass sie ihre auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen.

LBBW-FlexiWertkonto und Betriebliche Altersversorgung.

Aufgrund der zum 1. Januar 2009 eingetretenen Änderung der Rechtslage (Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelung – »Flexigesetz II«) hat die LBBW das LBBW-FlexiWertkonto – ihr attraktives Zeitwertkontenmodell – überarbeitet. Neben der Auswahl neuer Anlageprodukte wurden die arbeitsrechtlichen Regelungen auf die neue Rechtslage angepasst.

Erstmals wurde im Rahmen der Harmonisierungen der betrieblichen Versorgungssysteme eines der alten Versorgungssysteme auf den LBBW Kapitalkontenplan übergeleitet. Die Überführung erfolgte wertneutral.

Lebensraum Beruf gestalten.

Der zunehmenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie trug die LBBW 2009 in mehreren Auditierungs-Workshops und einem Strategie-Workshop Rechnung. Als Grundlage für die Zertifizierung durch die Hertie-Stiftung audit berufundfamilie wurde ein Ziel- und Maßnahmenkatalog mit 27 Maßnahmen in diversen Handlungsfeldern erarbeitet. Mit der Umsetzung dieses Katalogs in den kommenden drei Jahren will sich die LBBW unter dem Aspekt »Lebensraum Beruf gestalten« als modernes und innovatives Unternehmen positionieren und Prozesse im Unternehmen optimieren.

Ihre Leistungsfähigkeit als familienbewusstes Unternehmen konnte die LBBW 2009 mit dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebots weiter steigern. In Mannheim wurde die neue Kindertagesstätte »Kleine Raupe« mit fünf Plätzen (inkl. 1 Notfallplatz) eingerichtet. Die Kindertagesstätte »Frechdax« in Stuttgart wurde auf 45 Plätze ausgebaut. Die Kinder-Notfallbetreuung »Mainzelmäuse« stellt in Mainz bis zu 15 Plätze bereit, die insbesondere in den Ferien und an Brückentagen von LBBW-Eltern genutzt werden.

Diversity und Gleichstellung als Chance.

Mit der Einrichtung einer Diversity-Beauftragten-Stelle hat die LBBW im Februar 2009 die Wahrnehmung der Themen Gleichstellung und Diversity (Vielfalt) gestärkt. Die LBBW sieht Vielfalt als Chance an und hat sich dem in der »Charta der Vielfalt« der Unternehmen in Deutschland verpflichtet.
Es ist der LBBW wichtig, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das diese vielfältigen Potenziale fördert und anerkennt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Dies schafft nicht nur ein Klima der Akzeptanz und des Vertrauens im Unternehmen, sondern entscheidet zukünftig auch mit über den Erfolg eines Unternehmens.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) ist für die LBBW selbstverständlicher Bestandteil einer fortschrittlichen Unternehmenspolitik. Es umfasst die Entwicklung betrieblicher Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozesse, die die gesundheitsförderliche Gestaltung von Arbeit und Organisation sowie die Befähigung der Mitarbeiter zum gesundheitsfördernden Verhalten zum Ziel haben. Der inhaltliche Fokus liegt dabei auf der Erhaltung und weiteren Verbesserung der Mitarbeitergesundheit. In den vom Vorstand beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik ist Gesundheitsförderung explizit als einer von zwölf Werttreibern für den Unternehmenserfolg genannt. Der »Runde Tisch Gesundheit« dient als Motor des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und zur Steuerung der Kernprozesse. Schwerpunkte 2009 bildeten eine umfassende Bestandsaufnahme sowie die Bewertung und Strategieentwicklung für das Gesundheitsmanagement der LBBW. Unterstützt wird die LBBW beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im Rahmen eines Kooperationsprojektes von einer großen Krankenkasse.

LBBW Verbesserungs-Prozess.

Der LBBW VerbesserungsProzess bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit ihren Ideen aktiv in die Gestaltung von Dienstleistungen und Arbeitsabläufen einzubringen. Der Prozess ist einfach und transparent gestaltet und wird von den Mitarbeitern sehr gut angenommen. Die Anzahl der von Mitarbeitern eingebrachten Ideen steigt seit Jahren kontinuierlich und konnte im Geschäftsjahr 2009 um 7 % auf 3 322 erhöht werden.

Der mit der Umsetzung der Ideen generierte monetäre Nutzen ist 2009 um 64 % auf 2,3 Mio. EUR gestiegen. Darüber hinaus haben die Ideen der Mitarbeiter über 700 Prozesse und Arbeitsabläufe optimiert. Dieses nachhaltige Denken und Handeln trägt zur Identifikation der Mitarbeiter mit dem Konzern bei und wirkt sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und Kundenorientierung aus.
Der LBBW VerbesserungsProzess liegt mit seinen Erfolgen über dem Branchendurchschnitt und gilt als führend in der Finanzdienstleistungsbranche.

Compliance.

Die LBBW definiert Compliance als die vorbeugende Beherrschung des Risikos, das durch Nichteinhaltung geltenden Rechts, von Standards und Prozessen entsteht und damit das Geschäftsmodell, die Reputation und den Erfolg der Bank beeinträchtigt und die Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit enttäuscht.

Die Anforderungen an die LBBW-Compliance sind in einem Compliance Management System (CMS) niedergelegt. Dieses System verbindet Anforderungen an die Unternehmenskultur und interne Richtlinien, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen sowie ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Ziel ist, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Handelnden der Bank zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und entsprechend auftreten, womit Risikotransparenz und schließlich Vertrauen der Geschäftspartner erreicht werden.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die Überleitung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) in nationales Recht und die daraufhin eingeführten Verfahren und Prozesse wurden 2009 durch die LBBW-Kapitalmarkt-Compliance überwacht. Darüber hinaus hat Compliance die Umsetzung der seit dem 1. Januar 2010 verschärften Regelungen zur Protokollierung von Anlageberatungen begleitet.

Auch 2009 wurden Mitarbeiterschulungen zur Sensibilisierung auf Insidermerkmale und daraus resultierende Handelsverbote durchgeführt. Neben der Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt wieder auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (Control Room).

Geldwäscheprävention.

Die Anforderungen des 2008 novellierten Geldwäschegesetzes erforderten weiter erhebliche Anpassungen in den Prozessen sowohl im Umfeld der Geldwäscheprävention als auch im Vertrieb. Das Geldwäschegesetz legt seinen Fokus auf einen institutspezifisch risikoorientierten Ansatz, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank zu ermitteln ist. Dies führt insbesondere dazu, dass mehrstufige Unternehmen, Korrespondenzbanken und ausländische Kunden, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben, verstärkten Prüfungsanforderungen unterliegen und erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen genügen müssen. Diese Anforderungen im Bereich natürlicher Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnissen bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW als auch alle über den Auslandszahlungsverkehr der LBBW abgewickelten ein- und ausgehenden Transaktionen der LBBW und der Sparkassenpartner werden permanent geprüft. Die Embargoeinheit in der Compliance der LBBW gibt Empfehlungen zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts, wie z. B. Einstellungen oder Änderungen von Finanzierungsvorhaben in Bezug auf sanktionierte Länder, wie aktuell Iran oder Usbekistan.

Finanzermittlungen.

Finanzbetrug stellt ein beträchtliches Gefährdungspotenzial dar, das neben dem materiellen Schaden unkalkulierbare Reputationsrisiken beinhaltet. Wie in den Vorjahren legte die LBBW ein besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung und Information von Mitarbeitern über die Vorgehensweise der Täter. Hierzu wurde mit dem Polizeipräsidium Karlsruhe eine gemeinsame Aufklärungsaktion zum Schutz von Senioren bezüglich sogenannter »Enkeltricks« durchgeführt. Zusätzlich wurden alle BW-Bank-Filialen mit entsprechenden Informationsmaterialien ausgestattet. Um dem zu erwartenden Anstieg der organisierten Betrugskriminalität besser begegnen zu können, wird die LBBW zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die sie aus den Ergebnissen der Gefährdungsanalyse zum Finanzbetrug ableitet. Dazu gehören die Gründung eines bankweiten »Fraud Prevention Board« und die schrittweise Einführung einer Plausibilitätsprüfung zur Betrugsverhinderung in besonders gefährdeten Bankeinheiten.

Datenschutz.

Das Bundesdatenschutzgesetz ist 2009 mit drei Novellen geändert worden: Mit der Novelle I wurde die Tätigkeit von Auskunfteien und ihrer Vertragspartner (insbesondere Kreditinstitute) sowie das Scoring neu geregelt. Die Novelle II betrifft unter anderem Neuregelungen für Markt- und Meinungsforschung, den Adresshandel, Beschäftigtendatenschutz und Auftragsdatenverarbeitung. Die Novelle III betrifft die Verbraucherkreditrechte.

Während die Vorgaben der Novelle II bereits seit September 2009 zu beachten sind, wird die Erfüllung der Anforderungen aus den Novellen I und III im Laufe des ersten Halbjahrs 2010 verbindlich werden.

Die Umsetzung der Vorgaben der Novelle II in Verbindung mit der Neufassung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist für die Vertriebs- und Marketingeinheiten von praktischer Relevanz. Die Erweiterung der Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten bei der Erteilung von Aufträgen an externe Dienstleister führt zu Mehraufwand vor Vertragsabschluss und während dessen Laufzeit. Hierfür wurden neue Prozesse konzipiert und deren Implementierung gestartet.

Das zunehmende Interesse an datenschutzrechtlichen Themen drückte sich im Jahr 2009 in einer gestiegenen Anzahl von Kundenanfragen sowie Auskunftsersuchen aus.

Innerhalb des Konzerns wurden, wie bereits in den vergangenen Jahren, Tochtergesellschaften auf Basis eines Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik geprüft. Durch die Umsetzung der bei diesen Kontrollhandlungen getroffenen Feststellungen wurde ein vergleichbar hohes Datenschutzniveau bei allen inländischen Tochtergesellschaften erreicht.

Weiterhin wurden interne Organisationseinheiten im LBBW-Konzern anlassfrei durch den Datenschutz geprüft. Prüfungsschwerpunkte 2009 waren Rollen- und Berechtigungskonzepte, Speicherung von Fremd- und Partnerprodukten, Contentfilterung von eingehenden E-Mails, Videoüberwachung, Sicherheit im Rechenzentrum, Bestellprozesse bei Extend-Girokonten sowie Stichprobenuntersuchungen für einen datenschutzgerechten Filialbetrieb. Die LBBW nahm darüber hinaus bei externen Dienstleistern aus dem Kreditkartenbereich, der Akten- und Datenträgervernichtung und dem PC-Dienstleistungsbereich Prüfungshandlungen vor Ort vor.

Ergänzend wurde eine Gefährdungsanalyse hinsichtlich der Möglichkeiten einer unrechtmäßigen Kenntniserlangung personenbezogener Daten durch Dritte erstellt, deren Ergebnisse als Grundlage für zukünftige Prüfungsmaßnahmen dienen.

Nachhaltigkeit.

Die Landesbank Baden-Württemberg ging 2009 mit der Vorstellung ihres dritten Nachhaltigkeitsberichts neue Wege in der Nachhaltigkeitskommunikation. Zentrale Informationsquelle rund um das Thema ist nunmehr der grundlegend überarbeitete Internetauftritt, der sich an den international gültigen Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) orientiert. Unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de kann der komplette Bericht abgerufen werden. Außerdem werden regelmäßig aktuelle Beiträge rund um das Thema Nachhaltigkeit im Netz zur Verfügung gestellt.

Mit ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2007/2008 erreichte die LBBW beim Ranking 2009 des unabhängigen Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der Unternehmensinitiative future e. V. in der Bewertung von über 100 Nachhaltigkeitsberichten deutscher Unternehmen den ersten Platz im Segment Banken. In der Gesamtwertung der Großunternehmen kam sie auf Rang neun.

Leitplanken Nachhaltigkeit.

Im Frühjahr 2009 haben Vorstand und Fachbereiche der Landesbank Baden-Württemberg gemeinsam verbindliche Nachhaltigkeits-Leitplanken verabschiedet. Sie markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW künftig im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgen wird.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit beschreiben und verdeutlichen die Position der LBBW zu wesentlichen nachhaltigkeitsrelevanten Themenstellungen. Sie konkretisieren die Nachhaltigkeitspolitik und stellen damit eine strategische Aussage zur Gewichtung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Entscheidungen dar. Ausführliche Informationen zu den Leitplanken sind im Internet unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken abrufbar.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Als erster in Deutschland aufgelegter Fonds hat der Aktienfonds LBBW NachhaltigkeitsStrategie BWI das »Europäische Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds« erhalten. Damit wird ein Fondsmanagement ausgezeichnet, das Investitionskriterien, Researchverfahren sowie Verfahren bei der Auflösung einzelner Investments transparent offenlegt und so das Vertrauen der Anleger stärkt.

Im September 2009 wurde der nachhaltige Rentenfonds »LBBW Nachhaltigkeit Renten« für institutionelle Kunden aufgelegt. Dieser investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen von Firmen oder Staaten, die im Vergleich überdurchschnittlich nachhaltig agieren. Bei der Auswahl der Titel arbeitet die LBBW – wie schon bei den Aktienfonds – mit den Analysten der oekom research AG zusammen. Damit erfüllt der Fonds nicht nur die Vorgaben von Kirchen, Pensionskassen und anderen nachhaltig orientierten Kapitalanlegern, sondern birgt durch die Vermeidung von ethischen, politischen und ökologischen Risiken auch eine gute Chance für eine über dem Gesamtmarkt liegende Wertentwicklung. 2010 soll der Fonds auch für Privatkunden geöffnet werden.

Als erste deutsche Landesbank hat sich die LBBW den »Principles for Responsible Investment« (PRI) der Vereinten Nationen angeschlossen. Damit verpflichtet sie sich, zukünftig noch stärker Themen des Umweltschutzes, der verantwortungsvollen Unternehmensführung und gesellschaftliche Anliegen bei ihren Investmentstrategien zu berücksichtigen. Als ein Handlungsbeispiel will die LBBW Unternehmen und Körperschaften, in die sie selbst investiert, als aktiver Aktionär begleiten. Zudem wird die LBBW mit anderen Unterzeichnern zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Wirksamkeit der PRI-Grundsätze zu verbessern und über Fortschritte zu berichten.

Charta der Vielfalt.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat sich als erste Landesbank der von der Bundesregierung unterstützten Initiative »Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland« angeschlossen. Damit setzt die LBBW ihr Engagement für ein faires und vorurteilsfreies Arbeitsklima fort. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung und Anerkennung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Aufgrund ihrer Bedeutung für eine offene Unternehmenskultur werden die Themen Vielfalt und Chancengleichheit im LBBW-Konzern von einer Diversity-Beauftragten betreut.

Nachhaltigkeitsratings.

Die LBBW erhielt im Nachhaltigkeitsrating von Sustainalytics 70 von 100 Punkten. Nach Auskunft von Sustainalytics belegt die LBBW damit Platz 2 von 76 in der Branche der nicht börsennotierten Finanzinstitute auf internationaler Ebene. Sustainalytics versteht sich als unabhängiger, innovativer Dienstleister von »Responsible Investment Services« und zählt nach eigenen Angaben zu den Marktführern in Europa und Nordamerika.

Im Rating von imug Investment Research erhielt die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen die Gesamtbewertung »Positiv«. Das Rating wird von nachhaltigkeitsorientierten Investoren und Asset Managern als Entscheidungsgrundlage genutzt. Imug bewertet neben der Nachhaltigkeitsleistung des Pfandbriefemittenten auch den Deckungsstock (bei öffentlichen Pfandbriefen) und die Aktivitäten im Immobilienkreditgeschäft nach Kriterien der Nachhaltigkeit.

Betriebsökologie.

2009 haben die LBBW, die BW-Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank erstmals für alle Gebäude Ökostrom bezogen. Zur Verminderung unseres »Carbon Footprint« arbeiten wir auch weiterhin daran, unsere Energieeffizienz durch technische und organisatorische Maßnahmen zu verbessern und unsere CO_2-Emissionen weiter zu reduzieren. In den letzten Jahren wurden verschiedene Zentralgebäude unter energetischen Gesichtspunkten untersucht; aus dieser Analyse konnten Einsparmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Im Bereich der Haustechnik hat sich die 2006 bzw. 2007 absehbare Trendumkehr im Energiebereich 2009 bestätigt.

Zertifizierungen.

Die LBBW hat sich zur Einhaltung der Norm ISO 14001 sowie des Standards des Eco-Managements and Audit Schemes (EMAS) verpflichtet. Ziel von EMAS ist es, die Umweltschutzleistung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zu verbessern und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Die Umsetzung der Norm bzw. der Verordnung wurde auch 2009 wieder durch ein internes und externes Umweltaudit überprüft. Die Prüfung ergab, dass das Umweltmanagementsystem der LBBW vollumfänglich den Anforderungen der EMAS-Verordnung und der ISO 14001 entspricht.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit, der durch den Vorstand festgelegten Strategie und dem konzernweiten System der risikoorientierten Gesamtbanksteuerung. Dazu gehören insbesondere Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision.

Risikostrategie.

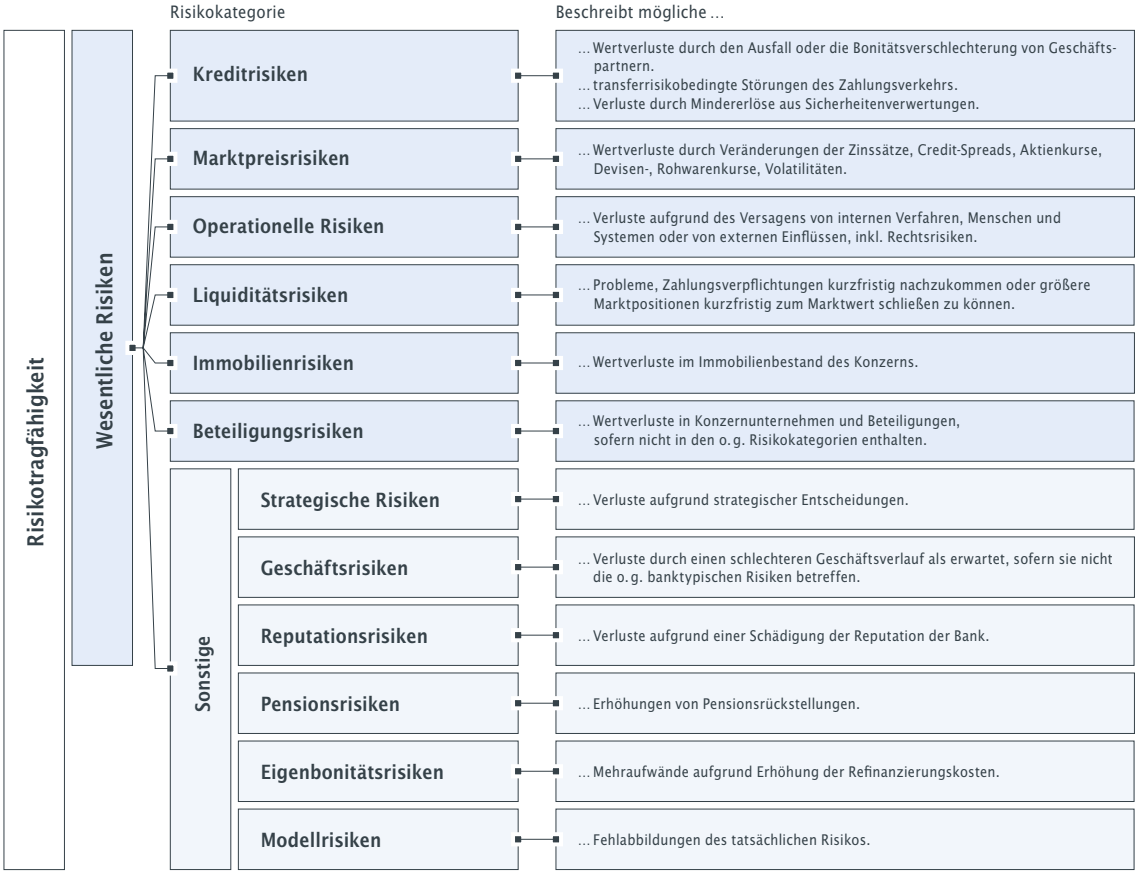
Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. In der konzernweit und risikokategorieübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden unternehmenspolitische und risikostrategische Vorgaben für das Risikomanagement über Risikoleitsätze festgelegt. Darüber hinaus werden den Markt- und Marktfolgebereichen in den spezifischen Risikostrategien Prozesse, geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

Risikotragfähigkeit.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikokategorien und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeit durchgeführt.

Dabei werden folgende Risikokategorien identifiziert:

Risikokategorien.



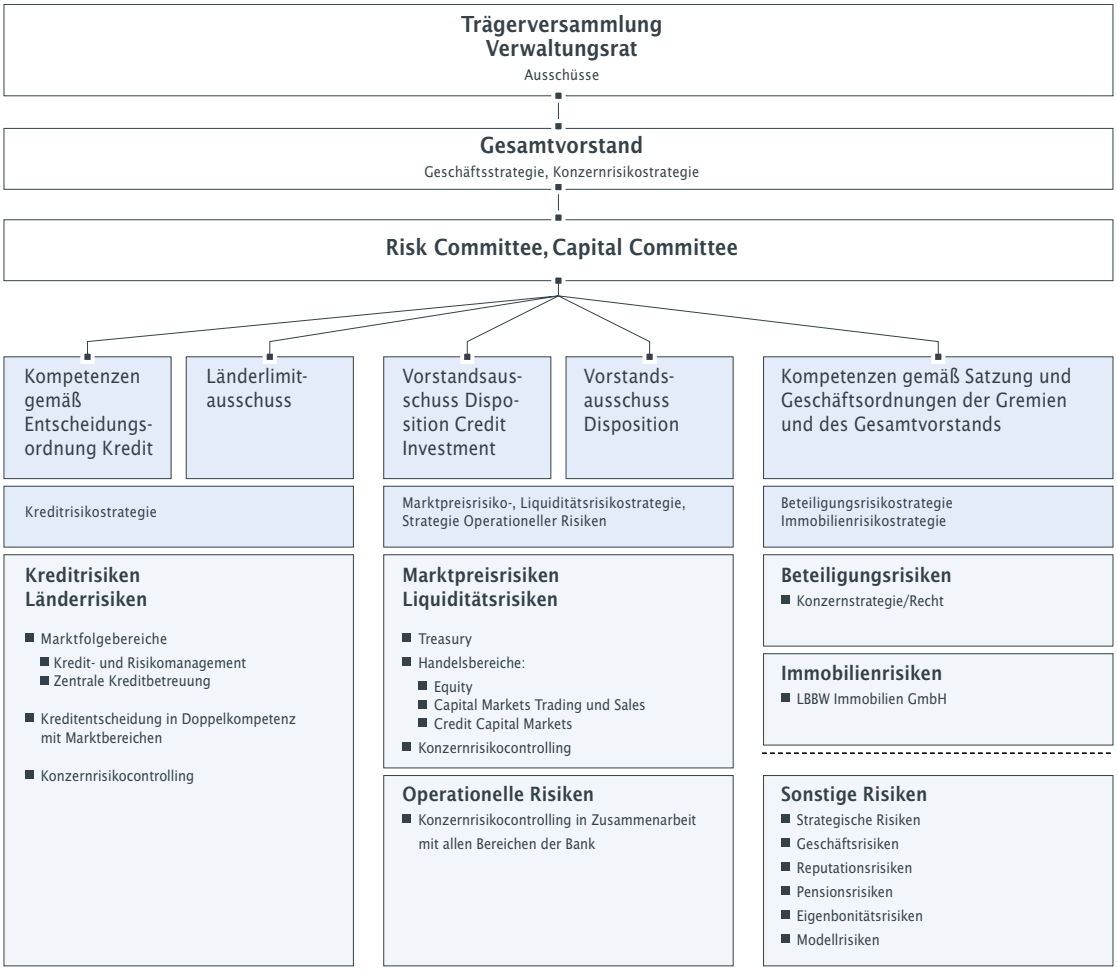
Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind bereits eingetretene Verluste und gebildete Wertberichtigungen sowie bestimmte Komponenten der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres berücksichtigt. Dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet er das aus Sicht der LBBW betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von eigenen Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW grundsätzlich als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,95 % und 1 Jahr Haltedauer dargestellt. Für die operationellen Risiken wird der aufsichtsrechtliche Standardansatz verwendet.

Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet, dabei wird ein Puffer für die nicht direkt quantifizierbaren sonstigen Risiken sowie für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen freigehalten.

Übergreifende Risikomanagementprozesse.

Risikomanagementstruktur.



In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden, und die daraus resultierenden Risiken müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Ertragspotenzial stehen. Diese Leitlinien stellen die Grundlage der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung dezentral auf Basis von Einzelentscheidungen getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikokategoriespezifischen Details.

Das Risk Committee setzt sich aus den für Handel, Überwachung und Marktfolge zuständigen Dezernenten sowie Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Marktfolge, Risikocontrolling und Finanzcontrolling, zusammen. Als beratender Ausschuss agiert es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der übergreifenden Überwachung der Risikotragfähigkeit und der wesentlichen Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen. Des Weiteren unterstützt ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen die Entscheidungsträger beim Management der Risiken.

Das Capital Committee agiert entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapital-Zielgrößen des LBBW-Konzerns. Die Beschlussfassung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Capital Committee wird koordiniert durch das Finanzcontrolling und setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Handel und Überwachung zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Finanzcontrolling und Rechnungswesen, zusammen.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MaRisk.

Die LBBW unterliegt im vollen Umfang den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Am 14. August 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit der 2. MaRisk-Novelle die Mindestanforderungen konkretisiert und erweitert.

Durch die Neufassung der MaRisk werden vor allem die aufsichtlichen Anforderungen zum Stresstesting, zum Liquiditätsrisiko und zu den Risikokonzentrationen geschärft und ausgebaut. Des Weiteren werden auch höhere Anforderungen an das gruppenweite Risikomanagement sowie an die Risikotragfähigkeit gestellt. Im Zuge der Umsetzung dieser Vorschriften wurde die Systematik der Risikotragfähigkeit überprüft. Die Prozesse zur Überwachung, Ad-hoc-Berichterstattung und Frühwarnung wurden nochmals ausgebaut. Den in den MaRisk geforderten integrierten Stress-Szenarien über verschiedene Risikokategorien hinweg unter besonderer Berücksichtigung von Konzentrationen sowie sogenannten Reverse-Stresstests wurde durch entsprechende Erweiterungen in 2009 Rechnung getragen. Die Analyse der Stresstestergebnisse im Rahmen der Risikotragfähigkeit ermöglicht somit Aussagen bezüglich der Widerstandsfähigkeit der LBBW gegenüber denkbaren krisenhaften Situationen und löst bei Überschreitung bestimmter Schwellenwerte Maßnahmen zur frühzeitigen Entlastung oder Aufstockung der Deckungsmasse aus.

Auch dem Zusammenspiel von Vorstand und Aufsichtsrat räumte die Aufsicht ein größeres Gewicht ein. Hierzu hat der Vorstand der LBBW insbesondere erweiterte Informations- und Kommunikationsprozesse in den Regularien verankert.

Die neuen Mindestanforderungen waren bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen. In der LBBW wurden zu diesen Themen umfangreiche Arbeitspakete zur Umsetzung definiert und abgearbeitet. Zum Jahresende wurden die materiellen Erweiterungen der MaRisk trotz der kurzen Umsetzungsfrist abgearbeitet. Restarbeiten werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen.

SolvV/Basel II.

Nachdem die aus Portfoliosicht wichtigsten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Die LBBW strebt für die Folgejahre die aufsichtliche Zulassung weiterer Ratingverfahren an.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Gemäß § 27 PfandBG muss ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen der internen Berichterstattung werden der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Kreditrisiken.

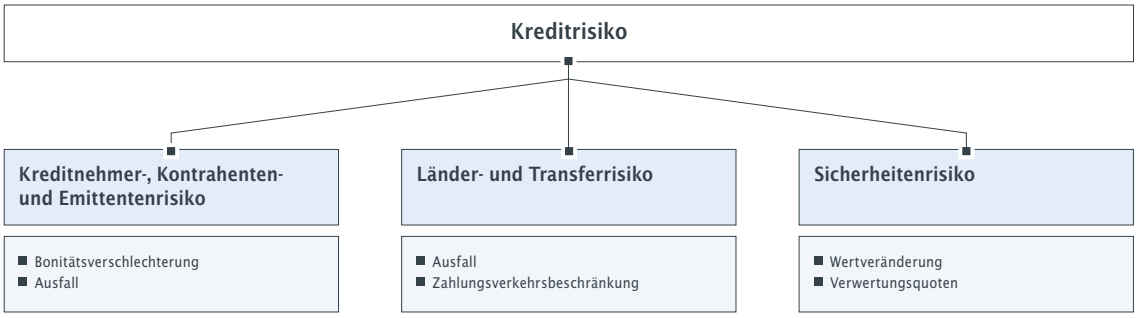
Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch

- Bonitätsverschlechterungen oder Ausfall von Kreditnehmern, Kontrahenten bzw. Beteiligungen,
- die Auswirkung von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder
- Wertveränderungen von Sicherheiten

entstehen.

Die Systematisierung des Kreditrisikos erfolgt gemäß der nachfolgenden Abbildung:

Systematisierung des Kreditrisikos.



Kreditnehmer-, Kontrahenten- und Emittentenrisiko.

Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommt, dass Bonitätsverschlechterungen bei Kreditnehmern, Kontrahenten oder Emittenten zu Wertverlusten führen oder dass bei Ausfall des Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn nicht vereinnahmt werden kann.

Länder- und Transferrisiko.

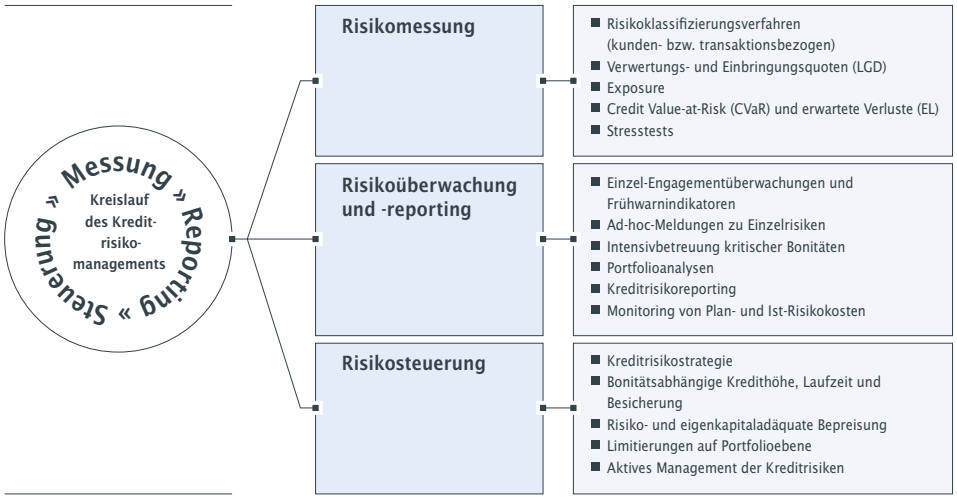
Risiko, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

Sicherheitenrisiko.

Risiko, dass im Verwertungsfall Sicherheiten nicht die erwarteten (Markt-)Werte erzielen.

Das Kreditrisikomanagement der LBBW lässt sich durch drei kreislaufartig verbundene Phasen darstellen:

Kreditrisikomanagement.



Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden bei Bedarf weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsfelder hat die LBBW spezifische Scoring- oder Ratingverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Prognosefähigkeit der im Einsatz befindlichen Scoring- und Ratingverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der S-Rating GmbH (Tochtergesellschaft des DSGV) oder der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der Landesbanken) durchgeführt.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Für eine risikoadäquate Engagementbewertung ist neben der Ausfallwahrscheinlichkeit die Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (loss given default) erforderlich. Diesbezüglich werden Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung in Relation zum Marktwert) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Erfahrungswerten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

In Abhängigkeit von Produktart, Marktfaktor (Zins, Währung etc.) und Laufzeit erfolgt eine differenzierte Kalkulation von Potential Future Exposures, die eine adäquate Linienanrechnung gewährleisten.

Erwartete Verluste und Credit Value-at-Risk.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung können mit dieser Kennzahl eine Vergleichbarkeit verschiedener Portfolios hergestellt und die Planrisikokosten plausibilisiert werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge (GLLP und PLLP-non impaired) ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den tatsächlichen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, eine hohe Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern (insbesondere anhand ihrer Zuordnung zu Branchen und Ländern) angemessen berücksichtigt werden. Das Kreditexposure wird dazu einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Der CVaR wird analog zu den sonstigen Risikokategorien zum Konfidenzniveau von 99,95 % berechnet.

Stresstests.

Neben den letztlich vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind in der LBBW Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren im Vorhinein die Wirkung möglicher konjunktureller Schwankungen, krisenhafter Marktentwicklungen und Extremszenarien daraufhin, ob die Risikotragfähigkeit der LBBW auch für diese Extremsituationen ausreichend bemessen ist. In der LBBW wird ein Set von standardisierten Stress-Szenarien gerechnet, die in die Risikotragfähigkeit Eingang finden. Darüber hinaus werden nach aktuellem Bedarf spezielle Stress-Szenarien ergänzt, die Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) analysieren. Diese Szenarien fließen als die Credit Value-at-Risk-Kennzahlen ergänzende Information in die Steuerung ein.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Die Überwachung der Risiken auf Einzelengagementebene wird durch die fortlaufende Beobachtung des Kunden und seines Umfeldes durch die engagementverantwortlichen Risikoanalysten der Marktfolge gewährleistet.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, auf Grundlage von Frühwarnindikatoren bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen zu vermeiden oder zumindest abzumildern. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und von einem spezialisierten Bereich betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Zur gezielten Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Größere und/oder schwierige Kreditrisikoengagements werden dem Vorstand und den Aufsichtsgremien mit fundierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und zur wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig zur Kenntnis gegeben.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt überwiegend im von Markt und Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. In diesem ist u. a. die Zuständigkeit für die Angemessenheit der Scoring- und Ratingverfahren, die Kreditrisikomessung, die Überwachung der Kontrahenten- und Länderlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die Überwachung der Risiken erfolgt durch Limitierungen auf verschiedenen Portfolioebenen: Das Konzern-Kreditrisiko ist mittels eines Limits für das ökonomische Kapital auf Basis des Credit Value-at-Risk (CVaR) begrenzt. Die Einhaltung der Länderlimite wird mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert. Das Portfolio der Financial Institutions ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert. Je Land werden zudem mit einem weiteren Limit nicht systemrelevante Financial Institutions begrenzt.

Branchenrisiken aus dem Corporates-Portfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette der Unternehmen Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst.

Über die Risikolage auf Portfolioebene und die Einhaltung der geschilderten Limitierungen informiert der Bericht über das Kreditrisiko als Teil des Gesamtrisikoberichts. Hierin werden die risikorelevanten Portfolios unter Berücksichtigung von Konzentrationen analysiert. Gegebenenfalls werden den Entscheidungsträgern (Gesamtvorstand und Aufsichtsgremium) Handlungsempfehlungen gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand regelmäßig Portfolioberichterstattungen der jeweiligen Marktfolgeeinheiten mit Detailinformationen zu Risikoentwicklungen diverser Geschäftsfelder sowie zu kritischen Engagements. Außerdem wird monatlich die laufende Entwicklung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten berichtet.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostrategie, durch die Einhaltung der ÖKap-Limite in Bezug auf den Credit Value-at-Risk sowie die Überwachung von Konzentrationsrisiken (Branchen, Länder, Einzelkontrahenten).

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzeladressen sind die Marktfolgebereiche zuständig. Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind risikolimitierende, risk-return-orientierte sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Risikobegrenzung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt zum einen durch die differenzierte Vorgabe einer Mindestbonität für die Kreditnehmer. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Kundengruppe und die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer gekoppelt. Vorgaben der Groß- und Millionen-Kreditverordnung werden dabei beachtet.

Da aus ökonomischer Sicht der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss ist, besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Geschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit-Center-/Portfolioebene.

Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das ökonomische Kapital für Kreditrisiken (auf Basis Credit Value-at-Risk) überwacht. Auf Basis eines Ampelsystems werden bei hohen Limitauslastungen frühzeitig risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell gefährliche Risikokonstellationen.

Länderlimite werden vom Vorstand auf Vorschlag des Länderlimitausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länder-Limitauslastung wird dem Länder- und Transferrisiko durch die Verhängung von Geschäftsstopps gezielt entgegengesteuert. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert oder vollständig gestrichen.

Die Limitierung des Portfolios der Financial Institutions sowie der Corporates Branchen wird kontinuierlich überwacht und löst bei Bedarf steuernde Maßnahmen wie z. B. Kauf von Sicherungsgeschäften, Neugeschäftsstopp aus.

Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch die Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostrategie in Bezug auf Ratingstrukturen, Portfolioqualität und Risk-Return-Vorgaben (z. B. Zielvorgaben zur Eigenkapitalrentabilität). Durch die Ausrichtung der Strategie auf operative Geschäftsfelder sind klare (Teil-)Portfolio-Zuständigkeiten für die Einhaltung der Vorgaben aus der Kreditrisikostrategie definiert. Ergänzend erstrecken sich die Vorgaben der Strategie auf die zulässigen Produktarten pro Geschäftsfeld.

Die LBBW hat zum 1. Dezember 2009 im Dezernat Marktfolge einen neuen Bereich eingerichtet, der für das Management des Credit Investment Portfolios (CIP) verantwortlich ist. Im CIP gebündelt ist das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP. Das Portfolio soll im Zuge der Umstrukturierung der LBBW in den nächsten Jahren sukzessive abgebaut werden.

Risikolage.
Vorbemerkung.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. D. h., die Risikolage der LBBW wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgen. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als »Exposure« (Inanspruchnahme bzw. Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Im Konsolidierungskreis der internen Berichterstattung sind neben der Landesbank Baden-Württemberg folgende für das Kreditrisiko relevante Tochterunternehmen enthalten:

- LBBW Luxemburg
- SüdLeasing Gruppe
- LBBW Securities LLC.

Der dargestellte Konsolidierungskreis wird mindestens jährlich sowie ggfs. anlassbezogen überprüft und an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Steuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich beim dargestellten Exposure wie folgt quantifizieren:

		Überleitung			
Mio. EUR	Bilanzansatz	Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	Management-Ansatz
Barreserve	1 878	– 25	0	– 1 833	20
Forderungen	237 720	11 084	– 11 622	– 1 809	235 374
Finanzanlagen	91 106	– 5 076	– 5 833	897	81 095
Hedging Derivate	2 799	– 50	– 1 387	37	1 399
Handelsaktiva (FVO, Hft)	74 559	– 282	54 580	3 018	131 875

Kreditportfolio.

Das Kreditportfolio der LBBW, übergeleitet auf die Bilanzklassen, ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Exposure.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Barreserve	20	144
Forderungen	235 374	261 912
davon Forderungen an Kreditinstitute	85 910	109 261
davon Forderungen an Kunden	149 464	152 651
davon Forderungen aus Finance Lease	4 337	5 478
Finanzanlagen	81 095	81 911
davon zinstragende Vermögenswerte	75 336	74 520
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	5 759	7 391
Hedging Derivate	1 399	1 872
Handelsaktiva	131 875	135 054
davon FVO	5 650	6 793
davon Hft	126 224	128 261
Unwiderrufliche Kreditzusagen/sonstige Vereinbarungen	61 903	68 357
Summe	**511 664**	**549 249**

Das Exposure verringert sich im Vergleich zum 31.12.2008 um 38 Mrd. EUR auf 512 Mrd. EUR. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind einerseits die bewusste Verringerung des Kapitalmarktgeschäftes, andererseits gezielte Exposure-Reduzierungen in Geschäftsfeldern, die nicht mehr zum Kerngeschäft der LBBW zählen.

Das Exposure wird hier ohne Berücksichtigung von Sicherheiten ausgewiesen. Zur Reduzierung des Kreditrisikos kommen jedoch grundsätzlich alle Arten von Sicherheiten zum Ansatz. Zum einen werden die klassischen Sicherheiten wie Grundpfandrechte, Garantien, Bürgschaften, Verpfändung, Abtretung und Sicherungsübereignung genutzt, zum anderen setzt die LBBW gezielt Kreditderivate sowie Netting- und Collateral-Vereinbarungen zur Risikoreduktion auf Einzeladressebene ein.

Portfolioqualität und Branchen.

Eine weitere Aufgliederung des Portfolios in die Dimensionen Branche und Rating gibt zum einen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit der LBBW, zum anderen spiegelt die jeweilige Ratingstruktur die Risikosituation wider. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des risikoorientierten Branchenschlüssels, der entlang der Wertschöpfungskette der Unternehmen Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst.

Exposure nach Rating*.

Mio EUR	(AAA – BBB-)	(BB+ – B+)	(B – C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Finanzinstitute	**237 271**	**13 663**	**2 801**	**2 318**	**3 948**	**260 001**
Kreditinstitute	197 468	6 002	776	1 103	353	205 702
Finanzdienstleistungen	39 803	7 661	2 025	1 215	3 595	54 299
Unternehmen	**90 412**	**38 310**	**11 494**	**5 387**	**4 299**	**149 902**
Automobil	7 615	4 907	3 663	905	113	17 204
Bauwirtschaft	4 025	3 448	617	559	324	8 974
Branchenübergreifende Dienstleistungen für Unternehmen	2 724	1 146	278	175	389	4 712
Commercial Real Estate	12 346	8 008	2 010	1 439	176	23 979
Health Care	3 178	1 032	129	136	196	4 672
Lebensmittel-Handel und sonstige nicht zyklische Konsumgüter	5 270	960	33	44	42	6 349
Telekommunikation	5 148	524	142	41	55	5 911
Transport und Logistik	4 059	1 888	905	202	271	7 326
Versicherungen	6 118	245	172	42	93	6 671
Versorger	13 018	1 125	128	84	79	14 434
Sonstige Branchen**	26 910	15 026	3 415	1 758	2 560	49 669
Öffentliche Hand	**78 827**	**1 961**	**18**	**6**	**7**	**80 818**
Privatpersonen	**3 350**	**3 297**	**298**	**419**	**13 580**	**20 943**
Summe	**409 860**	**57 231**	**14 610**	**8 129**	**21 834**	**511 664**
in Prozent	**80,1 %**	**11,2 %**	**2,9 %**	**1,6 %**	**4,3 %**	**100,0 %**

* äquivalente externe Ratingklassen
** In »Sonstige Branchen« sind Branchen mit einem Anteil < 3 % am Unternehmensportfolio zusammengefasst.

Aus der Ratingverteilung ist ersichtlich, dass 80,1 % (Vorjahr 80,7 %) des Portfolios auf Geschäfte mit Kunden sehr guter bis guter Bonitäten (sogenannte investment grade Ratings) entfällt. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Anteil von leistungsgestörten Engagements (siehe Spalte »Default«) auf 1,6 % des Gesamtportfolios erhöht (Vorjahr 1,2 %). In der Spalte »Sonstiges« sind Geschäfte mit Kunden aufgeführt, bei denen z. B. aus Risikorelevanzgründen auf ein Rating/Scoring verzichtet wird. Enthalten ist hier auch der Portfolioanteil von 0,3 %, für den keine interne Risikoeinschätzung vorliegt.

Die Branchenverteilung weist als größtes Teilportfolio die Finanzinstitute aus. Sparkassen und Landesbanken stellen hiervon ca. ein Drittel des Exposures.

Das Portfolio der Unternehmenskunden zeigt die vorhandene Branchendiversifikation. Das Kreditrisiko der größten Branche »Commercial Real Estate« wird durch die i. d. R. umfangreich gestellten Sicherheiten gemindert. In der zweitgrößten Branche »Automobil« wird durch die Anwendung des risikoorientierten Branchenschlüssels auch das Exposure gegenüber z. B. Zulieferbetrieben und Maschinenbauern mit Absatzschwerpunkt in der Automobilindustrie ausgewiesen. Die zum Vorjahr veränderte Ratingstruktur in der Automobilbranche spiegelt die aktuelle wirtschaftliche Situation dieser Branche wider. Die drittgrößte Branche »Versorger« enthält zu über 90 % sehr gute bis gute Bonitäten, oftmals mit kommunalem Hintergrund (z. B. Stadtwerke). Geschäfte mit der Öffentlichen Hand und mit Privatpersonen tragen zur weiteren Portfoliodiversifikation bei.

Regionen.

In der regionalen Verteilung überwiegt mit 59 % das inländische Geschäft (31.12.2008: 55 %). Hier zeigt sich die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank. Die Auslandsengagements verteilen sich zu 89 % auf Westeuropa und Nordamerika und somit auf Länder mit keinem (Euro-Zone) oder sehr geringem Transferrisiko. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und ggü. supranationalen Institutionen stellen in Summe weniger als 2 % des Gesamtportfolios.

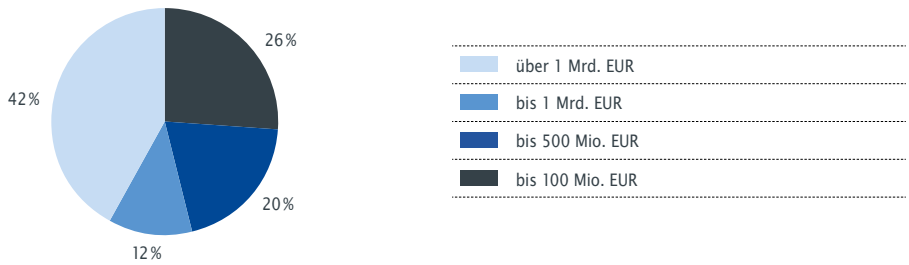
Exposure nach Regionen.

Region	Anteil in %
Deutschland	59
Westeuropa (ohne Deutschland)	28
Nordamerika	9
Asien/Pazifik	3
Osteuropa	1
Lateinamerika	0
Afrika	0
Supranationale	0
Summe	**100**

Die Größenklasse > 1 Mrd. EUR stellt mit 42 % des Exposures den höchsten Portfolioanteil: Hiervon entfallen 30 % auf Exposures gegenüber Landesbanken und Sparkassen (davon rund die Hälfte unter Gewährträgerhaftung) und weitere 24 % auf Exposures gegenüber Öffentlichen Haushalten (insb. inländische Gebietskörperschaften). Der Rest verteilt sich auf Banken und Unternehmen mit fast ausschließlich guter bis sehr guter Bonität.

Dem Anteil der Engagements über 1 Mrd. EUR steht ein insbesondere aus dem Retail- und Unternehmenskundengeschäft resultierender hoher Anteil an granularem Portfolio gegenüber.

Größenklassenverteilung in % (Kreditnehmereinheiten).



Angaben gemäß IFRS 7.36 – 38.

Der Anteil des weder wertgeminderten noch überfälligen Portfolios beläuft sich auf 98,5 % am max. Ausfallrisiko. Der Anteil der nachverhandelten Engagements (gemäß IFRS 7.36 d) beträgt 556 Mio. EUR[1)].

1) Hinweise zur geänderten Darstellungs- und Ermittlungsmethodik zum 31.12.2009 im Vergleich zum 31.12.2008:
1. Nachverhandelte Engagements sind in der Tabelle »Weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte« enthalten.
2. Der Ausweis der »Überfälligen Vermögenswerte und der »Wertgeminderten Vermögenswerte« wurde auf sämtliche Bilanzklassen erweitert.
Aufgrund der geänderten Methodik und der rückwirkenden Ermittlung der Werte weicht das Exposure per 31.12.2008 auswertungsbedingt von der Summe der Tabellen »Weder Wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte«, »Überfällige Vermögenswerte« und »Wertgeminderte Vermögenswerte« ab, da insbesondere die »Nachverhandelten Engagements« i. H. v. 758 Mio. EUR per 31.12. 2008 ergänzend zu berücksichtigen sind.

Die weder wertgeminderten noch überfälligen Vermögenswerte verteilen sich wie folgt auf die Bilanzklassen (Angaben nach IFRS 7.36 c):

Weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte.

Mio. EUR	Exposure 31.12.2009	weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte 31.12.2009	Exposure 31.12.2008	weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte 31.12.2008
Barreserve	20	20	144	141
Forderungen	235 374	229 088	261 912	255 816
davon Forderungen an Kreditinstitute	85 910	84 988	109 261	108 624
davon Forderungen an Kunden	149 464	144 100	152 651	147 192
davon Forderungen aus Finance Lease	4 337	3 945	5 478	5 281
Finanzanlagen	81 095	80 134	81 911	80 420
davon zinstragende Vermögenswerte	75 336	74 375	74 520	73 356
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	5 759	5 759	7 391	7 169
Hedging Derivate	1 399	1 399	1 872	1 872
Handelsaktiva	131 875	131 875	135 054	135 054
davon FVO	5 650	5 650	6 793	6 793
davon Hft	126 224	126 224	128 261	128 261
unwiderrufliche Kreditzusagen/ sonstige Vereinbarungen	61 903	61 606	68 357	68 237
Summe	**511 664**	**504 121**	**549 249**	**541 539**

Überfällige Engagements belaufen sich auf 0,04 % vom Exposure. Der Rückgang im Vergleich zum 31.12. 2008 ist durch einen geänderten Ausweis bedingt: Per 31.12. 2008 wurde bei Existenz einer Überfälligkeit das Gesamtexposure der Kundenverbindung als überfällig dargestellt. Im Zuge der Harmonisierung mit der Offenlegung gemäß SolvV werden hier nur die tatsächlich überfälligen Geschäfte eines Kunden ausgewiesen.

Überfällige Vermögenswerte 31. 12. 2009.

Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	212	58	44	13	26	7	65
davon Forderungen an Kreditinstitute	4	0	2	0	2	0	0
davon Forderungen an Kunden	209	58	42	13	24	7	65
davon Forderungen aus Finance Lease	52	14	10	8	9	4	8
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Hedging Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Handelsaktiva	0	0	0	0	0	0	0
davon FVO	0	0	0	0	0	0	0
davon Hft	0	0	0	0	0	0	0
unwiderrufliche Kreditzusagen/sonstige Vereinbarungen	4	0	0	3	0	0	1
Summe	**216**	**58**	**44**	**15**	**26**	**7**	**65**

Überfällige Vermögenswerte 31. 12. 2008.

Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	588	315	178	37	9	14	35
davon Forderungen an Kreditinstitute	13	13	1	0	0	0	0
davon Forderungen an Kunden	575	302	178	37	9	14	35
davon Forderungen aus Finance Lease	64	12	15	16	3	11	7
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Hedging Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Handelsaktiva	0	0	0	0	0	0	0
davon FVO	0	0	0	0	0	0	0
davon Hft	0	0	0	0	0	0	0
unwiderrufliche Kreditzusagen/sonstige Vereinbarungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe	**588**	**315**	**178**	**37**	**9**	**14**	**35**

Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise steigt die Höhe der wertgeminderten Vermögenswerte in Summe um 1,1 Mrd. EUR auf 7,3 Mrd. EUR an. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf einen Anstieg bei den wertgeminderten Forderungen zurückzuführen. Die wertgeminderten Finanzanlagen hingegen reduzieren sich um 0,4 Mrd. EUR.

Wertgeminderte Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen	6 074	4 772
davon Forderungen an Kreditinstitute	919	623
davon Forderungen an Kunden	5 155	4 149
davon Forderungen aus Finance Lease	339	133
Finanzanlagen	960	1 384
davon zinstragende Vermögenswerte	960	1 164
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	0	220
Hedging Derivate	0	0
Handelsaktiva	0	0
davon FVO	0	0
davon Hft	0	0
unwiderrufliche Kreditzusagen/sonstige Vereinbarungen	294	120
Summe	**7 328**	**6 276**

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken sind nach konzernweit einheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet worden. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten schließen lassen. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erkennbare finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden.

Die LBBW übernimmt in sehr begrenztem Rahmen Vermögenswerte aus zur Verwertung erhaltenen Sicherheiten, sogenannte Rettungserwerbe, in den Bestand (26,0 Mio. EUR; zum Vgl. 2008: 26,7 Mio. EUR). Diese werden entweder direkt aufgekauft oder im Rahmen von Zwangsversteigerungen erworben.

Ergänzende Angaben zum Verbriefungsportfolio.

Vorbemerkung zur Risikoabschirmung.

Aufgrund der Finanzmarktturbulenzen hat die LBBW mit dem Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung zur Absicherung von Verlustbeträgen mit risikobehafteten Wertpapieren in Form einer Garantiestruktur mit Wirkung zum 30. Juni 2009 abgeschlossen. Dabei wurde der LBBW eine Garantie in Höhe von insgesamt 12,7 Mrd. EUR zur Absicherung von Verlustbeträgen aus Referenzvermögenswerten des Verbriefungsportfolios und ausgegebenen Darlehen der LBBW an die irische Zweckgesellschaft Sealink Funding gewährt. Der Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg sowie eine Kapitalzuführung durch die Träger wurden von der Europäischen Kommission zunächst vorläufig genehmigt. Die endgültige Genehmigung der Europäischen Kommission erfolgte nach Vorlage des Umstrukturierungsplans durch die LBBW am 15. Dezember 2009. Dabei wurde die ursprüngliche Garantiestruktur hinsichtlich der Erstverlustposition der LBBW im Detail modifiziert.

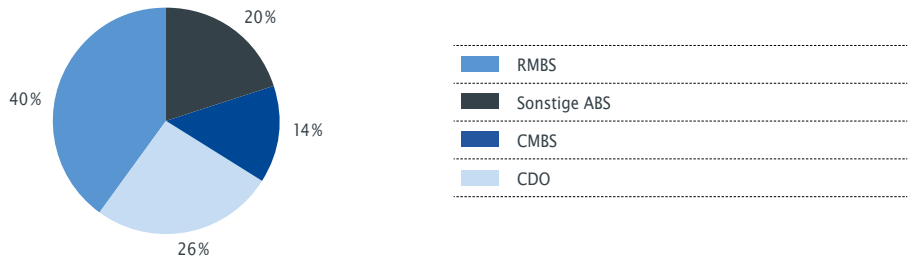
Ein Teilbetrag der Garantie i. H. v. 6,7 Mrd. EUR dient zur Absicherung eines Verbriefungsportfolios (im Folgenden: Garantieportfolio) mit einem ausstehenden Volumen von 15,3 Mrd. EUR (zum 31. Dezember 2009). Dabei trägt die LBBW die ersten Verluste aus diesem Garantieportfolio bis zu einem Betrag von 1,9 Mrd. EUR. Darüber hinausgehende Verluste werden zunächst von der Garantie absorbiert. Verluste, die ein Volumen von 8,6 Mrd. EUR[1)] überschreiten, gehen wiederum zulasten der LBBW.

Die restlichen 6 Mrd. EUR des Garantiebetrages entfallen auf Darlehen der LBBW an die Zweckgesellschaft Sealink Funding.

1) Dieser Betrag setzt sich aus dem Teilbetrag der Garantie von 6,7 Mrd. EUR und dem First Loss der LBBW von 1,9 Mrd. EUR zusammen.

Verbriefungsportfolio.

Verbriefungsportfolio – Assetklassenverteilung i. H. v. 24,5 Mrd. EUR.



Der LBBW-Konzern besitzt per 31.12. 2009 ein Verbriefungsinvestmentportfolio i. H. v. 24,5 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Jahresende 2008 hat sich das ABS-Investmentportfolio der LBBW um 5,2 Mrd. EUR verringert. Diese Entwicklung ist auf Tilgungen, Währungseffekte, Verkäufe und Umstrukturierungen sowie Ausfälle zurückzuführen.

Die Finanzmarktkrise hat zu erheblichen Marktwertrückgängen im Verbriefungsportfolio der LBBW geführt. Dennoch haben sich die Marktwerte des Verbriefungsportfolios im zweiten Halbjahr 2009 stabilisiert. Das Ratingniveau im Verbriefungsportfolio ist weiterhin hoch: So besitzen 80 % der Papiere Ratings im Investmentgrade-Bereich; 47 % der Papiere sind mit AAA bewertet.

Mit Beginn der Finanzmarktkrise mussten erstmalig Ausfälle im Verbriefungsportfolio der LBBW hingenommen werden. Die Verluste aus Cash-Produkten in Höhe von 145 Mio. EUR beinhalten Nominalwertanpassungen (Write-downs) auf US RMBS-AltA-Transaktionen. Zusätzlich bleiben die laufenden (Coupon-)Zahlungen bei den bereits vollständig wertberichtigten Structured Investment Vehicles (SIVs) aus. Im Bereich der synthetischen Transaktionen ist seither ein Kapitalverlust i. H. v. insgesamt 356,7 Mio. EUR eingetreten, davon sind per 31.12. 2009 bereits 186,7 Mio. EUR aufgrund von Totalverlusten ausgebucht.

Aufgrund der modifizierten Garantiestruktur wird im Gegensatz zum 30. Juni 2009 die Zusammensetzung des Verbriefungsportfolios getrennt nach nicht garantiertem und garantiertem Teilportfolio dargestellt. Bei dieser Darstellungsweise beinhaltet das Garantieportfolio den sogenannten First Loss von 1,9 Mrd. EUR, daher sind die Auswertungen per 31. Dezember 2009 nicht direkt vergleichbar mit dem ersten Halbjahr 2009.

Generell wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Ratingklassen auf Basis von Informationen externer Anbieter vorgenommen. Dabei wurde das jeweils niedrigste verfügbare Rating von Moody's, Standard & Poor's oder Fitch angesetzt.

Nicht über den Risikoschirm des Landes abgedeckte Vermögenswerte.

Dieses Teilportfolio setzt sich aus ABS-Investments i. H. v. 9,2 Mrd. EUR zusammen, die nicht durch die Garantie des Landes Baden-Württemberg abgesichert sind.

Ausstehendes Volumen zum 31. Dezember 2009.

Mio. EUR	AAA	AA	A	BBB	BB bis B	CCC bis C	Sonstige*	Summe	in %
CDO	**691**	**502**	**68**	**149**	**461**	**344**	**0**	**2 214**	**23,9**
davon: CDO of ABS	12	27	12	24	0	31	0	105	4,7
davon: CLO	559	413	56	3	0	0	0	1 031	46,5
davon: synthet. Verbriefungen	82	0	0	102	448	313	0	945	42,7
RMBS	**4 037**	**163**	**6**	**0**	**0**	**2**	**0**	**4 208**	**45,5**
davon: US Alt-A	2	6	2	0	0	0	0	10	0,2
davon: US Subprime	2	2	0	0	0	0	0	4	0,1
CMBS	**286**	**25**	**38**	**30**	**0**	**0**	**0**	**379**	**4,1**
Sonstige ABS	**1 148**	**250**	**915**	**0**	**0**	**0**	**134**	**2 446**	**26,5**
Gesamt-Investments	**6 162** 66,6%	**940** 10,2%	**1 026** 11,1%	**179** 1,9%	**461** 5,0%	**346** 3,7%	**134** 1,4%	**9 247** 100,0%	**100,0**

* Unter dem Begriff »Sonstige« sind Transaktionen zusammengefasst, die über kein externes Rating verfügen.

Generell wurde das niedrigste externe Rating angesetzt und nach interner Methodik auf das S&P Rating gemappt. Durch Rundungen können Differenzen entstehen.

Das nicht garantierte Portfolio weist weiterhin ein gutes Ratingniveau auf. Ein Großteil entfällt auf AAA-bewertete Positionen und nur ein geringer Anteil von 10 % ist nicht im Investmentgrade-Bereich eingestuft.

Garantieportfolio.

Das Garantieportfolio umfasst per 31.12. 2009 Verbriefungspositionen mit einem ausstehenden Volumen von 15,3 Mrd. EUR. An diesem Portfolio hält die LBBW eine Erstverlustposition i. H. v. 1,9 Mrd. EUR. Erst nach vollständiger Aufzehrung dieses sogenannten First Loss greift die Garantie des Landes Baden-Württemberg i. H. v. 6,7 Mrd. EUR. Verluste, die den First Loss und den Garantiebetrag überschreiten würden, wären wiederum von der LBBW zu tragen. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2009 wurde die Inanspruchnahme des First Loss der LBBW vollständig erfolgswirksam verarbeitet.

Ausstehendes Volumen zum 31. Dezember 2009.

Mio. EUR	AAA	AA	A	BBB	BB bis B	CCC bis C	D	Sonstige*	Summe	in %
CDO	**595**	**1 026**	**442**	**354**	**967**	**418**	**190**	**110**	**4 101**	**26,9**
davon: CDO of ABS	18	65	77	102	463	367	50	7	1 148	28,0
davon: CLO	433	734	263	96	41	0	0	36	1 603	39,1
RMBS	**2 528**	**1 190**	**229**	**63**	**191**	**1 523**	**62**	**0**	**5 786**	**37,9**
davon: US Alt-A	7	84	38	11	102	1 322	62	0	1 625	28,1
davon: US Subprime	0	0	0	0	2	184	0	0	186	3,2
CMBS	**1 106**	**834**	**538**	**390**	**110**	**63**	**0**	**0**	**3 041**	**19,9**
Sonstige ABS	**1 122**	**367**	**160**	**273**	**229**	**150**	**0**	**43**	**2 344**	**15,4**
Gesamt-Investments	**5 351** 35,0%	**3 417** 22,4%	**1 369** 9,0%	**1 080** 7,1%	**1 498** 9,8%	**2 154** 14,1%	**251** 1,6%	**153** 1,0%	**15 273** 100,0%	**100,0**

* Unter dem Begriff »Sonstige« sind Transaktionen zusammengefasst, die über kein externes Rating verfügen.

Generell wurde das niedrigste externe Rating angesetzt und nach interner Methodik auf das S&P Rating gemappt. Durch Rundungen können Differenzen entstehen.

Ein Großteil der ABS Bonds im Garantieportfolio besitzt weiterhin ein hohes Ratingniveau: 11,2 Mrd. EUR sind im Investmentgrade-Bereich geratet.

Kundentransaktionen.

Neben dem oben dargestellten Verbriefungsportfolio ist die LBBW im Segment der Kundentransaktionen engagiert.

In dieser Kategorie befinden sich Transaktionen mit Forderungs-Ankaufszusagen in Höhe von 1,8 Mrd. EUR. Vom Gesamtportfolio entfallen rund 0,8 Mrd. EUR auf Handelsforderungen und rund 1,1 Mrd. EUR auf zinstragende Forderungen (vor allem Leasingforderungen).

Die Engagements in Handels- und zinstragenden Forderungen bestehen in der Mehrzahl gegenüber mittelständischen Unternehmen. Dieses kundengetriebene Geschäft verfügt ausschließlich über interne Ratings im Investmentgrade-Bereich und stammt größtenteils aus Deutschland. Die Forderungen werden von den Ankaufgesellschaften Weinberg Funding Ltd. und Weinberg Capital Ltd. erworben. Die LBBW stellt hierfür Liquiditätslinien i. H. v. 1,8 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Refinanzierung erfolgt über das ABCP-Programm der LBBW.

Die LBBW plant den Ausbau dieses kundengetriebenen Geschäfts.

Weitere Einzelheiten zum Verbriefungsportfolio und den Kundentransaktionen des LBBW-Konzerns können dem separat veröffentlichten Bericht zu den Anforderungen des Financial Stability Forums (FSF-Bericht) entnommen werden.

Darlehen der LBBW an die Zweckgesellschaft Sealink Funding.

Von dem in 2008 vorgenommenen Erwerb der Sachsen LB durch die LBBW waren die strukturierten Portfolios Ormond Quay und Sachsen Funding I ausgenommen. Diese Portfolios mit einem Geschäftsvolumen von 17,3 Mrd. EUR wurden auf die in 2008 gegründete Zweckgesellschaft Sealink Funding Ltd. übertragen.

Zur Absicherung von Zahlungsausfällen innerhalb dieser Portfolios hat der Freistaat Sachsen eine Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. EUR bereitgestellt. Zahlungsausfälle aus ehemals Sachsen Funding I Wertpapieren sind jedoch in Höhe von ursprünglich 71,3 Mio. EUR vorrangig durch die LBBW zu tragen (Special-First-Loss-Garantie). Für den Gesamtbetrag der Special-First-Loss-Garantie wurden bereits zu Beginn in voller Höhe Rückstellungen gebildet. Zahlungsausfälle über den Garantiebetrag des Freistaats Sachsen hinaus bis zu einer Summe von 6 Mrd. EUR werden seit 30. Juni 2009 durch den Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg abgedeckt. Darüber hinausgehende Verluste wären überwiegend von den anderen beteiligten Landesbanken zu tragen.

Die LBBW geht weiterhin davon aus, dass die Garantie des Freistaats Sachsen und die Garantie des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Risikoschirmes vollständig ausreichen, um die Risiken aus den an Sealink übertragenen Portfolios abzudecken.

Marktpreisrisiken.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW die potenziellen Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen. Die Marktpreisrisiken werden nach Einflussfaktoren untergliedert. Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW-Bank:

Ausprägungen von Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken	Ausprägung
Aktienkursrisiken	■ Allgemeine und besondere Kursrisiken ■ Optionsrisiken
Zinsrisiken	■ Allgemeine und spezifische Zinsänderungsrisiken ■ Optionsrisiken ■ Credit-Spread-Risiken
Währungs-/Rohwarenrisiken	■ Wechselkursrisiken ■ Rohwarenrisiken ■ Optionsrisiken

Risikomessung.

Risikomodell.

Die LBBW ermittelt den Value-at-Risk (VaR) aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95 % und ein Tag Haltedauer verwendet.

Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt. Das Modell der LBBW wird auch für die übrigen Konzerngesellschaften mit wesentlichen Marktpreisrisiken verwendet, so dass eine konzernweit einheitliche Steuerung mit der Risikokennzahl Value-at-Risk möglich ist.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zu Grunde liegenden Zinskurven.

Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt. Die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Bankbuches werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren sowie dem klassischen Kreditgeschäft gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere und ABS das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stress-Szenarien für das Handels- und Anlagebuch. Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen (wie Zinsshifts, Aktienshifts) einzeln oder in Kombination oder den Stresstest von Basisrisiken (z. B. von verschiedenen Zinskurven). Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert, wobei die vorhandenen Szenarien speziell um Stresstests für die Finanzmarktkrise erweitert wurden. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern und die Risikotragfähigkeit an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Neuartige Produkte durchlaufen, bevor sie im Handel der LBBW zugelassen werden, einen »Neue-Produkte-Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Risikocontrollings, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel mit diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Auch im Jahr 2009 hat die LBBW ihr internes Marktrisikomodell unter anderem aufgrund einer geänderten Dynamik der Kapitalmärkte sowie veränderter Risikopositionen weiterentwickelt. Zu den wesentlichen Modellverbesserungen zählen

- der Wechsel auf einen klassischen Monte-Carlo-Simulationsansatz verbunden mit dem Verzicht auf eine Verwendung von Hauptkomponenten sowie einer Szenariobildung für Zinsrisiken,
- die Versorgung des Marktrisikomodells mit Marktdaten aus einer zentralen Marktdatenbank,
- eine verfeinerte Abbildung des Marktrisikos von Kapitalmarktfloatern durch Verwendung differenzierter Diskont- und Forwardzinskurven und
- die Aufnahme europäischer Sovereigns ins Multi-Index-Modell zur verbesserten Abbildung von allgemeinen CDS-Spreadrisiken.
- Die Abbildung von Beständen des Anlagebuchs wurde bezüglich der Einbeziehung von Credit-Spread-Risiken erheblich verbessert (u. a. vollständige Berücksichtigung der Conduits, Berücksichtigung der spezifischen Bondrisiken für die gesamten Bestände des Anlagebuchs).

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch konservative Parametrisierungen und durch Nutzung unterschiedlicher Verfahren wie VaR, Sensitivitäten, Stresswerte etc. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren. Für Modellrisiken wird zusätzlich ein entsprechender Puffer in der Risikodeckungsmasse freigehalten.

Risikosteuerung.

Die laufende Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen der Marktpreisrisikostrategie sowie der gesetzten Limite. Die Limite auf Basis von Value-at-Risk (VaR), Stop-Loss oder Sensitivitäten werden vom Gesamtvorstand festgesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wird diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Mit dem strategischen Management aller anderen Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand den Vorstandsausschuss Disposition beauftragt. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet.

Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind nach Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:
Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.
Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Risikoüberwachung.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der Risikostrategie werden durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand berichtet. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus im Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen.

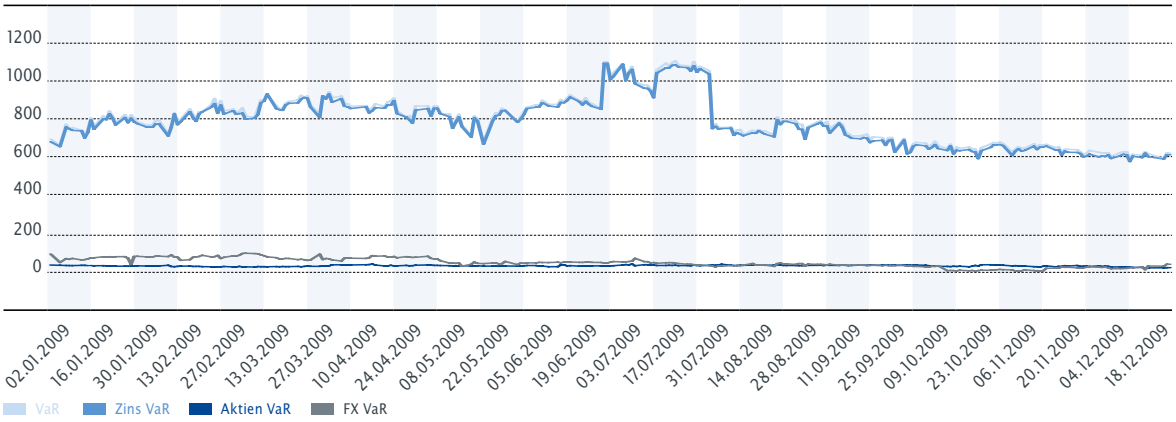
Risikolage.

Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2009 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW. Das Stopp-Loss-Limit war im ganzen Jahr eingehalten. Im ersten Quartal des Jahres 2009 kam es allerdings in Folge der Finanzmarktkrise noch zu VaR-Limitüberschreitungen bis auf die Ebene der LBBW-Bank und des LBBW-Konzerns. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.

Risikoverlauf LBBW-Bank in Mio. EUR.



Im Laufe des Jahres 2009 war allgemein mit der Erholung der Finanzmärkte eine sinkende Volatilität und eine Zunahme der Korrelationen der Marktparameter zu beobachten, die das Risiko im Vorjahresvergleich reduzierte. Der Risikoanstieg zur Jahresmitte bei der LBBW ist auf die umfassende Abbildung der Conduits in der Risikorechnung zurückzuführen. Im August ging dann das Risiko wieder deutlich zurück, da die unter dem Risikoschirm garantierten ABS-Positionen nicht mehr im Marktpreisrisiko der LBBW ausgewiesen werden.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen den EUR-Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

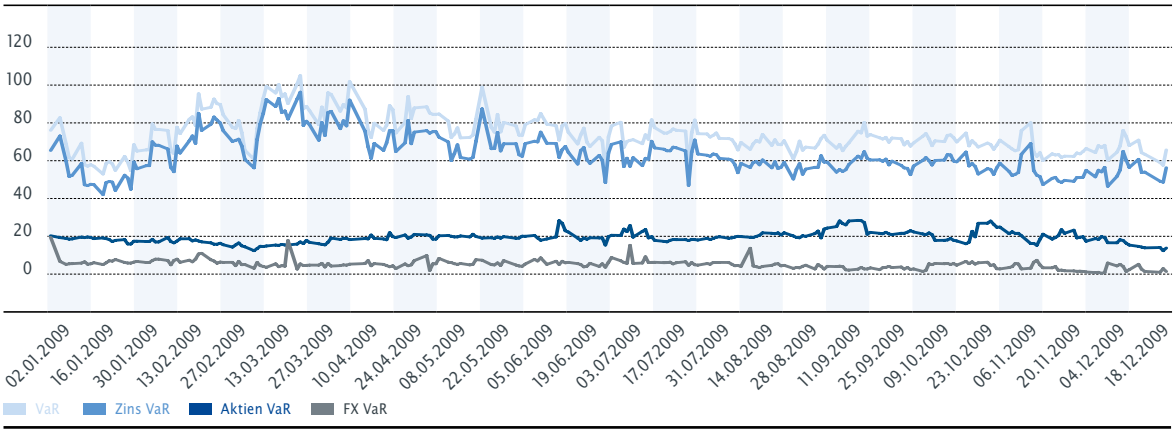
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99 %/10 Tage) nach Risikoarten auf Konzernebene:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Konzern	**877**	**1 167**	**602**	**623**	**941**
LBBW-Bank	792	1 100	592	620	760
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	780	1 087	575	611	745
Aktienrisiken	32	41	21	23	34
Währungsrisiken	48	98	4	40	65

Für die Handelsbuchpositionen ergeben sich folgende Verlaufsgrafik und tabellarische Zusammensetzung der Marktpreisrisiken:

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR.



VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Bank Handelsbuch	**69**	**98**	**50**	**62**	**74**
Zinsänderungsrisiken	59	90	40	53	64
Aktienrisiken	19	27	13	14	19
Währungsrisiken	6	19	2	2	8

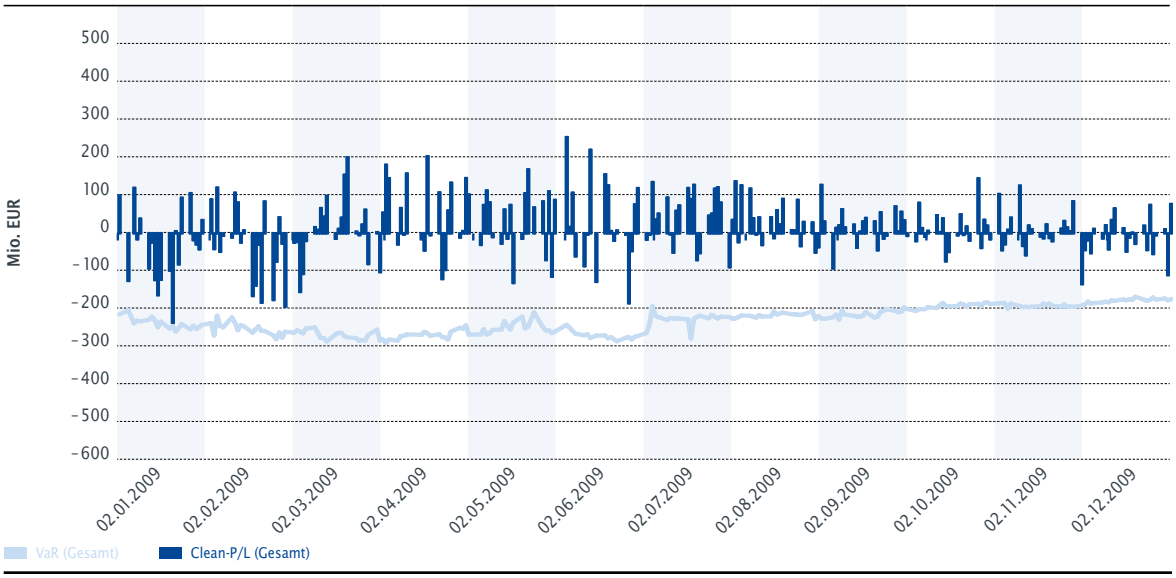
Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung in Folge von Marktdatenänderungen (Clean-P/L), sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2009 waren im Rahmen des Backtestings für die zurückliegenden 250 Handelstage keine Modellausnahme für die Trading-Positionen und für

die LBBW-Bank zu verzeichnen. Das Handelsportfolio, für das die Eigenmittelunterlegung der Aktien- und allgemeinen Zinsrisiken über das interne Risikomodell erfolgt, weist ebenfalls keine Ausnahme auf. Das bedeutet, dass aufsichtsrechtlich kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden muss.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 02.01.2009 – 30.12.2009.

VaR-Parameter: 99 % Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Die Grafik zeigt, wie im Laufe des Jahres mit der Beruhigung der Finanzmärkte das Risiko und die Schwankung der Clean-P/L zurückgegangen sind.

Stresstest.

Die Auswirkungen der simulierten Stress-Szenarien stiegen im Jahr 2009 deutlich an. Im ersten Halbjahr 2009 kam es zu Limitüberschreitungen im Stresstestlimit der LBBW-Bank, der Gesamtpuffer für alle Stress-Szenarien wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert. Die Marktliquiditätsrisiken werden als Bestandteil der Marktpreisrisiken bei Handelsprodukten (insbesondere bei Wertpapieren) betrachtet.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hochliquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden.
Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen in Folge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Risikomessung.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Sinne einer jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel kann über einen Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb im LBBW-Konzern über quantitative Vorgaben gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz vom Vorstand festgelegt wurden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst unter anderem:

- Regelmäßige tägliche und für den Konzern mindestens wöchentliche Erstellung der Liquiditäts-Gaps im Horizont bis 12 Monate.
- Monatliche Erstellung von Gaps für die langen Laufzeiten zur Beurteilung der Refinanzierungs(spread)risiken.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.
- Regelmäßige Erstellung einer Investorenliste, anhand derer etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Im Rahmen regelmäßiger Stresstests Beurteilung der drei Szenarien »Ratingdowngrade«, »Finanzmarktkrise« und »Kombination« (Marktkrise mit gleichzeitigem Downgrade von LBBW und Wettbewerbern). Laufende Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein »Survival Period Konzept« definiert, d. h., es werden Zeitspannen vorgegeben, wie lange die Bank auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll. Daneben gelten absolute Obergrenzen für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand auf Sicht von 3 Monaten sowie 12 Monaten.

Zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken im Konzern sind alle wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs in die regelmäßige Berichterstattung nach LBBW-Vorgaben eingebunden (wöchentlicher Konzern-Cashflow, monatlich ausführlich im Gesamtrisikobericht). Die Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Gesellschaftskonstruktionen werden grundsätzlich gleich beurteilt und berichtet wie Liquiditätsrisiken auf der Bilanz.

Risikosteuerung.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken sowie der Refinanzierung erfolgt unter Beachtung der in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten Maßgaben durch den Bereich Treasury unter der primären Zielsetzung der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie der aktiven Ertrags- und Risikooptimierung bestehender Fälligkeitsinkongruenzen im Rahmen der Fundingplanung.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2009 bildeten Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding.

Die Stellung marktgerechter interner Verrechnungspreise durch das Treasury ist ein elementares Steuerungselement für die Aktiv- und Passivseite der LBBW. Die Verrechnungspreise werden bei Bedarf zeitnah an geänderte Marktgegebenheiten angepasst.

Für die Sicherstellung der intraday-Liquidität ist die Gelddisposition im Handel zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Geldbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern der Geschäftsleitung vorgesehen. Die Notfallplanung wird mindestens jährlich überprüft und durch die Geschäftsleitung neu in Kraft gesetzt.

Risikoüberwachung.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW und auf operativer Ebene das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling verantwortlich. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests, berichtet.

Risikolage.

Zu Beginn des Jahres waren die Geld- und Kapitalmärkte noch stark geprägt durch die Nachwirkungen des Schocks der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008. Trotz dieser Einschränkungen war es möglich, die in Folge der Übernahme der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz gewachsene Liquiditätsrisikoposition des LBBW-Konzerns im gewünschten Umfang zurückzuführen. Im 2. Quartal musste der Konzern eine Verschlechterung der Bonitätsbeurteilung durch die Ratingagentur S&P auf A- (langfrist), A-2 (kurzfrist) hinnehmen. Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten und das Refinanzierungspotenzial zeigten sich am internationalen Markt durch den Verlust von Investoren. Am Inlandsmarkt war kaum eine Reaktion feststellbar. Die zweite Jahreshälfte verlief für das Liquiditätsrisikomanagement ruhig und ohne hervorzuhebende Ereignisse.

Auch im Jahr 2009 war der LBBW-Konzern zu jeder Zeit in der Lage, in ausreichendem Umfang Refinanzierungsmittel über den Markt zu beschaffen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Mittelzu- und -abflüsse gemäß vertraglicher Fälligkeit dargestellt. Soweit Valuta- und/oder Fälligkeitstermine vertraglich nicht eindeutig fixiert sind, werden die Einzahlungen und Auszahlungen nach der Worst-Case-Methode erfasst, so dass die Kapitalbindung auf der Aktiv-Seite und damit der tatsächliche Refinanzierungsbedarf deutlich überzeichnet werden. Darüber hinaus werden kündbare Passiv-Geschäfte grundsätzlich am Kündigungstermin fällig gestellt, während bei kündbaren Aktiv-Geschäften unabhängig von der Frage, wer das Kündigungsrecht innehat, stets die längstmögliche Laufzeit abgebildet wird. Bei tilgenden Darlehen wird über die Anforderung des IFRS-Standards hinausgehend unterstellt, dass der Kunde bei Fälligkeit des Darlehensvertrages eine Anschlussfinanzierung über die LBBW in Höhe der Restschuld in Anspruch nimmt.

Aktiva und Passiva gemäß vertraglich vereinbarten Zahlungsterminen.

Undiskontierte Cashflows gemäß IFRS-Basis 31.12.2009

in Mio. EUR		bis 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 12 Monate	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre
Kapitalfälligkeiten	Mittelzuflüsse	45 360	21 975	54 020	127 754	122 398
	Mittelabflüsse	– 69 243	– 29 478	– 54 227	– 102 132	– 84 681
Zinszahlungen	Mittelzuflüsse	1 037	1 612	6 542	27 705	37 489
	Mittelabflüsse	– 889	– 2 088	– 5 743	– 21 805	– 21 338
Zahlungssaldo aus Zinsderivaten (netto)		– 647	– 1 643	2 472	284	– 873
Devisengeschäfte	Mittelzuflüsse	63 362	51 410	43 888	27 037	10 511
	Mittelabflüsse	– 63 375	– 51 296	– 43 985	– 27 433	– 11 317
Kontokorrentkredite, Ford. aus Interbankenkonten inkl. Guthaben bei Zentralnotenbanken						8 180
Spar- und Sichteinlagen, Verb. aus Interbankenkonten						– 29 334
unwiderrufliche Kreditzusagen* und Avale						– 28 889

* Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Vorjahres-Vergleichswerte per 31.12.2008

in Mio. EUR		bis 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 12 Monate	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre
Kapitalfälligkeiten	Mittelzuflüsse	66 949	30 093	61 800	131 909	142 581
	Mittelabflüsse	– 91 640	– 37 227	– 79 659	– 114 901	– 89 496
Zinszahlungen	Mittelzuflüsse	1 778	2 460	9 377	31 210	49 821
	Mittelabflüsse	– 1 481	– 2 068	– 8 528	– 24 373	– 23 431
Zahlungssaldo aus Zinsderivaten (netto)		– 2 234	– 313	970	– 1 563	– 3 724
Devisengeschäfte	Mittelzuflüsse	48 023	43 014	45 904	8 136	1 197
	Mittelabflüsse	– 47 661	– 42 637	– 45 247	– 8 167	– 1 213
Kontokorrentkredite, Ford. aus Interbankenkonten inkl. Guthaben bei Zentralnotenbanken						11 039
Spar- und Sichteinlagen, Verb. aus Interbankenkonten						– 23 801
unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale						– 33 051

Das bei der LBBW als Liquiditätsreserve im engeren Sinne bezeichnete taggleich verfügbare freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken (EZB und FED) lag per 31. Dezember 2009 im Konzern bei 41,6 Mrd. EUR. Auf Sicht von 90 Tagen waren freie Sicherheiten im Volumen von 37,1 Mrd. EUR verfügbar.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Jahr 2009 jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennzahl der LBBW-Bank lag per 31. Dezember 2009 bei 1,52 (2008 1,54).

Die Zahlungsfähigkeit des LBBW-Konzerns war auch auf 90-Tage-Sicht unter der Annahme von schwerwiegenden Stress-Szenarien jederzeit sichergestellt. So zeigen die definierten Stresstests zum Jahresende, dass das Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken und am Markt auch nach Eintritt des jeweiligen Szenarios über dem Refinanzierungsbedarf lag.

Ergebnisse der ökonomischen Stress-Szenarien.

Gemäß Risikocontrolling, per 31.12.2009

Szenario Mrd. Euro	Refinanzierungsbedarf	Refinanzierungspotenzial (Notenbanken und Markt)
Ratingdowngrade	48,3	60,3
Finanzmarktkrise	49,0	70,3
Marktkrise mit Downgrade	49,5	66,3

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Risikomessung.

In der LBBW wird zur Messung des operationellen Risikos der Standardansatz verwendet. Für die interne Steuerung kommt ab 2010 ein OpVaR-Modell zum Einsatz.

Risikosteuerung und -überwachung.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung. Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit operationellen Risiken aufgerufen.

Das Management dieser Risiken in der LBBW fällt in die primäre Verantwortung der Bereiche. In diesem Zusammenhang sind die dezentralen Operational Risk Manager von hoher Bedeutung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controlling-instrumente, sind Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiter zu operationellen Risiken und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling. Für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling zuständig. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung, der Risikoinventur (Self Assessment und Szenarioanalyse) und der Analyse der Risikoindikatoren spielt das OpRisk-Maß-nahmenmanagement eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden die neuen Funktionalitäten der in der LBBW verwendeten Software zur Steuerung operationeller Risiken schrittweise eingeführt. Unter anderem wird hierfür ein neues Modul zur Maßnahmensteuerung eingesetzt. Ziel ist es, die Risikosteuerung zu optimieren und die Risikosensibilität der Bereiche weiter zu erhöhen.

Risikolage.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

DV-Risiken.

Die LBBW berücksichtigt kontinuierlich internationale Standards im IT-Sicherheitsbereich und orientiert sich dabei an den ISO-Standards 27001, 27002 und 27005. Das IT-Risikomanagement für beide IT-Bereiche, IT-Financial Markets und IT/Organisation wurde zentralisiert. Dabei wurde die Funktion des Operational Risk Managers für die IT-Bereiche gebündelt und in den Verantwortungsbereich des Konzern-IT-Sicherheitsbeauftragten übertragen.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Die Vorgehensweise und organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Für den Notbetrieb der IT-Systeme hält der IT-Betrieb Notfallpläne vor.

Um einen manuellen Notbetrieb im Notfall aufrechtzuerhalten, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräfteschulungen) gemessen.

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeberin zu äußern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Durch den angekündigten Personalabbau im Rahmen des EU-Restrukturierungsprojektes könnte es im Jahr 2010 zu einer erhöhten Fluktuation kommen. Vor dem Hintergrund einer derzeit historisch niedrigen arbeitnehmerseitigen Fluktuation wird dieses Risiko als sehr gut beherrschbar eingeschätzt.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene). Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen.

Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. die Abteilung Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Der LBBW-Konzern versteht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen)
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften

organisatorisch umzusetzen.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns. Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) beinhaltet im Wesentlichen das Kontrollumfeld, die Risikoeinschätzung, die Kontrollaktivitäten, Information und Kommunikation sowie das Monitoring.

Das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem besteht aus der Risikoidentifizierung, der sich daran anschließenden Risikobewertung, dem daraus abgeleiteten Maßnahmenkatalog zur Risikobewältigung und dem fortlaufenden Risikocontrolling mit einer adäquaten Kommunikation an alle Prozessbeteiligten.

Zur Steuerung der Risiken stellt das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem einen integralen Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems dar, dementsprechend werden beide Systeme zusammengefasst dargestellt.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich konzernweit durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Konzerneinheiten eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig und umfassend geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Bei der Implementierung der Kontrollen wird eine Risikoeinschätzung zu Grunde gelegt sowie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit beachtet. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt. Die Kontrollfunktionen werden in der jeweiligen Fachabteilung ausgeübt. Die im LBBW-Konzern definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Unter Einbindung der zuständigen Konzerngesellschaften erfolgt die Konzernabschlusserstellung durch den Bereich Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern der LBBW. Für alle Monats-, Quartals- und Jahresabschlüsse liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Bei der LBBW wird im Bereich der eingesetzten EDV-Systeme überwiegend auf Standardsoftware zurückgegriffen, die gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Für den Abschlusserstellungsprozess werden bestandsführende Vorsysteme (Nebenbücher), das Hauptbuchsystem SAP sowie ein zentrales Data-Warehouse (FDB = Financial Database) eingesetzt. Die FDB enthält alle notwendigen Daten für die Abschlusserstellung. Die Fachbereiche erfassen, verarbeiten und buchen die rechnungslegungsrelevanten Geschäftsvorfälle, die systemseitig abgebildet werden, in den entsprechenden IT-Systemen. Von dort gelangen die Geschäftsvorfälle und Stammdaten in die FDB. Aus den Vorsystemen bzw. der FDB werden die Daten automatisiert in das SAP-Hauptbuch gebucht, wo die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

An den Schnittstellen zwischen den Nebenbüchern, der FDB und dem SAP-Hauptbuch finden umfangreiche IKS-Abstimmungsschritte statt, bei denen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten im Rahmen standardisierter Abstimmungshandlungen monatlich geprüft und dokumentiert werden.

Im Jahres- und Halbjahresabschluss werden darüber hinaus die Kontrollprozesse durch die verantwortlichen Systembetreuer im Rechnungswesen in separaten Qualitätssicherungsterminen besprochen. Durch die Durchführung der IKS-Abstimmungsschritte werden auftretende Unstimmigkeiten bereinigt. Des Weiteren werden Maßnahmen zur zukünftigen Fehlervermeidung abgeleitet.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über entsprechende systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung, die in der Lieferung der abgestimmten und vom lokalen Wirtschaftsprüfer bestätigten Reporting Packages für die Konzernabschlusserstellung mündet.

Für die Bewertung von Finanzinstrumenten zieht der LBBW-Konzern externe Datenquellen (Börsen, Preisserviceagenturen, Quotierungen bzw. Indikationen von Marktteilnehmern) oder Modellbewertungen aus den Vorsystemen, dem Risikocontrolling oder anderen internen Preisquellen heran, welche wiederum wo möglich auf beobachtbare Parameter aus externen, marktgängigen Datenquellen zurückgreifen. Diese Bewertungen basieren auf Modellen, welche dem Marktstandard entsprechen und vom Risikocontrolling betrieben werden oder abgenommen sind. Für die Überprüfung von einzelnen Bewertungen, beispielsweise Wertpapierkurse und ggfs. die Sicherstellung der Handelsunabhängigkeit, besteht eine separate Organisationseinheit »Independent Price Verification« im Bereich Risikocontrolling.

Information und Kommunikation.

Die Grundsätze der LBBW, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen konzernweiten internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die konzerneinheitlichen Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben enthalten sind. Dieses wird unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen erstellt, regelmäßig aktualisiert, mit den Wirtschaftsprüfern abgestimmt und an die Konzerngesellschaften versandt. Die Abteilung »Grundsatzfragen Rechnungswesen« identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und stellt die zeitnahe und fachlich richtige Umsetzung sicher. Die Konzerngesellschaften werden über die Gruppe »Konzernabschluss« im Rahmen der Konzernrundschreiben über diese Änderungen informiert.

Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess in den Konzerngesellschaften auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Diese Regelung wird in einem eigenentwickelten Datenbanksystem (FinNexus) hinterlegt. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft.

Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der handelsrechtlichen Behandlung durch die Gruppe »Konzern Neue Produkte Prozess«.

Die Gruppe »Konzernabschluss« erstellt anhand der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung standardisierter Software. Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Zulieferungen wird hier nochmals durch implementierte Prüfregeln und abgestimmte Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt, unter Verwendung von Standardsoftware, durch die Gruppe »Offenlegung«. Diese verantwortet die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangsangaben.

Monitoring.

Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS und RMS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie die Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden.

Die Konzernrevision als auch der durch den Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist direkt dem Vorstand der LBBW unterstellt. Die Ergebnisse ihrer Prüfungen werden dem Vorstand und den fachlich zuständigen Mitarbeitern zeitnah in Prüfungsberichten vorgelegt. Besonders schwer wiegende Mängel müssen der Geschäftsleitung umgehend zur Kenntnis gebracht werden. Die fristgerechte Erledigung der Prüfungsfeststellungen wird von der Konzernrevision überwacht, gegebenenfalls angemahnt und erforderlichenfalls eskaliert. Bei Bedarf führt sie Nachschauprüfungen durch. Dem Vorstand wird im Rahmen eines Jahresberichts über die wesentlichen Feststellungen aus den im Jahresverlauf durchgeführten Prüfungen einschließlich des beschlossenen Handlungsbedarfs und des Erledigungsstands berichtet. Diese Vorgehensweise stellt eine zeitnahe Feststellung von Schwachstellen und ihre Bereinigung sicher. Der Prüfungsausschuss befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Jahresabschlussprüfung und informiert darüber den Verwaltungsrat.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Hierbei erfolgt die Steuerung der Beteiligungen arbeitsteilig durch die zuständigen Fach- und Betriebsbereiche der LBBW.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den aus Konzernsicht unter Gesichtspunkten des Risikomanagements wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine regelmäßige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochtergesellschaften, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist, oder Minderheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und der die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlusts infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Unternehmenswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und strategische Risiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der Bank bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikokategorien verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit durch stringentes und zentrales Issue Management. Im Bereich Verwaltung wird darüber hinaus im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik der diesbezügliche Standard für alle Geschäftsbereiche gesetzt. Reputationsrisiken werden mit einem Pufferbetrag in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses und des Kreditantragsprozesses.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikokategorien haben.

Das Geschäftsrisiko kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer nachteiligen Geschäftsentwicklung in Folge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Strategische Risiken entstehen z. B. beim Eintritt in neue Märkte, aber auch bei fehlendem Aufbau neuer Erfolgspotenziale.

Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Nicht hierunter fallen Risiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft sowie dem Geschäft im Bereich Real Estate Services. Diese werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Das Management der Immobilien im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 erfolgte die Integration der BW-Immobilien GmbH, einer weiteren 100-prozentigen Tochtergesellschaft der LBBW, in die LBBW Immobilien GmbH. Die BW-Immobilien GmbH ist in erster Linie für die ganz oder teilweise eigengenutzten Immobilien der LBBW zuständig.

Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie in eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland.

Das wesentliche Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart. Die Berechnung der VaR-Kennziffer für Immobilienrisiken und deren Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Es wird die Strategie verfolgt, den Wohnungsbestand auf ein langfristiges, optimiertes Halteportfolio auszurichten. Dieses Halteportfolio beinhaltet eine Konzentration auf Objekte mit nachhaltiger Entwicklungsperspektive in prosperierenden Wirtschaftsräumen. Damit verbunden ist ein Rückzug aus der Fläche. Dadurch wird eine verbesserte Rendite-Risiko-Struktur mit einem höheren Total Return erzielt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Für 1A- und 1B-Lagen wird angestrebt, ökonomische Nutzungskonzepte für die LBBW zu finden und die Erdgeschossflächen mittelfristig einer renditestarken Handelsnutzung zuzuführen.

Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair Value-Betrachtung überwacht und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Risikoportfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Geschäftsrisiken aus der LBBW Immobilien.

Neben dem Management des Immobilienbestands der LBBW-Gruppe, welcher seinen Niederschlag im Immobilienrisiko findet, betreibt die LBBW Immobilien GmbH zwei weitere Geschäftsfelder.

Aus dem Real Estate Services-Geschäft werden derzeit keine signifikanten Risiken gesehen.

Im Geschäftsjahr 2009 sind bei der LBBW Immobilien GmbH jedoch die Risiken aus dem Developmentgeschäft in den Vordergrund gerückt. In diesem Geschäftsfeld werden insbesondere gewerbliche, aber auch wohnwirtschaftliche Immobilienprojekte im In- und Ausland entwickelt. Da es sich überwiegend um spekulative Objekte handelt, liegen die Risiken insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Weitere Risiken gibt es im Bereich der Baukosten sowie der Termine. Aus der Finanz- und Immobilienmarktkrise und der damit verbundenen Veränderung der Finanzierungsbedingungen, den erhöhten Eigenkapitalanforderungen der Banken und der Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren mit entsprechender Verschlechterung der Vermarktungssituation ergaben sich entsprechende Auswirkungen auf das Projektentwicklungsgeschäft. Die Überprüfung der Projekte und die daraus resultierenden Wertkorrekturen haben zu einer grundlegenden Überprüfung der Risiko- und Geschäftsstrategie geführt und eine Neudimensionierung und eine andere, regionale Fokussierung im Developmentbereich zur Folge. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis 2009 als singulär einzustufen.

Weiterhin werden die Messungs- und Steuerungsverfahren für die potenziellen Risiken bei der Projektentwicklung weiterentwickelt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden im Rahmen eines angemessenen Risikomanagements für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Das Jahr 2009 war für die LBBW geprägt durch den Übergang aus der Finanzkrise mit extremen Verwerfungen der Marktpreise hin zur Wirtschaftskrise mit realwirtschaftlichen Effekten und den sich anschließenden deutlichen Auswirkungen auf die Portfolioqualität.

Auf der einen Seite konnte aufgrund der stark zurücklaufenden Spreads und Volatilitäten ab dem Ende des 1. Quartals eine deutliche Entspannung im Marktpreisrisiko (Ökonomisches Kapital auf Basis Value-at-Risk) bei gleichzeitig materiellen Wertaufholungen festgestellt werden. Auf der anderen Seite zeigte sich ein gegenteiliger Effekt: Aufgrund sinkender Portfolioqualität sowohl im traditionellen Kreditgeschäft wie auch in strukturierten Kapitalmarktprodukten und den darauf folgenden umfangreichen Rating-Herabstufungen kam es zu steigenden Wertberichtigungen und entsprechendem Anstieg des Kreditrisikos (Ökonomisches Kapital auf Basis Credit Value-at-Risk). Außerdem kam es zu einer steigenden Bedeutung von bestimmten Arten des Geschäftsrisikos, insbesondere der Projektentwicklungsrisiken.

Insgesamt ergab sich im ersten Halbjahr teilweise eine sehr hohe Auslastung der Risikodeckungsmasse. Durch die Kapitalerhöhung um 5 Mrd. EUR und das Aufspannen des Risikoschirms zur Immunisierung von Risiken sowie die teilweise Markterholung konnte zur Jahresmitte jedoch eine deutliche Entspannung der Situation herbeigeführt werden. Trotz der darauf folgenden Erhöhung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im 2. Halbjahr 2009 und der Belastungen aus den Restrukturierungsmaßnahmen aufgrund von EU-Vorgaben ist zum 31.12.2009 eine auskömmliche Risikotragfähigkeitssituation vorhanden. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse durch als ökonomisches Kapital quantifizierte wesentliche Risiken liegt per 31.12.2009 bei 57%. Unter Berücksichtigung des Puffers für nicht explizit quantifizierte, sonstige Risiken steigt diese Auslastung auf 62%.

LBBW-Konzern.

	31.12.2009			31.12.2008	
in Mio. EUR	Limit	Absolut	Auslastung	Absolut	Auslastung
Risikodeckungsmasse	–	21734	57%	18227	84%
Ökonomische Kapitalbindung	15700	12479	79%	15265	97%
Diversifikationseffekte	–	1003	–	1216	–
Kreditrisiko	–	8929	–	9725	–
Marktpreisrisiko	–	3359	–	5589	–
Beteiligungsrisiko	–	391	–	392	–
Operationelles Risiko	–	437	–	424	–
Immobilienrisiko	–	366	–	351	–

Die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns war im Geschäftsjahr 2009 stets sichergestellt.

Nachtragsbericht.

Wesentliche Entwicklungen und Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag 2009 nicht eingetreten.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Für 2010 geht die LBBW von einer konjunkturellen Wiederbelebung der globalen Wirtschaft aus. Sowohl die weltweit wichtigsten Frühindikatoren als auch makroökonomische harte Fakten zeugen von einer Genesung der Weltwirtschaft.

Die seit dem Sommer 2009 beobachtbare Erholung dürfte dank der Unterstützung der Geld- und Fiskalpolitik andauern. Das Gesamtjahr sollte laut LBBW für Deutschland ein reales Wirtschaftswachstum von 1,4 % bringen, für den Euroraum etwa 1 % und für die USA 3,2 %. Ein erneuter Rückfall in eine Rezession ist derzeit somit nicht wahrscheinlich, wenngleich in Anbetracht der fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen von einem selbsttragenden Aufschwung noch nicht die Rede sein kann.

Zudem dürfen auch die Risiken für das Jahr 2010 nicht außer Acht gelassen werden. Nach Schätzungen der EZB in ihrem Finanzstabilitätsbericht vom Dezember 2009 stehen bei den Banken im Euroraum noch einmal Abschreibungen in Höhe von 187 Mrd. EUR an, davon entfallen nach Einschätzung der Bundesbank 50 bis 75 Mrd. EUR auf Kredite bei deutschen Kreditinstituten. Zwar gibt es bislang noch keinen Beleg für eine angebotsinduzierte Kreditklemme, aber die Gefahr schwebt weiterhin über der Konjunktur. Darüber hinaus ist der Schuldenabbau der privaten US-Haushalte eine Bürde. Im Zeitraum 1997 bis 2007 trug der Anstieg des privaten Verbrauchs 82 % zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in den USA bei. Auf diese wichtige Triebfeder dürfte die größte Volkswirtschaft der

Welt in den nächsten Jahren nicht mehr zählen können. Selbst die zuletzt vielfach bereits sicher geglaubte Erholung des US-Immobiliensektors ist fraglich, wie jüngste Marktdaten zeigen. Generell ist festzuhalten: Erst mit Beendigung der fiskal- und geldpolitischen Notmaßnahmen wird sich die Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Erholung zeigen. Die Erfahrungen mit Rezessionen, die mit Finanzkrisen einhergingen, geben Anlass für eine gewisse Skepsis. Die historische Erfahrung und Analysen des IWF zeigen, dass Finanzmarkt- und Bankenkrisen erhebliche langfristige Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Selbst nach sieben Jahren war im Mittel das Trendwachstum vor Krisenbeginn noch nicht wieder erreicht.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Der Kreditwirtschaft steht 2010 voraussichtlich ein weiteres herausforderndes Jahr bevor.

Zwar dürfte die erwartete, zumindest verhaltene konjunkturelle Erholung die Perspektiven im Kreditgeschäft nach und nach aufhellen. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Risikovorsorge der Institute 2010 nochmals auf einem hohen Niveau liegen wird, da sich wirtschaftliche Erholungen in den Kreditbüchern der Banken erfahrungsgemäß erst mit einem zeitlichen Verzug bemerkbar machen. Die positiven Rahmenbedingungen für den Zinsüberschuss dürften im Wesentlichen anhalten. Insbesondere ist im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung gegebenenfalls mit einer wachsenden Kreditnachfrage zu rechnen. Die Nachhaltigkeit der im vergangenen Jahr erzielten Wertaufholungen und Handelsgewinne dagegen ist ungewiss.

Die Umstrukturierungsprozesse in der Kreditwirtschaft werden sich auch 2010 fortsetzen. Im Zuge der zunehmenden Umsetzung der EU-Beihilfeentscheidungen und der geplanten Veränderungen im regulatorischen Umfeld dürfte die Entwicklung zusätzliche Dynamik gewinnen.

Der neue Regulierungsrahmen dürfte das Wachstum und die Rentabilität der Branche in den kommenden Jahren begrenzen. Auch wenn sich die Einzelheiten voraussichtlich erst im Laufe des Jahres klären werden, ist damit zu rechnen, dass sich der Kapitalbedarf der Institute durch die Neuregelungen erhöhen wird.

Strategische Ausrichtung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Im Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalerhöhung und die Risikoabschirmung für die LBBW abschließend genehmigt und auf ein Hauptprüfverfahren verzichtet. Mit dieser Entscheidung wurden das zukünftige Geschäftsmodell sowie der Umstrukturierungsplan vollumfänglich durch die EU bestätigt. Der von der EU-Kommission genehmigte Umstrukturierungsplan legt die wesentlichen zukünftigen Eckpfeiler des Geschäftsmodells fest. Die Jahre 2010 und 2011 werden für den LBBW-Konzern geprägt sein von der Umsetzung der Maßnahmenplanung.

Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells sieht im Wesentlichen eine stärkere Konzentration auf das regionale Kerngeschäft mit Kunden und die damit verbundenen Wachstumsperspektiven vor. Das Kreditersatzgeschäft wird abgebaut und weitere opportunistische Geschäftsaktivitäten werden deutlich reduziert. Des Weiteren erfolgen die Straffung des Auslandsnetzwerkes sowie des Beteiligungsportfolios. Diese Fokussierung wird zu einem Abbau der Bilanzsumme um etwa 40 % gegenüber dem Jahresende 2008 führen. Zur geplanten Reduktion der Verwaltungsaufwendungen i. H. v. 700 Mio. EUR ist die strikte Umsetzung der Kostensenkungsmaßnahmen notwendig, die deutliche Einsparungen bei den Sachkosten sowie eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl nach sich ziehen.

Im Jahr 2010 rechnet die LBBW mit unverändert schwierigen Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft und damit auch für die LBBW. Dennoch geht der LBBW-Konzern von einer deutlichen Verbesserung seines Ergebnisses aus. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2010 bereits durch erste positive Wirkungen der Kostensenkungsmaßnahmen reduzieren. Diese sollen bis Ende 2012 umgesetzt sein, sodass die geplanten Einsparungen ab 2013 voll ergebniswirksam werden. Mit Blick auf die vorsichtige konjunkturelle Erholung wird eine leichte Entspannung bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erwartet. Jedoch bewegt sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2010 auch weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Auch zukünftig wird an einer konservativen Risikopolitik festgehalten. Für das Jahr 2011 wird eine weitere Erholung des Jahresüberschusses erwartet. Die LBBW rechnet damit, dass in den Folgejahren die Herabsetzung der stillen Einlagen und Genussrechte aufgrund der Verlustpartizipation aus dem Geschäftsjahr 2009 durch Gewinne wieder aufgeholt sowie ausgefallene Zinszahlungen nachgeholt werden. Daneben wird die LBBW ihre umsichtige Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik auch in Zukunft fortsetzen.

Die Investitionsschwerpunkte der LBBW für das Jahr 2010 ergeben sich aus der Umsetzung des Umstrukturierungsplans sowie der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells und betreffen v. a. IT-Investitionen. Die Eigenkapitalausstattung der LBBW ist sowohl durch die Kapitalerhöhung und die Wirkung der Risikoabschirmung als auch aufgrund der geplanten Rückführung der gewichteten Risikoaktiva als angemessen zu bezeichnen und bewegt sich auf dem Niveau der deutschen Banken. Die erwarteten Neuerungen der Regulierung werden sich auch auf die LBBW auswirken.

Planungsrisiken sieht die LBBW insbesondere für den Fall, dass sich die Finanzmärkte erneut als instabil erweisen sollten und es dadurch unter anderem zu deutlichen Spreadausweitungen im Kreditersatzgeschäft, steigenden Refinanzierungskosten oder zu einem erneut extrem hohen Aufwand für Kreditrisikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft kommt.

In den nachfolgenden Abschnitten wird auf die geplante Entwicklung der **operativen Segmente** des LBBW-Konzerns in den folgenden Jahren eingegangen.

Im Segment **Corporates** (Firmenkunden) besteht in den nächsten Jahren die Chance, die Hausbankfunktion aufgrund des Rückzugs von Wettbewerbern auszubauen. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Krediten, Investitions- und Exportfinanzierungen mit Mittelstandsgeschäft ab 2010 wieder deutlich ansteigen. Nach dem Einbruch der Exportfinanzierung im Jahr 2009 wird – abhängig von dem Grad der Erholung der Weltwirtschaft – zukünftig wieder mit Wachstum gerechnet. Der Bedarf an Exportabsicherungsgeschäften ist gestiegen. Im Immobiliengeschäft ist mit einer Abschwächung des Wachstumstrends für Wohnhäuser zu rechnen, allerdings nicht mit solch einem drastischen Einbruch wie in den USA und Großbritannien. Die LBBW wird sich im Firmenkundengeschäft zukünftig auf mittelständische Unternehmen in den Kernmärkten der BW-Bank, der Rheinland-Pfalz Bank sowie der Sachsen Bank konzentrieren. Dieses Geschäft wird weiter ausgebaut und somit zu stabilen Erträgen des LBBW-Konzerns führen. Die Betreuung von Großkunden wird zukünftig auf ausgewählte Kunden im deutschsprachigen Raum beschränkt. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft wird zukünftig auf die Kernmärkte Deutschland, die USA und Großbritannien fokussiert und konzentriert sich dabei auf ausgewählte Objektkategorien. Hierfür bietet die LBBW eine breite Palette an Finanzierungen sowie ergänzender Produkte und Dienstleistungen an.

Im Segment **Retail Clients** (Privatkunden) wird sich voraussichtlich die Abkehr von anleiheorientierten Provisionsprodukten hin zum klassischen Einlagengeschäft weiter fortsetzen. Der Sicherheitsaspekt steht bei den Kunden klar im Vordergrund. Das Wertpapiergeschäft wird erst wieder bei vollständig stabilen Finanzmärkten ansteigen. Im Passivgeschäft ist mit starkem Wettbewerb und folglich auch weiterhin mit Margendruck zu rechnen. Im Stadtgebiet Stuttgart wird die LBBW auch weiterhin unter der Marke BW-Bank die Versorgung der Privatkunden mit Bankprodukten sicherstellen. Im gehobenen Privatkundengeschäft erfolgt die Konzentration auf die Märkte Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

Im Segment **Financial Markets** ist eine Zurückhaltung insbesondere bei komplexen und risikoreichen Strukturen zu beobachten. Bei einer Normalisierung der Volatilität und der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Aktien- und Kreditprodukte wieder attraktiver. Strukturierte Kapitalmarktprodukte mit geringer Komplexität werden wieder Wachstum aufweisen. In Zukunft wird der nicht kundengetriebene Eigenhandel der LBBW weiter zurückgefahren und es erfolgt eine noch stärkere Fokussierung auf das Kundengeschäft. Zum einen werden den Kunden Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukte angeboten. Zum anderen ermöglicht die LBBW ihren Kernkunden den Zugang zum Kapitalmarkt durch die Platzierung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** wird die LBBW auch weiterhin als Sparkassenzentralbank in den Kernmärkten tätig sein. Dabei wird eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im Leistungsverbund angestrebt, der auch durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung geprägt ist. Das Sparkassengeschäft bildet aufgrund der erzielbaren Skaleneffekte bei Dienstleistungen für die Sparkassen einen integralen Bestandteil der Aufgabenteilung in der Sparkassenfinanzgruppe.

Insgesamt sieht sich der LBBW-Konzern mit den geplanten Anpassungen seines Geschäftsmodells zukunftssicher aufgestellt. Die Geschäftspolitik wird auch weiterhin am Prinzip der Nachhaltigkeit und des umsichtigen und soliden Wirtschaftens ausgerichtet sein. Auch zukünftig wird die LBBW der gewerblichen Wirtschaft als leistungsfähiger und verlässlicher Partner zur Verfügung stehen. Angesichts der anhaltend hohen Volatilität in den Märkten ist eine seriöse Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2010 derzeit noch nicht möglich.

Konzern-abschluss.

INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung 121
Gesamtergebnis 122
Konzernbilanz 124
Eigenkapitalveränderungsrechnung 126
Kapitalflussrechnung 128

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2009 erfolgte in Übereinstimmung mit international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gewinn- und Verlustrechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Notes	1.1.–31.12.2009 Mio. EUR	1.1.–31.12.2008* Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Zinserträge	28	20 989	33 399	–12 410	–37,2
Zinsaufwendungen	28	–18 211	–31 105	12 894	–41,5
Zinsergebnis	28	2 778	2 294	484	21,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	29	–1 527	–883	–644	72,9
Zinsergebnis nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		**1 251**	**1 411**	**–160**	**–11,3**
Provisionserträge	30	964	730	234	32,1
Provisionsaufwendungen	30	–307	–181	–126	69,6
Provisionsergebnis	30	657	549	108	19,7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	31	–14	–25	11	–44,0
Handelsergebnis	32	587	–1 457	2 044	<–100
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	33	175	–626	801	<–100
Ergebnis aus Finanzanlagen	34	–733	–990	257	–26,0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	35	–123	16	–139	<–100
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	36	81	250	–169	–67,6
Verwaltungsaufwendungen	37	–1 909	–1 789	–120	6,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	38	–298	111	–409	<–100
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		–1	–3	2	–66,7
Operatives Ergebnis		**–327**	**–2 553**	**2 226**	**–87,2**
Wertminderung Goodwill	51	–519	0	–519	–
Restrukturierungsaufwendungen	39	–368	–109	–259	>100
Konzernergebnis vor Steuern		**–1 214**	**–2 662**	**1 448**	**–54,4**
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	40	–268	550	–818	<–100
Konzernjahresfehlbetrag (–)/Konzernjahresüberschuss (+)		**–1 482**	**–2 112**	**630**	**–29,8**
Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern		1	–24	25	<–100
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		–1 483	–2 088	605	–29,0
Konzernjahresfehlbetrag (–)/Konzernjahresüberschuss (+)		**–1 482**	**–2 112**	**630**	**–29,8**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Gesamtergebnis

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Notes	1.1.–31.12.2009 Mio. EUR	1.1.–31.12.2008* Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Konzernfehlbetrag (–)		–1 482	–2 112	630	–29,8
Im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen					
Gewinnrücklage					
Versicherungsmathematische Verluste (–)/Gewinne(+)		17	–107	124	–
Auswirkung der Obergrenze IAS 19.58 (b)		8	8	0	0,0
Ertragsteuern	40	–8	30	–38	–
Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS					
Fair-Value-Änderungen vor Steuern	65	915	–3 078	3 993	–
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	65	–397	794	–397	–50,0
Ertragsteuern	40, 65	–357	463	–820	–
Veränderung aus at equity bilanzierten Unternehmen					
Veränderungen des Berichtszeitraums vor Steuern		45	–35	80	–
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow-Hedges					
Fair-Value-Änderungen vor Steuern		5	21	–16	–76,2
Ertragsteuern	40	–1	–6	5	–83,3
Währungsumrechnungsdifferenzen					
Veränderungen des Berichtszeitraums vor Steuern		0	–9	9	–100,0
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung		0	–2	2	–100,0
Ertragsteuern	40	0	1	–1	–100,0
Summe der im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen		1 021	–1 920	2 941	–
davon aus zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen		–4	0		
Konzerngesamtergebnis		**–461**	**–4 032**	**3 571**	**–88,6**
Gesamtergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern		1	–28	29	–
Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		–462	–4 004	3 542	–88,5
Konzerngesamtergebnis		**–461**	**–4 032**	**3 571**	**–88,6**

[1] angepasste Vergleichswerte siehe Note 3.

Konzernbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz zum 31. Dezember 2009.

Aktiva	Notes	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008* Mio. EUR	1.1.2008* Mio. EUR	Veränderung 2009 – 2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 – 2008 in %
Barreserve	7, 43	1 878	3 480	1 477	–1 602	–46,0
Forderungen an Kreditinstitute	8, 44	88 087	120 262	143 577	–32 175	–26,8
Forderungen an Kunden	8, 17, 45	149 633	149 854	146 387	–221	–0,1
Risikovorsorge	11, 46	–3 904	–2 525	–1 966	–1 379	54,6
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 47	2 799	3 340	5 002	–541	–16,2
Handelsaktiva	8, 48	66 997	63 197	51 181	3 800	6,0
davon als Sicherheit hinterlegt mit Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf/zur Verpfändung		11 753	28 493	24 932		
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	8, 48	7 562	8 516	5 903	–954	–11,2
davon als Sicherheit hinterlegt mit Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf/zur Verpfändung		927	1 032	0		
Finanzanlagen	8, 48	91 028	93 334	87 053	–2 306	–2,5
davon als Sicherheit hinterlegt mit Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf/zur Verpfändung		8 103	13 652	4 482		
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	4, 5, 49	309	401	186	–92	–22,9
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	8	196	237	–396	–41	–
Zur Veräußerung gehaltene Veräußerungsgruppen	50	692	0	0	692	–
Immaterielle Vermögenswerte	14, 51	628	1 175	113	–547	–46,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	15, 52	1 761	1 784	1 636	–23	–1,3
Sachanlagen	16, 17, 53	854	922	768	–68	–7,4
Laufende Ertragsteueransprüche	18, 54	700	803	684	–103	–12,8
Latente Ertragsteueransprüche	18, 54	1 109	1 533	401	–424	–27,7
Sonstige Aktiva	19, 55	1 365	1 425	1 393	–60	–4,2
davon Vorräte	19, 55	1 140	1 206	871		
Summe der Aktiva		**411 694**	**447 738**	**443 399**	**–36 044**	**–8,1**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Passiva	Notes	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008* Mio. EUR	1.1.2008* Mio. EUR	Veränderung 2009 – 2008 Mio. EUR	Veränderung 2009 – 2008 in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8, 56	127 536	140 013	157 359	– 12 477	– 8,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8, 57	105 212	103 232	96 451	1 980	1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	8, 58	100 068	122 320	126 874	– 22 252	– 18,2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 59	3 807	4 634	5 501	– 827	– 17,8
Handelspassiva	8, 60	36 694	40 028	15 282	– 3 334	– 8,3
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	8, 60	12 371	15 305	17 220	– 2 934	– 19,2
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	8	522	680	– 476	– 158	–
Rückstellungen	21, 61	2 374	1 980	1 688	394	19,9
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen	50	678	0	0	678	–
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	18, 62	312	398	318	– 86	– 21,6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	18, 62	314	195	288	119	61,0
Sonstige Passiva	19, 63	643	718	963	– 75	– 10,4
Nachrangkapital	22, 64	10 657	12 175	11 465	– 1 518	– 12,5
Eigenkapital	**23, 65**	**10 506**	**6 060**	**10 466**	**4 446**	**73,4**
Stammkapital	23, 65	2 584	1 420	1 420	1 164	82,0
Kapitalrücklage	23, 65	6 910	3 074	3 074	3 836	>100
Gewinnrücklage	23, 65	2 922	5 072	4 818	– 2 150	– 42,4
Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	23, 65	– 439	– 1 438	648	999	–
Bilanzgewinn/-verlust	23, 65	– 1 483	– 2 088	370	605	–
Anteile in Fremdbesitz	23, 65	12	20	136	– 8	– 40,0
Summe der Passiva		**411 694**	**447 738**	**443 399**	**– 36 044**	**– 8,1**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Eigenkapital-veränderungs-rechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Stammkapital Mio. EUR	Kapitalrücklage Mio. EUR	Gewinnrücklage Mio. EUR	Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS Mio. EUR
Eigenkapital zum 31.12.2007	1 420	3 074	4 856	588
Anpassung gemäß IAS 8	0	0	– 38	4
Angepasstes Eigenkapital, Stand 1.1.2008	**1 420**	**3 074**	**4 818**	**592**
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	370	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	– 91	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	54	– 235
Konzerngesamtergebnis[2]	0	0	– 69	– 1 824
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	– 4	0
Anpassung gemäß IAS 8	0	0	– 6	7
Angepasstes Eigenkapital, Stand 31.12.2008	**1 420**	**3 074**	**5 072**	**– 1 460**
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	– 2 088	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	– 89	0
Kapitalerhöhung	1 164	3 836	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	5	– 5
Konzerngesamtergebnis[1]	0	0	17	955
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	5	0
Eigenkapital, Stand 31.12.2009	**2 584**	**6 910**	**2 922**	**– 510**

[1] Zum 31. Dezember 2009 sind darin – 4 Mio. EUR Neubewertungsrücklagen von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten enthalten.
[2] Vor IAS 8-Anpassungen.

Neubewertungs-rücklage für at Equity bilanzierte Unternehmen	Bewertungsergebnis aus Cashflow-Hedges	Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Gesamt vor Anteile in Fremdbesitz	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
69	-7	-6	318	10312	121	10433
0	0	0	52	18	15	33
69	**-7**	**-6**	**370**	**10330**	**136**	**10466**
0	0	0	-370	0	0	0
0	0	0	0	-91	-2	-93
-3	0	-1	0	-185	-52	-237
-35	15	-10	-2031	-3954	-28	-3982
0	0	0	0	-4	0	-4
0	0	0	-57	-56	-34	-90
31	**8**	**-17**	**-2088**	**6040**	**20**	**6060**
0	0	0	2088	0	0	0
0	0	0	0	-89	-1	-90
0	0	0	0	5000	0	5000
0	0	0	0	0	-8	-8
45	4	0	-1483	-462	1	-461
0	0	0	0	5	0	5
76	**12**	**-17**	**-1483**	**10494**	**12**	**10506**

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in der Notesangabe 65 erläutert.

Kapitalflussrechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Notes	1.1.–31.12.2009 Mio. EUR	1.1.–31.12.2008* Mio. EUR
Konzernjahresfehlbetrag		–1 482	–2 112
Im Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		2 412	2 005
Zunahme der Rückstellungen		591	226
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen		–72	184
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		–2	–9
Sonstige Anpassungen		–2 689	–2 227
		–1 242	**–1 933**
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		31 670	40 804
Forderungen an Kunden		104	13 464
Zum Fair Value bewertete finanzielle Forderungen		–3 151	–24 154
Finanzanlagen (ohne Beteiligungen)		2 119	14 174
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		–377	–211
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		–11 887	–54 044
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		2 438	–503
Verbriefte Verbindlichkeiten		–21 693	–20 858
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		–5 156	36 050
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		429	–1 518
Erhaltene Zinsen und Dividenden		19 117	30 859
Gezahlte Zinsen		–17 522	–27 594
Ertragsteuerzahlungen		–72	–27
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	74	**–5 223**	**4 509**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

	Notes	1.1.–31.12.2009 Mio. EUR	1.1.–31.12.2008* Mio. EUR
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		88	75
Sachanlagen		76	11
Immateriellen Vermögenswerten		36	2
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		–45	–506
Sachanlagen		–110	–172
Immateriellen Vermögenswerten		–103	–131
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen		0	0
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen		0	–555
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**74**	**–58**	**–1 276**
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		5 000	0
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	65	0	0
Dividendenzahlungen	65	89	–92
Sonstige Auszahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital		–1 410	–1 178
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**74**	**3 679**	**–1 270**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		**3 480**	**1 477**
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		–5 223	4 509
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		–58	–1 276
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		3 679	–1 270
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	40
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**43, 74**	**1 878**	**3 480**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Konzern-anhang (Notes).

INHALT

Geschäft und Organisation 133
Grundlagen der Konzernrechnungslegung 133
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 135
Segmentberichterstattung 156
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung 159
Angaben zur Bilanz 173
Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen 214
Angaben zu derivativen Geschäften 215
Sonstige Angaben 220
Versicherung der gesetzlichen Vertreter 237
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 238
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen 247

Trägerversammlung 239
Beirat 240
Glossar 244

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW als oberstes Mutterunternehmen – 36 Tochterunternehmen und zwei Teilkonzerne sowie 21 Zweckgesellschaften einbezogen.

Konzernanhang (Notes)

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Geschäft und Organisation.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart (Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland), Karlsruhe (Ludwig-Erhard-Allee 4, 76131 Karlsruhe, Deutschland), Mannheim (Augustaanlage 33, 68165 Mannheim, Deutschland) und Mainz (Große Bleiche 54–56, 55116 Mainz, Deutschland). Der LBBW-Konzern betreibt das Kapitalmarktgeschäft in seiner Bandbreite und stellt Dienstleistungen im internationalen Geschäft zur Verfügung. Die LBBW als Mutterunternehmen des Konzerns betreut die regionalen, überregionalen und internationalen Unternehmenskunden des Konzerns, institutionelle Kunden, Einrichtungen der öffentlichen Hand sowie Privatkunden mit der umfangreichen Leistungspalette eines modernen Finanzdienstleistungsunternehmens. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt stellt ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen dar.
Der Konzernabschluss wird am 23. April 2010 durch den Verwaltungsrat der Landesbank Baden-Württemberg zur Veröffentlichung freigegeben. Die Anteilseigner der LBBW haben die Möglichkeit, den Abschluss gegebenenfalls nach der Veröffentlichung zu ändern.

Grundlagen der Konzernrechnungslegung.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2009 erfolgte in Übereinstimmung mit international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften. Maßgeblich sind grundsätzlich diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren.
Im Konzernabschluss werden die Ertrags- und Aufwandsposten und die Komponenten des Gesamtergebnisses in zwei getrennten Aufstellungen dargestellt. Dies umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des Konzerns nach dem Gesamtkostenverfahren und die Gesamtergebnisrechnung des Konzerns. Des Weiteren enthält der Konzernabschluss die Konzernbilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung des Konzerns und den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung des Konzerns erfolgt in Note 27.
Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB ist Bestandteil des Geschäftsberichts. Der Risikobericht enthält die durch IFRS 7.31 ff. geforderten Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten.
Eine Übersicht zu den angewandten Standards und Interpretationen ist in Note 2 »Angewandte Vorschriften« aufgeführt. Erläuterungen zu den im Geschäftsjahr 2009 neu angewandten Standards sind in Note 3 dargestellt.

Durch die EU-Verordnung übernommene Standards und Interpretationen, die erst für Geschäftsjahre beginnend am 1. Juli 2009 oder später anzuwenden sind und für den LBBW-Konzern relevant sind (Änderungen in IAS 27 »Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS«, Änderungen in IFRS 3 »Unternehmenszusammenschlüsse« sowie Änderungen in IAS 32 »Finanzinstrumente: Darstellung«), wurden nicht berücksichtigt.

- Die Anpassungen des geänderten Standards IAS 27 (endorsed am 3. Juni 2009), anzuwenden für Geschäftsjahre beginnend am 1. Juli 2009 oder später, betreffen primär die Bilanzierung von Minderheitsanteilen, die künftig in voller Höhe an den Verlusten des Konzerns beteiligt werden können, und von Transaktionen, die zum Beherrschungsverlust bei einem Tochterunternehmen führen und deren Auswirkungen erfolgswirksam zu behandeln sind. Auswirkungen von Anteilsveräußerungen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, sind demgegenüber erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die Übergangsbestimmungen, die grundsätzlich eine retrospektive Anwendung vorgenommener Änderungen fordern, sehen für die vorab aufgelisteten Sachverhalte eine prospektive Anwendung vor. Für solche Transaktionen vor dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des neuen Standards ergeben sich daher keine Änderungen.
- Der geänderte Standard IFRS 3 (endorsed am 3. Juni 2009), für Geschäftsjahre beginnend am 1. Juli 2009 oder später anzuwenden, betrifft insbesondere die Einführung eines Wahlrechts bei der Bewertung von Minderheitsanteilen zwischen einer Erfassung mit dem anteiligen identifizierbaren Nettovermögen und mit der sog. Full-Goodwill-Methode, wonach der gesamte, auch auf die Minderheitsgesellschafter entfallende Teil des Geschäfts- oder Firmenwertes des erworbenen Unternehmens zu erfassen ist. Weiterhin sind die erfolgswirksame Neubewertung bereits bestehender Beteiligungsanteile bei erstmaliger Erlangung der Beherrschung (sukzessiver Erwerb), die zwingende Berücksichtigung einer Gegenleistung zum Erwerbszeitpunkt, die an das Eintreten künftiger Ereignisse geknüpft ist (bedingte Verpflichtungen), sowie die ergebniswirksame Behandlung von Transaktionskosten hervorzuheben. Die Übergangsbestimmungen sehen eine prospektive Anwendung der Neuregelung vor. Für Vermögenswerte und Schulden, die aus Unternehmenszusammenschlüssen vor der erstmaligen Anwendung des neuen Standards resultieren, ergeben sich keine Änderungen.
- Die Ergänzung des Standards IAS 32, für Geschäftsjahre, die am 1. Februar 2010 oder später beginnen (endorsed am 23. Dezember 2009), stellt die Klassifizierung von Bezugsrechten als Eigen- oder Fremdkapital, wenn die Bezugsrechte auf eine andere als die funktionale Währung des Emittenten lauten, klar. Demnach sind Bezugsrechte, die zu einem festgelegten Währungsbetrag anteilig an die Anteilseigner eines Unternehmens ausgegeben werden, unabhängig von der Währung des Ausübungspreises als Eigenkapital zu klassifizieren. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.
- Die jährlichen Verbesserungen an den IFRS 2009, veröffentlicht im April 2009 (endorsed am 23. März 2010), für Geschäftsjahre beginnend am 1. Juli 2009 oder später anzuwenden, enthalten zum Teil Änderungen zu Bilanzierungsmethoden und zum Teil redaktionelle sowie begriffliche Änderungen. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.
- Die Änderung zum Standard IFRS 2 »Aktienbasierte Vergütung« wurde im Juni 2009 veröffentlicht (endorsed am 23. März 2010) und ist anzuwenden für Geschäftsjahre beginnend am 1. Januar 2010 oder später. Darin wird die Anwendung von IFRS 2 für Unternehmen klargestellt, die Güter und Dienstleistungen von ihren Lieferanten erhalten und ein anderes Konzernunternehmen oder das Mutterunternehmen die daraus entstandenen Verbindlichkeiten durch Barzahlung oder andere Vermögenswerte, deren Wert auf Eigenkapitalinstrumenten basiert, begleicht. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.

Neue, vom IASB veröffentlichte, aber noch nicht durch EU-Verordnung übernommene Standards und Interpretationen werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

- Der geänderte Standard IAS 24 wurde im November 2009 veröffentlicht und ist erstmals für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Die Änderungen betreffen zum einen den Informationsumfang von Angaben bei staatlich kontrollierten Unternehmen. Es werden Informationen, die nur mit hohem Kostenaufwand ermittelt werden können oder nicht von wesentlicher Bedeutung für den Adressaten sind, von den Angabepflichten ausgenommen. Zum anderen wurde die Definition nahe stehendes Unternehmen oder nahe stehende Person vereinfacht und Unstimmigkeiten beseitigt. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.
- Der im November 2009 veröffentlichte Standard IFRS 9 »Financial Instruments«, für Geschäftsjahre beginnend am 1. Januar 2013 oder später anzuwenden, regelt die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Der Standard ist das Ergebnis der ersten von drei Phasen des Projekts zum Ersatz des IAS 39. Finanzielle Vermögenswerte sind entweder der Bewertungskategorie »zu fortgeführten Anschaffungskosten« oder der Bewertungskategorie »zum Fair Value« zuzuordnen. Es besteht ein Wahlrecht für finanzielle Vermögenswerte, die grundsätzlich der Kategorie »zu fortgeführten Anschaffungskosten« zuzuordnen wären, der Kategorie »zum Fair Value« zuzuordnen, sofern dadurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz reduziert oder beseitigt werden. Eigenkapitalinstrumente sind zwingend zum Fair Value zu bewerten. Ein unwiderrufliches Wahlrecht besteht beim erstmaligen Ansatz von Eigenkapitalinstrumenten, die nicht zu Handelszwecken erworben wurden. Deren Zeitwertänderungen und Abgangsergebnisse können direkt im Eigenkapital erfasst werden. Daraus resultierende Dividenden werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.

- Die Interpretation IFRIC 14 »Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung«, veröffentlicht im November 2009 für Geschäftsjahre beginnend am 1. Januar 2011 oder später, betrifft Unternehmen, die Mindestfinanzierungsvorschriften in Zusammenhang mit Pensionsplänen unterliegen und Vorauszahlungen der Beiträge leisten, die diesen Anforderungen genügen. Durch die Änderung ist es diesen Unternehmen erlaubt, den Nutzen aus einer solchen Vorauszahlung als Vermögenswert anzusetzen. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.
- Der im November 2009 veröffentlichte, für Geschäftsjahre beginnend am 1. Juli 2010 oder später anzuwendende IFRIC 19 »Extinguishing Financial Liabilities with Equity Instruments« stellt klar, dass Eigenkapitalinstrumente, die an den Kreditgeber ausgegeben werden, als »gezahltes Entgelt« zu betrachten sind, um die finanzielle Verbindlichkeit vollständig oder partiell auszubuchen. Diese Eigenkapitalinstrumente sind zum Fair Value zu bewerten. Sofern dieser nicht verlässlich ermittelbar ist, sind sie mit dem Fair Value der getilgten finanziellen Verbindlichkeit zu bewerten. Eine gegebenenfalls entstehende Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem erstmaligen Bewertungsbetrag der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente wird erfolgswirksam erfasst. Es werden derzeit die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.

Die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Regel auf Mio. EUR, die Prozentzahlen mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.
Der Konzernabschluss wird auf Basis der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (Available for Sale – AfS), die derivativen Finanzinstrumente und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet. Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden mit der Effektivzinsmethode oder, falls zweckmäßig, mit einer Methode abgegrenzt, die eine angemessene Annäherung zur Berechnung mit der Effektivzinsmethode darstellt. Langfristige Fertigungsaufträge werden nach ihrem Leistungsfortschritt (Percentage of Completion Method) bilanziert. Dieser errechnet sich aus dem Anteil der bis zum Stichtag angefallenen Auftragskosten im Verhältnis zu den gesamten erwarteten Auftragskosten oder anhand vertraglicher Vereinbarungen. Umsatzerlöse und -aufwendungen werden auf dieser Grundlage nach dem Fertigstellungsgrad ausgewiesen. Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert.
Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IAS 27.28 und IAS 28.26 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen und at Equity bilanzierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss bzw. einen Zwischenabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2009 aufgestellt.
Im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS sind Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen erforderlich. Die bestmöglichen Schätzungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard. Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von latenten Steuern und Rückstellungen. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich der Cashflows von Zweckgesellschaften vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.
Die Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

2. Angewandte Vorschriften.

Der Konzernabschluss der LBBW zum 31. Dezember 2009 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept (Framework) und auf folgenden für den LBBW-Konzern wesentlichen IAS und IFRS sowie Interpretationen des SIC beziehungsweise IFRIC:

IAS 1 überarbeitet	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 11	Fertigungsaufträge
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23 überarbeitet	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 3 überarbeitet	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderung
IFRIC 14	Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung

3. Ausweisänderungen, Änderungen nach IAS 8.

Die Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 (endorsed am 21. November 2007), seit dem 1. Januar 2009 im LBBW-Konzern angewendet, folgt im Gegensatz zu der Segmentberichterstattung nach IAS 14 dem sogenannten »Management Approach«. Dies bedeutet, dass intern verwendete und extern veröffentlichte Segmentinformationen konsistent sein müssen. Nach IFRS 8 werden interne Berichte, die dem Management beziehungsweise dem »Chief Operating Decision Maker« zur Entscheidungsfindung und Leistungsbeurteilung von Unternehmensteilen dienen, als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente verwendet. Die so bestimmten operativen Segmente entsprechen bei der LBBW den zuvor nach IAS 14 identifizierten Segmenten. Zusätzliche Angaben zu den jeweiligen Segmenten zusammen mit angepassten Vergleichsinformationen und einer Überleitungsrechnung erfolgen in der Segmentberichterstattung.

Die Änderungen des IAS 1 (endorsed am 17. Dezember 2008) wirkten sich insbesondere auf die Darstellung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Gesamtergebnisses und der Eigenkapitalveränderungsrechnung aus. Der vom LBBW-Konzern seit 1. Januar 2009 angewendete IAS 1 (überarbeitet 2007) gewährt ein Wahlrecht, die Ertrags- und Aufwandsposten und die Komponenten des Gesamtergebnisses entweder in einer Aufstellung mit Zwischensummen oder in zwei getrennten Aufstellungen darzustellen. Die Überarbeitungen enthalten zusätzlich Änderungen in den Bezeichnungen einiger Abschlussbestandteile, um ihre jeweilige Funktion deutlicher herauszustellen. Die neuen Bezeichnungen sind jedoch nicht zwingend im Abschluss anzuwenden. Im LBBW-Konzern werden die Bezeichnungen der Abschlussbestandteile – im Vergleich zum Konzernabschluss 2008 – unverändert beibehalten. Des Weiteren wird zusätzlich zur Gewinn- und Verlustrechnung ein Gesamtergebnis, welches das Konzernergebnis und die direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge enthält, als getrennte Aufstellung dargestellt. Die Änderungen der Darstellung wurden auch für die Vergleichsperioden berücksichtigt. Die Eigenkapitalveränderungsrechnung, zuvor in den Erläuterungen zum Eigenkapital dargestellt, enthält Transaktionen mit Eigenkapitalgebern, das Gesamtergebnis und, wenn anwendbar, die Auswirkungen rückwirkender Anwendungen oder Anpassungen.

Der überarbeitete Standard IAS 32 (endorsed am 21. Januar 2009) wird seit dem 1. Januar 2009 im LBBW-Konzern angewandt. Er beinhaltet Neuregelungen zur Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital, insbesondere unter welchen Umständen kündbare Finanzinstrumente und Verpflichtungen, die nur aus einer Liquidation des Emittenten entstehen, als Eigenkapitalinstrumente behandelt werden müssen. Aus der Anwendung dieser Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der überarbeitete Standard IAS 27 (endorsed am 23. Januar 2009) wird seit dem 1. Januar 2009 im LBBW-Konzern angewandt. Die Änderungen betreffen primär die Bilanzierung von Dividenden einer Tochtergesellschaft, eines gemeinschaftlich geführten Unternehmens oder einer assoziierten Gesellschaft im Einzelabschluss des Anteilseigners sowie den Ansatz von Anteilen im Einzelabschluss eines neuen Mutterunternehmens, welches im Rahmen einer Reorganisation gegründet wurde. Diese Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

Die jährlichen Verbesserungen an den IFRS 2008 (endorsed am 23. Januar 2009) enthalten zum Teil Änderungen zu Bilanzierungsmethoden und zum Teil redaktionelle sowie begriffliche Änderungen. Die Änderungen zu den Standards IAS 1, IAS 8, IAS 10, IAS 16/IAS 7, IAS 18, IAS 20, IAS 27, IAS 28, IAS 29, IAS 31, IAS 34, IAS 38, IAS 39, IAS 40 sowie IAS 41 hatten keine Auswirkung auf die Rechnungslegungsmethode oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns. Aus den folgenden Änderungen ergaben sich Anpassungen in den Rechnungslegungsmethoden:

- Die Rechnungslegungsmethode von Leistungen an Arbeitnehmer (IAS 19) wurde ergänzt um die Unterscheidung zwischen Plankürzungen und negativem nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand sowie der Klarstellung, welche Verwaltungskosten des Plans als Abzugskosten zu berücksichtigen sind.
- Die Definition der Fremdkapitalkosten in IAS 23 wurde hinsichtlich des Zinsaufwands angepasst. Zinsaufwendungen sind demnach ein Teil der Fremdkapitalkosten, die auf Basis der Effektivzinssatzmethode gemäß IAS 39 berechnet werden.
- Nach Anpassung des IAS 36 gelten die gleichen Angabepflichten hinsichtlich des erzielbaren Betrags für den beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und den Nutzungswert, sofern der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten auf Basis eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt wird.

Seit dem 1. Januar 2009 werden die Änderungen zum IFRS 7 »Finanzinstrumente: Angaben«, endorsed am 27. November 2009, im LBBW-Konzern angewendet. Die Anwendung führte zu einer Ergänzung der Angaben in den Notes bezüglich der Darstellung der dreistufigen Fair-Value-Hierarchie und einer Überleitungsrechnung bei Bewertungen der Stufe Drei (Bewertungsmethode – mit zumindest teilweise nicht extern beobachtbaren Parametern). Im Risikolagebericht wurden die Angaben bezüglich Liquiditätsrisiken erweitert.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnis des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2009 gab es folgende Schätzungsänderungen (IAS 8.39):

- Zur genaueren Bewertung von Termingeschäften auf Schuldscheindarlehen wurde von Kontrahentenspreads auf Emittentenspreads umgestellt. Dies verminderte im Geschäftsjahr 2009 das Handelsergebnis um 83 Mio. EUR.
- Zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten wurde im aktuellen Geschäftsjahr ein verbessertes Bewertungsmodell eingesetzt. Die Anwendung dieses Modells führte zu einem Bewertungsgewinn in Höhe von 46 Mio. EUR, welcher Niederschlag im Handelsergebnis und in den Handelspassiva fand.
- Erstmals wurden Anpassungen von Modellpreisen für Produkte vorgenommen, die nicht ausschließlich auf beobachtbaren Marktpreisen bzw. am Markt beobachtbaren Inputparametern basieren und bei denen eine Unsicherheit in der bilanziellen Bewertung besteht. Basierend auf einem für Cash-Verbriefungen und unmodellierte synthetische CDOs entwickelten Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Bewertungsunschärfe wurden Abschläge für in der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 38 Mio. EUR, in den Handelsaktiva in Höhe von 20 Mio. EUR und in den Finanzanlagen in Höhe von 6 Mio. EUR erfasst. Davon wurden 58 Mio. EUR erfolgswirksam in der GuV und 6 Mio. EUR erfolgsneutral im Eigenkapital gebucht.
- Im Geschäftsjahr 2009 wurden bei der Ermittlung der Risikovorsorge für Länderrisiken bei nicht wertberichtigten oder nicht signifikanten Forderungen aufgrund der aktuell zunehmenden kritischen Situation insbesondere bei verschiedenen osteuropäischen Ländern basierend auf historischen Verlustquoten erstmals Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund von bankinternen und externen Expertenschätzungen berücksichtigt, da allein die historischen Verlustquoten die aktuelle Entwicklung nicht ausreichend wiedergaben. Dies führte zu einem Mehrbedarf an Länderrisikovorsorge von 49 Mio. EUR.
- Durch die Nichtbedienung der stillen Einlagen und Genussrechte in 2009 resultiert aufgrund geänderter Zins- und Tilgungs-Cashflows eine Anpassung des Barwerts in Höhe von insgesamt 37 Mio. EUR.
- Eine geänderte Methode bei der Ermittlung von Zwischenergebnissen aufgrund eines verbesserten Informationsstands hat für das Geschäftsjahr 2009 Auswirkungen in Höhe von 15 Mio. EUR auf das Zinsergebnis und die Forderungen an Kunden.
- Die Aufrechnung prozentnotierter eigener Emissionen wurde im Berichtsjahr zum tatsächlichen Emissionskurs vorgenommen. Daraus ergibt sich eine Belastung des Zinsergebnisses von 34 Mio. EUR und eine Entlastung des Ergebnisses aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option von 2 Mio. EUR.

Zum 1. Januar 2008 wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte angepasst:

- In der Bilanz wurden Weiterleitungsdarlehen unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 66 Mio. EUR, Forderungen an Kunden in Höhe von 21 Mio. EUR sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 87 Mio. EUR ausgewiesen, welche jedoch unter dem Treuhandvermögen/-verbindlichkeiten in den Notes auszuweisen sind.
- Die LBBW hat strukturierte Wertpapiere in Höhe von 126 Mio. EUR, die gemäß der Bilanzierungsrichtlinie der Fair-Value-Option zuzuordnen sind, aus der Kategorie AfS (Posten Finanzanlagen) in die Fair-Value-Option umgegliedert.

Hieraus ergeben sich eine Reduzierung des Bilanzgewinns von 3 Mio. EUR und eine Verbesserung der Neubewertungsrücklage um den gleichen Betrag.

- In den Handelsaktiva wurden Termingeschäfte zum Teil nicht erfasst und saldiert ausgewiesen. Die vollständige Erfassung und Anpassung auf die Bruttodarstellung ergab eine Erhöhung der Handelsaktiva um 85 Mio. EUR. Auf der Passivseite erhöhten sich die Handelspassiva um 6 Mio. EUR, die latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 24 Mio. EUR sowie der Bilanzgewinn um 55 Mio. EUR
- In den Finanzanlagen waren Bewertungsanpassungen bezogen auf bestimmte Fondsanteile notwendig. Dies führte zu einer Erhöhung der Finanzanlagen sowie der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS um 1 Mio. EUR.
- Aus der Zuordnung von Fremdanteilen zum Fremdkapital wurde der Posten sonstige Passiva um 23 Mio. EUR und Anteile in Fremdbesitz um 15 Mio. EUR zulasten der Gewinnrücklage in Höhe von – 38 Mio. EUR erhöht.

Durch die Korrekturen änderten sich folgende Posten der Bilanz inklusive Eigenkapitalentwicklung:

Bilanz zum 1. Januar 2008.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss gem. Geschäftsbericht 2008	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Forderungen an Kreditinstitute	143 643	– 66	143 577
Forderungen an Kunden	146 408	– 21	146 387
Handelsaktiva	51 096	85	51 181
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	5 777	126	5 903
Finanzanlagen	87 178	– 125	87 053
	434 503	**– 1**	**434 502**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157 446	– 87	157 359
Handelspassiva	15 276	6	15 282
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	264	24	288
Sonstige Passiva	940	23	963
Eigenkapital, Gewinnrücklage	4 856	– 38	4 818
Eigenkapital, Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	644	4	648
Eigenkapital, Bilanzgewinn	318	52	370
Eigenkapital, Anteile in Fremdbesitz	121	15	136
	179 865	**– 1**	**179 864**

Die oben dargestellten Sachverhalte haben auch Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2008. Da die nachfolgenden Anpassungen auf den Zahlen des veröffentlichten Geschäftsberichts 2008 aufsetzen, sind die Anpassungen zum 1. Januar 2008 erneut zu berücksichtigen:

- Im Geschäftsjahr 2008 wurden in der Bilanz Weiterleitungsdarlehen unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 159 Mio. EUR, Forderungen an Kunden in Höhe von 34 Mio. EUR sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 193 Mio. EUR ausgewiesen, welche jedoch unter dem Treuhandvermögen/-verbindlichkeiten in den Notes auszuweisen sind.
- Die LBBW hatte in 2008 strukturierte Wertpapiere in Höhe von 118 Mio. EUR, die gemäß der Bilanzierungsrichtlinie der Fair-Value-Option zuzuordnen sind, zunächst innerhalb der Finanzanlagen aus der Kategorie AfS in die Kategorie LaR umkategorisiert. Aus der korrigierten Zuordnung zur Fair-Value-Option ergeben sich eine Verminderung bei den Finanzanlagen um 118 Mio. EUR, eine Erhöhung von 100 Mio. EUR in den der Fair-Value-Option zugeordneten Vermögenswerten, höhere Aufwendungen in der GuV von 22 Mio. EUR sowie eine Verminderung der Gewinnrücklage um 3 Mio. EUR und eine Verbesserung der Neubewertungsrücklage um 7 Mio. EUR. Davon wirken sich 4 Mio. EUR auf die Gesamtergebnisrechnung 2008 aus.
- In den Handelsaktiva wurden Termingeschäfte zum Teil nicht erfasst und saldiert ausgewiesen. Die vollständige Erfassung und die Anpassung auf die Bruttodarstellung ergab eine Erhöhung der Handelsaktiva um 51 Mio. EUR. Auf der Passivseite erhöhten sich die Handelspassiva um 39 Mio. EUR, die latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 4 Mio. EUR sowie die Gewinnrücklage um 55 Mio. EUR. In der Gewinn- und Ver-

lustrechnung wurde das Handelsergebnis um 66 Mio. EUR vermindert und der Ertragsteuerertrag um 20 Mio. EUR erhöht.

- Aus der Zuordnung von Fremdanteilen zum Fremdkapital wurde der Posten sonstige Passiva um 22 Mio. EUR und Anteile in Fremdbesitz um 22 Mio. EUR zulasten der Gewinnrücklage in Höhe von – 44 Mio. EUR erhöht.
- Im Geschäftsjahr 2008 waren innerhalb der Finanzanlagen Bewertungsanpassungen, die zu einer Werterhöhung führten, bezogen auf bestimmte Fondsanteile in Höhe von 7 Mio. EUR notwendig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen wurden entsprechend um 3 Mio. EUR erhöht. Insgesamt wirkte sich das auf die Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS mit 4 Mio. EUR aus. Davon wirken sich 3 Mio. EUR auf die Gesamtergebnisrechnung aus.

Weiterhin wurden für das Geschäftsjahr 2008 nachfolgende Sachverhalte gemäß IAS 8.42 angepasst:

- Aufgrund einer fehlerhaften Erfassung von steuerlichen Sachverhalten wurden Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 17 Mio. EUR zu niedrig und latente Ertragsteueransprüche um 16 Mio. EUR zu hoch ausgewiesen. Ingesamt führten die Anpassungen zu einer Erhöhung des Steuertrags um 1 Mio. EUR.
- Durch eine Änderung der Ermittlungsmethode des Fair Value für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, denen kein Marktpreis zugrunde liegt, wurde eine Anpassung des Ergebnisses aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option um 42 Mio. EUR erforderlich. Des Weiteren mussten die der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte um 10 Mio. EUR und die der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten um 52 Mio. EUR gemindert werden.
- In 2008 wurden bei weiteren Konzerngesellschaften die Zuordnung von Fremdanteilen zum Fremdkapital geändert. Entsprechend erhöhten sich daraus die sonstigen Passiva um 41 Mio. EUR zulasten der Anteile in Fremdbesitz in Höhe von 41 Mio. EUR.
- Eine nicht berücksichtigte Zinslosstellung wertberichtigter Forderungen an Kunden führte zu einem Korrekturbedarf in Bilanz und GuV. Der Ausweis der Forderungen und das Zinsergebnis wurden um 54 Mio. EUR sowie die Risikovorsorge (Bilanz und GuV) um 7 Mio. EUR reduziert. Die latenten Ertragsteueransprüche erhöhten sich um 14 Mio. EUR und der Ertragsteuerertrag erhöhte sich um den gleichen Betrag.
- Umgliederungen von 13 Mio. EUR aus dem bilanziellen Risikovorsorgebestand in die Finanzanlagen sowie aus den Risikovorsorgeaufwendungen in das Ergebnis aus Finanzanlagen betreffen Portfoliowertberichtigungen auf Wertpapiere der Kategorie LaR in den Finanzanlagen aufgrund eines fehlerhaften Ausweises.
- Umgliederungen von 5 Mio. EUR aus dem Finanzanlageergebnis in das Handelsergebnis aufgrund einer konzerneinheitlichen Bilanzierung von bestimmten Aufwendungen, welche in Zusammenhang mit einem eingebetteten Derivat stehen.

Durch die Korrekturen änderten sich folgende Posten der Bilanz inklusive Eigenkapitalentwicklung sowie Ergebnispositionen:

Bilanz zum 31. Dezember 2008.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Forderungen an Kreditinstitute	120 404	–142	120 262
Forderungen an Kunden	149 942	– 88	149 854
Risikovorsorge	– 2 545	20	– 2 525
Handelsaktiva	63 146	51	63 197
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	8 426	90	8 516
Finanzanlagen	93 457	–123	93 334
Latente Ertragsteueransprüche	1 535	– 2	1 533
	434 365	**–194**	**434 171**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	140 206	–193	140 013
Handelspassiva	39 989	39	40 028
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	15 357	– 52	15 305
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	188	7	195
Sonstige Passiva	656	62	718
Eigenkapital, Gewinnrücklage	5 064	8	5 072
Eigenkapital, Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	–1 449	11	–1 438
Eigenkapital, Bilanzgewinn	– 2 031	– 57	– 2 088
Anteile in Fremdbesitz	39	–19	20
	198 019	**–194**	**197 825**

Gewinn- und Verlustrechnung 2008.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Zinsergebnis	2 348	– 54	2 294
Risikovorsorge	– 903	20	– 883
Handelsergebnis	– 1 386	– 71	– 1 457
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	– 646	20	– 626
Ergebnis aus Finanzanlagen	– 982	– 8	– 990
Ertragsteuerertrag	514	36	550
Konzernfehlbetrag	– 2 055	– 57	– 2 112
Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern	**– 24**	**0**	**– 24**
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern	**– 2 031**	**– 57**	**– 2 088**

Gesamtergebnis 2008.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Konzernjahresfehlbetrag	– 2 055	– 57	– 2 112
Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS	– 1 828	7	– 1 821
Konzerngesamtergebnis	– 3 982	– 50	– 4 032
Gesamtergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern	**– 28**	**0**	**– 28**
Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern	**– 3 954**	**– 50**	**– 4 004**

Überleitung zur Eigenkapitalveränderungsrechnung:

Gesamtergebnis 2008.

Mio. EUR	Gewinnrücklage	Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	Bilanzgewinn	Anteile in Fremdbesitz
Anpassung IAS 8 zum 1.1. 2008	– 38	4	52	15
Einstellung in die Gewinnrücklage aus Anpassung IAS 8 zum 1.1. 2008	52	0	– 52	0
Vortrag aus Anpassung IAS 8 zum 1.1. 2008	**14**	**4**	**0**	**15**
Anpassung IAS 8 aus 2008	– 6	7	– 57	– 34
Anpassung des veröffentlichten Konzernabschlusses 2008	**8**	**11**	**– 57**	**– 19**

Notes.

Die nachfolgenden Anpassungen der Notes wurden gemäß IAS 8.42 vorgenommen.

In den Erläuterungen zum GuV-Posten Verwaltungsaufwand wurden die Angaben zu den Mindestleasingzahlungen hinsichtlich ihrer Laufzeiten-Aufteilung Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren um 45 Mio. EUR und Laufzeit über 5 Jahre um 37 Mio. EUR sowie ihrer Höhe nach um 8 Mio. EUR korrigiert.

In der Note »Ertragsteuern« wurden in 2008 Verlustvorträge in Höhe von 63 Mio. EUR zu hoch angegeben.

In den Erläuterungen der Note »Forderungen an Kunden« wurde die Betragsangabe zu den Vorauszahlungen um ein zuvor nicht berücksichtigtes Konto mit einem Saldo von 4 Mio. EUR angepasst.

In den Erläuterungen zu den »Positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten« wurden in der Unterteilung nach den Grundgeschäften 60 Mio. EUR von den derivativen Sicherungsinstrumenten auf Forderungen an Kreditinstitute in die derivativen Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten umgegliedert.

In den Notesangaben zur Erläuterung von Bilanzposten wurde innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten eine Umgliederung aus den anderen verbrieften Verbindlichkeiten in die Geldmarktpapiere in Höhe von 11 728 Mio. EUR (2007: 7 944 Mio. EUR) vorgenommen.

Zwischen dem unter den Erläuterungen zum Nachrangkapital ausgewiesenen Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten und Zinswaufwand für Genussrechte wurde eine Umgliederung in Höhe von 84 Mio. EUR vorgenommen.
In den Erläuterungen zum Eigenkapital wurde in der Tabelle zur Entwicklung der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS eine Umgliederung von der Zeile »Veränderung Fair Value« in die Zeile »Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung« in Höhe von 473 Mio. EUR vorgenommen. In der Darstellung des Gesamtergebnisses wurde die Anpassung ebenfalls vorgenommen.

In der Notesangabe »Fair Value von Finanzinstrumenten« erfolgte die Angabe des Fair Values von Forderungen an Kunden teilweise auf Bruttobasis. Der Fair Value wurde in Höhe von 407 Mio. EUR auf die Nettobasis angepasst.
In der Note »Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, Eventualforderungen« wurden aufgrund fehlerhafter konzerninterner Verrechnungen die Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen um 20 Mio. EUR, aus der Haftung für die Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten um 287 Mio. EUR und Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen um – 60 Mio. EUR angepasst.
Die Höhe der als Sicherheiten für Verbindlichkeiten ausgewiesenen Vermögenswerte wurde um 964 Mio. EUR bezüglich der Forderungen an Kreditinstitute in der Note »Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte« erhöht.
In den Notesangaben »Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen« wurde für die Jahre 2008 und 2007 das Nachrangkapital bezüglich der Anteilseigner um stille Einlagen in Höhe von 3 120 Mio. EUR (2007: 3 517 Mio. EUR) ergänzt.

4. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW als oberstes Mutterunternehmen – 36 Tochterunternehmen (Vorjahr 28 Tochterunternehmen) und zwei Teilkonzerne (Vorjahr zwei Teilkonzerne) sowie 21 Zweckgesellschaften (Vorjahr 23 Zweckgesellschaften) einbezogen.
Tochtergesellschaften sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschungsmöglichkeiten bestehen, wenn das Mutterunternehmen direkt oder indirekt über die Mehrheit der Stimmrechte an dem Unternehmen verfügt oder faktische Einflussmöglichkeiten besitzt.
Eine Beherrschung von Unternehmen, an denen die LBBW weniger als 50% der Anteile hält, betrifft im Wesentlichen Zweckgesellschaften. Eine Beherrschung solcher Einheiten wird dann angenommen, wenn eines der folgenden Kriterien bei wirtschaftlicher Betrachtung erfüllt ist: Die Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft wird zu Gunsten des Konzerns entsprechend seiner besonderen Geschäftsbedürfnisse geführt, sodass der LBBW-Konzern hieraus Nutzen zieht. Der Konzern verfügt über Entscheidungsmacht, den überwiegenden Teil des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen oder er behält den überwiegenden Teil der mit der Zweckgesellschaft oder ihren Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen. Die Gründung von Zweckgesellschaften wird von der LBBW unterstützt, um Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder die Vornahme von gemeinsamen Investitionen in alternative Vermögensanlagen sowie die Verbriefung von Vermögenswerten und den Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten zu ermöglichen.
Die folgenden Tochterunternehmen wurden in 2009 erstmalig konsolidiert:

- Kiesel Finance Management GmbH
- LBBW Finance Japan Inc.
- SL Bayern Verwaltungs GmbH
- SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH
- SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH
- SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs-GmbH
- SüdLeasing Finance-Holding GmbH
- Zenon Mobilien-Leasing GmbH
- Zorilla Mobilien-Leasing GmbH

Rückwirkend zum 1. Januar 2009 wurden die Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH und die LBBW Asset Management GmbH verschmolzen. Dabei gingen die bisherigen Vertragsverhältnisse der LBBW Asset Management GmbH (übertragende Gesellschaft) im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den aufnehmenden Rechtsträger über. Im Zusammenhang mit der Verschmelzung nahm die Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH eine Umfirmierung in LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH vor. Ebenso wurden die SüdFactoring GmbH und die bisher nicht zum Konsolidierungskreis zählende R-Procedo Factoring GmbH rückwirkend zum 1. Juli 2009 verschmolzen. Die neu entstandene Gesellschaft firmiert unter dem Namen SüdFactoring GmbH.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 21 Zweckgesellschaften gemäß IAS 27 in Verbindung mit SIC 12 in den LBBW-Konzernabschluss einbezogen. Erstmalig wurde die Zweckgesellschaft S-Fix 1 GmbH konsolidiert. Aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden sind die folgenden Zweckgesellschaften, da sie aufgelöst wurden:

- Bodensee II Funding L.T.D.
- FIT Repo Ltd.
- LI-FI (Leveraged Investment in Financial Institutions)

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung).
Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) bestehen aus zwei oder mehreren Vertragsparteien, die entweder gemeinsame Tätigkeiten durchführen oder Vermögenswerte unter gemeinschaftlicher Führung oder gemeinschaftlich geführte Einheiten verwalten.
Bei den assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ergaben sich zum Vorjahr keine Veränderungen.

Auf die Einbeziehung von 288 (Vorjahr: 313) Tochterunternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften. Zur Ermittlung der Einzelwesentlichkeit sind quantitative Wesentlichkeitsgrenzen von 1 % des Konzerneigenkapitals oder des Konzernergebnisses bzw. 0,1 % der Konzernbilanzsumme festgelegt. Zur Auslösung einer Konsolidierungspflicht müssten jeweils die Grenzen von zwei der drei Kriterien überschritten sein. Wie im Vorjahr sind die additive Bilanzsumme aller nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen kleiner als 2 % der Konzernbilanzsumme und das additive Jahresergebnis dieser Unternehmen kleiner als 2 % des Konzernjahresergebnisses. Die Anteile an diesen Unternehmen werden zum Fair Value bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.
Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Joint Ventures, assoziierten Unternehmen und Zweckgesellschaften sowie die aufgrund von Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der beim Bundesanzeiger hinterlegten Anteilsbesitzliste entnommen werden.

5. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Spezialfonds erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 in Verbindung mit IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt beziehungsweise zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen. Die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten werden in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.
Ein sich aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.
Der Anteil Konzernfremder am Eigenkapital beziehungsweise am Ergebnis der im Mehrheitsbesitz befindlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten »Anteile in Fremdbesitz« gesondert im Eigenkapital beziehungsweise im Posten »Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern« in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.
Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung gemäß IAS 27.24 f. eliminiert.
Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Verwendet ein at Equity bilanziertes Unternehmen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, werden angemessene Anpassungen an die IFRS-Konzernvorgaben vorgenommen. Das anteilige Ergebnis der at Equity bilanzierten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bilanzierten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital.

6. Währungsumrechnung.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Die Währungsumrechnung im LBBW-Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Jede Konzerngesellschaft der LBBW legt ihre funktionale Währung fest. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet.
Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung im Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet.
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung umgerechnet.
Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen direkt im Eigenkapital erfasst werden.
Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden als separater Posten im Eigenkapital angesetzt.
Die zum jeweiligen Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 EUR.

	31.12.2009	31.12.2008
USD	1,4326	1,4170
GBP	0,9040	0,9774
SGD	2,0140	2,0420
JPY	132,16	127,90
CHF	1,4880	1,4952

7. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

8. Finanzinstrumente (IAS 39).

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst.
Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz für alle finanziellen Vermögenswerte inklusive Wertpapiere bei Kassakäufen und -verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag beziehungsweise für Derivate zum Handelstag.
Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die in diesem Vermögenswert gebundenen, vertraglich vereinbarten Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können und die Verfügungsmacht über das Finanzinstrument nicht mehr vorhanden ist. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, sobald sie getilgt wurde.

Bewertung zum Fair Value.

Als Fair Value wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Sofern Marktwerte aus aktiven Märkten verfügbar sind, werden diese zur Bewertung herangezogen.
IAS 39.AG71 definiert den aktiven Markt für Finanzinstrumente wie folgt: Ein Finanzinstrument ist auf einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen (hierzu zählen beispielsweise Preisnotierungen an organisierten Märkten gemäß § 2 Abs. 5 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)). Soweit diese Kriterien nicht erfüllt sind, geht die LBBW von einem inaktiven Markt aus.

Im Falle von inaktiven Märkten, d. h. fehlenden aktuellen Marktdaten, wird die Bewertung anhand indikativer Preise oder mit Bewertungsmodellen vorgenommen. Hierbei kommen Bewertungsmodelle – insbesondere die Barwertmethode sowie Optionspreismodelle – unter Verwendung von aktuellen Markt- und Kontraktpreisen der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren zur Anwendung und werden insoweit auch zur täglichen Ergebnisermittlung verwendet.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten notierten Preisen sind der ersten Stufe zugeordnet. Modellbewertete OTC-Derivatekontrakte, handelbare Kredite, strukturierte zum Fair Value klassifizierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile und bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sind der zweiten Stufe zugeordnet. Die dritte Stufe umfasst Finanzinstrumente (komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, illiquide Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierte Verbriefungen), bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Derivate verwendeten wesentlichen Bewertungsmodelle.

Derivative Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle
Zinsswaps	Barwertmethode, Zinsstrukturmodelle
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield), Zinsstrukturmodelle
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Numerische Modelle
Devisen-Optionen	Garman Kohlhagen (mod. Black-Scholes)
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell

Die im Rahmen der oben genannten Bewertungsmodelle verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente sowie Marktparametern.
Für impairte ABS oder für solche ABS, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen, wurden Fair Values zum 31. Dezember 2009 im Rahmen eines Cashflow-orientierten Bewertungsmodells ermittelt. Diese Fair Values berücksichtigen neben der aktuellen Entwicklung der den Wertpapieren zugrunde liegenden Vermögenswerten auch angemessene zukünftige Verlusterwartungen und die Liquiditätssituation.
Bei geringem Transaktionsvolumen auf den Märkten, insbesondere wenn erzwungene Geschäfte oder Notverkäufe nicht berücksichtigt werden, liegen verfügbare Vergleichsdaten nur eingeschränkt vor.
Falls für die Eingabeparameter des Modells keine an Märkten beobachtbaren Werte verfügbar sind und stattdessen geschätzte Werte verwendet werden, wird der ausgewiesene Fair Value von den Annahmen der Schätzung beeinflusst. Wenn für die Modellparameter andere realistische Werte gewählt werden, kann der ermittelte Marktwert deutlich nach oben oder nach unten abweichen. Die Annahmen der Schätzung werden dabei durch den Bereich Marktfolge des LBBW-Konzerns mit größter Sorgfalt gewählt.

Per Jahresende 2009 wurden konzernweit erstmals alle synthetischen CDOs mit einem verbesserten Modell mit einheitlichen Marktdaten bewertet. Bei diesem Modell handelt es sich um ein erweitertes Ein-Faktor-Gauß-Modell, das in der zweiten Jahreshälfte validiert wurde und dessen Qualität durch regelmäßiges Markt-Testing bestätigt wurde.

Für täglich fällige Geschäfte sowie kurzfristig (innerhalb von 12 Monaten) fällige sonstige Aktiva und sonstige Passiva wird angenommen, dass der Buchwert eine vernünftige Annäherung des Fair Values darstellt.

Umkategorisierungen.

Im Jahr 2008 wurden vom IASB Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen.

Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als Available-for-Sale-kategorisierte Wertpapiere zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine weiteren Wertpapiere umkategorisiert.
Die Buchwerte und Fair Values der umkategorisierten Wertpapiere können der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	31.12.2009 Buchwert	31.12.2009 Fair Value	31.12.2008 Buchwert	31.12.2008 Fair Value	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert
Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables	**696**	**691**	**835**	**764**	**935**	**913**
davon Verbriefungstransaktionen	110	96	123	104	134	128
davon übrige Wertpapiere	587	595	712	660	801	785
Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables	**23 611**	**22 016**	**27 599**	**24 391**	**29 023**	**27 374**
davon Verbriefungstransaktionen	11 681	10 119	13 356	10 922	14 643	13 302
davon übrige Wertpapiere	11 931	11 897	14 243	13 470	14 380	14 071
Summe	**24 308**	**22 707**	**28 433**	**25 155**	**29 958**	**28 287**

Das Nominalvolumen der umkategorisierten Wertpapiere aus der Kategorie Held for Trading betrug zum 31. Dezember 2009 nominal 712 Mio. EUR, davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 115 Mio. EUR und auf übrige Wertpapiere 597 Mio. EUR. Aus Available for Sale umkategorisierten Wertpapiere entfiel zum 31. Dezember 2009 ein Nominalvolumen von 24 746 Mio. EUR, davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 12 715 Mio. EUR und auf übrige Wertpapiere 12 031 Mio. EUR.
Die Umkategorisierungen führten zu einer Verminderung des Ergebnisses vor Steuern um – 24 Mio. EUR. Darin enthalten sind 5 Mio. EUR Effekte im Zinsergebnis aus der Amortisierung des Unterschiedsbetrages aus fortgeführten Anschaffungskosten und Buchwert zum 1. Januar 2009. Aus Bestandsveränderungen resultierte ein Effekt im Finanzanlageergebnis in Höhe von – 28 Mio. EUR. Weiterhin gab es einen Aufwand im Handelsergebnis für Fremdwährungsbestände in Höhe von – 1 Mio. EUR.
Hätten keine Umkategorisierungen stattgefunden, wären 2009 unrealisierte Fair-Value-Gewinne aus der umkategorisierten Handelsaktiva in Höhe von 67 Mio. EUR angefallen. Bei den erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten AfS-Wertpapiere wäre eine Entlastung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 1 533 Mio. EUR entstanden.
Im Gesamtjahr wurden aus umkategorisierten Beständen originäre Zinszahlungen in Höhe von 665 Mio. EUR vereinnahmt.

Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente, unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate, zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39 Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen sowie einen positiven beziehungsweise negativen Marktwert besitzen. Nicht dieser Kategorie zugeordnet sind jedoch jene derivativen Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Handelsergebnis.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht in Handelsabsicht erworben beziehungsweise gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten oder Finanzinstrumente, die in Übereinstimmung mit einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert werden, beziehungsweise um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei den in Übereinstimmung mit einer dokumentierten Strategie gesteuerten Finanzinstrumenten handelt es sich um um ein von einem Gremium innerhalb der LBBW aktiv und auf Fair-Value-Basis gesteuertes Portfolio. Bei zur Beseitigung von Bewertungsinkongruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende Verbindlichkeiten und Derivate, die ansonsten jeweils unterschiedlichen Bewertungskonventionen unterlägen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Gewinn- und Verlust-Posten Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.
Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Wertpapiere der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen. Finanzinstrumente des Available-for-Sale-Bestands sind mit dem Fair Value zu bewerten. Das Bewertungsergebnis wird erfolgsneutral im Eigenkapital in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) beziehungsweise bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden erfolgswirksam (bis zu den fortgeführten Anschaffungkosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral erfasst.
Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag beziehungsweise beim Eintritt besonderer Ereignisse, z. B. bei außerordentlichen Marktverwerfungen, überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners sowie Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating). Die aufgrund dieser Kriterien identifizierten potenziell wertgeminderten Fremdkapitalinstrumente werden daraufhin überprüft, ob der aktuelle Fair Value die Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen unterschreitet. Der Betrag aus Anschaffungskosten abzüglich aktuellem Fair Value (unter Berücksichtigung etwaiger, bereits früher erfolgswirksam erfasster Wertminderungen) entspricht dem erfassten Impairment der Periode.
Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, für welche ein aktiver Markt besteht, wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von 12 Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5 % unterschreitet. Bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ohne aktiven Markt wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag mindestens um 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value der beiden letzten Bewertungen um mehr als 5 % unter den Anschaffungskosten liegt.
Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Bei einem Abgang des Finanzinstruments sowie bei einem Impairment bei Eigenkapitalinstrumenten wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Derivate.

Der LBBW-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen festverzinslicher Wertpapiere gegen Änderung des Marktzinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen ein. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte als Handelsgeschäfte getätigt.

Am 31. Dezember 2009 hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem Over-the-counter-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungskursen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten. Bezüglich Angaben zu Kreditderivaten verweisen wir auf Note 30.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Unter den positiven beziehungsweise mit negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten werden die Sicherungsgeschäfte im Sinne von IAS 39 (Hedge Accounting) mit positiven Marktwerten auf der Aktivseite beziehungsweise negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation der Hedge-Beziehung wird der erforderliche Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Verdeutlichung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass der Hedge hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80 % und 125 % liegt (IAS 39.AG105(b)). Ein ineffektiver Hedge muss aufgelöst werden und kann für die restliche Laufzeit des Hedges wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test). Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich beim Sicherungsgeschäft um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair-Value-Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in der Form von Mikro-Fair-Value-Hedges und Portfolio-Fair-Value-Hedges.

Beim Mikro-Fair-Value-Hedge ist nach IAS 39.89 (b) der Buchwert des gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung zu berichtigen, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen ist. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente (Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR sowie Verbindlichkeiten der Kategorie OL) als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage erfasst werden (Finanzinstrumente AfS). Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio-Fair-Value-Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 seit der Eröffnungsbilanz 2006 an. Die Vorschriften des Fair-Value-Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung des Rückzahlungsbetrags in das zugehörige Laufzeitband erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Endfälligkeit.

Beim Portfolio-Fair-Value-Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches beziehungsweise Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment) gebildet, um die Veränderung des Grundgeschäfts bezogen auf das abgesicherte Risiko zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Der von der LBBW Luxemburg S.A. (vormals LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A.) sowie der LBBW Bank CZ a.s. in geringem Volumen eingesetzte Cashflow-Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Die sich hieraus ergebenden Fair-Value-Änderungen werden ergebnisneutral im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde beziehungsweise die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet.

Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung beziehungsweise Rückführung berücksichtigt.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats weisen keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags auf und
- die Vertragsnormen der eingebetteten Derivate würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Soweit mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate je Basisvertrag vorliegen, sind solche, die sich auf dasselbe Risiko beziehen, nach IAS 39.AG29 gemeinsam auszuweisen und zu bewerten. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert beziehungsweise eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Finanzgarantien (Sicherungsgeber) betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Finanzgarantien werden im Rahmen der Erst- und Folgebewertung zum Fair Value angesetzt. Der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsbarwert der Finanzgarantien saldiert (Nettomethode), bei marktgerechten Konditionen entsprechen sich die beiden Beträge. In der Folgebewertung wird bei Bedarf eine entsprechende Risikovorsorge gebildet.
Wegen der Geringfügigkeit der Beträge wurde auf eine Angabe der Fair Values in den Notes verzichtet.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente klassifiziert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind gegebenenfalls Wertberichtigungen zu berücksichtigen (vgl. dazu Note 11). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Impairment ergeben hätten.
Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schuldscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (Other Liabilities – OL), beinhalten die finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten, soweit sie nicht erfolgswirksam zum Fair Value eingestuft wurden. Sie werden unter Berücksichtigung anteiliger Agio- und Disagiobeträge zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Gemäß IAS 39 werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibung aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufspreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity).
Gegenwärtig nutzt die LBBW die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity – HtM) nicht.

9. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten aufgerechnet, wenn ein Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

10. Klassenbildung.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten wurde für den LBBW-Konzern wie folgt definiert:

Aktivseite
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte
Forderungen an Kreditinstitute
Forderungen an Kunden
Finanzanlagen
zinstragende Vermögenswerte
nicht zinstragende Vermögenswerte
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte
Finanzanlagen
zinstragende Vermögenswerte
nicht zinstragende Vermögenswerte
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
Handelsaktiva (HfT)
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte

Passivseite
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
Verbriefte Verbindlichkeiten
Nachrangkapital
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
Handelspassiva (HfT)
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Risiken, die sich aus den Finanzinstrumenten des LBBW-Konzerns ergeben, sowie deren Steuerung verweisen wir auf die detaillierten Ausführungen gemäß IFRS 7.31 ff. im Risikobericht des Konzernlageberichts.

11. Risikovorsorge.

Die Position Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen sind. Sie umfasst Einzelwertberichtigungen auf Forderungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen werden bei nicht signifikanten Forderungen gebildet, sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen vorliegen. Portfoliowertberichtigungen setzen sich aus den Portfoliowertberichtigungen für signifikante Forderungen und Portfoliowertberichtigungen für nicht signifikante Forderungen zusammen. Für signifikante und nicht signifikante Forderungen wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet, wenn Risiken bereits eingetreten sind, aber noch nicht identifiziert wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, und dennoch keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der Forderung den Buchwert übersteigt, werden diese signifikanten Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen. Die genannten Forderungen werden einem Sondersegment zugeordnet, auf welches die Portfoliowertberichtigung prozentual in Abhängigkeit vom Anteil der Forderungen berechnet wird.
Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden.
Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der Forderung, welcher mit dem ursprünglichen effektiven Zinssatz berechnet wurde, ermittelt. Gegebenenfalls wird zusätzlich der Fair Value von werthaltigen Sicherheiten berücksichtigt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren geschätzt. Bei der Schätzung werden Länderrisiken und den Wert aufhellende Tatsachen berücksichtigt.
Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sog. Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Die Berechnung des Zinsertrags erfolgt unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung. Die Zinslosstellung wertberichtigter Forderungen

beginnt mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung der Wertberichtigung. Erwartete Zahlungseingänge vermindern den Forderungsbuchwert; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren darüber hinaus erfolgswirksam die Risikovorsorge.
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden differenziert nach Teilportfolios als Produkt aus Inanspruchnahme, der Ausfallwahrscheinlichkeit, mit der ein Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt, und der Verlustquote zum Zeitpunkt des Ausfalls sowie gegebenenfalls der Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ereignisses und dessen Identifikation berechnet.
Nicht wertberichtigte uneinbringliche Forderungen führen zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.
Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten und Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.
Die Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen aus der Vergangenheit entstehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

12. At Equity bilanzierte Unternehmen.

Die at Equity bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens beziehungsweise eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte At-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden direkt im Konzerneigenkapital erfasst.

13. Zur Veräußerung gehaltene Veräußerungsgruppen.

Zur Veräußerung gehaltene Veräußerungsgruppen werden nach IFRS 5 am Bilanzstichtag mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert (abzüglich Veräußerungskosten) angesetzt und getrennt von anderen Vermögenswerten in der Bilanz ausgewiesen. Die Schulden einer als zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppe werden getrennt von anderen Schulden in der Bilanz ausgewiesen. Die Vermögenswerte und Schulden der zur Veräußerung klassifizierten Veräußerungsgruppen sind Bewertungsausnahmen nach IFRS 5. Somit ist keine Bewertung nach IFRS 5 erforderlich.

14. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill), erworbene und selbst erstellte Software, Baurechte und Kundenbeziehungen ausgewiesen.
Der Goodwill ergibt sich als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des gekauften Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern. Mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen (z. B. Änderungen des relevanten Marktumfeldes, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfeldes, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, wird ein Werthaltigkeitstest (Impairmenttest) durchgeführt. Für den Werthaltigkeitstest wird der Goodwill zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Die Zuordnung des Goodwills erfolgt auf Segmentebene, da auf dieser der Goodwill überwacht wird, mit den LBBW-Segmenten:

- Corporates
- Retail Clients
- Financial Markets
- Credit Investment Portfolio/Treasury
- Corporate Items

Die Wertminderung wird durch die Ermittlung des erzielbaren Betrages der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, auf die sich der Goodwill bezieht, bestimmt. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Wertminderung Goodwill ausgewiesen.
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien nach IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Ebenfalls im Rahmen eines Unternehmenserwerbs wurden Kundenbeziehungen aktiviert, die vertraglich begrenzt nutzbar sind. Diese werden planmäßig linear über sechs bis 16 Jahre abgeschrieben. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, ist der erzielbare Betrag zu ermitteln und mit dem Buchwert zu vergleichen. Wertminderungen sind erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung zu berücksichtigen. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, ausgenommen Goodwill, werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten mit Ausnahme des Goodwill werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Bei Impairment wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des immateriellen Vermögenswertes vorgenommen. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswertes (erfolgswirksame Erfassung).

15. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete beziehungsweise zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft beziehungsweise vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80 % der Gesamtnutzung ausmachen, werden in ihrer Gesamtheit als Finanzinvestition gehaltene Immobilien klassifiziert.
Die als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden gesondert in der Bilanz ausgewiesen. Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltene Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Die Folgebewertung erfolgt mit dem Fair Value, hierfür werden Modellbewertungen vorgenommen beziehungsweise Gutachten eingeholt. Sofern durch aktive Märkte zustande gekommene Marktwerte vorliegen, werden diese verwendet.
In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Bewertungsspielräume aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

16. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände aus Finanzierungs- und Operating-Leasingverhältnissen ausgewiesen.
Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear abgeschrieben. Zu Teilen werden diese auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25 – 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswertes) des jeweiligen Vermögenswertes wird zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag vom beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.
Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrages seit der letzten Erfassung einer Wertminderung geändert hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte.
Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert beziehungsweise durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswertes vorgenommen.
Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.
Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

17. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnis. Die Klassifizierung richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen/Risiken des Leasingnehmers beziehungsweise Leasinggebers.
Ein Finanzierungsleasingverhältnis liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operating-Leasingverhältnis. Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit die im LBBW-Konzern tätigen Gesellschaften Operating-Leasinggeschäfte betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen und/oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im sonstigen betrieblichen Ergebnis.
Im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegen den Leasingnehmer ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Die Zinserträge werden auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Die Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse sind über die Laufzeit des Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer als Aufwand zu erfassen. Die Verteilung der Leasingzahlungen soll dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des Leasingnehmers entsprechen. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch oder passivisch als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt.
Der aktivierte Vermögenswert im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen wird gem. IAS 16 abgeschrieben beziehungsweise gem. IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei IAS 16 nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt vom Leasingnehmer erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjektes) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung am Restwert des Leasinggegenstandes wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Weiterhin wird der Vermögenswert auf Wertminderungen gemäß IAS 36 überprüft. Finanzierungsleasingraten werden in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird hingegen erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

18. Ertragsteuern.

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen beziehungsweise -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- beziehungsweise Erstattungsbetrag angesetzt.
Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode als Ergebnis gebucht, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde.
Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandenen temporären Differenzen werden ebenfalls erfolgsneutral in der Neubewertungs- beziehungsweise Gewinnrücklage erfasst.
Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Nicht angesetzte Verlustvorträge, die nicht unbeschränkt vortragsfähig sind, werden entsprechend ihrer Fristigkeit ausgewiesen. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.
Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

19. Sonstige Aktiva und sonstige Passiva.

Unter den sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Unter den sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

20. Vorräte.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- und Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff.; die des Nettoveräußerungswertes gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse angesetzt.

Im Rahmen von IAS 23 wurden seit 2008 Fremdkapitalkosten aktiviert. Es handelt sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 0,649 % p. a. und 7,97 % p. a. liegen, angewandt.

21. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der LBBW-Konzern bietet den Arbeitnehmern verschiedene Arten von Alterversorgungsleistungen an. Die Mitarbeiter können eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage erwerben, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängt (leistungsorientierter Plan). In anderen Fällen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage (beitragsorientierte Pläne). Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger.
Bei leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft dazu verpflichtet, zugesagte Leistungen an aktive und frühere Arbeitnehmer zu gewähren. Das versicherungsmathematische Risiko und das Anlagerisiko werden im Wesentlichen von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Für leistungsorientierte Pläne wird der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten berücksichtigt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis des aktuellen Marktzinses für langfristige Kapitalanlagen ermittelt. Unregelmäßigkeiten im Risikoverlauf der Pensionsverpflichtungen, Auswirkungen von Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Schätzungsparameter oder Diskontierungssatz) sowie unerwartete Gewinne beziehungsweise Verluste in Bezug auf Planvermögen können zu versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten führen. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.
Bestehendes Planvermögen wird zum Fair Value bewertet und mindert den Bilanzansatz der Pensionsrückstellungen. Die erwarteten Erträge aus Planvermögen mindern den Pensionsaufwand der Berichtsperiode.
Der als Schuld beziehungsweise Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, zuzüglich bisher nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne (abzüglich entsprechender Verluste), abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands (past service cost), abzüglich des Fair Values des Planvermögens (falls vorhanden) zum Bilanzstichtag. Der Vermögenswert ist begrenzt auf die Summe aller kumulierten, nicht erfassten, saldierten versicherungsmathematischen Verluste und nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand sowie dem Barwert eines wirtschaftlichen Nutzens in Form von Rückerstattungen aus dem Plan oder Minderungen künftiger Beitragszahlungen an den Plan. Der laufende Dienstzeitaufwand stellt dabei den Anstieg des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung, der auf die von Arbeitnehmern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung entfällt, dar. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht.
In den leistungsorientierten Plänen sind Wertguthaben aus der Umwandlung bestimmter Entgeltbestandteile durch Mitarbeiter zur Finanzierung einer Vergütung während einer Freistellung enthalten. Die Umwandlung ist in der Dienstvereinbarung »LBBW FlexiWertkonto II« zwischen der LBBW und dem Gesamtpersonalrat geregelt, welche am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist. Zwei rechtlich selbstständige Wertkontenvereinbarungen mit unterschiedlichem Verwendungszweck stehen den Planteilnehmern zur Auswahl: »ruhestandsnahe Freistellung« sowie »sonstige Freistellungsmöglichkeiten«. Für die in Wertkonten gebildeten Wertguthaben wird durch die Struktur der Kapitalanlage oder durch die LBBW selbst (modellabhängig) gewährleistet, dass die auf Grundlage von Gehaltsverzicht gutgeschriebenen Nominalwerte

jederzeit vorhanden sind (Gewährleistung der Werterhaltung auf die eingezahlten Entgeltbestandteile gemäß § 7d Abs. 3 SGB IV). Der sich aus den umgewandelten Entgeltbestandteilen ergebende Geldbetrag wurde unter Beachtung des vereinbarten Verwendungszweckes entsprechend der Kapitalanlagerichtlinie »LBBW Flexi-Wertkonto II« vom Vermögenstreuhänder angelegt und verwaltet.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der vom Unternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.
Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.
Rückstellungen für Restrukturierungsaufwand und für Rechtsstreitigkeiten werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

22. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsemissionen sowie typisch stille Einlagen aus. Die aufsichtsrechtlich und im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) als haftendes Eigenkapital anerkannten stillen Einlagen werden nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts des Investors als Fremdkapital bilanziert. Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten des Nachrangkapitals, das im Rahmen des Hedge Accountings als Grundgeschäft für einen Fair-Value-Hedge designiert wurde, werden für den besicherten Teil erfolgswirksam um die Änderungen des Fair Values des Hedges angepasst.

23. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg (Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – sowie Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH) nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i. V. m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg einzubezahlende beziehungsweise eingezahlte Kapital.
Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags.
Die Gewinnrücklagen wurden in gesetzliche, satzungsmäßige und andere Gewinnrücklagen aufgegliedert. Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der Fair-Value-Bewertungseffekte aus der Erstanwendung für AfS-Wertpapiere und Beteiligungen – ausgewiesen.
Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sind in den direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen unter dem Posten Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS, gegebenenfalls nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen.
Das Bewertungsergebnis aus Cashflow-Hedges enthält den erfolgsneutralen Anteil am Gewinn oder Verlust. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow-Hedges in dieser Position ausgewiesen.
Die Anteile in Fremdbesitz sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften beteiligt sind (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %).

24. Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihegeschäfte.

Wertpapierpensionsgeschäfte.

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden, und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.
Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer.
Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.
Die Bewertung erfolgt jeweils entsprechend der zugrunde liegenden IAS 39-Kategorien. Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen erfasst. Enthaltene abzugrenzende Agien/Disagien (beziehungsweise Unterschiedsbeträge zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und bei Rückübertragung zu leistenden Betrag) sind innerhalb des jeweiligen Bilanzpostens erfasst. Auflösungsbeträge von Agien/Disagien werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

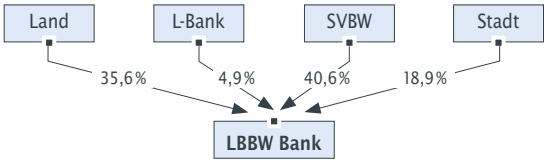
Leihegeschäfte.
Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Der LBBW-Konzern weist als Entleiher die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung als Handelspassiva bilanziert. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapieres/Sachguts im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.
Als Verleiher bilanziert der LBBW-Konzern die Wertpapiere und Sachgüter weiterhin nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften.

25. Eigenkapitalerhöhung

Mit Vertrag vom 19. Juni 2009 haben die Träger der LBBW eine Erhöhung des Stammkapitals um 1,2 Mrd. EUR und der Kapitalrücklage um 3,8 Mrd. EUR sowie die Aufnahme der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) als weiteren Träger der LBBW beschlossen.

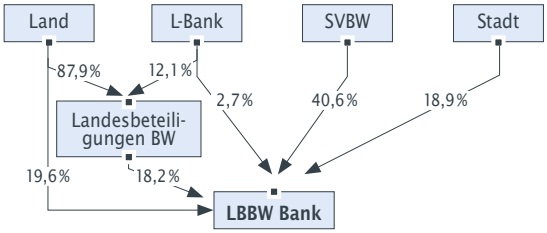
Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses waren das Land Baden-Württemberg (Land), der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW), die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) sowie die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank) Träger der LBBW. Im Vorfeld zur Kapitalmaßnahme hat der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz seinen Anteil an der LBBW von 4,9 % an den SVBW veräußert.

Anteile zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses



Die Träger der LBBW haben sich gemeinsam entsprechend ihrer Beteiligungsquote unmittelbar (SVBW und Stadt) bzw. mittelbar über die Landesbeteiligungen BW (Land und L-Bank) an der Kapitalerhöhung beteiligt. An den Landesbeteiligungen BW sind das Land mit 87,9 % und die L-Bank mit 12,1 % der Anteile beteiligt.

Anteile nach Kapitalerhöhung



Die Erhöhung des Stammkapitals und der Kapitalrücklage erfolgte im Wege der Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen. Der Gesamtbetrag der Kapitalerhöhung wurde bis zum 30. Juni 2009 rechtswirksam zur Verfügung gestellt und wird in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ab dem Zeitpunkt der Einzahlung als Kernkapital angerechnet.

26. Risikoabschirmung

Mit Vertrag vom 26. Juni 2009 hat die LBBW mit dem Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung in Form einer Garantiestruktur mit Wirkung zum 30. Juni 2009 abgeschlossen. Die GPBW GmbH & Co. KG, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg (Garantiegesellschaft), hat der LBBW eine Garantie in Höhe von insgesamt 12,7 Mrd. EUR zur Absicherung von Verlustbeträgen bei festgelegten Referenzvermögenswerten gewährt. Als Verlustbetrag ist der Betrag sämtlicher aus einem Referenzvermögenswert geschuldeter Zahlungen, einschließlich geschuldeter Zinsen, Verwertungskosten und sonstiger geschuldeter Zahlungen definiert, der bei Fälligkeit nicht erfüllt wird. Die Laufzeit der Garantie endet mit der Fälligkeit des am längsten abgesicherten Wertpapiers.
Die Garantie bezieht sich dabei in Höhe von 6,7 Mrd. EUR auf ein ABS-Portfolio der Bank und verschiedener Konzernunternehmen mit einem ursprünglichen Nominalbetrag von 17,6 Mrd. EUR sowie in Höhe von 6,0 Mrd. EUR auf ein Darlehen (Junior Loan) der LBBW in gleicher Höhe an Sealink Funding Ltd. (Sealink), einer Zweckgesellschaft, in die bestimmte risikobehaftete strukturierte ABS im Rahmen des Erwerbs der ehemaligen Landesbank Sachsen AG ausgelagert wurden.
Zur Sicherung der Garantie hat die Garantiegesellschaft ein verzinsliches Bardepot in Höhe von 12,7 Mrd. EUR hinterlegt und an die LBBW verpfändet. Die Garantiegesellschaft refinanziert sich über die Emission einer Anleihe in Höhe von 12,7 Mrd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren, welche vom Land Baden-Württemberg in Höhe des Nominalbetrags gegen tatsächliche Zahlungsausfälle gesichert wird. Die Anleihe wurde vollständig von der LBBW übernommen.

Gemäß der Vertragsgestaltung vom 30. Juni 2009 gingen etwaige Verluste bis zu einem Betrag von 1,9 Mrd. EUR auf genau identifizierte Vermögenswerte im ABS-Portfolio (Selbstbehaltsengagements, gegenständlicher First Loss) zulasten der LBBW. Im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens wurde der Garantievertrag am 15. Dezember 2009 dahingehend geändert, dass der First Loss in Höhe von 1,9 Mrd. EUR auf das gesamte Verbriefungsportfolio ausgeweitet wurde. Insgesamt wurde bis zum 31. Dezember 2009 den erwarteten Ausfallrisiken auf die garantierten Referenzvermögenswerte in Höhe des First Loss durch Bildung von Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen. Bezogen auf das abgesicherte Darlehen an Sealink verbleibt das Währungskursrisiko bei der LBBW. Die gewählte Garantiestruktur bewirkt bezogen auf das ABS-Portfolio eine Begrenzung der auf die Bank entfallenden zukünftigen Verluste auf 1,9 Mrd. EUR und bezogen auf den Junior Loan an Sealink eine sofortige Risikoentlastung für zukünftige Verluste aus dem abgeschirmten Portfolio. Damit kommt es für die garantierten Referenzvermögenswerte zu einer GuV- und Eigenkapitalentlastung.

Von dem in 2008 vorgenommenen Erwerb der Sachsen LB durch die LBBW waren die strukturierten Portfolios Ormond Quay und Sachsen Funding I ausgenommen. Diese Portfolios mit einem Geschäftsvolumen von 17,3 Mrd. EUR wurden auf die in 2008 gegründete Zweckgesellschaft Sealink Funding Ltd. übertragen. Zur Absicherung von Zahlungsausfällen innerhalb dieser Portfolios hat der Freistaat Sachsen eine Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. EUR bereitgestellt. Zahlungsausfälle aus ehemals Sachsen Funding I-Wertpapieren sind jedoch in Höhe von ursprünglich 71,3 Mio. EUR vorrangig durch die LBBW zu tragen (Special-First-Loss-Garantie). Für den Gesamtbetrag der Special-First-Loss-Garantie wurden bereits zu Beginn in voller Höhe Rückstellungen gebildet. Zahlungsausfälle über den Garantiebetrag des Freistaats Sachsen hinaus bis zu einer Summe von 6 Mrd. EUR werden seit 30. Juni 2009 durch den Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg abgedeckt. Darüber hinausgehende Verluste wären überwiegend von den anderen beteiligten Landesbanken zu tragen. Die LBBW geht weiterhin davon aus, dass die Garantie des Freistaats Sachsen und die Garantie des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Risikoschirmes vollständig ausreichen, um die Risiken aus den an Sealink übertragenen Portfolios abzudecken.

Genehmigung der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission sieht die Maßnahmen zur Eigenkapitalerhöhung und Risikoabschirmung als maßgeblich durch das Land Baden-Württemberg bzw. die übrigen Träger determiniert, da ein marktwirtschaftlich handelnder Investor unter den gegeben Umständen kein Eigenkapital zugeführt und keine Garantie gestellt hätte (Beihilfe im Sinne des Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag), und hat gemäß Artikel 88 EG-Vertrag eine eingehende Prüfung der beschriebenen Maßnahmen zur Unterstützung der LBBW verlangt. Mit Schreiben vom 30. Juni 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalzuführung durch die Träger sowie die Eigenkapitalentlastung durch die Risikoabschirmung des Landes Baden-Württemberg für zunächst sechs Monate genehmigt. Die endgültige Zustimmung wurde von der Vorlage eines umfassenden Umstrukturierungsplans abhängig gemacht, mit dem vermutete Wettbewerbsvorteile zugunsten der LBBW ausgeglichen werden sollen. Der von der Trägerversammlung und dem Verwaltungsrat verabschiedete Restrukturierungsplan des Vorstands wurde Anfang Oktober 2009 von der Bundesrepublik Deutschland bei der EU-Kommission eingereicht. Mit Beschluss vom 15. Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalmaßnahmen und die Risikoabschirmung endgültig bewilligt.

Im Umstrukturierungsplan ist die Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder, insbesondere die Geschäfte mit Unternehmenskunden, Privatkunden und Sparkassen vorgesehen. Außerdem werden leistungsfähige Kapitalmarktprodukte auch für institutionelle Anleger angeboten sowie das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen betrieben.

Die LBBW wird ca. 40 % ihrer Aktiva des Jahres 2008 (448 Mrd. EUR) abbauen; ein Großteil dieses Abbaus soll bis 2013 erreicht werden. Damit verbunden ist eine Senkung der Kosten um 700 Mio. EUR jährlich im LBBW-Konzern, unter anderem durch den Abbau von 2 500 Stellen. Zu den Auflagen der EU gehören ferner eine Straffung des Auslandsnetzes sowie der Verkauf von Beteiligungen.

Gleichzeitig verpflichtet sich die LBBW zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft – entweder nach deutschem Recht (AG) oder europäischem Recht (SE) – bis Ende 2013. Bereits bis Ende nächsten Jahres wird die LBBW die wesentlichen inhaltlichen Strukturelemente einer Aktiengesellschaft übernehmen, insbesondere einen Aufsichtsrat an Stelle des Verwaltungsrates einführen und die Trägerversammlung in eine Haupt- oder Eigentümerversammlung umwandeln. Unter anderem ist vorgesehen, die Hälfte der Aufsichtsratsmandate der Eigentümerseite mit externen Bank- und Wirtschaftsexperten zu besetzen.

Segmentberichterstattung.

27. Segmente.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird im Geschäftsjahr 2009 gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt, nachdem im Geschäftsjahr 2008 noch der IAS 14 die Basis für den Segmentbericht bildete. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Durch die Anwendung des IFRS 8 ergaben sich keine Änderungen bei der Abgrenzung der berichtspflichtigen Segmente im Vergleich zu IAS 14. Die Vorjahreszahlen wurden an die sich aus der Umstellung auf IFRS 8 ergebenden Änderungen der Bewertungsmethoden angepasst.

Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment Corporates beinhaltet die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz, Großkunden, Immobilienunternehmen sowie mit der öffentlichen Hand. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-balance Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das internationale Geschäft, Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts für unsere Corporates Kunden, die gewerblichen Immobilienfinanzierungen und andere Spezialproduktbereiche – insbesondere das Beteiligungs-, Leasing- und Factoringgeschäft – einbezogen.
- Das Segment Retail Clients umfasst alle Aktivitäten mit Privat-, Anlage-, Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen – insbesondere für Wealth-Management-Kunden – wie z. B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment die Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment Financial Markets sind neben den klassischen Handelsgeschäften sämtliche Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen enthalten. Im Produktportfolio befinden sich Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset Management-Leistungen angeboten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Weiterhin ist die Refinanzierung schwerpunktmäßig in diesem Segment gebündelt.
- Im Segment Credit Investment Portfolio/Treasury ist neben dem Ergebnisbeitrag aus strategischen Anlagen im Wesentlichen das Kreditersatzportfolio des Konzerns gebündelt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Eigeninvestments in Plain Vanilla Bonds, strukturierte Verbriefungen und Kreditderivaten.
- Das Segment Corporate Items umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten operativen Segmenten enthalten sind. Dazu zählen vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, der nicht auf andere Segmente verteilte Erfolg aus der zentralen Anlage der Eigenmittel, Wertkorrekturen bei der Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH – soweit es sich um nicht banktypische Geschäfte handelt (betrifft insbesondere das Developmentgeschäft) – sowie außerordentliche Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem von der EU genehmigten Umstrukturierungsplan stehen (z. B. Restrukturierungsaufwendungen.)
- In der Spalte Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst. Zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitrechnung dargestellt.
Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.
Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.
Das Handelsergebnis umfasst auch das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.
Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.
Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen (EAV) und dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in einer Position zusammengefasst.
Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen.
Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt auf Basis der internen Managementberichterstattung.
Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals erfolgt auf Basis der gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelten Risikopositionen sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung in den Segmenten. Im Geschäftsjahr 2009 wurde die kalkulatorische Kernkapitalunterlegung erhöht. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen für das gebundene Eigenkapital entsprechend angepasst.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments errechnet sich aus dem operativen Ergebnis bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapital. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den operativen Erträgen.
Ab dem Geschäftsjahr 2009 werden die Bestände der strategischen Anlagen nicht mehr Mark-to-market, sondern gemäß den Methoden der externen Rechnungslegung bewertet. Die Vorjahreszahlen wurden an die geänderte Methodik angepasst. Darüber hinaus berücksichtigt die Segmentberichterstattung die Korrekturen der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund von Sachverhalten gemäß IAS 8 als Bestandteil der Überleitung/Konsolidierung.
Die Entwicklung der Segmentergebnisse 2009 stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	Corporates		Retail Clients		Financial Markets		Credit Investment Portfolio/Treasury		Corporate Items		Überleitung/ Konsolidierung		LBBW-Konzern	
Mio. EUR	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsergebnis	1 460	1 098	376	402	601	775	10	– 58	324	– 97	7	175	2 778	2 294
Provisionsergebnis	509	353	217	245	92	92	– 38	34	– 81	1	– 43	– 175	657	549
Handelsergebnis[1]	12	3	1	0	373	– 94	819	– 2 058	– 4	– 2	– 454	42	748	– 2 108
Sonstiges betriebliches Ergebnis[2]	170	208	1	3	– 2	– 18	– 3	– 5	– 307	160	– 77	13	– 217	361
Operative Erträge	**2 151**	**1 662**	**595**	**650**	**1 064**	**754**	**789**	**– 2 087**	**– 67**	**62**	**– 567**	**55**	**3 966**	**1 097**
Verwaltungsaufwendungen	– 673	– 644	– 491	– 516	– 335	– 365	– 90	– 125	– 327	– 290	6	150	– 1 909	– 1 789
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 1 162	– 495	– 41	– 62	– 79	– 157	– 206	– 197	– 105	– 42	67	70	– 1 527	– 883
Finanzanlageergebnis und andere Posten[3]	– 145	– 116	0	0	– 12	0	– 463	– 898	– 148	50	– 89	– 13	– 857	– 977
Operatives Ergebnis	**172**	**408**	**64**	**72**	**639**	**233**	**30**	**– 3 308**	**– 647**	**– 220**	**– 583**	**262**	**– 327**	**– 2 553**
Wertminderung Goodwill	– 519	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	– 519	0
Restrukturierungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	– 368	– 109	0	0	– 368	– 109
Ergebnis vor Steuern	**– 348**	**408**	**64**	**72**	**639**	**233**	**30**	**– 3 308**	**– 1 015**	**– 329**	**– 583**	**262**	**– 1 214**	**– 2 662**
Ertragsteuerertrag/-aufwand													– 268	550
Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss													**– 1 482**	**– 2 112**
Segmentvermögen[4]	106 599	113 166	36 367	35.628	161.560	158 387	90 994	107 465	23.489	28 149	– 7 316	4 944	411 694	447 738
Anrechnungspflichtige Positionen	77 092	78 156	12 864	14 059	18 382	23 207	40 301	49 713	9 487	14 988	– 4 212	– 2 673	153 913	177 450
Gebundenes Eigenkapital	5 411	5 103	924	1 001	1 527	1 675	3 190	3 210	– 675	– 957	– 260	– 373	10 117	9 659
RoE (in %)[5]	**3,2 %**	**8,0 %**	**6,9 %**	**7,2 %**	**41,8 %**	**13,9 %**	**0,9 %**	**< 0 %**	**–**	**–**	**–**	**–**	**< 0 %**	**< 0 %**
CIR (in %)	**31,3 %**	**38,7 %**	**82,5 %**	**79,4 %**	**31,5 %**	**48,3 %**	**11,4 %**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**48,1 %**	**> 100 %**

1) Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden als Teil des Handelsergebnisses ausgewiesen.

2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

3) Beinhaltet die GuV-Posten Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus EAV und Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen. Die GuV-Ergebnisse aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2009 für das Segment Corporates auf – 51 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) und für das Segment Corporates Items auf – 72 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR).

4) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen beträgt im Jahr 2009 für das Segment Corporates 54 Mio. EUR (Vorjahr: 118 Mio. EUR) und für das Segment Corporate Items 255 Mio. EUR (Vorjahr: 283 Mio. EUR).

5) Ohne Berücksichtigung von Wertminderungen auf Goodwill und Restrukturierungsaufwendungen.

Das Ergebnis des **LBBW-Konzerns** ist im Jahr 2009 durch gegenläufige Entwicklungen geprägt. Die Erträge der drei **operativen Segmente** konnten deutlich um rund 24 % auf 3,8 Mrd. EUR gesteigert werden. Daneben profitierte das Kreditersatzgeschäft marktbedingt von Wertsteigerungen. Dieser positiven Entwicklung stehen jedoch Auswirkungen aus dem Abschwung der Realwirtschaft gegenüber, die sich in einer deutlich erhöhten Risikovorsorge für das klassische Kreditgeschäft niederschlagen. Belastend wirken darüber hinaus auch Sonder- und Einmaleffekte. In Summe führte dies zwar zu einer Verbesserung des Konzernergebnisses vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr, es ist jedoch mit – 1 214 Mio. EUR weiterhin negativ.
Die operativen Erträge des Segments **Corporates** weisen ein deutliches Wachstum von 29 % bzw. 489 Mio. EUR auf. Getragen wurde diese Entwicklung sowohl von Margenausweitungen als auch durch gestiegene Provisionseinnahmen. Hier konnten insbesondere verstärkt Provisionen aus Strukturierungen und Kapitalmarktfinanzierungen in Form von Bond- und Schuldscheinemissionen vereinnahmt werden. Die konjunkturelle Eintrübung schlägt sich jedoch deutlich in einem erhöhten Vorsorgebedarf in diesem Segment nieder. Betroffen sind insbesondere Immobilien-, Export- sowie Leverage Finance Finanzierungen. Das operative Ergebnis liegt danach bei 172 Mio. EUR (– 58 %). Nach Berücksichtigung der Wertminderung des Goodwill, der diesem Segment zugeordnet wurde, ergibt sich im Jahr 2009 ein negatives Konzernergebnis vor Steuern.
Im Segment **Retail Clients** belaufen sich die operativen Erträge auf 595 Mio. EUR und liegen insbesondere wegen anhaltendem Druck auf die Erlöse um 55 Mio. EUR (– 8 %) unter Vorjahresniveau. Ursache hierfür sind vor allem das Wertpapiergeschäft, das durch die Finanzmarktkrise und die Abgeltungssteuer belastet wurde, sowie das vom niedrigen Zinsniveau beeinflusste Einlagengeschäft. Geringere Nettozuführungen in der Risikovorsorge (– 41 Mio. EUR/ Vorjahr: – 62 Mio. EUR) sowie unter Vorjahr liegende Verwaltungsaufwendungen reichen nicht vollständig aus, um den Erlösrückgang zu kompensieren. Somit beläuft sich das Konzernergebnis vor Steuern auf 64 Mio. EUR (Vorjahr: 72 Mio. EUR).
Aufgrund außergewöhnlicher Marktsituationen sowie durch Ausbau des kundengetriebenen Geschäfts konnten im Segment **Financial Markets** die operativen Erträge um 310 Mio. EUR auf 1 064 Mio. EUR gesteigert werden. Im kundengetriebenen Geschäft sind insbesondere Zinsderivate sowie Bond- bzw. Schuldscheinemissionen die wesentlichen Wachstumstreiber. Die Risikovorsorge, die im Vorjahr durch Verluste aus Ausfällen von Kontrahenten geprägt war, hat sich im Geschäftsjahr 2009 nahezu halbiert. Diese Entwicklungen führten insgesamt zu einem signifikanten Anstieg des Konzernergebnisses vor Steuern um rund 400 Mio. EUR auf 639 Mio. EUR.

Die Ergebnisentwicklung im Segment **Credit Investment Portfolio/Treasury** profitierte insbesondere von einer deutlichen Spreadeinengung bei Kreditderivaten und Anleihen. Nach erheblichen Belastungen im Vorjahr führte dies zu deutlichen Bewertungsgewinnen und trug wesentlich zu den operativen Erträgen in Höhe von 789 Mio. EUR bei. Nach Abzug der auf Vorjahresniveau liegenden Risikovorsorge sowie Belastungen im Finanzanlageergebnis von rund – 460 Mio. EUR (v. a. Impairments) beläuft sich das Konzernergebnis vor Steuern auf 30 Mio. EUR (Vorjahr: – 3 308 Mio. EUR).
Das Segment **Corporate Items** ist im Jahr 2009 stark durch Sonder- und Einmaleffekte geprägt. Neben den Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit dem EU-Umstrukturierungsplan wirken hier vor allem Abschreibungen/Bewertungen im Beteiligungsportfolio sowie Wertkorrekturen des Developmentgeschäfts der LBBW Immobilien GmbH belastend.

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2009 beträgt die Summe aus der »Überleitung/ Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern – 583 Mio. EUR (Vorjahr: 262 Mio. EUR) und ist für die Jahre 2009 und 2008 im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:
Der Kreis der in die interne Steuerung eingebundenen Tochterunternehmen und Beteiligungen ist umfassender als der IFRS-Konsolidierungskreis. Die Abbildung dieser Unternehmen erfolgt im Managementreport nach ökonomischen Methoden.
In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (insbesondere Unwinding).
Die gesamten Bestände der Handelsbücher werden im internen Managementbericht Mark-to-market ausgewiesen, während diese im IFRS-Konzernabschluss nicht vollständig zum Fair Value bewertet werden.
Die im Rahmen der internen Leistungsverrechnung nicht den Segmenten zugeordneten Kosten der Servicebereiche (v. a. integrationsbedingte Kosten in 2008) werden in der Überleitung ausgewiesen.

Angaben auf Unternehmensebene.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen
Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen.
Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		Amerika		Asien		Sonstige/ Konsolidierung		LBBW-Konzern	
Mio. EUR	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Operative Erträge	2 906	1 743	840	– 895	226	81	50	67	– 56	102	3 966	1 097
Ergebnis vor Steuern	– 1 368	– 1 274	195	– 1 570	113	– 127	21	43	– 174	266	– 1 214	– 2 662

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

28. Zinsergebnis.

Im Zinsergebnis sind neben den Zins- und laufenden Erträgen sowie den Zinsaufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten enthalten. Die Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held for Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten sind ebenfalls im Zinsergebnis erfasst. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	2009	2008
Operatives Zinsergebnis	2 621	2 135
Laufende Erträge	66	125
Vorfälligkeitsentschädigungen	73	17
Ergebnis aus der Gewinnabführung und der Verlustübernahme	18	17
Zinsergebnis	**2 778**	**2 294**

Das operative Zinsergebnis für das Geschäftjahr enthält im Wesentlichen Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften 9 422 Mio. EUR (Vorjahr: 14 552 Mio. EUR), Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen 3 922 Mio. EUR (Vorjahr: 7 822 Mio. EUR), Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen – 5 828 Mio. EUR (Vorjahr:– 8 671 Mio. EUR), Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten – 4 528 Mio. EUR (Vorjahr: – 7 506 Mio. EUR) sowie sonstige Zinsaufwendungen – 1 656 Mio. EUR (Vorjahr:– 4 294 Mio. EUR). Zudem wird unter dem operativen Zinsergebnis das Ergebnis aus Finanzierungsleasingverhältnissen (Leasinggeber) mit 555 Mio. EUR (Vorjahr: 240 Mio. EUR) ausgewiesen.

Aus den laufenden Erträgen entfallen 33 Mio. EUR (Vorjahr: 54 Mio. EUR) auf Erträge aus Dividenden.
Das Zinsergebnis zum Jahresende 2008 war mit einem Aufwand in Höhe von 494 Mio. EUR aus der Bedienung bestehender stiller Einlagen und Genussrechte belastet. Aufgrund geänderter Annahmen über künftige Zins- und Tilgungs-Cashflows hat sich der Barwert der stillen Einlagen und Genussrechte im Geschäftsjahr 2009 um 37 Mio. EUR reduziert. Die laufende Verzinsung auf Genussrechte und stille Einlagen wird in späteren Jahren an die Gläubiger ausgeschüttet, sofern die am HGB-Jahresfehlbetrag 2009 partizipierenden Emissionen wieder bis zum Nennbetrag aufgefüllt worden sind, eine Nachholung der Ausschüttung vertraglich nicht ausgeschlossen ist oder die Emissionen in der Zwischenzeit nicht zurückbezahlt worden sind.
Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurden im Berichtsjahr aus der Barwerterhöhung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) Zinsen in Höhe von 85 Mio. EUR (Vorjahr: 70 Mio. EUR) ermittelt.
Im Zinsergebnis ist ein Effekt in Höhe von 5 Mio. EUR aus der Umkategorisierung von Wertpapieren in 2008 aus den Handelsaktiva in Forderungen enthalten.
Die Zinsergebniszusammensetzung der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten ist wie folgt:

Mio. EUR	2009	2008
Zinserträge	12 754	21 184
Zinsaufwendungen	– 11 583	– 20 664
	1 171	**520**

29. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns wie folgt dar:

Mio. EUR	2009	2008
Nettozuführung inklusive Rückstellungen im Kreditgeschäft	–1 456	–830
Direkte Forderungsabschreibung	–72	–63
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	8	15
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	–7	–5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**–1 527**	**–883**

Aufgrund der konjunkturellen Einbrüche als Folge der Finanzmarktkrise wurde das Ausmaß des Wertberichtigungsumfangs negativ beeinflusst, was sich insbesondere in diversen Einzelwertberichtigungen zeigte.
Die Nettozuführung setzt sich zusammen aus der Zuführung zur Risikovorsorge –2 069 Mio. EUR, der Auflösung 666 Mio. EUR und der Nettozuführung bei Rückstellungen im Kreditgeschäft –53 Mio. EUR.

Auf das klassische Kreditgeschäft entfielen dabei Nettozuführungen in Höhe von –1 245 Mio. EUR. Daneben wirkten im Geschäftsjahr 2009 weitere Nettozuführungen von rund –200 Mio. EUR aus der Schieflage des isländischen Bankensystems belastend.

30. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	2009	2008
Vermittlungsgeschäft	226	129
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	194	137
Wertpapier- und Depotgeschäft	189	133
Treuhandgeschäft	8	–2
Leasinggeschäft	–2	–3
Kredit- und Avalgeschäft	–18	100
Sonstiges	60	55
Provisionsergebnis	**657**	**549**

Erträge aus Arrangement Fees führten zum Anstieg des Provisionsergebnisses aus dem Vermittlungsgeschäft. Die Verbesserung der Provisionsergebnisse aus dem Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft sowie Wertpapier- und Depotgeschäft resultiert im Wesentlichen aus Neugeschäft sowie höheren Erträgen aus dem Konsortialgeschäft.

Die Veränderung des Kredit- und Avalgeschäfts ist unter anderem auf die erstmalig im zweiten Halbjahr 2009 anteilig zu leistende Avalprovision in Höhe von –157 Mio. EUR für die Risikoabschirmung zurückzuführen.
In dem sonstigen Provisionsergebnis sind im Wesentlichen Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.
Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten beträgt 3 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR).

31. Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

In dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen werden ausschließlich die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings ausgewiesen. Nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügende Sicherungsgeschäfte werden hinsichtlich ihrer Ergebniswirkung im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	2009	2008
Portfolio-Fair-Value-Hedge	25	–28
davon Grundgeschäft	–112	–465
davon Sicherungsinstrument	137	437
Mikro-Fair-Value-Hedge	–39	3
davon Grundgeschäft	326	347
davon Sicherungsinstrument	–365	–344
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	**–14**	**–25**

32. Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungsergebnisse und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus ökonomischen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	2009	2008
Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften	483	–1 326
Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten	121	–25
Ergebnis aus Aktiengeschäften	50	–137
Ergebnis aus Zinsgeschäften	–34	58
Ergebnis aus Devisengeschäften	–33	–27
Handelsergebnis	**587**	**–1 457**

Die Ergebnisse aus Kreditderivaten, insbesondere aus Geschäften mit Single-Name Credit Default Swaps und Credit Default Swaps aus Collaterized Debt Obligations, sind im Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften ausgewiesen. Im Wesentlichen beinhaltet das Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften im Geschäftsjahr 2009 Bewertungsgewinne bei Kreditderivaten in Höhe von 471 Mio. EUR.
Im Ergebnis aus Aktiengeschäften sind die realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten enthalten.
Das Ergebnis aus Devisengeschäften enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen, Devisen-Futures und der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder -verbindlichkeiten.
Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechungsdifferenzen beläuft sich auf –372 Mio. EUR (Vorjahr: –866 Mio. EUR). Dieser Betrag enthält nicht die Währungsumrechnungsdifferenzen von Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden.
Hinsichtlich der Höhe der als separater Posten im Eigenkapital eingestellten Umrechnungsdifferenzen wird auf Note 65 verwiesen.
Das Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten enthält unter anderem das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, insbesondere aus OTC-Zinsderivaten, die nicht dem Handelsbuch angehören und sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren.
Das Ergebnis aus Zinsgeschäften resultiert insbesondere aus Kursgewinnen und -verlusten von Geschäften mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Zinsderivaten.

33. Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Handelsbeständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen werden dem Provisionsergebnis zugeordnet.

Mio. EUR	2009	2008
Realisiertes Ergebnis	–56	–190
Unrealisiertes Ergebnis	231	–436
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	**175**	**–626**

Die Veränderung des Fair Values der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos im unrealisierten Ergebnis beträgt im laufenden Geschäftsjahr –56 Mio. EUR (Vorjahr: 248 Mio. EUR). Davon entfallen –66 Mio. EUR (Vorjahr: 221 Mio. EUR) auf Änderungen in Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität. Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderung werden die Wertänderungen des strukturierten Finanzinstruments und des gegenläufigen Derivats saldiert. Grundlage für die Ermittlung des Fair Values für das eingebettete Derivat und das Finanzinstrument sind die Regelungen der Stellungnahme IDW RS HFA 9.

34. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungsergebnisse und Wertminderungen von AfS- und LaR-Wertpapieren sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten und an nicht at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Ebenso sind Zuschreibungen auf Finanzanlagen nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	2009	2008
Veräußerungsergebnis	–44	36
davon Wertpapiere (AfS)	–58	29
davon Beteiligungen (AfS)	14	8
davon sonstige Finanzanlagen (AfS)	0	–1
Wertminderung	–353	–826
Zuschreibungen	20	1
Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS)	**–377**	**–789**
Veräußerungsergebnis	52	41
davon Wertpapiere (LaR)	52	41
Wertminderung und andere unrealisierte Aufwendungen	–469	–242
Zuschreibungen	22	0
Erträge aus Erstattungsansprüchen	39	0
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	**–356**	**–201**
Ergebnis aus Finanzanlagen	**–733**	**–990**

Das Ergebnis aus Finanzanlagen beinhaltet im Wesentlichen die aus der Finanzmarktkrise resultierenden Wertminderungen (Impairments) auf AfS- bzw. LaR-kategorisierte Anleihen und strukturierte Wertpapiere in Höhe von –492 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2009 entfielen auf das garantierte Verbriefungsportfolio Wertminderungen in Höhe von 474 Mio. EUR. Damit war der First Loss der Bank vollständig bilanziell verarbeitet; weitere Wertminderungen aus dem Garantieportfolio in Höhe von 39 Mio. EUR wirkten daher nicht mehr ergebnisbelastend. Von den Wertminderungen (inkl. Zuschreibungen) entfielen 245 Mio. EUR auf Beteiligungen und 535 Mio. EUR auf Wertpapiere. Bei den Wertpapieren entfällt der Großteil der Wertminderungen auf forderungsbesicherte Wertpapiere (RMBS Alt-A und CDOs).
In dem Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS) sind Aufwendungen in Höhe von 39 Mio. EUR (Vorjahr: 321 Mio. EUR) enthalten, die im Rahmen von Wertberichtigungen (Impairments) der Finanzinstrumente aus der Neubewertungsrücklage entnommen und in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt wurden.

35. Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen.

Mio. EUR	2009	2008
Laufende Erträge assoziierte Unternehmen	16	12
Laufende Erträge Joint Ventures	0	5
Erträge aus at Equity bilanzierten Unternehmen	16	17
Laufende Aufwendungen assoziierte Unternehmen	–23	0
Laufende Aufwendungen Joint Ventures	1	0
Wertminderungen assoziierte Unternehmen	–66	0
Wertminderungen Joint Ventures	–51	–1
Aufwendungen aus at Equity bilanzierten Unternehmen	–139	–1
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	**–123**	**16**

36. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Mio. EUR	2009	2008
Mieterträge	130	127
Erträge aus dem Abgang	9	10
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	139	137
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	–45	–39
Betriebliche Aufwendungen für leerstehende Immobilien	0	0
Sonstige Aufwendungen	0	0
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–45	–39
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertungen	–13	152
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**81**	**250**

Der Rückgang im Ausweis der Fair-Value-Bewertung resultiert im Wesentlichen aus der Überarbeitung der Wertermittlung des Gewerbeportfolios der LBBW Immobilien GmbH. Darüber hinaus sind bereits im Bestand der LBBW befindliche Immobilien aufgrund der Überschreitung des Drittnutzungsanteils von 80 % in als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umgewidmet worden. Wesentlichen Einfluss auf die stattgefundenen Fair-Value-Bewertungen haben dabei unter anderem die Parameter Dynamisierung der Marktmiete, Leerstands- und Mietausfallkosten und Diskontierungszinssätze.

37. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen. Die jeweiligen Positionen gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	2009	2008
Löhne und Gehälter	–810	–749
Soziale Abgaben	–127	–112
Nettozuführungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	–127	–111
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–10	–8
Aufwendungen für Altersvorsorge (Beitragsorientierte Pläne)	–4	–6
Sonstige Personalaufwendungen	–23	–26
Personalaufwand	**–1 101**	**–1 012**
EDV-Kosten	–123	–140
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	–120	–85
Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen	–85	–64
Raumkosten	–48	–74
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–40	–54
Verbands- und sonstige Beiträge	–41	–51
Honorare des Abschlussprüfers	–11	–11
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	–161	–174
Andere Verwaltungsaufwendungen	**–629**	**–653**
Abschreibungen Sachanlagen	–78	–76
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte	–101	–48
Abschreibungen	**–179**	**–124**
Verwaltungsaufwendungen	**–1 909**	**–1 789**

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altervorsorge hat das Unternehmen 2009 69 Mio. EUR beziehungsweise 58 Mio. EUR im Jahr 2008 für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und als Aufwand unter den sozialen Abgaben erfasst. Die Steigerungen in den Personalaufwendungen resultierten im Wesentlichen aus der gestiegenen Mitarbeiterzahl im Konzern nach Konsolidierungskreisänderungen mit Aufnahme von Tochtergesellschaften in den Teilkonzern der LBBW Immobilien GmbH, der erstmalig vollumfänglichen Einbeziehung der Mitarbeiter der ehemaligen Sachsen LB sowie der Übernahme der Tariflohnerhöhung im Bankgewerbe.
Die Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Aufwendungen für Kraftfahrzeuge, Kopierer und Faxgeräte. In den Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen sind Mindestleasingzahlungen in Höhe von – 85 Mio. EUR (Vorjahr: – 64 Mio. EUR) enthalten. Die Leasingverträge beinhalten in der Regel keine Verlängerungs- und Kaufoptionen.

Die LBBW hat in den kommenden Jahren als Leasingnehmer aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

Mio. EUR	2009	2008
Laufzeit bis zu 1 Jahr	44	32
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	116	72
Laufzeit über 5 Jahre	142	80
	302	**184**

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers in Höhe von –11 Mio. EUR setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2009	2008
Abschlussprüfung	–7	–7
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	–3	–2
Steuerberatungsleistungen	–1	–1
Sonstige Leistungen	0	–1
Honorar des Abschlussprüfers	**–11**	**–11**

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten unter anderem Aufwendungen für Büro- und Kraftfahrzeugkosten in Höhe von 23 Mio. EUR (Vorjahr: 24 Mio. EUR) sowie Porto-, Transport- und Kommunikationskosten in Höhe von 25 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR).

38. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stellt sich, getrennt nach Erträgen und Aufwendungen, wie folgt dar:

Mio. EUR	2009	2008
Erträge aus der Veräußerung von Umlaufvermögen	176	506
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	32	30
Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen	28	16
Erträge aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	24	31
Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen	17	15
Erträge aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	2	4
Übrige betriebliche Erträge	107	115
Sonstige betriebliche Erträge	**386**	**717**
Wertminderung von Vorräten	–288	0
Aufwendungen aus der Veräußerung von Umlaufvermögen	–170	–476
Zuführung zu anderen Rückstellungen	–14	–10
Aufwendungen aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	–13	–2
Aufwendungen aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	–12	–9
Aufwendungen für sonstige Steuern	–7	–11
Betriebliche Aufwendungen zur Erzielung von Dienstleistungserlösen	–4	–7
Abschreibungen aus Operating-Leasingverhältnissen	–3	–3
Übrige betriebliche Aufwendungen	–173	–88
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**–684**	**–606**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	**–298**	**111**

Die Wertminderung von Vorräten in Höhe von –288 Mio. EUR beinhalten Abwertungen unbebauter Grundstücke in Höhe von 40 Mio. EUR, Abwertungen von Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten in Höhe von 176 Mio. EUR sowie Bewertungsänderungen von Bauvorbereitungskosten in Höhe von 72 Mio. EUR. Im aktuellen Berichtsjahr stehen keine dem im Vorjahr vergleichbaren Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Umlaufvermögen aus der Übergabe bzw. der Teilgewinnrealisierung gewerblicher Projektentwicklungen gegenüber.
Die Erträge und Aufwendungen aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände betreffen Grundstücke und Gebäude, die zur Veräußerung bestimmt sind und in den Vorräten unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen werden.

Es ergeben sich folgende Mindestleasingzahlungen für die LBBW als Leasinggeber aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen:

Mio. EUR	2009	2008
Laufzeit bis zu 1 Jahr	7	3
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	24	12
Laufzeit über 5 Jahre	41	23
	72	**38**

In den auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und immateriellen Vermögenswerte entfallenden Erträgen sind 1 Mio. EUR Veräußerungsgewinne (Vorjahr: 3 Mio. EUR) sowie 1 Mio. EUR Mieterträge (Vorjahr: 1 Mio. EUR) enthalten.
Die Aufwendungen aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten betreffen mit 2 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) Verkaufsverluste im Zusammenhang mit der Veräußerung von Sachanlagen.
Der Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen steht hauptsächlich im Zusammenhang mit Aufwendungen aus einem beendeten Rechtsstreit in Höhe von 61 Mio. EUR.

39. Restrukturierungsaufwendungen.

Mio. EUR	2009	2008
Laufender Aufwand aus Restrukturierungsmaßnahmen	–18	–63
Aufwand aus der Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	–350	–46
Restrukturierungsaufwendungen	**–368**	**–109**

Die um – 259 Mio. EUR auf – 368 Mio. EUR angestiegenen Restrukturierungsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der EU-Genehmigung bezüglich der Eigenkapitalerhöhung und Risikoabschirmung.
Der Ansatz der Restrukturierungsrückstellung erfolgte gemäß IAS 19.133 und IAS 37.72. Ein formaler Restrukturierungsplan wurde im Oktober 2009 bei der EU-Kommission eingereicht und von dieser im Dezember akzeptiert. In diesem wird der sukzessive Abbau des Kreditersatzgeschäftes, die Aufgabe von Spezialprodukten sowie die Straffung des Auslandsnetzwerks (Aufgabe von elf europäischen Repräsentanzen) und die Aufgabe diverser Beteiligungen (Veräußerung von Tochtergesellschaften in New York, Luxemburg und Irland) vorgesehen. Des Weiteren sollen rund 2 500 Stellen über alle Bereiche und Standorte verteilt abgebaut werden. Die Umsetzung des Planes soll in dem Zeitraum vom April 2010 bis zum Dezember 2013 erfolgen.
In Zusammenhang mit Personalmaßnahmen wurden ca. 222 Mio. EUR und bezogen auf Sachkosten wurden ca. 154 Mio. EUR den Restrukturierungsrückstellungen zugeführt. Gegenläufig wirkte ein Abzinsungseffekt von 26 Mio. EUR.

40. Ertragsteuern.

Der Ertrag beziehungsweise die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2009	2008
Laufender Ertragsteueraufwand	–63	–7
Ergebnis aus Ertragsteuern aus früheren Jahren	–25	–60
	–88	**–67**
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	18	0
Ergebnis aus latenten Ertragsteuern	–180	617
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	101	101
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	–5	–41
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	79	116
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	0	31
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	**–268**	**550**

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	2009	2008
Konzernergebnis vor Steuern	**–1 214**	**–2 662**
Anzuwendender Steuersatz	30,34 %	30,36 %
Rechnerische Ertragsteuer	**368**	**808**
Steuereffekte		
Aus vorgenommenen Wertkorrekturen	–238	–30
Aus permanenten Steuereffekten	–209	–90
Aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	–209	–241
Aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	–96	–38
Aus Steuersatzänderungen	–3	–14
Aus nicht anrechenbaren Ertragsteuern (Quellensteuern und ausländische Steuern)	–2	–6
Aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	9	–30
Aus steuerfreien Erträgen	56	191
Aus Auswirkungen von Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer und Lokale Steuern	57	–23
Aus sonstigen Unterschieden	–1	23
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	**–268**	**550**

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % (2008: 15 %) einschließlich dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (2008: 5,5 %) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,51 % 2008: 14,53 %).

Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,34 % (Vorjahr: 30,36 %).

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen Steuereffekte in Höhe von –280 Mio. EUR aus nicht angesetzten Verlustvorträgen von Tochtergesellschaften und von temporären Differenzen. Diese ergeben sich aus Korrekturen bei den Verlustvorträgen von Gesellschaften aufgrund von vorgesehenen Verkäufen im Rahmen der EU-Restrukturierungsauflagen. Gegenläufige Effekte in Höhe von 41 Mio. EUR ergaben sich aus der Erhöhung steuerlicher Verlustvorträge für vergangene Wirtschaftsjahre.
Die permanenten Steuereffekte beinhalten mit –295 Mio. EUR die steuerlichen Auswirkungen von Fortschreibungen der permanenten bilanziellen Auswirkungen der Purchase Price Allocation der Sachsen LB Gruppe, unter anderem auch die steuerunwirksame Abschreibung des beim Erwerb bilanzierten Goodwills.
Im Geschäftsjahr 2009 wurden steuerlich nicht abzugsfähige Teilwertabschreibungen auf Liquiditätsreservebestände vorgenommen und verschiedene Beteiligungen wertgemindert.
Diese wurden in der Überleitung unter der Position Steuereffekte aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben in Höhe von –126 Mio. EUR (Vorjahr: –103 Mio. EUR) berücksichtigt.

Die Auswirkungen von sonstigen nicht abziehbaren Betriebsausgaben beinhalten insbesondere Steuereffekte aus dem Saldo nicht abzugsfähiger »Interbranch Expenses« und steuerfreien »Interbranch Income« (amerikanische Betriebsstätte der LBBW) in Höhe von –15 Mio. EUR (Vorjahr: –65 Mio. EUR).
Zusätzliche Ertragsteuereffekte in Höhe von 9 Mio. EUR (Vorjahr: –31 Mio. EUR) ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze in den einzelnen Ländern der ausländischen Gesellschaften, welche zwischen 0% und 45,96% liegen. Die Veränderung ist auf Ergebnisse aus ausländischen Einheiten in niedrig besteuerten Ländern zurückzuführen.
Die Zeile steuerfreie Erträge enthält zudem alle Effekte von in- und ausländischen Gesellschaften, wie beispielsweise steuerfreie Erträge in Zusammenhang mit der Veräußerung diverser Anteile in Höhe von 22 Mio. EUR (Vorjahr: 86 Mio. EUR) sowie steuerfreie Dividendeneinkünfte in Höhe von 13 Mio. EUR (Vorjahr: 33 Mio. EUR).

Für folgende Verlustvorträge wurden keine latenten Steuern angesetzt:

Mio. EUR	2009	2008
Nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	2205	151
davon verfallen in 2010	0	0
davon unverfallbar	2205	151

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

	Aktive latente Steuern			Passive latente Steuern		
Mio. EUR	2009	2008	1.1.2008	2009	2008	1.1.2008
Aktivposten						
Forderungen (inkl. Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	432	100	141	–533	–337	–223
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	0	–826	–830	–132
Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1245	2400	349	–2097	–2939	–1864
Finanzanlagen	3463	3405	464	–222	–314	–580
Immaterielle Vermögenswerte	4	5	2	–39	–46	–1
Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	89	48	79	–250	–250	–79
Sonstige Aktiva	312	383	35	–46	–6	–11
Passivposten						
Verbindlichkeiten	134	159	65	–4410	–4342	–81
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	825	996	91	0	0	0
Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1229	1512	1600	0	0	–65
Rückstellungen	316	205	178	–55	–43	–34
Sonstige Passiva	610	374	55	–7	–44	0
Verlust- und Zinsvorträge	621	902	93	–	–	–
Tax Credits	0	0	0	–	–	–
Outside Basis Differences	0	0	0	–	–	–
Sonstiges	0	0	31	–	–	–
Saldierung	–8171	–8956	–2782	8171	8956	2782
	1109	**1533**	**401**	**–314**	**–195**	**–288**
davon erfolgswirksame Veränderungen	–849	6978		668	–6364	
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Neubewertungsrücklage	–355	427		–2	36	
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Gewinnrücklage (IAS 19)	0	0		–8	30	
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	–14	–102		16	220	
Veränderung des Geschäftsjahres	**–1218**	**7303**		**674**	**–6078**	

Die sonstigen erfolgsneutralen Veränderungen sind im Wesentlichen auf Anpassungen gemäß IAS 8 zurückzuführen. Im Vorjahr waren diese Veränderungen auch noch auf den Erwerb der SachsenLB zurückzuführen.

Der Überhang an aktiven über die passiven latenten Steuern beträgt 795 Mio. EUR (Vorjahr: 1338 Mio. EUR). Die Nutzung dieses Steuervorteils wurde durch eine entsprechende Planungsrechnung belegt, welche auf dem stabilen und nachhaltigen Geschäftsmodell der LBBW beruht.

41. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39-Kategorien gegliederten Nettogewinne beziehungsweise -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen beziehungsweise -verlusten, Änderungen im Fair Value, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro-Fair-Value-Hedges.

Mio. EUR	2009	2008
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	587	–1 457
Erfolgswirksam zum Fair Value eingestufte finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	175	–626
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	27	–208
Kredite und Forderungen	–1 872	–272
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Restbuchwert bewertet werden	–148	–1 472

42. Wertminderungsaufwendungen finanzieller Vermögenswerte nach Klassen.

Mio. EUR	2009	2008
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	–210	–257
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	–1 265	–608
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing	–84	–44
Finanzanlagen (LaR)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	–468	–241
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	–1	–1
Finanzanlagen (AfS)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	–105	–652
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	–248	–178
	–2 258	**–1 937**

Angaben zur Bilanz.

43. Barreserve.

Die Barreserve gliedert sich in folgende Positionen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 690	3 298
Kassenbestand	147	146
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	41	36
Barreserve	**1 878**	**3 480**

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken sind Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von 1 649 Mio. EUR (Vorjahr: 3 137 Mio. EUR) enthalten.

44. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Schuldscheindarlehen	34 321	44 280	44 832
Geldmarktgeschäfte	17 965	24 614	42 922
Weiterleitungsdarlehen	14 994	14 392	9 895
Wertpapierpensionsgeschäfte	8 398	18 572	23 658
Sonstige Kredite	5 991	12 098	8 118
Kommunalkredite	4 898	5 156	11 449
Übrige Forderungen	1 520	1 150	2 703
Forderungen an Kreditinstitute	**88 087**	**120 262**	**143 577**
Risikovorsorge	– 584	– 265	– 15
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	**87 503**	**119 997**	**143 562**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Inländische Kreditinstitute	73 087	89 106	97 695
Ausländische Kreditinstitute	15 000	31 156	45 882
Forderungen an Kreditinstitute	**88 087**	**120 262**	**143 577**

Der deutliche Volumenrückgang wurde zum größten Teil durch einen Rückgang bei Krediten, insbesondere der Schuldscheindarlehen, sowie einer Verminderung bei sonstigen Forderungen, vorrangig bei Wertpapierpensionsgeschäften und Geldhandelsgeschäften, getragen.
Der Volumenrückgang dieses Bilanzpostens steht im Zusammenhang mit der durch die Finanzmarktkrise in 2008 notwendig gewordenen hohen Liquiditätsausstattung, die im Geschäftsjahr 2009 zurückgefahren werden konnte.

45. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Sonstige Kredite	36 082	54 794	41 879
Kommunalkredite	31 708	30 595	25 358
Hypothekendarlehen	33 277	12 624	9 886
Geldmarktgeschäfte	15 430	16 731	20 174
Forderungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen	9 285	4 466	4 546
Giroforderungen	4 945	5 472	3 034
Weiterleitungsdarlehen	4 916	4 456	3 010
Schuldscheindarlehen	3 111	2 445	6 054
Baufinanzierungen	2 747	14 331	14 034
Übrige Forderungen	8 132	3 940	18 412
Forderungen an Kunden	**149 633**	**149 854**	**146 387**
Risikovorsorge	– 3 320	– 2 260	– 1 951
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	**146 313**	**147 594**	**144 436**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Inländische Kunden	96 949	95 982	96 648
Ausländische Kunden	52 684	53 872	49 739
Forderungen an Kunden	**149 633**	**149 854**	**146 387**

Für die LBBW als Pensionsnehmer bestanden zum 31. Dezember 2009 4 972 Mio. EUR (Vorjahr: 1 021 Mio. EUR) Forderungen an Kunden aus echten Pensionsgeschäften. Für die in dem Posten enthaltenen Forderungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Bruttoinvestitionswert	**10 737**	**5 089**	**5 122**
./. unrealisierter Finanzertrag	– 1 452	– 623	– 576
= Nettoinvestitionswert	**9 285**	**4 466**	**4 546**
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	– 273	– 83	– 27
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	**9 012**	**4 383**	**4 519**

Restlaufzeiten der Bruttoinvestitionswerte und der Barwerte der ausstehenden Mindestleasingzahlungen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Restlaufzeit der Bruttogesamtinvestitionen			
Bis zu 1 Jahr	1 442	1 483	1 899
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	4 272	3 094	3 023
Über 5 Jahre	5 023	512	200
Restlaufzeit der Barwerte der Mindestleasingzahlungen			
Bis zu 1 Jahr	3 192	1 256	1 655
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	5 486	2 713	2 699
Über 5 Jahre	334	414	165

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finanzierungsleasingverhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, sowie jegliche garantierte Restwerte.
Der Nettoinvestitionswert setzt sich zu Vertragsbeginn aus dem beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes und den aktivierten Vertragsanlaufkosten zusammen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswertes, wobei die Abzinsung mit dem dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatz aus Sicht des Leasinggebers (interner Zinssatz) erfolgt.

Die Finanzierungsleasingverträge umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrages handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte beziehungsweise Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den Leasinggegenstand für Rechnung des Leasinggebers zu versichern. Eine ordentliche Kündigung ist während der Vertragslaufzeit ausgeschlossen. Aus wichtigem Grund können die Leasingverträge gemäß den gesetzlichen Vorschriften von beiden Seiten fristlos gekündigt werden.
Unter den Forderungen an Kunden sind Vorauszahlungen in Höhe von 112 Mio. EUR (Vorjahr: 191 Mio. EUR) ausgewiesen. Das Volumen entliehener Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierleihen betrug im Geschäftsjahr 209 Mio. EUR (Vorjahr: 193 Mio. EUR).

46. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing
Stand 1. Januar 2009	251	1 973	117	15	306	17
Anpassung IAS 8	0	–7	0	–1	–12	0
Stand 1. Januar 2009 angepasst	251	1 966	117	14	294	17
Nettoauflösung(–)/-zuführung(+)	203	1 124	83	4	73	0
Verbrauch	–1	–104	–13	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	114	–23	3	–1	–10	0
Stand 31. Dezember 2009	**567**	**2 963**	**190**	**17**	**357**	**17**

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing
Stand 1. Januar 2008	0	1 633	88	15	318	17
Nettoauflösung(–)/-zuführung(+)	250	585	42	4	–18	2
Verbrauch	0	–199	–15	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	1	–46	2	–4	6	–2
Stand 31. Dezember 2008	**251**	**1 973**	**117**	**15**	**306**	**17**

Aufgrund von Fälligkeiten/Fälligstellungen wurden Wertpapiere, für die kein Zahlungseingang über den Nominalbetrag vorliegt und für die Impairments bestanden, in den Forderungsbestand umgebucht. Die Auflösung der auf die Wertpapiere gebildeten Impairments von 92 Mio. EUR wurde mit den Impairments auf die resultierenden Forderungen verrechnet.
Die wechselkursbedingte und sonstige Veränderung enthält 2009 im Wesentlichen Unwindingeffekte in Höhe von 85 Mio. EUR.
Die kumulierte Risikovorsorge für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen betrug zum Abschlussstichtag –97 Mio. EUR (Vorjahr: –63 Mio. EUR).
Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft belaufen sich auf insgesamt 200 Mio. EUR (Vorjahr: 187 Mio. EUR).

47. Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Positive Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	1 387	2 024
Positive Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 384	1 296
Positive Marktwerte aus Cashflow-Hedge	28	20
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**2 799**	**3 340**

Die Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	2	5
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	307	354
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	68	523
Kategorie LaR	8	10
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67	54
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	305	334
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	448	479
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	211	285
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 384	1 296
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**2 799**	**3 340**

Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungs-swaps designiert.

48. Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, sowie weiteren Vermögenswerten auf die Bilanzposten Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

31. Dezember 2009	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27 433	4 723	87 800
Geldmarktpapiere	10 880	0	1 082
Anleihen und Schuldverschreibungen	16 553	4 723	86 718
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	543	533	53
Aktien	274	382	0
Investmentanteile	267	139	35
Sonstige Wertpapiere	2	12	18
Sonstige	3 862	1 354	0
Schuldscheindarlehen	2 068	783	0
Edelmetalle	67	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	83	0
Übrige	1 727	488	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	35 159	952	0
Beteiligungen	0	0	2 359
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	816
	66 997	**7 562**	**91 028**

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23 668	5 378	89 754
Geldmarktpapiere	13 008	0	1 581
Anleihen und Schuldverschreibungen	10 660	5 378	88 173
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	529	639	96
Aktien	279	550	11
Investmentanteile	250	85	80
Sonstige Wertpapiere	0	4	5
Sonstige	1 617	1 398	0
Schuldscheindarlehen	1 555	753	0
Edelmetalle	62	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	115	0
Übrige	0	530	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	37 383	1 101	0
Beteiligungen	0	0	2 546
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	938
	63 197	**8 516**	**93 334**

1. Januar 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34 653	2 624	83 168
Geldmarktpapiere	20 506	0	2 729
Anleihen und Schuldverschreibungen	14 147	2 624	80 439
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 335	953	157
Aktien	369	894	7
Investmentanteile	946	54	81
Sonstige Wertpapiere	20	5	69
Sonstige	2 721	1 284	0
Schuldscheindarlehen	2 705	708	0
Edelmetalle	16	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	26	0
Übrige	0	550	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12 472	1 042	0
Beteiligungen	0	0	2 709
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	1 019
	51 181	**5 903**	**87 053**

Die Finanzanlagen enthalten in der Position Anleihen und Schuldverschreibungen das ABS-Portfolio mit einem ursprünglichen Nominalbetrag von 17,6 Mrd. EUR, welches im Rahmen einer Garantiestruktur mit einer Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 6,7 Mrd. EUR (Höchstbetragsgarantie) abgesichert wurde. Die Verbriefungen im ABS-Portfolio sind im Wesentlichen der Kategorie LaR und nur in geringem Umfang den Kategorien AfS und FVO zugeordnet. Durch eine Konkretisierungsvereinbarung mit der Garantiegesellschaft vom 15. Dezember 2009 wurde vertraglich festgelegt, dass die Garantie nicht für Zahlungsausfälle aus strukturierten Wertpapieren der Kategorie FVO in Anspruch genommen wird, sondern diese Zahlungsausfälle im Rahmen des First Loss in Höhe von 1,9 Mrd. EUR von der Bank getragen werden. Damit erfüllt die Höchstbetragsgarantie die Voraussetzungen für die Bilanzierung als Finanzgarantie.

Die Höchstbetragsgarantie auf das ABS-Portfolio ist kein integraler Bestandteil der jeweiligen finanziellen Vermögenswerte. Den erwarteten Ausfallrisiken auf die garantierten Referenzvermögenswerte der Kategorie LaR oder AfS wurde durch Bildung von Wertberichtigungen unter Berücksichtigung des bei der Bank liegenden First Loss von 1,9 Mrd. EUR angemessen Rechnung getragen. In Höhe des den First Loss übersteigenden Impairmentbetrags von 39,4 Mio EUR wurde zum 31. Dezember 2009 ein Erstattungsanspruch aktiviert. In der GuV werden Impairmentbetrag und Erstattungsanspruch im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.
Referenzvermögenswerte der Kategorie FVO werden zum Fair Value ohne Berücksichtigung einer Sicherungswirkung durch die Garantie bilanziert.

Die Wertpapiere der Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte und der Finanzanlagen gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

31. Dezember 2009	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	20 244	2 432	71 668
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	7 732	2 810	16 132
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	14	53
	27 976	**5 256**	**87 853**

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	17 553	2 782	65 791
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	6 644	3 215	24 037
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	20	22
	24 197	**6 017**	**89 850**

1. Januar 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	27 118	2 905	64 621
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	8 806	609	17 555
Nicht börsenfähige Wertpapiere	65	63	1 149
	35 989	**3 577**	**83 325**

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen der Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte sowie der Finanzanlagen teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

31. Dezember 2009	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	3 634	216	5 048
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	12 919	4 507	81 670
	16 553	**4 723**	**86 718**

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	2 866	210	5 661
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	7 794	5 168	82 512
	10 660	**5 378**	**88 173**

1. Januar 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1 142	332	6 670
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	13 005	2 292	73 769
	14 147	**2 624**	**80 439**

Für die der Fair-Value-Option zugeordneten sonstigen Forderungen und Kredite besteht in Bezug auf das Kreditrisiko ein Höchstengagement in Höhe von 83 Mio. EUR (Vorjahr: 115 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertpapiere der Handelsaktiva im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko daraus verblieb jedoch beim LBBW-Konzern, daher werden weiterhin alle Wertpapiere in Höhe der Buchwerte von 18 156 Mio. EUR (Vorjahr: 28 690 Mio. EUR) angesetzt. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten betragen 18 156 Mio. EUR. Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2009 Wertpapiere, die in den Finanzanlagen erfasst sind, im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko wurde nicht transferiert, es wurde weiterhin ein Vermögenswert in Höhe von 5 334 Mio. EUR (Vorjahr: 10 402 Mio. EUR) bilanziert. Die mit den weiterhin angesetzten Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten beliefen sich auf 5 334 Mio. EUR.

Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die LBBW zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 31 709 Mio. EUR (Vorjahr: 31 347 Mio. EUR) abgegeben. Insgesamt betrug das Volumen verliehener Wertpapiere 6 527 Mio. EUR (Vorjahr: 581 Mio. EUR).

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2009 und 2008 dargestellt:

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2009	2 164	846	3 010
Zugänge	24	19	43
Abgänge	– 64	– 13	– 77
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	– 1	0	– 1
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	0	– 25	– 25
Stand 31. Dezember 2009	2 123	827	2 950
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2009	– 295	– 72	– 367
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 211	– 34	– 245
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	6	0	6
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	8	1	9
Stand 31. Dezember 2009	– 492	– 105	– 597
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2009	671	164	835
Anpassung gemäß IAS 8	7	0	7
Stand 1. Januar 2009 angepasst	678	164	842
Änderungen Fair Value	50	– 70	– 20
Stand 31. Dezember 2009	728	94	822
Buchwert zum 31. Dezember 2009	**2 359**	**816**	**3 175**

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2008	1 727	824	2 551
Anpassung gemäß IAS 8	1	0	1
Stand 1. Januar 2008 angepasst	1 728	824	2 552
Zugänge	324	111	435
Abgänge	– 25	– 47	– 72
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	137	– 42	95
Stand 31. Dezember 2008	2 164	846	3 010
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2008	– 183	– 95	– 278
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 126	– 4	– 130
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	14	27	41
Stand 31. Dezember 2008	– 295	– 72	– 367
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2008	1 164	290	1 454
Änderungen Fair Value	– 493	– 126	– 619
Stand 31. Dezember 2008	671	164	2 289
Buchwert zum 31. Dezember 2008	**2 540**	**938**	**3 478**

49. At Equity bilanzierte Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Buchwert der assoziierten Unternehmen	223	277
Buchwert der Joint Ventures	50	53
Goodwill aus at Equity bilanzierten Unternehmen	36	71
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	**309**	**401**

Die zusammengefassten Vermögenswerte, Schulden, Erlöse und Periodengewinne beziehungsweise -verluste der at Equity bilanzierten assoziierten Unternehmen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
Summe Aktiva	14 295	13 816
Summe Passiva	13 436	13 033
Summe Eigenkapital	859	783
Erlöse	408	675
Periodengewinn/-verlust	– 5	55

Assoziierte Unternehmen, die nicht nach der at Equity-Methode bilanziert werden, haben in Höhe von 2 220 Mio. EUR Vermögenswerte, in Höhe von 1 638 Mio. EUR Schulden und in Höhe von 21 Mio. EUR Periodengewinne.
Für die at Equity bilanzierten Joint Ventures ergeben sich folgende Angaben gemäß IAS 31.56:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Gesamtsumme der kurzfristigen Vermögenswerte	164	87
Gesamtsumme der langfristigen Vermögenswerte	81	50
Gesamtsumme der kurzfristigen Schulden	142	56
Gesamtsumme der langfristigen Schulden	35	24
Gesamtsumme der Aufwendungen	54	59
Gesamtsumme der Erträge	63	69

50. Zur Veräußerung gehaltene Veräußerungsgruppen.

Im Rahmen der Umstrukturierung des LBBW-Konzerns ist der Verkauf von diversen Beteiligungen geplant. Für folgende Veräußerungsgruppen sind die Kriterien für die Klassifizierung gemäß IFRS 5 erfüllt.
Die LBBW hat im Jahr 2009 für zwei vollkonsolidierte Tochtergesellschaften Verkaufsprozesse angestoßen. Die Beschlussfassung hierzu erfolgte durch Genehmigung des Umstrukturierungsplans durch den Verwaltungsrat und Mitteilung an die EU-Kommission vom 3. Dezember 2009. Im Februar 2010 wurde der Kaufvertrag zur Veräußerung des US-amerikanischen Broker-Dealer unterzeichnet. Bei der zweiten Gesellschaft, einer in Luxemburg ansässigen Kapitalanlagegesellschaft, rechnet die LBBW mit einem Abschluss der Transaktion im Laufe des Jahres 2010. Der beizulegende Zeitwert abzüglich der erwarteten Veräußerungskosten übersteigt den Buchwert der Veräußerungsgruppen. Somit ist keine Wertminderung im Zuge der Umklassifizierung erforderlich. Beide vollkonsolidierten Tochtergesellschaften sind dem Segment Financial Markets zugeordnet.

Eine in den Teilkonzern der LBBW Immobilien GmbH einbezogene Tochtergesellschaft, die LBBW Immobilien Luxembourg S.A., beabsichtigt innerhalb von einer Transaktion die Veräußerung von drei operativ vollkonsolidierten Tochtergesellschaften und einer at Equity einbezogenen Gesellschaft (Veräußerungsgruppe).
Ein entsprechendes Kaufangebot wurde der LBBW Immobilien Luxembourg S.A. am 30. September 2009 unterbreitet. Diese hatte die zur Transaktion notwendigen Schritte eingeleitet.
Der Verkauf ist im April 2010 vorgesehen. Im Zuge der Umklassifizierung dieser Veräußerungsgruppe als zur Veräußerung gehalten wurden Wertminderungen in Höhe von 20 Mio. EUR in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie eine Abschreibung auf die Anteile der at Equity einbezogenen Gesellschaft in Höhe von 11 Mio. EUR erfasst. Die Veräußerungsgruppe aus der LBBW Immobilien Luxembourg S.A. ist dem Segment Corporates zugeordnet.

Die Hauptgruppen der Vermögenswerte und Schulden, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, sind wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009
Aktiva	
Barreserve	2
Forderungen an Kreditinstitute	602
Forderungen an Kunden	1
Handelsaktiva/Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	35
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	5
Immaterielle Vermögenswerte	3
Ertragsteueransprüche	6
Sonstige Vermögenswerte	38
	692
Passiva	
Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	672
Rückstellungen	2
Sonstige Verbindlichkeiten	4
	678

51. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der immateriellen Vermögenswerte kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2009	611	946	23	78	12	1 670
Veränderungen im Konsolidierungskreis/Sonstige	1	24	0	0	0	25
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	0	1	0	1
Zugänge	77	0	16	7	0	100
Umbuchungen	16	0	–19	0	0	–3
Abgänge	–128	0	–2	–35	–12	–177
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	–3	0	0	0	0	–3
Stand 31. Dezember 2009	**574**	**970**	**18**	**51**	**0**	**1 613**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2009	–485	0	0	–3	–7	–495
Veränderungen im Konsolidierungskreis/Sonstige	–1	0	0	0	0	–1
Planmäßige Abschreibungen	–57	0	0	–5	–2	–64
Außerplanmäßige Abschreibungen	–11	–519	0	–26	0	–556
Abgänge	122	0	0	0	9	131
Stand 31. Dezember 2009	**–432**	**–519**	**0**	**–34**	**0**	**–985**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2009	126	946	23	75	5	1 175
Stand 31. Dezember 2009	142	451	18	17	0	628

	Software Mio. EUR	Goodwill Mio. EUR	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögenswerte Mio. EUR	Sonstige immaterielle Vermögenswerte Mio. EUR	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2008	510	17	16	2	32	577
Veränderungen im Konsolidierungskreis/Sonstige	12	0	3	44	–1	58
Veränderung aus Währungsumrechnung	–1	0	0	–1	0	–2
Zugänge	79	929	19	33	0	1 060
Umbuchungen	31	0	–14	0	–19	–2
Abgänge	–20	0	–1	0	0	–21
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	0	0	0	0	0	0
Stand 31. Dezember 2008	**611**	**946**	**23**	**78**	**12**	**1 670**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2008	–455	0	0	0	–9	–464
Veränderungen im Konsolidierungskreis/Sonstige	–4	0	0	0	1	–3
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	–39	0	0	–3	–5	–47
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	–1	–1
Umbuchungen	–7	0	0	0	7	0
Abgänge	19	0	0	0	0	19
Stand 31. Dezember 2008	**–485**	**0**	**0**	**–3**	**–7**	**–495**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2008	55	17	16	2	23	113
Stand 31. Dezember 2008	126	946	23	75	5	1 175

Goodwill.

Der Buchwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen haben sich in den Geschäftsjahren 2009 und 2008 je Segment wie folgt entwickelt:

	Corporates		Financial Markets		Insgesamt	
Mio. EUR	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Bestand zum 1. Januar	929	0	17	17	946	17
Zugänge	0	929	0	0	0	929
Wertminderungen[1)]	–519	0	0	0	–519	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis/Sonstige	24	0	0	0	24	0
Bestand zum 31. Dezember	**434**	**929**	**17**	**17**	**451**	**946**
Bruttobetrag des Goodwill	953	929	17	17	970	946
Kumulierte Wertminderungen	–519	0	0	0	–519	0

[1)] Wertminderungen des Goodwills werden als gesonderter Posten in der Gewinn-und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2009 ist der Zugang in Höhe von 21 Mio. EUR beim Goodwill im Segment Corporates auf die Erstkonsolidierung der bisher aus Wesentlichkeitsgründen nicht vollkonsolidierten R-Procedo zum 1. Juli 2009 im Rahmen der Verschmelzung mit der SüdFactoring zurückzuführen.
Im Rahmen der durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung war der Goodwill im Segment Corporates um 519 Mio. EUR abzuschreiben. Dies ist insbesondere auf die aufgrund der Neustrukturierung des LBBW-Konzerns geplante Reduktion des Geschäftsvolumens, die konjunkturelle Lage sowie zurzeit in Folge der Finanzmarktkrise erhöhte Risikokosten zurückzuführen.
In anderen Segmenten als den oben dargestellten gab es keinen Goodwill.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill.

Zum Jahresende 2009 weisen zwei der fünf Segmente einen Goodwill aus. Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen wird. Der Buchwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird über das der Einheit zugeordnete Eigenkapital bestimmt.
Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert.
Die Werthaltigkeitsprüfungen des Goodwill für das Geschäftsjahr 2009 führten zu Wertminderungen im Segment Corporates, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierende Einheit niedriger war als ihr entsprechender Buchwert.

Die Werthaltigkeitsprüfungen des Goodwill für das Geschäftsjahr 2008 führten zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für alle zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als ihr entsprechender Buchwert.

Erzielbarer Betrag.

Der Konzern hat zur Ermittlung des erzielbaren Betrages zunächst den Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit berechnet. Da dieser unterhalb des Buchwerts lag, wurde im Einklang mit dem IAS 36 zusätzlich der Fair Value abzüglich Verkaufskosten bestimmt. Unsere Analysen haben ergeben, dass der Fair Value abzüglich Verkaufskosten noch unterhalb des Nutzungswertes lag, sodass in 2009 der Nutzungswert dem erzielbaren Betrag entspricht.
Der Nutzungswert ist der Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus der entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheit eingeleitet werden kann.
Zur Ermittlung des Nutzungswertes wird ein konzerneigenes Ertragswertmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann.

Das Ertragswertmodell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Segmentplanungen, die vom Management für einen Vierjahreszeitraum beschlossen wurden. Die für die Prognosen relevanten Ergebniskomponenten werden im Rahmen eines Top-Down-Verfahrens mit anschließender Bottom-Up-Validierung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rahmendaten, beispielweise einer erwarteten sukzessiven konjunkturellen Erholung, und geschäftsfeldspezifischer Markt- und Wettbewerbsanalysen ermittelt.
Die Ergebnisprognosen bilden die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus, welches auf den Berechnungsstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst wird. Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Vierjahreszeitraum hinaus wird von einem konstanten Anstieg ausgegangen. Dabei wird nach Ende der Detailplanungsphase ein Wachstumsabschlag von 1 % berücksichtigt, welcher zum einen von den spezifischen Wachstumserwartungen des Segments und zum anderen durch das allgemeine Marktumfeld beeinflusst wird. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mit Hilfe einer ewigen Rente berechnet.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten.

Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Die angewandten Kapitalisierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Folgende externe Informationsquellen kommen zur Anwendung: Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Der Betafaktor zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken wird aus Beta-Faktoren einer branchenspezifischen Vergleichsgruppe hergeleitet.
Die im Geschäftsjahr 2008 auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Kapitalisierungszinssätze lagen zwischen 8,5 % und 9,5 %, in 2009 zwischen 9,8 % und 10,8 %. Bei den dargestellten Kapitalisierungszinssätzen handelt es sich um Nachsteuerzinssätze. Vorsteuer-Kapitalisierungszinssätze gemäß IAS 36.55 wurden iterativ ermittelt.
Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Fair Values werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten Fair Values wurden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen.
Sensitivitätsüberlegungen in Bezug auf den dem Segment Financial Markets zugeordneten Goodwill wurden angestellt. Vor dem Hintergrund, dass der erzielbare Betrag deutlich über dem Buchwert liegt, ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags des Segments Financial Markets keine Wertminderungen zur Folge haben.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte.

Unter den sonstigen immateriellen Vermögenswerten wurden 2008 Kundenbeziehungen in Höhe von 44 Mio. EUR aktiviert. In 2009 wurden keine weiteren Kundenbeziehungen aktiviert. Der Wert der erworbenen Kundenbeziehungen wird linear über einen Zeitraum von sechs bis 16 Jahren abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2009 wurden 26 Mio. EUR außerplanmäßige Abschreibungen auf die Kundenbeziehungen vorgenommen. Dies ist insbesondere auf die konjunkturelle Lage sowie zurzeit in Folge der Finanzmarktkrise erhöhte Risikokosten zurückzuführen.

52. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bildet jeweils ein jährlich von einem internen Sachverständigen erstelltes Verkehrswertgutachten. Diese intern ermittelten Werte wurden anhand von unabhängigen Gutachtern berechneten Werten verifiziert. Beim Eintritt besonderer Anlässe kann sich der Zwölfmonatszeitraum durch eine erneute Gutachtenanfertigung verkürzen. Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode oder dem Ertragswertverfahren berechnet.
Der Berechnung liegen folgende Annahmen zugrunde:
Als Bewertungsobjekt (Cash-Generating-Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbstständige, strategische Geschäftseinheit.
Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Detailplanungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Detailplanungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.
Bei Wohnimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum das Mietpotenzial und -risiko des einzelnen Bewertungsobjekts sowohl unter finanzwirtschaftlichen und marktbezogenen Aspekten als auch nach technischen Merkmalen der Ausstattung und des Erhaltungszustands analysiert. Bei Förderobjekten werden innerhalb der Restriktionen des jeweiligen Förderwegs die Mietentwicklungen simuliert. Vorteile aus der geförderten Finanzierung werden nicht im Fair Value des Bewertungsobjekts abgebildet, sondern im Fair Value des korrespondierenden Darlehens auf der Passivseite berücksichtigt.
Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt.

Die Ausgaben für Verwaltung werden zu marktüblichen Sätzen normiert. Hierbei werden Mietausfallkosten und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstandskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, gegebenenfalls ergänzt um eigene Erfahrungen. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.
Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Kapitalisierungszinssatz zur Ermittlung der ewigen Rente wird aus dem Diskontierungszinssatz abgeleitet, indem die wesentlichen, nach Ablauf des Detailplanungszeitraums fortbestehenden bewertungsrelevanten Kriterien, wie zum Beispiel Förderart, Langfristpotenzial des Makrostandortes und Drittverwendungsfähigkeit bei generalvermieteten Objekten, mittels Zu- und Abschlägen erfasst werden.
Demgegenüber liegen im Falle des Ertragswertverfahrens die erzielten Erlöse zugrunde.
Die Mieteinnahmen des als Finanzinvestition ausgewiesenen Teils betrugen im Geschäftsjahr 130 Mio. EUR (Vorjahr: 127 Mio. EUR). Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien haben grundsätzlich, bis auf eine unwesentliche Ausnahme, im Geschäftsjahr Mieteinnahmen erwirtschaftet.
Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	2009	2008
Buchwert 1. Januar	1 784	1 636
Zugänge	0	36
Zugänge aus einem Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	0	23
Abgänge	– 36	– 53
Umbuchungen	61	– 2
Fair-Value-Änderungen	– 48	144
Buchwert 31. Dezember	**1 761**	**1 784**

Die Umbuchungen und damit auch die Änderung des Fair Value betreffen im Wesentlichen bereits im Bestand der LBBW befindliche Immobilien, welche aufgrund der Überschreitung des Drittnutzungsanteils von 80 % in als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umgewidmet worden sind. Die Umbuchung der Immobilien erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten. Nach Umbuchung wurden die Objekte zum Fair Value bewertet.

53. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing-gegenstände Finanzierungs-leasing	Leasing-gegenstände Operating-Leasing	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2009	807	112	565	95	10	133	1 722
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	1	0	0	0	1
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	0
Zugänge	11	8	32	57	0	1	109
Umbuchungen	–49	1	11	–8	0	–13	–58
Abgänge	0	–2	–53	–71	0	0	–126
Stand 31. Dezember 2009	**769**	**119**	**556**	**73**	**10**	**121**	**1 648**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2009	–294	–76	–357	0	–3	–70	–800
Planmäßige Abschreibungen	–17	–10	–49	0	–1	–3	–80
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	–1	0	0	0	0	–1
Umbuchungen	28	0	0	0	0	8	36
Abgänge	0	3	48	0	0	0	51
Stand 31. Dezember 2009	**–283**	**–84**	**–358**	**0**	**–4**	**–65**	**–794**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2009	513	36	208	95	7	63	922
Stand 31. Dezember 2009	486	35	198	73	6	56	854

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing-gegenstände Finanzierungs-leasing	Leasing-gegenstände Operating-Leasing	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2008	749	88	554	24	9	133	1 557
Veränderungen im Konsolidierungskreis	59	3	17	0	0	0	79
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	–1	0	0	0	–1
Zugänge	8	20	62	81	1	0	172
Umbuchungen	–7	3	14	–6	0	0	4
Abgänge	–2	–2	–81	–4	0	0	–89
Stand 31. Dezember 2008	**807**	**112**	**565**	**95**	**10**	**133**	**1 722**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2008	–282	–66	–376	0	–2	–63	–789
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	–3	–8	0	0	0	–11
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	–17	–8	–50	0	–1	–3	–79
Umbuchungen	3	–1	0	0	0	–4	–2
Abgänge	2	2	76	0	0	0	80
Stand 31. Dezember 2008	**–294**	**–76**	**–357**	**0**	**–3**	**–70**	**–800**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2008	467	22	178	24	7	70	768
Stand 31. Dezember 2008	513	36	208	95	7	63	922

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finanzierungsleasingverträgen bezieht sich lediglich auf Gebäude.
Es besteht ein Finanzierungsleasingvertrag über das Verwaltungsgebäude WIB in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und der Dimeter Grundstücksverwaltungsgesellschaft GmbH & Co. Vermietung GmbH als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit dem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende des 10. und 15. Mietjahres mit der Möglichkeit des Erwerbs zum Barwert der bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu leistenden Mieten und Verwaltungskostenbeiträge zuzüglich dem Barwert des Verkehrswertes des Leasingobjekts bei Ablauf der Mietzeit. Die Kaufoption zum Ende der Mietzeit sieht den Erwerb zum Verkehrswert des Leasingobjektes vor.
Die Buchwerte der im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen angesetzten Vermögenswerten, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Grundstücke	18	21
Gebäude	38	42
Leasinggegenstände Operating-Leasing	**56**	**63**

54. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Laufende Ertragsteueransprüche	700	803	684
Latente Ertragsteueransprüche	1 109	1 533	401
Ertragsteueransprüche	**1 809**	**2 336**	**1 085**

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind in Höhe von 700 Mio. EUR (Vorjahr: 803 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche in Höhe von 1 109 Mio. EUR (Vorjahr: 1 533 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 40 verwiesen.

55. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Vorräte	1 140	1 206
Forderungen an Finanzbehörden	76	18
Rechnungsabgrenzungsposten	17	20
Phasengleich vereinnahmte Beteiligungserträge	12	15
Übrige	120	166
Sonstige Aktiva	**1 365**	**1 425**

Die Forderungen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	82	292
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	586	419
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	217	276
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	227	192
Sonstiges Vorratsvermögen	28	27
Vorräte	**1 140**	**1 206**

Die Zugänge bei den Vorräten aus Umbuchungen aus Immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (Bauvorbereitungskosten) und Konsolidierungskreisänderungen wurden durch Wertminderungen in Höhe von 288 Mio. EUR (Vorjahr: 0) und Umbuchungen gemäß IFRS 5 in Höhe von 38 Mio. EUR überkompensiert. Dies führte insgesamt zu einem Rückgang der Vorräte von 66 Mio. EUR.
Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Vertriebsaufwendungen angesetzt sind, beträgt 2 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr wurden in Höhe von 12 Mio. EUR (Vorjahr: 14 Mio. EUR) Fremdkapitalkosten für Vorräte aktiviert.
In den sonstigen Aktiva sind Vermögenswerte in Höhe von 56 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR) enthalten, die eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten haben.

56. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen:

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Geldmarktgeschäfte	39 485	43 087	85 434
Wertpapierpensionsgeschäfte	37 203	42 523	32 027
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	7 428	7 476	7 462
Schuldscheindarlehen	4 304	8 489	11 756
Giroverbindlichkeiten	1 039	1 575	801
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	885	891	1 121
Leasinggeschäfte	354	375	412
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36 838	35 597	18 346
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**127 536**	**140 013**	**157 359**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Inländische Kreditinstitute	92 486	96 103	106 364
Ausländische Kreditinstitute	35 050	43 910	50 995
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**127 536**	**140 013**	**157 359**

57. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Geldhandelsgeschäfte	29 174	29 134
Giroverbindlichkeiten	22 734	16 631
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	17 241	17 298
Schuldscheindarlehen	12 446	15 740
Spareinlagen	6 303	4 937
Wertpapierpensionsgeschäft	5 777	303
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 520	1 527
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10 017	17 662
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**105 212**	**103 232**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Inländische Kunden	87 761	88 014
Ausländische Kunden	17 451	15 218
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**105 212**	**103 232**

58. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Sonstige Schuldverschreibungen	50 777	53 834	48 195
Pfandbriefe	42 168	51 346	55 282
Geldmarktpapiere	4 077	17 140	23 397
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	3 046	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	**100 068**	**122 320**	**126 874**

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 15 609 Mio. EUR (Vorjahr: 17 384 Mio. EUR) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Die folgende Aufstellung enthält eine Übersicht der wesentlichen eigenen Emissionen:

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2009 Mio. EUR
Pfandbriefe	154	7 185	6 400
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	3 761	326 424	13 038
Wesentliche Emissionen in 2009	**3 915**	**333 609**	**19 438**

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2007 Mio. EUR
Pfandbriefe	36	1 767	1 805
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	2 705	135 523	34 681
Wesentliche Emissionen in 2008	**2 741**	**137 290**	**36 486**

Im Geschäftsjahr 2009 wurden im LBBW-Konzern Pfandbriefe und sonstige Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 39 990 Mio. EUR (Vorjahr: 49 524 Mio. EUR) getilgt.

59. Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	2 513	3 191
Negative Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 294	1 443
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**3 807**	**4 634**

Die negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	59	97
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	455	602
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	1 306	1 448
Kategorie LaR	209	114
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	154	174
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	14
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	330	742
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 294	1 443
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**3 807**	**4 634**

60. Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Bilanzposten Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

	Handelspassiva			Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	35 205	38 116	13 257	583	1 049
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	355	1 004	1 256	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	6 245	7 581
Schuldscheindarlehen	0	0	0	3 606	4 506
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1 134	908	769	1 937	2 169
	36 694	**40 028**	**15 282**	**12 371**	**15 305**

Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die negativen Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten. Dies ist insbesondere auf die Entwicklung bei den OTC-Zinsderivaten sowie den Fremdwährungsgeschäften und OTC-Kreditderivaten zurückzuführen.
Die kumulativen Wertänderungen des Fair Values der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos betragen 217 Mio. EUR (Vorjahr: 274 Mio. EUR). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Fair Value und dem vertraglich zu zahlenden Betrag am Fälligkeitstermin beträgt – 40 Mio. EUR (Vorjahr: 273 Mio. EUR).

61. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1 505	1 487
Sonstige Rückstellungen	869	493
Rückstellungen	**2 374**	**1 980**

Pensionsrückstellungen.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (unter anderem Versorgungsrichtlinien, Dienstvereinbarungen).

Die Pensionsrückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie der Pensionäre	
Mio. EUR	2009	2008
Stand 1. Januar	1 487	1 305
Verbrauch/Pensionszahlungen	– 69	– 69
Auflösung	– 1	– 1
Zuführung	127	112
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	34
Erfolgsneutrale Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste	– 39	99
Sonstige Veränderungen	0	7
Stand 31. Dezember	**1 505**	**1 487**

Die ergebniswirksam erfassten Erträge werden unter den Personalaufwendungen innerhalb der Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Mio. EUR	2009	2008
Laufender Dienstzeitaufwand	– 41	– 38
Zinsaufwand	– 94	– 82
Erwartete Erträge aus Planvermögen	8	9
Sonstige Erträge und Aufwendungen	0	0
Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**– 127**	**– 111**

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2009	2008
Stand 1. Januar	1 687	1 509
Laufender Dienstzeitaufwand	41	38
Zinsaufwand	94	82
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	– 4	95
Gezahlte Leistungen	– 78	– 78
Unternehmenszusammenschlüsse	– 13	41
Stand 31. Dezember	**1 727**	**1 687**

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

%	31.12.2009	31.12.2008
Abzinsungssatz	5,25	5,75
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,25	5,75
Erwartete Erträge aus Erstattungsansprüchen	0,0	0,0
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,5	3,0
Erwartete Rentensteigerung	2,0	2,5
Karrieredynamik	0,5	0,5
Fluktuation	5,0	3,0

Die Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005 von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.
Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens weist zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Aktien und Investmentfonds	219	206
Festgelder und sonstige liquide Mittel	5	5
Andere Vermögenswerte	4	4
Festverzinsliche Wertpapiere	3	3
	231	**218**

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten werden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.
Die erwarteten langfristigen Renditen auf das Planvermögen basieren auf den langfristig erwarteten Inflationsraten, Zinssätzen, Risikoprämien und der angestrebten Allokation der Planvermögen. Diese Schätzungen berücksichtigen ebenfalls die historischen Renditen der einzelnen Anlagenklassen und werden zusammen mit den Anlageberatern und den Vorsorgeexperten erstellt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2009	2008
Stand 1. Januar	218	229
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	8	9
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	13	–12
Beiträge des Arbeitgebers	1	2
Gezahlte Leistungen	–9	–9
Unternehmenszusammenschlüsse	0	–1
Stand 31. Dezember	**231**	**218**

Im Geschäftsjahr beziehungsweise im Vorjahr ergaben sich tatsächliche Aufwendungen/Erträge aus dem Planvermögen in Höhe von 21 Mio. EUR (Vorjahr: –3 Mio. EUR).
Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	1.1.2006
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	1 725	1 687	1 509	1 677	1 107
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	1 503	1 483	1 304	1 412	–
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	222	205	205	265	–
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	–231	–218	–229	–225	–222
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	1 494	1 469	1 280	1 452	885
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	1	1	0	0	0
Aufgrund der Begrenzung des IAS 19.58 (b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	10	17	25	0	0
Vermögenswerte/Schulden aus leistungsorientierten Plänen	**1 505**	**1 487**	**1 305**	**1 452**	**885**

Die erfahrungsbedingten Anpassungen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	1.1.2006
Erfahrungsbedingte Anpassungen (Aufwand (–)/Ertrag (+)) der Schulden	–14	–25	–4	–	–
Erfahrungsbedingte Anpassungen (Aufwand (–)/Ertrag (+)) der Vermögenswerte	–13	–12	–4	–	–

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2009 hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.
Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,25 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

Mio. EUR	Zunahme um 0,25%-Punkte	Abnahme um 0,25%-Punkte
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	–46	48
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	23	–23
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	32	–31

Die für die Bewertung des Planvermögens, der Pensionsverpflichtung sowie von Sensitivitätsanalysen erforderlichen versicherungsmathematischen Gutachten wurden für den Stichtag 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008 durch den Aktuar Rauser erstellt.
Die Pensionsrückstellungen sind grundsätzlich langfristig fällig.

Sonstige Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	142	167
Rückstellungen im Kreditgeschäft	200	187
Übrige Rückstellungen	527	139
Sonstige Rückstellungen	**869**	**493**

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 1. Januar 2009	167	187	139	493
Verbrauch	–41	–23	–23	–87
Auflösung	–8	–61	–19	–88
Zuführung	24	114	454	592
Umbuchungen	0	–3	2	–1
Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	0	–14	–26	–40
Stand 31. Dezember 2009	**142**	**200**	**527**	**869**

	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 1. Januar 2008	167	150	70	387
Anpassung IAS 8	–4	0	0	–4
Stand 1. Januar 2008 angepasst	**163**	**150**	**70**	**383**
Verbrauch	–41	–7	–15	–63
Auflösung	–20	–78	–10	–108
Zuführung	33	131	85	249
Umbuchungen	–7	2	–1	–6
Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	0	–25	0	–25
Veränderungen im Konsolidierungskreis	39	14	10	63
Stand 31. Dezember 2008	**167**	**187**	**139**	**493**

Die sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit in Höhe von 75 Mio. EUR (Vorjahr: 101 Mio. EUR).
In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 393 Mio. EUR (Vorjahr: 47 Mio. EUR), Prozess- und Regressrisiken in Höhe von 32 Mio. EUR (Vorjahr: 17 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für Bonifikationen in Höhe von 9 Mio. EUR (Vorjahr: 9 Mio. EUR) enthalten.
Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten in Höhe von 40 Mio. EUR (Vorjahr: 25 Mio. EUR) abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestehen verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen Rechtssachen gegen das Unternehmen ist das Management/der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

62. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	312	398	318
davon Rückstellung für Ertragsteuern	287	366	317
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	25	30	1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	314	195	288
Ertragsteuerverpflichtungen	**626**	**593**	**606**

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 312 Mio. EUR (Vorjahr: 398 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 314 Mio. EUR (Vorjahr: 195 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 40 verwiesen.

63. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	165	140	150
Verbindlichkeiten aus Beschäftigungsverhältnissen	125	98	123
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59	86	58
Rechnungsabgrenzungsposten	45	72	51
Übrige	249	322	581
Sonstige Passiva	**643**	**718**	**963**

Die Höhe der sonstigen Passiva mit Fälligkeit größer zwölf Monate beträgt 91 Mio. EUR (Vorjahr: 90 Mio. EUR).

64. Nachrangkapital.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 844	5 223
Genussrechtskapital	1 372	2 109
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	4 441	4 843
Nachrangkapital	**10 657**	**12 175**

Das Nachrangkapital enthält abgegrenzte, jedoch noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 370 Mio. EUR (Vorjahr: 567 Mio. EUR). Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.
Der Bilanzausweis für Genussrechtskapital und stille Einlagen erfolgt aufgrund geänderter Zins- und Tilgungs-Cashflows (Jahresfehlbetrag nach HGB) zum angepassten Barwert beziehungsweise bei prolongierten Emissionen zum Fair Value. Die Anpassung des Barwertes für stille Einlagen und Genussrechte wird im Zinsertrag in Höhe von 37 Mio. EUR erfasst. Zinsen werden, soweit es die Verträge vorsehen und soweit nicht eine zwischenzeitliche Fälligkeit der Emission erfolgt, nachgeholt. Deshalb wird hierfür eine entsprechende Verbindlichkeit eingestellt. Darüber hinaus werden Agien/Disagien, Buchwertkorrektive zu von der SLB übernommen Emissionen sowie Bewertungen in der Position ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten:

	31.12.2009			31.12.2008		
Mio. EUR	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige DM/EUR-Namenspapiere/ Schuldverschreibungen	2 181	34	2 215	3 013	40	3 053
Nachrangige DM/EUR-Schuldscheindarlehen	1 685	31	1 716	1 554	30	1 584
Nachrangige Fremdwährungsanleihen	1 357	20	1 377	1 375	19	1 394
	5 223	**85**	**5 308**	**5 942**	**89**	**6 031**

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) beträgt 252 Mio. EUR (Vorjahr: 294 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt mit Ausnahme der vor Ablauf von zwei Jahren fälligen Emissionen die Bedingungen des § 10 Abs. 5 KWG und ist somit als Ergänzungskapital gemäß § 10 Abs. 2b KWG anzurechnen.
Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

Inhabergenussrechte.

Emissionsjahr	Nominalbetrag 31.12.2009 Mio. EUR	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
2001	129	6,5	2011
2001	50	6,75	2010
2001	100	6,6	2011
2001	20	6,65	2011
2001	85	6,85	2014
2002	153	6,5	2012

Namensgenussrechte.

	Nominalbetrag 31.12.2009 Mio. EUR	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Unternehmen	1142	5,625 – 7,23	bis 2022
Kreditinstitute	99	5,85 – 6,63	bis 2020

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Jahr 2009 betrug insgesamt 45 Mio. EUR Ertrag (Vorjahr Aufwand: 163 Mio. EUR). Dieser Effekt resultiert vorwiegend aus dem Barwert der geänderten Cashflows sowie Fälligkeiten in 2009 und nachgeholten Ausschüttungen für Emissionen der SLB im Jahr 2008.

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter erfüllen mit Ausnahme der vor Ablauf von zwei Jahren fälligen Emissionen die Bedingungen des § 10 Abs. 4 KWG und sind somit als Kernkapital gemäß § 10 Abs. 2a KWG anzurechnen.
Zum Geschäftsjahresende bestehen folgende wesentliche stille Einlagen:

		Nominalbetrag	
Laufzeit	Ausschüttung in % des Nominalbetrages	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
19. 4.1999 – 31.12.2009	5,86 – 6,08	74,5	104,5
1.12.1999 – 31.12.2010	7,4	5,0	5,0
8. 9.1999 – 31.12.2011	7,03 – 7,84	80,0	80,0
28. 5.1999 – 31.12.2011	5,87	102,0	102,0
1. 1.2003 – 31.12.2012 [1]	5,79	55,5	55,5
1. 1.2004 – 31.12.2013 [1]	5,69	14,9	14,9
14. 7.1999 – 31.12.2013	7,26	16,4	16,4
16. 4.1999 – 31.12.2014	6,17 – 6,75	89,0	89,0
1. 1.2005 – 31.12.2014 [1]	4,96	64,7	64,7
23.11.1999 – 31.12.2015	7,76	40,0	40,0
1. 1.2006 – 31.12.2015 [1]	4,69	19,5	19,5
8.12.1999 – 31.12.2016	7,8 – 8,0	64,5	64,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25. 4.1999 – 31.12.2019 [2]	5,92	30,0	0,0
5. 1.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19. 5.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13. 7.2001 – 31.12.2026	5,226	15,0	15,0
1.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,2	49,0	49,0
10. 3.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	10,0
2. 7.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
permanent	7,05	222,7	222,7
permanent [3]	5,8625	766,9	766,9
permanent (nominal 197,5 Mio. USD)	6,8	137,9	139,4
permanent	6,36	790,0	790,0
permanent	5,98	1 210,0	1 210,0
permanent (nominal 302,5 Mio. USD)	6,34	211,2	213,5
permanent	6,71	200,0	200,0
		4 348,6	**4 352,4**

[1] Frühestmögliches Laufzeitende unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist von zwei Jahren, zum Ablauf des Kalenderjahres und einer gegebenenfalls noch bestehenden Kündigungssperrfrist.
[2] Vorzeitige Prolongation stiller Einlagen.
[3] Zinsanpassung während des Kalenderjahres (angegeben ist der Durchschnittszins des Jahres 2009).

An einem Bilanzverlust der LBBW nehmen die stillen Gesellschafter bis zur vollen Höhe durch Verminderung der Rückzahlungsansprüche teil. Das Zinsergebnis für stille Einlagen für das Jahr 2009 betrug insgesamt 19 Mio. EUR Aufwand; (Vorjahr Aufwand: 284 Mio. EUR). Dieser Effekt resultiert vorwiegend aus dem Barwert der geänderten Cashflows und nachgeholten Ausschüttungen für Emissionen der SLB im Jahr 2008.

65. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Stammkapital	2584	1420	1420
Kapitalrücklage	6910	3074	3074
Gewinnrücklage	2922	5072	4818
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	–439	–1438	648
Bilanzgewinn/-verlust	–1483	–2088	370
Anteile im Fremdbesitz	12	20	136
Eigenkapital	**10506**	**6060**	**10466**

Das voll eingezahlte Stammkapital wurde im Berichtsjahr vom Land Baden-Württemberg (19,6%), von der Stadt Stuttgart (18,9%), vom Sparkassenverband Baden-Württemberg (einschließlich baden-württembergischer Sparkassen: 40,6%), von der Landeskreditbank Baden-Württemberg (2,7%) und von der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (18,2%) gehalten.
Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabeagio) und der bei Ausgabe von Schuldverschreibungen, von Wandlungsrechten und Optionsrechten zum Erwerb von Anteilen erzielt wird, sowie den Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten und den Betrag von anderen Zahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.
Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss der Bank die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Zusätzlich beinhalten die Gewinnrücklagen die kumulierten Auswirkungen aus Konsolidierungsmaßnahmen, die Anpassung aus der Erstanwendung der IFRS und Währungsanpassungen. In die Anpassungen der Gewinnrücklagen aus der Erstanwendung fließen nur Fair-Value-Änderungen von Geschäften, deren Fair-Value-Änderung erfolgswirksam erfasst worden wäre. In den sonstigen Rücklagen sind auch die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in Höhe von 99 Mio. EUR (Vorjahr: 89 Mio. EUR) enthalten.
In der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS werden die Fair-Value-Veränderungen der Finanzinstrumente des Availabe-for-Sale-Bestandes ausgewiesen. Zusätzlich enthält sie den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Ebenfalls darin enthalten sind die den Minderheiten zuzurechnenden Verluste gemäß IAS 27.35.

Mio. EUR	2009	2008
Stand 1. Januar	–1467	588
Anpassungen gemäß IAS 8	7	4
Veränderung Fair Value	915	–3081
Veränderung Konsolidierungskreis	–5	–235
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung	397	794
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	–357	463
Stand 31. Dezember	**–510**	**–1467**

Das Bewertungsergebnis aus Cashflow-Hedge enthält den Anteil am Gewinn oder Verlust. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow-Hedges in diesem Posten ausgewiesen. Es werden Cashflows aus variabel verzinslichen Anleihen mit Laufzeiten bis max. 5 Jahre und durchschnittlichen Laufzeiten von ca. 2,5 Jahren abgesichert.
In der Währungsumrechnungsrücklage ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Abschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Berichtswährung.
Es wird im Eigenkapital statt des Konzernjahresfehlbetrages/-überschusses der Bilanzverlust/-gewinn des Konzerns ausgewiesen, da die Konzernbilanz nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt wird.
Neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens sind noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften

beteiligt (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %). Diese Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz im Eigenkapital ausgewiesen.
Im Eigenkapital sind erfolgsneutral erfasste Steuern in Höhe von insgesamt 118 Mio. EUR (Vorjahr: 485 Mio. EUR) enthalten. Hinsichtlich des Eigenkapitals bestehen für die Kapitalrücklage keine Ausschüttungsbeschränkungen. In Bezug auf die Gewinnrücklage sind die Effekte aus der Erstanwendung und latenten Steuern nicht ausschüttungsfähig.

66. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt.

Aktiva

	31.12.2009		31.12.2008		1.1.2008	
Mio. EUR	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Barreserve	1 878	1 878	3 480	3 480	1 477	1 477
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	87 503	88 343	119 997	117 899	143 562	142 108
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	146 313	149 623	147 594	152 554	144 436	146 083
Finanzanlagen						
aus zinstragenden Vermögenswerten	46 219	43 779	38 394	33 471	1 237	1 237
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	5	38	25	27	9	9
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Finanzanlagen						
aus zinstragenden Vermögenswerten	41 817	41 817	51 595	51 595	82 187	82 187
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	2 987	2 987	3 320	3 320	3 620	3 620
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 799	2 799	3 340	3 340	5 002	5 002
Handelsaktiva	66 997	66 997	63 197	63 197	51 181	51 181
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	7 562	7 562	8 516	8 516	5 903	5 903
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	196	196	237	237	– 396	– 396

Passiva

	31.12.2009		31.12.2008		1.1.2008	
Mio. EUR	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	127 536	128 947	140 013	142 422	157 359	155 191
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	105 212	107 810	103 232	106 270	96 451	97 925
Verbriefte Verbindlichkeiten	100 068	102 189	122 320	124 121	126 874	126 429
Nachrangkapital	10 657	9 185	12 175	12 719	11 465	11 307
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 807	3 807	4 634	4 634	5 501	5 501
Handelspassiva	36 694	36 694	40 028	40 028	15 282	15 282
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	12 371	12 371	15 305	15 305	17 220	17 220
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	522	522	680	680	– 476	– 476

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie:

Fair-Value-Volumina (Brutto) 31. Dezember 2009.

	Notierte Preise auf aktiven Märkten		Bewertungs-methode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter		Bewertungs-methode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0,0	2 799	4,7	0	0,0
Handelsaktiva	16 327	29,4	50 561	84,5	109	1,6
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 978	3,7	2 080	3,5	3 504	51,4
Finanzanlagen – Available for Sale	37 230	67,0	4 366	7,3	3 208	47,0
Summe der Aktiva	**55 535**	**100,0**	**59 806**	**100,0**	**6 821**	**100,0**
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1	0,0	3 806	7,8	0	0,0
Handelspassiva	2 106	100,0	34 254	69,7	334	21,0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0,0	11 113	22,6	1 258	79,0
Summe der Passiva	**2 107**	**100,0**	**49 173**	**100,0**	**1 592**	**100,0**

In der Spalte »Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter« sind bestimmte modellbewertete Commercial Papers (9 594 Mio. EUR; Vorjahr: 12 740 Mio. EUR) enthalten. Die Verminderung der Commercial Papers ist hauptsächlich auf den Rückgang der Interbanken-Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die Bestände der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Stufe 3) entwickelten sich wie folgt:

Mio. EUR	Handelsaktiva	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Finanzanlagen – Available for Sale: aus zinstragenden Vermögenswerten	Finanzanlagen – Available for Sale: aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
Stand 1. Januar 2009	1 413	1 589	2 453	3 119	453
Alle im Konzernüberschuss/Konzernfehlbetrag erfassten Gewinne und Verluste [1]	– 50	298	–128	– 219	0
Alle im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen [1]	0	0	41	– 80	0
Zugänge durch Käufe [2]	11	33	126	43	0
Zugänge durch Emissionen	0	5	0	0	0
Abgänge durch Verkäufe [2]	–1 226	– 337	– 462	– 99	– 453
Tilgungen/Glattstellungen	– 45	– 499	– 405	– 3	0
Umbuchungen in die Stufe 3 [3]	6	2 686	391	– 782	0
Umbuchungen aus der Stufe 3	0	– 271	– 778	– 9	0
Stand 31. Dezember 2009	**109**	**3 504**	**1 238**	**1 970**	**0**

[1] Gewinne/Verluste: Veränderung von Bewertung und Zinsabgrenzung von Geschäften, die am Jahresbeginn und -ende Level 3 sind.
[2] Zugänge zum Stichtagswert und Abgänge zum Wert des Anfangsbestands.
[3] Die Umbuchungen sind überwiegend auf Unterschiede in der Levelzuordnung zu der im Vorjahr verwendeten freiwilligen Angabe zur Fair Value-Hierarchie zurückzuführen.

Mio. EUR	Handelspassiva	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten
Stand 1. Januar 2009	– 841	– 6
Alle im Konzernüberschuss/Konzernfehlbetrag erfassten Gewinne und Verluste [1]	168	–186
Alle im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen [1]	0	0
Zugänge durch Käufe [2]	– 9	– 3
Zugänge durch Emissionen	0	– 26
Abgänge durch Verkäufe [2]	310	6
Tilgungen/Glattstellungen	38	184
Umbuchungen in die Stufe 3 [3]	0	–1 227
Umbuchungen aus der Stufe 3	0	0
Stand 31. Dezember 2009	**– 334**	**– 1 258**

[1] Gewinne/Verluste: Veränderung von Bewertung und Zinsabgrenzung von Geschäften, die am Jahresbeginn und -ende Level 3 sind.
[2] Zugänge zum Stichtagswert 31.12.2009 und Abgänge zum Wert des Anfangsbestands 1.1.2009.
[3] Die Umbuchungen sind überwiegend auf Unterschiede in der Levelzuordnung zu der im Vorjahr verwendeten freiwilligen Angabe zur Fair Value-Hierarchie zurückzuführen.

Zusammengefasst spiegeln sich alle im Konzernüberschuss/-fehlbetrag erfassten Gewinne und Verluste mit – 9 Mio. EUR im Zinsergebnis, mit 110 Mio. EUR im Handelsergebnis, mit 114 Mio. EUR im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option sowie mit – 331 Mio. EUR im Ergebnis aus Finanzanlagen wider. Verschiebungen zwischen den Bewertungsstufen 1 und 2 fanden nur in unwesentlichem Maße im Verhältnis zum Gesamtbestand der Finanzinstrumente statt.

67. Buchwertüberleitung auf IAS 39-Kategorien.

31. Dezember 2009.

	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Fair-Value-Option Mio. EUR	Other Liabilities Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	87 503	0	0	0	0	87 503
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	146 313	0	0	0	0	146 313
Handelsaktiva	0	0	66 997	0	0	66 997
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	7 562	0	7 562
Finanzanlagen	46 224	44 804	0	0	0	91 028
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	127 536	127 536
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	105 212	105 212
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	100 068	100 068
Handelspassiva	0	0	36 694	0	0	36 694
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	12 371	0	12 371
Nachrangkapital	0	0	0	0	10 657	10 657

31. Dezember 2008.

	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Fair-Value-Option Mio. EUR	Other Liabilities Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	119 997	0	0	0	0	119 997
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	147 594	0	0	0	0	147 594
Handelsaktiva	0	0	63 197	0	0	63 197
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	8 516	0	8 516
Finanzanlagen	38 419	54 915	0	0	0	93 334
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	140 013	140 013
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	103 232	103 232
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	122 320	122 320
Handelspassiva	0	0	40 028	0	0	40 028
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	15 305	0	15 305
Nachrangkapital	0	0	0	0	12 175	12 175

1. Januar 2008.

	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Fair-Value-Option Mio. EUR	Other Liabilities Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	143 562	0	0	0	0	143 562
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	144 436	0	0	0	0	144 436
Handelsaktiva	0	0	51 181	0	0	51 181
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	5 903	0	5 903
Finanzanlagen	1 246	85 807	0	0	0	87 053
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	157 359	157 359
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	96 451	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	126 874	126 874
Handelspassiva	0	0	15 282	0	0	15 282
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	17 220	0	17 220
Nachrangkapital	0	0	0	0	11 465	11 465

Der Rückgang in den Kategorien Loans and Receivables sowie Available for Sale resultiert aus einem Rückgang bei den verbrieften Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

68. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit beziehungsweise deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva beziehungsweise -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 73 ausgewiesen.

31. Dezember 2009.

	Bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	23 270	14 177	31 065	19 575	88 087
Forderungen an Kunden	33 358	14 129	40 925	61 221	149 633
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	349	280	1 402	768	2 799
Handelsaktiva	12 648	12 793	23 946	17 610	66 997
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	917	484	3 378	2 783	7 562
Finanzanlagen	7 114	10 162	42 077	31 675	91 028
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 332	22 642	15 613	30 949	127 536
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54 843	6 468	28 968	14 933	105 212
Verbriefte Verbindlichkeiten	11 400	16 349	44 119	28 200	100 068
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	202	400	2 110	1 095	3 807
Handelspassiva	3 408	3 157	14 675	15 454	36 694
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1 299	876	4 553	5 643	12 371
Nachrangkapital	75	554	2 384	7 644	10 657

31. Dezember 2008.

	Bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	39 032	24 393	33 098	23 739	120 262
Forderungen an Kunden	34 526	14 839	38 774	61 715	149 854
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	53	93	1 476	1 718	3 340
Handelsaktiva	15 728	13 894	16 327	17 248	63 197
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	819	541	3 302	3 854	8 516
Finanzanlagen	10 015	9 725	40 884	32 710	93 334
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 449	26 698	21 572	33 294	140 013
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	58 739	10 564	16 149	17 780	103 232
Verbriefte Verbindlichkeiten	16 188	25 880	49 495	30 757	122 320
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	93	346	2 218	1 977	4 634
Handelspassiva	5 507	5 457	13 524	15 540	40 028
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1 311	1 031	5 480	7 483	15 305
Nachrangkapital	1 365	1 635	5 413	3 762	12 175

1. Januar 2008.

	Bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	65 519	19 264	33 400	25 394	143 577
Forderungen an Kunden	55 745	15 753	32 941	41 948	146 387
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	231	375	1 296	3 100	5 002
Handelsaktiva	19 725	12 351	9 745	9 360	51 181
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 141	336	1 306	3 120	5 903
Finanzanlagen	17 438	11 534	33 187	24 894	87 053
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100 811	16 684	16 402	23 462	157 359
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59 957	6 546	13 245	16 703	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 114	30 508	53 722	23 530	126 874
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	421	326	1 343	3 411	5 501
Handelspassiva	3 962	1 777	4 550	4 993	15 282
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	370	3 594	5 433	7 823	17 220
Nachrangkapital	734	1 034	6 030	3 667	11 465

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

69. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, Eventualforderungen.

Eventualverbindlichkeiten beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50 %). Die Verpflichtung kann sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise Inanspruchnahme der Avale. Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung gebildet.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Eventualverpflichtungen		
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	6 677	8 329
aus assoziierten Unternehmen	6	6
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	6	6
davon aus der getrennten Haftung für alle oder einzelne Schulden der anderen	0	1
aus weitergegebenen, abgerechneten Wechseln	1	1
aus anderen Eventualverbindlichkeiten	0	33
aus der Haftung für die Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	330	287
	7 014	8 656
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 479	26 583
Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0	776
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	139	153
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	198	204
Sonstige Verpflichtungen	119	128
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	177	118
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	14	18
Verpflichtungen aus Erwerb von Sachanlagen	2	4
	22 128	**27 984**
	29 142	**36 640**

Weiterhin besteht wie auch schon im Vorjahr eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, in Höhe von 76 Mio. EUR.
Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 649 Mio. EUR (Vorjahr: 633 Mio. EUR). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat die LBBW sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.
Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel (LB Kiel), Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz, ehemalige Sachsen LB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.
Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden. Sofern und soweit die Gewährträgerhaftung besteht, aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Sealink Struktur (Nachfolgesellschaft von Ormond

Quay und Castle Views) einschließlich einer oder mehrerer Castle-View-Vehikel und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 6. Mai 2004 in der Fassung vom 7. Juli 2005 zwischen der Sachsen LB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).
Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden.

70. Patronatserklärungen.

Die LBBW trägt, für die Dauer einer Beteiligung und abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.
Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

71. Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten/Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008	1.1.2008
Forderungen an Kreditinstitute	218	330	205
Forderungen an Kunden	662	1384	1376
Finanzanlagen	132	131	126
Sachanlagen	5	10	62
Sonstige Aktiva	149	126	45
Übrige Treuhandforderungen	1	1	1
Treuhandvermögen	**1167**	**1982**	**1815**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	658	595	346
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	507	1386	1468
Sonstige Verbindlichkeiten	2	1	1
Treuhandverbindlichkeiten	**1167**	**1982**	**1815**

Angaben zu derivativen Geschäften.

72. Einsatzzwecke derivativer Finanzinstrumente.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

	Fair Value			
	31.12.2009 Positiv Mio. EUR	31.12.2009 Negativ Mio. EUR	31.12.2008 Positiv Mio. EUR	31.12.2008 Negativ Mio. EUR
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	36111	35788	38484	39165
Für Fair-Value-Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	2771	3807	3320	4634
Für Cashflow-Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	28	0	20	0
	38910	**39595**	**41824**	**43799**

73. Zusammensetzung des Derivatevolumens.

31.12.2009	Nominalwerte					Fair Value	
	Restlaufzeiten						
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Devisenkassa- und -termingeschäfte	111 613	38 739	6 141	970	157 463	2 298	2 276
Devisenoptionen (Käufe)	1 933	2 884	774	70	5 661	139	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 867	2 847	792	73	5 579	0	115
Devisenoptionen	3 800	5 731	1 566	143	11 240	139	115
Zins-/Währungsswaps	2 535	4 145	17 178	8 189	32 047	1 737	2 010
Börsengehandelte Devisenprodukte	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige währungsbezogene Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Derivate	**117 948**	**48 615**	**24 885**	**9 302**	**200 750**	**4 174**	**4 401**
Forward Rate Agreements	8 500	128 806	11 450	0	148 756	76	63
Zinsswaps	205 366	264 564	487 665	391 200	1 348 795	30 403	29 105
Zinsoptionen (Käufe)	3 922	3 039	9 399	15 627	31 987	1 117	5
Zinsoptionen (Verkäufe)	5 049	7 219	17 548	22 332	52 148	0	1 987
Zinsoptionen	8 971	10 258	26 947	37 959	84 135	1 117	1 992
Caps/Floors/Collars	1 119	6 556	29 187	13 442	50 304	551	307
Sonstige Zinskontrakte	3 401	821	163	2 064	6 449	47	85
Börsengehandelte Zinsprodukte	23 725	219 810	86 142	0	329 677	35	27
Zinsbezogene Derivate	**251 082**	**630 815**	**641 554**	**444 665**	**1 968 116**	**32 229**	**31 579**
Kreditderivate Sicherungsgeber	1 270	4 221	35 092	16 201	56 784	566	1 345
Kreditderivate Sicherungsnehmer	851	2 762	26 337	4 001	33 951	522	642
Kreditderivate	**2 121**	**6 983**	**61 429**	**20 202**	**90 735**	**1 088**	**1 987**
Börsengehandelte Produkte	2 487	3 673	2 188	50	8 398	538	671
Aktien-Termingeschäfte	19	0	0	0	19	0	1
Aktienoptionen (Käufe)	128	382	2 324	764	3 598	870	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	52	293	2 185	1 888	4 418	0	946
Aktienoptionen	180	675	4 509	2 652	8 016	870	946
Sonstige Geschäfte	253	417	33	0	703	57	48
Sonstige Derivate	**2 939**	**4 765**	**6 730**	**2 702**	**17 136**	**1 465**	**1 666**
Derivate Gesamt	**374 090**	**691 178**	**734 598**	**476 871**	**2 276 737**	**38 956**	**39 633**

31.12.2008	Nominalwerte					Fair Value	
	Restlaufzeiten						
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Devisenkassa- und -termingeschäfte	89 709	44 649	5 946	404	140 708	5 905	4 541
Devisenoptionen (Käufe)	1 635	1 502	2 701	101	5 939	388	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 094	1 425	2 889	90	5 498	0	343
Devisenoptionen	2 729	2 927	5 590	191	11 437	388	343
Zins-/Währungsswaps	1 419	6 174	14 529	7 787	29 909	2 138	2 832
Börsengehandelte Devisenprodukte	–104	–148	0	0	–252	0	5
Sonstige währungsbezogene Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Derivate	**93 753**	**53 602**	**26 065**	**8 382**	**181 802**	**8 431**	**7 721**
Forward Rate Agreements	23 218	26 550	300	0	50 068	68	77
Zinsswaps	182 348	221 923	402 663	340 517	1 147 451	26 024	25 747
Zinsoptionen (Käufe)	4 112	5 804	8 767	13 743	32 426	1 592	–17
Zinsoptionen (Verkäufe)	3 737	8 412	18 447	16 620	47 216	0	2 327
Zinsoptionen	7 849	14 216	27 214	30 363	79 642	1 592	2 310
Caps/Floors/Collars	2 653	4 880	24 852	13 854	46 239	465	301
Sonstige Zinskontrakte	467	163	763	396	1 789	61	55
Börsengehandelte Zinsprodukte	32 613	79 198	7 018	0	118 829	63	132
Zinsbezogene Derivate	**249 148**	**346 930**	**462 810**	**385 130**	**1 444 018**	**28 273**	**28 622**
Kreditderivate Sicherungsgeber	2 206	3 224	40 141	17 453	63 024	65	4 884
Kreditderivate Sicherungsnehmer	473	1 910	30 607	6 396	39 386	3 757	74
Kreditderivate	**2 679**	**5 134**	**70 748**	**23 849**	**102 410**	**3 822**	**4 958**
Börsengehandelte Produkte	1 865	2 737	1 046	64	5 712	342	1 027
Aktien-Termingeschäfte	126	0	0	0	126	1	43
Aktienoptionen (Käufe)	707	1 289	842	2 469	5 307	869	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	591	657	680	3 735	5 663	0	1 415
Aktienoptionen	1 298	1 946	1 522	6 204	10 970	869	1 415
Sonstige Geschäfte	340	325	132	0	797	148	145
Sonstige Derivate	**3 629**	**5 008**	**2 700**	**6 268**	**17 605**	**1 360**	**2 630**
Derivate Gesamt	**349 209**	**410 674**	**562 323**	**423 629**	**1 745 835**	**41 886**	**43 931**

1.1.2008	Nominalwerte					Fair Value	
	Restlaufzeiten						
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Devisenkassa- und -termingeschäfte	102 417	35 077	3 956	245	141 695	1 949	1 780
Devisenoptionen (Käufe)	2 019	2 132	4 568	126	8 845	172	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 882	1 934	3 733	107	7 656	0	149
Devisenoptionen	3 901	4 066	8 301	233	16 501	172	149
Zins-/Währungsswaps	2 501	4 874	12 567	9 392	29 334	1 620	2 836
Börsengehandelte Devisenprodukte	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige währungsbezogene Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Derivate	**108 819**	**44 017**	**24 824**	**9 870**	**187 530**	**3 741**	**4 765**
Forward Rate Agreements	0	296 272	20 992	0	317 264	59	253
Zinsswaps	248 560	201 048	336 489	328 196	1 114 293	12 338	11 416
Zinsoptionen (Käufe)	3 991	4 911	9 542	12 146	30 590	687	1
Zinsoptionen (Verkäufe)	4 190	5 004	14 504	16 296	39 994	–1	966
Zinsoptionen	8 181	9 915	24 046	28 442	70 584	686	967
Caps/Floors/Collars	2 174	5 229	23 053	13 325	43 781	189	155
Sonstige Zinskontrakte	571	378	1 640	1 470	4 059	95	18
Börsengehandelte Zinsprodukte	27 390	45 451	14 811	0	87 652	26	13
Zinsbezogene Derivate	**286 876**	**558 293**	**421 031**	**371 433**	**1 637 633**	**13 393**	**12 822**
Kreditderivate Sicherungsgeber	1 650	3 821	32 726	19 081	57 278	64	951
Kreditderivate Sicherungsnehmer	266	1 280	23 091	8 382	33 019	531	37
Kreditderivate	**1 916**	**5 101**	**55 817**	**27 463**	**90 297**	**595**	**988**
Börsengehandelte Produkte	1 753	8	0	0	1 761	255	192
Aktien-Termingeschäfte	5	0	0	0	5	4	2
Aktienoptionen (Käufe)	1 697	3 558	1 343	1 661	8 259	517	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	1 824	3 413	1 129	1 440	7 806	0	741
Aktienoptionen	3 521	6 971	2 472	3 101	16 065	517	741
Sonstige Geschäfte	242	789	100	0	1 131	44	40
Sonstige Derivate	**5 521**	**7 768**	**2 572**	**3 101**	**18 962**	**820**	**975**
Derivate Gesamt	**403 132**	**615 179**	**504 244**	**411 867**	**1 934 422**	**18 549**	**19 550**

Für Zwecke der Derivatestatistik werden Futuregeschäfte mit dem Fair Value angesetzt. Dagegen gleichen sich im jeweiligen Bilanzposten der Marktwert des Futuregeschäfts und die gegenläufige Marginzahlung zu Null aus.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte aufgegliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

	Fair Value						Nominalwerte	
Mio. EUR	31.12.2009 Positiv	31.12.2009 Negativ	31.12.2008 Positiv	31.12.2008 Negativ	1.1.2008 Positiv	1.1.2008 Negativ	31.12.2009	31.12.2008
OECD-Banken	32 877	34 014	34 690	36 246	14 591	15 120	1 734 671	1 433 660
Nicht-OECD-Banken	195	168	843	204	91	120	17 552	17 455
Öffentliche OECD-Stellen	1 066	965	1 157	1 162	471	432	32 868	32 460
Sonstige Kontrahenten	4 818	4 486	5 196	6 319	3 396	3 877	491 646	262 260
Derivate Gesamt	**38 956**	**39 633**	**41 886**	**43 931**	**18 549**	**19 550**	**2 276 737**	**1 745 835**

Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Sonstige Angaben.

74. Kapitalmanagement.

Ziel des Kapitalmanagements der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus dem Blickwinkel des ökonomischen Kapitals als auch des regulatorischen Kapitals betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungs-Prozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns.

Das Capital Committee agiert entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und den Eigenkapital-Zielgrößen des LBBW-Konzerns. Die Beschlussfassung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Gremium wird koordiniert durch das Finanzcontrolling und setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Handel und Überwachung zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Finanzcontrolling sowie Rechnungswesen, zusammen. Die Kapitalallokation erfolgt im Rahmen des Planungsprozesses und wird vom Gesamtvorstand regelmäßig überwacht.

Ökonomisches Kapital.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das aus Sicht der LBBW betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von eigenen Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW grundsätzlich als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,95% und 1 Jahr Haltedauer dargestellt. Für die operationellen Risiken wird der aufsichtsrechtliche Standardansatz verwendet. Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«), stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet. Dabei wird ein Puffer für die nicht direkt quantifizierbaren sonstigen Risiken sowie für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen freigehalten.
Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind bereits eingetretene Verluste und gebildete Wertberichtigungen sowie bestimmte Komponenten der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres berücksichtigt. Dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Zur weiteren Vertiefung der Risikosteuerungssysteme und des ökonomischen Kapitals verweisen wir auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichtes.

Regulatorisches Kapital.

Die Eigenmittel der LBBW-Gruppe werden auf Basis der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG), welche bei den statischen Kapitalkomponenten auf den nach HGB bilanzierten Werten basiert, ermittelt und beruhen auf den für Institutsgruppen relevanten aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz-Vorschriften.
Die Gesamtkennziffer der LBBW-Gruppe wird nach den Vorgaben von § 3 SolvV (Solvabilitätsverordnung) in Verbindung mit § 10 a KWG ermittelt.
Demgemäß darf die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zu der mit 12,5 multiplizierten Summe aus den Anrechnungsbeträgen für Adressrisiken, operationelle Risiken und Marktrisikopositionen einschließlich der Optionsgeschäfte arbeitstäglich die Quote von 8,0% (Gesamtkennziffer) zum Geschäftsschluss nicht unterschreiten.
Als Auswirkung der Finanzmarktkrise kam es auch bei der LBBW, besonders bei verbrieften Forderungen, zu Ratingverschlechterungen. Somit ergab sich innerhalb kürzester Zeit ein sprunghaft erhöhter regulatorischer Eigenkapitalbedarf, dem die Träger der LBBW mit einer Eigenkapitalzuführung in Höhe von 5 Mrd. EUR und einer Absicherung von Verbriefungspositionen durch eine Höchstbetragsgarantie in Höhe von 12,7 Mrd. EUR Rechnung trugen. Während der Phase bis zur Umsetzung der Maßnahmen der Träger wurde die Gesamtkennziffer sowohl auf Instituts- als auch auf Gruppenebene arbeitstäglich ermittelt und wöchentlich an die Aufsicht gemeldet.
Die **Eigenmittel** bestehen aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln. Dabei ist das gesamte Ergänzungskapital auf die Höhe des Kernkapitals begrenzt. Das Ergänzungskapital zweiter Klasse darf maximal 50% des gesamten Kernkapitals betragen. Die Drittrangmittel sind zusammen mit dem freien Ergänzungskapital auf 250% des freien Kernkapitals (Kernkapital, das nicht zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und operationellen Risiken benötigt wird) begrenzt.
Das **Kernkapital** oder Tier I-Kapital besteht aus dem eingezahlten Kapital, der Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Preference Shares, den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB und den Abzugspositionen (im Wesentlichen immaterielle Vermögensgegenstände und Goodwill). Ein wesentlicher Teil der Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter der LBBW-Gruppe ist permanent und wird von den Trägern der LBBW gehalten. Das **Ergänzungskapital** oder Tier II-Kapital setzt sich aus Ergänzungskapital erster Klasse, das überwiegend aus Genussrechtsverbindlichkeiten besteht, sowie dem Ergänzungskapital zweiter Klasse, das die längerfristigen Nachrangverbindlichkeiten beinhaltet, zusammen.

Als **Drittrangmittel** oder Tier III-Kapital werden kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens zwei aber weniger als fünf Jahren angerechnet. Außerdem dürfen Genussrechte und längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten, die mit einer entsprechenden Drittrangklausel ausgestattet sind, während der letzten beiden Jahre vor Fälligkeit angerechnet werden. Drittrangmittel dürfen nur zur Unterlegung der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen verwendet werden.
Des Weiteren müssen noch folgende Positionen jeweils hälftig vom Kern- und Ergänzungskapital abgezogen werden: Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 KWG (unmittelbare Beteiligungen an Instituten und Finanzunternehmen, an denen mehr als 10% des Kapitals gehalten werden, die aber nicht nach § 10a KWG konsolidiert werden sowie Eigenkapitalsurrogate, die von diesen Unternehmen ausgegeben wurden, Beteiligungen an Versicherungsunternehmen gemäß § 271 HGB sowie Eigenkapitalsurrogate, die von diesen Versicherungsunternehmen ausgegeben wurden) und Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6a KWG (Wertberichtigungsfehlbeträge für IRBA Adressrisikopositionen und erwartete Verluste für IRBA-Beteiligungspositionen sowie Vorleistungsrisiken für Wertpapiergeschäfte des Handelsbuchs, deren Gegenleistung fünf Geschäftstage nach deren Fälligkeit noch nicht wirksam erbracht wurde).
Die LBBW hat zum 1. Januar 2008 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Zulassung zur Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen erhalten. Die Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegen, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.
Die Eigenmittel gemäß KWG berechnen sich auf Basis der Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften.
Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Eigenmittel (Tier I+II+III)	**20 393**	**17 970**
Kernkapital (Tier I)	15 117	12 225
Ergänzungskapital (Tier II)	4 725	5 105
Drittrangmittel (Tier III)	551	640
Anrechnungspflichtige Positionen*	**153 913**	**177 450**
Adressenausfallrisikopositionen	132 025	150 937
Marktrisikopositionen	16 913	19 925
Operationelles Risiko	4 975	6 588
Gesamtkennziffer gemäß SolvV	**13,3 %**	**10,1 %**

*12,5-faches der Eigenkapital- bzw. Eigenmittelanforderungen

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Kernkapital (Tier I)	**15 117**	**12 225**
Eingezahltes Kapital	2 584	1 530
Kapitalrücklage	6 910	3 074
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	4 577	4 567
Sonstige Rücklagen und aktivische Unterschiedsbeträge gemäß § 10a Abs. 6 S. 9 und 10 KWG	1 831	2 564
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	480	1 967
Abzugspositionen vom Kernkapital inkl. hälftiger Abzug § 10 Abs. 2a, 6, 6a KWG	– 1 265	– 1 477

Erläuterung der Veränderungen 2008 zu 2009.

Im Juni 2009 erfolgte eine Kapitalerhöhung von 5 Mrd. EUR durch die Träger der LBBW. Diese werden unter »Eingezahltes Kapital« und unter »Kapitalrücklagen« ausgewiesen. Der Rückgang der Sonstigen Rücklagen resultiert im Wesentlichen aus der ratierlichen Abschreibung der unter dieser Position erfassten aktivischen Unterschiedsbeträge sowie aus dem Effekt der erstmals vorgenommenen freiwilligen Konsolidierung der LBBW Immobilien GmbH.
Im Zuge der Bilanzfeststellung erfolgte für das Jahr 2008 eine Teilauflösung des »Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB«.
Aufgrund der erhöhten Risikovorsorge ergibt sich eine Reduzierung des Wertberichtigungsfehlbetrags und dadurch der Kapitalabzugspositionen.
Das Ergänzungskapital verringerte sich aufgrund der Unterschreitung der Restlaufzeit von zwei Jahren beziehungsweise aufgrund von Fälligkeiten. Im Vergleichszeitraum wurden auch Drittrangmittel fällig.

75. Zusätzliche Angaben zur Kapitalflussrechnung.

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Finanzmittelfonds dargestellt durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der Finanzmittelfonds entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns. Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss entwickelt. Es gehören hierzu die Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren und anderen Aktiva. Die Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva werden ebenfalls hierunter ausgewiesen. Des Weiteren sind die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen dem Cashflow aus der operativen Tätigkeit zugeordnet.
Die Position Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, das unrealisierte Handelsergebnis, das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option, das unrealisierte Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und unrealisierte sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. In den sonstigen Anpassungen sind Effekte aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Zinsaufwendungen und Steuern vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern enthalten.
Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und assoziierten Unternehmen beziehungsweise Sachanlagen sowie Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital, Genussrechtskapital und typisch stillen Einlagen dargestellt. Die im Frühsommer 2009 durchgeführte Eigenkapitalzuführung in Höhe von 5 Mrd. EUR beeinflusst maßgeblich den Wert. In diesem Zusammenhang wird auf die Note 25 verwiesen.

76. Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte.

Sicherungsgeber.

Folgende besicherte Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag im LBBW-Konzern:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47 520	40 808
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 777	366
Verbriefte Verbindlichkeiten	17	68
Handelspassiva	0	6 140
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	919	895
Eventualverbindlichkeiten	0	57
Besicherte Verbindlichkeiten	**54 233**	**48 334**

Im Wesentlichen erfolgte die Übertragung von Vermögenswerten als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten im Rahmen von Pensionsgeschäften sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes.
Folgende Vermögenswerte wurden als Sicherheiten für die genannten Verbindlichkeiten übertragen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	5 172	7 062
Forderungen an Kunden	5 206	3 141
Handelsaktiva	43 505	59 821
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	927	1 032
Finanzanlagen	2 788	7 767
Übertragene Vermögenswerte	**57 598**	**78 823**

Die Forderungen an Kunden und 32 Mrd. EUR der Handelsaktiva sind in einem Sicherheitenkonto bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt. Zum 31. Dezember 2009 hatten die zugehörigen Inanspruchnahmen eine Höhe von 4 Mrd. EUR.

Verpfändete Vermögenswerte dienen ausschließlich als Sicherheit für die Gegenpartei. Die Sicherheiten werden nach Beendigung des zugrunde liegenden Geschäftes zurückgegeben. Kommt es zu einem Ausfall durch die LBBW, hat die Gegenpartei den Anspruch, die Verbindlichkeit anhand der Sicherheit zu begleichen.

Sicherungsnehmer.

Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, beläuft sich auf 19 750 Mio. EUR (Vorjahr: 23 808 Mio. EUR). Der Fair Value der im Berichtsjahr veräußerten oder neu besicherten Sicherheit beträgt 8 887 Mio. EUR (Vorjahr: 7 426 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten ist der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 19 750 Mio. EUR (Vorjahr: 23 808 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet.

77. Nachrangige Vermögenswerte.

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger befriedigt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	474	283
Forderungen an Kunden	1 382	452
Handelsaktiva	106	86
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	457	569
Finanzanlagen	571	849
Nachrangige Vermögenswerte	**2 990**	**2 239**

78. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

In der folgenden Übersicht ist der wesentliche Anteilsbesitz der LBBW dargestellt:

Name/Ort	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
(A) In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp, Niederlande [3) 7)]	100,00		EUR	6 390	3 114
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc, London, Großbritannien [3) 7)]	100,00		GBP	6 939	1 408
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart [3)]	100,00		EUR	24 589	3 102
LBBW Asset Management (Ireland) plc, Dublin, Irland [7)]	100,00		EUR	16 019	5 468
LBBW Bank CZ a.s., Prague 5, Tschechien [7)]	100,00		CZK	137 316	2 988
LBBW Dublin Management GmbH, Mainz [3) 4)]	100,00		EUR	230 846	0
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart [1) 4b) 7)]	100,00		EUR	708 611	1 244
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg, Luxemburg [3) 7)]	100,00		EUR	173 800	–326 500
LBBW Securities, LLC, Wilmington, USA [3a) 7)]	100,00		USD	83 413	14 432
LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg	100,00		EUR	10 291	6 435
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	100,00		EUR	36 765	5 799
SüdFactoring GmbH, Stuttgart [4)]	100,00		EUR	2 600	0
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart [1) 4a) 7)]	100,00		EUR	88 982	0
SüdLeasing GmbH, Mannheim [2) 4a) 7)]	100,00		EUR	32 085	0
Gemeinschaftsunternehmen					
LHI Leasing GmbH, Pullach i. Isartal [1) 7)]	51,00		EUR	50 511	10 068
Assoziierte Unternehmen at Equity bilanziert					
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart [1) 7)]	45,00	40,00	EUR	193 157	–28 949
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz, Österreich [1) 7)]	15,72	25,00	EUR	461 023	43 678
(B) Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart [7)]	100,00		EUR	957	129
BW Capital Markets Inc., Florham Park, New Jersey, USA [3) 7)]	100,00		USD	619	–112
LBBW (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz [7)]	100,00		CHF	9 047	719
LBBW Venture Capital GmbH, Stuttgart [7)]	100,00		EUR	29 701	1 023
Assoziierte Unternehmen, die nicht at Equity bilanziert werden					
European Energy Exchange AG, Leipzig [7)]	22,96		EUR	52 310	11 611
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden [5)]	25,27		EUR	22 903	4 335
Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart [7)]	25,00		EUR	195 426	–2 386
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main [8)]	26,67		EUR	31 744	4 407

Name/Ort	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
Wesentliche Beteiligungen					
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden [7]	27,96	18,44	EUR	26	3
DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main/Berlin [1] [7]	14,78		EUR	1 426 785	29 386
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf [7]	20,31		EUR	819 070	205 000
LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart [7]	6,67		EUR	541 018	13 673
PMAM Holdings Limited, London, Großbritannien [6]	25,00	3,02	GBP	25 999	– 184
SOTRADA AG, Stuttgart	19,35		EUR	44 207	– 4 859
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart [7]	10,01		EUR	161 986	12 178
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart [7]	9,37		EUR	1 574 296	97 452

[1] Mittelbar gehalten.
[2] Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
[3] Es besteht eine Patronatserklärung für die Dauer der Beteiligung.
[3a] Mit dem Verkauf der LBBW Securities zum voraussichtlich 31. März 2010 erlischt die Patronatserklärung.
[4] Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
[4a] Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
[4b] Mit der Gesellschaft besteht eine Beherrschungsvertrag.
[5] Es liegen Daten zum 31. Dezember 2007 vor.
[6] Es liegen Daten zum 30. September 2008 vor.
[7] Es liegen Daten zum 31. Dezember 2008 vor.
[8] Es liegen Daten zum 30. September 2009 vor.

Eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.
Der Kapitalanteil der LBBW an der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft belief sich unverändert gegenüber dem Vorjahr auf 92,68%. Die Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.
Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlöse und Periodenergebnisse unserer assoziierten Unternehmen sind in Note 49 dargestellt.
Die LBBW Leasing GmbH, Mannheim, die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Finance-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart, die LRP Capital GmbH, Mainz und die Mogon Vermögensverwaltungs-GmbH, Mainz haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

79. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

		Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und Verwaltungsrats	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute							
	2009	957	0	50	320	0	5 867
	2008	2 057	0	51	316	0	7 921
	2007	3 681	0	11	2 084	0	6 421
Forderungen an Kunden							
	2009	4 439	3	2 778	372	27	32
	2008	3 941	4	1 441	347	19	1 548
	2007	4 146	4	1 780	17	0	257
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte							
	2009	904	0	9	36	0	332
	2008	153	0	138	35	0	275
	2007	1 079	0	31	139	0	277
Finanzanlagen							
	2009	12 700	0	241	10	0	137
	2008	0	0	222	8	29	365
	2007	78	0	737	576	166	1 444
Sonstige Aktiva							
	2009	0	0	0	1	0	0
	2008	0	0	0	186	0	0
	2007	0	0	0	131	0	0
Aktiva insgesamt							
	2009	**19 000**	**3**	**3 078**	**739**	**27**	**6 368**
	2008	**6 151**	**4**	**1 852**	**892**	**48**	**10 109**
	2007	**8 984**	**4**	**2 559**	**2 947**	**166**	**8 399**

		Anteilseigner Mio. EUR	Mitglieder des Vorstands und Verwaltungsrats Mio. EUR	Verbundene Unternehmen Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen Mio. EUR	Joint Ventures Mio. EUR	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
	2009	5 064	0	67	232	0	8 828
	2008	4 268	0	4	272	0	9 363
	2007	3 668	0	9	1 153	0	8 542
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
	2009	13 986	5	751	74	9	0
	2008	4 036	4	833	41	14	30
	2007	2 712	5	525	0	0	777
Verbriefte Verbindlichkeiten							
	2009	0	0	0	0	0	0
	2008	0	0	0	0	0	0
	2007	0	0	0	0	0	1 014
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten							
	2009	353	0	0	41	0	221
	2008	241	0	12	51	0	365
	2007	478	0	0	130	0	354
Rückstellungen							
	2009	0	0	0	0	0	0
	2008	0	0	0	0	0	0
	2007	0	0	0	0	0	4
Sonstige Passiva							
	2009	0	0	0	0	0	0
	2008	0	0	1	0	0	1
	2007	1	0	1	0	0	0
Nachrangkapital							
	2009	3 116	0	100	10	0	0
	2008	3 120	0	100	5	0	0
	2007	3 517	0	0	0	0	55
Passiva insgesamt							
	2009	**22 519**	**5**	**918**	**357**	**9**	**9 049**
	2008	**11 665**	**4**	**950**	**369**	**14**	**9 759**
	2007	**10 376**	**5**	**535**	**1 283**	**0**	**10 746**

Die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten in der Spalte »Anteilseigner« ergeben sich aus der normalen Geschäftstätigkeit. Die Erhöhung der Volumina in den Positionen Finanzanlagen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultieren im Wesentlichen aus dem durch das Land Baden-Württemberg bereitgestellten Risikoschirm.
Die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute bezogen auf sonstige nahe stehende Personen/Unternehmen resultieren aus dem Wegfall eines Geschäftes mit einer anderen Landesbank. Aufgrund des Wechsels eines Refinanzierungspartners einer konsolidierten Verbriefungsgesellschaft reduzierten sich die Forderungen an Kunden bezogen auf sonstige nahe stehende Personen/Unternehmen und erhöhten sich entsprechend in der Spalte »Verbundene Unternehmen«.

Wie auch schon im Vorjahr bestand im Geschäftsjahr 2009 eine Risikovorsorge in Höhe von –10 Mio. EUR hinsichtlich ausstehender Salden gegenüber nahe stehenden Personen/Unternehmen.

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahe stehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats einschließlich Angehöriger der LBBW-Bank als Mutterunternehmen. Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit den betreffenden Personen können der Note 80 entnommen werden.

80. Organe und deren Mandate.
Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand der LBBW.

Vorsitzender

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender des Vorstands
(seit 11. Juni 2009)

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender des Vorstands
(bis 10. Juni 2009)

Stv. Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands

Mitglieder

DR. PETER A. KAEMMERER
Mitglied des Vorstands

JOACHIM E. SCHIELKE
Mitglied des Vorstands

HANS-JOACHIM STRÜDER
Mitglied des Vorstands

DR. BERNHARD WALTER
Mitglied des Vorstands

RUDOLF ZIPF
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER MdL
Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

DIPL.-OEC. MUTHEREM ARAS
ab 17. 09. 2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS BAUER*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

THOMAS BERRETH*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

HARALD COBLENZ*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

WOLFGANG DIETZ
ab 01. 10. 2009
Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

BERND DOLL
bis 30. 09. 2009
Oberbürgermeister a. D., Bruchsal

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG, Stuttgart

ARMIN FREUNDL*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

PROF. DR. ULRICH GOLL MdL
ab 01. 01. 2009
Stv. Ministerpräsident, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M. A.
ab 16. 12. 2009
Senator h. c., Landrat des Landkreises Ludwigsburg,
Vorsitzender des Veraltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

ALBERT HÄBERLE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

KARLHEINZ HEINZELMANN*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter im Vorruhestand, Besigheim

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

UDO HUMMEL*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

PROF. DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT
Senator e. h., Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Vorsitzender des Aufsichtsrats der ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

JENS JUNGBAUER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) MANFRED KANZLEITER
bis 17. 09. 2009
Stadtrat, Stuttgart

BETTINA KIES-HARTMANN*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

LIAN LIE LIEM*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

GÜNTHER NOLLERT*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. WOLFGANG REINHART MdL
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und im Staatsministerium von Baden-Württemberg

IRIS RIPSAM
bis 17. 09. 2009
Stadträtin, Stuttgart

DIPL.-VOLKSWIRT EUGEN SCHÄUFELE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

DR. STEFAN SCHEFFOLD MdL
ab 01. 01. 2009
Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

HELMUT SCHLEWEIS
bis 31. 12. 2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID MdL
Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

CLAUS SCHMIEDEL MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

WILLI STÄCHELE MdL
Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

FRED-JÜRGEN STRADINGER
ab 17. 09. 2009
Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS OTTO STREUBER
bis 12. 06. 2009
Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz, Budenheim

WERNER UNFRIED*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

MICHAEL WARFOLOMEOW*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER
Landrat des Landkreises Ravensburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ravensburg

VOLKER WIRTH
ab 01. 01. 2010
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell, Singen

NORBERT ZIPF*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

JOSEF AHMED*
ab 17. 07. 2009 bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
bis 17. 09. 2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS BAUER*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH) BERND BECHTOLD
ab 05. 05. 2009
Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g. bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

GÜNTER BENZ
ab 05. 05. 2009 bis 01. 10. 2009
Ministerialdirektor im Innenministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

THOMAS BERRETH*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ROSWITHA BLIND
ab 17. 09. 2009
Stadträtin, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Karlsruhe

OTWIN BRUCKER
ab 23.11.2009
Bürgermeister a. D., Pliezhausen

ROLAND BÜRKLE
Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

YVONNE EISELE*
ab 22.01.2010
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

HEINZ FENRICH
ab 25. 01. 2010
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

MICHAEL FÖLL MdL
Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

REINHARD FRANK
ab 23.11. 2009
Landrat des Main-Tauber-Kreises, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Tauberfranken, Tauberbischofsheim

ARMIN FREUNDL*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. HANS DIETER FREY
ab 05. 05. 2009
Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

DIRK GAERTE
ab 16.12. 2009
Landrat des Landkreises Sigmaringen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen

REINHOLD GALL MdL
ab 17.11. 2009
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

BARBARA GRENZDÖRFFER*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

GERNOT GRIEBLING*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M. A.
bis 16.12. 2009
Rechtsanwalt, Senator h. c., Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

MARTIN HAIBLE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-VERW.-WIRT (FH) KLAUS HERRMANN MdL
ab 05. 05. 2009
Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

UDO HUMMEL*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS GEORG JUNGINGER
ab 05. 05. 2009 bis 17.11.2009
Rechtsanwalt, Weinheim

DR. MICHAEL KIENZLE
ab 17. 09. 2009
Stadtrat, Stuttgart

TIMO KLEIN*
bis 30. 06. 2009
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

MICHAEL KLEINER
ab 17.11. 2009
Leitender Ministerialrat im Staatsministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

SABINE LEHMANN*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. DORIT LOOS
bis 17. 09. 2009
Stadträtin, Stuttgart

THOMAS LÜTZELBERGER
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim

HERMANN MADER
bis 23.11. 2009
Landrat des Landkreises Heidenheim, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Heidenheim

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

SIEGMAR MÜLLER
ab 01. 01. 2009 bis 12. 06. 2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Germersheim-Kandel

SIEGFRIED RIEG
bis 23. 11. 2009
Kreisrat, Oberbürgermeister a. D., Giengen

BERNHARD RÖPKE*
ab 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIETER RÖSLER*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

CHRISTIAN ROGG*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

HELMUT WALTER RÜECK MdL
ab 05. 05. 2009
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) INGO RUST MdL
ab 05. 05. 2010
Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. H. C. KLAUS SCHMIDT
ab 01. 01. 2009
Stuttgart

GERD SIEBERTZ*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

RENATE STEINER*
bis 22. 01. 2010
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER
Landrat des Landkreises Tübingen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Tübingen

KLAUS ZIESKE*
ab 22.01.2010
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Organe setzten sich dabei wie folgt zusammen:

	Vorstand		Verwaltungsrat		Beirat	
	2009*	2008*	2009	2008	2009	2008
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Bezüge der Organe						
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	4,5	5,7	0,3	0,3	0,3	0,4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	21,7	16,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener						
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	9,0	9,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen gegenüber diesem Personenkreis	101,3	104,7	0,0	0,0	0,0	0,0
davon gebildete Rückstellungen	101,3	104,7	0,0	0,0	0,0	0,0

* inklusive Vorstände der ehemaligen BW-Bank, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP

In den Bezügen früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener sind die der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP berücksichtigt.
Zum Bilanzstichtag waren Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Verwaltungsrats in Höhe von 3,4 Mio. EUR (Vorjahr: 3,3 Mio. EUR) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen. Alle Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Verwaltungsrats werden zu marktüblichen Konditionen verzinst.

Mandate.

Von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der LBBW wurden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland wahrgenommen:

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Joachim Landgraf
	stv. Aufsichtsrat	Elvira Bergmann
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 02. 07. 2009
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter
	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	1. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Hans-Jörg Vetter ab 01. 08. 2009
	2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19. 05. 2009
	Verwaltungsrat	Michael Horn ab 11. 02. 2009
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13. 08. 2009
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19. 05. 2009
	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter ab 01. 11. 2009
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
ECC European Commodity Clearing AG, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
Euwax AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski als Vorstand der LBBW bis 10. 06. 2009
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19. 05. 2009
	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter ab 30. 09. 2009
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
Hypo Real Estate Holding AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13. 08. 2009
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19. 05. 2009
LBBW Asset Management (Ireland) plc., Dublin	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder bis 22. 04. 2009
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter bis 22. 04. 2009

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
LBBW Asset Management Investment GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Merk ab 01.09.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Peter M. Haid ab 01.09.2009
	Aufsichtsrat	Manuel Köppel ab 12.01. bis 31.08.2009
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Peter Kaemmerer
	Aufsichtsrat	Andreas Fohrmann
	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter ab 25.06.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer ab 27.03.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	Aufsichtsrat	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
	Aufsichtsrat	Berthold Veil
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Horst Marschall
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat	Michael Horn
	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn
	Beirat	Dr. Bernhard Walter
Paul Hartmann AG, Heidenheim a.d. Brenz	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
quirin bank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Andreas Benninger
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer bis 31.12.2009
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans Strudel bis 30.06.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Achim Kern ab 04.12.2009 (20.10. bis 03.12.2009 Mitglied)
	Aufsichtsrat	Dr. Armin Brendle
	Aufsichtsrat	Markus Pflitsch ab 01.07. bis 14.08.2009
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch bis 30.09.2009 als Mitarbeiter der Bank
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Stefan Hofmann ab 16.07.2009

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
SOTRADA, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Ralf Menzel
	Aufsichtsrat	Ralf Winkelmann bis 28. 02. 2009
	Aufsichtsrat	Andreas Leonhard ab 01. 03. 2009
Sparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny bis 20. 05. 2009
SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Voralberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

81. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterzahl setzte sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2009			2008		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	6 465	4 574	11 039	6 193	4 390	10 583
Teilzeit	212	2 391	2 603	166	2 264	2 430
Auszubildende	292	358	650	293	340	633
Aufgegebene Geschäftsbereiche	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	6 969	7 323	14 292	6 652	6 994	13 646

82. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Wesentliche Entwicklungen und Ereignisse von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sind nach dem Bilanzstichtag 2009 nicht eingetreten.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, 31. März 2010

Der Vorstand

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, Gesamtergebnis des Konzerns, Konzernbilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung des Konzerns und Konzernanhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 31. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WALTER SCHULDT
Wirtschaftsprüfer

DR. ANDREAS RUSS
Wirtschaftsprüfer

ANNEX 2

Geprüfte Konzernfinanzinformationen

für das Jahr 2008

Konzern-
lagebericht.

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss sowie der Konzernlagebericht 2008 wurden wie schon im Vorjahr von der Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft mit einem unein-geschränkten Bestätigungs-vermerk versehen.

Die Geschäftstätigkeit der Landesbank Baden-Württemberg.

Der LBBW-Konzern gehört mit einer Bilanzsumme von 448 Mrd. EUR zu den größten deutschen Kreditinstituten und zählt weltweit zu den 50 größten Banken. Mehr als 13 300 Mitarbeiter pflegen in bundesweit 215 Filialen und Stützpunkten sowie an über 20 Standorten im Ausland den Kundenkontakt. Die mittelständischen Unternehmenskunden der LBBW schätzen den weltweiten Vor-Ort-Service des globalen Netzes von 20 Repräsentanzen sowie Niederlassungen in New York, London, Singapur und – seit Februar 2008 – in Seoul. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch zwei Finanzierungsgesellschaften im Ausland sowie die von der LBBW betriebenen German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt und Singapur, zu denen im Dezember 2008 ein weiteres Haus in Indien, in Delhi.Gurgaon, hinzukam. Dieses neue German Centre betreibt die LBBW zusammen mit der Bayerischen Landesbank.

Durch die Eingliederung der Landesbank Sachsen AG unter dem Namen Sachsen Bank zum 1. April 2008 und der Landesbank Rheinland-Pfalz als Rheinland-Pfalz Bank zum 1. Juli 2008 jeweils als rechtlich unselbstständige Anstalt in die LBBW wurde das Kundenspektrum im LBBW-Konzern 2008 erweitert.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Neben der konzernweiten Kundenverantwortung im Kapitalmarktgeschäft sind in ihr die zentralen Stabs- und Steuerungsfunktionen sowie sämtliche Back-Office-Aufgaben des Konzerns angesiedelt. Darüber hinaus ist die LBBW im Konzern verantwortlich für das bundesweite und internationale Geschäft. In ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen hat die LBBW die Funktion einer Sparkassenzentralbank inne.

Mit der BW-Bank betreut der LBBW-Konzern in Baden-Württemberg über eine Million Kunden im Privatkundengeschäft, im Private Banking und im Wealth Management. Ferner betreibt sie in Südwestdeutschland das auf den Mittelstand fokussierte Unternehmenskundengeschäft. In der Landeshauptstadt Stuttgart fungiert die BW-Bank zudem als Sparkasse.

Die Rheinland-Pfalz Bank übernimmt heute für Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Wirtschaftsräume als regionale Kundenbank das Geschäftsfeld des Unternehmenskundengeschäfts mit einem besonderen Fokus auf mittelständische Kunden. Außerdem engagiert sie sich im Private Banking und bei der Beratung institutioneller Kunden.

Als regionale Kundenbank für Sachsen und die angrenzenden Wirtschaftsräume steht die Sachsen Bank heute den gehobenen Privat- und den mittelständischen Unternehmenskunden der LBBW in Sachsen zur Seite. Darüber hinaus initiiert sie von Sachsen aus den Aufbau neuer Geschäftsfelder in Tschechien und Polen. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch die auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierten Tochtergesellschaften.

Wirtschaftliche Rahmen-bedingungen.

Weltwirtschaft.

Das Jahr 2008 wird in der wirtschaftshistorischen Betrachtung als ein besonderes in die Geschichtsbücher eingehen. Selten zuvor konnte solch eine abrupte konjunkturelle Kehrtwende beobachtet werden. Eine zentrale Rolle spielte im Jahr 2008 die Finanzmarktkrise und deren Rückwirkungen auf die Realwirtschaft in den entwickelten Volkswirtschaften beiderseits des Atlantiks. Auf der Annahme eines im Jahr 2008 andauernden Preisverfalls am US-Immobilienmarkt aufbauend, bewahrheitete sich die Einschätzung der LBBW, der zufolge die USA in eine Rezession abgleiten dürften. Zunächst jedoch überraschten die Daten für das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal auf der positiven Seite. Die Entwicklung in den USA war umso bemerkenswerter, als das amerikanische Forschungsinstitut NBER (National Bureau of Economic Research) den offiziellen Rezessionszeitpunkt bereits auf den Dezember 2007 datierte.

Ab dem Frühjahr gingen die Frühindikatoren allerdings in den freien Fall über. Die Kreditkrise aus den USA zeigte Wirkung in der Realwirtschaft. Seit dem zweiten Quartal war beiderseits des Atlantiks das BIP-Wachstum rückläufig. Zwar hatten sich in den USA die Schwierigkeiten am Markt für Wohnimmobilien bereits abgezeichnet, aber dass daraus den Banken ein weltweiter Abschreibungsbedarf von über 1 000 Mrd. US-Dollar entsteht, war zunächst kaum vorstellbar. Erst recht undenkbar war das Verschwinden international bekannter Bankadressen. Die realwirtschaftliche Krise vollzog sich in den Industrieländern nach dem Domino-Prinzip. Mit zunehmenden Schwierigkeiten im Bankensektor wurde für die Unternehmen und privaten Haushalte der Zugang zu Krediten erschwert, was die Gesamtnachfrage dämpfte. Fallende Hauspreise und die Baisse an den Aktienmärkten sorgten zudem für einen erheblichen negativen Vermögenseffekt, der eine Branche nach der anderen in seinen Strudel zog. Dabei gab es Staaten wie die USA, Irland, Spanien und Großbritannien, die eher am Anfang der Dominokette standen und die alle auf ihre Weise nach dem Platzen einer Blase am Wohn-

immobilienmarkt ins Trudeln gerieten und andere, die wie Deutschland weiter hinten standen und über die internationalen Handelsverflechtungen getroffen wurden. Das wahre Ausmaß der Krise wird jedoch erst in den Wachstumszahlen des Jahres 2009 abzulesen sein. Per saldo verbuchte die USA voraussichtlich noch einen BIP-Zuwachs von 1,3 % im Jahr 2008. Den letzten Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge blickt das Welt-BIP auf einen Zuwachs von 3,4 % zurück.

Deutschland.

Das deutsche Wachstum profitierte im ersten Halbjahr von den hohen Auftragseingängen im Vorjahr. Im verarbeitenden Gewerbe lag die Produktion noch auf einem hohen Niveau und auch die Ausrüstungsinvestitionen legten im zweiten Quartal überdurchschnittlich stark mit 7,6 % im Jahresvergleich zu. Die rasch voranschreitende Abkühlung der Weltkonjunktur sowie die von immer mehr Vorsicht und Zurückhaltung geprägte Grundstimmung führten schließlich zu einer Kehrtwende. War der Export stets der Garant für die prosperierende deutsche Wirtschaft, hat der Außenhandel zuletzt die Wirtschaftsleistung bei leicht zurückgehenden Exportvolumina und zugleich überdurchschnittlich angestiegenen Einfuhren im dritten Quartal deutlich gedämpft. Die hohe Exportabhängigkeit macht sich nun negativ bemerkbar. Der private Konsum hat sich hingegen angesichts der abrupten Kehrtwende des Rohölpreises und der anhaltend positiven Arbeitsmarktentwicklung sowie höherer Entgeltzuwächse noch gut behauptet. Allerdings blieb der deutsche Konsum mit Blick auf die schwache Grundtendenz der realen Verbrauchsausgaben und die niedrige Anschaffungsneigung auf einem niedrigen Niveau. Ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das deutsche BIP im Kalenderjahr 2008 um 1,3 %. Da die Krise einige Länder, wie etwa Italien, besonders schwer traf, wird für die gesamte Eurozone lediglich ein BIP-Wachstum von 0,9 % zu erwarten sein.

Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken waren in Anbetracht der Krisensituation zu ungewöhnlichen Maßnahmen gezwungen. Zum einen musste der beschleunigten wirtschaftlichen Abwärtsdynamik begegnet werden, zum anderen erforderte das gegenseitige Misstrauen am Interbankenmarkt ein deutliches Eingreifen der Zentralbanken. Offensichtlich wurden die Verspannungen beispielsweise am europäischen Interbankenmarkt an der Differenz des 3-Monats-Interbanken-Satzes zum EZB-Leitzins. Während die Differenz gewöhnlich bei rund 20 Basispunkten liegt, stieg sie in der Spitze auf 140 Basispunkte. Die Situation war dabei rings um den Globus sehr ähnlich. Die EZB übernahm faktisch den ansonsten über den Geldmarkt laufenden Liquiditätsausgleich zwischen den Kreditinstituten. Einerseits erfolgte dies auf der Refinanzierungsseite durch unbegrenzte Gebotszuteilungen zum festen Zins-

satz. Darüber hinaus verringerte die EZB die Differenz zwischen dem Zins für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und dem Zins für Einlagenfazilität von den sonst üblichen zwei Prozentpunkten auf einen Prozentpunkt. Hinsichtlich der Zinspolitik verunsicherte die EZB im ersten Halbjahr jedoch mit ihrem Hervorheben der Inflationsrisiken und den dahinter zurückstehenden wirtschaftlichen Risiken. Noch im Juli hob die EZB den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,25 % an. Kurze Zeit nach ihrer überraschenden Zinsanhebung musste die EZB jedoch der sich verschärfenden Krise Tribut zollen und vollzog einen Wechsel ihrer geldpolitischen Ausrichtung in Richtung fallender Leitzinsen. Damit bestätigte sich im Nachhinein die Erwartung der LBBW vom Frühjahr 2008, der zufolge die EZB im Verlaufe des Jahres 2008 die Zinsen ermäßigen würde. Die EZB senkte per saldo ihren wichtigsten Notenbanksatz um 175 Basispunkte auf 2,5 % zum Jahresende 2008. Darunter befand sich auch ein historischer Schritt in Höhe von 75 Basispunkten im Dezember. In den USA senkte die Fed die Leitzinsen im Jahresverlauf von 4,25 % auf praktisch null (Zielband 0 bis 0,25 %) zum Jahresende. Angesichts des Erreichens der Nullzinslinie kündigte die US-Notenbank an, alle verfügbaren geldpolitischen Instrumente zu nutzen. Dabei liegt der Fokus auf Instrumenten einer »quantitativen Lockerung« (»Quantitative Easing«). Die Maßnahmen umfassen dabei den Aufkauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren, auch der Kauf langlaufender US-Staatsanleihen wurde angekündigt. Darüber hinaus wird ein neues Instrument errichtet, mit dem die Ausgabe von Krediten an kleine Unternehmen und Verbraucher gefördert werden soll (»Term Asset-Backed Securities Loan Facility« [TALF]).

Rentenmärkte.

An den internationalen Rentenmärkten verlief das erste Halbjahr 2008 diesseits und jenseits des Atlantiks noch recht unterschiedlich. Während langlaufende US-Staatsanleihen sich im Spannungsfeld zwischen Inflationsrisiken und dem sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwung seitwärts bewegten, sorgte die Betonung von Inflationsrisiken durch die EZB für einen Renditeanstieg. In diesem Umfeld stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen in der Spitze bis auf 4,70 % zur Jahresmitte und erreichte damit exakt wieder das Hoch des Vorjahres; 2-jährige Papiere rentierten in Erwartung weiterer EZB-Zinsanhebungen zeitweise sogar darüber. Doch mit den einsetzenden Hiobsbotschaften aus dem Finanzsektor und den nun offensichtlichen Gefahren für die Weltkonjunktur fielen die Renditen langlaufender Staatsanleihen in den Herbstmonaten rings um den Globus in hoher Geschwindigkeit auf neue Tiefstände. In der Eurozone fielen die Renditen bereits in den Sommermonaten durch die von der EZB vollzogene Kehrtwende. Im weltweiten Reigen beschleunigte sich der Abwärtstrend, wodurch schließlich 10-jährige Bundesanleihen ein neues historisches Tief bei 2,92 % zum Jahresende 2008 erreichten.

Devisenmärkte.

An den Devisenmärkten wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Frühjahr zunächst auf Rekordhöhen auf. Dies geschah vor dem Hintergrund der sich deutlich zugunsten des Euroraums ausweitenden Zinsdifferenz. Die zugespitzte Situation an den Finanzmärkten in den Sommermonaten führte schließlich zu einer beispiellosen Rückabwicklung von Carry-Trades. In dessen Folge wertete der Japanische Yen sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem Euro massiv auf. Gleichzeitig mussten Hochzinswährungen deutliche Einbußen gegenüber den Hauptwährungen hinnehmen. Die hierdurch freigesetzte Liquidität wurde zum Gros in die USA repatriiert, wodurch der US-Dollar zum Euro bis zum Oktober um rund 20 % auf einen Stand von 1,24 US-Dollar pro Euro aufwertete. Eine bemerkenswerte Entwicklung verzeichnete auch das Britische Pfund. Während die Währung gegenüber dem Euro bis in die Herbstmonate nahezu konstant um die Marke von 0,80 GBP pro Euro handelte, führten die Zinssenkungen im November und Dezember im Umfang von 250 Basispunkten und die Sorgen um das britische Finanzsystem zu einer kräftigen Abwertung des Britischen Pfunds. Mit 0,97 GBP pro Euro notierte das Pfund zum Jahresende so schwach wie nie zuvor gegenüber dem Euro.

Aktienmärkte.

Das Aktienjahr 2008 war für alle Anleger eine große Enttäuschung. Nachdem zunächst nur Banken und Versicherungen angesichts der Finanzmarktkrise in Schwierigkeiten gerieten, traf es im vierten Quartal auch die Aktien der Industrieunternehmen deutlich. Der Auftragsbestand ging innerhalb kürzester Zeit massiv zurück, zahlreiche Prognosereduzierungen und Gewinnwarnungen waren die Folge. Vor allem institutionelle Investoren trennten sich in großem Umfang von ihren Papieren und sorgten für einen rapiden Absturz an den Börsen rund um den Erdball. Erst im Dezember kam es zu einer leichten Stabilisierung. Per saldo verloren DAX und Euro Stoxx 50 im letzten Jahr über 40 %, die amerikanische Börse schnitt ähnlich schwach ab.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Bankengeschäftsjahr 2008 durch die Finanzmarktkrise geprägt.

Die internationale Finanzmarktkrise hat in der Kreditwirtschaft das Geschäftsjahr 2008 geprägt. Ein Krisenumfeld gestörter Märkte für eine Vielzahl von Finanzprodukten und fortgesetzte Belastungen aus Wertberichtigungen zeichneten die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Branche 2008 schwer.

Weltweit verloren Institute erheblich an Wert, einige fallierten bzw. mussten vor dem Zusammenbruch gerettet werden. In Deutschland bewahrten Ausfallgarantien des Bundes unter Beteiligung der deutschen Kreditwirtschaft die Hypo Real Estate vor dem »Aus«.

Angesichts der mit einer systemischen Krise des internationalen Finanzsystems verbundenen Gefahren, die nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September und der angespannten Situation in Island im Oktober nochmals eine neue Dimension erreichte, intervenierten Regierungen und Notenbanken in zunehmendem Ausmaß. Weltweit ist der staatliche Einfluss auf die Kreditwirtschaft gestiegen. Dazu trugen sowohl staatliche Beteiligungen bei Instituten im Zuge von individuellen Rettungsmaßnahmen als auch allgemeine Maßnahmen und spezifische Reglementierungen im Zusammenhang mit den staatlichen Hilfspaketen bei.

In Deutschland brachte die Bundesregierung ein 500 Mrd. EUR schweres Hilfspaket für die deutsche Kreditwirtschaft auf den Weg, das unter bestimmten Auflagen neben Garantien, die den darniederliegenden Interbankenmarkt beleben sollen, vor allem die Möglichkeit einer Eigenkapitalstärkung für die Institute bietet.

Im Zuge der Krise haben sich an den Märkten erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute etabliert. Darüber hinaus hat sich ein Vertrauensverlust in der Finanzbranche eingestellt, der zu einer drastischen Reduzierung langfristiger Refinanzierungsmittel führte. (Re)kapitalisierungsfähigkeit und Refinanzierungsfähigkeit haben daher als Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewonnen.

Geschäftsmodelle verstärkt auf dem Prüfstand.

Das Geschäftsmodell der großen, reinen Investmentbanken hat sich in der Krise als nicht tragfähig erwiesen. So haben in den USA die beiden letzten großen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley wieder den Status herkömmlicher Geschäftsbanken beantragt. Eine wieder stärkere Hinwendung der Branche zum klassischen Kundengeschäft zeichnet sich ab. Viele Institute haben darüber hinaus mit einer Redimensionierung begonnen, mit der Stellenstreichungen, der Abbau von Risikopositionen und eine restriktivere Mittelvergabe für größere Finanzierungsvorhaben verbunden sind.

Der Konsolidierungstrend in der Branche hat sich 2008 nochmals verstärkt. In Deutschland haben sich Commerzbank und Dresdner Bank sowie DZ BANK und WGZ zu einer Bündelung ihrer Kräfte zusammengefunden. Im Landesbankensektor hielten die Überlegungen über eine weitere Konsolidierung an.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank als neue regionale Kundenbanken im Konzern etabliert.

2008 wurden die Landesbank Rheinland-Pfalz und die Sachsen LB als unselbstständige Anstalten in den LBBW-Konzern integriert. Die technische Migration der Geschäftsdaten beider Banken in die Systemwelt der LBBW wurde abgeschlossen. Gleichzeitig wurde eine Neuausrichtung der Geschäftsmodelle umgesetzt. Im Zentrum steht zukünftig in beiden Häusern die Funktion einer regionalen Kundenbank insbesondere für mittelständische Unternehmenskunden und vermögende Privatkunden in den jeweiligen Kernmärkten.

Akquisition in Tschechien durchgeführt.

Die LBBW hat 2008 von der BAWAG P.S.K., Österreich, die BAWAG Bank CZ mit Sitz in Prag übernommen. Das Institut mit einer Bilanzsumme von 1,2 Mrd. EUR, das seit September unter dem Namen LBBW Bank CZ a.s. am Markt auftritt, ist tschechienweit im Unternehmens- und Privatkundengeschäft tätig. Es wird in Zukunft schwerpunktmäßig tschechische, deutsche und andere internationale große und mittelständische Unternehmenskunden in Tschechien und grenznahen Regionen Sachsens sowie gehobene Privatkunden betreuen. Mit dieser Akquisition hat die LBBW einen wichtigen Schritt zur Ausweitung der Vertriebsaktivitäten in Richtung Mittel- und Osteuropa im Rahmen der angestrebten weiteren Internationalisierung des Konzerns vollzogen.

Die Geschäfts-entwicklung des LBBW-Konzerns.

Bericht zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Ertragslage.

	1.1.2008 – 31.12.2008	1.1.2007 – 31.12.2007 [1]	Veränderung 31.12.2008/31.12.2007	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsergebnis	2348	2145	203	9,5
2. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–903	–186	–717	> 100,0
3. Provisionsergebnis	549	584	–35	–6,0
4. Handelsergebnis[2]	–2057	–656	–1401	> 100,0
5. Sonstiges betriebliches Ergebnis[3]	361	213	148	69,5
6. Summe operativer Erträge (nach Kreditrisikovorsorge)	**298**	**2100**	**–1802**	**–85,8**
7. Verwaltungsaufwendungen	–1789	–1646	–143	8,7
8. Finanzanlageergebnis	–982	–118	–864	> 100,0
9. At Equity- und EAV-Ergebnis	13	9	4	44,4
10. Operatives Ergebnis	**–2460**	**345**	**–2805**	**–**
11. Restrukturierungsaufwendungen	–109	–10	–99	> 100,0
12. Konzernergebnis vor Steuern	–2569	335	–2904	–
13. Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	514	–9	523	–
14. Konzernjahresfehlbetrag (–)/ Konzernjahresüberschuss (+)	**–2055**	**326**	**–2381**	**–**

1) Nach der Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.
2) Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. zusätzlich das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option sowie das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.
3) Neben den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen wird in diesem Posten zusätzlich das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen.

Deutliche Verschärfung der Finanzmarktkrise im zweiten Halbjahr 2008.

Steigende Ausfallraten im Subprime-Bereich des US-Hypothekenmarktes sowie Marktverwerfungen der relevanten Verbriefungsprodukte und damit verbundene Liquiditätsengpässe haben seit dem Sommer 2007 zu wiederholten Verwerfungen an den internationalen Geld- und Kreditmärkten geführt. Seitdem mehrten sich die Meldungen über Schieflagen von Finanzdienstleistern, während die Börsen zu einem zeitweisen Sinkflug ansetzten und einzelne Staaten in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gerieten.

Den Folgen der hektischen Marktentwicklungen, welche unter anderem Ausfluss der anhaltenden Vertrauenskrise waren, konnte sich auch der LBBW-Konzern aufgrund seiner Einbindung in das globale Finanzmarktgeschehen nicht entziehen. Während für das Gesamtjahr 2007 noch ein positiver Konzernjahresüberschuss von 326 Mio. EUR zu verzeichnen war, deutete die Ertragslage nach Abschluss des ersten Halbjahres 2008 in Form eines Konzernfehlbetrages von – 144 Mio. EUR eine negative Entwicklungstendenz an. Insbesondere die im zweiten Halbjahr belastend auf die Wertentwicklung der relevanten Finanzinstrumente wirkenden Ereignisse an den internationalen Finanzmärkten führten maßgeblich dazu, dass für das gesamte Geschäftsjahr 2008 ein Konzernjahresfehlbetrag von – 2 055 Mio. EUR entstand. Die mit dem krisenverstärkenden Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers beobachtbare Abwärtsspirale der Wertansätze hat sich dabei überproportional auf die aus der Übernahme der ehemaligen Landesbank Sachsen (Sachsen LB) Gruppe zugegangenen Verbriefungsprodukte sowie auf Verbriefungsbestände des Konzerns der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) ausgewirkt. Jedoch wurden nicht nur Verbriefungsprodukte von den immer stärker um sich greifenden Verunsicherungen der Investoren in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch als an sich solide geltende Anlageformen. Hierunter fallen insbesondere Staatsanleihen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Währungsunion, bei denen eine deutliche Spreadausweitung zu verzeichnen war. Mit dieser Entwicklung im Zusammenhang stehend stiegen in der jüngeren Vergangenheit die Risikoaufschläge insbesondere bei jenen Credit Default Swaps (CDS), die sich auf das Ausfallrisiko von verschiedenen staatlichen Emittenten beziehen.

So setzten sich in der Folge die Belastungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. im Konzerneigenkapital des LBBW-Konzerns im dritten und vierten Quartal 2008 trotz Verstaatlichungen, staatlicher Stützungsaktionen sowie Übernahmetransaktionen bei betroffenen Marktteilnehmern überproportional fort. Insgesamt wurde das LBBW-Konzernjahresergebnis in der zweiten Jahreshälfte 2008 mit rund – 995 Mio. EUR durch die Zusammenbrüche bedeutender Akteure des US-Bankensektors sowie die Schieflage des isländischen Bankensystems belastet.

Die hinsichtlich ihres Ausmaßes unerwartet aufgekommenen Krisenereignisse der zweiten Jahreshälfte 2008 machten deutlich, dass Intensität und Dauer der Finanzkrise sowie die dadurch zu Tage getretenen Risiken für die Ertragslage der Bankenbranche nicht vorhersehbar waren. Auch wenn bereits erste Entspannungen in Bezug auf die Liquiditätsversorgung der Institute erkennbar sind, ist ein Ende der anhaltenden Krisensituation derzeit nicht zuverlässig absehbar. Dabei bleibt auch abzuwarten, wie sich die staatsgarantierten Emissionen verschiedener Institute auf andere Märkte, wie z. B. den Pfandbriefmarkt, auswirken werden. Es ist hingegen erkennbar, dass die Finanzmarktkrise weitestgehend nahtlos in eine deutliche Eintrübung der konjunkturellen Situation mündete.

Rückgang des Verbriefungsvolumens in zweiter Jahreshälfte.

Die Verarbeitung der Finanzmarktkrise betraf aus Produktsicht im Wesentlichen Fair-Value-Rückgänge bei Verbriefungsprodukten (CDO, ABS, CMBS bzw. RMBS) sowie CDS und Anleihen. Das Portfolio der erworbenen Verbriefungsprodukte belief sich im LBBW-Konzern zum 31. Dezember 2008 nominal auf insgesamt 29 Mrd. EUR (Buchwert: 25 Mrd. EUR). Vom 1. Juli 2008 bis zum Jahresende sank, primär bedingt durch Fälligkeiten, das zum 30. Juni 2008 mit 33 Mrd. EUR (Buchwert: 29 Mrd. EUR) zu beziffernde Verbriefungsvolumen um – 4 Mrd. EUR. Das angeführte Verbriefungsportfolio des LBBW-Konzerns umfasst dabei auch sämtliche Verbriefungstitel der insgesamt 23 Zweckgesellschaften, welche zum 31. Dezember 2008 konsolidiert wurden. Durch diese Konsolidierungskreisabgrenzung sind die Risiken aus derartigen wesentlichen Einheiten im Jahresfinanzbericht 2008 des LBBW-Konzerns abgebildet.

Reaktionen auf krisenverstärkende Fair-Value-Bilanzierung.

Insgesamt belasteten die Marktverwerfungen aus der Finanzmarktkrise – im Wesentlichen in der Gestalt von strukturierten Wertpapieren (im Wesentlichen Verbriefungsprodukte) und CDS – die Gewinn- und Verlustrechnung mit – 2 478 Mio. EUR. Darüber hinaus ergaben sich durch die Verwerfungen infolge der Finanzmarktkrise ergebniswirksam zu berücksichtigende Belastungen aus Anleihen von – 502 Mio. EUR sowie aus als Loans and Receivables (LaR)-kategorisierten Forderungsbeständen in Höhe von – 286 Mio. EUR. Zusätzlich schlugen sich Marktwertrückgänge im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Hiervon waren mit – 651 Mio. EUR AfS-kategorisierte strukturierte Wertpapiere und mit – 968 Mio. EUR Anleihen betroffen, deren negative Ergebnisse aus der Fair-Value-Bewertung grundsätzlich eigenkapitalmindernd in der Neubewertungsrücklage zu berücksichtigen sind.

Um die Ergebniswirkungen aus Fair-Value-Schwankungen zu verringern, hat die Europäische Union im Oktober 2008 die durch das IASB verabschiedeten IAS 39-Regelungsänderungen übernommen. Auf dieser Basis konnten bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente rückwirkend zum 1. Juli 2008 in die Kategorie LaR umkategorisiert werden, was in der Folge zu einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten anstatt zum – in der Regel – niedrigeren aktuellen Marktwert (»Fair Value«) führt. Diese vom LBBW-Konzern für Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 28 Mrd. EUR in Anspruch genommene Umwidmung hat im Berichtsjahr insgesamt zu einem positiven Ergebniseffekt von +66 Mio. EUR zu Gunsten des Handelsergebnisses sowie zu einer Entlastung von +3 134 Mio. EUR in der Neubewertungsrücklage geführt.

Da illiquide Märkte in der Regel keine verlässlichen Marktpreisinformationen für eine Zeitwertbewertung zur Verfügung stellen, erfolgte eine Bewertung von bestimmten Finanzinstrumenten auf der Basis anderer Bewertungsmethoden (Discounted-Cashflow [DCF] Methoden). So wurden im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres – mit dem Ziel der Stärkung des innerhalb der IFRS-Rechnungslegungsnormen verankerten True-and-fair-view-Prinzips – aufgrund des Fehlens aktueller Zeitwerte für bestimmte Verbriefungstitel DCF-Modelle zur Bewertung herangezogen. Im Speziellen handelt es sich dabei um Vermögenswerte, die grundsätzlich zum Marktwert zu bewerten sind. Weitgehende Marktnähe kann den Ergebnissen dieser Bewertungsverfahren jedoch zugesprochen werden, da die eingetretenen Marktwertänderungen in Bezug auf die Modellparameter angemessen berücksichtigt wurden.

Bereinigtes Konzernergebnis im positiven dreistelligen Millionenbereich.

Da sich der LBBW-Konzern als global agierendes Unternehmen den unverändert schwierigen Umfeldbedingungen im Finanzsektor nicht entziehen konnte, erreichte das operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2008 einen Wert von –2 460 Mio. EUR. Bereinigt um die vorab skizzierten ergebniswirksam zu verarbeitenden Marktwertrückgänge lag hingegen diese Ergebnisgröße bei 806 Mio. EUR. Darin spiegelte sich die solide Entwicklung aus den operativen Geschäftsfeldern und die damit zum Ausdruck kommende breite Ertragsdiversifizierung des LBBW-Konzerns wider. Das gut ausbalancierte Geschäftsmodell des Konzerns war dabei der wesentliche Erfolgsfaktor.

Deutliche Belastung des Konzernergebnisses durch Primär- und Sekundäreffekte der Finanzmarktkrise.

Das Zinsergebnis verzeichnete einen spürbaren Anstieg um 9,5 % bzw. + 203 Mio. EUR auf 2 348 Mio. EUR. Eine Belastung des operativen Zinsergebnisses aus im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise stehenden erhöhten Aufwendungen für Liquidität und Refinanzierung sowie gestiegenen CDS-Absicherungskosten für ausgewählte Kreditportfolios konnte dabei durch gegenläufige Ergebniszuwächse, vor allem aus dem Unternehmenskundengeschäft, ausgeglichen werden. Dämpfend auf die Zinsergebnisentwicklung wirkte im Vorjahresvergleich hingegen der Rückgang von Einmalerträgen aufgrund vorzeitiger Refinanzierungsablösungen.

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zeigte im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme der Netto-Kreditrisikovorsorgeaufwendungen um – 717 Mio. EUR auf insgesamt – 903 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war primär der in der zweiten Jahreshälfte verstärkt einsetzende Transmissionseffekt, welcher die Verwerfungen aus der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft übertrug. Das klassische Kreditgeschäft betrafen von den Gesamtzuführungen rund – 520 Mio. EUR. Auf die Schieflage des isländischen Bankensystems entfällt eine Kreditrisikovorsorgezuführung von rund – 260 Mio. EUR. Auf das Engagement Lehman Brothers wurden Wertberichtigungen in Höhe von rund – 75 Mio. EUR gebildet. Weitere Ergebnisbelastungen entfielen im Zusammenhang mit den Ausfällen auch auf das Handels- sowie das Finanzanlageergebnis.

Das Provisionsergebnis unterschritt im Geschäftsjahr 2008 trotz widriger Umfeldbedingungen mit einem Ergebnisbeitrag in Höhe von 549 Mio. EUR seinen Vorjahreswert lediglich um 6,0 % bzw. – 35 Mio. EUR. Der von der Börsenentwicklung maßgeblich beeinflusste Rückgang der Provisionen aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft sowie aus dem Kredit-, Treuhand- und Avalgeschäft (insgesamt – 73 Mio. EUR) konnte durch Zuwächse bei anderen Provisionsarten, wie z. B. angestiegenen Syndication- & Participation-Fees sowie höhere Provisionen des Geschäftsfeldes Akquisitions- & Leverage-Finanzierungen, nicht vollständig kompensiert werden.

Das Handelsergebnis war im Geschäftsjahr 2008 mit insgesamt – 2 113 Mio. EUR durch die aus der Finanzmarktkrise resultierenden Belastungen gekennzeichnet. Dabei entfielen auf negative Bewertungsergebnisse bei kreditsensitiven Finanzinstrumenten (ohne Eigenhandelsabsicht) – 1 814 Mio. EUR. Hiervon betrafen – 800 Mio. EUR Bewertungskorrekturen für CDS, welche sich zu einem großen Teil auf Bank-, Corporates- und Staatsadressen (direkt und über Indices) beziehen. Verbleibende – 1 014 Mio. EUR resultierten nahezu ausschließlich aus der Abbildung der auf strukturierte Wertpapiere der Kategorie Held for Trading (HfT) bzw. Fair-Value-Option (FVO) entfallenden

Spreadausweitungen. Darüber hinaus waren Effekte aus der Bewertung und Realisierung von – 299 Mio. EUR bei Finanzinstrumenten mit Eigenhandelsabsicht zu verzeichnen. In dieser GuV-Position wirkten Aufwendungen aus den Ausfällen der Investmentbank Lehman Brothers, des US-amerikanischen Kreditinstituts Washington Mutual sowie aus dem Islandengagement mit insgesamt rund – 310 Mio. EUR belastend. In der Summe verminderte sich das Handelsergebnis um – 1 401 Mio. EUR auf – 2 057 Mio. EUR.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wies im Vorjahresvergleich eine deutliche Steigerung auf. Nach einem Gesamtzuwachs von + 148 Mio. EUR erreichte diese Position nach Ablauf der Berichtsperiode insgesamt 361 Mio. EUR. Die positive Ergebnisentwicklung resultierte primär aus den gestiegenen Ergebnisbeiträgen des Geschäftsfeldes Immobilien.

Von Integrationsanstrengungen geprägte Kostenentwicklung.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 8,7 % bzw. – 143 Mio. EUR auf – 1 789 Mio. EUR. Die Ausweitung dieses Aufwandsblocks entfiel im Wesentlichen mit 65,0 % bzw. – 93 Mio. EUR auf die Veränderung der anderen Verwaltungsaufwendungen sowie mit 30,1 % bzw. – 43 Mio. EUR auf die Veränderung des Personalaufwands. Der Zuwachs der beiden Unterpositionen ist vorrangig auf die Integration der ehemaligen Sachsen LB und die erstmalige Konsolidierung der mit ihr im Zusammenhang stehenden Tochtergesellschaften zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten in der Unterposition Personalaufwand ein Mitarbeiteraufbau in den strategischen Wachstumsfeldern sowie die erforderliche Mehrdotierung der Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit dem anstehenden Neuabschluss des Tarifvertrages für das Bankgewerbe aufwandserhöhend. Entlastend wirkte im Personalaufwand hingegen der Wegfall einer Bildung von Rückstellungen für freiwillige leistungsorientierte Zahlungen für das Geschäftsjahr 2008.

Erhöhter Impairmentbedarf aus Krise von US- und isländischen Instituten.

Das Finanzanlageergebnis zeigte zum 31. Dezember 2008 einen Nettoaufwandszuwachs von – 864 Mio. EUR und lag damit bei – 982 Mio. EUR, wobei der Nettoaufwand weitgehend auf kreditsensitive Finanzinstrumente (ohne Eigenhandelsabsicht) entfiel. Diese Ergebnisposition beinhaltete zum Jahresende im Wesentlichen die auf AfS- bzw. LaR-kategorisierte strukturierte Wertpapiere und Anleihen vorgenommenen Wertminderungen (Impairments) in Höhe von – 907 Mio. EUR, die zulasten

der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen waren. Ferner fielen im gleichen Zeitraum Impairments auf AfS-kategorisierte Beteiligungen in Höhe von – 130 Mio. EUR an. Gegenläufig wirkten mit + 91 Mio. EUR Realisationsergebnisse aus Verbriefungsprodukten bzw. Anleihen. Insgesamt wirkten in dieser GuV-Position Wertminderungen aus den Ausfällen der Kontrahenten Lehman Brothers und Washington Mutual mit insgesamt rund – 225 Mio. EUR. Auf die Schieflage des isländischen Bankensystems entfielen innerhalb dieser Ergebnisposition erforderliche Wertberichtigungen in Höhe von rund – 125 Mio. EUR.

Die um – 99 Mio. EUR auf – 109 Mio. EUR angestiegenen Restrukturierungsaufwendungen betrafen Aufwendungen für umfangreiche Projektaktivitäten im Zusammenhang mit der Integration der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP einschließlich Aufwendungen für damit verbundene Personalmaßnahmen sowie die systemtechnische Migration. Nach Berücksichtigung dieser Einmalaufwendungen lag das Konzernergebnis vor Steuern bei – 2 569 Mio. EUR.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag veränderten sich im Vorjahresvergleich per saldo um + 523 Mio. EUR auf + 514 Mio. EUR. Wesentlich hierfür waren für das Geschäftsjahr 2008 nach den Vorschriften der IAS 12 zu aktivierende latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge. In der Folge ergibt sich für den LBBW-Konzern ein Konzernjahresfehlbetrag von – 2 055 Mio. EUR.

Vermögens- und Finanzlage.

Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen (Konzernbilanzsumme einschließlich der als außerbilanziell geführten Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie unwiderruflichen Kreditzusagen) wuchs im LBBW-Konzern im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % bzw. + 6 Mrd. EUR auf 483 Mrd. EUR, was nahezu ausschließlich auf ein Wachstum der bilanziellen Größen zurückzuführen war. Dieses Wachstum lag im selben Zeitraum bei 1,0 % bzw. + 5 Mrd. EUR. Die Konzernbilanzsumme lag damit zum Stichtag 31. Dezember 2008 bei 448 Mrd. EUR. Der zum 30. Juni 2008 beobachtbare deutliche Volumenanstieg (+ 57 Mrd. EUR) wurde im Wesentlichen durch eine im zweiten Halbjahr einsetzende deutliche Abnahme der innerhalb der Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesenen Geldmarktgeschäfte (– 14 Mrd. EUR) und Wertpapierpensionsgeschäfte (– 11 Mrd. EUR) sowie der unter den Handelsaktiva/Finanzanlagen ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (insgesamt – 29 Mrd. EUR) kompensiert.

Das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag nach einem Rückgang um 9,7% bzw. – 188 Mrd. EUR zum Stichtag mit 1 745 Mrd. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (1 933 Mrd. EUR). Produktbezogen schlug sich der Volumenrückgang nahezu ausschließlich bei zinsbezogenen Derivaten – und hier wiederum im Wesentlichen bei den Forward Rate Agreements – nieder. Das Derivatevolumen entsprach auf Nominalwertbasis zum Geschäftsjahresende 2008 dem 3,9-fachen der Konzernbilanzsumme. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten nicht kompensatorisch einbezogen werden. Offene Positionen aus Handelsportfolios lagen innerhalb der vorgegebenen Risikolimite, wobei die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen erfolgt.

Aktivgeschäft.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2007 zeigten im Wesentlichen die Forderungen an bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie die Handelsaktiva bzw. -passiva signifikante Volumenveränderungen.

So verzeichneten die Forderungspositionen einen deutlichen Volumenrückgang um insgesamt 6,9% bzw. – 20 Mrd. EUR auf 270 Mrd. EUR. Dabei sanken die Forderungen an Kreditinstitute seit dem Vorjahresende um 16,2% bzw. – 23 Mrd. EUR auf 120 Mrd. EUR. Innerhalb dieser Position zeigte der Stichtagsbestand an Geldmarktgeschäften die deutlichste Veränderung. Das Volumen verringerte sich als eine Folge aus einem deutlich zurückgefahrenen Interbankengeschäft um – 18 Mrd. EUR auf 25 Mrd. EUR. Im gleichen Zeitraum wuchsen die Forderungen an Kunden um 2,4% bzw. + 4 Mrd. EUR auf 150 Mrd. EUR. Das Portfolio der Kundenkreditforderungen wies zum Stichtag nach wie vor eine breite Diversifizierung auf. Ergänzende Ausführungen finden sich in diesem Zusammenhang im Abschnitt Kreditrisiken des Risikolageberichts.

In der Folge lag auch das Kreditvolumen des LBBW-Konzerns zum 31. Dezember 2008 unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt belief sich diese Größe zum Stichtag auf 305 Mrd. EUR, was einem Rückgang von 5,9% bzw. – 19 Mrd. EUR gegenüber dem Jahresende 2007 gleichkam. Definitorisch umfasst das Kreditvolumen neben den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch die Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen.

Eine Erhöhung verzeichnete hingegen das Volumen der Handelsaktiva sowie der Finanzanlagen. Die Handelsaktiva lagen mit 63 Mrd. EUR um 23,6 % bzw. + 12 Mrd. EUR über dem Vergleichswert, wobei der Zuwachs nahezu ausschließlich auf einen Bestandsanstieg der unter den Handelsaktiva ausgewiesenen Derivateposition entfiel. Die Finanzanlagen übertrafen ihren Vorjahreswert von 87 Mrd. EUR um 7,2 % bzw. + 6 Mrd. EUR und erreichten damit zum Jahresende 93 Mrd. EUR. Die Finanzanlagen des LBBW-Konzerns waren zum Stichtag mit 58,8 % (31. Dezember 2007: 98,6 %) AfS-kategorisiert, wobei der deutliche Rückgang im Zusammenhang mit der vorab dargestellten Umkategorisierung von AfS-Verbriefungstiteln steht.

Refinanzierung.

Der LBBW-Konzern strebt eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur mit minimierten Liquiditätsrisiken an. Daher erfolgt die Refinanzierung im Wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt werden. Dies waren im abgelaufenen Berichtsjahr zum einen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie zum anderen verbriefte Verbindlichkeiten, die Ende 2008 mit 140 Mrd. EUR bzw. 122 Mrd. EUR dotierten. Trotz einer Verminderung um 10,9 % bzw. – 17 Mrd. EUR behielten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ihre Stellung als bedeutendste Refinanzierungssäule des LBBW-Konzerns. Korrespondierend zur Aktivseite drückte auch innerhalb dieser Position im Wesentlichen die deutliche Abnahme des Interbankenhandels das Volumen der Geldmarktgeschäfte um – 42 Mrd. EUR. Volumenmäßig betrachtet folgten hierauf zum Stichtag die verbrieften Verbindlichkeiten, welche nach einem Rückgang um 3,6 % bzw. – 5 Mrd. EUR mit 122 Mrd. EUR erfasst wurden.

Die dritte Säule der Refinanzierung des LBBW-Konzerns stellten – wie schon im Vorjahr – die Kundenverbindlichkeiten dar. Diese erreichten mit einem spürbaren Anstieg um 7,0 % bzw. + 7 Mrd. EUR insgesamt 103 Mrd. EUR.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) emittierte am Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe, welche zusammen in der Position verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds, andere Banken und Sparkassen sowie Privatkunden. Daneben wurden auch an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben.

Trotz eines schwierigen Marktumfelds konnte die LBBW das Emissionsgeschäft unverändert gut zur Refinanzierung nutzen. In Stuttgart, London und New York wurden unter einem 50 Mrd. EUR EMTN-Programm und einem 20 Mrd. EUR-Commercial Paper und EUR-Certificate of Deposit Programm Schuldverschreibungen emittiert. Weitere Emissionsprogramme existieren für den US-Markt für MTN (15 Mrd. USD) und Commercial Paper (10 Mrd. USD) sowie für die Märkte Australien und Neuseeland für AUD-MTN (5 Mrd. AUD). Im Geschäftsjahr 2008 wurde zusätzlich ein Volumen von 1,5 Mrd. EUR, 7,0 Mrd. JPY, 0,2 Mrd. CHF sowie 0,1 Mrd. USD an Pfandbriefen unter dem 50 Mrd. EUR-EMTN-Programm begeben. Darüber hinaus wurden in Stuttgart Schuldverschreibungen unter einem Angebotsprogramm zur Begebung von Standardschuldverschreibungen und derivativen Schuldverschreibungen emittiert.

Das gesamte Emissionsvolumen der LBBW belief sich – bei einer insgesamt schwierigen Marktsituation – am Ende des Berichtsjahres auf 187 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 25 % bzw. + 37 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Erstabsatz erreichte 2008 ein Volumen von 87 Mrd. EUR. Mit einem Anteil von 33 % lag der Verkauf von Fremdwährungsemissionen unter dem der EUR-Emissionen. Die Abnahme der Fremdwährungsemissionen resultierte überwiegend aus dem Rückgang der Refinanzierung bei der dem LBBW-Einzelabschluss zugehörigen Niederlassung New York (– 11 Mrd. EUR).

Konzernkapital.

Das Konzernkapital (Konzerneigenkapital ohne Bilanzgewinn/-verlust einschließlich Hybridkapital, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 20,3 Mrd. EUR, was im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 6,0 % bzw. – 1,3 Mrd. EUR entspricht. Positiv auf die Entwicklung des Konzernkapitals wirkte ein Hybridkapitalzugang in Höhe von + 0,9 Mrd. EUR aus der Übernahme der ehemaligen Sachsen LB. Konzernkapitalmindernd wirkte hingegen primär der Rückgang der Neubewertungsrücklage um – 2,1 Mrd. EUR auf – 1,4 Mrd. EUR. Die Veränderung entfiel dabei im Wesentlichen auf AfS-Bestände. Dabei resultierten rund zwei Drittel aus Wertpapieren sowie rund ein Drittel aus Beteiligungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das weitere Wachstum des LBBW-Konzerns und die Fortsetzung der Konzernkonsolidierung prägten 2008 die Arbeit des LBBW-Personalbereichs. Hervorzuheben sind die erfolgreiche und schnelle Integration von Sachsen LB und LRP in die LBBW, verbunden mit der Schaffung der beiden neuen Marken Sachsen Bank und Rheinland-Pfalz Bank und der strategische Geschäftsfeldausbau im internationalen Geschäft mit der neuen LBBW Bank CZ sowie neuen Auslandsniederlassungen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die LBBW erneut der Stärkung des internen Arbeitsmarktes. Wie im Vorjahr zeigten auch 2008 fast 1 300 interne Stellenausschreibungen die große Bedeutung interner Stellenbesetzungen für die Personalplanungen im Konzern. Demografischer Wandel und die wachsende Notwendigkeit, den Konzern schnell an wechselnde Marktgegebenheiten anpassen zu können, erhöhen die Anforderungen an die Personalarbeit. Es sind wirksame neue Instrumente für eine zukunftsorientierte Personalarbeit zu entwickeln und der Personalbereich noch kundenorientierter aufzustellen, um den steigenden Anforderungen an die Personalarbeit im In- und Ausland gerecht zu werden. Kernelemente der zukünftigen Personalarbeit wurden im Geschäftsjahr 2008 im Rahmen des Projekts Goal definiert. Die Einführung eines Systems zur stärkeren Variabilisierung von Gehaltsbestandteilen wurde fortgesetzt, eine neue Funktionsstruktur zum Teil eingeführt und die Nachfolge- und Potenzialplanung weiter intensiviert.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern ist von 12 303 Beschäftigten am 31. Dezember 2007 um 1 066 Mitarbeiter (+ 8,7 %) auf 13 369 Beschäftigte zum 31. Dezember 2008 gestiegen. Dabei sind Frauen im Konzern mit einem Anteil von 51,3 % gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit lag im Konzern bei 18,7 %.

Auf den Anstieg der Beschäftigung im LBBW-Konzern um 1 066 Mitarbeiter entfallen auf die Integration Sachsen LB/LBBW Bank CZ 685 Mitarbeiter, auf weitere Änderungen im Konsolidierungskreis 178 Mitarbeiter und auf den Personalaufbau bei der LBBW und bei Töchtern 203 Mitarbeiter – davon 86 im Ausland und 117 im Inland.

Integration Sachsen LB und LRP.

Die LBBW arbeitet intensiv daran, die personalwirtschaftlichen Synergien aus der Integration der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz mit sanften Maßnahmen zu realisieren und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Dazu wurde ein vielfältiger und zielgerichteter Maßnahmenkatalog entwickelt, der neben Altersmaßnahmen insbesondere eine Intensivierung des internen Arbeitsmarktes und Angebote zur Personalentwicklung und Weiterqualifizierung enthält.

Grundlage der Integration von Sachsen LB in die LBBW waren der erfolgreich abgeschlossene Sozialplan und der Interessenausgleich zur Integration Sachsen LB. Die Dienstvereinbarungen über personelle Maßnahmen sowie zur Weitergeltung von Dienstvereinbarungen der Landesbank Rheinland-Pfalz bildeten die Basis für die Integration der LRP in die LBBW.

Einführung einer neuen Funktionsstruktur.

Mit Start des Projektes zur Einführung einer neuen variablen Vergütung im Mai 2006 wurden zeitgleich die Arbeiten an einer neuen, bereichsübergreifenden Funktionsstruktur in der LBBW begonnen. Die neue Funktionsstruktur stellt dabei nicht nur eine unabdingbare Voraussetzung für die Implementierung des neuen, leistungsorientierten Vergütungsmodells dar, sie bildet vielmehr die zentrale Basis für eine Vielzahl wichtiger personalwirtschaftlicher Instrumente, wie beispielsweise der quantitativen und qualitativen Personalplanung, der Ermittlung des mittelfristigen Personalbedarfs an Auszubildenden und Trainees, der Nachfolge- und Karriereplanung, der Aktivierung des internen Arbeits- und Stellenmarktes, der Spezifikation funktionsspezifischer Qualifikationsprofile und der Entwicklung individueller Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. In den Geschäftsfeldern Privatkunden/Private Banking und Unternehmenskunden sind die neuen Funktionen erarbeitet und eingeführt, bankweit wird die Einführung im ersten Quartal 2009 abgeschlossen werden.

Ausbildung und Personalentwicklung.

Ausbildung.

Die LBBW ist in Baden-Württemberg, aber auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt für eine erstklassige Ausbildung. Allein im Berufsbild Bankkauffrau/-mann wurden im Jahr 2008 von den Industrie- und Handelskammern 10 Preise und 35 Belobigungen für herausragende Leistungen der Auszubildenden vergeben. Die LBBW setzt weiterhin auf den jungen Nachwuchs. Im Jahr 2008 erhielten alle Absolventen einer dualen Ausbildung bzw. eines Studiums an der Berufsakademie ein Übernahmeangebot. Die Einstellungszahlen bei den Auszubildenden und Berufsakademie-Studierenden erhöhten sich im Jahr 2008 um weitere 3,3 % von 244 auf 252 Einstellungen.

Am 31. Dezember 2008 standen im LBBW-Konzern insgesamt 665 Berufsanfänger (2007: 638) in einer Ausbildung in diversen Berufsbildern. Davon absolvieren 481 junge Menschen (2007: 463) eine Ausbildung zur Bankkauffrau/-mann sowie in weiteren kaufmännischen und anderen Berufsbildern. 184 Berufsanfänger (2007: 175) sind als Studierende der LBBW an einer der Berufsakademien eingeschrieben. Die Ausbildungsquote von 5,0 % in 2008 (2007: 5,2 %) steht für ein klares und nachhaltiges Bekenntnis zur Ausbildung.

Traineeprogramme.

Zur Gewinnung und Entwicklung qualifizierter Hochschulabsolventen hat die LBBW den Einsatz von Trainees in den unterschiedlichen Geschäftsbereichen konsequent verstärkt und die Aktivitäten in der Hochschullandschaft ausgebaut. Über 90 Hochschulabsolventen wurden im Jahr 2008 eingestellt, zudem absolvierten rund 70 Mitarbeiter ein internes Traineeprogramm. Der Einsatz der jungen Akademiker erfolgte in allen Bankbereichen, wobei der Schwerpunkt im Privatkundengeschäft, dem Unternehmenskundengeschäft sowie dem Bereich Financial Markets lag. Die Rekrutierung und Ausbildung von Hochschulabsolventen im Rahmen von Traineeprogrammen wird auch im Jahr 2009 eine wichtige Säule der strategischen Nachwuchsentwicklung darstellen.

Personalentwicklung.

Die Anzahl der durchgeführten Personalentwicklungsmaßnahmen hat sich 2008 auf hohem Niveau stabilisiert. Insgesamt wurden für 15 059 Seminarteilnehmer Bildungsmaßnahmen organisiert. Darüber hinaus wurden für Führungskräfte 193 Workshops organisiert mit 2 610 Workshop-Teilnehmern. 87 % der Bildungsprogrammmaßnahmen entfielen auf intern organisierte Veranstaltungen. In der Kategorie Fachseminare/bankfachliche Seminare gab es 9 914 Seminarbesuche.

Die Sprachschulungen nahmen um 18,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. 2008 wurden 1 287 interne und externe Maßnahmen durchgeführt. Je nach Bedarf und persönlichem Sprachniveau trainieren die Mitarbeiter in Kleingruppen, aber auch in individuellen Einzelseminaren im Ausland ihre Fremdsprachenkompetenz. 684 Mitarbeiter haben in in- und externen Seminaren ihr EDV-Wissen aktualisiert und ausgebaut. 574 Mitarbeiter wurden in der Anwendung der Microsoft Office Produkte geschult. 624 Mitarbeiter besuchten teilweise mehrsemestrige Studiengänge, um berufsqualifizierende Abschlüsse zu erreichen. Im Wesentlichen gliedern sich die Abschlüsse in die Bereiche bankbetriebliche Studiengänge, fachorientierte Studiengänge und Entwicklungsprogramme für gehobene Fach- und Führungsfunktionen.

Das Ende 2007 neu aufgelegte Betreuungsprogramm für Potenzialträger gewann 2008 an Fahrt: Insgesamt 60 Mitarbeiter nahmen 2008 an insgesamt vier Betreuungsprogrammen für Potenzialträger für die Führungsebenen 3 bzw. 4 teil. Sie absolvierten im Vorfeld Potenzialanalyseverfahren und stellten dabei erfolgreich ihre Kompetenzen für entsprechende Funktionen unter Beweis. Die ersten Teilnehmer übernahmen bereits Aufgaben auf der angestrebten Führungsebene.

Mit diesen Betreuungsprogrammen wurde die systematische Managemententwicklung der LBBW weiter optimiert. Zusammen mit den Seminarangeboten des Bildungsprogramms Managementkompetenz, den vielfältigen individuellen Beratungsleistungen und externen Entwicklungsmöglichkeiten stellt die LBBW damit ein umfangreiches und effizientes Instrumentarium zur zielgerichteten Entwicklung, Förderung und Qualifizierung ihrer etablierten und zukünftigen Führungskräfte zur Verfügung.

Betriebliche Altersversorgung.

Durch die Integration der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz wurden die Versorgungszusagen besitzstandswahrend übernommen. Um die Komplexität der verschiedenen Zusagen zu reduzieren, sollen die verschiedenen Systeme harmonisiert werden. Es ist gelungen, mit der Personalvertretung eine ablösende Dienstvereinbarung zur Überführung der Versorgungsordnung 2006 der ehemaligen Sachsen LB abzuschließen, auf deren Grundlage die Anwartschaften in den Kapitalkontenplan der LBBW überführt werden. Die Mitarbeiter erhalten somit einen Initialbaustein im Kapitalkontenplan und werden ab Januar 2009 zukünftig weitere Anwartschaften im neuen System aufbauen. Diese Überführung dient dabei als Blaupause für weitere Überführungen, die in der Zukunft schrittweise angegangen werden. Die Harmonisierung dient insbesondere auch dazu, die Planbarkeit für die Bank im Bereich der betrieblichen Altersversorgung zu erhöhen.

LBBW-FlexiWertkonto.

Die LBBW baute ihr Zeitwertkontenmodell LBBW-FlexiWertkonto im Jahr 2008 konzernweit aus. Fast alle inländischen Tochtergesellschaften haben der Einführung zugestimmt, sodass innerhalb des Konzerns ein einheitliches und modernes System für die Mitarbeiter vorhanden ist, um das Berufsleben und die Ruhestandsplanung flexibel zu gestalten. Die Entscheidung des Gesetzgebers im Herbst 2008 zur Einführung des sogenannten Flexi II-Gesetzes, mit dem die Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen verbessert werden sollen, machen jedoch umfangreiche Anpassungen des LBBW-FlexiWertkonto-Modells und -Regelwerks an die neue Gesetzeslage notwendig.

Gleichbehandlung, Charta der Vielfalt und Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Die LBBW hat 2008 die im Dezember 2007 abgeschlossene Dienstvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz veröffentlicht. Mit dieser Dienstvereinbarung wurden die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der Bank umgesetzt.

Aus der Integration der LRP in die LBBW verfügt der Personalbereich im LBBW-Konzern seit Mitte 2008 über die Position einer Gleichstellungsbeauftragten-Stelle. Aus dieser Position heraus lassen sich künftig die Themen Gleichstellung und Diversity auch aufbauorganisatorisch direkt und eindeutig adressieren. Da die LBBW Diversity als Chance ansieht, hat sie sich Ende 2008 als Unternehmen der »Charta der Vielfalt« der Unternehmen in Deutschland verpflichtet.

Mit der Schaffung und Besetzung der Position eines Gesundheitsmanagers im Jahr 2008 unterstreicht die LBBW deutlich, dass sie sich für ein ganzheitliches und nachhaltiges Betriebliches Gesundheitsmanagement einsetzt und dies in Zukunft weiter ausbauen wird.

Projekt Goal.

Das Projekt Goal des Bereichs Personal steht für Mitarbeiter/OrGanisation, PrOdukte/Dienstleistungen, QuAlität/Kosten und Prozesse/AbLäufe. Ziel ist es, den Personalbereich im LBBW-Konzern kundenorientierter und konkurrenzfähiger aufzustellen und für eine Zukunft mit wachsenden Aufgaben in einem internationalen Konzern fit zu machen.

Geprägt ist die Neuorganisation des Personalbereichs im LBBW-Konzern durch die Orientierung am Business-Partner-Modell Personal mit den drei Funktionen »Vertrieb«, »Service« und »Kompetenz«.

Führungskräfte, Mitarbeiter und damit auch Bewerber profitieren in der neuen Personalwelt von kundenfreundlicheren, neuen Arbeitsabläufen. Sie treffen ab Sommer bzw. Mitte 2009 auf einen internen Personal-Dienstleister. Je nach Anliegen bieten sich ihnen unterschiedliche Möglichkeiten an. Unter anderem sind die Experten über eine Personal-Direktberatung telefonisch zu erreichen. Zusätzlich hält der Bereich Personal über die Personal-Self-Service-Szenarien wie Employee-Self-Service (ESS) und Management-Self-Service (MSS) im neuen Intranet der LBBW relevante Informationen bereit. Künftig steht ein Employee-Interaction-Center (EIC) zur Verfügung für die zeit- und ortsunabhängige Beauftragung des Personalbereichs in operativen Themen. Die technischen Neuerungen ermöglichen eine deutliche Effizienzsteigerung in der operativen Personalarbeit und schaffen Freiraum für neue Aufgaben und Herausforderungen.

LBBW Verbesserungsprozess.

Mit ihrem in der Finanzbranche als führend geltenden Ideenmanagement setzt die LBBW gezielt auf die Innovationskraft ihrer Mitarbeiter. Die Ergebnisse des LBBW Verbesserungsprozesses ermöglichen es der Bank, Produkte und Dienstleistungen noch besser an den Kundenbedürfnissen auszurichten, operationale Risiken zu minimieren und mit innovativen Ideen Mehrerlöse zu generieren. Der klare, einfache und transparente Prozess motiviert seit Jahren eine gegenüber vergleichbaren Instituten annähernd doppelt so hohe Zahl an Mitarbeitern, sich mit ihren Anregungen und Ideen an der kontinuierlichen Fortentwicklung des Konzerns zu beteiligen. Damit stärkt das Ideenmanagement nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns. Es trägt auch zur Identifikation der Mitarbeiter mit »ihrem« Unternehmen bei. Die Zahl der eingereichten Vorschläge wurde 2008 auf mehr als 3 000 (+ 20 %) gesteigert. Die dadurch in 2008 erzielten Mehrerlöse und Einsparungen summierten auf ein Volumen von 1,4 Mio. EUR.

Compliance.

Im LBBW-Konzern wird Compliance umfassend als die vorbeugende Beherrschung des Risikos definiert, das durch Beeinträchtigung des Geschäftsmodells, der Reputation und des Erfolgs des Konzerns durch die Nichteinhaltung des geltenden Rechts, interner Standards und Prozesse sowie durch die nicht erfüllten Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit entsteht.

Um dieses Risiko besser erfassen und handhaben zu können, wurde Anfang 2008 vom Vorstand das Compliance Management System (CMS) verabschiedet. Dieses System verbindet interne Richtlinien und Grundsätze, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen und ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Abgeleitet ist das CMS aus den nationalen und internationalen Rechtsanforderungen, den etablierten Marktstandards und den Erkenntnissen aus den internen Gefährdungsanalysen. Ziel ist, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, in dem sich alle Mitarbeiter zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und sich entsprechend verhalten, womit Risikotransparenz und schließlich Vertrauen der Geschäftspartner erreicht wird.

Im abgelaufenen Jahr wurden alle Niederlassungen und wesentlichen Töchter hinsichtlich der LBBW-Compliance-Standards überprüft. Diese hohen Standards werden risikoangepasst bis Ende 2009 Zug um Zug in alle relevanten Töchter und Niederlassungen ausgerollt.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die im Zuge der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) neu implementierten gesetzlichen Regelungen kamen in 2008 erstmals für ein ganzes Geschäftsjahr zum Tragen. Die LBBW hat die Regelungen umgesetzt und die notwendigen Verfahren und Prozesse eingerichtet. Aufsichtsrechtlich zulässige Übergangslösungen wurden durch endgültige Lösungen ersetzt.

Bereits in 2007 wurden Grundsätze zum Management von Interessenkonflikten zwischen Bank und Kunde eingeführt, damit im Sinne des Kunden potenzielle Interessenkonflikte im Wertpapiergeschäft identifiziert und durch organisatorische Vorkehrungen ausgeschlossen werden. In 2008 wurden darüber hinaus die Grundsätze zu Mitarbeitergeschäften an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst.

Der Compliance-Beauftragte der LBBW nahm seine Aufgaben unabhängig wahr und berichtete regelmäßig dem Vorstand. Die Mitarbeiter wurden auch in 2008 durch Schulungen auf das Erkennen des Insidermerkmals und daraus resultierender Handelsverbote sensibilisiert. Über aktuelle Entwicklungen hat Kapitalmarkt-Compliance die Mitarbeiter via Intranet auf dem Laufenden gehalten. Neben der fortlaufenden Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Geldwäscheprävention.

Die weltweite Präsenz des LBBW-Konzerns macht es erforderlich, dass die für die LBBW entwickelten Compliance-Standards auch in den Tochterunternehmen sowie in den ausländischen Niederlassungen gelten. Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2008 war deshalb eine weltweite Vorstudie zur Ermittlung des Handlungsbedarfs, mit dem die Standards in einem sogenannten »roll-out« auf die relevanten Tochterunternehmen und Niederlassungen übertragen werden.

Darüber hinaus erforderten die Anforderungen des neuen Geldwäschegesetzes erhebliche Anpassungen in den Prozessen sowohl im Umfeld der Geldwäscheprävention als auch im Vertrieb. Das neue Geldwäschegesetz legt seinen Fokus auf einen institutspezifisch risikoorientierten Ansatz, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank zu ermitteln ist. Dies führt vor allem dazu, dass ausländische, politisch exponierte Personen verstärkten Prüfungsanforderungen unterliegen und erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen genügen müssen. Diese hohen Anforderungen im Bereich natürlicher Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnissen bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW als auch alle über den Auslandszahlungsverkehr der LBBW abgewickelten ein- und ausgehenden Transaktionen der LBBW und der Sparkassenpartner in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen werden permanent geprüft. Die diesen Prüfungen zugrunde liegenden Prozesse werden laufend den sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst und weiter optimiert.

Finanzermittlungen.

Betrug, Korruption und Unterschlagung sind ein beträchtliches Gefährdungspotenzial, das neben dem materiellen Schaden unbestimmbar hohe Reputationsrisiken für jede Bank beinhaltet. Wie in den Vorjahren legte die Einheit Finanzermittlungen besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung von Mitarbeitern und die damit verbundene Informationsweitergabe über die Vorgehensweise der Tätergruppen zum Schutze der Kunden.

Hierzu wurde erstmalig im Rahmen eines Pilotprojektes zwischen der polizeilichen Kriminalprävention des Landeskriminalamtes Baden-Württembergs (LKA) und der LBBW eine gemeinsame Aufklärungsaktion zum Schutz vor Zahlkartenbetrug erfolgreich durchgeführt. Neben den Informationen an die Mitarbeiter wurden in einer Zusammenarbeit mit dem Sparkassen-Verband Baden-Württemberg sowohl BW-Bank Filialen als auch Sparkassen mit entsprechenden Kundenbroschüren ausgestattet.

Um dem zu erwartenden Anstieg der organisierten Betrugskriminalität noch besser begegnen zu können, wird die LBBW zusätzliche Maßnahmen aus den Ergebnissen der konzernübergreifenden Gefährdungsanalyse zur Wirtschaftskriminalität ableiten.

Datenschutz.

Nachdem in den vergangenen Jahren eine interne Meldepflicht für neue IT-Vorhaben eingeführt wurde, hat die Datenschutz-Beratung bei internen Projekten erheblich zugenommen. Dadurch können datenschutzrechtliche Aspekte bei neuen Anwendungen frühzeitig berücksichtigt werden.

Auf der Basis der vom »Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik« herausgegebenen datenschutzrechtlichen Vorgaben und Sicherheitsstandards wurden in 2008 Kontrollen zur Überprüfung der Datenschutz-Organisation bei sieben inländischen Konzerngesellschaften der LBBW vorgenommen. Ziel dieser Maßnahmen ist, ein einheitliches Datenschutzniveau in allen Konzerngesellschaften zu erreichen.

Vermehrt wurden 2008 auch Prüfungshandlungen hinsichtlich der vorhandenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung des Datenschutzes vorgenommen. Die Schwerpunkte lagen hier auf der Prüfung der Datensicherheit von Verfahren und ausgewählten Anwendungen sowie den Vor-Ort-Prüfungen von externen Dienstleistern im Marketingbereich und bei Aktenvernichtern.

Die telefonische und schriftliche Beratung von Mitarbeitern und Kunden wurde auch wegen der zahlreichen Berichterstattung zu Datendiebstahl stark nachgefragt. In diesem Zusammenhang wurden die Mitarbeiter und Kunden über die internen und externen Kommunikationsmedien verstärkt mit Informationen zu den aktuellen Datenschutzfragen informiert und sensibilisiert. Schulungen für neue Mitarbeiter und zielgruppenspezifische Unterweisungen für ausgewählte Geschäftsbereiche (z. B. Marketingverantwortliche) rundeten diese Maßnahmen ab.

Nachhaltigkeit.

Ein an Nachhaltigkeit orientiertes Geschäftsmodell sieht die LBBW als wichtige Voraussetzung für einen langfristigen Unternehmenserfolg. Im Vordergrund steht demnach nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern der dauerhafte wirtschaftliche Erfolg im Einklang mit der Umgebung.

In ihrem zweiten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichte die LBBW im Geschäftsjahr 2008 umfassende Informationen über die Weiterentwicklung ihres Nachhaltigkeitsmanagements. Ergänzende Informationen zum Thema Nachhaltigkeit, die nicht Bestandteil des Lageberichts sind, sind in diesem Bericht enthalten. Dort finden sich z. B. Ausführungen zu den Initiativen und Kennzahlen aus den vergangenen Jahren, zur ökonomischen Nachhaltigkeit, zu Strategie und Management, zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zum Thema Spenden, Sponsoring und Stiftungen sowie zur Betriebsökologie.

»Der Nachhaltigkeitsbericht 2007/2008« ist im Internet unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de abrufbar. Nachfolgend werden einige der wichtigen Themen herausgegriffen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Themen, die das Kerngeschäft betreffen und bei denen im Jahr 2008 entsprechende Fortschritte zu verzeichnen waren.

Nachhaltige Unternehmensführung.

Das Nachhaltigkeitsmanagement der LBBW umfasst sämtliche Geschäftsbereiche und wird in einem mehrstufigen Prozess unternehmensweit umgesetzt. In 2008 wurde ein »Nachhaltigkeitsrat« auf Bereichsleiterebene implementiert, der die Brücke zwischen dem Vorstand und den Fachbereichen darstellt. Der Nachhaltigkeitsrat bündelt und forciert die unternehmensinterne Meinungsbildung zu strategischen Nachhaltigkeitsthemen und bereitet Vorstandsentscheidungen vor. Geleitet wird das Gremium von dem für Corporate Sustainability zuständigen Vorstandsmitglied Rudolf Zipf.

Das Nachhaltigkeitsmanagementsystem gilt für die LBBW-Bank, die BW-Bank, die GastroEvent GmbH, seit 1. April 2008 auch für die Sachsen Bank, seit 1. Juli 2008 für die Rheinland-Pfalz Bank sowie seit 1. August 2008 für die drei Tochterunternehmen BW-Immobilien GmbH, LBBW Asset Management GmbH sowie die LBBW Immobilien GmbH.

Stakeholderdialoge.

Zu den Stakeholdern der LBBW zählen unter anderem Anteilseigner, Mitarbeiter, Kreditnehmer und Kreditgeber, Fonds-Manager und Analysten, NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und Gewerkschaften, die alle in irgendeiner Form Anteil an der Entwicklung der Bank nehmen. Für die LBBW können ihre teilweise auch kritischen Meinungen wertvolle Anregungen bieten. Umgekehrt ist für die LBBW wichtig, den Stakeholdern die Position und Strategie der Bank zu erläutern, um Missverständnisse zu vermeiden und Mit-Denker zu gewinnen. Aus diesem Grund hat die LBBW in den Jahren 2007 und 2008 unterschiedliche Stakeholder-Gruppen zu insgesamt vier Stakeholderdialogen gebeten. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik einfließen.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Im vergangenen Jahr ist das Interesse an nachhaltigen Anlageprodukten sowohl bei institutionellen wie auch bei privaten Anlegern weiter gestiegen. Die LBBW trägt diesem Interesse Rechnung, indem sie ihren Kunden eine ganze Reihe eigener sowie institutsfremder Anlageprodukte anbietet, die nachhaltigen Kriterien entsprechen.

Beim Aktienfonds »LBBW Nachhaltigkeitsstrategie BWI« liegen bei der Titelauswahl soziale, kulturelle, ethische und ökologische Kriterien zugrunde. Investiert wird weltweit auf breiter Basis in Unternehmen, die ein überdurchschnittliches Nachhaltigkeitsengagement innerhalb ihrer Branche zeigen (Best-in-Class). Ergänzt wird das Positiv-Screening durch strenge Ausschlusskriterien: Der Nachhaltigkeitsfonds verfügt über ein Negativ-Screening, mit dem Unternehmen aus kontroversen Branchen und mit ethisch bedenklichen Geschäftspraktiken ausgeschlossen werden. Am 15. Oktober 2008 wurde eine weitere Tranche aufgelegt, die sowohl Privatanlegern als auch institutionellen Anlegern offensteht.

Die langjährige Erfahrung mit nachhaltig orientierten Spezialfonds nutzt die LBBW jetzt für die Auflegung eines neu konzipierten Rentenfonds mit nachhaltiger Ausrichtung. Der Publikumsfonds »LBBW Nachhaltigkeit Renten BWI« investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe, Unternehmensanleihen und Emerging Markets von Firmen oder Staaten, die im Vergleich überdurchschnittlich nachhaltig agieren.

Der Aktienfonds »LBBW Global Warming Strategie BWI« investiert gezielt in Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, die der globalen Erwärmung entgegenwirken oder deren ökologische und wirtschaftliche Folgen abmildern. Gemessen an der Wertentwicklung zählt der Fonds zu den besten breit diversifizierten Aktienfonds in Europa. Der Fonds belegte beim von EuroFinanzen verliehenen Fund Award 2008 »Goldene Bullen« im Ein-Jahres-Vergleich den 3. Platz. In der Zeitschrift »Der Aktionär« belegte er Platz 1 im Ranking aller Klimawandelfonds. Und im Morningstar-Fondsranking hat er in der Kategorie »Aktienfonds Europa Standardwerte Growth« regelmäßig Topplatzierungen belegt.

Der zum 15. Januar 2008 aufgelegte »Nachhaltigkeitsbasket Nr. 1« konzentriert sich auf nachhaltig wirtschaftende Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien.

Bei der Vermögensverwaltung berücksichtigt die BW-Bank auf Wunsch ausdrücklich Nachhaltigkeitskriterien bei der Zusammenstellung ihrer Portfolios. Dazu wird von der Ratingagentur oekom research AG vierteljährlich ein aktualisiertes Anlageuniversum geliefert, aus dem Vermögensverwalter der BW-Bank ein individuelles Portfolio zusammenstellen.

Nachhaltige Kapitalmarktaktivitäten.

Die LBBW hat eine europaweit anerkannte Aktienanalysekompetenz im Bereich erneuerbare Energien aufgebaut und ihre gute Wettbewerbsposition in diesem Segment gestärkt.

Im Jahr 2008 hat die LBBW z. B. mit der SMA Technology AG sowie der 3S Industries AG Börsentransaktionen der Photovoltaikindustrie begleitet. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren mit Roth & Rau, Meyer Burger, der Manz Automation und Centrotherm mehrere zentrale Zulieferer der Solarindustrie an die Börse gebracht und im Nachgang auch teilweise bei Kapitalerhöhungen begleitet. Im Vorfeld dieser Kapitalmarkttransaktionen fanden mehrwöchige Marketing-Roadshows der Analysten statt. Im Zuge dieser Roadshows sowie der LBBW-Investorenkonferenz im Februar 2008 in Zürich hat die LBBW eine neue Studie vorgestellt, die das Marktmodell der LBBW für den Photovoltaiksektor aktualisiert hat. Auf dieser Investorenkonferenz, die derzeit die größte Konferenz im deutschsprachigen Raum für Photovoltaik darstellt, waren alle europäischen Großinvestoren wie auch zahlreiche Unternehmen aus der Photovoltaikindustrie vertreten.

Nachhaltige Finanzierungen.

Zum Jahresbeginn 2008 wurde das »Leitbild Kredit« gemäß den in der Nachhaltigkeitspolitik der LBBW festgelegten Grundsätzen erweitert. Damit wurde eine bereits gängige Praxis schriftlich fixiert, denn Nachhaltigkeitskriterien werden bei der LBBW seit 2004 systematisch bei der Kreditprüfung zugrunde gelegt. Des Weiteren werden bei den meisten Projektfinanzierungen Umweltgutachten eingeholt und Kredite gegebenenfalls unter Umweltauflagen vergeben.

Die LBBW begleitete auch in 2008 Finanzierungen mit besonderer Umweltrelevanz, wie z. B. die Finanzierung eines Heizkraftwerks in Weener bei Papenburg durch die BW-Bank. Die technisch einzigartige Anlage mit einer Energieeffizienz von bis zu 65 % wird ausschließlich mit Abfällen aus der Region befeuert und versorgt damit ein benachbartes Wellpappenrohpapierwerk – Kunde der BW-Bank und einer der Betreiber der Anlage – mit Strom und Prozesswärme. Dies spart zum Vorteil des Kunden sowie des Klimas 30 Millionen Kubikmeter Gas pro Jahr ein. Darüber hinaus unterstrich die LBBW die Bedeutung von erneuerbaren Energien auch durch die Neuschaffung der Abteilung »Project Finance Renewables« Mitte 2008, die schwerpunktmäßig die Finanzierung von Windkraft- und Solaranlagen betreibt.

In den letzten beiden Jahren hat die LBBW ihr Finanzierungsportfolio im Sektor erneuerbare Energien erfolgreich ausgebaut. Für die Zukunft hat die LBBW im Rahmen der Geschäftsfeldstrategie »Erneuerbare Energie« das Ziel, das Gesamtportfolio von Ende 2008 bis Ende 2010 deutlich auszubauen.

Neben der Finanzierung größerer Projekte ermöglicht ein neu entwickelter Beratungsprozess inklusive Bewertungstool die fundierte Bewertung und Finanzierung kleinerer Solaranlagen bis zu einem Volumen von 10 Mio. EUR, wodurch das Know-how der Bank im Bereich Solar auch dem KMU-Segment zur Verfügung steht.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Das Jahr 2008 war nicht nur auf der Ertragsseite, wie im Kapitel Geschäftsentwicklung dargestellt, sondern auch auf der Risikoseite in allererster Linie geprägt durch die sich weiter verschärfende weltweite Finanzmarktkrise. Darüber hinaus spielten für die LBBW die in 2008 abgeschlossenen Integrationen der Sachsen LB und der LRP eine wichtige Rolle. Neben dem traditionellen Kreditportfolio wurden umfangreiche Portfolios in strukturierten Kreditprodukten übernommen, die in der Krise unter erheblichen Druck gerieten.

Trotz einer seit vielen Jahren konservativen Risikopolitik konnte sich damit auch der LBBW-Konzern dieser Entwicklung nicht entziehen.

- Dies betrifft insbesondere die *Marktpreisrisiken*: Der mittlerweile bedeutendste Teil davon sind die Credit-Spread-Risiken, sie bestimmen mögliche Wertschwankungen in Produkten, deren Preis in erster Linie von der am Markt gehandelten Bonität des Emittenten, ausgedrückt im sogenannten Credit-Spread, abhängt. Insbesondere die Erhöhung der Volatilität der Credit-Spreads bestimmt neben der Portfolioausweitung durch das Hinzukommen der ehemaligen Sachsen LB den gemessenen Risikoanstieg in 2008.
- Dies betrifft die *Kreditrisiken*: Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für das Kreditportfolio der LBBW begannen zum Jahresende deutlich zu steigen und führten damit zu einem höheren Risikoausweis (Credit Value-at-Risk). Die Bankenausfälle in den USA und Island im September und Oktober belasteten nicht nur das Ergebnis, sondern führten auch zu starken Schwankungen in den Marktparametern. Ein Anstieg der Ausfälle im kommenden Jahr kann nicht ausgeschlossen werden.
- Die *Liquiditätsrisiken* rückten mit der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten umfassenden Vertrauenskrise ins Zentrum des Interesses. Insbesondere die Märkte für langfristige Mittel waren für die Banken nicht mehr ausreichend ergiebig. Wenngleich sich auch für die LBBW die Fristigkeit der verfügbaren Mittel deutlich verkürzte, hatte der Konzern zu keinem Zeitpunkt Schwierigkeiten, sich ausreichend Liquidität zu beschaffen.

- Darüber hinaus erlangten auch die *Marktliquiditätsrisiken* deutlich größere Bedeutung: Während es bisher Marktstandard war, für die wichtigsten Marktsegmente von einer jederzeitigen Liquidierbarkeit zum aktuell »fairen Marktpreis« auszugehen, wurde diese Annahme nun auf eine harte Probe gestellt: Bestimmte Produktklassen, die seit Jahren hohe Liquidität zeigten, waren zu bestimmten Zeitpunkten nicht mehr oder nur mit sehr hohen Preisabschlägen handelbar.

Mit zunehmender Dauer der Krise schränkte sich der Kreis der Marktteilnehmer, die bereit waren, Risiken zu einem annehmbaren Risikoaufschlag am Markt zu versichern oder ganz zu übernehmen, stark ein. Deutlich zeigten dies die Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September und der Ausfall der isländischen Banken im Oktober 2008. Die LBBW war von diesen Ereignissen durch ausgefallene Forderungen und durch den Ausfall von Risikoversicherungen (Hedges), für die in der aktuellen Marktlage nur mit hohem Aufwand neue Geschäftspartner gefunden werden konnten, betroffen.

Die LBBW hält in ihrem Portfolio verbriefte Kreditpositionen (ABS, CDO und verwandte Produktklassen).

Die Bestände stammen in Teilen aus der LRP und aus dem Erwerb der Sachsen LB. Darüber hinaus konsolidiert die LBBW die Bestände ihrer ABCP-Programme (Lake Constance) im Risikoausweis, unabhängig davon, in welchem Umfang sich diese über Investoren am Markt refinanzieren. Diese Bestände waren in 2008 z. T. deutlichen Marktwertverlusten und -schwankungen unterworfen. Dabei war die Liquidität und das Handelsvolumen in verbrieften Krediten insgesamt extrem gering und die Volatilität der Preise hoch.

Für die LBBW wird das Risiko aus verbrieften Krediten auch in den kommenden Jahren einen erheblichen Teil ihres Risikoausweises darstellen, sowohl in den Marktpreisrisiken (Credit-Spread-Risiko), als auch in den Kreditrisiken (Bonitätsrisiko). Andererseits stellt dieses Portfolio vor dem Hintergrund der in wesentlichen Teilen unverändert guten Bonitätseinstufung auch eine Chance zur Wertaufholung dar: Unabhängig vom Marktpreis der Bestände ergibt sich bei Halten der Positionen bis zur Endfälligkeit automatisch eine Wertaufholung, wenn die aktuell in der Marktbewertung unterstellten Abschläge sich in geringerem Maße in tatsächlichen Ausfällen widerspiegeln.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden und Risiken müssen in einem sinnvollen Verhältnis zum Ertragspotenzial stehen. Diese Leitlinien stellen Grundlagen der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Ein Teil der Risikopolitik der LBBW war in den vergangenen Jahren die moderate Auslastung der Risikodeckungsmasse und die Vorhaltung eines konservativen Puffers für Stress-Situationen. Dies führte dazu, dass anhand des verwendeten Modells im ganzen Jahr 2008 die Risikotragfähigkeit gegeben war. Die beschriebenen Wirkungen der Marktsituation auf die Risiko- und Ergebnisrechnung führten jedoch dazu, dass die Risikodeckungsmasse mittlerweile erheblich höher ausgelastet ist. Als Gegenmaßnahme hierzu wird eine Kapitalerhöhung durchgeführt, es erfolgen Maßnahmen zum Risikoabbau und Portfolioteile werden unter Risikogesichtspunkten immunisiert. Der Risikoabbau soll zunächst vorwiegend durch den Auslauf bestehender Risikopositionen im Kreditersatzgeschäft erfolgen. Bei Rückkehr der Marktliquidität ist auch der aktive Abbau von Risiken vorgesehen.

Risikomanagementsystem.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken. Dazu gehören Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision. Das Risikomanagementsystem ist in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. Bezugsgrößen darin sind die unternehmenspolitischen und risikostrategischen Vorgaben für das Risikomanagement. Die geschäftspolitischen Strategien sowie Ergebnisziele werden den Markt- und Marktfolgebereichen in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

Im Finanz- und Risikocontrolling werden zunächst die Methodik zur monatlichen Berechnung der Risikodeckungsmasse und die Berechnung der verschiedenen Risiken definiert. Diese beiden Größen werden monatlich zur Überwachung der Risikotragfähigkeit, das heißt der Angemessenheit der betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung, konzernweit gegenübergestellt.

Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind ggf. eingetretene Verluste berücksichtigt, dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW als Value-at-Risk (VaR) auf dem hohen Konfidenzniveau 99,95 % bzw. als vergleichbares Risikomaß dargestellt.

Der LBBW-Konzern hat ein umfassendes Limitsystem eingerichtet, das einheitlich auf dieser Basis alle quantifizierten Risikokategorien überwacht und begrenzt. Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«), stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet. Die Limite mussten im Jahr 2008 vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise mehrfach angehoben werden, sodass die nicht durch das ÖKap-Limit genutzte Risikodeckungsmasse deutlich reduziert wurde.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen bzw. Bereichen dezentral getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling zielorientiert überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken.

Überwachung der Risikotragfähigkeit.

Die in der Übersicht unter »Sonstige« genannten Risikokategorien sind nicht wie die anderen Risikokategorien quantifizierbar. Die LBBW betrachtet diese aber als wesentlich und deckt sie über Risikopuffer in der Überwachung der Risikotragfähigkeit ab. Liquiditätsrisiken werden durch prozessuale Regelungen, Stresstests und über Volumenslimite gesteuert. Innerhalb des Risikopuffers werden zusätzlich über die Risikoberechnung hinausgehende Stresstestingwerte berücksichtigt.

Im Jahr 2008 wurden die Bestände der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz und der Sachsen LB in die zentralen LBBW-Systeme migriert. Die neugeschaffenen Einheiten Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank sind ebenfalls in die zentralen Risikomanagementsysteme und Prozesse der LBBW integriert. Durch die erfolgte Integration ergibt sich gegenüber dem bisherigen Mutter-Tochter-Modell eine deutlich verbesserte zentrale Risikoüberwachungs- und Steuerungsmöglichkeit.

Organisation des Risikomanagements.

Der Vorstand steuert und begrenzt die Konzernrisikoposition, unmittelbar oder über seine Ausschüsse, durch das Setzen konzernweiter Risiko- und Volumenlimite und mittels Einzelentscheidungen. Daneben erfolgt die Steuerung der Risiken je nach Größe und Kompetenzordnung auf verschiedenen Hierarchieebenen. Hierbei ist stets die notwendige Funktionstrennung eingehalten.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Überwachung der Risikotragfähigkeit und aller Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Kreditrisikomanagement.

Der Rahmen zur Portfoliosteuerung für die Kreditrisiken wird durch die Kreditrisikostrategie und durch das ÖKap-Limit auf Credit Value-at-Risk-Basis bestimmt.

Die Portfoliosteuerung der Kreditrisiken wird durch eine nach Volumen abgestufte Kompetenzordnung zur Kreditgenehmigung realisiert. In diesem Rahmen werden die Kreditrisiken nach strukturellen Gesichtspunkten, etwa nach Rating- oder Branchenzugehörigkeit, durch die Marktfolge limitiert und gesteuert. Länderrisiken (Transferrisiken) sind in einem Länderlimitsystem erfasst. Die jeweiligen Länderlimite werden auf Vorschlag des Länderlimitausschusses vom Vorstand festgelegt.

Für das Kreditrisikomanagement sind die Marktfolgebereiche zuständig. Sie entscheiden zusammen mit den Marktbereichen auf Basis der Kreditrisikostrategie sowie ihrer gestaffelten Kompetenzen und tragen damit den unterschiedlichen Risiken auf Portfolio- und Einzelkundenebene Rechnung. In den Markt- und Marktfolgebereichen werden die Kundenverbindungen geführt, die Kreditnehmer und Handelskontrahenten in ihrer Bonität beurteilt, Engagemententscheidungen getroffen sowie bankweit verbindliche Kreditlinien gesetzt bzw. überwacht.

Die Überwachung der Kreditrisiken und der Länderlimite auf der Basis des bankweiten Länderlimitsystems nimmt der Bereich Konzernrisikocontrolling wahr. Die operative Überwachung der Kreditrisiken ist im Wesentlichen auf die zentralen bzw. regionalen Marktfolgebereiche verteilt.

Die im Konzernrisikocontrolling entwickelten mathematisch-statistischen Ratingverfahren stellen neben der qualitativen und quantitativen Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse ein wesentliches Element im Prozess der Risikobeurteilung dar. Die Ratingnote als Beurteilungsergebnis spiegelt dabei eine standardisierte Einschätzung der Bonität eines Kunden wider.

Marktpreisrisikomanagement.

Die Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgen auf Basis des Value-at-Risk (VaR), von Stop-Loss-Limiten und mittels Sensitivitäten gemäß einer abgestuften Ordnung zur Portfolioverantwortung und Kompetenz zur Limitsetzung.

Das strategische Management aller kapitalmarktfähigen Kreditpositionen im Anlagebuch erfolgt über den Dispositionsausschuss Credit Investment, der Entscheidungsvorlagen für den Gesamtvorstand erarbeitet. Das aktive Management liegt beim Bereich Credit Capital Markets. Das Teilportfolio strukturierter Kreditpositionen soll in den kommenden Jahren über Fälligkeiten wesentlich reduziert werden.

Mit dem strategischen Management aller anderen Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand den Vorstandsausschuss Disposition beauftragt. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet. Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind entsprechend den jeweiligen Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

- Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.
- Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Führung der Handelsbücher erfolgt im Rahmen der hierarchisch gegliederten VaR-Limite sowie ergänzender operativer Volumen- und Sensitivitätenlimite. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Für die Marktrisikopositionen werden täglich im Bereich Konzernrisikocontrolling auf Mark-to-Market-Bewertungen basierende betriebswirtschaftliche Ergebnisse und Marktpreisrisiko-Kennziffern (VaR) sowie Sensitivitätenmaße errechnet und den entsprechenden Portfoliolimiten gegenüber gestellt. Die Berechnung der gesamtbankweiten Zinsänderungsrisiken unterstützt die Aktiv-/Passiv-Steuerung im Bereich Treasury. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Management weiterer Risikokategorien.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit *Operationellen Risiken* ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung.

Die Minimierung von Operationellen Risiken der LBBW ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Fachbereiche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stabsbereichen (zum Beispiel IT/Organisation bzw. Personal). Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Operationellen Risiken aufgerufen. Aufgabe der Rechtsabteilungen im Bereich Konzernstrategie/Recht ist es, Rechtsrisiken zu identifizieren und zu reduzieren. Sie werden hierbei von den Fach- und Stabsbereichen unterstützt und entsprechend informiert.

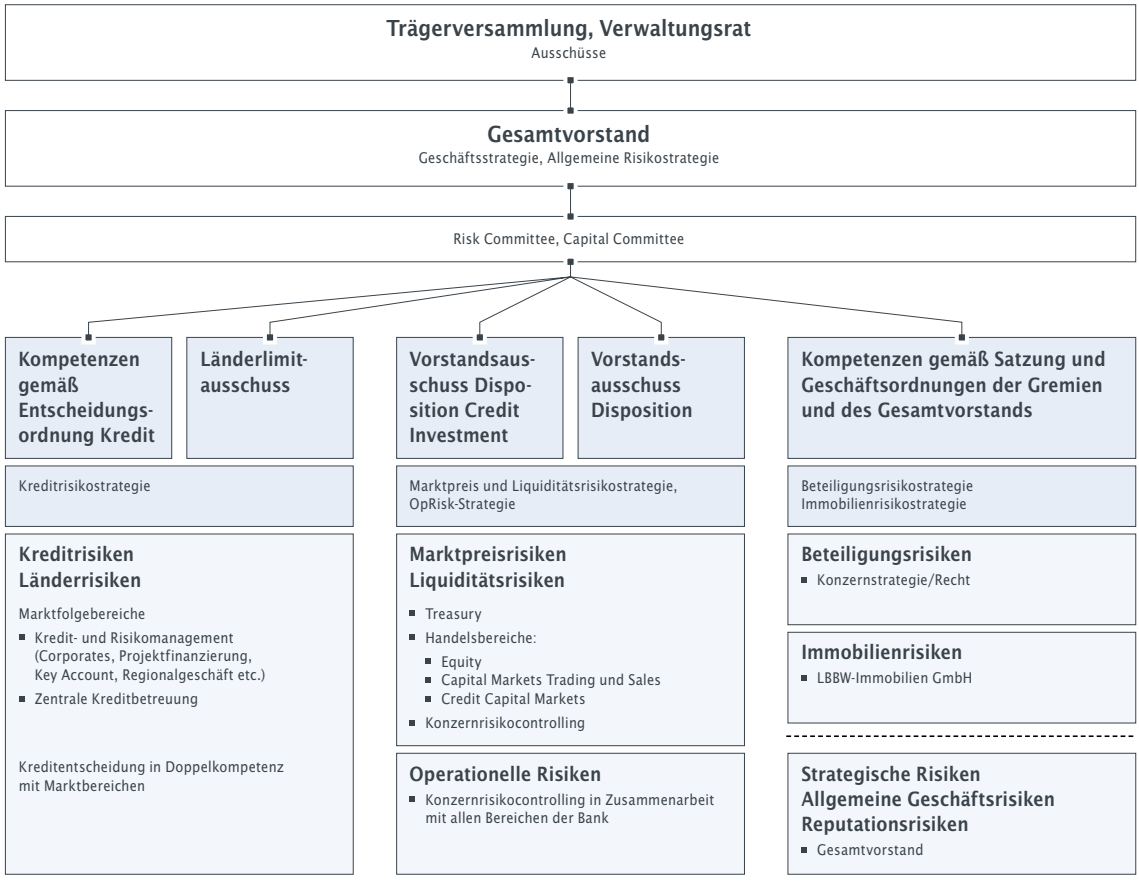
Für die Erkennung Operationeller Risiken werden unter anderem Schadensfälle zentral im Konzernrisikocontrolling gesammelt und analysiert, existierende Prozesse auf deren Anfälligkeit für diese Risiken untersucht und entsprechende risikovermeidende Prozessanpassungen unterstützt. Die Überwachung der Operationellen Risiken erfolgt im Risk Committee.

Die Steuerung des *Liquiditätsrisikos* liegt im Bereich Treasury, beispielsweise die Steuerung des langfristigen Refinanzierungsrisikos aus den Bankbuchpositionen. Die Risikoüberwachung und die Berechnung von Liquiditätskennziffern werden im Konzernrisikocontrolling vorgenommen und im Risk Committee berichtet.

Die Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von *Beteiligungen* und die damit verbundenen Risiken werden je nach Größenordnung und/oder Bedeutung durch Aufsichtsgremien oder den Vorstand getroffen. Aufgabe des Bereichs Konzernstrategie/Recht ist es, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen vorzubereiten und Vorschläge zur strategischen Ausrichtung der Beteiligungen zu erarbeiten. Die Berechnung von VaR-Kennziffern für Beteiligungen wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Das Management der *Immobilien* im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Töchter LBBW Immobilien GmbH und BW-Immobilien GmbH, wobei letztere in erster Linie für die ganz oder teilweise eigengenutzten Immobilien der LBBW verantwortlich ist. Die Berechnung der VaR-Kennziffer für Immobilienrisiken wird ebenfalls im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Risikomanagementstruktur.



Weitere Funktionen.

Die Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapitalzielgrößen des LBBW-Konzerns ist Aufgabe des Capital Committee.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt

seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und die Umsetzung von Empfehlungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MaRisk.

Die bisherigen Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte (MaH), Kreditgeschäfte (MaK) und die Interne Revision (MaIR) wurden mit Veröffentlichung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement, kurz MaRisk, am 22. Dezember 2005 abgelöst. Für die LBBW traten die Regelungen in vollem Umfang am 1. Januar 2008 in Kraft.

Durch die MaRisk werden Anforderungen des § 25a Abs. 1 KWG konkretisiert und die Anforderungen aus Basel II, Säule 2 in nationales Recht umgesetzt. Im Vergleich zu den bisherigen Mindestanforderungen wurden die allgemeinen Regelungen zum Risikomanagement ausgeweitet und Anforderungen zu Liquiditätsrisiken, Operationellen Risiken sowie Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch explizit aufgenommen. Letztendlich soll damit gewährleistet werden, dass die wesentlichen Risiken mit genügend internem Kapital abgedeckt sind. Die Anforderungen der MaRisk sind damit die Messlatte der qualitativen Bankenaufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process). Die LBBW hat für die Einhaltung der MaRisk-Anforderungen umfassende Qualitätssicherungsmaßnahmen durchgeführt.

SolvV/Basel II.

Zum Stichtag 31. März 2008 wurde von der LBBW die erste Meldung nach den Bestimmungen der SolvV (IRBA-Ansatz) an die zuständigen Aufsichtbehörden erfolgreich übermittelt.

Für die Folgejahre strebt die LBBW mit der Einführung weiterer von der Aufsicht zugelassener Ratingverfahren eine Entlastung der Eigenmittelunterlegung an und wird die Eigenkapitalunterlegung dem ökonomischen Risiko weiter annähern.

Die LBBW hat in 2008 die beiden ehemaligen Institute Sachsen LB und Landesbank Rheinland-Pfalz bzgl. SolvV und MaRisk in die Meldung des LBBW-Instituts integriert.

Auf Basis der Zahlen per 31. Dezember 2008 wird die LBBW die erstmalige Offenlegung nach § 26a KWG durchführen.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Gemäß § 27 PfandBG muss ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen der internen Berichterstattung wird der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Auslastungen unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste aus Forderungsansprüchen gegenüber Kunden definiert. In diesem Zusammenhang unterscheidet die LBBW verschiedene Aspekte des Kreditrisikos.

Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko.

Das Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko ist das Risiko der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern bis hin zum Ausfall. Das heißt, das Risiko der nicht fristgerechten Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen (Zins und Tilgung).

Länder- und Transferrisiko.

Länder- und Transferrisiko beziehen sich auf den Fall, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Devisenverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen in Fremdwährungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

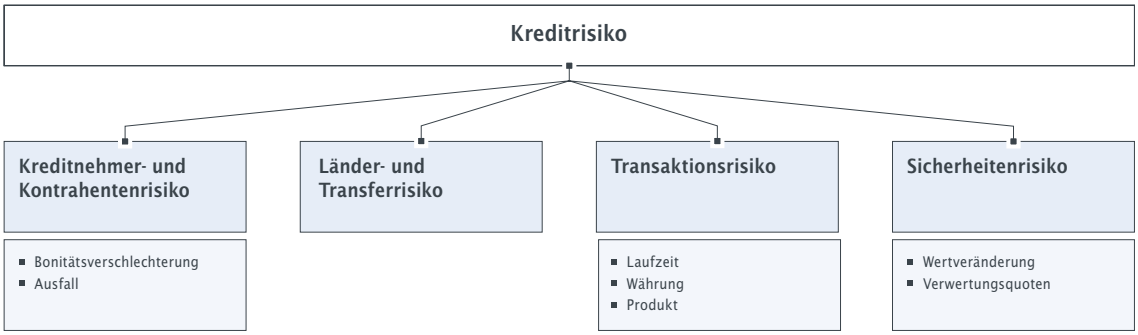
Transaktionsrisiko.

Unter Transaktionsrisiken sind mögliche Änderungen der Nettorückzahlungen aufgrund von Einflüssen durch wechselkurs-, laufzeit- oder produktspezifische Änderungen zu verstehen. Daneben stellt das Transaktionsrisiko die (Wiederbeschaffungs-)Kosten dar, die beim Ausfall eines Kontrahenten für den Ersatz der mit ihm abgeschlossenen Geschäfte anfallen würden.

Sicherheitenrisiko.

Die Bewertung der verschiedenen Sicherheitenarten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos dienen, basiert auf dem Zeitwert der Sicherungsobjekte. Deren mögliche (Markt-)Wertschwankung sowie die Veränderung (des Barwertes) der erzielbaren Verwertungserlöse stellen das Sicherheitenrisiko dar.

Systematisierung des Kreditrisikos.



Management der Kreditrisiken.

In der Kreditrisikostrategie und den Kreditregelwerken der LBBW sind sämtliche Informationen zu einem verantwortungsbewussten und risikoorientierten Umgang mit dem Kreditgeschäft geregelt. Gleichermaßen geben sie einen risikoadäquaten Rahmen, um flexibel und kundenorientiert auf die Dynamik des Marktes eingehen zu können.

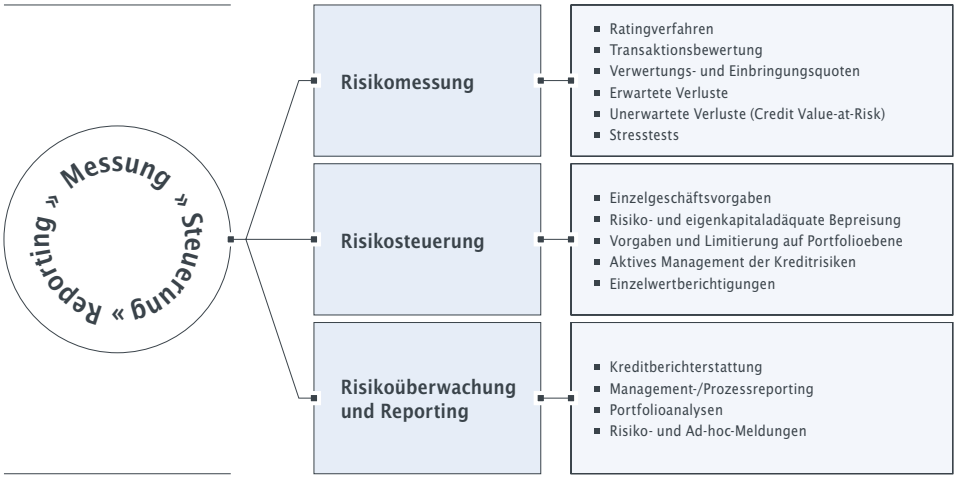
Das Kreditgeschäft der LBBW ist von folgenden Grundsätzen geleitet:

- Bei der Kreditentscheidung stehen die qualifizierte Analyse und verantwortungsvolle Risikoabwägung des Kreditnehmers und seines Marktes im Mittelpunkt.
- Die Risikoklassifizierungs- und Ratingverfahren sind ein wesentliches Element der Bonitätsbeurteilung.
- Die Kreditgewährung orientiert sich primär an der derzeitigen und zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers.
- Die Höhe jedes Engagements muss im Hinblick auf die Größe des Kreditnehmers und dessen Risikostruktur angemessen sein.

- In Abhängigkeit von Produktart, Verwendungszweck, Laufzeit und Rückzahlungsmodalität wird eine risikoadäquate Besicherung angestrebt. Sicherheiten sind allerdings kein Ersatz für mangelnde Kreditwürdigkeit.
- Das Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und Ertrag muss angemessen sein.
- Die risikogerechte Betreuung des Produkts sowie die Überwachung und Steuerung der mit dem Produkt verbundenen Risiken muss sichergestellt sein.
- Kein einzelnes Engagement darf die Stabilität der LBBW gefährden.
- Bei drohenden Kreditausfällen wird zeitnah eine Risikovorsorge gebildet, die sich an der Höhe des zu erwartenden Verlustes orientiert.

Das Kreditrisikomanagement erfolgt in drei stark miteinander verzahnten und sich gegenseitig beeinflussenden Phasen:

Kreislauf des Kreditrisikomanagements.



Risikomessung.

Der LBBW stehen eine Vielfalt an Instrumenten zur Messung der Kreditrisiken zur Verfügung, die einer stetigen Qualitätskontrolle und Weiterentwicklung unterliegen.

Kundenrating.

Die Beurteilung bestehender und neuer Kundenbeziehungen wird durch die Anwendung von Ratingverfahren unterstützt, deren Ziel die Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und die Zuweisung einer entsprechenden Ratingklasse ist.

Grundlage für die Einstufung ist die Analyse der offenzulegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. In Abhängigkeit von der Kundengruppe wird die Analyse allerdings durch die Beurteilung der Marktverhältnisse, der Produktqualität, der Wettbewerbssituation, des Managements sowie von Cashflow- und zukunftsbezogenen Daten ergänzt. Um erhöhte Ausfallrisiken oder Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen, werden laufend neben der Entwicklung der Gesamtverschuldung, Kontobewegungen und Branchenprognosen auch sonstige geeignete interne und externe Informationsquellen genutzt.

Die Prognosefähigkeit der seit mehreren Jahren in der LBBW im Einsatz befindlichen Ratingsysteme wird mindestens jährlich anhand der tatsächlichen Ausfälle überprüft. Bei Bedarf werden die Ratingverfahren rekalibriert. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren erfolgt LBBW-intern bzw. über eine Tochtergesellschaft des DSGV (S-Rating GmbH) oder durch die Rating Service Unit, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Landesbanken. Nachdem die im LBBW-Konzern genutzten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken.

Länderrating.

Die Transferrisiken werden in der LBBW mit einem speziellen Ratingverfahren gemessen. Kernpunkte sind die wirtschaftliche Lage, das politische Umfeld sowie binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklungen des jeweiligen Landes.

Transaktionsbewertung.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditart werden unter Verwendung historischer Daten Sicherheitsaufschläge bzw. die Inanspruchnahme im Zeitpunkt des Ausfalls (sogenannter Exposure-at-Default) ermittelt. Die auf Geschäftsebene berechneten Einzelrisiken können dann beispielsweise für einen Kreditnehmer oder eine Kreditnehmereinheit zum Zwecke der Erstellung des Gesamtobligos oder für Portfolioanalysezwecke zusammengefasst werden.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Zur Kreditrisikoreduzierung werden Sicherheiten vereinbart und Nettingvereinbarungen abgeschlossen. Die Sicherheiten werden im Sicherheitenmanagementsystem (SIM), die Nettingvereinbarungen im Limitmanagementsystem (GLS) erfasst und fortlaufend gepflegt.

Die Verwertungsquote zeigt den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus der Sicherheitenverwertung (nach Berücksichtigung von Verwertungskosten) in Relation zum Marktwert der Sicherheiten. Die Einbringungsquote weist dagegen den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus Mahnverfolgung aus, also die Höhe der Rückzahlungen auf den Blankoanteil einer Forderung. Die Ermittlung der Quoten erfolgt auf Basis eigener historischer bzw. mit anderen Landesbanken gepoolter Werte.

Erwartete Verluste.

Mit diesem Messinstrument wird der Verlust quantifiziert, der in Abhängigkeit der Kundenbonität, der Transaktionsstruktur, der zur Verfügung stehenden Sicherheiten und der Einbringungsquoten im Durchschnitt zu erwarten ist. Mit dem erwarteten Verlust können somit unterschiedliche Transaktionen oder Portfolios und deren erwartete Risikokosten verglichen werden. Diese Größe wird in der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation zur Ermittlung von Kreditkonditionen und in der Portfoliobetrachtung sowohl zum Vergleich der erwarteten Risikopotenziale als auch zur Plausibilisierung der Planrisikokosten und zur Ermittlung der Risikokosten verwendet.

Unerwartete Verluste (CVaR).

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus, der mit der vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont ein Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Rating-

migrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen (beispielsweise zwischen Ratingklassen und Branchen aller Kreditnehmer) angemessen berücksichtigt werden. Die Kreditexposures werden einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Stresstests.

Neben statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind in der LBBW auch Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikosteuerung. Diese analysieren u. a. die Wirkung von konjunkturellen Schwankungen, krisenhaften Marktentwicklungen und Extremszenarien. Der Unterschied zu den statistischen Instrumenten liegt darin, dass die verschiedenen Szenarien ohne Berücksichtigung der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit formuliert werden. In der LBBW werden einzelne fest definierte Szenarien zu jedem Stichtag gerechnet, beispielsweise das Downrating wichtiger Branchen um zwei Ratingstufen. Darüber hinaus werden situationsbezogen spezielle Stress-Szenarien gerechnet, beispielsweise das Downrating bestimmter Kundenbeziehungen.

Die Analyse der Stresstestergebnisse unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit ermöglicht das Testen der Stabilität des Konzerns in krisenhaften Situationen bzw. diese Stabilität über geeignete Maßnahmen sowie die Vorhaltung von entsprechender Risikodeckungsmasse sicherzustellen.

Risikosteuerung.

Die Steuerung erfolgt insbesondere auf Basis der oben beschriebenen Messinstrumente, wobei die LBBW sowohl eine Einzelgeschäfts- als auch eine Portfoliosteuerung verfolgt. Die Kreditrisikostrategie ist die Grundlage des konzernweiten Kreditrisikomanagements der LBBW. Die Kreditrisikostrategie wird fortlaufend weiterentwickelt. Ihre Aufgabe ist es, die aus den unternehmenspolitischen Zielen und den Erwartungen der Eigentümer resultierende Risikoneigung in konkrete Handlungsvorgaben für das Kreditgeschäft zu transferieren. Dabei orientiert sich die Kreditrisikostrategie an den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Einzelgeschäftsvorgaben.

Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind quantitative, risk-return- sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Limitierung auf Einzelgeschäftsebene findet zum einen dadurch statt, dass grundsätzlich Kredite nur an Kreditnehmer mit einer Mindestbonität vergeben werden. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an Kundenart und Bonität der jeweiligen Kreditnehmer bzw. an die Risikotragfähigkeit der LBBW gekoppelt.

Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung.

Die Steuerung der Einzelgeschäftsabschlüsse nach Risiko- und Rentabilitätsgesichtspunkten stellt einen zentralen Baustein der Gesamtbank- und Kreditrisikosteuerung der LBBW dar. Der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag ist dabei wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss. Deshalb besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Einzelgeschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Entsprechende Kalkulationstools zur Unterstützung von Markt- und Marktfolgeeinheiten stehen zur Verfügung. Die Ergebnisse der Vorkalkulation werden in die Nachkalkulation überführt und sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit Center/Portfolioebene.

Vorgaben und Limitierung auf Portfolioebene.

Auf Portfolioebene erfolgt die Steuerung im Rahmen der Kreditrisikostrategie durch quantitative Zielvorgaben für die Geschäftsfelder. Diese beziehen sich grundsätzlich auf die Rating- bzw. auf die Risikoverteilung, auf den erwarteten Verlust und enthalten auch eine Risk-return-Benchmark. Durch die Spezialisierung der operativen Markteinheiten auf spezielle Geschäftsfelder wird eine Risk-return-Steuerung mit klaren Verantwortungen für die jeweiligen Portfolios sichergestellt. Zur Vermeidung von Extremrisiken verfügt die LBBW über ein mehrdimensionales Limitierungssystem, wobei je nach Risikorelevanz und geschäftspolitischen Erfordernissen weiche (flexible Handhabung im Grenzbereich) oder harte (kein Handlungsspielraum) Limite möglich sind.

In 2008 wurde in der LBBW die Branchenlimitierung weiterentwickelt. Dazu wurden im Vorfeld die LBBW-Kunden (ohne Privatkunden) nach einem neuen risikoorientierten Branchenschlüssel kategorisiert. Dieser bildet die Zusammenhänge der Wertschöpfungskette und damit Verlustabhängigkeiten ab. Somit können Branchenrisiken aktiv gemanagt werden und das Risiko von Konzentrationen weiter gesenkt werden.

Aktives Management der Kreditrisiken.

Zur Erreichung der vordefinierten Ziele bzw. zur Optimierung des Kreditportfolios (auch unter Renditeaspekten) und zur Reduzierung der Risikokonzentrationen werden bei der LBBW verschiedene Verfahren zum aktiven Portfoliomanagement angewandt (beispielsweise Syndizierungen, Einzelkredit- bzw. Portfoliotransaktionen, Credit Default Swaps, Risikounterbeteiligungen und Verbriefungen).

Intensivbetreuung und Sanierung.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterung frühzeitig zu erkennen. Die Kreditrisikoanalysten der LBBW werten dabei sowohl die vom Kunden zur Verfügung gestellten Informationen als auch Markt- und interne Daten aus. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen abzumildern bzw. gänzlich zu verhindern. Die Marktfolge leistet somit in Zusammenarbeit mit den Marktabteilungen einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Festigung der Kundenbeziehungen.

In der LBBW bestehen spezielle Prozesse zur Behandlung von problembehafteten Engagements, dabei wird risikoabhängig zwischen Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfällen unterschieden. Ein Engagement ist der Intensivbetreuung zu unterziehen, wenn ein erhöhtes Ausfallrisiko vorliegt. Dies kann auf Basis festgelegter Kriterien (z. B. Ratingverschlechterung, Liquiditätsengpässe) oder nach Einschätzung der zuständigen Analysten erfolgen. Damit verbunden ist die Erarbeitung einer Strategie zur Verbesserung der Risikolage mit konkret definierten Maßnahmen zur Beseitigung der aktuellen Bonitätsschwäche innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens (i. d. R. 12 Monate) bzw. zur Reduzierung des Risikos. Die erarbeitete Strategie wird dann mit den Kunden diskutiert und gemeinsam umgesetzt. Um die Realisierung der vereinbarten Maßnahmen und die Entwicklung des Risikos mit diesen Kunden zu überwachen, können alle Intensivbetreuungsfälle tagesaktuell von den relevanten Entscheidungsträgern abgerufen werden.

Sanierungsfälle sind Engagements mit unzureichender Bonität und einem erhöhten Fortbestandsrisiko mit der Möglichkeit zur Wiedererlangung einer ausreichenden Bonität durch geeignete Maßnahmen. Die Bearbeitung erfolgt zentral durch Spezialisten mit umfangreicher Erfahrung in der Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen, wobei hier im Fokus der Fortbestand des Unternehmens steht.

Nicht mehr sanierungsfähige bzw. in Liquidation oder Insolvenz befindliche Unternehmen werden als Abwicklungsfälle eingestuft. Hier werden nur noch Maßnahmen ergriffen, um Verluste für die LBBW zu minimieren.

Risikovorsorge wird grundsätzlich gebildet, wenn der Barwert aller erzielbaren Einzahlungen (aus Rückzahlungen, Sicherheitenverwertung und Mahnverfahren) niedriger als die Kreditforderung ist. Die somit errechneten erwarteten Verluste werden wertberichtigt. Forderungen, die tatsächlich uneinbringlich sind und bei denen alle Verwertungsmaßnahmen ausgeschöpft wurden, werden abgeschrieben und ausgebucht.

Risikoüberwachung und Reporting.

Im LBBW-Konzern erfolgt die Risikoüberwachung analog zur Risikosteuerung auf Einzelengagement- und auf Portfolioebene. Hierzu kommen verschiedene Instrumente zur laufenden Überwachung der Risikolage sowie zur Information der Entscheidungsträger zum Einsatz.

Die ständige aktive Beobachtung der Kunden und ihres Umfelds sowie regelmäßige Überprüfungen durch die zuständigen Risikoanalysten gewährleisten die Überwachung der Risiken auf Einzelengagementebene. Ein definierter Prozess zum Ad-hoc-Reporting gewährleistet, dass zuständige Entscheidungsträger unverzüglich über bedeutende oder außergewöhnliche Ereignisse/Risiken unterrichtet werden.

Über die Entwicklung bedeutender Einzelengagements sowie im Schwerpunkt über die Risikolage auf Portfolioebene informiert der Quartalsbericht Kreditrisiko als Teil des Gesamtrisikoberichts. Hierin werden sämtliche relevanten Informationen mit ausführlichen Analysen einschließlich eventueller Handlungsempfehlungen dem Gesamtvorstand, den Aufsichtsgremien und allen relevanten Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt. Der Detaillierungsgrad und der Umfang der Analysen und Reportings wird fortwährend optimiert.

Zusätzlich bestehen weitere spezielle Reportings, die den Vorstand sowohl im Überblick als auch in ausgewählten Details über besondere Risikoentwicklungen im Konzern informieren. Der Umfang der Reports orientiert sich dabei am Risikogehalt der jeweiligen Portfolios. Zur engeren Begleitung der größeren und/oder schwierigen Kreditrisikoengagements durch den Gesamtvorstand und die Entscheidungsträger werden Reports mit strukturierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und wirtschaftlichen Entwicklung verwendet.

Die laufende Überwachung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten haben einen hohen Stellenwert. Hierzu werden im Rahmen eines monatlichen Reportings über die Entwicklung der Risikovorsorge sowohl profitcenter- als auch einzelkundenbezogene Informationen und Analysen zeitnah berichtet.

Risikolage für Konzernabschluss, IFRS.

Vorbemerkung.

Die Aussagen zur Risikolage werden auf Basis des *Management Ansatzes* dargestellt. Dadurch wird die Risikolage der LBBW auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die oben beschriebene interne Risikosteuerung und somit auch die interne Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt.

Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen der internen Steuerung und der externen Rechnungslegung liegen in den abweichenden Konsolidierungskreisen, Bewertungsverfahren, Bewertungsparametern und der Definition des Kreditvolumens als Exposure (Inanspruchnahme/Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Im Konsolidierungskreis der internen Berichterstattung sind neben der Landesbank Baden-Württemberg folgende für das Kreditrisiko relevanten Tochterunternehmen enthalten:

- LBBW Luxemburg (vormals LRI)
- SüdLeasing Teilkonzern
- MKB Mittelrheinische Bank GmbH/MMV-Leasing GmbH
- Süd-Kapitalbeteiligungsgesellschaft
- Süd Private Equity
- LBBW Venture Capital
- LBBW Securities LLC

Der dargestellte Konsolidierungskreis wird mindestens jährlich oder anlassbezogen überprüft und an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Das Exposure nachfolgender Zweck- oder Tochtergesellschaften ist – vergleichbar mit Drittforderungen – ebenfalls in der internen Berichterstattung enthalten und ergänzend wird über deren komplette Asset-Risikostruktur berichtet:

- Bodensee, Mainau, Spencerview, Georges Quay, Lasssarus und LAAM-Fonds

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Steuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich beim dargestellten Exposure wie folgt quantifizieren:

		Überleitung			
Mio. EUR	Bilanzansatz 31.12.2008	Konsolidierungskreis 31.12.2008	Bewertung 31.12.2008	Sonstige 31.12.2008	Management Ansatz 31.12.2008
Barreserve	3 480	– 16	0	– 3 319	144
Forderungen	270 345	13 887	– 17 098	– 5 223	261 912
Finanzanlagen	93 457	– 10 829	795	– 1 512	81 911
Hedging Derivate	3 340	– 85	– 1 188	– 196	1 872
Handelsaktiva (HfT, FVO)	71 573	4 623	52 834	6 024	135 054

Die nachfolgenden Informationen zum Kreditportfolio erfolgen konservativ, da Sicherheiten nicht vom Exposure abgezogen sind. In der Kreditpraxis kommen alle Arten von Sicherheiten zum Einsatz. Zum einen werden die klassischen Sicherheiten wie Grundpfandrechte, Garantien, Bürgschaften, Verpfändung, Abtretung und Sicherungsübereignung genutzt, zum anderen setzt die LBBW gezielt Kreditderivate und Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion auf Einzeladressebene ein. Für die Angaben nach IFRS 7.37 c verweist die LBBW auf die Undurchführbarkeit der Erhebung nach IAS 8.5.

Kreditportfolio.

Das Kreditportfolio der LBBW, übergeleitet auf die Bilanzklassen, ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Exposure.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Barreserve	144	12
Forderungen	261 912	258 676
davon Forderungen an Kreditinstitute	109 261	131 858
davon Forderungen an Kunden	152 651	126 819
davon Forderungen aus Finance Lease	5 478	3 284
Finanzanlagen	81 911	82 974
davon zinstragende Vermögenswerte	74 520	78 853
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	7 391	4 121
Hedging Derivate	1 872	7 207
Handelsaktiva	135 054	116 865
davon FVO	6 793	4 474
davon Hft	128 261	112 391
Unwiderrufliche Kreditzusagen/Sonstige Vereinbarungen	68 357	68 381
Summe	**549 249**	**534 115**

Das Exposure steigt im Vergleich zum Vorjahr moderat von 534 Mrd. EUR auf nun 549 Mrd. EUR an. Dies ist das Resultat aus zwei gegenläufigen Entwicklungen: Einerseits erhöhte sich das Portfolio durch die Integration der Sachsen LB (ca. 37 Mrd. EUR zum Stichtag 30. Juni 2008), andererseits wurde das Kapitalmarktgeschäft bewusst verringert.

Eine weitere Aufgliederung des Portfolios in die Dimensionen Branche und Rating gibt zum einen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit der LBBW, zum anderen spiegelt die jeweilige Ratingstruktur die Risikosituation wider.

Exposure nach Rating* und RoBs-Branchen**.

Mio EUR	Investment grade (AAA – BBB-)	Upper non investment (BB+ – B+)	Non investment (B – C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Finanzinstitute	**266 139**	**11 619**	**3 092**	**2 486**	**7 380**	**290 717**
Kreditinstitute	209 485	7 703	405	1 206	1 043	219 843
Finanzdienstleistungen	56 654	3 916	2 687	1 280	6 337	70 874
Unternehmen	**112 846**	**41 836**	**3 768**	**3 864**	**13 691**	**176 006**
Automobil	11 757	7 548	292	356	186	20 139
Bauwirtschaft	6 878	3 716	692	655	652	12 592
Branchenübergreifende Dienstl. für Untern.	4 003	1 272	181	166	2 155	7 777
Commercial Real Estate	14 670	8 730	321	955	1 771	26 447
Lebensmittel-Hdl. und nicht zykl. Konsumgüter	5 105	693	15	34	181	6 028
Telekommunikation	5 958	530	110	17	66	6 680
Transport und Logistik	5 819	1 799	730	107	563	9 019
Versicherungen	7 683	246	8	13	260	8 209
Versorger	12 852	1 247	35	38	269	14 440
Sonstige breit diversifizierte Branchen	38 122	16 056	1 384	1 524	7 588	64 674
Öffentliche Hand	**60 117**	**1 047**	**1**	**7**	**156**	**61 328**
Privatpersonen	**4 658**	**2 757**	**113**	**499**	**13 171**	**21 198**
Gesamt	**443 761**	**57 259**	**6 974**	**6 857**	**34 398**	**549 249**

* Äquivalente Ratingklassen nach S&P.
** Brancheneinteilung nach internem risikoorientierten Branchenschlüssel. In »Sonstige breit diversifiziert Branchen« sind Branchen < 1 % Anteil am Unternehmensportfolio zusammengefasst.

Das größte Teilportfolio stellen demnach die Finanzinstitute, wobei hiervon rund ein Drittel auf Geschäfte mit Sparkassen und Landesbanken entfällt. Das Portfolio der Unternehmenskunden zeigt eine gute Branchendiversifikation; zu den drei größten Branchen zählen Commercial Real Estate, Versorger und Automobil. Geschäfte mit der öffentlichen Hand und mit Privatpersonen vervollständigen den Portfoliomix.

Die Finanzmarktkrise sowie die verschlechterte konjunkturelle Lage führen zu zwei markanten Änderungen in der Portfoliostruktur. Zum einen erhöhen einzelne große Ausfälle aus dem Bankensektor (USA, Island) das Default-Exposure, zum anderen steigt durch Ratingverschlechterungen das Volumen im Upper-non-investment- und im Non-investment-Bereich an. Mit 80,7 % (Vorjahr 84,5 %) des Gesamtportfolios ist der Anteil der sehr guten bis guten Bonitäten (Investment grade) weiterhin hoch.

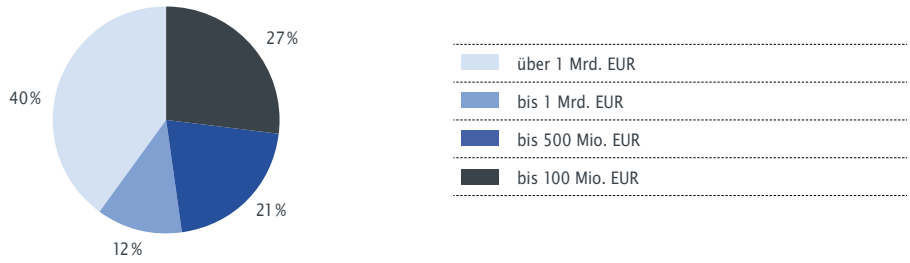
Auslandsportfolio nach Regionen.

	Anteil Länder-Gesamtbeanspr. in %
Westeuropa	65
Nordamerika	24
Asien/Pazifik	7
Osteuropa	2
Rest	2
Gesamt	**100**

In der regionalen Verteilung überwiegt mit 55 % das inländische Geschäft. Hier zeigt sich die angestrebte Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank. Die Auslandsengagements erfolgen mit rund zwei Dritteln in Westeuropa und zu einem weiteren Viertel in Nordamerika. Länder höchster Bonität stellen somit den Großteil des Auslandsportfolios.

Der Portfolioschwerpunkt der LBBW im Geschäft mit Finanzinstituten zeigt sich entsprechend in der Verteilung des Exposures nach Größenklassen: Die Größenklasse > 1 Mrd. EUR stellt mit 40 % den höchsten Portfolioanteil. Demgegenüber steht ein aus dem Retail- und Unternehmenskundengeschäft resultierender hoher Anteil von granularem Portfolio.

Größenklassenverteilung in % (Kreditnehmereinheiten).



Ergänzende Angaben zum Verbriefungsportfolio.

Die LBBW hat folgendes Verbriefungsportfolio:

Mrd. EUR	31.12.2008 auf Basis Darstellung 30.06.2008	Veränderungen risikorelevant	30.06.2008
Investments – ABS/MBS	22,1	–1,8	23,9
Sonstige Verbriefungen	2,5	0,9	1,6
davon LBBW-Risiko LAAM-Fonds	1,1	0,2	0,9
davon LBBW-Risiko Georges Quay	1,4	0,7	0,7
Verbriefungen gesamt	**24,6**	**–0,9**	**25,5**
Kundentransaktionen	**2,2**	**0,6**	**1,6**
Gesamt	**26,8**	**–0,3**	**27,1**

Um die Transparenz der Berichterstattung weiter zu verbessern und damit auch den Anforderungen des Financial Stability Forums (FSF) gerecht zu werden, erfolgt ab diesem Stichtag eine Durchschau-Darstellung für die LAAM-Fonds und das Vehikel Georges Quay. Bisher erfolgte die Darstellung auf Basis des reinen LBBW-Risikos, die die sonstigen Verbriefungen finanzierenden Drittbanken wurden dabei dem LBBW-Risiko nicht zugerechnet. Die Durchschau-Darstellung erhöht das Gesamtvolumen der Verbriefungen.

Auf Basis bisheriger Darstellung des LBBW-Risikos sinkt das Volumen der ABS/MBS Transaktionen durch Tilgungen, Restrukturierungen und Währungskursschwankungen um 1,8 Mrd. EUR, das LBBW-Risiko aus LAAM-Fonds und Georges Quay steigt um 0,9 Mrd. EUR. Durch die Ausweitung der Kundentransaktionen ergibt sich somit ein Netto-Rückgang um 0,3 Mrd. EUR.

Unter Berücksichtigung der Durchschau-Darstellung erhöht sich das Gesamtvolumen um 5,1 Mrd. EUR dadurch, dass nun auch alle Vermögenswerte bei den sonstigen Verbriefungen der LBBW zugerechnet werden, ohne Berücksichtigung der Finanzierung dieser Vermögenswerte durch Drittbanken.

Mrd. EUR	31. 12. 2008 inkl. Durchschau-Darstellung	Veränderungen methodisch	31. 12. 2008 auf Basis Darstellung 30. 06. 2008
Verbriefungen gesamt	**29,7**	**5,1**	**24,6**
Investments – ABS/MBS	22,1	0,0	22,1
Sonstige Verbriefungen	7,6	5,1	2,5
davon Durchschau LAAM-Fonds	3,6	2,5	1,1
davon Durchschau Georges Quay	4,0	2,6	1,4

Neben dem oben dargestellten Verbriefungsportfolio ist die LBBW im Segment der Kundentransaktionen engagiert. Diese konnten von 1,6 auf 2,2 Mrd. EUR ausgeweitet werden. Dabei handelt es sich um die Erweiterung bestehender Transaktionen und um Neugeschäft im Wesentlichen mit deutschen mittelständischen Kunden. Dabei werden vor allem deutsche Handels- und zinstragende Forderungen (z. B. Leasingforderungen) angekauft. Die LBBW sponsert diesen Ankauf durch Stellung von Liquiditätslinien.

Bei den Verbriefungen gab es im Jahr 2008 teils deutliche Herabstufungen einzelner Papiere, allerdings befindet sich noch immer der überwiegende Teil des Portfolios im Investment-grade-Bereich, davon 72 % im AAA-Bereich.

Durchschau Investments ABS/MBS 31. Dezember 2008.

ausstehendes Volumen in Mio. EUR	AAA	AA	A	BBB	BB und schlechter	Default	Sonstiges	Gesamt
CDO	**5 226**	**1 655**	**335**	**747**	**1 110**	**232**	**34**	**9 339**
synthetisch	1 249	322	51	193	599	225	18	2 655
cash	3 977	1 333	284	554	511	7	17	6 683
davon CLO/CBO	2 813	300	88	45	41	0	10	3 297
davon CDO auf ABS	397	892	159	292	413	7	7	2 167
davon sonstige	767	141	37	217	57	0	0	1 219
RMBS	**9 724**	**517**	**168**	**383**	**663**	**0**	**0**	**11 456**
US	894	142	126	383	663	0	0	2 208
davon ALT-A	868	108	126	208	541	0	0	1 852
davon Subprime	25	0	0	70	99	0	0	194
UK	2 591	166	16	0	0	0	0	2 773
davon non-conforming	1 289	109	0	0	0	0	0	1 398
Spanien	2 522	172	9	0	0	0	0	2 703
Rest	3 718	37	17	0				3 771
CMBS	**3 429**	**230**	**57**	**33**	**0**	**0**	**0**	**3 749**
Sonstige	**3 058**	**1 111**	**318**	**383**	**163**	**0**	**158**	**5 192**
Gesamt Investments	**21 437**	**3 513**	**878**	**1 546**	**1 936**	**232**	**193**	**29 735**

Schlechtestes Rating wurde herangezogen und interne Masterskala auf S&P-Systematik gemappt.

Im ersten Halbjahr 2008 wurde die ehemalige Sachsen LB in den LBBW-Konzern integriert. Bereits vor Erwerb wurden außerbilanziell geführte Structured-Finance-Anlagen im Nennwert von 17,3 Mrd. EUR in die irische Zweckgesellschaft Sealink (nicht konsolidiert) überführt. Die LBBW hat dieser Zweckgesellschaft Darlehen in Höhe von 8,8* Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Diese Darlehen sind zum größten Teil nachrangig. Eine Garantie des Freistaates Sachsen in Höhe von 2,75 Mrd. EUR trägt hierbei den »first-loss«.

*) Erhöhung durch Wechselkursveränderungen

Weitere Einzelheiten zum Verbriefungsportfolio des LBBW Konzerns können dem separat veröffentlichten Bericht zu den Anforderungen des Financial Stability Forums entnommen werden.

Ergänzende Angaben gemäß IFRS 7.36 – 38.

Der Anteil des weder wertgeminderten noch überfälligen Portfolios beläuft sich auf über 99% am max. Ausfallrisiko. Der Anteil der nachverhandelten Engagements (gemäß IFRS 7 36 d) beträgt 758 Mio. EUR.

Weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte.

Mio. EUR	Exposure 31.12.2008	weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte 31.12.2008	Exposure 31.12.2007	weder wertgeminderte noch überfällige Vermögenswerte 31.12.2007
Barreserve	144	141	12	12
Forderungen	261 912	255 816	258 676	255 024
davon Forderungen an Kreditinstitute	109 261	108 624	131 858	131 810
davon Forderungen an Kunden	152 651	147 192	126 819	123 214
davon Forderungen aus Finance Lease	5 478	5 281	3 284	3 016
Finanzanlagen	81 911	80 420	82 974	82 653
davon zinstragende Vermögenswerte	74 520	73 356	78 853	78 577
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	7 391	7 169	4 121	4 076
Summe*	**343 967**	**336 377**	**341 663**	**337 689**

* In den Klassen Hedging Derivate sowie Handelsaktiva sind alle Geschäfte weder wertgemindert noch überfällig.

Überfällige Engagements belaufen sich auf 0,1 % vom Exposure. Über die Hälfte dieser überfälligen Engagements befindet sich im Laufzeitband unter einem Monat.

Überfällige Vermögenswerte 31. 12. 2008.

Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	588	315	178	37	9	14	35
davon Forderungen an Kreditinstitute	13	13	1	0	0	0	0
davon Forderungen an Kunden	575	302	178	37	9	14	35
davon Forderungen aus Finance Lease	64	12	15	16	3	11	7
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Summe	**588**	**315**	**178**	**37**	**9**	**14**	**35**

Überfällige Vermögenswerte 31. 12. 2007.

Mio. EUR	Gesamt	< 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate
Forderungen	719	351	147	50	10	37	124
davon Forderungen an Kreditinstitute	45	10	23	0	1	0	10
davon Forderungen an Kunden	675	341	124	50	9	36	114
davon Forderungen aus Finance Lease	119	68	21	16	1	1	11
Finanzanlagen	63	25	38	0	0	0	0
davon zinstragende Vermögenswerte	63	25	38	0	0	0	0
Summe	**782**	**376**	**185**	**50**	**10**	**37**	**124**

Im Rahmen von Sanierungsbemühungen stehen Kunden Kreditzusagen in Höhe von 0,1 Mrd. EUR zur Verfügung.

Wertgeminderte Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen	4 772	2 933
davon Forderungen an Kreditinstitute	623	4
davon Forderungen an Kunden	4 149	2 930
davon Forderungen aus Finance Lease	133	149
Finanzanlagen	1 164	259
davon zinstragende Vermögenswerte	1 164	213
davon nicht zinstragende Vermögenswerte	220	45
Summe	**6 156**	**3 192**

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken sind nach konzernweit einheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet worden. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten schließen lassen. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erkennbare finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden.

Die LBBW übernimmt in sehr begrenztem Rahmen Vermögenswerte aus zur Verwertung erhaltenen Sicherheiten, sogenannter Rettungserwerbe in den Bestand (26,7 Mio. EUR, zum Vgl. 2007: 28,7 Mio. EUR). Diese werden entweder direkt aufgekauft oder im Rahmen von Zwangsversteigerungen erworben.

Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisikoüberwachung und -steuerung.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden auf täglicher Basis im Risikocontrolling überwacht. Der Überwachung liegt ein hierarchisch organisiertes Limitsystem zugrunde. Die hierbei eingerichteten Limite sind vom Gesamtvorstand gesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wurde diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Die Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen des Limitsystems. Wichtige Gremien in der Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken sind der Vorstandsausschuss Disposition und das Risk Committee.

Die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken sowie die Überwachung der entsprechenden Limite erfolgt durchweg mittels VaR-Kennzahlen und Sensitivitäten. Zusätzlich sind Stop-Loss-Limite zur Begrenzung des absoluten Verlustes auf Jahressicht vergeben.

Die Auslastung der genannten Limite wird den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand täglich angezeigt. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus im Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen. Im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes und der Vorstellung im Risk Committee erfolgt zusätzlich eine ausführliche Diskussion der Exposures der LBBW auf Basis von verschiedenen Stress-Szenarien.

Verfahren.

Die LBBW ermittelt den VaR aus Marktpreisrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95 % und ein Tag Haltedauer verwendet. Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer szenariobasierten Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Daneben sorgt die Einteilung der potenziellen Marktentwicklungen in Szenarien für eine effizienzsteigernde Reduzierung der Anzahl von Portfoliobewertungen. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein.

Die Positionen der Landesbank Rheinland-Pfalz und der Sachsen LB sind migriert und werden ebenfalls mit dem Marktrisikomodell der LBBW gemessen. Als wesentliche selbstständige Tochter verbleibt die LBBW Luxemburg, welche die Risiken ebenfalls mit einem Simulationsmodell (Historische Simulation) misst.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind sämtlich in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrunde liegenden Zinskurven.

Credit-Spread-Risiken aus Bonds werden mit dem allgemeinen und teilweise mit dem emittentenspezifischen Risiko gemessen. Hierfür werden die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Bankbuches auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Dies wird für alle in den Handelssystemen geführten Geschäfte (insb. festverzinsliche Wertpapiere) und auch für das klassische Kreditgeschäft durchgeführt. Das emittentenspezifische Risiko wird anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die LBBW arbeitet dabei an der vollständigen Messung des spezifischen Spreadrisikos aus dem Kreditersatzgeschäft. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein. Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt.

Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Neben den Marktpreisrisiken werden Marktliquiditätsrisiken gemessen und die Einhaltung der Limitierung überwacht. Hierbei handelt es sich um spezielle Kursrisiken, die mit der Haltung von Beständen in wenig liquiden Wertpapieren verbunden sind. Näheres dazu findet sich im Abschnitt zu Liquiditätsrisiken.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen durch separate Stress-Szenarien für Handels- und Anlagebuch. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden im jeweiligen Portfolio dargestellt.

Risikolage.

Das ÖKap-Limit für Marktpreisrisiken wurde aufgrund der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Jahresverlauf mehrfach erhöht, um dem Anstieg der Risiken aufgrund der Marktvolatilitäten Rechnung zu tragen. Der Risikoanstieg führte im Jahresverlauf 2008 zu vermehrten VaR- und Stop-Loss-Limitüberschreitungen bis auf die Ebene der LBBW-Bank und des LBBW-Konzerns. Die Limitüberschreitungen wurden entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht. Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen aber durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen den EUR-Financial-Kurven und der Swap-Kurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99 %/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2008	28.12.2007
LBBW-Konzern Gesamt	**576**	**1 049**	**206**	**941**	**220**
LBBW-Bank Gesamt	401	879	204	760	207
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	390	851	198	745	206
Aktienrisiken	28	60	19	34	25
Währungsrisiken	29	153	3	65	6

In der Position LBBW-Bank Gesamt nicht enthalten ist ein noch stand-alone gerechneter und damit nicht nach Risikoarten zuordenbarer VaR aus LRP- und Sachsen LB-Beständen **in Höhe von 172 Mio. EUR per 30. Dezember 2008.**

Der deutliche Risikoanstieg ist zum einen auf die stark gestiegenen Volatilitäten und zum anderen auf die Integration von Beständen der Sachsen LB zurückzuführen.

Das Risiko einzelner Conduits wurde in der hier dargestellten operativen Risikorechnung vereinfacht berücksichtigt, ist aber in der Darstellung der Risikotragfähigkeit und der Ergebnisrechnung umfassend enthalten.

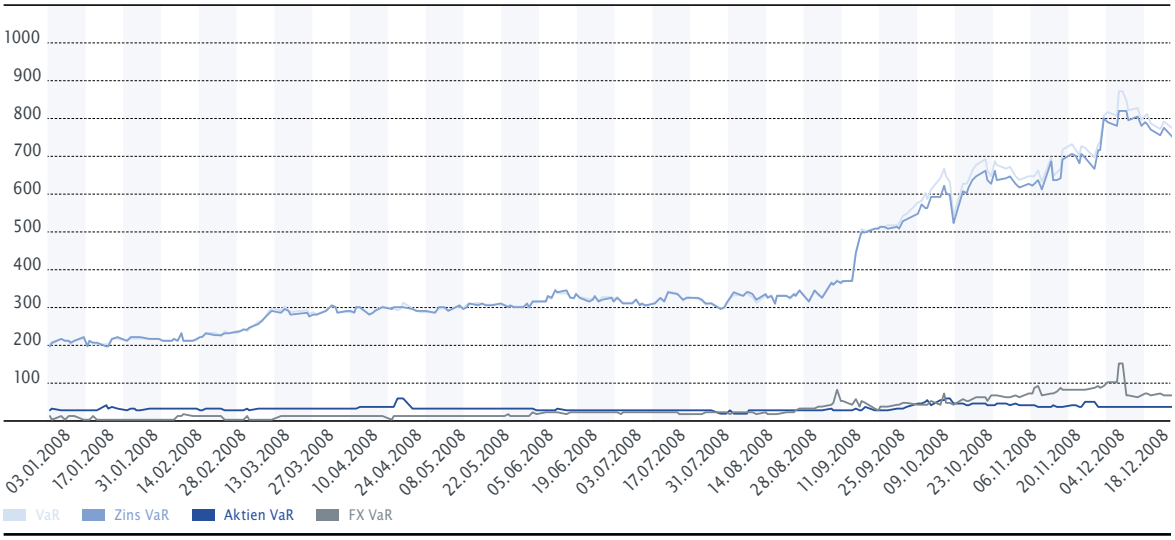
Für die Handelsbuchpositionen ergaben sich folgende Werte:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2008	28.12.2007
LBBW-Bank Handelsbuch	**46**	**88**	**26**	**74**	**25**
Zinsänderungsrisiken	36	70	18	64	20
Aktienrisiken	17	52	9	19	15
Währungsrisiken	5	40	0	8	–

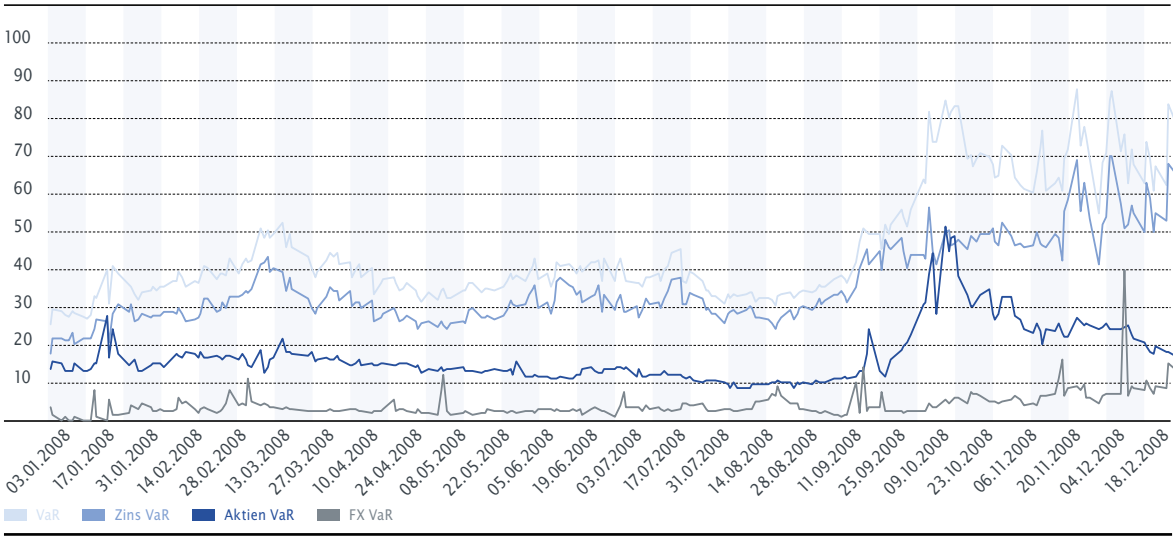
Die folgenden Grafiken stellen die Jahresverläufe der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.

Risikoverlauf LBBW-Bank, in Mio. EUR.



Der starke Risikoanstieg im letzten Quartal ist vor allem auf einen Anstieg der Volatilitäten und verringerte Korrelationen der Zinskurven aufgrund der Eskalation der Finanzmarktkrise nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zurückzuführen.

Risikoverlauf Handelsbuch, in Mio. EUR.



Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Im Risikosystem der LBBW sind historische, synthetische und portfoliospezifische Szenarien definiert. Diese werden wöchentlich auf das Portfolio angewandt und berichtet. Das Stresstestlimit der LBBW-Bank war innerhalb 2008 einmalig überschritten.

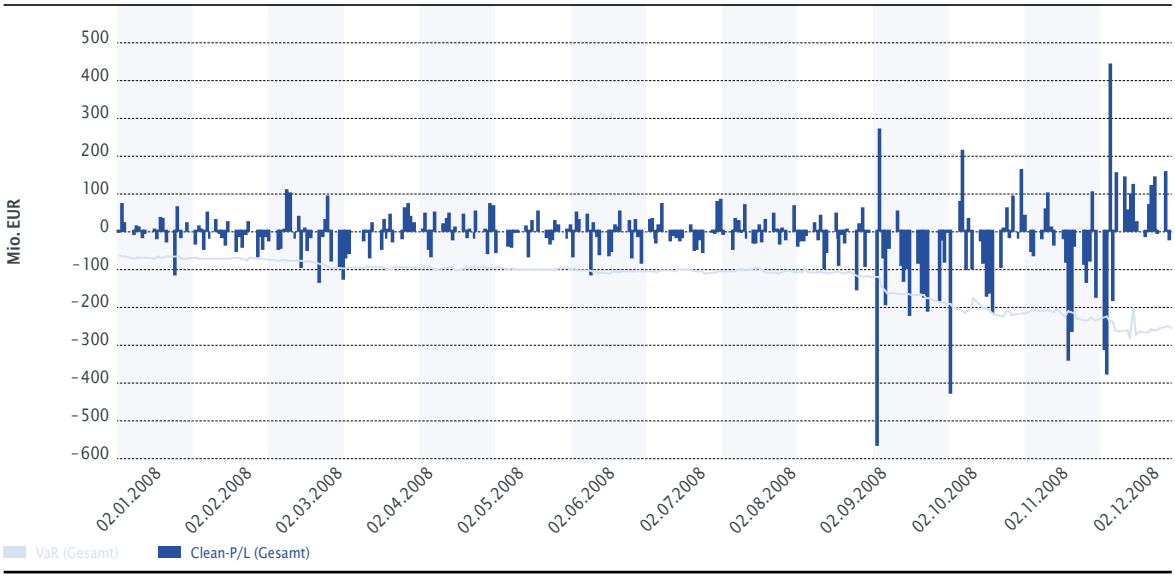
Regelmäßig wird auch der im BaFin-Rundschreiben 07/2007 definierte Zinsschock im Anlagebuch berechnet (»Basel II – Zinsschock«). Es zeigt sich, dass die Barwertveränderung als dessen Auswirkungen sehr deutlich unterhalb der dort definierten Grenzwerte liegt.

Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung infolge von Marktdatenänderungen, sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2008 waren im Rahmen des Backtesting für die zurückliegenden 250 Handelstage neun Modellausnahmen für die Trading-Positionen und fünfzehn für die LBBW-Bank zu verzeichnen. Die Ausnahmen weisen nach Einschätzung der LBBW jedoch nicht unmittelbar auf ein Modellproblem hin, sondern sind insbesondere auf die extremen Marktbewegungen im Zuge der Finanzkrise zurückzuführen, die eher Crash-Szenarien darstellen und damit außerhalb der Prognosefähigkeit eines VaR-Modells liegen.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 02.01.2008 – 30.12.2008.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Weiterentwicklung des Risikomodells.

Die Dynamik der Kapitalmärkte stellt auch das Risikomodell der LBBW vor stetige Herausforderungen. So werden beispielsweise neuartige Produkte eingeführt, für die eine adäquate Abbildung zu gewährleisten ist. Bevor diese im Handel der LBBW zugelassen werden, durchlaufen sie einen »Neue Produkte Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa Rechnungswesen und Risikocontrolling, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet. Dieses Stufenverfahren wurde in 2008 weiterentwickelt. Die nötigen Bewertungsverfahren im Risikomodell entwickelt die LBBW selbst.

Im Jahr 2008 wurden zwei Releasewechsel im Risikomodell durchgeführt, mit denen die Abbildung neuer Produkte sowie Verfeinerungen in der Berechnungsmethodik insbesondere in der Abbildung des unsystematischen Zinsrisikos umgesetzt wurden. Das ermöglicht die Kontrolle und – wenn nötig – die Reaktion auf Variationen der Produktgestaltung. Neben den Bewertungen werden auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Den Bewertungsverfahren sind Grenzen gesetzt: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch konservative Parametrisierungen und durch Nutzung unterschiedlicher Verfahren wie VaR, Sensitivitäten, Stresswerten etc. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren.

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind Risiken, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Das Management dieser Risiken im LBBW-Konzern fällt in die primäre Verantwortlichkeit der Bereiche und Tochterunternehmen. Hohe Bedeutung haben die dezentralen Operational Risk Manager, die die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente unterstützen, Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und in

engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling stehen. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Für die Entwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Konzernrisikocontrolling zuständig.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, OpRisk früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind die interne und externe Schadensfallsammlung, die Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung (Self Assessment und Szenarioanalyse) sowie die Analyse von Risikoindikatoren. Ein Ad-hoc-Meldeprozess für OpRisk-Schadensfälle ist institutionalisiert.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion im Konzern wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Im Geschäftsjahr 2008 konzentrierte sich das zentrale OpRisk-Controlling auf die Einbindung neuer Tochterunternehmen in die konzernweiten OpRisk-Prozesse. Weiterhin wurde die in der LBBW verwendete Software zur Steuerung Operationeller Risiken erweitert. Insbesondere wurde ein Modul implementiert, welches das Maßnahmenmanagement unterstützt, indem es mit der internen Schadensfallsammlung und Risikopotenzialschätzung verknüpft wird. Um die Bereitstellung weiterer Informationen zur Risikoanalyse zu ermöglichen, ist die LBBW seit Jahresbeginn an die VöB-Datenbank öffentliche Schadensfälle Operationelle Risiken (ÖffSchOR) angebunden.

Der heutige LBBW-Konzern ist durch Fusionen und Integrationen von Tochtergesellschaften entstanden. Dabei wurden teilweise die Prozesse und Systeme der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaften übertragen, teilweise konnten auch deren Prozesse und Systeme weitergenutzt werden. Die Umstellungs- und Integrationsphase geht in solchen Situationen immer mit einem erhöhten Operationellen Risiko einher. Durch sorgfältige Projektplanung und laufende Schulung der Mitarbeiter werden diese Risiken weitgehend minimiert. Wesentliche Aufgabe im OpRisk-Management und -Controlling bleibt, das Risikobewusstsein der Mitarbeiter und die Risikokultur der LBBW zu fördern.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden Operationellen Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.
Zu betonen ist, dass sich trotz aller Vorsorgemaßnahmen Operationelle Risiken nicht vollständig vermeiden lassen.

DV-Risiken.

Die LBBW setzt die Berücksichtigung internationaler Standards im IT-Sicherheitsbereich kontinuierlich um und orientiert sich dabei am ISO-Standard 27001 und 27002. Im IT-Risikomanagement wurde ein zentrales Vorgehen definiert. Dieses beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Betrachtung der in der Datenverarbeitung der LBBW identifizierten Risikoszenarien.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Damit der manuelle Notbetrieb im Notfall aufrechterhalten werden kann, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Transparent werden diese Risiken durch die

periodische Auswertung und Analyse sowie den unternehmensübergreifenden Vergleich von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräfteschulungen).

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeber zu äußern.

Neben der Gewinnung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt liegt ein Schwerpunkt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Neben diesen traditionellen Kennzahlen sind qualitative Indikatoren einzubeziehen, damit Personalrisiken nicht nur aus der Vergangenheit extrapoliert werden, sondern zukunftsbezogen beurteilt werden können. Über eine erstmals durchgeführte Mitarbeiterbefragung wurden deshalb wertvolle Informationen über die Qualität und Attraktivität der LBBW als Arbeitgeberin erhoben.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

2008 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Um auch zukünftig genügend Potenzial an Fach- und Führungskräften zur Verfügung zu haben, wird 2009 das starke Engagement in der betrieblichen Berufs- und Traineeausbildung sowie im Hochschulmarketing fortgesetzt.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit).

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. die Abteilung Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für alle derivativen Geschäfte werden anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt. Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die bei der Messung und Überwachung der Marktpreisrisiken zu beachtende Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die Bedeutung der Liquiditätsrisiken und auch die Beachtung, die diese im internen Risikomanagement finden, hat in der LBBW wie auch in der ganzen Bankenwelt vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise in 2007 und 2008 stark zugenommen. Das wesentliche Risiko, dem die Banken bei der Refinanzierung ausgesetzt sind, ist ein potenzieller Vertrauensverlust seitens der Geschäftspartner, insbesondere im Interbankengeschäft.

Für den LBBW-Konzern stellte sich die Situation im Jahr 2008 trotz Finanzmarktkrise so dar, dass bis zur Insolvenz von Lehman Brothers am 15. September nur in den langen Laufzeiten Einschränkungen der Refinanzierungsmöglichkeiten bestanden. Trotz dieser Einschränkungen konnten bis Mitte September mehr Passivmittel im über einjährigen Laufzeitenbereich beschafft werden, als zur Refinanzierung des Aktivneugeschäfts des Jahres 2008 benötigt wurden. In den Wochen nach der Lehman-Insolvenz war die Beschaffung unbesicherter Mittel über den Markt zeitweise nur noch im Tagesgeld möglich.

Seither hat sich die Situation wieder etwas entspannt, sodass im letzten Quartal in den langen Geldmarktlaufzeiten ausreichend Mittel aufgenommen werden konnten, um eine nachhaltige Verschlechterung der Liquiditätsstruktur abzuwenden. Zu keinem Zeitpunkt im Jahr 2008 war der LBBW-Konzern gezwungen, für die Refinanzierung auf seine Liquiditätsreserven zurückzugreifen. Eine Nutzung der EZB-Reserven erfolgte nur in geringem Maße zu Feinsteuerungszwecken.

Die Liquiditätssteuerung als übergreifende Aufgabe im Konzern nimmt der Bereich Treasury wahr. Das Refinanzierungs(spread)risiko aus den Positionen des Bankbuchs wird zentral gesteuert. Langfristige Kreditausleihungen werden überwiegend langfristig refinanziert, und die Risikonahme von dezentralen Einheiten wie Konzerntöchtern oder ausländischen Niederlassungen wird über Limite streng begrenzt. Im Rahmen der Funding-Strategie wird das Ziel einer breiten und diversifizierten Investorenbasis verfolgt. Die Messung, Überwachung und Limitierung der Liquiditätsrisiken erfolgt durch den Bereich Konzernrisikocontrolling.

Die Liquidität des Konzerns wird mittels regelmäßiger Vorschaurechnungen überwacht. Das Risiko eines akuten Zahlungsmittelengpasses ist über ein Limitsystem begrenzt, bei dem das Gesamtlimit aus den zur Verfügung stehenden freien Liquiditätsreserven abgeleitet wird. Das freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken wird täglich überwacht. Im Rahmen eines ausführlichen Liquiditätsberichtsteils im Gesamtrisikobericht informiert der Bereich Konzernrisikocontrolling monatlich über das Risk Committee den Gesamtvorstand über alle relevanten Aspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos des Konzerns. Seit Beginn der Finanzmarktkrise wird die Liquiditätssituation in mindestens zweiwöchentlichen Management-Meetings unter Beteiligung von Treasury, Geldhandels-

Einheiten, Konzernrisikocontrolling und Finanzcontrolling diskutiert. Über die Ergebnisse sowie die aktuellsten Zahlen zur Liquiditätssituation berichtet der Bereich Treasury vierzehntägig an den Gesamtvorstand. Der LBBW-Konzern verfügt über eine Notfallplanung für die Sicherung der Liquidität in Krisensituationen. Der in diesem Rahmen vorgesehene Krisenstab auf höchster Managementebene wurde bisher nicht einberufen.

Durch die Limitierung des Refinanzierungsbedarfs und konsequentes Management der Liquiditätsreserven vor Beginn der Liquiditätskrise war die LBBW in der Lage, die Refinanzierung des Sachsen LB-Konzerns zusätzlich zu übernehmen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die erwarteten Mittelzu- und -abflüsse gemäß interner Abbildung des Konzernrisikocontrollings dargestellt. Erwartete Zu- und Abflüsse werden, soweit Valuta- und/oder Fälligkeitstermine vertraglich nicht eindeutig fixiert sind, nach der Worst-Case-Methode erfasst, sodass der tatsächliche Refinanzierungsbedarf in der Tendenz überzeichnet wird.

Aktiva und Passiva gemäß vertraglich vereinbarten Zahlungsterminen.

Undiskontierte Cashflows gemäß IFRS-Basis 31. Dezember 2008

in Mio. EUR		bis 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 12 Monate	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre
Kapitalfälligkeiten	Mittelzuflüsse	66 949	30 093	61 800	131 909	142 581
	Mittelabflüsse	– 91 640	– 37 227	– 79 659	– 114 901	– 89 496
Zinszahlungen	Mittelzuflüsse	1 778	2 460	9 377	31 210	49 821
	Mittelabflüsse	– 1 481	– 2 068	– 8 528	– 24 373	– 23 431
Zahlungssaldo aus Zinsderivaten (netto)		– 2 234	– 313	970	– 1 563	– 3 724
Devisengeschäfte	Mittelzuflüsse	48 023	43 014	45 904	8 136	1 197
	Mittelabflüsse	– 47 661	– 42 637	– 45 247	– 8 167	– 1 213
Kontokorrentkredite, Ford. aus Interbankenkonten inkl. Guthaben bei Zentralnotenbanken						11 039
Spar- und Sichteinlagen, Verb. aus Interbankenkonten						– 23 801
Unwiderrufliche Kreditzusagen[1] und Avale						– 33 051

[1]) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Vorjahres-Vergleichswerte per 31. Dezember 2007: ohne Sachsen LB

in Mio. EUR		bis 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 12 Monate	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre
Kapitalfälligkeiten	Mittelzuflüsse	112 753	31 363	57 730	126 100	121 251
	Mittelabflüsse	– 123 981	– 56 930	– 62 900	– 105 584	– 77 779
Zinszahlungen	Mittelzuflüsse	1 607	2 564	9 369	30 827	46 938
	Mittelabflüsse	– 1 515	– 2 300	– 7 626	– 22 911	– 23 903
Zahlungssaldo aus Zinsderivaten (netto)		812	– 3 266	– 389	2 178	– 3 376
Devisengeschäfte	Mittelzuflüsse	56 738	46 419	33 620	5 095	1 188
	Mittelabflüsse	– 56 773	– 46 395	– 33 507	– 5 021	– 1 300
Kontokorrentkredite, Ford. aus Interbankenkonten inkl. Guthaben bei Zentralnotenbanken						7 451
Spar- und Sichteinlagen, Verb. aus Interbankenkonten						– 18 896
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale						– 29 665

Das bei der LBBW als Liquiditätsreserve im engeren Sinne bezeichnete, taggleich verfügbare freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken (EZB und FED) lag per 31. Dezember 2008 im Konzern bei 43,6 Mrd. EUR. Auf Sicht von 90 Tagen waren freie Sicherheiten im Volumen von 45,2 Mrd. EUR verfügbar. Unter Berücksichtigung der Spielräume in den Deckungsregistern ergibt sich, dass die Zahlungsfähigkeit der LBBW auch unter der Annahme, dass keinerlei unbesicherte Passivgeschäfte mehr am Markt getätigt oder prolongiert werden, über einen Zeitraum von ca. zehn Monaten gesichert ist.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Jahr 2008 jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl der LBBW lag per 31. Dezember 2008 bei 1,54 (2007: 1,45).

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken beziehen sich auf potenzielle Verluste beim Handel in wenig liquiden Finanzinstrumenten, beispielsweise beim Handel größerer Wertpapierbestände. Falls ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten, kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Ein Marktliquiditätsrisiko liegt auch in strukturierten Geschäften, beispielsweise in der Emission von Trigger-Zertifikaten, die bei Überschreiten einer bestimmten Marktschwelle den Kauf bzw. Verkauf von Sicherungspositionen auslösen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hoch liquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden. Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen, bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den risikopolitisch wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochtergesellschaften, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Verkehrswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen.

Insgesamt betrachtet hat das Beteiligungsportfolio der LBBW einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen unternehmenseigener Immobilien durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien, eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland.

Das wesentliche Risiko der LBBW in Bezug auf seine Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart.

Es wird die Strategie verfolgt, den Wohnungsbestand auf ein ertragsstarkes und langfristiges Zielportfolio zu konzentrieren. Dieses Zielportfolio beinhaltet eine Konzentration auf Objekte mit nachhaltiger Entwicklungsperspektive in prosperierenden Wirtschaftsräumen. Damit verbunden ist ein Rückzug aus der Fläche. Dadurch wird eine verbesserte Rendite-Risiko-Struktur mit einem höheren Total Return erzielt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Für 1A- und 1B-Lagen wird angestrebt, ökonomische Nutzungskonzepte für die LBBW zu finden und die Erdgeschossflächen mittelfristig einer renditestarken Handelsnutzung zuzuführen.

Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung überwacht und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Risikoportfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden in Bank und Konzern für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch umsichtig gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle quantifizierbaren Risikokategorien hinweg wird auch in der ökonomischen Sichtweise durchgeführt. Die Aggregation der Risiken als ökonomisches Kapital zeigt, dass die Risikotragfähigkeit der LBBW nur zum Teil durch Risiken in Anspruch genommen wird. Der weitere Teil dient als Puffer, unter anderem für nicht quantifizierbare Risiken, Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen oder strategischen Bedarf.

Im Laufe des Jahres 2008 zeigten sich ein deutlicher Anstieg der ökonomischen Kapitalbindung und ein starker Rückgang der Risikodeckungsmasse. Der Puffer wurde durch die Ergebnissituation weitgehend in Anspruch genommen. Die LBBW strebt eine Reduzierung dieser Inanspruchnahme durch eine Kapitalmaßnahme und durch die Reduktion von Risikopositionen im Kreditersatzgeschäft an.

LBBW-Konzern.

in Mio. EUR	31.12.2008		31.12.2007	
Risikotragfähigkeit	Absolut	Ausl.	Absolut	Ausl.
Risikodeckungsmasse	18 227	84 %	24 407	39 %
Oberstes ÖKap-Limit	15 700	97 %	11 600	81 %
Ökonomische Kapitalbindung	15 265		9 400	

Der separate Ausweis der Teilkonzerne wie im vergangenen Jahr entfällt durch die vollständige Integration der LRP.

Hintergründe für den Rückgang der Risikodeckungsmasse sind die Reduzierung des Nachrangkapitals durch Ausläufe, Marktwertverluste und Kreditausfälle sowie methodische Änderungen im Zuge der IFRS-Umstellung.

Der Anstieg der ökonomischen Kapitalbindung ergab sich vor allem aus der Integration der Sachsen LB, aus Verschlechterungen der Kreditnehmer-Ratings und aus Marktdatenänderungen (z. B. Spreads, Korrelationen, Volatilitäten).

Ziel der LBBW ist es, die Risikodeckungsmasse wieder nachhaltig zu stärken, was unter anderem durch Eigenkapitalaufnahme erreicht werden soll. Zudem soll die ökonomische Kapitalbindung sukzessive wieder auf das Niveau vor der Finanzmarktkrise zurückgeführt werden, unter anderem durch die Reduktion von Risikopositionen im Kreditersatzgeschäft. Wie schnell diese Ziele erreicht werden können wird maßgeblich von der Entwicklung der wichtigsten Marktparameter, möglicher Ausfälle und der Situation auf den Geld- und Kapitalmärkten abhängen.

Nachtragsbericht.

Eckpunkte zur Stärkung der Kapitalbasis beschlossen.

Aufgrund der geänderten Marktanforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der LBBW vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hat die Trägerversammlung der LBBW am 21. November 2008 Eckpunkte einer Eigenkapitalerhöhung für die LBBW im Umfang von 5 Mrd. EUR beschlossen. Diese soll nach Einbeziehung der Expertisen von Beratungsgesellschaften in Fragen der Risikosituation und der Geschäftsmodellausgestaltung im zweiten Quartal 2009 umgesetzt werden.

Außerdem wurde vereinbart, Garantien für neu begebene Schuldtitel oder sonstige Verbindlichkeiten in Abhängigkeit von der weiteren Marktentwicklung zu prüfen.

Die Gutachten der Beratungsgesellschaften wurden der Trägerversammlung und dem Verwaltungsrat des LBBW-Konzerns am 18. bzw. 19. Februar 2009 vorgestellt. Gegenstand war zum einen die Überprüfung und Weiterentwicklung des operativen Geschäftsmodells durch Roland Berger, zum anderen die Würdigung der Risikosituation der LBBW durch PricewaterhouseCoopers und Ernst & Young.

Die Expertise durch Roland Berger zeigt, dass das Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns stabil und ertragsorientiert ist. Empfohlen werden ein weiterer Ausbau im gehobenen Unternehmenskundengeschäft, mittelfristige Kostensenkungen von rund 150 Mio. EUR und der Abbau des Kreditersatzgeschäfts.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers stellt fest, dass die Risikostrategien der LBBW konsistent sind mit den Zielen und Planungen für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Bank. Das eingesetzte Instrumentarium sowie die organisatorische Ausgestaltung zur Steuerung und Überwachung der für die LBBW wesentlichen Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sind funktionsfähig und angemessen. Die Bewertung des Kreditersatzgeschäfts zum 31. Dezember 2008 ist sachgerecht, die Liquidität nach Stresstestberechnungen sichergestellt. Ernst & Young hat diese Einschätzungen bestätigt.

Die Eigenkapitalerhöhung wurde im März 2009 durch die Gremien der einzelnen Träger grundsätzlich beschlossen.

Gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2008 hat sich im Zuge einer weiteren Ausweitung der Finanzmarktkrise im Januar und Februar 2009 die Risikotragfähigkeitssituation nochmals verschärft. Ursache waren insbesondere die Risikoeffekte durch Ratingherabstufungen bei Unternehmenskunden und Verbriefungspositionen, das weiter gestiegene Marktpreisrisiko sowie die Ergebniswirkung der Spreadausweitungen vor allem bei Sovereigns.

Angesichts der anhaltenden Finanzmarktkrise und der Auswirkungen der Downgrading-Aktionen der Ratingagenturen haben die Träger der LBBW im März 2009 die Optionen für eine Risikoimmunisierung als zusätzliches Sicherheitsnetz für Teile der Portfolios der LBBW aus dem Kreditersatzgeschäft erörtert und den Vorstand beauftragt, die Optionen weiter zu spezifizieren.

Durch diese Maßnahme sollen die Auswirkungen massiver Markterschütterungen auf das Portfolio minimiert werden. Wertschwankungen der abgeschirmten Papiere schlagen dann nicht mehr auf das Ergebnis durch. Darüber hinaus führt die Risikoimmunisierung gemeinsam mit der Eigenkapitalerhöhung nach aufsichtsrechtlichen Vorschriften wie in der ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zu einer deutlichen Entlastung.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, bestehen nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 in Form der noch nicht überwundenen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Belastungen.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Aussichten für das Jahr 2009 sind düster. Die Kombination aus einer Banken- und Immobilienkrise machen den wirtschaftlichen Abschwung voraussichtlich zum schwersten seit dem 2. Weltkrieg. Eine ausgeprägte Rezession in den wichtigsten Volkswirtschaften und die globale Finanzkrise dürften das Wachstum der Weltwirtschaft nahezu zum Erliegen bringen. Die LBBW rechnet für das laufende Jahr nur noch mit einem globalen Wachstum von ca. 0,1 %. Damit wäre die IWF-Definition für eine Rezession der Weltwirtschaft (Wachstum < 3 %) erfüllt. Besorgniserregend ist vor allem, dass es bislang keine nachhaltigen Anzeichen für eine Trendwende gibt. Die wichtigsten Frühindikatoren in den großen Industriestaaten sind in der Nähe ihrer historischen Tiefstände. Für die Dauer und Schwere der Krise ist von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die in wichtigen Ländern erheblich ins Stocken geratene Kreditversorgung wieder in Gang zu bringen. Das rasche und entschlossene Eingreifen der Staaten zur Rekapitalisierung und Risikoabschirmung der Banken sowie die kräftigen Zinssenkungen der Federal Reserve, der Bank of Japan, der Schweizer Nationalbank, der Bank of England, der EZB und anderer – in einigen Fällen sogar bis auf 0 % – sprechen zwar für eine mittelfristig zu erwartende konjunkturelle Stabilisierung. Bislang gibt es allerdings noch keine belastbaren Hinweise, dass die konjunkturelle Talsohle bereits erreicht ist oder gar durchschritten wäre. In seinem Ausmaß dürfte der Abschwung jedoch durch die zahlreichen und großvolumigen Konjunkturprogramme der Regierungen weltweit gedämpft werden. Alleine in den USA dürften sich die Konjunkturhilfen auf rund 1 Billion US-Dollar belaufen. In Deutschland werden es per saldo 86 Mrd. EUR sein.

Für den Euroraum rechnet die LBBW mit einem Rückgang des BIP von 3,5 %. Unter der Krise dürften vor allem die Investitionen sowie der Außenhandel leiden. Deutschland wird nach Einschätzung der LBBW aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit sogar noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. Das deutsche BIP dürfte 2009 um 4,5 % schrumpfen. Die USA werden ebenfalls keine spürbare Belebung erfahren. Ungeachtet der angekündigten massiven Steigerung der Staatsausgaben wird das Bruttoinlandsprodukt der USA voraussichtlich um 2 % zurückgehen.

Inflationsgefahren, die noch Mitte 2008 die Märkte beschäftigt haben, sind mit der Verschärfung der Rezession und dem starken Rückgang der Ölpreise seit dem Sommer 2008 Deflationsängsten gewichen. Die Inflationsrate dürfte nach Ansicht der LBBW 2009 in Deutschland bei 0,6 % liegen gegenüber 2,6 % in 2008 (nationaler Verbraucherpreisindex). In der Eurozone rechnet die LBBW für 2009 mit einer Inflationsrate von 0,6 % nach 3,3 % im Vorjahr (Harmonisierter Verbraucherpreisindex). In den USA dürfte die Inflationsrate aufgrund des massiven Benzinspreisrückgangs und der damit verbundenen Basiseffekte gar von 3,8 % in 2008 auf 0,0 % in 2009 fallen. Vor diesem Hintergrund dürfte 2009 eher ein Jahr der Deflationsdebatte sein. Ein lang anhaltender Rückgang der Verbraucherpreise auf breiter Front wie er in Japan in den 90er-Jahren zu beobachten war, ist demgegenüber weder in den USA noch im Euroraum wahrscheinlich. Vielmehr überwiegen angesichts der weltweit sehr expansiven Geldpolitik in Verbindung mit der rasant wachsenden Staatsverschuldung mittel- bis langfristig die Inflationsrisiken, die sich jedoch erst mit dem Wiederanspringen des Kreditvergabeprozesses materialisieren dürften.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Der weltweite Wirtschaftsabschwung und die nach wie vor erschütterten Finanzmärkte lassen für die Kreditwirtschaft erneut ein herausforderndes Geschäftsjahr erwarten. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass sich der bereits im Vorjahr begonnene Prozess der Redimensionierung von Kapazitäten und Risikopositionen auch in 2009 fortsetzt.

Durch die negative konjunkturelle Entwicklung ist zudem damit zu rechnen, dass die Belastungen für die Branche aus dem Unternehmenssektor zunehmen; umfassende Veränderungen der schwierigen Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten sind dagegen noch nicht in Sicht. Eine weitere Herausforderung besteht möglicherweise darin, dass das klassische Kundengeschäft zunehmend an Bedeutung gewinnt und sich der Wettbewerb unter den Banken damit tendenziell verschärft. Konsolidierungen und der mögliche Rückzug von Auslandsbanken können diesen generellen Trend in den einzelnen Märkten allerdings begrenzen.

Refinanzierung und Kapitalisierung werden auch 2009 entscheidende Wettbewerbsfaktoren in der Finanzbranche bleiben. Von den staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte dürften dabei insgesamt positive Wirkungen ausgehen.

Strategische Ausrichtung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Die negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten, die vor allem durch die Insolvenz von Lehman Brothers und den isländischen Banken seit Mitte September 2008 verschärft wurden, haben auch im Ergebnis des LBBW-Konzerns deutliche Spuren hinterlassen. Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen und der erwarteten konjunkturellen Entwicklung ist damit zu rechnen, dass auch das Jahr 2009 insbesondere durch den durch die Finanzmarktkrise ausgelösten realwirtschaftlichen Abschwung geprägt sein wird. Diesem Trend wird sich die LBBW ebenfalls nicht vollständig entziehen können. Bei weiterem Anhalten der Verwerfungen auf den Finanzmärkten sind entsprechende Belastungen des LBBW-Konzerns nicht auszuschließen.

Im operativen Geschäft erwartet die LBBW auch zukünftig ein Wachstum bei den Erträgen. Die strategische Entwicklung des LBBW-Konzerns fokussiert sich in allen drei operativen Segmenten auf den weiteren Ausbau des Kundengeschäfts. Hierzu werden insbesondere die Etablierung der neuen regionalen Kundenbanken Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank sowie die Zusammenarbeit mit den Sparkassen mit Nachdruck verfolgt. Detaillierte Erläuterungen zu den operativen Segmenten und deren Entwicklungen können den folgenden Abschnitten entnommen werden. Eine konsequente Rückführung erfolgt dagegen im Kreditersatzgeschäft des LBBW-Konzerns. Die Synergien aus der vollständigen Integration der LRP und der Sachsen LB werden ab 2009 Wirkung zeigen. Darüber hinaus werden die im Vorjahr gestarteten Kosten-Optimierungsprojekte stringent umgesetzt und neue Initiativen zur Steigerung der Effizienz ergriffen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten in 2008 – im Vergleich zu den Vorjahren – zu einer deutlich erhöhten Kreditrisikovorsorge. Auch für das Jahr 2009 rechnet die LBBW mit einer über dem Durchschnitt liegenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Aufgrund der umsichtigen Liquiditätsdisposition war der LBBW-Konzern in dem krisenhaften Jahr 2008 zu keinem Zeitpunkt gezwungen, für die Refinanzierung auf die Liquiditätsreserven zurückzugreifen – sie wurden lediglich zu Feinsteuerungszwecken genutzt. An dem Grundsatz der liquiditätsneutralen Refinanzierung wird auch in Zukunft festgehalten. Zur Sicherstellung einer adäquaten – und im derzeitigen Wettbewerbsumfeld auch erwarteten – Eigenkapitalausstattung haben die Träger der LBBW im November 2008 Eckpunkte zur Erhöhung des Eigenkapitals festgelegt. Zwischenzeitlich haben auch die Gremien der Träger die Eigenkapitalerhöhung beschlossen. Geplant ist eine Erhöhung von 5 Mrd. EUR. Darüber hinaus ist eine weitgehende Abschirmung des strukturierten Portfolios durch Garantien vorgesehen.

Insgesamt hat sich das kundenorientierte Geschäftsmodell der LBBW, trotz erschwerter Bedingungen aufgrund der Finanzmarktkrise, als tragend erwiesen. Somit kann die LBBW mit der Fokussierung auf ihre Wachstumsfelder wie das Mittelstandsgeschäft, das Geschäft mit gehobenen Privatkunden sowie das Kundengeschäft in Financial Markets gestärkt aus der Krise hervorgehen. Eine konservative Risikopolitik und eine ausgeglichene und umsichtige Refinanzierungspolitik werden bei all dem weiterhin den Rahmen setzen. Trotz dieses Vorgehens ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass weitere materielle Verschärfungen der Finanzmarktkrise einhergehend mit einer Ausweitung der Rezession zukünftig negative Auswirkungen auf die LBBW haben würden. Diese könnten zum Beispiel mit einer steigenden Kreditrisikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft, erhöhten Risiken aus dem Verbriefungsportfolio oder einem deutlichen Anstieg in den Marktpreisrisiken aufgrund von Spreadausweitungen insbesondere im Kreditersatzgeschäft einhergehen.

Im **Kundengeschäft** der LBBW stehen zukünftig in erster Linie der Ausbau des Private Bankings/ Wealth Managements, des Unternehmenskundengeschäfts und die entsprechenden kapitalmarkt-orientierten Aktivitäten im Vordergrund. Die voraussichtliche Entwicklung der operativen Segmente im Einzelnen:

Im Segment **Corporates** wird sich der Wirtschaftsabschwung in einer höheren Kreditrisikovorsorge niederschlagen. Allerdings erlebt die enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen Kunde und Bank wieder eine Renaissance, sodass für das von der LBBW und den Sparkassen verfolgte Hausbank-modell in diesem Umfeld auch Chancen bestehen. Als verlässlicher Partner des Mittelstands mit umfassender Produktexpertise und nachgewiesen hoher Kundenzufriedenheit werden sich auch unter konjunkturell schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin Wachstumsopportunitäten ergeben. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Konsolidierungen im Bereich der Wettbewerber fortsetzen bzw. sich ausländische Wettbewerber wieder zunehmend auf ihre Heimatmärkte konzentrieren.

Im Segment **Retail Clients** ist insgesamt mit einer anhaltend hohen Wettbewerbsintensität zu rechnen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Margen. Auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden konjunkturellen Schwächephase sind jedoch die Kerngeschäftsgebiete Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen im Privatkundengeschäft des LBBW-Konzerns weiterhin als überdurchschnittlich attraktiv einzustufen. Im Rahmen des schwerpunktmäßigen Ausbaus von Leistungen insbesondere für Private Banking Kunden sowie Wealth Management Kunden verfolgt der LBBW-Konzern auch hier Felder mit attraktiven Wachstumschancen.

Im Segment **Financial Markets** hat die Finanzmarktkrise, die durch extremste Verwerfungen an den Kapitalmärkten gekennzeichnet war, zwar in Teilportfolios zu Verlusten geführt. In 2008 konnte jedoch durch die konsequente Ausrichtung auf das Kundengeschäft insgesamt ein gutes Ergebnis erzielt werden. Eine weitere Zunahme der operativen Erträge erwartet die LBBW aufgrund des Ausbaus der regionalen Kundenbindungen sowie der Beibehaltung der starken Wettbewerbsposition in klassischen Kapitalmarktprodukten. Gleichzeitig werden die Salesaktivitäten sowie das Asset Management Consulting mit regionalen Schwerpunkten kontinuierlich ausgebaut. Mit dieser konsequenten Ausrichtung auf das kapitalmarktorientierte Kundengeschäft sieht sich die LBBW gut aufgestellt und erwartet eine weitere positive Ergebnisentwicklung in 2009.

Die Partnerschaft mit den **Sparkassen** wird von der weiteren Intensivierung des Leistungsverbunds sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung getragen sein.

Im Einklang mit dem branchenweit anhaltenden Trend zur Konsolidierung wird auch im Landesbankensektor über eine weitere Bündelung der Kräfte gesprochen. Nach der erfolgreich realisierten vollständigen Integration von Landesbank Rheinland-Pfalz und Sachsen LB im Jahr 2008 und deren Neuausrichtung als regionale Kundenbanken steht die LBBW dieser Diskussion unter den von ihren Trägern formulierten Bedingungen offen gegenüber. Diese Bedingungen betreffen insbesondere die Abschirmung von Altlasten durch die jeweiligen bisherigen Träger sowie die Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells einer fusionierten Bank. Bis auf Weiteres wird der LBBW-Konzern dessen ungeachtet seinen eigenen eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen.

Konzern-abschluss.

Gewinn- und Verlustrechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008.

	Notes	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR	1.1.–31.12.2007* Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Zinserträge	26	33 453	28 706	4 747	16,5 %
Zinsaufwendungen	26	–31 105	–26 561	–4 544	17,1 %
Zinsergebnis	26	2 348	2 145	203	9,5 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	–903	–186	–717	>100 %
Zinsergebnis nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		**1 445**	**1 959**	**–514**	**–26,2 %**
Provisionserträge	28	730	721	9	1,2 %
Provisionsaufwendungen	28	–181	–137	–44	32,1 %
Provisionsergebnis	28	549	584	–35	–6,0 %
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	29	–25	–24	–1	4,2 %
Handelsergebnis	30	–1 386	–602	–784	>100 %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	31	–646	–30	–616	>100 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	32	–982	–118	–864	>100 %
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	33	16	10	6	60,0 %
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	34	250	134	116	86,6 %
Verwaltungsaufwendungen	35	–1 789	–1 646	–143	8,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	36	111	79	32	40,5 %
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		–3	–1	–2	>100 %
Operatives Ergebnis		**–2 460**	**345**	**–2 805**	**–**
Restrukturierungsaufwendungen	37	–109	–10	–99	>100 %
Konzernergebnis vor Steuern		**–2 569**	**335**	**–2 904**	**–**
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	38	514	–9	523	–
Konzernjahresfehlbetrag (–)/Konzernjahresüberschuss (+)		**–2 055**	**326**	**–2 381**	**–**
Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern		–24	8	–32	–
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		–2 031	318	–2 349	–
Konzernjahresfehlbetrag (–)/Konzernjahresüberschuss (+)		**–2 055**	**326**	**–2 381**	**–**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Konzernbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz zum 31. Dezember 2008.

Aktiva	Notes	31.12.2008 Mio. EUR	31.12.2007* Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Barreserve	7, 41	3 480	1 477	2 003	>100 %
Forderungen an Kreditinstitute	8, 16, 42	120 404	143 643	– 23 239	– 16,2 %
Forderungen an Kunden	8, 16, 43	149 942	146 408	3 534	2,4 %
Risikovorsorge	11, 44	– 2 545	– 1 966	– 579	29,5 %
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 45	3 340	5 002	– 1 662	– 33,2 %
Handelsaktiva	8, 46	63 146	51 096	12 050	23,6 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	8, 46	8 426	5 777	2 649	45,9 %
Finanzanlagen	8, 46	93 457	87 178	6 279	7,2 %
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	4, 5, 47	401	186	215	>100 %
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	8	237	– 396	633	–
Immaterielle Vermögenswerte	13, 48	1 175	113	1 062	>100 %
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	14, 49	1 784	1 636	148	9,0 %
Sachanlagen	15, 16, 50	922	768	154	20,1 %
Laufende Ertragsteueransprüche	17, 51	803	684	119	17,4 %
Latente Ertragsteueransprüche	17, 51	1 535	401	1 134	>100 %
Sonstige Aktiva	18, 52	1 425	1 393	32	2,3 %
davon Vorräte	19, 52	1 206	871	335	38,5 %
Summe der Aktiva		**447 932**	**443 400**	**4 532**	**1,0 %**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Passiva	Notes	31.12.2008 Mio. EUR	31.12.2007* Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8, 53	140 206	157 446	-17 240	-10,9 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8, 16, 54	103 232	96 451	6 781	7,0 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	8, 55	122 320	126 874	-4 554	-3,6 %
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8, 56	4 634	5 501	-867	-15,8 %
Handelspassiva	8, 57	39 989	15 276	24 713	>100%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	8, 57	15 357	17 220	-1 863	-10,8 %
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	8	680	-476	1 156	-
Rückstellungen	20, 58	1 980	1 688	292	17,3 %
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	17, 59	398	318	80	25,2 %
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 59	188	264	-76	-28,8 %
Sonstige Passiva	18, 60	656	940	-284	-30,2 %
Nachrangkapital	21, 61	12 175	11 465	710	6,2 %
Eigenkapital	**22, 62**	**6 117**	**10 433**	**-4 316**	**-41,4 %**
Stammkapital	22, 62	1 420	1 420	0	0,0 %
Kapitalrücklage	22, 62	3 074	3 074	0	0,0 %
Gewinnrücklage	22, 62	5 064	4 856	208	4,3 %
Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	22, 62	-1 449	644	-2 093	-
Bilanzgewinn	22, 62	-2 031	318	-2 349	-
Anteile in Fremdbesitz	22, 62	39	121	-82	-67,8 %
Summe der Passiva		**447 932**	**443 400**	**4 532**	**1,0 %**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008.

		Zurechenbar den		Gesamt	Zurechenbar den		Gesamt
Mio. EUR	Notes	Anteilseignern 1.1.–31.12.2008	fremden Gesellschaftern 1.1.–31.12.2008	1.1.–31.12.2008	Anteilseignern 1.1.–31.12.2007*	fremden Gesellschaftern 1.1.–31.12.2007*	1.1.–31.12.2007*
Gewinnrücklage							
Versicherungsmathematische Verluste (–)/Gewinne (+)	20, 58	–75	0	–75	147	0	147
Auswirkung der Obergrenze IAS 19.58 (b)	20, 58	6	0	6	–18	0	–18
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse							
Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von Finanzinstrumenten AfS	32, 45, 62						
aus im Eigenkapital erfassten Änderungen		–2 145	–4	–2 149	–270	–11	–281
aus in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen		321	0	321	–49	0	–49
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow-Hedges	62						
aus im Eigenkapital erfassten Änderungen		15	0	15	–1	0	–1
Währungsumrechnungsdifferenzen	62	–10	0	–10	–6	0	–6
Veränderung aus at Equity bilanzierten Unternehmen	47, 62	–35	0	–35	–17	0	–17
Im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		**–1 923**	**–4**	**–1 927**	**–214**	**–11**	**–225**
Konzernjahresfehlbetrag (–)/ Konzernjahresüberschuss (+)		**–2 031**	**–24**	**–2 055**	**318**	**8**	**326**
Erfasste Erträge und Aufwendungen	**62**	**–3 954**	**–28**	**–3 982**	**104**	**–3**	**101**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in der Notesangabe 62 erläutert.

Kapitalflussrechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008.

	Notes	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR	1.1.–31.12.2007* Mio. EUR
Ergebnis Anteilseigner nach Steuern		–2031	318
Im Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		2012	442
Zunahme der Rückstellungen		226	142
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen		132	1527
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		–9	–117
Sonstige Anpassungen		–2263	–2107
		–1933	205
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		40728	7011
Forderungen an Kunden		13406	–25534
Zum Fair Value bewertete finanzielle Forderungen		–24165	–11298
Finanzanlagen (ohne Beteiligungen)		14.162	4239
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		–198	–904
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		–53937	14620
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		–503	11005
Verbriefte Verbindlichkeiten		–20858	–303
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		36057	–2161
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		–1558	194
Erhaltene Zinsen und Dividenden		30903	29865
Gezahlte Zinsen		–27593	–26865
Ertragsteuerzahlungen		–45	–328
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	72	**4466**	**–254**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Kapitalflussrechnung

des Konzerns der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008.

	Notes	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR	1.1.–31.12.2007* Mio. EUR
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		75	220
Sachanlagen		11	22
Immateriellen Vermögenswerten		2	0
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		–506	–297
Sachanlagen		–171	–84
Immateriellen Vermögenswerten		–131	–51
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen		–555	–30
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**72**	**–1 275**	**–220**
Dividendenzahlungen	62	–93	–89
Sonstige Auszahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital		–1 135	462
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**72**	**–1 228**	**373**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		**1 477**	**1 578**
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		4 466	–254
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		–1 275	–220
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		–1 228	373
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		40	0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**41, 72**	**3 480**	**1 477**

* angepasste Vergleichswerte siehe Note 3

Die Kapitalflussrechnung wird in der Notesangabe 72 erläutert.

Konzernanhang (Notes)

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Geschäft und Organisation.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart (Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart, Deutschland), Karlsruhe (Ludwig-Erhard-Allee 4, 76131 Karlsruhe, Deutschland), Mannheim (Augustaanlage 33, 68165 Mannheim, Deutschland) und Mainz (Große Bleiche 54–56, 55116 Mainz, Deutschland). Der LBBW-Konzern betreibt das Kapitalmarktgeschäft in seiner Bandbreite von der Bilanz- und Portfolioberatung über die Entwicklung von Finanzmarktprodukten bis hin zu Trading und Sales am internationalen Kapitalmarkt und stellt Dienstleistungen im internationalen Geschäft zur Verfügung. Die LBBW als Mutterunternehmen des Konzerns betreut die regionalen, überregionalen und internationalen Unternehmenskunden des Konzerns, institutionelle Kunden, Einrichtungen der öffentlichen Hand sowie Privatkunden mit der umfangreichen Leistungspalette eines modernen Finanzdienstleistungsunternehmens. Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt stellt ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen dar.
Der Konzernabschluss wurde am 24. April 2009 durch den Verwaltungsrat der Landesbank Baden-Württemberg zur Veröffentlichung freigegeben. Die Anteilseigner der LBBW haben die Möglichkeit, den Abschluss gegebenenfalls nach der Veröffentlichung zu ändern.

Grundlagen der Konzernrechnungslegung.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2008 erfolgte in Übereinstimmung mit international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS) beziehungsweise den International Accounting Standards (IAS), und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften. Maßgeblich sind grundsätzlich diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren, sowie deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beziehungsweise das Standing Interpretations Committee (SIC).
Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des Konzerns, die Konzernbilanz, die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen des Konzerns, die Kapitalflussrechnung des Konzerns und den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung des Konzerns erfolgt in Note 25.
Mit der Verabschiedung des DRS 3 durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) und dessen Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 31. August 2005 wurden die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) dahingehend geändert, dass diese grundsätzlich nicht anzuwenden sind, wenn der Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Sinne des § 315a HGB aufgestellt wird. Ausgenommen von dieser Regelung sind DRS 15 Lagebericht und die ergänzenden DRS 5 beziehungsweise 5–10 Risikobericht. Der Konzernlagebericht einschließlich des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) gemäß § 315 HGB

ist innerhalb des Geschäftsberichts abgedruckt. Der Risikobericht enthält die durch IFRS 7.31 ff. geforderten Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten.
Eine Übersicht zu den angewandten Standards und Interpretationen ist in Note 2 »Angewandte Vorschriften« aufgeführt. Standards und Interpretationen, die erst ab dem 1. Januar 2009 oder später anzuwenden sind (IFRS 8 »Operative Segmente«, Änderungen in IAS 1 »Darstellung des Abschlusses«; Änderungen in IAS 32 »Finanzinstrumente: Darstellung«; Änderungen in IAS 27 »Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS«; Änderungen in IFRS 3 »Unternehmenszusammenschlüsse«; Jährliche Verbesserungen an den IFRS, IFRIC 15, IFRIC 16 sowie IFRIC 17), wurden nicht berücksichtigt.

- Die Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 (endorsed am 21. November 2007) folgt im Gegensatz zu der Segmentberichterstattung nach IAS 14 dem »Management Approach«. Dies bedeutet, dass intern verwendete und extern veröffentlichte Segmentinformationen konsistent sein müssen. Nach IFRS 8 werden zukünftig interne Berichte, die dem Management beziehungsweise dem Chief Operating Decision Maker zur Entscheidungsfindung und Leistungsbeurteilung von Unternehmensteilen dienen, als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente verwendet. In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind.
- Die Änderungen des IAS 1 (endorsed am 17. Dezember 2008) werden insbesondere Auswirkungen auf die Darstellung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen haben. Sofern eine Bilanzierungsmethode retrospektiv angewendet wurde, die Korrektur eines Bilanzpostens retrospektiv vorzunehmen war oder zum Bilanzstichtag ein Bilanzposten reklassifiziert wurde, wird für die Bilanz eine weitere Vergleichsperiode anzugeben sein. Weiterhin hat die Neuerung Auswirkung auf die Darstellungstiefe des Eigenkapitalspiegels.
- Der überarbeitete Standard IAS 32 (endorsed am 21. Januar 2009) ist erstmals für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Er beinhaltet Neuregelungen zur Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital, insbesondere unter welchen Umständen kündbare Finanzinstrumente und Verpflichtungen, die nur aus Liquidation des Emittenten entstehen, als Eigenkapitalinstrumente behandelt werden müssen. Aus den Änderungen werden grundsätzlich keine Auswirkungen auf die Darstellung und den Ausweis von Finanzinstrumenten erwartet.
- Der geänderte Standard IAS 27 wurde im Januar 2008 veröffentlicht. Die vorgenommenen Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen betreffen primär die Bilanzierung von Minderheitsanteilen, die künftig in voller Höhe an den Verlusten des Konzerns beteiligt werden können, und von Transaktionen, die zum Beherrschungsverlust bei einem Tochterunternehmen führen und deren Auswirkungen erfolgswirksam zu behandeln sind. Auswirkungen von Anteilsveräußerungen, die nicht zum Verlust der Beherrschung führen, sind demgegenüber erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen. Die Übergangsbestimmungen, die grundsätzlich eine retrospektive Anwendung vorgenommener Änderungen fordern, sehen für die oben aufgelisteten Sachverhalte eine prospektive Anwendung vor. Für Vermögenswerte und Schulden, die aus solchen Transaktionen vor dem Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des neuen Standards resultieren, ergeben sich daher keine Änderungen.
- Der geänderte Standard IFRS 3 wurde im Januar 2008 veröffentlicht und ist erstmals für die Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die wesentlichen Änderungen betreffen insbesondere die Einführung eines Wahlrechts bei der Bewertung von Minderheitsanteilen zwischen der Erfassung mit dem anteiligen identifizierbaren Nettovermögen und der sogenannten Full-Goodwill-Methode, wonach der gesamte, auch auf die Minderheitsgesellschafter entfallende Teil des Geschäfts- oder Firmenwertes des erworbenen Unternehmens zu erfassen ist. Weiterhin sind die erfolgswirksame Neubewertung bereits bestehender Beteiligungsanteile bei erstmaliger Erlangung der Beherrschung, die zwingende Berücksichtigung einer Gegenleistung, die an das Eintreten künftiger Ereignisse geknüpft ist, zum Erwerbszeitpunkt sowie die ergebniswirksame Behandlung von Transaktionskosten hervorzuheben. Die Übergangsbestimmungen sehen eine prospektive Anwendung der Neuregelung vor. Für Vermögenswerte und Schulden, die aus Unternehmenszusammenschlüssen vor der erstmaligen Anwendung des neuen Standards resultieren, ergeben sich keine Änderungen.
- Die jährlichen Verbesserungen an den IFRS 2008 (endorsed am 23. Januar 2009) enthalten einen Teil mit Änderungen zu Bilanzierungsmethoden und einen zweiten Teil mit redaktionellen sowie begrifflichen Änderungen. Es werden derzeitig die möglichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss untersucht.

- Die im Juli 2008 veröffentlichte Interpretation IFRIC 15 »Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien« definiert Kriterien für eine Bilanzierung von Umsatzerlösen entweder nach IAS 11 oder nach IAS 18 und stellt die Definition von Fertigungsaufträgen für Unternehmen klar, die Immobilien errichten und diese vor Fertigstellung veräußern. Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch Anwendung der ab 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Interpretation werden derzeit noch überprüft.
- Der im Juli 2008 veröffentlichte IFRIC 16 »Absicherungen einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb« bietet eine Anleitung, welche Risiken sich in Verbindung mit fremden Währungen als Absicherung qualifizieren sowie welche Beträge als Absicherung bestimmt werden können, wo innerhalb einer Gruppe solche Absicherungsinstrumente gehalten werden können, und welcher Betrag in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen wird, falls die ausländische Geschäftseinheit veräußert wird. Es werden keine Auswirkungen auf den Konzerabschluss aus der Anwendung des zum 1. Januar 2009 in Kraft tretenden IFRIC 16 erwartet.
- Die Interpretation IFRIC 17 »Sachausschüttungen an Eigentümer«, veröffentlicht im November 2008 und ab dem 1. Juli 2009 in Kraft tretend, betrifft den Ansatz und die Bewertung von Verbindlichkeiten aus Ausschüttungen in Form von Sachdividenden. Da es derzeit keine solchen Transaktionen gibt, hat die Anwendung dieser Interpretation keine Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns.

Die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Regel auf Mio. EUR, die Prozentzahlen mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Der Konzernabschluss wird auf Basis der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AfS), die derivativen Finanzinstrumente und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet. Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden mit der Effektivzinsmethode oder, falls zweckmäßig, mit einer Methode abgegrenzt, die eine angemessene Annäherung zur Berechnung mit der Effektivzinsmethode darstellt. Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden seit 1. Januar 2008 aktiviert.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Alle vollkonsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2008 aufgestellt.

Im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS sind Schätzungen und Beurteilungen, beziehungsweise Annahmen erforderlich. Die bestmöglichen Schätzungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard. Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, sowie die Bilanzierung und Bewertung von latenten Steuern und Rückstellungen. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich der Cashflows von Zweckgesellschaften vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Beurteilungen beziehungsweise Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

2. Angewandte Vorschriften.

Der Konzernabschluss der LBBW zum 31. Dezember 2008 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept (Framework) und auf folgenden für den LBBW-Konzern wesentlichen IAS und IFRS sowie Interpretationen des SIC beziehungsweise IFRIC:

IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 11	Fertigungsaufträge
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 14	Segmentberichterstattung
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23 überarbeitet	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung einschließlich der Bestimmungen über die Verwendung der »Fair-Value-Option«
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderung
IFRIC 14	Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung

3. Ausweisänderungen, Änderungen nach IAS 8.

Der Effekt und die Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethode aufgrund der vorzeitigen Anwendung von IAS 23 (überarbeitet 2007) wird in Note 19 näher erläutert.
Zur Auswirkung der Anwendung der im Berichtsjahr erfolgten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 »Reclassification of Financial Assets« wird auf die Erläuterungen in Note 8 Finanzinstrumente (IAS 39) verwiesen.
Das Credit-Investment-Geschäft wird zusammen mit den strategischen Anlagen seit Jahresbeginn 2008 als eigenes Geschäftsfeld geführt und separat im Segmentbericht ausgewiesen. Weitere Ausführungen finden sich unter Note 25.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 wird ein separater Posten für Restrukturierungsaufwendungen ausgewiesen, um die Bestandteile der Aufwendungen differenzierter darzustellen. Im Geschäftsjahr 2007 waren die Restrukturierungsaufwendungen im »Sonstigen betrieblichen Ergebnis« enthalten. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.
Im Geschäftsjahr 2008 wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte angepasst:

- Die LBBW hat im Vorjahr strukturierte Wertpapiere in Höhe von 405 Mio. EUR, die gemäß ihrer Bilanzierungsrichtlinie der Fair-Value-Option zuzuordnen sind, der Kategorie AfS zugeordnet. Hieraus ergeben sich höhere Aufwendungen in der GuV von 6 Mio. EUR und eine Verbesserung der Neubewertungsrücklage um den gleichen Betrag.
- Zum Jahresultimo 2007 waren innerhalb der Handelsaktiva Bewertungsanpassungen für bestimmte kurzlaufende Fremdwährungs-OTC-Zinsderivate in Höhe von –34 Mio. EUR notwendig.
- Die in 2007 erfolgten Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit wurden um 4 Mio. EUR vermindert, da in Einzelfällen im versicherungsmathematischen Gutachten doppelte Gehälter als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Rückstellungshöhe zum 31. Dezember 2007 berücksichtigt wurden.
- Umgliederungen von 6 Mio. EUR aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinnrücklage aus IFRS-Erstanwendung betreffen den Vortrag zum 1. Januar 2006 aufgrund einer konzerneinheitlichen Bewertung. Dies führt in der Folge zur Verbesserung des Finanzanlageergebnisses um diesen Betrag.
- Die Anpassung der Anteile in Fremdbesitz zulasten des Eigenkapitals der Anteilseigner beträgt –2 Mio. EUR. In 2007 wurde bei der Ermittlung der Anteilsquoten einer Tochtergesellschaft auf das Kapital anstatt auf die gehaltenen Anteile abgestellt.

- Durch die Änderung der Ermittlungsmethode wurde im Geschäftsjahr 2007 eine Korrektur in der Zwischenergebniseliminierung von 18 Mio. EUR im Zinsergebnis erforderlich. Gemäß IAS 8.43 unterbleibt eine Korrektur der Ermittlungsmethode für die Berichtsperiode vor dem Geschäftsjahr 2007, da diese undurchführbar ist. Angepasst wurde in diesem Zusammenhang mit – 4 Mio. EUR bei den Forderungen an Kunden ein Erfassungsfehler aus dem Geschäftsjahr 2006.

- Die Verminderung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen um 23 Mio. EUR für das Geschäftsjahr 2007 erfolgte aufgrund von Korrekturen bei Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz sowie aus einer Änderung der Berechnungsgrundlage hinsichtlich der Verwendung des korrekten latenten Steuersatzes. Weitere 10 Mio. EUR stammen aus den Bewertungsanpassungen der Handelsaktiva und Zuführungsminderung der Rückstellungen für Altersteilzeit. In den 27 Mio. EUR Anpassungen Ertragsteuern in der GuV sind zusätzlich die Effekte der latenten Ertragsteueransprüche von 5 Mio. EUR aus der geänderten Ermittlungsmethode enthalten.

Durch die Korrekturen änderten sich folgende Posten der Bilanz inklusive Eigenkapitalentwicklung sowie Ergebnispositionen:

Bilanz zum 31. Dezember 2007.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Forderungen an Kunden	146 394	14	146 408
Handelsaktiva	51 130	– 34	51 096
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	5 372	405	5 777
Finanzanlagen	87 583	– 405	87 178
Latente Ertragsteueransprüche	405	– 4	401
	290 884	**– 24**	**290 860**
Rückstellungen	1 692	– 4	1 688
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	297	– 33	264
Eigenkapital, Gewinnrücklage	4 850	6	4 856
Eigenkapital, Direkt im Eigenkapital erfasste kumulierte Ergebnisse	650	– 6	644
Eigenkapital, Bilanzgewinn	303	15	318
Eigenkapital, Anteile in Fremdbesitz	123	– 2	121
	7 915	**– 24**	**7 891**

Gewinn- und Verlustrechnung 2007.

Mio. EUR	veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	angepasster Konzernabschluss
Zinsergebnis	2 127	18	2 145
Handelsergebnis	– 568	– 34	– 602
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	– 24	-6	– 30
Ergebnis aus Finanzanlagen	– 124	6	– 118
Verwaltungsaufwendungen	– 1 650	4	– 1 646
Ertragsteuern	– 36	27	– 9
Konzernjahresüberschuss	311	15	326
Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern	**8**	**0**	**8**
Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern	**303**	**15**	**318**

Die geänderte Methode bei der Ermittlung der Zwischenergebnisse gemäß IAS 8.39 (Schätzungsänderung) hat für das Geschäftsjahr 2008 Auswirkungen in Höhe von 19 Mio. EUR auf das Zinsergebnis.

Notes.

In den Notesangaben »Fair Value von Finanzinstrumenten« und »Buchwertüberleitung auf IAS 39-Kategorien« wurden für 2007 54 Mio. EUR von den Finanzanlagen AfS in die Finanzanlagen Loans and Receivables (LaR) umgegliedert. Es handelt sich hierbei um stille Beteiligungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet sind.
Eine Umgliederung von 2 684 Mio. EUR bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus dem Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« in das Laufzeitband »3 Monate bis zu 1 Jahr« wurde für 2007 in der Notesangabe »Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten« durchgeführt.
In der Note »Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte« wurden die Vorjahreswerte aufgrund einer veränderten Datenbasis angepasst, um eine Vergleichbarkeit herzustellen.
Für die Notesangaben »Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen« ergab sich eine Veränderung des Kreises der mittelbaren nahe stehenden Unternehmen und Personen aufgrund einer Konkretisierung von Fachdefinitionen. Darüber hinaus wurden Vorjahresangaben entsprechend der detaillierteren Erläuterung einzelner Posten untergliedert, um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen.

4. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW als oberstes Mutterunternehmen – 28 Tochterunternehmen (Vorjahr 12 Tochterunternehmen) und zwei Teilkonzerne (Vorjahr vier Teilkonzerne) sowie 23 Zweckgesellschaften (Vorjahr sieben Zweckgesellschaften) einbezogen.
Tochtergesellschaften sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschungsmöglichkeiten bestehen, wenn das Mutterunternehmen direkt oder indirekt über die Mehrheit der Stimmrechte an dem Unternehmen verfügt oder faktische Einflussmöglichkeiten besitzt.
Eine Beherrschung von Unternehmen, an denen die LBBW weniger als 50 % der Anteile hält, betrifft im Wesentlichen Zweckgesellschaften. Eine Beherrschung solcher Einheiten wird dann angenommen, wenn eines der folgenden wesentlichen Kriterien erfüllt sind: Die Aktivitäten der Zweckgesellschaft werden zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt, sodass der LBBW-Konzern hieraus Nutzen zieht. Es besteht eine Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens und es wird die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit einer Zweckgesellschaft gezogen. Es wurde eine Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behalten, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen. Die Gründung von Zweckgesellschaften wird von der LBBW unterstützt, um Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder die Vornahme von gemeinsamen Investitionen in alternative Vermögensanlagen sowie die Verbriefung von Vermögenswerten und den Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten zu ermöglichen.
Die folgenden Tochterunternehmen wurden in 2008 erstmalig konsolidiert:
Aus dem Erwerb der ehemaligen Sachsen LB:

- CFH Beteiligungsgesellschaft mbH
- LBBW Dublin Management GmbH
- LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Logistikpark Plauen-Vogtland KG
- Zweite LBBW US Real Estate GmbH

Aus anderen Gründen:

- Austria Beteiligungsgesellschaft mbH
- Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH
- LBBW Asset Management GmbH
- LBBW Bank CZ a.s.
- LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart
- LBBW US Real Estate Investment LLC

Die LBBW Bank Irland plc wurde aufgrund der Liquidierung ihrer Tochtergesellschaften nicht mehr als Teilkonzern geführt. Sie wurde im Geschäftsjahr 2008 umfirmiert in LBBW Asset Management (Ireland) plc.
Die ehemalige Landesbank Rheinland-Pfalz wurde zum 1. Juli 2008 mit Rückwirkung zum 1. Januar 2008 auf die LBBW verschmolzen und ist daher nicht mehr als Teilkonzern geführt. Folgende Gesellschaften werden aus dem Teilkonzern der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz konsolidiert:

- Lasssarus Handels GmbH
- LBBW Luxemburg S.A.
- LRI Invest S.A.
- LRP Capital GmbH
- Mogon Vermögensverwaltungs GmbH

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 23 Zweckgesellschaften gemäß IAS 27 i.V.m. SIC 12 in den LBBW-Konzernabschluss einbezogen. Erstmalig konsolidiert wurden die folgenden zwei Zweckgesellschaften resultierend aus dem Erwerb der ehemaligen Sachsen LB:

- Georges Quay Funding I Limited
- Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré KG

Des Weiteren wurden die folgenden 14 Fonds erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen:
Aus dem Erwerb der ehemaligen Sachsen LB:

- LAAM-Fonds I
- LAAM-Fonds II
- LAAM-Fonds VI
- LAAM-Fonds X
- LAAM-Fonds XI
- SüdKA-SLA
- Synapse Fixed Income Financial Capital Fund No. 1 plc
- Synapse Long Short Credit Fund No.1 plc

Aus anderen Gründen:

- BWI-Fonds 106
- BWInvest-TR6-Fonds
- LBBW EuroLiquid BWI
- Humboldt Multi Invest B Sachsen LB Absolute Return FD
- Humboldt Multi Invest: Sachsen LB Depot A (SLB_DA)
- SüdKA-SLM

Mit der Konsolidierung der genannten Zweckgesellschaften sind alle wesentlichen Risiken aus Zweckgesellschaften im Konzernabschluss abgebildet.
Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung).
Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) bestehen aus zwei oder mehreren Vertragsparteien, die entweder gemeinsame Tätigkeiten durchführen oder Vermögenswerte unter gemeinschaftlicher Führung oder gemeinschaftlich geführte Einheiten verwalten.
Die Beteiligungen an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG (assoziiertes Unternehmen) sowie an der LHI Leasing GmbH (Joint Venture) wurden erstmals im Geschäftsjahr 2008 im Konzernabschluss at Equity bilanziert.
Auf die Einbeziehung von 313 (Vorjahr: 278) Tochterunternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften. Die additive Bilanzsumme aller nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen ist kleiner als 2% der Konzernbilanzsumme und das additive Jahresergebnis dieser Unternehmen ist kleiner als 2% des Konzernjahresergebnisses, wie im Vorjahr. Die Anteile an diesen Unternehmen werden zum Fair Value bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.
Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Joint Ventures, assoziierten Unternehmen und Zweckgesellschaften sowie die aufgrund von Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der beim Bundesanzeiger hinterlegten Anteilsbesitzliste entnommen werden.

5. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Spezialfonds erfolgt grundsätzlich nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.22 i.V.m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt beziehungsweise zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen. Die aufgedeckten stillen Reserven und Lasten werden in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.
Ein sich aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.
Der Anteil Konzernfremder am Eigenkapital beziehungsweise am Ergebnis der im Mehrheitsbesitz befindlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten »Anteile in Fremdbesitz« gesondert im Eigenkapital beziehungsweise im Posten »Ergebnisanteil Konzernfremder nach Steuern« in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.
Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung gemäß IAS 27.24 f. eliminiert.
Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Verwendet ein at Equity bilanziertes Unternehmen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, werden angemessene Anpassungen an die IFRS-Konzernvorgaben vorgenommen.
Das anteilige Ergebnis der at Equity bilanzierten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bilanzierten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital.

6. Währungsumrechnung.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Die Währungsumrechnung im LBBW-Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Jede Konzerngesellschaft der LBBW legt ihre funktionale Währung fest. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet.
Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung im Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung umgerechnet.
Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen direkt im Eigenkapital erfasst werden, sind auch die entstehenden Umrechnungsdifferenzen im Eigenkapital zu erfassen.
Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden als separater Posten im Eigenkapital angesetzt.
Die zum jeweiligen Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 EUR.

	31.12.2008	31.12.2007
USD	1,4170	1,4704
GBP	0,9774	0,7353
SGD	2,0420	2,1250
JPY	127,90	165,97
CHF	1,4952	1,6597

7. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

8. Finanzinstrumente (IAS 39).

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente sind gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst.
Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz für alle finanziellen Vermögenswerte inklusive Wertpapiere bei Kassakäufen und -verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag beziehungsweise für Derivate zum Handelstag.
Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die in diesem Vermögenswert gebundenen, vertraglich vereinbarten Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können und die Verfügungsmacht über das Finanzinstrument nicht mehr vorhanden ist. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, sobald sie getilgt wurde.

Bewertung zum Fair Value.

Zur Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten ist von Bedeutung, ob für diese Finanzinstrumente ein aktiver Markt besteht. IAS 39.AG71 definiert den aktiven Markt für Finanzinstrumente wie folgt: Ein Finanzinstrument ist auf einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen (hierzu zählen beispielsweise Preisnotierungen an organisierten Märkten gemäß § 2 Abs. 2 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)). Soweit diese Kriterien nicht erfüllt sind, geht die LBBW von einem inaktiven Markt aus.
Als Fair Value wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Sofern Marktwerte aus aktiven Märkten verfügbar sind, werden diese zur Bewertung herangezogen. Andernfalls kommen Bewertungsmodelle – insbesondere die Barwertmethode sowie Optionspreismodelle – unter Verwendung von aktuellen Markt- und Kontraktpreisen der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren zur Anwendung und werden insoweit auch zur täglichen Ergebnisermittlung verwendet. Im Falle von inaktiven Märkten, d. h. fehlenden aktuellen Marktdaten, wird die Bewertung anhand indikativer Preise oder mit auf internen Marktdaten basierenden Bewertungsmodellen vorgenommen.
Die Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten zur Ermittlung des Fair Values werden in drei Stufen gegliedert. Alle Finanzinstrumente, einschließlich Available-for-Sale-Beteiligungen, mit aktuell quotiertem Marktpreis (Börsenkurs) sind der ersten Stufe zugeordnet. Modellbewertete OTC-Derivate, modellbewertete Schuldscheindarlehen, Investmentfonds-Anteile und bestimmte Corporate- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen sind der zweiten Stufe zugeordnet. Die dritte Stufe umfasst Finanzderivate, die auf individuelle CDS-Baskets referenzieren, nahezu alle Verbriefungen und weitere Wertpapiere sowie Available-for-Sale-Beteiligungen, für die keine aktuellen Marktpreise vorhanden sind.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Derivate verwendeten Bewertungsmodelle.

Derivative Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle
Zinsswaps	Barwertmethode, Zinsstrukturmodelle
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield), Zinsstrukturmodelle
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Cox Ross Rubinstein, Numerische Modelle
Devisen-Optionen	Garman Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Commodity-Optionen	Garman Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell

Die im Rahmen der oben genannten Bewertungsmodelle verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente sowie Marktparametern.
Für impairte US-RMBS und impairte CDOs on ABS werden Fair Values zum 31. Dezember 2008 erstmals auf Basis eines Cashflow-orientierten Bewertungsmodells ermittelt. Zur Diskontierung der Cashflows werden Spreads verwendet, die die Verlusterwartungen, die Liquiditätssituation und eine Risikokomponente beinhalten, die die mittlerweile eingetretenen Marktänderungen angemessen berücksichtigen. Bestimmte synthetische CDOs werden mit einem bereits zuvor durch die LBBW genutzten 1-Faktor-Gauss-Modell bewertet.
Aufgrund der derzeitig an den Finanzmärkten beobachtbaren Entwicklungen besteht insbesondere bei der Bewertung von Finanzinstrumenten eine erhöhte Schätzungsunsicherheit. Bei geringem Transaktionsvolumen auf den Märkten, insbesondere wenn erzwungene Geschäfte oder Notverkäufe nicht berücksichtigt werden, liegen verfügbare Vergleichsdaten nur eingeschränkt vor.
Falls für die Eingabeparameter des Modells keine an Märkten beobachtbaren Werte verfügbar sind und stattdessen geschätzte Werte verwendet werden, wird der ausgewiesene Fair Value von den Annahmen der Schätzung beeinflusst. Wenn für die Modellparameter andere realistische Werte gewählt werden, kann der ermittelte Marktwert deutlich nach oben oder nach unten abweichen. Die Annahmen der Schätzung werden dabei durch die Marktbereiche des LBBW-Konzerns mit größter Sorgfalt gewählt und durch das Risikocontrolling validiert.
Für täglich fällige Geschäfte sowie kurzfristig (innerhalb von 12 Monaten) fällige sonstige Aktiva und sonstige Passiva wird angenommen, dass der Buchwert eine vernünftige Annäherung des Fair Values darstellt.

Umkategorisierung.
Am 13. Oktober 2008 wurden vom IASB die Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und am 15. Oktober 2008 von der EU in europäisches Recht übernommen.
Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als Available-for-Sale-kategorisierte Wertpapiere rückwirkend zum 1. Juli 2008 mit dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value in die Kategorie Loans and Receivables umgegliedert. Dies betrifft jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen zum 1. Juli 2008 keine kurzfristige Verkaufs- und Handelsabsicht mehr bestand und die auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden können. Die umkategorisierten Wertpapiere haben zum Zeitpunkt der Umwidmung der Definition von Loans und Receivables entsprochen, und die LBBW hat die Absicht und die Fähigkeit diese Papiere auf absehbare Zeit zu halten.

Einzelheiten zur Umkategorisierung sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert	1.7.2008 Erwartete Cashflows	1.7.2008 Effektivzinssatz	31.12.2008 Buchwert	31.12.2008 Fair Value
Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables	**935**	**913**	**935**	**2,74 % – 9,32 %**	**835**	**764**
davon Verbriefungstransaktionen	134	128	134		123	104
davon reguläre Wertpapiere	801	785	801		712	660
Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables	**29 162**	**27 492**	**28 778**	**0,54 % – 19,69 %**	**27 717**	**24 492**
davon Verbriefungstransaktionen	14 768	13 421	14 674		13 474	11 022
davon reguläre Wertpapiere	14 394	14 071	14 104		14 243	13 470
Summe	**30 097**	**28 405**	**29 713**		**28 552**	**25 256**

Die Umkategorisierungen führten zu einer Erhöhung des Ergebnisses vor Steuern um 4 Mio. EUR. Darin enthalten sind 3 Mio. EUR Effekte im Zinsergebnis aus der Amortisierung des Unterschiedsbetrages aus fortgeführten Anschaffungskosten und Buchwert zum 1. Juli 2008. Aus Bestandsveränderungen resultiert ein Effekt im Finanzanlageergebnis in Höhe von 1 Mio. EUR.
Hätte keine Umkategorisierung stattgefunden, wären im zweiten Halbjahr 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste aus den umkategorisierten Handelsaktiva in Höhe von – 66 Mio. EUR angefallen. Im ersten Halbjahr 2008 haben die umkategorisierten Handelsaktiva das Konzernergebnis um –15 Mio. EUR gemindert. Die im ersten Halbjahr 2008 erfassten erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten AfS-Wertpapiere beliefen sich auf –1 381 Mio. EUR. Wäre die Umkategorisierung nicht erfolgt, hätte dies zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage im zweiten Halbjahr 2008 von – 3 134 Mio. EUR geführt.
In dem Zeitraum zwischen dem 1. Juli 2008 und 31. Dezember 2008 wurden im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit Tilgungen/Rückzahlungen sowie Zinszahlungen vorgenommen.

Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente, unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate, zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39 Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen sowie einen positiven beziehungsweise negativen Marktwert besitzen. Nicht dieser Kategorie zugeordnet sind jedoch jene derivativen Finanzinstrumente, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzt werden. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Handelsergebnis.
In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht in Handelsabsicht erworben beziehungsweise gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten oder Finanzinstrumente, die in Übereinstimmung mit einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert werden, beziehungsweise um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind.

Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Gewinn- und Verlustposten Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.
Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Wertpapiere der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen. Finanzinstrumente des Available-for-Sale-Bestands sind mit dem Fair Value zu bewerten. Das Bewertungsergebnis wird erfolgsneutral im Eigenkapital in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) beziehungsweise bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral erfasst.
Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag beziehungsweise beim Eintritt besonderer Ereignisse, z. B. bei außerordentlichen Marktverwerfungen, überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners sowie Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating). Die aufgrund dieser Kriterien identifizierten potenziell wertgeminderten Fremdkapitalinstrumente werden daraufhin überprüft, ob der aktuelle Fair Value die Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen unterschreitet. Der Betrag aus Anschaffungskosten abzüglich aktuellem Fair Value (unter Berücksichtigung etwaiger, bereits früher erfolgswirksam erfasster Wertminderung) entspricht dem erfassten Impairment der Periode.
Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, für welche ein aktiver Markt besteht, wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von 12 Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten unterschreitet. Bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ohne aktiven Markt wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag mindestens um 20 % unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value der beiden letzten Bewertungen geringer als die Anschaffungskosten ist.
Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Bei einem Abgang des Finanzinstruments wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Derivate.

Der LBBW-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen ein. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte als Handelsgeschäfte getätigt.
Am 31. Dezember 2008 hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem Over-the-counter-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungskursen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten. Bezüglich Angaben zu Kreditderivaten verweisen wir auf Note 30.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Unter den positiven beziehungsweise mit negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten werden die Sicherungsgeschäfte im Sinne von IAS 39 (Hedge Accounting) mit positiven Marktwerten auf der Aktivseite beziehungsweise negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation der Hedge-Beziehung wird der erforderliche Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Verdeutlichung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass der Hedge hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80% und 125% liegt (IAS 39.AG105(b)). Ein ineffektiver Hedge muss aufgelöst werden und kann für die restliche Laufzeit des Hedges wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich beim Sicherungsgeschäft um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair-Value-Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in der Form von Mikro-Fair-Value-Hedges und Portfolio-Fair-Value-Hedges.

Beim Mikro-Fair-Value-Hedge ist nach IAS 39.89 (b) der Buchwert des gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung zu berichtigen, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen ist. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente (Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR sowie Verbindlichkeiten der Kategorie OL), als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage erfasst werden (Finanzinstrumente AfS). Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

In 2008 wird neben Zinssicherungsbeziehungen erstmals mit einer Transaktion von 723 Mio. EUR die Sicherung von Kreditrisiken als Mikro-Fair-Value-Hedge abgebildet. Hinsichtlich bilanzieller Darstellung und Effektivitätstest gelten die oben genannten Darstellungen analog.

Die LBBW wendet den Portfolio-Fair-Value-Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 seit der Eröffnungsbilanz 2006 an. Die Vorschriften des Fair-Value-Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung des Rückzahlungsbetrags in das zugehörige Laufzeitband erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Endfälligkeit.

Beim Portfolio-Fair-Value-Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches beziehungsweise Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment) gebildet, um die Veränderung des Grundgeschäfts bezogen auf das abgesicherte Risiko zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Der von der LBBW Luxemburg S. A. (vormals LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S. A.) in geringem Volumen eingesetzte Cashflow-Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Die sich hieraus ergebenden Fair-Value-Änderungen werden ergebnisneutral im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, beziehungsweise die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind.

Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet.

Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung beziehungsweise Rückführung berücksichtigt.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats weisen keine eindeutige und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags auf und
- die Vertragsnormen der eingebetteten Derivate würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held-for-Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Soweit mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate je Basisvertrag vorliegen, sind solche, die sich auf dasselbe Risiko beziehen, nach IAS 39.AG29 gemeinsam auszuweisen und zu bewerten. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert beziehungsweise eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Finanzgarantien (Sicherungsgeber) betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Finanzgarantien werden im Rahmen der Erst- und Folgebewertung zum Fair Value angesetzt. Der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsbarwert der Finanzgarantien saldiert (Nettomethode), bei marktgerechten Konditionen entsprechen sich die beiden Beträge. In der Folgebewertung wird bei Bedarf eine entsprechende Risikovorsorge gebildet.
Wegen der Geringfügigkeit der Beträge wurde auf eine Angabe der Fair Values in den Notes verzichtet.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente klassifiziert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind gegebenenfalls Wertberichtigungen zu berücksichtigen (vgl. dazu Note 11). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Impairment ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schuldscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (Other Liabilities – OL), beinhalten die finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten, soweit sie nicht erfolgswirksam zum Fair Value eingestuft wurden. Sie werden unter Berücksichtigung anteiliger Agio- und Disagiobeträge zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.
Gemäß IAS 39 werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen den Nennwert der ausgegebenen Schuldverschreibung aufgerechnet. Diese Bewertung wird als angemessene Näherung an die fortgeführten Anschaffungskosten betrachtet. Die Differenz zwischen Rückkaufspreis und Nennwert konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity).

Gegenwärtig nutzt die LBBW die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity – HtM) nicht.

9. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten aufgerechnet, wenn ein Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

10. Klassenbildung.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten wurde für den LBBW-Konzern wie folgt definiert:

Aktivseite
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte
Forderungen an Kreditinstitute
Forderungen an Kunden
Finanzanlagen
zinstragende Vermögenswerte
nicht zinstragende Vermögenswerte[1]
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte
Finanzanlagen
zinstragende Vermögenswerte
nicht zinstragende Vermögenswerte
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
Handelsaktiva (HfT)
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte

Passivseite
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
Verbriefte Verbindlichkeiten
Nachrangkapital
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten
Handelspassiva (HfT)
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten

[1] Zu Anschaffungskosten bewertet.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Risiken, die sich aus den Finanzinstrumenten des LBBW-Konzerns ergeben, sowie deren Steuerung, verweisen wir auf die detaillierten Ausführungen gemäß IFRS 7.31 ff. im Risikobericht des Konzernlageberichts.

11. Risikovorsorge.

Die Position Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen sind. Sie umfasst Einzelwertberichtigungen auf Forderungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen werden bei nicht signifikanten Forderungen gebildet, sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen vorliegen. Portfoliowertberichtigungen setzen sich aus den Portfoliowertberichtigungen für signifikante Forderungen und Portfoliowertberichtigungen für nicht signifikante Forderungen zusammen. Für signifikante und nicht signifikante Forderungen wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet, wenn Risiken bereits eingetreten sind, aber noch nicht identifiziert wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, und dennoch keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der Forderung den Buchwert übersteigt, werden diese signifikanten Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen. Die genannten Forderungen werden einem Sondersegment zugeordnet, auf welches die Portfoliowertberichtigung prozentual in Abhängigkeit vom Anteil der Forderungen berechnet wird.

Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswertes oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden. Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der Forderung, welcher mit dem ursprünglichen effektiven Zinssatz berechnet wurde, ermittelt. Gegebenenfalls wird zusätzlich der Fair Value von werthaltigen Sicherheiten berücksichtigt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren geschätzt. Bei der Schätzung werden Länderrisiken und den Wert aufhellende Tatsachen berücksichtigt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sogenanntes Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Die Berechnung des Zinsertrags erfolgt unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung. Die Zinslosstellung wertberichtigter Forderungen beginnt mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung der Wertberichtigung. Erwartete Zahlungseingänge vermindern den Forderungsbuchwert; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren darüber hinaus erfolgswirksam die Risikovorsorge. Der Zinsertrag aus wertberechtigten Forderungen für nicht signifikante bereits im Vorjahr wertgeminderte Forderungen wurde manuell auf Portfolioebene ermittelt.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden differenziert nach Teilportfolien als Produkt aus Inanspruchnahme, der Ausfallwahrscheinlichkeit,

mit der ein Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt, und der Verlustquote zum Zeitpunkt des Ausfalls sowie gegebenenfalls der Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ereignisses und dessen Identifikation berechnet.
Nicht wertberichtigte uneinbringliche Forderungen führen zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten und Kreditzusagen) wird hingegen als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.
Die Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen aus der Vergangenheit entstehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

12. At Equity bilanzierte Unternehmen.

Die at Equity bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. In den Folgejahren wird der bilanzierte at-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden direkt im Konzerneigenkapital erfasst.

13. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill), erworbene und selbsterstellte Software, Baurechte und Kundenbeziehungen ausgewiesen.
Der Goodwill ergibt sich als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des gekauften Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern.
Mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen (z. B. Änderungen des relevanten Marktumfeldes, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfeldes, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, wird ein Werthaltigkeitstest (Impairmenttest) durchgeführt. Für den Werthaltigkeitstest wird der Goodwill zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Die Zuordnung des Goodwills erfolgt auf Segmentebene mit den LBBW-Segmenten als entsprechende zahlungsmittelgenerierende Einheiten:

- Corporates
- Retail Clients
- Financial Markets
- Credit Investment Portfolio/Treasury
- Corporate Items

Die Wertminderung wird durch die Ermittlung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, auf die sich der Goodwill bezieht, bestimmt. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, wird ein Wertminderungsaufwand erfasst.
Die Gewinne und Verluste aus dem Verkauf eines Unternehmens enthalten den dazugehörigen Anteil des Goodwill. Der Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens wird unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien nach IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Ebenfalls im Rahmen eines Unternehmenserwerbs wurden Kundenbeziehungen aktiviert, die vertraglich begrenzt nutzbar sind. Diese werden planmäßig linear über sechs bis 16 Jahre abgeschrieben. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, ist der erzielbare Betrag zu ermitteln und mit dem Buchwert zu vergleichen. Wertminderungen sind erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung zu berücksichtigen. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten mit Ausnahme des Goodwill werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.
Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang oder wenn kein weiterer wirtschaftlicher Nutzen von seiner Verwendung oder seinem Abgang zu erwarten ist ausgebucht. Gewinne und Verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswertes (erfolgswirksame Erfassung).

14. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete beziehungsweise zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbstgenutzten Teile gesondert verkauft beziehungsweise vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren

Drittnutzung mehr als 80% der Gesamtnutzung ausmachen, werden in ihrer Gesamtheit als Finanzinvestition gehaltene Immobilien klassifiziert.
Die als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden gesondert in der Bilanz ausgewiesen. Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltene Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Die Folgebewertung erfolgt mit dem Fair Value, hierfür werden Modellbewertungen vorgenommen beziehungsweise Gutachten eingeholt. Sofern durch aktive Märkte zustande gekommenen Marktwerte vorliegen, werden diese verwendet.
In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Bewertungsspielräume aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

15. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände aus Finanzierungs- und Operating-Leasingverhältnissen ausgewiesen.
Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.
Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – linear beziehungsweise degressiv abgeschrieben.
Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	25–50
Technische Anlagen und Maschinen	5–10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1–20
Erworbene EDV-Anlagen	3–7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswertes) des jeweiligen Vermögenswertes wird zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag von beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.
Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrags seit der letzten Erfassung einer Wertminderung geändert hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte.
Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert beziehungsweise durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswertes vorgenommen.
Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.
Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnis. Die Klassifizierung richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen/Risiken des Leasingnehmers beziehungsweise Leasinggebers. Ein Finanzierungsleasingverhältnis liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operating-Leasingverhältnis.
Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit die im LBBW-Konzern tätigen Gesellschaften Operating-Leasinggeschäfte betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche

Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen und/oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im sonstigen betrieblichen Ergebnis.
Im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegen den Leasingnehmer ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgeteilt. Die Zinserträge werden auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Die Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse sind über die Laufzeit des Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer als Aufwand zu erfassen. Die Verteilung der Leasingzahlungen soll dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des Leasingnehmers entsprechen. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch oder passivisch als Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt.
Der aktivierte Vermögenswert im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen wird gem. IAS 16 abgeschrieben beziehungsweise gem. IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei IAS 16 nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt vom Leasingnehmer erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjektes) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung am Restwert des Leasinggegenstandes wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Weiterhin wird der Vermögenswert auf Wertminderungen gemäß IAS 36 überprüft. Finanzierungsleasingraten werden in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird hingegen erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

17. Ertragsteuern.

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen beziehungsweise -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- beziehungsweise Erstattungsbetrag angesetzt.
Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode als Ergebnis gebucht, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde.
Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandenen temporären Differenzen werden ebenfalls erfolgsneutral in der Neubewertungs- beziehungsweise Gewinnrücklage erfasst.
Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Nicht angesetzte Verlustvorträge, die nicht unbeschränkt vortragsfähig sind, werden entsprechend ihrer Fristigkeit ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2008 waren erstmals die Auswirkungen aus der Einführung einer Zinsschranke aus der Unternehmenssteuerreform 2008 wirksam. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.
Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

18. Sonstige Aktiva und sonstige Passiva.

Unter den sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Unter den sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

19. Vorräte.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- und Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff.; die des Nettoveräußerungswertes gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt.

Im Zuge der Erstanwendung von IAS 23 (überarbeitet 2007) wurden Fremdkapitalkosten in Höhe von 14 Mio. EUR für Vorräte, deren Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes nach dem 1. Januar 2008 liegt, aktiviert. Es handelt sich hierbei vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 4,3 % p. a. und 7,8 % p. a. liegen, angewandt. Die vorzeitige Anwendung des IAS 23 (überarbeitet 2007) führte zu einer Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, da bisher Fremdkapitalkosten periodengerecht als Aufwand erfasst wurden.

20. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der LBBW-Konzern bietet den Arbeitnehmern verschiedene Arten von Altersversorgungsleistungen an. Die Mitarbeiter können eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer unmittelbaren Versorgungszusage erwerben, bei der die Höhe der Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie Alter, Vergütung und Betriebszugehörigkeit abhängt (leistungsorientierter Plan).

In anderen Fällen erwerben die Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage (beitragsorientierte Pläne). Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter einen festgelegten Beitrag an externe Versorgungsträger.

Bei leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft dazu verpflichtet, zugesagte Leistungen an aktive und frühere Arbeitnehmer zu gewähren. Das versicherungsmathematische Risiko und das Anlagerisiko werden im Wesentlichen von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Für leistungsorientierte Pläne wird der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten berücksichtigt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis des aktuellen Marktzinses für langfristige Kapitalanlagen ermittelt. Unregelmäßigkeiten im Risikoverlauf der Pensionsverpflichtungen, Auswirkungen von Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Schätzungsparameter oder Diskontierungssatz) sowie unerwartete Gewinne beziehungsweise Verluste in Bezug auf Planvermögen können zu versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten führen. Die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Bestehendes Planvermögen wird zum Fair Value bewertet und mindert den Bilanzansatz der Pensionsrückstellungen. Die erwarteten Erträge aus Planvermögen werden mit der Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen verrechnet.

Der als Schuld beziehungsweise Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, zuzüglich bisher nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne (abzüglich entsprechender Verluste), abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands (past service cost), abzüglich des Fair Values des Planvermögens (falls vorhanden) zum Bilanzstichtag. Der Vermögenswert ist begrenzt auf die Summe aller kumulierten, nicht erfassten, saldierten versicherungsmathematischen Verluste und nachzuverrechnendem Dienstzeitaufwand sowie dem Barwert eines wirtschaftlichen Nutzens in Form von Rückerstattungen aus dem Plan oder Minderungen künftiger Beitragszahlungen an den Plan. Der laufende Dienstzeitaufwand stellt dabei den Anstieg des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung, der auf die von Arbeitnehmern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung entfällt dar. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht.

In den leistungsorientierten Plänen sind Wertguthaben aus der Umwandlung bestimmter Entgeltbestandteile durch Mitarbeiter zur Finanzierung einer Vergütung während einer Freistellung enthalten. Die Umwandlung ist in der Dienstvereinbarung »LBBW FlexiWertkonto« zwischen der LBBW und dem Gesamtpersonalrat geregelt, welche am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist.

Bei beitragsorientierten Plänen ist die rechtliche oder faktische Verpflichtung des jeweiligen Konzernunternehmens auf einen vereinbarten Fonds begrenzt. Aus der Höhe dieser Beiträge und aus den Erträgen aus der Anlage dieser Beiträge ergibt sich die Höhe der Leistungen. Das Vermögen dieser Pläne/Fonds wird getrennt von dem jeweiligen Konzernunternehmen durch Treuhänder kontrolliert. Die Beiträge werden in der jeweiligen Periode als Aufwand erfasst. Noch nicht gezahlte Beiträge werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der vom Unternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.
Rückstellungen für Restrukturierungsaufwand und für Rechtsstreitigkeiten werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

21. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsemissionen sowie typisch stille Einlagen aus. Die aufsichtsrechtlich und im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) als haftendes Eigenkapital anerkannten stillen Einlagen werden nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts des Investors als Fremdkapital bilanziert. Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten des Nachrangkapitals das im Rahmen des Hedge Accountings als Grundgeschäft für einen Fair-Value-Hedge designiert wurde, werden für den besicherten Teil erfolgswirksam um die Änderungen des Fair Values des Hedges angepasst.

22. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg (Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – sowie Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz) nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i.V.m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg einzubezahlende beziehungsweise eingezahlte Kapital.
Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags.
Die Gewinnrücklagen wurden in gesetzliche, satzungsmäßige und andere Gewinnrücklagen aufgegliedert. Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der Fair-Value-Bewertungseffekte aus der Erstanwendung für AfS-Wertpapiere und Beteiligungen – ausgewiesen.
Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sind in den direkt im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen unter dem Posten Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS, gegebenenfalls nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen.
Das Bewertungsergebnis aus Cashflow-Hedges enthält den erfolgsneutralen Anteil am Gewinn oder Verlust. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow-Hedges in dieser Position ausgewiesen.
Die Anteile in Fremdbesitz sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften beteiligt sind (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %).

23. Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Wertpapierleihegeschäfte.

Wertpapierpensionsgeschäfte.

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden, und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.
Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer.
Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.
Die Bewertung erfolgt jeweils entsprechend der zugrunde liegenden IAS 39-Kategorien. Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen erfasst. Enthaltene abzugrenzende Agien/Disagien (beziehungsweise Unterschiedsbeträge zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und bei Rückübertragung zu leistenden Betrag) sind innerhalb des jeweiligen Bilanzpostens erfasst. Auflösungsbeträge von Agien/Disagien werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Wertpapierleihegeschäfte.

Unter dem Begriff der Wertpapierleihe werden Geschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Der LBBW-Konzern weist als Entleiher die entliehenen Wertpapiere nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung als Handelspassiva bilanziert. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapieres im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Als Verleiher bilanziert der LBBW-Konzern die Wertpapiere weiterhin nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften.

Unternehmenszusammenschlüsse.

24. Unternehmenszusammenschlüsse in 2008 und 2007. Unternehmenszusammenschlüsse 2008.

Landesbank Sachsen AG.

Mit Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 wurde die Übernahme der Landesbank Sachsen AG durch die LBBW beschlossen. Die LBBW hat auf Basis der Grundlagenvereinbarung einen vorweggenommenen Barausgleich in Höhe von 250 Mio. EUR an die Anteilseigner der Landesbank Sachsen AG geleistet. In einem Eckpunktepapier vom 13. Dezember 2007 wurden die aufschiebenden Rahmenbedingungen für den Erwerb der Landesbank Sachsen AG und der Kaufpreis auf 328 Mio. EUR festgelegt. Zum Erwerbszeitpunkt (6. März 2008) hat die LBBW 100 % der Aktien an der Landesbank Sachsen AG vom Freistaat Sachsen und der Sachsen-Finanzgruppe erworben. Damit war die LBBW alleinige Anteilseignerin der Landesbank Sachsen AG und hatte die Beherrschung im Sinne des IAS 27.4 erlangt.
Die Landesbank Sachsen AG ist zum 1. April 2008 durch Anwachsung in der LBBW aufgegangen und damit als rechtlich selbstständige Einheit untergegangen. Dabei hat die LBBW das mittelständische Firmenkundengeschäft der ehemaligen Sachsen LB sowie das Unternehmenskunden- und gehobene Privatkundengeschäft der BW-Bank in Mitteldeutschland in der dabei zum 1. April 2008 entstandenen und umfirmierten Sachsen Bank (Anstalt in der Anstalt) gebündelt. Die Aufgaben als Zentralbank für die sächsischen Sparkassen hat die LBBW übernommen. Die Anschaffungskosten für die Landesbank Sachsen AG von insgesamt 586 Mio. EUR enthalten den Kaufpreis von 328 Mio. EUR und den vorweggenommenen Barausgleich aus dem Jahr 2007 von 250 Mio. EUR sowie 8 Mio. EUR Anschaffungsnebenkosten. Im Zuge der Finalisierung der Kaufpreisallokation mussten insbesondere Wertansätze für Forderungen und Verbindlichkeiten sowie für Liquiditätslinien gegenüber Special Purpose Entities angepasst werden, sodass sich der Goodwill aus der vorläufigen Kaufpreisallokation zum Halbjahresfinanzbericht 30. Juni 2008 in Höhe von 698 Mio. EUR auf 919 Mio. EUR erhöht hat. Der Goodwill aus dem Erwerb der Landesbank Sachsen AG wurde vollständig dem Segment Corporates zugeordnet.
Der durch die Akquisition entstandene Goodwill ist auf den erworbenen Zugang zu den Märkten Osteuropas und auf die erwarteten Synergien im Zusammenhang mit der Integration in das bestehende Bankgeschäft der LBBW zurückzuführen.

	Buchwert* vor der Akquisition Mio. EUR	Anpassungen auf den Fair Value Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Barreserve	19	–	19
Forderungen an Kreditinstitute	17 397	97	17 494
Forderungen an Kunden	14 331	259	14 590
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	2 910	–152	2 758
Handelsaktiva	2 238	208	2 446
Finanzanlagen	26 337	– 569	25 768
Immaterielle Vermögenswerte	–	44	44
davon Kundenbeziehungen	–	31	31
Übrige Vermögenswerte	159	997	1 156
Verbindlichkeiten	57 897	–123	57 774
Handelspassiva	2 757	313	3 070
Rückstellungen	48	3	51
Nachrangkapital	1 438	145	1 583
Sonstige Passiva	1 186	919	2 105
Anteile fremder Gesellschafter am Kapital	3	22	25
Erworbene Nettoschuld	62	– 395	– 333
Goodwill			**919**
Kaufpreis			**586**

* Es handelt sich hierbei um nach lokalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Buchwerte, da die ehemalige Sachsen LB aufgrund der Anwachsung zum 1. April 2008 auf die LBBW nicht mehr verpflichtet war, einen eigenen IFRS-Konzernabschluss zu veröffentlichen. Die nach IFRS 3 notwendigen Angaben wurden daher auf Basis des letzten verfügbaren Abschlusses gemacht.

Der Goodwill von 919 Mio. EUR wurde nach Ansatz von 31 Mio. EUR Kundenbeziehungen aktiviert.

Nach dem Erwerb der Sachsen LB am 6. März 2008 haben die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften der Sachsen Bank mit – 94 Mio. EUR zum Konzernergebnis beigetragen. Da die Bestände der ehemaligen Landesbank Sachsen AG sukzessive auf die Systeme der LBBW migriert wurden, ist deren Ergebnisbeitrag seit dem Erwerb nicht separat ermittelbar.
Vom Erwerb durch die LBBW ausgenommen waren die strukturierten Portfolios Ormond Quay und Sachsen Funding I. Diese Portfolios mit einem Geschäftsvolumen von 17,3 Mrd. EUR wurden auf die neu gegründete Zweckgesellschaft Sealink Funding Ltd. übertragen. Zur Absicherung von Zahlungsausfällen innerhalb dieser Portfolios hat der Freistaat Sachsen eine Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. EUR bereitgestellt. Zahlungsausfälle über den Garantiebetrag des Freistaats Sachsen hinaus bis zu einer Summe von 6 Mrd. EUR würden zu Lasten der LBBW gehen. Darüber hinausgehende Verluste wären von den anderen beteiligten Landesbanken zu tragen. Die LBBW geht derzeit davon aus, dass die Garantie des Freistaats Sachsen vollständig ausreicht, um die Risiken aus den übertragenen Portfolios abzudecken. Eine Pflicht zur Einbeziehung von Sealink Funding Ltd. in den Konzernabschluss der LBBW zum 31. Dezember 2008 bestand nicht.

BAWAG Bank CZ a.s.

Mit Vertrag vom 30. April 2008 zwischen der LBBW und der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG wurde der Erwerb der BAWAG Bank CZ a.s. (BAWAG CZ) durch die LBBW vereinbart. Nach Eintritt der aufschiebenden Bedingungen für den Erwerb ist die LBBW seit dem 1. September 2008 alleinige Anteilseignerin der BAWAG CZ und hat die Beherrschung im Sinne des IAS 27.4 erlangt.
Am 16. September 2008 wurde die BAWAG Bank CZ a.s. in »LBBW Bank CZ a.s.« umfirmiert.
Der Kaufpreis für die BAWAG CZ in Höhe von 161 Mio. EUR enthält 1 Mio. EUR Anschaffungsnebenkosten.
Mit dem Erwerb der BAWAG CZ wird eine Marktpräsenz der LBBW in der Tschechischen Republik geschaffen und der Zugang zu den osteuropäischen Märkten weiter ausgebaut.
In Zusammenhang mit der Akquisition wurden Kundenbeziehungen von 13 Mio. EUR identifiziert und ein vorläufiger Goodwill in Höhe von 10 Mio. EUR angesetzt.
Der vorläufige Goodwill aus dem Erwerb der BAWAG CZ wurde vollständig dem Segment Corporates zugeordnet.

	Buchwert vor der Akquisition Mio. EUR	Anpassungen auf den Fair Value Mio. EUR	Vorläufiger Fair Value Mio. EUR
Barreserve	22	–	22
Forderungen an Kreditinstitute	201	–	201
Forderungen an Kunden	906	– 5	901
Handelsaktiva	13	–	13
Finanzanlagen	10	–	10
Immaterielle Vermögenswerte	9	13	22
davon Kundenbeziehungen	–	13	13
Sachanlagen	32	2	34
Übrige Vermögenswerte	5	–1	4
Verbindlichkeiten	976	–	976
Handelspassiva	20	–	20
Nachrangkapital	26	–	26
Sonstige Passiva	32	2	34
Erworbenes Nettovermögen	144	7	151
Vorläufiger Goodwill			**10**
Kaufpreis			**161**

Diese Akquisition hat sich seit dem Erwerbszeitpunkt mit 2 Mio. EUR vor Konsolidierungen auf das Konzernergebnis ausgewirkt.

Sonstige Unternehmenszusammenschlüsse im Geschäftsjahr 2008.

Unternehmenszusammenschlüsse in 2008 (SG Management GmbH, Erwerbszeitpunkt 25. August 2008; Employrion Immobilien GmbH & Co. KG, Erwerbszeitpunkt 11. August 2008; Flantier Properties Limited, Erwerbszeitpunkt 30. September 2008), die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Der Gesamtkaufpreis für den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen in der Höhe zwischen 50% und 100% betrug 58 Mio. EUR.

	Buchwert vor der Akquisition Mio. EUR	Anpassungen auf den Fair Value Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Summe der Aktiva	124	0	124
Summe der Verbindlichkeiten	66	0	66
Erworbenes Nettovermögen	58	0	58
Summe der Passiva	124	0	124
Kaufpreis			**58**

Diese Unternehmenszusammenschlüsse trugen seit dem Erwerbszeitpunkt mit 0,2 Mio. EUR zu dem Konzernergebnis bei.

Pro-forma-Angaben.

Die Auswirkungen gemäß IFRS 3.70 der in 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse stellen sich wie folgt dar:

	Operative Erträge* Mio. EUR	Ergebnis Mio. EUR
Sachsen LB vom 1.1.–6.3.2008	–2	–181
BAWAG CZ und sonstige erworbene Unternehmen vom 1.1. bis zum Erwerbszeitpunkt	26	1
Konzern für das Geschäftsjahr 2008	1 202	–2 055
Pro-forma-Konzern für das Geschäftsjahr 2008	**1 226**	**–2 235**

* Operative Erträge enthalten: Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Handelsergebnis, Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option, Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, sonstiges betriebliches Ergebnis

Die operativen Erträge und Ergebnisse der Sachsen LB vom 1. Januar bis 6. März 2008 basieren auf lokalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

Unternehmenszusammenschlüsse 2007.

Im Geschäftsjahr 2007 erwarb die LBBW weitere Anteile an der LI-FI (Leveraged Investment in Financial Institutions). Die Erlangung der Beherrschung erfolgte am 17. September 2007 im Rahmen einer Zeichnung einer Kapitalerhöhung. Der Stimmrechtsanteil der LBBW an der LI-FI betrug damit zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2007 60,95% (Kapitalanteil 58,52%). Die LI-FI stellt einen Sub-Trust dar, der konzipiert wurde, um mit einem Portfolio aus Bankschuldtiteln Renditen zu erzielen. Dieses Portfolio wurde der AfS- und der FVO-Kategorie zugeordnet und zum Fair Value bewertet. Stille Reserven oder Lasten lagen zum Erwerbszeitpunkt damit nicht vor.
Die Anschaffungskosten des Erwerbs betrugen insgesamt 79 Mio. EUR. Dem Erwerb direkt zurechenbare Kosten entstanden nicht. Der aus der Transaktion entstandene Goodwill in Höhe von 17 Mio. EUR wurde vollständig dem Segment Financial Markets zugeordnet. Der Ergebnisbeitrag der LI-FI vom Erwerbszeitpunkt bis zum 31. Dezember 2007 betrug 3 Mio. EUR. Die Ermittlung der Angaben gemäß IFRS 3.67 (f), (h) und IFRS 3.70 war aufgrund unterschiedlicher Reportingstrukturen praktisch undurchführbar. Durch eine weitere Kapitalerhöhung am 25. März 2008 hat die LBBW weitere Anteile in Höhe von 7,67% an der LI-FI erworben. Der Minderheitsanteil am Eigenkapital (Active Units) wurde durch diese Transaktionen um 3 Mio. EUR gesenkt. Es entstand kein Unterschiedsbetrag aus dem Erwerb.

Segmentberichterstattung.

25. Segmente.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird gemäß den Vorschriften des IAS 14 erstellt. Das primäre Segmentberichtsformat bilden dabei die einzelnen Geschäftsfelder innerhalb des LBBW-Konzerns. Zusätzlich erfolgt eine Segmentierung nach geografischen Regionen.

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder innerhalb des LBBW-Konzerns. Die Segmente werden dabei als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Grundlage der Segmentergebnisse sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Controllings und die externen Jahresabschlussdaten.
Das Credit-Investment-Geschäft des LBBW-Konzerns wird zusammen mit den strategischen Dispositionen seit Jahresbeginn 2008 als eigenes Geschäftsfeld geführt und separat im Segmentbericht ausgewiesen. Darüber hinaus wurde die LRI Invest aufgrund des geänderten Geschäftsschwerpunkts vom Segment Retail Clients ins Segment Financial Markets umgegliedert. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen an den neuen Ausweis angepasst.
Die primäre Segmentberichterstattung der LBBW ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment Corporates beinhaltet die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden, Geschäftskunden, Großkunden, Immobilienunternehmen, das internationale Geschäft sowie das Kreditgeschäft mit der öffentlichen Hand. Neben dem klassischen Commercial Banking werden hier auch das Investment Banking und andere Spezialproduktbereiche – insbesondere das Beteiligungsgeschäft, Leasing, Factoring – einbezogen.
- Das Segment Retail Clients umfasst alle Aktivitäten mit Privat-, Anlage-, Private Banking- und Wealth-Management-Kunden sowie die Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion.
- Im Segment Financial Markets sind neben den klassischen Handelsgeschäften sämtliche Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Weiterhin wird die Refinanzierung in diesem Segment gebündelt.
- Im Segment Credit Investment Portfolio/Treasury ist neben dem Ergebnisbeitrag aus strategischen Anlagen im Wesentlichen das konzernweite Kreditersatzgeschäft gebündelt, welches über den Dispositionsausschuss Credit Investment gesteuert wird.
- Das Segment Corporate Items umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den operativen Segmenten enthalten sind. Dazu zählen vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen sowie der nicht auf andere Segmente verteilte Erfolg aus der zentralen Anlage der Eigenmittel.
- In der Spalte Sonstiges/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst. Zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.
Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Im Zinsergebnis ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.
Das Handelsergebnis umfasst auch das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.
Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.
Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.
Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen (EAV) und dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen in einer Position zusammengefasst.
Das Segmentvermögen beinhaltet die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich des Risikovorsorgebestands, positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte, Finanzanlagen, Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen, aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment, immaterielle Vermögenswerte und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.
Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten, negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, Handelspassiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten sowie die Position passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment.
Die Berechnung des gebundenen Eigenkapitals auf Basis einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung in den Segmenten wurde erstmalig im Jahr 2008 vom bisherigen bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I (KWG) auf die Solvabilitätsverordnung (SolvV) umgestellt.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments errechnet sich aus dem Ergebnis vor Steuern (ohne Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen) bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapital. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den operativen Erträgen.

Die im Jahr 2008 erfolgte Übernahme und Integration der ehemaligen Sachsen LB sowie der LBBW Bank CZ in den LBBW-Konzern ist in der Segmentberichterstattung erstmalig enthalten. Darüber hinaus wurde die Segmentberichterstattung an Änderungen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2007 aufgrund von Sachverhalten gemäß IAS 8 angepasst.
Die Entwicklung der Segmentergebnisse 2008 stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	Corporates[6]		Retail Clients[7]		Financial Markets		Credit Investment Portfolio/Treasury		Corporate Items		Sonstiges/ Konsolidierung		LBBW-Konzern	
Mio. EUR	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Zinsergebnis	1 036	837	386	401	167	172	223	206	–73	162	609	367	2 348	2 145
Provisionsergebnis	314	263	244	261	74	82	20	34	2	8	–105	–64	549	584
Handelsergebnis[1]	–4	9	0	0	592	311	–2 218	–553	3	–6	–429	–417	–2 057	–656
Sonstiges betriebliches Ergebnis[2]	203	203	1	3	–15	9	–1	29	168	22	6	–52	361	213
Operative Erträge	**1 549**	**1 313**	**631**	**665**	**817**	**573**	**–1 976**	**–283**	**100**	**186**	**80**	**–167**	**1 201**	**2 286**
Verwaltungsaufwendungen	–598	–584	–500	–478	–358	–331	–132	–94	–192	–156	–9	–2	–1 789	–1 646
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–472	–108	–58	–55	–157	–20	–195	11	–44	–12	23	–2	–903	–186
Finanzanlageergebnis und andere Posten[3]	–92	82	0	0	–28	–7	–850	–298	47	39	–46	75	–969	–109
Operatives Ergebnis	**387**	**703**	**73**	**132**	**274**	**215**	**–3 153**	**–665**	**–89**	**57**	**48**	**–96**	**–2 460**	**345**
Restrukturierungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	–109	–11	0	0	–109	–10
Ergebnis vor Steuern	387	703	73	132	274	215	–3 153	–665	–198	46	48	–96	–2 569	335
Segmentvermögen[4]	103 360	81 902	35 711	32 477	159 580	183 499	107 125	96 076	31 213	21 971	2 778	22 751	439 767	438 676
Segmentverbindlichkeiten	27 790	24 368	13 406	12 867	283 739	278 570	38 537	45 967	13 906	16 497	49 039	40 022	426 417	418 291
Anrechnungspflichtige Positionen	71 951	67 452	14 232	16 945	30 881	39 701	45 039	35 850	21 403	30 550	-6 056	903	177 450	191 402
Gebundenes Eigenkapital	3 598	3 373	712	847	1 544	1 985	2 252	1 793	1 847	1 344	-303	45	9 650	9 386
RoE (in %)[5]	**10,7 %**	**20,8 %**	**10,3 %**	**15,6 %**	**17,7 %**	**10,8 %**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**<0 %**	**3,7 %**
CIR (in %)	**38,6 %**	**44,5 %**	**79,2 %**	**71,9 %**	**43,8 %**	**57,8 %**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**>100 %**	**72,0 %**

1) Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden als Teil des Handelsergebnisses ausgewiesen.

2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

3) Beinhaltet die GuV-Posten Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus EAV und Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen. Im Jahr 2008 sind aus dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen 4 Mio. EUR im Segment Corporates und 10 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) im Segment Corporate Items enthalten.

4) Im Jahr 2008 sind im Segment Corporates 87 Mio. EUR und im Segment Corporate Items 219 Mio. EUR (Vorjahr: 131 Mio. EUR) Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen enthalten.

5) Ohne Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen.

6) Inklusive Kapitalbeteiligungen.

7) Inklusive Sparkassenzentralbankfunktion.

Das Ergebnis des **LBBW-Konzerns** ist im Jahr 2008 durch gegenläufige Entwicklungen geprägt. Die Erträge der drei **operativen Segmente** zeigten sich mit 3,0 Mrd. EUR als starke Größe und weisen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 17,5 % auf. Dieser positiven Entwicklung stehen jedoch erste Auswirkungen aus dem Abschwung der Realwirtschaft gegenüber, die zu einem deutlichen Anstieg in der Risikovorsorge für das klassische Kreditgeschäft führten. Ebenfalls belastend wirkten in 2008 die Marktverwerfungen infolge der Finanzmarktkrise, die insbesondere das Kreditersatzgeschäft des Konzerns tangierten. Unter Berücksichtigung dieser Belastungen sowie den integrationsbedingten Restrukturierungsaufwendungen (–109 Mio. EUR) ergibt sich für das Geschäftsjahr 2008 erstmalig ein negatives IFRS-Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von – 2 569 Mio. EUR (Vorjahr: 335 Mio. EUR).
Die operativen Erträge des Segments **Corporates** weisen ein deutliches Wachstum von 18,0 % bzw. 236 Mio. EUR auf. Getragen wurde diese Entwicklung einerseits von einem erfolgreichen Ausbau des Mittelstandsgeschäfts (verstärkte Kreditvergabe) sowie andererseits durch gestiegene Provisionseinnahmen aus Spezial- und Kapitalmarktfinanzierungen. Die Verwaltungsaufwendungen des Segments verbleiben mit 598 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Die konjunkturelle Eintrübung zum Jahresende schlägt sich jedoch in einem deutlich erhöhten Risikovorsorgebedarf im klassischen Kreditgeschäft sowie Abschreibungen auf Kapitalbeteiligungen im Finanzanlageergebnis nieder. Insgesamt ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 387 Mio. EUR nach 703 Mio. EUR im Vorjahr.
Im Segment **Retail Clients** belaufen sich die operativen Erträge auf 631 Mio. EUR. Trotz starkem Wettbewerbsdruck und allgemein hoher Zurückhaltung der Privatanleger – vor allem im Wertpapiergeschäft – liegen die Erträge nur leicht unter Vorjahresniveau (– 5,0 %). Das neue Geschäftsfeld Wealth Management ist im vierten Quartal 2008 planmäßig gestartet. Gestiegene Verwaltungsaufwendungen, die im Wesentlichen auf gesetzliche bzw. strategische Projekte zurückzuführen sind, sowie eine leicht erhöhte Risikovorsorge führen zu einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 73 Mio. EUR (Vorjahr: 132 Mio. EUR).
Besonders erfolgreich war der Geschäftsverlauf im Segment **Financial Markets**, in welchem die operativen Erträge um 42,5 % zugelegt haben. Zwar hat die Finanzmarktkrise auch hier Spuren hinterlassen, dies konnte jedoch durch Zuwächse im kundenorientierten Kapitalmarktgeschäft überkompensiert werden. Hiervon profitierte vor allem das Geldmarktgeschäft sowie das Zinsderivate-, Devisen- und Bondemissionsgeschäft. Im gestiegenen Verwaltungsaufwand schlagen sich Kosten im Zusammenhang mit der Wachstumsstrategie nieder. Trotz unerwarteter Verluste durch den Ausfall von Kontrahenten (überwiegend isländische Banken), die zu einer deutlich erhöhten Kreditrisikovorsorge führten, konnte das Ergebnis vor Steuern signifikant um 27,4 % auf 274 Mio. EUR gesteigert werden.
Die Ergebnisentwicklung des Segments Credit Investment Portfolio/Treasury ist im Jahr 2008 wesentlich durch die Verwerfungen an den Kredit- und Zinsmärkten bestimmt. Insbesondere die Ausweitung der Credit Spreads bei Credit Default Swaps und Wertpapieren (insbesondere Verbriefungen) infolge der Verschärfung der Finanzmarktkrise führten zu hohen Bewertungsverlusten und Impairments.

Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		Amerika		Asien		Sonstige/ Konsolidierung		LBBW-Konzern	
Mio. EUR	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Operative Erträge	1 820	2 116	– 869	217	81	18	67	14	102	– 79	1 201	2 286
Ergebnis vor Steuern	–1 203	397	–1 549	– 35	–127	–14	43	10	266	– 23	– 2 569	335
Segmentvermögen	393 159	386 951	46 867	50 587	17 586	21 187	2 394	4 707	– 20 239	– 24 756	439 767	438 676
Segmentverbindlichkeiten	378 866	365 154	46 969	49 019	17 174	20 695	2 490	4 728	–19 083	– 21 305	426 417	418 291

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

26. Zinsergebnis.

Im Zinsergebnis sind neben den Zins- und laufenden Erträgen sowie den Zinsaufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten enthalten. Die Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten sind ebenfalls im Zinsergebnis erfasst. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	2008	2007
Operatives Zinsergebnis	2 189	1 915
Laufende Erträge	125	162
Vorfälligkeitsentschädigungen	17	54
Ergebnis aus der Gewinnabführung und der Verlustübernahme	17	14
Zinsergebnis	**2 348**	**2 145**

Das operative Zinsergebnis für das Geschäftjahr enthält im Wesentlichen Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften 14 606 Mio. EUR, Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen 7 822 Mio. EUR, Zinsaufwendungen für Kundeneinlagen – 8 671 Mio. EUR, Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten – 7 506 Mio. EUR sowie sonstige Zinsaufwendungen – 4 294 Mio. EUR.
Zudem wird unter dem operativen Zinsergebnis das Ergebnis aus Finanzierungsleasingverhältnissen (Leasinggeber) mit 240 Mio. EUR (Vorjahr: 204 Mio. EUR) ausgewiesen.
Aus den laufenden Erträgen entfallen 54 Mio. EUR (Vorjahr: 115 Mio. EUR) auf Erträge aus Dividenden.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurden im Berichtsjahr aus der Barwerterhöhung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) Zinsen in Höhe von 70 Mio. EUR (Vorjahr: 83 Mio. EUR) ermittelt.
Im Zinsergebnis ist ein Effekt in Höhe von 233 Mio. EUR aus der Umkategorisierung von Wertpapieren aus den Handelsaktiva in Forderungen enthalten.
Die Zinsergebniszusammensetzung der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten ist wie folgt:

Mio. EUR	2008	2007
Zinserträge	21 238	19 141
Zinsaufwendungen	– 20 664	– 17 913
	574	**1 228**

Die Erhöhung der Zinserträge und -aufwendungen sind insbesondere auf die gestiegenen kurzfristigen Zinsen für Kapitalanlagen und -aufnahmen zurückzuführen. Kurzfristige Kapitalaufnahmen dienen unter anderem zur Refinanzierung von erworbenen Commercial Papers, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Aufgrund dieser Kategorisierung sind Zinserträge aus diesen Wertpapieren in der vorherigen Tabelle nicht enthalten. Zinserträge und -aufwendungen steigen daher auch nicht im gleichen Verhältnis.

27. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns wie folgt dar:

Mio. EUR	2008	2007
Nettozuführung inklusive Rückstellungen im Kreditgeschäft	–850	–167
Direkte Forderungsabschreibung	–63	–33
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	15	19
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	–5	–5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**–903**	**–186**

Die Nettozuführung setzt sich zusammen aus der Zuführung zur Risikovorsorge –1 242 Mio. EUR, Auflösung 421 Mio. EUR und der Nettozuführung bei Rückstellungen im Kreditgeschäft –28 Mio. EUR.
Die Zunahme der Nettozuführung war primär durch den in der zweiten Jahreshälfte verstärkt einsetzenden Transmissionseffekt bedingt, welcher die Verwerfungen aus der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft verursacht. Die Kreditrisikovorsorgezuführung entfällt mit rund –260 Mio. EUR auf die Schieflage des isländischen Bankensystems sowie mit rund –75 Mio. EUR auf das Lehman Engagement.

28. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	2008	2007
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	137	123
Wertpapier- und Depotgeschäft	133	149
Vermittlungsgeschäft	129	97
Kredit- und Avalgeschäft	100	142
Treuhandgeschäft	–2	13
Leasinggeschäft	–3	–3
Sonstiges	55	63
Provisionsergebnis	**549**	**584**

Der Rückgang des Wertpapier- und Depotgeschäfts wurde maßgeblich durch die Börsenentwicklung beeinflusst. Die Veränderung des Kredit- und Avalgeschäfts ist unter anderem auf erhöhte Aufwendungen aus Bürgschaften und Risikoabschirmung der ehemaligen Sachsen LB sowie gestiegene Provisionen für Hypothekenwertermittlung zurückzuführen.
In dem sonstigen Provisionsergebnis sind im Wesentlichen Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.
Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten beträgt 2 Mio. EUR (Vorjahr: –7 Mio. EUR).

29. Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

In dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen werden ausschließlich die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Hedge Accountings ausgewiesen. Nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügende Sicherungsgeschäfte werden hinsichtlich ihrer Ergebniswirkung im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	2008	2007
Portfolio-Fair-Value-Hedge	–28	–21
davon Grundgeschäft	–465	180
davon Sicherungsinstrument	437	–201
Mikro-Fair-Value-Hedge	3	–3
davon Grundgeschäft	347	–105
davon Sicherungsinstrument	–344	102
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	**–25**	**–24**

30. Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungsergebnisse und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus ökonomischen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	2008	2007
Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften	–1 326	–636
Ergebnis aus Aktiengeschäften	–137	58
Ergebnis aus Devisengeschäften	–27	53
Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten	46	23
Ergebnis aus Zinsgeschäften	58	–100
Handelsergebnis	**–1 386**	**–602**

Die Ergebnisse aus Kreditderivaten, insbesondere aus Geschäften mit Single-Name Credit Default Swaps und Credit Default Swaps aus Collaterized Debt Obligations, sind im Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften ausgewiesen. Im Wesentlichen beinhaltet das Ergebnis aus bonitätsinduzierten Geschäften im Geschäftsjahr 2008 Bewertungskorrekturen bei Kreditderivaten in Höhe von –1 478 Mio. EUR.

Im Ergebnis aus Aktiengeschäften sind die realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus dem Handel mit Aktien und Aktienderivaten enthalten.
Das Ergebnis aus Devisengeschäften enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen, Devisen-Futures und der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder -verbindlichkeiten.
Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen beläuft sich auf –866 Mio. EUR (Vorjahr: 1 095 Mio. EUR). Dieser Betrag enthält nicht die Währungsumrechnungsdifferenzen von Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Wert bewertet werden.
Hinsichtlich der Höhe der als separater Posten im Eigenkapital eingestellten Umrechnungsdifferenzen wird auf Note 62 verwiesen.
Das Ergebnis aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und Handelsderivaten enthält unter anderem das Ergebnis aus der Bewertung derivativer Finanzinstrumente, insbesondere aus OTC-Zinsderivaten, die nicht dem Handelsbuch angehören und nicht für das Hedge Accounting qualifizieren.
Das Ergebnis aus Zinsgeschäften resultiert insbesondere aus Kursgewinnen und -verlusten von Geschäften mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Zinsderivaten.
Im Handelsergebnis enthaltene Bewertungsergebnisse (inklusive Commercial Papers) wurden in Höhe –92 Mio. EUR auf der Basis von Bewertungsmodellen, deren Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, ermittelt.
Das Handelsergebnis enthält –15 Mio. EUR Aufwendungen des ersten Halbjahres aus umkategorisierten Wertpapieren.

31. Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Handelsbeständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen werden dem Provisionsergebnis zugeordnet.

Mio. EUR	2008	2007
Realisiertes Ergebnis	–190	79
Unrealisiertes Ergebnis	–456	–109
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	**–646**	**–30**

Die Veränderung des Fair Values der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos im unrealisierten Ergebnis beträgt im laufenden Geschäftsjahr 248 Mio. EUR (Vorjahr: 38 Mio. EUR). Davon entfallen 169 Mio. EUR (Vorjahr: 20 Mio. EUR) auf Änderungen in Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität. Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderung werden die Wertänderungen des strukturierten Finanzinstruments und des gegenläufigen Derivats saldiert. Grundlage für die Ermittlung des Fair Values für das eingebettete Derivat und das Finanzinstrument sind die Regelungen der Stellungnahme IDW RS HFA 9.

Das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option beinhaltet – 423 Mio. EUR Bewertungsergebnisse, die anhand von Bewertungsmodellen, in denen keine beobachtbaren Marktdaten Berücksichtigung fanden, ermittelt wurden.

32. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungsergebnisse und Wertminderungen von AfS- und LaR-Wertpapieren sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten und an nicht at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Ebenso sind Zuschreibungen auf Finanzanlagen nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	2008	2007
Veräußerungsergebnis	36	92
davon Wertpapiere (AfS)	29	3
davon Beteiligungen (AfS)	8	108
davon sonstige Finanzanlagen (AfS)	–1	–19
Wertminderung	–831	–214
Zuschreibungen	1	0
Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS)	**–794**	**–122**
Veräußerungsergebnis	41	6
davon Wertpapiere (LaR)	41	8
davon sonstige Finanzanlagen (LaR)	0	–2
Wertminderung und andere unrealisierte Aufwendungen	–229	–2
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	**–188**	**4**
Ergebnis aus Finanzanlagen	**–982**	**–118**

Das Ergebnis aus Finanzanlagen beinhaltet im Wesentlichen die aus der Finanzmarktkrise resultierenden Wertminderungen (Impairments) auf AfS- bzw. LaR-kategorisierte Verbriefungen und Anleihen in Höhe von – 907 Mio. EUR. Die Wertminderungen entfielen dabei mit etwa – 225 Mio. EUR auf Lehman Brothers und Washington Mutual sowie mit ca. –125 Mio. EUR auf die Schieflage des isländischen Bankensystems.

In dem Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS) sind Aufwendungen in Höhe von 321 Mio. EUR (Vorjahr: 48 Mio. EUR) enthalten, die im Rahmen von Wertberichtigungen (Impairments) der Finanzinstrumente dem Eigenkapital entnommen und in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt wurden.

33. Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen.

Mio. EUR	2008	2007
Erträge aus at Equity bilanzierten Unternehmen	17	10
Aufwendungen aus at Equity bilanzierten Unternehmen	–1	0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	**16**	**10**

34. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Mio. EUR	2008	2007
Mieterträge	127	141
Erträge aus dem Abgang	10	10
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	–39	–45
Ergebnis aus Fair-Value-Änderungen	152	28
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**250**	**134**

Der Anstieg des Ergebnisses aus Fair-Value-Änderungen resultiert aus der Veränderung von Parametern (Dynamisierung der Marktmiete, Leerstands- und Mietausfallkosten, Diskontierungszinssätze), die der Berechnung der Bewertung zugrunde liegen.

35. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen. Die jeweiligen Positionen gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	2008	2007
Löhne und Gehälter	–749	–735
Soziale Abgaben	–112	–106
Nettozuführungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	–111	–102
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–8	–9
Aufwendungen für Altersvorsorge (Beitragsorientierte Pläne)	–6	–6
Sonstige Personalaufwendungen	–26	–11
Personalaufwand	**–1 012**	**–969**
EDV-Kosten	–140	–142
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	–85	–78
Raumkosten	–74	–68
Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen	–64	–56
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–54	–49
Verbands- und sonstige Beiträge	–51	–23
Honorare des Abschlussprüfers	–11	–15
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	–174	–129
Andere Verwaltungsaufwendungen	**–653**	**–560**
Abschreibungen Sachanlagen	–76	–69
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte	–48	–48
Abschreibungen	**–124**	**–117**
Verwaltungsaufwendungen	**–1 789**	**–1 646**

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altervorsorge hat das Unternehmen 2008 58 Mio. EUR beziehungsweise 62 Mio. EUR im Jahr 2007 für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und als Aufwand unter den sozialen Abgaben erfasst. Der Zuwachs der Verwaltungsaufwendungen ist vorrangig auf die Integration der ehemaligen Sachsen LB und die erstmalige Konsolidierung der mit ihr im Zusammenhang stehenden Tochtergesellschaften zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten in der Unterposition Personalaufwand ein Mitarbeiteraufbau in den strategischen Wachstumsfeldern sowie die erforderliche Mehrdotierung der Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit dem anstehenden Neuabschluss des Tarifvertrages für das Bankgewerbe aufwandserhöhend. Entlastend wirkte im Personalaufwand hingegen der Wegfall einer Bildung von Rückstellungen für freiwillig leistungsorientierte Zahlungen für das Geschäftsjahr 2008.

Die Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Aufwendungen für Kraftfahrzeuge, Kopierer und Faxgeräte. In den Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen sind Mindestleasingzahlungen in Höhe von –64 Mio. EUR (Vorjahr: –56 Mio. EUR) enthalten. Die Leasingverträge beinhalten in der Regel keine Verlängerungs- und Kaufoptionen.

Die LBBW hat in den kommenden Jahren als Leasingnehmer aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

Mio. EUR	2008	2007
Laufzeit bis zu 1 Jahr	32	31
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	117	70
Laufzeit über 5 Jahre	43	56
	192	**157**

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers in Höhe von –11 Mio. EUR setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2008	2007
Abschlussprüfung	–7	–7
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	–2	–3
Steuerberatungsleistungen	–1	–1
Sonstige Leistungen	–1	–4
Honorar des Abschlussprüfers	**–11**	**–15**

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten unter anderem Aufwendungen für Büro- und Kraftfahrzeugkosten in Höhe von 24 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) sowie Porto-, Transport- und Kommunikationskosten in Höhe von 26 Mio. EUR (Vorjahr: 27 Mio. EUR).

36. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Das sonstige betriebliche Ergebnis stellt sich, getrennt nach Erträgen und Aufwendungen, wie folgt dar:

Mio. EUR	2008	2007
Erträge aus der Veräußerung von Umlaufvermögen	506	201
Erträge aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	31	16
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	30	30
Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen	16	11
Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen	15	13
Erträge aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	4	12
Übrige betriebliche Erträge	115	80
Sonstige betriebliche Erträge	**717**	**363**
Aufwendungen aus der Veräußerung von Umlaufvermögen	–476	–164
Aufwendungen für sonstige Steuern	–11	–8
Zuführung zu anderen Rückstellungen	–10	–19
Aufwendungen aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	–9	–6
Betriebliche Aufwendungen zur Erzielung von Dienstleistungserlösen	–7	–7
Abschreibungen aus Operating-Leasingverhältnissen	–3	–3
Aufwendungen aus Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	–2	–3
Übrige betriebliche Aufwendungen	–88	–74
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**–606**	**–284**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	**111**	**79**

Der Anstieg der Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Umlaufvermögen ist zum einen auf die Fertigstellung eines größeren Bauprojektes sowie zum anderen auf eine Bruttodarstellung im aktuellen Jahr (Vorjahr: Betragsaldierung von 130 Mio. EUR) zurückzuführen.
Die Erträge und Aufwendungen aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände betreffen Grundstücke und Gebäude, die zur Veräußerung bestimmt sind und in den Vorräten unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen werden.

In den auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und immateriellen Vermögenswerte entfallenden Erträgen sind 3 Mio. EUR Veräußerungsgewinne (Vorjahr: 11 Mio. EUR) sowie 1 Mio. EUR Mieterträge (Vorjahr: 1 Mio. EUR) enthalten.
Die Aufwendungen aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten betreffen mit 2 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) Verkaufsverluste im Zusammenhang mit der Veräußerung von Sachanlagen.
Es ergeben sich folgende Mindestleasingzahlungen für die LBBW als Leasinggeber aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen:

Mio. EUR	2008	2007
Laufzeit bis zu 1 Jahr	3	3
Laufzeit länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	12	6
Laufzeit über 5 Jahre	23	6
	38	**15**

37. Restrukturierungsaufwendungen.

Mio. EUR	2008	2007
Laufender Aufwand aus Restrukturierungsmaßnahmen	–63	–5
Aufwand aus der Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	–46	–7
Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	0	2
Restrukturierungsaufwendungen	**–109**	**–10**

Die um –99 Mio. EUR auf –109 Mio. EUR angestiegenen Restrukturierungsaufwendungen resultieren aus der Integration der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP). Sie enthalten insbesondere Aufwendungen für damit im Zusammenhang stehende Personalmaßnahmen und die systemtechnische Migration.

38. Ertragsteuern.

Der Ertrag beziehungsweise die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2008	2007
Laufender Ertragsteueraufwand	–7	–67
Ergebnis aus Ertragsteuern aus früheren Jahren	–78	46
	–85	**–21**
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	0	14
Ergebnis aus latenten Ertragsteuern	599	12
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	101	1
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	–41	–14
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	116	20
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	31	19
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	**514**	**–9**

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	2008	2007
Konzernergebnis vor Steuern	**-2 569**	**335**
Anzuwendender Steuersatz	30,36 %	38,92 %
Rechnerische Ertragsteuer	**780**	**–128**
Steuereffekte		
Aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	–240	–114
Aus permanenten Steuereffekten	–90	–83
Aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	–31	–2
Aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	–56	42
Aus vorgenommenen Wertkorrekturen	–15	6
Aus Steuersatzänderungen	–14	25
Aus nicht anrechenbaren Ertragsteuern (Quellensteuern und ausländische Steuern)	-6	–4
Aus steuerfreien Erträgen	191	210
Aus sonstigen Unterschieden	–5	39
Ertragsteuerertrag (+)/Ertragsteueraufwand (–)	**514**	**–9**

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % (2007: 25 %) einschließlich dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (2007: 5,5 %) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,53 %). Der Gewerbesteuersatz 2007 betrug 17,03 %. Die Gewerbesteuer ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2008 nicht mehr abzugsfähig, dafür wurde die Steuermesszahl auf 3,5 % gesenkt.
Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,36 %. Die latenten Steuerpositionen werden mit demselben Konzernsteuersatz bewertet. Aus der Steuersatzänderung ergab sich im Geschäftsjahr 2007 ein einmaliger Steuerertrag von 24,5 Mio. EUR.
Im Geschäftsjahr 2008 wurden steuerlich nicht abzugsfähige Teilwertabschreibungen auf Liquiditätsreservebestände vorgenommen und verschiedene Beteiligungen wertgemindert. Diese wurden in der Überleitung unter der Position Steuereffekte aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben in Höhe von –103 Mio. EUR (Vorjahr: – 25 Mio. EUR) berücksichtigt.
Die Auswirkungen von sonstigen nicht abziehbaren Betriebsausgaben beinhalten insbesondere Steuereffekte aus dem Saldo nicht abzugsfähiger »Interbranch Expenses« und steuerfreien »Interbranch Income« (amerikanische Betriebsstätte der LBBW) in Höhe von – 65 Mio. EUR (Vorjahr: –13 Mio. EUR).

Aufgrund der erfolgswirksamen Wertunterschiede bei den Anteilen und Beteiligungen an Kapitalgesellschaften zwischen IFRS-Buch- und Steuerwerten ergeben sich Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur in Höhe von –113 Mio. EUR (Vorjahr: – 74 Mio. EUR) insbesondere wegen der Regelungen des § 8b KStG.
Zusätzliche Ertragsteuereffekte in Höhe von – 31 Mio. EUR (Vorjahr: –12 Mio. EUR) ergeben sich aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze in den einzelnen Ländern der ausländischen Gesellschaften, welche zwischen 0 % und 45,96 % liegen. Die Veränderung ist auf Ergebnisse aus ausländischen Einheiten in niedrig besteuerten Ländern zurückzuführen.
Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthalten im Wesentlichen 52 Mio. EUR aus untergegangenen steuerlichen Verlustvorträgen aus der Anwachsung der Sachsen LB und der Verschmelzung der LRP und Änderungen bei Verlustvorträgen – 27 Mio. EUR.
Die Zeile steuerfreie Erträge enthält alle Effekte von in- und ausländischen Gesellschaften, wie beispielsweise steuerfreie Erträge in Zusammenhang mit der Veräußerung diverser Anteile in Höhe von 86 Mio. EUR (Vorjahr: 103 Mio. EUR) sowie steuerfreie Dividendeneinkünfte in Höhe von 33 Mio. EUR (Vorjahr: 37 Mio. EUR).
Die Zeile Steuereffekte aus sonstigen Unterschieden enthält im Wesentlichen Hinzurechnungen und Kürzungen für lokale Steuern in Höhe von – 23 Mio. EUR (Vorjahr: 28 Mio. EUR).

Für folgende Verlustvorträge wurden keine latenten Steuern angesetzt:

Mio. EUR	2008	2007
Nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	214	67
davon unverfallbar	214	67

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IAS/IFRS und den Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar.
Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
Mio. EUR	2008	2007	2008	2007
Aktivposten				
Forderungen (inkl. Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	220	141	-391	-223
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	-983	-132
Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	2 400	351	-3 237	-1 840
Finanzanlagen	3 405	464	-250	-580
Immaterielle Vermögenswerte	5	2	-46	-1
Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	54	79	-250	-79
Sonstige Aktiva	385	35	-6	-11
Passivposten				
Verbindlichkeiten	159	65	-4 856	-81
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1 227	91	0	0
Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	2 362	1 598	0	-65
Rückstellungen	205	178	-49	-34
Sonstige Passiva	375	55	-43	0
Verlust- und Zinsvorträge	661	93	-	-
Sonstiges	0	31	-	-
Saldierung	-9 923	-2 782	9 923	2 782
	1 535	**401**	**-188**	**-264**
davon erfolgswirksame Veränderungen	7 948	-581	-7 349	594
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Neubewertungsrücklage	423	87	36	20
davon erfolgsneutrale Veränderung in der Gewinnrücklage (IAS 19)	0	0	30	-53
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	-98	-3	220	-3
Veränderung des Geschäftsjahres	**8 273**	**-497**	**-7 063**	**558**

Die sonstigen erfolgsneutralen Veränderungen sind im Wesentlichen auf den Erwerb der Sachsen LB und Anpassungen gemäß IAS 8 zurückzuführen.
Der Überhang an aktiven über die passiven latenten Steuern beträgt 1 347 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR). Die Nutzung dieses Steuervorteils wurde durch eine entsprechende Planungsrechnung belegt, welche auf dem stabilen und nachhaltigen Geschäftsmodell der LBBW beruht. Insgesamt sprechen mehr Gründe für die Werthaltigkeit des Steuervorteiles (»More likely than not«).

39. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39-Kategorien gegliederten Nettogewinne beziehungsweise -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen beziehungsweise -verlusten, Änderungen im Fair Value, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro-Fair-Value-Hedges.

Mio. EUR	2008	2007
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	–1 386	–602
Erfolgswirksam zum Fair Value eingestufte finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	–646	–30
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	–200	–327
Kredite und Forderungen	–292	–681
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Restbuchwert bewertet werden	–1 472	796

40. Wertminderungsaufwendungen finanzieller Vermögenswerte nach Klassen.

Mio. EUR	2008	2007
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	–257	2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	–627	–188
davon Forderungen aus Finanzierungsleasing	–44	–28
Finanzanlagen (LaR)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	–228	–2
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	–1	0
Finanzanlagen (AfS)		
aus zinstragenden Vermögenswerten	–652	–203
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	–178	–10
	–1 943	**–401**

Angaben zur Bilanz.

41. Barreserve.

Die Barreserve gliedert sich in folgende Positionen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3 298	1 301
Kassenbestand	146	167
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	36	9
Barreserve	**3 480**	**1 477**

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken sind Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in Höhe von 3 137 Mio. EUR (Vorjahr: 1 154 Mio. EUR) enthalten.

42. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Schuldscheindarlehen	44 280	44 832
Geldmarktgeschäfte	24 614	42 922
Wertpapierpensionsgeschäfte	18 572	23 658
Weiterleitungsdarlehen	14 551	9 961
Sonstige Kredite	12 098	8 118
Kommunalkredite	5 156	11 449
Übrige Forderungen	1 133	2 703
Forderungen an Kreditinstitute	**120 404**	**143 643**
Risikovorsorge	– 266	– 15
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	**120 138**	**143 628**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kreditinstitute	89 265	97 761
Ausländische Kreditinstitute	31 139	45 882
Forderungen an Kreditinstitute	**120 404**	**143 643**

Die Geldmarktgeschäfte verringerten sich um 18 308 Mio. EUR als Folge eines deutlich zurückgefahrenen Interbankengeschäfts.

43. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Kredite	54 848	41 879
Kommunalkredite	30 595	25 358
Geldmarktgeschäfte	16 731	20 174
Baufinanzierungen	14 331	14 034
Hypothekendarlehen	12 624	9 886
Giroforderungen	5 472	3 034
Weiterleitungsdarlehen	4 490	3 031
Forderungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen	4 466	4 546
Schuldscheindarlehen	2 445	6 054
Übrige Forderungen	3 940	18 412
Forderungen an Kunden	**149 942**	**146 408**
Risikovorsorge	– 2 279	– 1 951
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	**147 663**	**144 457**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kunden	96 070	96 669
Ausländische Kunden	53 872	49 739
Forderungen an Kunden	**149 942**	**146 408**

Für die LBBW als Pensionsnehmer bestanden zum 31. Dezember 2008 1 021 Mio. EUR (Vorjahr: 17 982 Mio. EUR) Forderungen an Kunden aus echten Pensionsgeschäften. Für die in dem Posten enthaltenen Forderungen aus Finanzierungsleasingverhältnissen ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Bruttoinvestitionswert	**5 089**	**5 122**
./. unrealisierter Finanzertrag	– 623	– 576
= Nettoinvestitionswert	**4 466**	**4 546**
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	– 83	– 27
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	**4 383**	**4 519**

Restlaufzeiten der Bruttoinvestitionswerte und der Barwerte der ausstehenden Mindestleasingzahlungen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Restlaufzeit der Bruttogesamtinvestitionen		
Bis zu 1 Jahr	1 483	1 899
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3 094	3 023
Über 5 Jahre	512	200
Restlaufzeit der Barwerte der Mindestleasingzahlungen		
Bis zu 1 Jahr	1 256	1 655
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 713	2 699
Über 5 Jahre	414	165

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finanzierungsleasingverhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, sowie jegliche garantierte Restwerte.
Der Nettoinvestitionswert setzt sich zu Vertragsbeginn aus dem beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes und den aktivierten Vertragsanlaufkosten zusammen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswertes, wobei die Abzinsung mit dem dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatz aus Sicht des Leasinggebers (interner Zinssatz) erfolgt.
Die Finanzierungsleasingverträge umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrages handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte beziehungsweise Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den Leasinggegenstand für Rechnung des Leasinggebers zu versichern. Eine ordentliche Kündigung ist während der Vertragslaufzeit ausgeschlossen. Aus wichtigem Grund können die Leasingverträge gemäß den gesetzlichen Vorschriften von beiden Seiten fristlos gekündigt werden.

Unter den Forderungen an Kunden sind Vorauszahlungen in Höhe von 187 Mio. EUR (Vorjahr: 213 Mio. EUR) ausgewiesen. Das Volumen entliehener Wertpapiere im Rahmen von Wertpapierleihen betrug im Geschäftsjahr 193 Mio. EUR (Vorjahr: 257 Mio. EUR).

44. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing
Stand 1. Januar 2008	0	1 633	88	15	318	17
Nettoauflösung(–)/-zuführung(+)	250	585	42	4	–18	2
Verbrauch	0	–199	–15	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	1	–46	2	–4	6	–2
Stand 31. Dezember 2008	**251**	**1 973**	**117**	**15**	**306**	**17**

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	davon aus Finanzierungsleasing
Stand 1. Januar 2007	2	1 869	69	3	283	16
Nettoauflösung(–)/-zuführung(+)	–2	169	27	1	–15	1
Verbrauch	0	–331	–46	0	–4	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	–74	38	11	54	0
Stand 31. Dezember 2007	**0**	**1 633**	**88**	**15**	**318**	**17**

Die wechselkursbedingte und sonstige Veränderung enthält 2008 im Wesentlichen Unwindingeffekte in Höhe von –70 Mio. EUR und gegenläufig wirkend 26 Mio. EUR aus Konsolidierungskreisänderungen.
Die kumulierte Risikovorsorge für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen betrug zum Abschlussstichtag –63 Mio. EUR (Vorjahr: –56 Mio. EUR).
Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft belaufen sich auf insgesamt 187 Mio. EUR (Vorjahr: 150 Mio. EUR).

45. Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Positive Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	2 024	1 531
Positive Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 296	3 468
Positive Marktwerte aus Cashflow-Hedge	20	3
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**3 340**	**5 002**

Die positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	65	40
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	354	329
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	523	157
Kategorie LaR	10	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54	25
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	334	132
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	479	675
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	225	176
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 296	3 468
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**3 340**	**5 002**

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps und in untergeordnetem Umfang Kreditderivate designiert.

46. Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, sowie weiteren Vermögenswerten auf die Bilanzposten Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte und Finanzanlagen.

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23 668	5 278	89 884
Geldmarktpapiere	13 008	0	1 581
Anleihen und Schuldverschreibungen	10 660	5 278	88 303
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	529	639	96
Aktien	279	550	11
Investmentanteile	250	85	80
Sonstige Wertpapiere	0	4	5
Sonstige	1 617	1 408	0
Schuldscheindarlehen	1 555	753	0
Edelmetalle	62	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	125	0
Übrige	0	530	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	37 332	1 101	0
Beteiligungen	0	0	2 539
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	938
	63 146	**8 426**	**93 457**

31. Dezember 2007	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34 653	2 498	83 294
Geldmarktpapiere	20 506	0	2 729
Anleihen und Schuldverschreibungen	14 147	2 498	80 565
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 335	953	157
Aktien	369	894	7
Investmentanteile	946	54	81
Sonstige Wertpapiere	20	5	69
Sonstige	2 721	1 284	0
Schuldscheindarlehen	2 705	708	0
Edelmetalle	16	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite	0	26	0
Übrige	0	550	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12 387	1 042	0
Beteiligungen	0	0	2 708
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	1 019
	51 096	**5 777**	**87 178**

Der Anstieg der innerhalb der Handelsaktiva ausgewiesenen positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ist insbesondere auf die Entwicklung bei den OTC-Zinsderivaten sowie den Fremdwährungsgeschäften und OTC-Kreditderivaten zurückzuführen. Die Entwicklung der OTC-Zinsderivate resultiert zum Teil aus der Migration der ehemaligen Sachsen LB und zum Teil aus einem Ausbau des Geschäftsvolumens.
Für die der Fair-Value-Option zugeordneten sonstigen Forderungen und Kredite besteht in Bezug auf das Kreditrisiko ein Höchstengagement in Höhe von 125 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR).
Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertpapiere der Handelsaktiva im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko daraus verblieb jedoch beim LBBW-Konzern, daher werden weiterhin alle Wertpapiere in Höhe der Buchwerte von 28 492 Mio. EUR (Vorjahr: 24 932 Mio. EUR) angesetzt. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten betragen – 28 492 Mio. EUR (Vorjahr: – 24 932 Mio. EUR).

Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2008 Wertpapiere, die in den Finanzanlagen erfasst sind, im Rahmen von Pensions- bzw. Wertpapierleihegeschäften an Dritte übertragen. Das Risiko wurde nicht transferiert, es wurde weiterhin ein Vermögenswert in Höhe von 891 Mio. EUR (Vorjahr: 4 862 Mio. EUR) bilanziert. Die mit den weiterhin angesetzten Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten beliefen sich auf – 891 Mio. EUR (Vorjahr: – 5 004 Mio. EUR).
Zum Abschluss von Offenmarktgeschäften hat die LBBW zugunsten der Europäischen Zentralbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 31 347 Mio. EUR (Vorjahr: 28 146 Mio. EUR) abgegeben. Insgesamt betrug das Volumen verliehener Wertpapiere 581 Mio. EUR (Vorjahr: 365 Mio. EUR).
Die Wertpapiere der Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte und der Finanzanlagen gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	17 553	2 782	65 791
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	6 644	3 115	24 166
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	20	22
	24 197	**5 917**	**89 979**

31. Dezember 2007	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	27 118	2 905	64 621
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	8 806	546	17 681
Nicht börsenfähige Wertpapiere	65	63	1 149
	35 988	**3 514**	**83 451**

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen der Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Vermögenswerte sowie der Finanzanlagen teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

31. Dezember 2008	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	2 866	210	5 661
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	7 794	5 068	82 642
	10 660	**5 278**	**88 303**

31. Dezember 2007	Handelsaktiva Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Mio. EUR	Finanzanlagen Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1 142	332	6 670
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	13 005	2 166	73 895
	14 147	**2 498**	**80 565**

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2008 dargestellt:

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2008	1 727	824	2 551
Zugänge	324	111	435
Abgänge	– 25	– 47	– 72
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	137	– 42	95
Stand 31. Dezember 2008	2 163	846	3 009
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2008	– 183	– 95	– 278
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 126	– 4	– 130
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	14	27	41
Stand 31. Dezember 2008	– 295	– 72	– 367
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2008	1 164	290	1 454
Änderungen Fair Value	– 493	– 126	– 619
Stand 31. Dezember 2008	671	164	835
Buchwert zum 31. Dezember 2008	**2 539**	**938**	**3 477**

	Beteiligungen Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2007	1 690	829	2 519
Zugänge	178	119	297
Abgänge	– 49	– 35	– 84
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	– 92	– 89	– 181
Stand 31. Dezember 2007	1 727	824	2 551
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2007	– 189	– 114	– 303
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 3	– 8	– 11
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	9	27	36
Stand 31. Dezember 2007	– 183	– 95	– 278
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2007	712	112	824
Änderungen Fair Value	452	178	630
Stand 31. Dezember 2007	1 164	290	1 454
Buchwert zum 31. Dezember 2007	**2 708**	**1 019**	**3 727**

Die LBBW besitzt indirekt 30,1 % (2007: 29,6 %) an der GLB GmbH & Co. OHG. Aufgrund des gefassten Gesellschaftsvertrags ist ein maßgeblicher Einfluss eines Anteilseigners ausgeschlossen. Die LBBW kann zwar an der Gesamtheit der jeweiligen Entscheidungen in Bezug auf die Geschäfts- und Finanzpolitik mitwirken, aber keinen maßgeblichen Einfluss in ihrem Sinne ausüben, beziehungsweise wesentlich mitbestimmen. Die LBBW besitzt zusätzlich indirekt 20,3 % (2007: 20,3 %) an der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG. Es liegt bei diesem Unternehmensanteil ebenfalls kein maßgeblicher Einfluss vor, da es einen eindeutig beherrschenden Mehrheitsaktionär (HSBC) gibt, kein maßgeblicher Einfluss bei Entscheidungsprozessen besteht, keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zwischen den Parteien und kein Austausch von Führungspersonal sowie keine Bereitstellung bedeutender technischer Informationen stattfindet.

47. At Equity bilanzierte Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Buchwert der assoziierten Unternehmen	277	180
Buchwert der Joint Ventures	53	0
Goodwill aus at Equity bilanzierten Unternehmen	71	6
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	**401**	**186**

Die zusammengefassten Vermögenswerte, Schulden, Erlöse und Periodengewinne beziehungsweise -verluste der at Equity bilanzierten assoziierten Unternehmen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2008 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR	davon Sachsen LB AG[1)] 31.12.2007 Mio. EUR
Summe Aktiva	13 816	62 762	62 095
Summe Passiva	13 033	60 946	60 677
Summe Eigenkapital	783	1 816	1 418
Erlöse	675	5 335	5 492
Periodengewinn/-verlust	55	11	0

[1)] Es handelt sich hierbei um nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellte Angaben der Sachsen LB AG.

Für das at Equity bilanzierte Joint Venture ergeben sich folgende Angaben gemäß IAS 31.56:

Mio. EUR	31.12.2008
Gesamtsumme der kurzfristigen Vermögenswerte	87
Gesamtsumme der langfristigen Vermögenswerte	50
Gesamtsumme der kurzfristigen Schulden	56
Gesamtsumme der langfristigen Schulden	24
Gesamtsumme der Aufwendungen	59
Gesamtsumme der Erträge	69

48. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der immateriellen Vermögenswerte kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2008	510	17	16	2	32	577
Veränderungen im Konsolidierungskreis	12	0	3	44	–1	58
Veränderung aus Währungsumrechnung	–1	0	0	–1	0	–2
Zugänge	79	929	19	33	0	1 060
Umbuchungen	31	0	–14	0	–19	–2
Abgänge	–20	0	–1	0	0	–21
Stand 31. Dezember 2008	**611**	**946**	**23**	**78**	**12**	**1 670**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2008	–455	0	0	0	–9	–464
Veränderungen im Konsolidierungskreis	–4	0	0	0	1	–3
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	–39	0	0	–3	–5	–47
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	–1	–1
Umbuchungen	–7	0	0	0	7	0
Abgänge	19	0	0	0	0	19
Stand 31. Dezember 2008	**–485**	**0**	**0**	**–3**	**–7**	**–495**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2008	55	17	16	2	23	113
Stand 31. Dezember 2008	126	946	23	75	5	1 175
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2007	492	0	9	0	26	527
Veränderung aus Währungsumrechnung	–1	0	0	0	0	–1
Zugänge	29	17	14	2	6	68
Umbuchungen	3	0	–7	0	0	–4
Abgänge	–13	0	0	0	0	–13
Stand 31. Dezember 2007	**510**	**17**	**16**	**2**	**32**	**577**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2007	–425	0	0	0	–4	–429
Planmäßige Abschreibungen	–43	0	0	0	–5	–48
Abgänge	13	0	0	0	0	13
Stand 31. Dezember 2007	**–455**	**0**	**0**	**0**	**–9**	**–464**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2007	67	0	9	0	22	98
Stand 31. Dezember 2007	55	17	16	2	23	113

Goodwill.

Der Buchwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen haben sich in den Geschäftsjahren 2008 und 2007 je Segment wie folgt entwickelt:

	Corporates		Financial Markets		Insgesamt	
Mio. EUR	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Bestand zum 1. Januar	0	0	17	0	17	0
Zugänge	929	0	0	17	929	17
Bestand zum 31. Dezember	**929**	**0**	**17**	**17**	**946**	**17**
Bruttobetrag des Goodwill	929	0	17	17	946	17

Weder in 2007 noch in 2008 kam es zu wesentlichen den Goodwill betreffenden Umbuchungen, Abgängen, Wertminderungen, Wechselkursänderungen oder Umrechnungsdifferenzen. In anderen Segmenten als den oben dargestellten gab es keinen Goodwill.

Im Geschäftsjahr 2008 ist der Zugang beim Goodwill im Segment Corporates auf die Akquisitionen der Sachsen LB und der BAWAG CZ zurückzuführen. Im Zuge dieser Akquisitionen wurde ein Goodwill in Höhe von 919 Mio. EUR bzw. 10 Mio. EUR aktiviert.

Im Geschäftsjahr 2007 ist der Zugang beim Goodwill im Segment Financial Markets mit 17 Mio. EUR auf die Übernahme von LI-FI zurückzuführen.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill.

Zum Jahresende 2008 weisen zwei der fünf Segmente einen Goodwill aus. Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen wird. Der Buchwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird über das der Einheit zugeordnete gebundene Kernkapital bestimmt.

Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die Werthaltigkeitsprüfungen des Goodwill für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 führten zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für alle zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als ihr entsprechender Buchwert.

Erzielbarer Betrag.

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Fair Values abzüglich Verkaufskosten. Die Veräußerungskosten im LBBW-Konzern werden aufgrund von Erfahrungswerten pauschal mit 1 % des Fair Values angesetzt.

Da beobachtbare Marktpreise für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht regelmäßig verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, den der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Dazu zählen Informationen zu Transaktionen und Marktwerten der jüngeren Vergangenheit, die für gleichartige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten in der maßgeblichen Branche beziehungsweise dem maßgeblichen Markt vorliegen sowie insbesondere Bewertungsmethoden wie Discounted-Cashflow- und Ertragswertberechnungen.

Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags wird ein konzerneigenes Ertragswertmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann. Das Ertragswertmodell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Segmentplanungen, die vom Management für einen Dreijahreszeitraum beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden diese über zwei weitere Jahre extrapoliert. Diese Extrapolation bildet die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus, welches auf den Berechnungsstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst wird.

Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus wird von einem konstanten Anstieg ausgegangen. Dabei wird nach Ende der Detailplanungsphase ein Wachstumsabschlag berücksichtigt, welcher zum einen von den spezifischen Wachstumserwartungen des Segments und zum anderen durch das allgemeine Marktumfeld beeinflusst wird. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mit Hilfe einer ewigen Rente berechnet.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten.

Der Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Die angewandten Kapitalisierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Der Beta-Faktor zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken wird aus Beta-Faktoren einer branchenspezifischen Vergleichsgruppe hergeleitet. Die im Geschäftsjahr 2008 auf die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Kapitalisierungszinssätze liegen zwischen 8,5 % und 9,5 %.

Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Fair Values werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten Fair Values wurden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Vor diesem Hintergrund ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des LBBW-Konzerns keine Wertminderung zur Folge haben.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte.

Unter den sonstigen immateriellen Vermögenswerten wurden Kundenbeziehungen aktiviert. Die Zugänge sind auf die Akquisitionen der Sachsen LB und der BAWAG CZ zurückzuführen. Infolge dieser Akquisitionen wurde im Rahmen einer Kaufpreisallokation ein Wert von 31 Mio. EUR bzw. 13 Mio. EUR aktiviert. Der Wert der erworbenen Kundenbeziehungen wird linear über einen Zeitraum von sechs bis 16 Jahren abgeschrieben. Unter den immateriellen Vermögenswerten sind in Höhe von 33 Mio. EUR unverfallbare Baurechte mit unbestimmter Nutzungsdauer ausgewiesen.

49. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bildet jeweils ein jährlich von einem internen Sachverständigen erstelltes Verkehrswertgutachten. Beim Eintritt besonderer Anlässe kann sich der Zwölfmonatszeitraum durch eine erneute Gutachtenanfertigung verkürzen. Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode oder dem Ertragswertverfahren berechnet. Nur in untergeordnetem Umfang basierte die Bewertung auf barwertig berechneten voraussichtlichen Verkehrswerten.

Der Berechnung liegen folgende Annahmen zugrunde:

Als Bewertungsobjekt (Cash-Generating-Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbstständige, strategische Geschäftseinheit.

Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Detailplanungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Detailplanungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Wohnimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum das Mietpotenzial und -risiko des einzelnen Bewertungsobjekts sowohl unter finanzwirtschaftlichen und marktbezogenen Aspekten als auch nach technischen Merkmalen der Ausstattung und des Erhaltungszustands analysiert. Bei Förderobjekten werden innerhalb der Restriktionen des jeweiligen Förderwegs die Mietentwicklungen simuliert. Vorteile aus der geförderten Finanzierung werden nicht im Fair Value des Bewertungsobjekts abgebildet, sondern im Fair Value des korrespondierenden Darlehens auf der Passivseite berücksichtigt.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Detailplanungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt.

Die Ausgaben für Verwaltung werden zu marktüblichen Sätzen normiert. Leerstands- und Mietausfallkosten werden pauschal mit 2,5 % der Sollmiete des Objekts angenommen. Instandhaltungsaufwendungen werden objektkonkret unter Beachtung von objekttechnischer Ausstattung und Baualtersklasse nach den normierten Sätzen der II. Berechnungsverordnung geplant. Die Erbbauzinsen werden im Planungszeitraum nach den Bestimmungen des einzelnen Erbbaurechtsvertrags entwickelt. Der Instandhaltungsrückstand wird objektkonkret erhoben und zu durchschnittlichen gewerkespezifischen Ausschreibungsergebnissen bewertet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Kapitalisierungszinssatz zur Ermittlung der ewigen Rente wird aus dem Diskontierungszinssatz abgeleitet, indem die wesentlichen, nach Ablauf des Detailplanungszeitraums fortbestehenden bewertungsrelevanten Kriterien, wie zum Beispiel Förderart, Langfristpotenzial des Makrostandortes und Drittverwendungsfähigkeit bei generalvermieteten Objekten mittels Zu- und Abschlägen, erfasst werden.

Der Berechnung mit dem Ertragswertverfahren liegen die erzielten Erlöse zugrunde.

Die Mieteinnahmen des als Finanzinvestition ausgewiesenen Teils betrugen im Geschäftsjahr 127 Mio. EUR (Vorjahr: 141 Mio. EUR). Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien haben grundsätzlich, bis auf eine unwesentliche Ausnahme, im Geschäftsjahr Mieteinnahmen erwirtschaftet.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	2008	2007
Buchwert 1. Januar	1 636	1 652
Zugänge	36	43
Zugänge aus einem Erwerb durch Unternehmenszusammenschlüsse	23	0
Abgänge	– 53	– 86
Umbuchungen	– 2	11
Sonstige Veränderungen	0	– 12
Fair-Value-Änderungen	144	28
Buchwert 31. Dezember	**1 784**	**1 636**

Die Umbuchungen betreffen im Wesentlichen eine Übertragung in das Sachanlagevermögen.

Die LEG Baden-Württemberg Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH Co. KG sowie die LEG Baden-Württemberg Wohnungsgesellschaft mbH & Co. KG haben Leasingfondsmodelle mit atypisch stillen Gesellschaftern abgeschlossen, sodass die Veräußerbarkeit der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in diesen beiden Gesellschaften in Höhe von 158 Mio. EUR (Vorjahr: 139 Mio. EUR) beziehungsweise 193 Mio. EUR (Vorjahr: 170 Mio. EUR) beschränkt ist.

50. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasinggegenstände Finanzierungsleasing	Leasinggegenstände Operating-Leasing	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2008	749	88	554	24	9	133	1 557
Veränderungen im Konsolidierungskreis	59	3	17	0	0	0	79
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	–1	0	0	0	–1
Zugänge	8	20	62	81	1	0	172
Umbuchungen	–7	3	14	–6	0	0	4
Abgänge	–2	–2	–81	–4	0	0	–89
Stand 31. Dezember 2008	**807**	**112**	**565**	**95**	**10**	**133**	**1 722**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2008	–282	–66	–376	0	–2	–63	–789
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	–3	–8	0	0	0	–11
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	–17	–8	–50	0	–1	–3	–79
Umbuchungen	3	–1	0	0	0	–4	–2
Abgänge	2	2	76	0	0	0	80
Stand 31. Dezember 2008	**–294**	**–76**	**–357**	**0**	**–3**	**–70**	**–800**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2008	467	22	178	24	7	70	768
Stand 31. Dezember 2008	513	36	208	95	7	63	922

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasinggegenstände Finanzierungsleasing	Leasinggegenstände Operating-Leasing	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2007	766	87	540	16	9	117	1 535
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	16	0	0	16
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	–1	0	0	0	–1
Zugänge	16	4	57	6	0	1	84
Umbuchungen	–27	0	12	–8	0	17	–6
Abgänge	–6	–3	–54	–6	0	–2	–71
Stand 31. Dezember 2007	**749**	**88**	**554**	**24**	**9**	**133**	**1 557**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2007	–268	–62	–383	0	–1	–65	–779
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	–16	–7	–45	0	–1	–3	–72
Umbuchungen	–2	0	0	0	0	4	2
Abgänge	4	3	51	0	0	1	59
Stand 31. Dezember 2007	**–282**	**–66**	**–376**	**0**	**–2**	**–63**	**–789**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2007	498	25	157	16	8	52	756
Stand 31. Dezember 2007	467	22	178	24	7	70	768

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finanzierungsleasingverträgen bezieht sich lediglich auf Gebäude.
Es besteht ein Finanzierungsleasingvertrag über das Verwaltungsgebäude WIB in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und der Dimeter Grundstücksverwaltungsgesellschaft GmbH & Co. Vermietung GmbH als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit dem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende des 10. und 15. Mietjahres mit der Möglichkeit des Erwerbs zum Barwert der bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu leistenden Mieten und Verwaltungskostenbeiträge zuzüglich dem Barwert des Verkehrswertes des Leasingobjekts bei Ablauf der Mietzeit. Die Kaufoption zum Ende der Mietzeit sieht den Erwerb zum Verkehrswert des Leasingobjektes vor.
Die Buchwerte der im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen angesetzten Vermögenswerten, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Grundstücke	21	16
Gebäude	42	54
Leasinggegenstände Operating-Leasing	**63**	**70**

51. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Laufende Ertragsteueransprüche	803	684
davon Inland	707	572
davon Ausland	96	112
Latente Ertragsteueransprüche	1 535	401
Ertragsteueransprüche	**2 338**	**1 085**

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 38 verwiesen.

52. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Vorräte	1 206	871
Rechnungsabgrenzungsposten	20	16
Forderungen an Finanzbehörden	18	16
Phasengleich vereinnahmte Beteiligungserträge	15	16
Übrige	166	474
Sonstige Aktiva	**1 425**	**1 393**

Die Forderungen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	292	336
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	419	132
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	276	247
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	192	152
Sonstiges Vorratsvermögen	27	4
Vorräte	**1 206**	**871**

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Vertriebsaufwendungen angesetzt sind, beträgt 3 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).
Im Rahmen der Grundlagenvereinbarung vom 26./27. August 2007 hatte sich die LBBW verpflichtet, einen Barausgleich in Höhe von 250 Mio. EUR an die Anteilseigner der Sachsen LB zu entrichten. Der Ausweis des Barausgleichs erfolgte zum 31. Dezember 2007 unter den übrigen sonstigen Aktiva.

In den sonstigen Aktiva sind Vermögenswerte in Höhe von 137 Mio. EUR (Vorjahr: 59 Mio. EUR) enthalten, die eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten haben.

53. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen:

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Geldmarktgeschäfte	43 087	85 434
Wertpapierpensionsgeschäfte	42 523	32 027
Schuldscheindarlehen	8 489	11 756
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	7 476	7 462
Giroverbindlichkeiten	1 575	801
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	891	1 121
Leasinggeschäfte	375	412
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35 790	18 433
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**140 206**	**157 446**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kreditinstitute	96 296	106 451
Ausländische Kreditinstitute	43 910	50 995
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**140 206**	**157 446**

Entsprechend zur Entwicklung dieser Unterposition auf der Bilanzaktivseite sind Geldmarktgeschäfte durch die Abnahme des Interbankenhandels um 42 347 Mio. EUR zurückgegangen.

54. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Geldhandelsgeschäfte	29 134	26 895
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	17 298	15 181
Giroverbindlichkeiten	16 631	10 903
Schuldscheindarlehen	15 740	18 581
Spareinlagen	4 937	5 709
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 527	1 818
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17 965	17 364
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**103 232**	**96 451**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Inländische Kunden	88 014	75 773
Ausländische Kunden	15 218	20 678
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**103 232**	**96 451**

Für die LBBW als Pensionsgeber bestanden zum 31. Dezember 2008 303 Mio. EUR (Vorjahr: 3 689 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus echten Pensionsgeschäften.

55. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Schuldverschreibungen	53 834	48 195
Pfandbriefe	51 346	55 282
Geldmarktpapiere	5 412	15 453
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	11 728	7 944
Verbriefte Verbindlichkeiten	**122 320**	**126 874**

Aufgrund der derzeitigen Marktsituation ist der Bestand der Geldmarktpapiere im Geschäftsjahr 2008 gesunken. Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 17 384 Mio. EUR von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Die folgende Aufstellung enthält eine Übersicht der wesentlichen eigenen Emissionen:

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2008 Mio. EUR
Pfandbriefe	36	1 767	1 805
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	2 705	135 523	34 681
Wesentliche Emissionen in 2008	**2 741**	**137 290**	**36 486**

	Anzahl	Volumen Mio. EUR	Erstabsatz 2007 Mio. EUR
Pfandbriefe	54	1 750	1 586
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	1 672	49 203	18 897
Wesentliche Emissionen in 2007	**1 726**	**50 953**	**20 483**

Im Geschäftsjahr 2008 wurden im LBBW-Konzern Pfandbriefe und sonstige Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 49 524 Mio. EUR getilgt.

56. Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Negative Marktwerte aus Mikro-Fair-Value-Hedge	3 191	2 113
Negative Marktwerte aus Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 443	3 378
Negative Marktwerte aus Cashflow-Hedge	0	10
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**4 634**	**5 501**

Die negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	97	57
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	602	197
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen		
Kategorie AfS	1 448	477
Kategorie LaR	114	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	174	102
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14	316
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	742	971
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	0	3
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio-Fair-Value-Hedge	1 443	3 378
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	**4 634**	**5 501**

57. Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung von negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Bilanzposten Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

	Handelspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	38 077	13 251	1 049	758
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 004	1 256	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	7 603	10 633
Schuldscheindarlehen	0	0	4 506	3 685
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	908	769	2 199	2 144
	39 989	**15 276**	**15 357**	**17 220**

Der Anstieg der negativen Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten ist insbesondere auf die Entwicklung bei den OTC-Zinsderivaten sowie den Fremdwährungsgeschäften und OTC-Kreditderivaten zurückzuführen. Die Entwicklung der OTC-Zinsderivate resultiert zum Teil aus der Migration der ehemaligen Sachsen LB und zum Teil aus einem Ausbau des Geschäftsvolumens.

Die kumulativen Wertänderungen des Fair Values der der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten aufgrund von Änderungen des Kreditrisikos betragen 274 Mio. EUR (Vorjahr: 27 Mio. EUR). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Fair Value und dem vertraglich zu zahlenden Betrag am Fälligkeitstermin beträgt 273 Mio. EUR (Vorjahr: – 223 Mio. EUR).

58. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1 487	1 305
Sonstige Rückstellungen	493	383
Rückstellungen	**1 980**	**1 688**

Pensionsrückstellungen.
Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (unter anderem Versorgungsrichtlinien, Dienstvereinbarungen).
Die Pensionsrückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Anwartschaften der aktiven und ausgeschiedenen Mitarbeiter sowie der Pensionäre	
Mio. EUR	2008	2007
Stand 1. Januar	1 305	1 452
Verbrauch/Pensionszahlungen	– 69	– 71
Auflösung	– 1	– 7
Zuführung	112	109
Veränderungen im Konsolidierungskreis	34	0
Erfolgsneutrale Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste	99	– 179
Sonstige Veränderungen	7	1
Stand 31. Dezember	**1 487**	**1 305**

Die ergebniswirksam erfassten Erträge werden unter den Personalaufwendungen innerhalb der Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Mio. EUR	2008	2007
Laufender Dienstzeitaufwand	– 38	– 41
Zinsaufwand	– 82	– 74
Erwartete Erträge aus Planvermögen	9	10
Sonstige Erträge und Aufwendungen	0	3
Zuführungen zu/Auflösungen von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**– 111**	**– 102**

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2008	2007
Stand 1. Januar	1 509	1 677
Laufender Dienstzeitaufwand	38	41
Zinsaufwand	82	74
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	95	– 208
Gezahlte Leistungen	– 78	– 78
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	5
Unternehmenszusammenschlüsse	41	– 2
Stand 31. Dezember	**1 687**	**1 509**

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

%	31.12.2008	31.12.2007
Abzinsungssatz	5,75	5,5
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,75	3,25; 5,5
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	3,0	2,25 – 3,5
Erwartete Rentensteigerung	2,5	2,0 – 3,5
Karrieredynamik	0,5	0,5
Fluktuation	3,0	2,5

Die Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005 von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.
Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens weist zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Aktien und Investmentfonds	206	220
Festgelder und sonstige liquide Mittel	5	5
Andere Vermögenswerte	4	4
Festverzinsliche Wertpapiere	3	0

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten werden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.
Die erwarteten langfristigen Renditen auf das Planvermögen basieren auf den langfristig erwarteten Inflationsraten, Zinssätzen, Risikoprämien und der angestrebten Allokation der Planvermögen. Diese Schätzungen berücksichtigen ebenfalls die historischen Renditen der einzelnen Anlagenklassen und werden zusammen mit den Anlageberatern und den Vorsorgeexperten erstellt.
Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2008	2007
Stand 1. Januar	229	225
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	9	10
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	–12	– 4
Beiträge des Arbeitgebers	2	2
Gezahlte Leistungen	– 9	– 6
Unternehmenszusammenschlüsse	–1	2
Stand 31. Dezember	**218**	**229**

Im Geschäftsjahr beziehungsweise im Vorjahr ergaben sich tatsächliche Aufwendungen/Erträge aus dem Planvermögen in Höhe von – 3 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	1.1.2006
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	1 687	1 509	1 677	1 107
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	1 483	1 304	1 412	–
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	205	205	265	–
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	– 218	– 229	– 225	– 222
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	1 469	1 280	1 452	885
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	1	0	0	0
Aufgrund der Begrenzung des IAS 19.58 (b) nicht als Vermögenswert angesetzter Betrag	17	25	0	0
Vermögenswerte/Schulden aus leistungsorientierten Plänen	**1 487**	**1 305**	**1 452**	**885**

Die erfahrungsbedingten Anpassungen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	1.1.2006
Erfahrungsbedingte Anpassungen (Aufwand (–)/Ertrag (+)) der Schulden	– 25	– 4	–	–
Erfahrungsbedingte Anpassungen (Aufwand (–)/Ertrag (+)) der Vermögenswerte	– 12	– 4	–	–

Die für die Bewertung des Planvermögens sowie der Pensionsverpflichtung erforderlichen versicherungsmathematischen Gutachten wurden für den Stichtag 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007 durch den Aktuar Rauser erstellt.
Die Pensionsrückstellungen sind grundsätzlich langfristig fällig.

Sonstige Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	167	163
Rückstellungen im Kreditgeschäft	187	150
Übrige Rückstellungen	139	70
Sonstige Rückstellungen	**493**	**383**

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 1. Januar 2008	167	150	70	387
Anpassung IAS 8	–4	0	0	–4
Stand 1. Januar 2008 angepasst	**163**	**150**	**70**	**383**
Verbrauch	–41	–7	–15	–63
Auflösung	–20	–78	–10	–108
Zuführung	33	106	85	224
Umbuchungen	–7	2	–1	–6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	39	14	10	63
Stand 31. Dezember 2008	**167**	**187**	**139**	**493**

	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 1. Januar 2007	163	140	87	390
Verbrauch	–29	–4	–23	–56
Auflösung	–9	–15	–8	–32
Zuführung	25	29	24	78
Umbuchungen	17	0	–11	6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	1	1
Stand 31. Dezember 2007	**167**	**150**	**70**	**387**

Die sonstigen Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit in Höhe von 101 Mio. EUR (Vorjahr: 122 Mio. EUR). In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 46 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR), Prozess- und Regressrisiken in Höhe von 17 Mio. EUR (Vorjahr: 16 Mio. EUR) sowie Rückstellungen für Bonifikationen in Höhe von 9 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR) enthalten.
Insgesamt sind die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 38 Mio. EUR (Vorjahr: 176 Mio. EUR) nach zwölf Monaten fällig.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestehen verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich, sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen Rechtssachen gegen das Unternehmen ist das Management/der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

59. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	398	318
davon Rückstellung für Ertragsteuern	366	317
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	30	1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	188	264
Ertragsteuerverpflichtungen	**586**	**582**

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 38 verwiesen.

60. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	140	150
Verbindlichkeiten aus Beschäftigungsverhältnissen	98	123
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	86	58
Rechnungsabgrenzungsposten	72	51
Übrige	260	558
Sonstige Passiva	**656**	**940**

Die Höhe der sonstigen Passiva mit Fälligkeit größer als zwölf Monate beträgt 51 Mio. EUR (Vorjahr: 126 Mio. EUR).

61. Nachrangkapital.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Nachrangige Verbindlichkeiten	5 223	5 395
Genussrechtskapital	2 109	2 125
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	4 843	3 945
Nachrangkapital	**12 175**	**11 465**

Das Nachrangkapital enthält abgegrenzte, jedoch noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 567 Mio. EUR (Vorjahr: 250 Mio. EUR).

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vorgesehen.
Folgende wesentliche Mittelaufnahmen der nachrangigen Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) bestehen zum Bilanzstichtag:

	31.12.2008			31.12.2007		
Mio. EUR	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige DM/EUR-Namenspapiere/ Schuldverschreibungen	3 013	40	3 053	2 581	36	2 617
Nachrangige DM/EUR-Schuldscheindarlehen	1 554	30	1 584	1 119	15	1 134
Nachrangige Fremdwährungsanleihen	1 375	19	1 394	793	12	805
	5 942	**89**	**6 031**	**4 493**	**63**	**4 556**

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 210 Mio. EUR (Vorjahr: 276 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des § 10 Abs. 5 KWG und ist somit als Ergänzungskapital gemäß § 10 Abs. 2b KWG anzurechnen.

Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubiger nachrangig. Zinszahlungen werden nur geleistet, sofern ein Bilanzgewinn erzielt wird. Verlustübernahmen hingegen erfolgen in voller Höhe des auf das Genussrechtskapital entfallenden Anteils.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

Inhabergenussrechte.

Emissionsjahr	Nominalbetrag 31.12.2008 Mio. EUR	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
1994	261	6,75	2008
1997	51	7,38	2008
1999	100	7	2008
2001	129	6,5	2011
2001	50	6,75	2010
2001	100	6,6	2011
2001	20	6,65	2011
2001	85	6,85	2014
2002	153	6,5	2012

Namensgenussrechte.

	Nominalbetrag 31.12.2008 Mio. EUR	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Unternehmen	1 237	5,24 – 7,23	bis 2022
Kreditinstitute	99	5,85 – 6,97	bis 2013

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2008 betrug insgesamt 247 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR).

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des § 10 Abs. 4 KWG und sind somit als Kernkapital gemäß § 10 Abs. 2a KWG anzurechnen.
Die Bewertung der stillen Einlagen im Zugangszeitpunkt erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Fair Value der erhaltenen Gegenleistung entsprechen. In den Folgeperioden erfolgt die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.
Zum Geschäftsjahresende bestehen folgende wesentliche stille Einlagen:

		Nominalbetrag	
Laufzeit	Ausschüttung in % des Nominalbetrages	31.12.2008 Mio. EUR	31.12.2007 Mio. EUR
01.01.2006 – 31.12.2007[1)]	3,5 bzw. 5	0,0	0,4
19.04.1999 – 31.12.2009	5,86 – 6,08	104,5	0,0
01.12.1999 – 31.12.2010	7,4	5,0	0,0
08.09.1999 – 31.12.2011	7,03 – 7,84	80,0	0,0
28.05.1999 – 31.12.2011	5,87	102,0	0,0
01.01.2008 – 31.12.2012	5,62	84,5	0,0
01.01.2003 – 31.12.2012[1)]	5,79	55,5	55,5
01.01.2004 – 31.12.2013[1)]	5,69	14,9	14,9
14.07.1999 – 31.12.2013	7,26	16,4	0,0
16.04.1999 – 31.12.2014	6,17 – 6,75	89,0	0,0
01.01.2005 – 31.12.2014[1)]	4,96	64,7	64,7
23.11.1999 – 31.12.2015	7,76	40,0	0,0
01.01.2006 – 31.12.2015[1)]	4,69	19,5	19,5
08.12.1999 – 31.12.2016	7,8 – 8,0	64,5	0,0
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	0,0
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	0,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	0,0
13.07.2001 – 31.12.2026	6,89	15,0	0,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,2	49,0	0,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	0,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	0,0
permanent	7,05	222,7	0,0
permanent	6,31	766,9	766,9
permanent (nominal USD 197,5 Mio.)	6,8	139,4	134,3
permanent	6,36	790,0	790,0
permanent	5,98	1 210,0	1 210,0
permanent (nominal USD 302,5 Mio.)	6,34	213,5	205,7
permanent	6,71	200,0	200,0
		4 436,9	**3 462,0**

[1)] Frühestmögliches Laufzeitende unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist von zwei Jahren, zum Ablauf des Kalenderjahres und einer gegebenenfalls noch bestehenden Kündigungssperrfrist.

Der Buchwert der stillen Einlagen enthält neben dem Nominalbetrag Zinsabgrenzungen, Ausschüttungen, Agien/Disagien sowie Bewertungen von Beständen der ehemaligen Sachsen LB und ehemaligen LRP und der Kaufpreisallokation.

An einem Bilanzverlust der LBBW nehmen die stillen Gesellschafter bis zur vollen Höhe durch Verminderung der Rückzahlungsansprüche teil. Der Zinsaufwand für die Einlagen der stillen Gesellschafter betrug im Berichtsjahr 284 Mio. EUR (Vorjahr: 245 Mio. EUR).

62. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Stammkapital	1 420	1 420
Kapitalrücklage	3 074	3 074
Gewinnrücklage	5 064	4 856
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse	– 1 449	644
Bilanzgewinn/-verlust	– 2 031	318
Anteile im Fremdbesitz	39	121
Eigenkapital	**6 117**	**10 433**

Das Eigenkapital des LBBW-Konzerns entwickelte sich wie folgt:

				Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse						
Mio. EUR	Stamm-kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage	Neube-wertungs-rücklage für Finanz-instru-mente AfS	Neube-wertungs-rücklage für at Equity bilanzierte Unter-nehmen	Bewer-tungs-ergebnis aus Cashflow-Hedges	Rücklage aus der Währungs-umrech-nung	Bilanz-gewinn/ -verlust	Anteile in Fremd-besitz	Gesamt
Eigenkapital zum 31. Dezember 2006	1 420	3 074	3 864	973	0	-6	0	926	103	10 354
Anpassungen gemäß IAS 8	0	0	6	– 6	0	0	0	– 2	0	– 2
Angepasstes Eigenkapital Stand 1. Januar 2007	**1 420**	**3 074**	**3 870**	**967**	**0**	**– 6**	**0**	**924**	**103**	**10 352**
Saldovortrag	0	0	924	0	0	0	0	– 924	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	– 89	0	0	0	0	0	0	– 89
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	20	– 60	86	0	0	0	23	69
Erfasste Erträge und Aufwendungen	0	0	129	– 319	– 17	– 1	– 6	303	– 3	86
Eigenkapital zum 31. Dezember 2007	1 420	3 074	4 854	588	69	– 7	– 6	303	123	10 418
Anpassungen gemäß IAS 8	0	0	2	0	0	0	0	15	– 2	15
Angepasstes Eigenkapital Stand 1. Januar 2008	**1 420**	**3 074**	**4 856**	**588**	**69**	**– 7**	**– 6**	**318**	**121**	**10 433**
Saldovortrag	0	0	318	0	0	0	0	– 318	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	-91	0	0	0	0	0	– 2	– 93
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	54	– 235	– 3	0	– 1	0	– 52	– 237
Erfasste Erträge und Aufwendungen	0	0	– 69	– 1 824	– 35	15	– 10	– 2 031	– 28	– 3 982
Sonstige Kapitalveränderung	0	0	– 4	0	0	0	0	0	0	– 4
Eigenkapital zum 31. Dezember 2008	**1 420**	**3 074**	**5 064**	**– 1 471**	**31**	**8**	**-17**	**– 2 031**	**39**	**6 117**

Das voll eingezahlte Stammkapital wurde im Berichtsjahr vom Land Baden-Württemberg (35,6 %), von der Stadt Stuttgart (18,9 %), vom Sparkassenverband Baden-Württemberg (einschließlich baden-württembergischer Sparkassen: 35,6 %), von der Landeskreditbank Baden-Württemberg (4,9 %) und vom Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz (4,9 %) gehalten.
Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabeagio) und der bei Ausgabe von Schuldverschreibungen, von Wandlungsrechten und Optionsrechten zum Erwerb von Anteilen erzielt wird, sowie den Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten und den Betrag von anderen Zahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.
Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss der Bank die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Zusätzlich beinhalten die Gewinnrücklagen die kumulierten Auswirkungen aus Konsolidierungsmaßnahmen, die Anpassung aus der Erstanwendung der IFRS und Währungsanpassungen. In die Anpassungen der Gewinnrücklagen aus der Erstanwendung fließen nur Fair-Value-Änderungen von Geschäften, deren Fair-Value-Änderung erfolgswirksam erfasst worden wäre.
In den sonstigen Rücklagen sind auch die kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in Höhe von 89 Mio. EUR (Vorjahr: 164 Mio. EUR) enthalten.

In der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS werden die Fair-Value-Veränderungen der Finanzinstrumente des Availabe-for-Sale-Bestandes ausgewiesen. Zusätzlich enthält sie den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Ebenfalls darin enthalten sind die den Minderheiten zuzurechnenden Verluste gemäß IAS 27.35.

Mio. EUR	2008	2007
Stand 1. Januar	588	973
Anpassungen gemäß IAS 8	0	– 6
Veränderung Fair Value	– 2 608	– 377
Veränderung Konsolidierungskreis	– 235	– 60
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung	321	– 49
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	463	107
Stand 31. Dezember	**– 1 471**	**588**

Der Rückgang der Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente AfS ist im Wesentlichen auf negative Fair-Value-Schwankungen von Wertpapieren des Kreditersatzgeschäftes – 1,6 Mrd. EUR (davon Bonds – 1,0 Mrd. EUR beziehungsweise Verbriefungen – 0,6 Mrd. EUR) und Beteiligungen – 0,4 Mrd. EUR zurückzuführen. Die in die Kategorie LaR umkategorisierten AfS-Wertpapiere haben bis zum 1. Juli 2008 mit – 1 381 Mio. EUR zur negativen Entwicklung der Neubewertungsrücklage beigetragen.
Das Bewertungsergebnis aus Cashflow-Hedge enthält den Anteil am Gewinn oder Verlust. Zusätzlich wird der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow-Hedges in diesem Posten ausgewiesen. Es werden Cashflows aus variabel verzinslichen Anleihen mit Laufzeiten bis max. 5 Jahre und durchschnittlichen Laufzeiten von ca. 2,5 Jahren abgesichert.
In der Währungsumrechnungsrücklage ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Abschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Berichtswährung.

Es wird im Eigenkapital statt des Konzernjahresfehlbetrags/-überschuss der Bilanzverlust/-gewinn des Konzerns ausgewiesen, da die Konzernbilanz nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt wird.
Neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens sind noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital der Tochtergesellschaften beteiligt (50 % < Beteiligungshöhe des Mutterunternehmens < 100 %). Diese Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz im Eigenkapital ausgewiesen.
Im Eigenkapital sind erfolgsneutral erfasste Steuern in Höhe von insgesamt 485 Mio. EUR (Vorjahr: – 4 Mio EUR) enthalten.
Hinsichtlich des Eigenkapitals bestehen für die Kapitalrücklage keine Ausschüttungsbeschränkungen. In Bezug auf die Gewinnrücklage sind die Effekte aus der Erstanwendung und latenten Steuern nicht ausschüttungsfähig.

63. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt.

Aktiva

	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Barreserve	3 480	3 480	1 477	1 477
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	120 138	118 041	143 628	142 174
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	147 663	152 788	144 457	146 511
Finanzanlagen				
aus zinstragenden Vermögenswerten	38 523	33 571	1 237	1 237
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	25	27	9	9
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Finanzanlagen				
aus zinstragenden Vermögenswerten	51 595	51 595	82 313	82 313
aus nicht zinstragenden Vermögenswerten	3 313	3 313	3 619	3 619
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 340	3 340	5 002	5 002
Handelsaktiva	63 146	63 146	51 096	51 096
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	8 426	8 426	5 777	5 777
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	237	237	– 396	– 396

Passiva

	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR	Buchwert Mio. EUR	Fair Value Mio. EUR
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	140 206	142 615	157 446	155 278
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	103 232	106 270	96 451	97 925
Verbriefte Verbindlichkeiten	122 320	124 121	126 874	126 429
Nachrangkapital	12 175	12 719	11 465	11 307
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 634	4 634	5 501	5 501
Handelspassiva	39 989	39 989	15 276	15 276
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	15 357	15 357	17 220	17 220
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	680	680	– 476	– 476

Für die zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurde der Fair Value nach folgenden Bewertungsmethoden ermittelt:

Fair-Value-Volumina (Brutto) 31. Dezember 2008.

	Quotierte Marktpreise		Bewertungsmethode – auf Basis indikativer Preise/extern beobachtbaren Parametern		Bewertungsmethode – mit zumindest teilweise nicht extern beobachtbaren Parametern	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0,0 %	2 887	4,9 %	453	5,1 %
Handelsaktiva	13 092	21,0 %	48 641	83,0 %	1 413	15,8 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	3 824	6,2 %	3 104	5,3 %	1 498	16, 8 %
Finanzanlagen – Available for Sale	45 361	72,8 %	3 983	6,8 %	5 564	62,3 %
Summe der Aktiva	**62 277**	**100,0 %**	**58 615**	**100,0 %**	**8 928**	**100,0 %**
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2	0,1 %	4 632	8,3 %	0	0,0 %
Handelspassiva	2 902	99,9 %	36 245	64,5 %	841	93,4 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0,0 %	15 298	27,2 %	59	6,6 %
Summe der Passiva	**2 904**	**100,0 %**	**56 175**	**100,0 %**	**900**	**100,0 %**

Fair-Value-Volumina (Brutto) 31. Dezember 2007.

	Quotierte Marktpreise		Bewertungsmethode – auf Basis indikativer Preise/extern beobachtbaren Parametern		Bewertungsmethode – mit zumindest teilweise nicht extern beobachtbaren Parametern	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0,0 %	5 002	7,1 %	0	0,0 %
Handelsaktiva	11 463	19,0 %	38 153	54,0 %	1 480	8,8 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	2 145	2,9 %	2 938	4,2 %	694	4,1 %
Finanzanlagen – Available for Sale	46 728	78,1 %	24 600	34,7 %	14 604	87,1 %
Summe der Aktiva	**60 336**	**100,0 %**	**70 693**	**100,0 %**	**16 778**	**100,0 %**
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0,0 %	5 500	15,6 %	1	0,4 %
Handelspassiva	1 946	79,4 %	13 113	37,1 %	217	92,4 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	504	20,6%	16 699	47,3 %	17	7,2 %
Summe der Passiva	**2 450**	**100,0 %**	**35 312**	**100,0 %**	**235**	**100,0 %**

In der Spalte »Bewertungsmethode – auf Basis indikativer Preise oder extern beobachtbaren Parametern« sind bestimmte auf Basis indikativer Preise zum Fair Value bewertete erworbene Verbriefungsprodukte (175 Mio. EUR; Vorjahr: 16 681 Mio. EUR) und bestimmte modellbewertete Commercial Papers (12 740 Mio. EUR; Vorjahr: 22 665 Mio. EUR) enthalten. Die Veränderung der Verbriefungsprodukte beruht im Wesentlichen auf der Umkategorisierung von AfS- in LaR-Bestände. Die Verminderung der Commercial Papers ist hauptsächlich auf den Rückgang der Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

64. Buchwertüberleitung auf IAS 39-Kategorien.

31. Dezember 2008.

	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Fair-Value-Option Mio. EUR	Other Liabilities Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	120 138	0	0	0	0	120 138
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	147 663	0	0	0	0	147 663
Handelsaktiva	0	0	63 146	0	0	63 146
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	8 426	0	8 426
Finanzanlagen	38 549	54 908	0	0	0	93 457
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	140 206	140 206
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	103 232	103 232
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	122 320	122 320
Handelspassiva	0	0	39 989	0	0	39 989
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	15 357	0	15 357
Nachrangkapital	0	0	0	0	12 175	12 175

31. Dezember 2007.

	Loans and Receivables Mio. EUR	Available for Sale Mio. EUR	Held for Trading Mio. EUR	Fair-Value-Option Mio. EUR	Other Liabilities Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	143 628	0	0	0	0	143 628
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	144 457	0	0	0	0	144 457
Handelsaktiva	0	0	51 096	0	0	51 096
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	5 777	0	5 777
Finanzanlagen	1 246	85 932	0	0	0	87 178
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	157 446	157 446
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	96 451	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	126 874	126 874
Handelspassiva	0	0	15 276	0	0	15 276
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	17 220	0	17 220
Nachrangkapital	0	0	0	0	11 465	11 465

Der Anstieg in der Kategorie Loans and Receivables resultiert hauptsächlich aus der Umkategorisierung bestimmter Wertpapiere der Handelsaktiva und der Finanzanlagen.

65. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit beziehungsweise deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva beziehungsweise -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 70 ausgewiesen.

31. Dezember 2008.

	Bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	39 034	24 376	33 133	23 861	120 404
Forderungen an Kunden	34 540	14 844	38 788	61 770	149 942
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	53	93	1 476	1 718	3 340
Handelsaktiva	15 728	13 894	16 276	17 248	63 146
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	819	541	3 308	3 758	8 426
Finanzanlagen	10 020	9 725	40 884	32 828	93 457
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 451	26 698	21 609	33 448	140 206
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	58 739	10 564	16 149	17 780	103 232
Verbriefte Verbindlichkeiten	16 188	25 880	49 495	30 757	122 320
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	93	346	2 218	1 977	4 634
Handelspassiva	5 507	5 457	13 524	15 501	39 989
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1 311	1 032	5 415	7 599	15 357
Nachrangkapital	1 365	1 635	5 413	3 762	12 175

31. Dezember 2007.

	Bis 3 Monate und unbestimmt Mio. EUR	3 Monate bis zu 1 Jahr Mio. EUR	1 Jahr bis zu 5 Jahren Mio. EUR	mehr als 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	65 520	19 264	33 418	25 441	143 643
Forderungen an Kunden	55 745	15 754	32 944	41 965	146 408
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	231	375	1 296	3 100	5 002
Handelsaktiva	19 725	12 351	9 660	9 360	51 096
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 141	336	1 306	2 994	5 777
Finanzanlagen	17 438	11 534	33 187	25 019	87 178
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100 812	16 685	16 423	23 526	157 446
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59 957	6 546	13 245	16 703	96 451
Verbriefte Verbindlichkeiten	19 114	30 508	53 722	23 530	126 874
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	421	326	1 343	3 411	5 501
Handelspassiva	3 962	1 777	4 550	4 987	15 276
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	370	3 594	5 433	7 823	17 220
Nachrangkapital	734	1 034	6 030	3 667	11 465

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

66. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, Eventualforderungen.

Eventualverbindlichkeiten beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner als 50 %). Die Verpflichtung kann sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise Inanspruchnahme der Avale.
Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung gebildet.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Eventualverpflichtungen		
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	8 309	6 180
aus assoziierten Unternehmen	6	4
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	6	4
aus weitergegebenen, abgerechneten Wechseln	1	2
aus anderen Eventualverbindlichkeiten	33	0
	8 349	6 186
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	26 583	27 390
Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	776	0
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	213	108
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	204	476
Sonstige Verpflichtungen	128	0
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	118	0
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	18	0
Verpflichtungen aus Erwerb von Sachanlagen	4	0
	28 044	**27 974**
	36 393	**34 160**

Weiterhin besteht eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main in Höhe von 76 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR).
Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 633 Mio. EUR (Vorjahr: 428 Mio. EUR). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat die LBBW sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe in bestimmten Fällen abhängig vom Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.
Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel (LB Kiel), Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz, und ehemalige Sachsen LB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden. Sofern und soweit die Gewährträgerhaftung besteht, aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Sealink Struktur (Nachfolgesellschaft von Ormond Quay und Castle Views) einschließlich einer oder mehrerer Castle-View-Vehikel und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 6. Mai 2004 in der Fassung vom 7. Juli 2005 zwischen der Sachsen LB Europe plc und Ormond Quay Funding plc, Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).
Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden.
Zum Stichtag 31. Dezember 2008 bestehen 14 Mio. EUR Eventualforderungen aus einer Verpflichtung eines Dritten sich bis zur Hälfte an einem möglichen Ausfall zu beteiligen, welcher in Zusammenhang mit einer Garantieübernahme für eine Kreditlinie in Höhe von 28 Mio. EUR bei einer Tochtergesellschaft besteht.

67. Patronatserklärungen.

Die LBBW trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.
Im Fall der LBBW Bank Irland plc, Dublin (heute LBBW Asset Management (Ireland), Dublin) bestand eine Patronatserklärung. Diese wurde mit Wirkung zum 31. August 2007 widerrufen.
Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

68. Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten/Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	171	139
Forderungen an Kunden	1232	1204
Finanzanlagen	131	126
Sachanlagen	10	62
Sonstige Aktiva	126	45
Übrige Treuhandforderungen	1	1
Treuhandvermögen	**1671**	**1577**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	363	225
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1307	1351
Sonstige Verbindlichkeiten	1	1
Treuhandverbindlichkeiten	**1671**	**1577**

Angaben zu derivativen Geschäften.

69. Einsatzzwecke derivativer Finanzinstrumente.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

	Fair Value			
	31.12.2008 Positiv Mio. EUR	31.12.2008 Negativ Mio. EUR	31.12.2007 Positiv Mio. EUR	31.12.2007 Negativ Mio. EUR
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	38 433	39 126	13 429	14 009
Für Fair-Value-Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	3 320	4 634	4 999	5 491
Für Cashflow-Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	20	0	3	10
	41 773	**43 760**	**18 431**	**19 510**

70. Zusammensetzung des Derivatevolumens.

31.12.2008	Nominalwerte					Fair Value	
	Restlaufzeiten						
	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Devisenkassa- und -termingeschäfte	89 709	44 649	5 946	404	140 708	5 905	4 541
Devisenoptionen (Käufe)	1 635	1 502	2 701	101	5 939	388	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 094	1 425	2 889	90	5 498	0	343
Devisenoptionen	2 729	2 927	5 590	191	11 437	388	343
Zins-/Währungsswaps	1 419	6 174	14 529	7 787	29 909	2 138	2 832
Börsengehandelte Devisenprodukte	–104	–148	0	0	– 252	0	5
Währungsbezogene Derivate	**93 753**	**53 602**	**26 065**	**8 382**	**181 802**	**8 431**	**7 721**
Forward Rate Agreements	23 218	26 550	300	0	50 068	68	77
Zinsswaps	182 348	221 923	402 663	340 517	1 147 451	26 024	25 747
Zinsoptionen (Käufe)	4 112	5 804	8 767	13 743	32 426	1 592	–17
Zinsoptionen (Verkäufe)	3 737	8 412	18 447	16 620	47 216	0	2 327
Zinsoptionen	7 849	14 216	27 214	30 363	79 642	1 592	2 310
Caps/Floors/Collars	2 653	4 880	24 852	13 854	46 239	465	301
Sonstige Zinskontrakte	211	6	258	376	851	10	16
Börsengehandelte Zinsprodukte	32 613	79 198	7 018	0	118 829	63	132
Zinsbezogene Derivate	**248 892**	**346 773**	**462 305**	**385 110**	**1 443 080**	**28 222**	**28 583**
Kreditderivate Sicherungsgeber	2 206	3 224	40 141	17 453	63 024	65	4 884
Kreditderivate Sicherungsnehmer	473	1 910	30 607	6 396	39 386	3 757	74
Kreditderivate	**2 679**	**5 134**	**70 748**	**23 849**	**102 410**	**3 822**	**4 958**
Börsengehandelte Produkte	1 865	2 737	1 046	64	5 712	342	1 027
Aktien-Termingeschäfte	126	0	0	0	126	1	43
Aktienoptionen (Käufe)	707	1 289	842	2 469	5 307	869	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	591	657	680	3 735	5 663	0	1 415
Aktienoptionen	1 298	1 946	1 522	6 204	10 970	869	1 415
Sonstige Geschäfte	340	325	132	0	797	148	145
Sonstige Derivate	**3 629**	**5 008**	**2 700**	**6 268**	**17 605**	**1 360**	**2 630**
Derivate Gesamt	**348 953**	**410 517**	**561 818**	**423 609**	**1 744 897**	**41 835**	**43 892**

31.12.2007	Nominalwerte					Fair Value	
	Restlaufzeiten						
	Bis 3 Monate Mio. EUR	Über 3 Monate bis 1 Jahr Mio. EUR	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre Mio. EUR	Über 5 Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR	Positiv Mio. EUR	Negativ Mio. EUR
Devisenkassa- und -termingeschäfte	102 417	35 077	3 956	245	141 695	1 949	1 780
Devisenoptionen (Käufe)	2 019	2 132	4 568	126	8 845	172	0
Devisenoptionen (Verkäufe)	1 882	1 934	3 733	107	7 656	0	149
Devisenoptionen	3 901	4 066	8 301	233	16 501	172	149
Zins-/Währungsswaps	2 501	4 874	12 567	9 392	29 334	1 620	2 836
Währungsbezogene Derivate	**108 819**	**44 017**	**24 824**	**9 870**	**187 530**	**3 741**	**4 765**
Forward Rate Agreements	0	296 272	20 992	0	317 264	59	253
Zinsswaps	248 560	201 048	336 489	328 196	1 114 293	12 338	11 416
Zinsoptionen (Käufe)	3 991	4 911	9 542	12 146	30 590	687	1
Zinsoptionen (Verkäufe)	4 190	5 004	14 504	16 296	39 994	–1	966
Zinsoptionen	8 181	9 915	24 046	28 442	70 584	686	967
Caps/Floors/Collars	2 174	5 229	23 053	13 325	43 781	189	155
Sonstige Zinskontrakte	511	163	483	1 420	2 577	10	11
Börsengehandelte Zinsprodukte	27 390	45 451	14 811	0	87 652	26	13
Zinsbezogene Derivate	**286 816**	**558 078**	**419 874**	**371 383**	**1 636 151**	**13 308**	**12 815**
Kreditderivate Sicherungsgeber	1 650	3 821	32 726	19 081	57 278	64	951
Kreditderivate Sicherungsnehmer	266	1 280	23 091	8 382	33 019	531	37
Kreditderivate	**1 916**	**5 101**	**55 817**	**27 463**	**90 297**	**595**	**988**
Börsengehandelte Produkte	1 753	8	0	0	1 761	255	192
Aktien-Termingeschäfte	5	0	0	0	5	4	2
Aktienoptionen (Käufe)	1 697	3 558	1 343	1 661	8 259	517	0
Aktienoptionen (Verkäufe)	1 824	3 413	1 129	1 440	7 806	0	741
Aktienoptionen	3 521	6 971	2 472	3 101	16 065	517	741
Sonstige Geschäfte	242	789	100	0	1 131	44	40
Sonstige Derivate	**5 521**	**7 768**	**2 572**	**3 101**	**18 962**	**820**	**975**
Derivate Gesamt	**403 072**	**614 964**	**503 087**	**411 817**	**1 932 940**	**18 464**	**19 543**

Für Zwecke der Derivatestatistik werden Futuregeschäfte mit dem Fair Value angesetzt. Dagegen gleichen sich im jeweiligen Bilanzposten der Marktwert des Futuregeschäfts und die gegenläufige Marginzahlung zu Null aus.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte aufgegliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

	Fair Value				Nominalwerte	
	31.12.2008 Positiv	31.12.2008 Negativ	31.12.2007 Positiv	31.12.2007 Negativ	31.12.2008	31.12.2007
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OECD-Banken	34 688	36 244	14 591	15 115	1 433 518	1 670 714
Nicht-OECD-Banken	843	204	91	120	17 455	11 815
Öffentliche OECD-Stellen	1 157	1 162	471	432	32 460	31 770
Sonstige Kontrahenten	5 147	6 282	3 311	3 876	261 464	218 641
Derivate Gesamt	**41 835**	**43 892**	**18 464**	**19 543**	**1 744 897**	**1 932 940**

Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Sonstige Angaben.

71. Kapitalmanagement.

Ziel des Kapitalmanagements der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus dem Blickwinkel des ökonomischen Kapitals als auch des aufsichtsrechtlichen Kapitals betrachtet.
Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungs-Prozess, die Strategie, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns. In dem 2006 gegründeten Vorstandsausschuss Capital Committee werden Maßnahmen zur Sicherstellung der Angemessenheit des Kapitals sowie der Kapitalquoten und -strukturen in regelmäßigem Turnus analysiert sowie Entscheidungsgrundlagen vorbereitet, welche vom Gesamtvorstand verabschiedet werden. Die Kapitalallokation erfolgt im Rahmen des Planungsprozesses und wird vom Gesamtvorstand regelmäßig überwacht. Das Capital Committee, koordiniert durch das Finanzcontrolling, setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern von Corporate Center, Financial Markets, Finanzen/Operations und IT sowie den Leitern der Bereiche Finanzcontrolling, Konzernstrategie/Recht, Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern, Treasury, Capital Markets und der Revision zusammen. Den Vorsitz des Capital Committees führt der Vorstandsvorsitzende des LBBW-Konzerns; er wird im Bedarfsfall durch den Vorstand für Finanzen/Operations und IT vertreten.

Ökonomisches Kapital.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der Überwachung des ökonomischen Kapitals legt der Vorstand, abgeleitet aus der Konzern-Risikotragfähigkeit (18,2 Mrd. EUR), einen fest definierten Betrag als zulässiges Gesamtrisiko (oberstes Ökap-Limit, 15,7 Mrd. EUR) fest. Dieses Limit dient als Basis für ein konzernweites Risikobegrenzungssystem (Limitsystem), welches Ökap-Limite für die risikotragenden Risikokategorien beinhaltet. Die Darstellung der Teilkonzerne entfällt aufgrund der vollständigen Integration der ehemaligen LRP. Durch dieses Limitsystem werden Risiken im LBBW-Konzern gezielt begrenzt, zudem wird oberhalb des obersten Ökap-Limits ein Kapitalpuffer für mögliche Verluste auch unter Stress-Szenarien vorgehalten. Dieser Puffer wurde zum Ende des Geschäftsjahres aufgrund der Belastungen der Finanzmarktkrise nicht vollständig gehalten.
Auf Basis der Risikoinventur werden konzernweit Risiken systematisch identifiziert und nach fest definierten Wesentlichkeitskriterien analysiert. Das ökonomische Kapital (15,3 Mrd. EUR) wird mit Hilfe von Risikomodellen für die einzelnen Risikokategorien und Tochtergesellschaften quantifiziert und in dem konzernweiten Limitsystem überwacht.
Zur weiteren Vertiefung der Risikosteuerungssysteme und des ökonomischen Kapitals verweisen wir auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichtes.

Regulatorisches Kapital.

Die Eigenmittel der LBBW-Gruppe werden auf Basis der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG), welche bei den statischen Kapitalkomponenten auf den nach HGB bilanzierten Werten basiert, ermittelt und beruhen auf den für Institutsgruppen relevanten aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz-Vorschriften.
Die Gesamtkennziffer der LBBW-Gruppe wird nach den Vorgaben von § 3 SolvV (Solvabilitätsverordnung) in Verbindung mit § 10 a KWG ermittelt.
Demgemäß darf die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zu der mit 12,5 multiplizierten Summe aus dem Anrechnungsbetrag für Adressrisiken, operationelle Risiken und der Summe der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen einschließlich der Optionsgeschäfte arbeitstäglich die Quote von 8,0 % (Gesamtkennziffer) zum Geschäftsschluss nicht unterschreiten.
Diese Anforderungen wurden sowohl vom Institut der LBBW als auch von der LBBW-Gruppe jederzeit eingehalten.
Die **Eigenmittel** bestehen aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln. Dabei ist das gesamte Ergänzungskapital auf die Höhe des Kernkapitals begrenzt. Das Ergänzungskapital zweiter Klasse (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) darf maximal 50 % des gesamten Ergänzungskapitals betragen. Die Drittrangmittel sind auf 250 % des freien Kernkapitals (Kernkapital, das nicht zur Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva benötigt wird) begrenzt.
Das **Kernkapital** oder Tier I-Kapital besteht aus dem eingezahlten Kapital, der Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Preference Shares, den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB und den Abzugspositionen (im Wesentlichen immaterielle Vermögensgegenstände und Goodwill). Ein wesentlicher Teil der Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter der LBBW-Gruppe ist permanent und wird von den Trägern der LBBW gehalten.
Das **Ergänzungskapital** oder Tier II-Kapital besteht aus Ergänzungskapital erster Klasse, das sich aus den Vorsorgereserven nach § 340 f HGB und den Genussrechtsverbindlichkeiten zusammensetzt, sowie dem Ergänzungskapital zweiter Klasse, das die längerfristigen Nachrangverbindlichkeiten beinhaltet.
Als **Drittrangmittel** oder Tier III-Kapital werden kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens zwei, aber weniger als fünf Jahren angerechnet. Diese dürfen nur zur Unterlegung der Anrechnungsbeträge von Marktrisikopositionen verwendet werden.
Die Eigenmittel gemäß KWG berechnen sich auf Basis der Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Eigenmittel (Tier I+II+III)	**17970**	**18623**
Kernkapital (Tier I)	12225	12422
Ergänzungskapital (Tier II)	5105	5208
Drittrangmittel (Tier III)	640	993
Anrechnungspflichtige Positionen	**177450**	**191402**
Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken	150937	150014
Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen	19925	41388
Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko	6588	0
Gesamtkennziffer gemäß SolvV	**10,1%**	**9,7%**

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Kernkapital (Tier I)	**12225**	**12422**
Eingezahltes Kapital	1530	1541
Kapitalrücklage	3074	3074
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	4567	4099
Sonstige Rücklagen	2564	2565
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	1967	1967
Abzugspositionen vom Kernkapital	–1477	–824

Aufgrund der Meldung gemäß SolvV seit 1. Januar 2008 ändert sich die Darstellung: Die Eigenkapital- bzw. Eigenmittelanforderungen müssen mit 12,5 multipliziert werden, um den Anrechnungsbetrag zu erhalten. Erstmals muss das operationelle Risiko ermittelt und mit Eigenkapital unterlegt werden.
Bei der obigen Darstellung wurden die zu unterlegenden Beträge wegen der Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr bereits mit 12,5 multipliziert.

Erläuterung der Veränderungen 2007 zu 2008.
Die Erhöhung des Bestandes an stillen Einlagen resultiert aus der Integration der ehemaligen Sachsen LB. Der Anstieg der im Kernkapital zu berücksichtigenden Abzugspositionen ergibt sich aus der durch die Solvabilitätsverordnung (SolvV) bedingten Neuerung, nach der erwartete Verluste bereits vom Kapital abzuziehen sind, bevor Wertberichtigungen bilanzwirksam festgestellt sind.
Die ersten Emissionen von kurzfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Drittrangmittel) aus dem Jahr 2006 wurden im Laufe des Jahres 2008 fällig.

72. Zusätzliche Angaben zur Kapitalflussrechnung.

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Finanzmittelfonds dargestellt durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der Finanzmittelfonds entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns. Darin enthalten sind flüssige Mittel in Höhe von 19,6 Mio. EUR, über welche der Konzern nicht verfügen kann.
Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss entwickelt. Es gehören hierzu die Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapieren und anderen Aktiva. Die Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva werden ebenfalls hierunter ausgewiesen. Des Weiteren sind die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen dem Cashflow aus der operativen Tätigkeit zugeordnet.
Die Position Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, das unrealisierte Handelsergebnis, das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option, das unrealisierte Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und unrealisierte sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen. In den sonstigen Anpassungen sind Effekte aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Zinsaufwendungen und Steuern vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern enthalten.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und assoziierten Unternehmen beziehungsweise Sachanlagen sowie Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises. Im Rahmen des Erwerbs der Sachsen LB wurde der Kaufpreis in Höhe von 586 Mio. EUR bar beglichen, wobei 250 Mio. EUR bereits 2007 zahlungswirksam waren. Die Kaufpreise für die BAWAG CZ (161 Mio. EUR) und andere Unternehmenserwerbe (58 Mio. EUR) wurden ebenfalls vollständig durch Zahlungsmittel beglichen.
Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital, Genussrechtskapital und typisch stillen Einlagen dargestellt.

73. Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte.

Sicherungsgeber.

Folgende besicherte Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag im LBBW-Konzern:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40 808	37 095
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	366	3 441
Verbriefte Verbindlichkeiten	68	25
Handelspassiva	6 140	2 667
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	895	0
Eventualverbindlichkeiten	57	87
Besicherte Verbindlichkeiten	**48 334**	**43 315**

Im Wesentlichen erfolgte die Übertragung von Vermögenswerten als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten im Rahmen von Pensionsgeschäften sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes.
Folgende Vermögenswerte wurden als Sicherheiten für die genannten Verbindlichkeiten übertragen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	6 098	2 529
Forderungen an Kunden	3 141	2 553
Handelsaktiva	59 821	53 078
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 032	0
Finanzanlagen	7 767	429
Übertragene Vermögenswerte	**77 859**	**58 589**

Die Forderungen an Kunden und 31 Mrd. EUR der Handelsaktiva sind in einem Sicherheitenkonto bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt. Zum 31. Dezember 2008 hatten die zugehörigen Inanspruchnahmen eine Höhe von 3 Mrd. EUR.
Verpfändete Vermögenswerte dienen ausschließlich als Sicherheit für die Gegenpartei. Die Sicherheiten werden nach Beendigung des zugrunde liegenden Geschäfts zurückgegeben. Kommt es zu einem Ausfall durch die LBBW, hat die Gegenpartei den Anspruch, die Verbindlichkeit anhand der Sicherheit zu begleichen.

Sicherungsnehmer.
Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, beläuft sich auf 23 808 Mio. EUR (Vorjahr: 34 426 Mio. EUR). Der Fair Value der im Berichtsjahr veräußerten oder neu besicherten Sicherheit beträgt 7 426 Mio. EUR (Vorjahr: 8 438 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten ist der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 23 808 Mio. EUR (Vorjahr: 34 426 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet.

74. Nachrangige Vermögenswerte.

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger befriedigt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kreditinstitute	283	274
Forderungen an Kunden	452	363
Handelsaktiva	86	273
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	569	377
Finanzanlagen	849	842
Nachrangige Vermögenswerte	**2 239**	**2 129**

75. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

In der folgenden Übersicht ist der wesentliche Anteilsbesitz der LBBW dargestellt:

Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
(A) In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp, Niederlande [3) 6)]	100		EUR	2 736	4 790
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart [6)]	64		EUR	15 479	2 041
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc, London, Großbritannien [3) 6)]	100		GBP	7 014	1 898
LBBW Asset Management, Stuttgart [3) 6)]	100		EUR	12 895	7 080
LBBW Asset Management (Ireland) plc, Dublin, Irland [6)]	100		EUR	10 551	11 002
LBBW Bank CZ a. s., Prague 5, Tschechien [6)]	100		CZK	128 238	4 561
LBBW Dublin Management GmbH, Mainz [3) 4) 6)]	100		EUR	20,13	–2
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart [1)]	100		EUR	708 611	1 244
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg, Luxemburg [3) 6)]	100		EUR	667 086	13 900
LBBW Securities, LLC, Wilmington, USA [3) 6)]	100		USD	69 740	–494
LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg [6)]	100		EUR	2 795	6 014
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	100		EUR	36 472	6 402
SüdFactoring GmbH, Stuttgart [4a) 6)]	100		EUR	1 600	0
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart [1) 4a) 6)]	100		EUR	88 982	0
SüdLeasing GmbH, Mannheim [2) 4a) 6)]	100		EUR	32 085	0
Gemeinschaftsunternehmen					
LHI Leasing GmbH, München [1) 6)]	51		EUR	52 442	12 000
Assoziierte Unternehmen at Equity bilanziert					
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart [1) 6)]	45	40	EUR	236 832	11 677
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz, Österreich [1) 6)]	15,72	25	EUR	426 374	37 697
(B) Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen					
Tochterunternehmen					
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart [6)]	100		EUR	1 013	186
BW Capital Markets Inc., Florham Park, New Jersey, USA [3) 6)]	100		USD	738	–106
LBBW (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz [6)]	100		CHF	8 288	962
LBBW Venture Capital GmbH, Stuttgart [6)]	100		EUR	31 578	2 709
R-Procedo Factoring GmbH, Wiesbaden [4a)]	100		EUR	1 000	0
Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Stuttgart [6)]	100		EUR	61 082	229
Assoziierte Unternehmen, die nicht at Equity bilanziert werden					
European Energy Exchange AG, Leipzig [6)]	22,64		EUR	40 699	7 296
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden [6)]	25,27		EUR	22 903	4 335
PMAM Holdings Limited, London, Großbritannien [5)]	27,39		GBP	20 913	25
Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart [6)]	25,00		EUR	201 162	4 231
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main [7)]	26,67		EUR	29 117	4 358

Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in Tausend	Ergebnis in Tausend
Wesentliche Beteiligungen					
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden [6]	27,96	18,44	EUR	22 779	1 935
DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main/Berlin [1] [6]	14,78		EUR	1 426 031	33 628
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf [6]	20,31		EUR	679 320	37 750
Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart [6]	6,67		EUR	537 345	13 635
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel, Schweiz [1] [6]	11,35	5	CHF	173 973	26 281
SOTRADA AG, Stuttgart [6]	19,35		EUR	44 930	–12 290
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart [6]	10,01		EUR	169 902	20 094
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart [6]	10,00		EUR	1 519 966	80 397

[1] Mittelbar gehalten.
[2] Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
[3] Es besteht eine Patronatserklärung.
[4] Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
[4a] Ergebnisabführungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
[5] Es liegen Daten zum 30. September 2007 vor.
[6] Es liegen Daten zum 31. Dezember 2007 vor.
[7] Es liegen Daten zum 30. September 2008 vor.

Eine vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.
Die Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft, an welcher die LBBW indirekt zu 92,68 % (Vorjahr: 82,56 %) beteiligt ist, ist ein börsennotiertes Unternehmen. Diese hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Unsere Anteile an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlöse und Periodenergebnisse unserer assoziierten Unternehmen sind in Note 47 dargestellt.
Die LRP Capital GmbH, Mainz und die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, Stuttgart haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

76. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

		Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und Verwaltungsrats	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute							
	2008	2 057	0	51	316	0	7 921
	2007	3 681	0	11	2 084	0	6 421
Forderungen an Kunden							
	2008	3 941	4	1 441	347	19	1 548
	2007	4 146	4	1 780	17	0	257
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte							
	2008	153	0	138	35	0	275
	2007	1 079	0	31	139	0	277
Finanzanlagen							
	2008	0	0	222	8	29	365
	2007	78	0	737	576	166	1 444
Sonstige Aktiva							
	2008	0	0	0	186	0	0
	2007	0	0	0	131	0	0
Aktiva insgesamt							
	2008	**6 151**	**4**	**1 852**	**892**	**48**	**10 109**
	2007	**8 984**	**4**	**2 559**	**2 947**	**166**	**8 399**

		Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und Verwaltungsrats	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
	2008	4 268	0	4	272	0	9 363
	2007	3 668	0	9	1 153	0	8 542
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
	2008	4 036	4	833	41	14	30
	2007	2 712	5	525	0	0	777
Verbriefte Verbindlichkeiten							
	2008	0	0	0	0	0	0
	2007	0	0	0	0	0	1 014
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten							
	2008	241	0	12	51	0	365
	2007	478	0	0	130	0	354
Rückstellungen							
	2008	0	0	0	0	0	0
	2007	0	0	0	0	0	4
Sonstige Passiva							
	2008	0	0	1	0	0	1
	2007	1	0	1	0	0	0
Nachrangkapital							
	2008	0	0	100	5	0	0
	2007	0	0	0	0	0	55
Passiva insgesamt							
	2008	**8 545**	**4**	**950**	**369**	**14**	**9 759**
	2007	**6 859**	**5**	**535**	**1 283**	**0**	**10 746**

Die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten in der Spalte »Anteilseigner« ergeben sich aus der normalen Geschäftstätigkeit.
Der Rückgang der Forderungen und Verbindlichkeiten in der Spalte »Assoziierte Unternehmen« liegt darin begründet, dass 2007 die Sachsen LB AG noch als assoziiertes Unternehmen berücksichtigt wurde.
Der Erhöhung der Forderungen und Verbindlichkeiten in der Spalte »Sonstige nahe stehende Personen/Unternehmen« ist insbesondere auf ein angewachsenes Geschäftsvolumen im Geschäftsjahr 2008 zurückzuführen, gegenläufig wirkte die Veränderung des Kreises der mittelbaren nahe stehenden Personen/Unternehmen.

Im Geschäftsjahr 2008 bestand eine Risikovorsorge in Höhe von –9 Mio. EUR hinsichtlich ausstehender Salden gegenüber nahe stehenden Personen/Unternehmen.
Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahe stehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates einschließlich Angehöriger der LBBW-Bank als Mutterunternehmen. Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit den betreffenden Personen können der Note 77 entnommen werden.

77. Organe und deren Mandate.
Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand der LBBW.

Vorsitzender

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender des Vorstands

Stv. Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands

Mitglieder

DR. PETER A. KAEMMERER
Mitglied des Vorstands

JOACHIM E. SCHIELKE
Mitglied des Vorstands

HANS-JOACHIM STRÜDER
Mitglied des Vorstands

DR. BERNHARD WALTER
Mitglied des Vorstands

RUDOLF ZIPF
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

THOMAS BERRETH*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED BESSEY*
bis 30. April 2008
Bankangestellter im Ruhestand, Esslingen

HARALD COBLENZ*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

BERND DOLL
Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Kraichgau

RICHARD DRAUTZ
bis 3. Juni 2008
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

ALBERT HÄBERLE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

KARLHEINZ HEINZELMANN
ab 1. Mai 2008
Bankangestellter im Vorruhestand, Besigheim

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

UDO HUMMEL
ab 1. Januar 2008
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT
Senator e. h., Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Vorsitzender des Aufsichtsrats der ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

JENS JUNGBAUER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) MANFRED KANZLEITER
Stadtrat, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

LIAN LIE LIEM*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

GÜNTHER NOLLERT*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. WOLFGANG REINHART, MdL
ab 3. Juni 2008
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und im Staatsministerium von Baden-Württemberg

IRIS RIPSAM
ab 8. Mai 2008
Stadträtin, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

EUGEN SCHÄUFELE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

HELMUT SCHLEWEIS
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID, MdL
Rechtsanwalt, stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

CLAUS SCHMIEDEL, MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

HERMANN SEIMETZ
bis 31. Dezember 2008
Senator e. h., Donzdorf

WILLI STÄCHELE, MdL
Finanzminister des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

GERHARD STRATTHAUS, MdL
bis 4. November 2008
Minister a. D., Präsident der Führungs-
akademie Baden-Württemberg, Karlsruhe

HANS OTTO STREUBER
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbands Rheinland-Pfalz,
Budenheim

REINHOLD UHL
bis 16. April 2008
Stadtrat, Stuttgart

WERNER UNFRIED*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER
Landrat des Landkreises Ravensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ravensburg

NORBERT ZIPF*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

STEFAN BARG †
22. Mai 2008
Stadtrat, Regierungsdirektor,
Staatsministerium
Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS BAUER*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH)
BERND BECHTOLD**
bis 31.Dezember 2008
Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäfts-
führender Gesellschafter b.i.g. bechtold
INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der
Landeskreditbank Baden-Württemberg –
Förderbank, Karlsruhe

ROLAND BÜRKLE
Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

WOLFGANG DREXLER, MdL
bis 31. Dezember 2008
Oberamtsanwalt a. D.,
Erster Stellvertretender Präsident des
Landtags von Baden-Württemberg,
Stuttgart

MICHAEL FÖLL, MdL
Erster Bürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

ARMIN FREUNDL*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. RAINER HAAS M. A.
Rechtsanwalt, Senator h. c., Landrat des
Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender
des Verwaltungsrats der Kreissparkasse
Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

MARTIN HAIBLE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KARLHEINZ HEINZELMANN*
bis 30. April 2008
Bankangestellter im Vorruhestand,
Besigheim

HORST HOFFMANN
bis 31. Dezember 2008
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Südliche
Weinstraße in Landau, Landau

HANS GEORG JUNGINGER, MdL
bis 31. Dezember 2008
Rechtsanwalt, Vorsitzender des
Innenausschusses der SPD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

TIMO KLEIN*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

SABINE LEHMANN*
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

PROF. DR. DORIT LOOS
ab 3. Juli 2008
Stadträtin, Stuttgart

THOMAS LÜTZELBERGER
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim

HERMANN MADER
Landrat des Landkreises Heidenheim, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Heidenheim

PETER MAY
bis 31. Dezember 2008
Senator e. h., Honorarkonsul der Republik Östlich des Uruguay, Vorstandsvorsitzender der STINAG Stuttgart Invest AG, Stuttgart

DR. GISELA MEISTER-SCHEUFELEN
bis 31. Dezember 2008
Senatorin e. h., Ministerialdirektorin im Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED RIEG
Kreisrat, Oberbürgermeister a. D., Giengen

DIETER RÖSLER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

CHRISTIAN ROGG*
ab 1. Januar 2008
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

DR. STEFAN SCHEFFOLD, MdL
Rechtsanwalt, stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

GERD SIEBERTZ*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

RENATE STEINER*
ab 1. Mai 2008
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER
Landrat des Landkreises Tübingen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Tübingen

PROF. DR. WILLI WEIBLEN
bis 31. Dezember 2008
Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

CLEMENS WINCKLER
bis 31. Dezember 2008
Rentner, Bad Wörishofen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Organe setzten sich dabei wie folgt zusammen:

	Vorstand		Verwaltungsrat	
	2008* Mio. EUR	2007** Mio. EUR	2008 Mio. EUR	2007 Mio. EUR
Bezüge der Organe				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	5,7	6,0	0,3	0,3
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	16,5	12,5	0,0	0,0
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter und kurzfristig fällige Leistungen	9,9	5,0	0,0	0,0
Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen gegenüber diesem Personenkreis	104,7	69,9	0,0	0,0

* inklusive Vorstände der ehemaligen BW-Bank, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP
** inklusive Vorstände der ehemaligen BW-Bank

In den Bezügen früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener sind für das Geschäftsjahr 2008 die der ehemaligen Sachsen LB und die ehemaligen LRP berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2007 betrugen die Gehälter früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebene für die ehemalige LRP 2,2 Mio. EUR und für die ehemalige Sachsen LB 0,9 Mio. EUR. Die Pensionszusagen früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebene betrugen in 2007 für die ehemalige LRP 24,8 Mio. EUR und für die ehemalige Sachsen LB 8,5 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Verwaltungsrats in Höhe von 4,4 Mio. EUR (Vorjahr: 4,1 Mio. EUR) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen. Alle Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Verwaltungsrats werden zu marktüblichen Konditionen verzinst.

Mandate.

Von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der LBBW wurden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland wahrgenommen:

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Joachim Landgraf
	Stv. Aufsichtsrat	Elvira Bergmann
Aksys-Beteiligungs GmbH, Worms	Aufsichtsrat	Joachim Hug
		bis 23. Oktober 2008
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	2. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	Aufsichtsrat	Markus Gierke
		bis 31. Dezember 2008
	Aufsichtsrat	Manuel Köppel
		seit 12. Januar 2009
Bankhaus Ellwanger & Geiger, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats und des Kreditausschusses	Michael Horn
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter
	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Verwaltungsrat	Dr. Friedhelm Plogmann
		bis 30. Juni 2008
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Euwax AG, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Kreissparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Sachsen Bank, Leipzig	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
(bis 31. März 2008 firmierte die Gesellschaft als		vom 24. Februar 2008
Landesbank Sachsen AG)		bis 31. März 2008
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
		vom 24. Februar 2008
		bis 31. März 2008
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
		vom 24. Februar 2008
		bis 31. März 2008
LBBW Asset Management (Ireland) plc, Dublin	Vorsitzender des Aufsichtrats	Hans-Joachim Strüder
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtrats	Michael Horn seit 1. September 2008
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Peter Kaemmerer seit 1. September 2008
	Aufsichtsrat	Andreas Fohrmann seit 1. September 2008
	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab seit 1. September 2008
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg (bis 31.8.2008 hat die Gesellschaft firmiert als LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A.)	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Hans-Joachim Strüder seit 1. Juli 2008 (vorher Mitglied)
	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Friedrich Plogmann bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Alain Baustert bis 31. Dezember 2008
	Verwaltungsrat	Roby Haas bis 31. Dezember 2008
	Verwaltungsrat	Daniel Juncker bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Hubert Sühr bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Michael Horn
	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer seit 1. Juli 2008
	Verwaltungsrat	Berthold Veil seit 1. Juli 2008
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Horst Marschall
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat	Michael Horn
	Stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
Rheinland-Pfalz Bank, Mainz (bis 30. Juni 2008 LRP Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale)	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Michael Horn bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Joachim E. Schielke bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Dr. Bernhard Walter bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf bis 30. Juni 2008
Maschinenfabrik Esterer AG, Altötting	Aufsichtsrat	Claudia Diem vom 22. Juli 2008 bis 24. Oktober 2008
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	Stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn
	Beirat	Dr. Bernhard Walter
Paul Hartmann AG, Heidenheim a.d. Brenz	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke seit 30. April 2008
quirin bank AG, Berlin	Aufsichtrat	Andreas Benninger seit 18. Juli 2008

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans Strudel
	Aufsichtsrat	Dr. Armin Brendle
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
SOTRADA, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Wolf-Dieter Ihle bis 30. Juni 2008
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Ralf Menzel seit 30. Juni 2008
	Aufsichtsrat	Ralf Winkelmann
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny
SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

78. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterzahl setzte sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2008			2007		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	6193	4390	10583	5768	4069	9837
Teilzeit	166	2264	2430	150	2156	2306
Auszubildende	293	340	633	289	307	596
Insgesamt	**6652**	**6994**	**13646**	**6207**	**6532**	**12739**

79. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Aufgrund der geänderten Marktanforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der LBBW vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hat die Trägerversammlung der LBBW am 21. November 2008 Eckpunkte einer Eigenkapitalerhöhung für die LBBW im Umfang von 5 Mrd. EUR beschlossen. Diese soll nach Einbeziehung der Expertisen von Beratungsgesellschaften in Fragen der Risikosituation und der Geschäftsmodellausgestaltung im zweiten Quartal 2009 umgesetzt werden.
Außerdem wurde vereinbart, Garantien für neu begebene Schuldtitel oder sonstige Verbindlichkeiten in Abhängigkeit von der weiteren Marktentwicklung zu prüfen.
Die Gutachten der Beratungsgesellschaften wurden der Trägerversammlung und dem Verwaltungsrat des LBBW-Konzerns am 18. bzw. 19. Februar 2009 vorgestellt. Gegenstand war zum einen die Überprüfung und Weiterentwicklung des operativen Geschäftsmodells durch Roland Berger, zum anderen die Würdigung der Risikosituation der LBBW durch PricewaterhouseCoopers und Ernst & Young.
Die Expertise durch Roland Berger zeigt, dass das Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns stabil und ertragsorientiert ist. Empfohlen werden ein weiterer Ausbau im gehobenen Unternehmenskundengeschäft, mittelfristige Kostensenkungen von rund 150 Mio. EUR und der Abbau des Kreditersatzgeschäfts.
Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers stellt fest, dass die Risikostrategien der LBBW konsistent sind mit den Zielen und Planungen für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Bank. Das eingesetzte Instrumentarium sowie die organisatorische Ausgestaltung zur Steuerung und Überwachung der für die LBBW wesentlichen Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sind funktionsfähig und angemessen. Die Bewertung des Kreditersatzgeschäfts zum 31. Dezember 2008 ist sachgerecht, die Liquidität nach Stresstestberechnungen sichergestellt. Ernst & Young hat diese Einschätzungen bestätigt. Die Eigenkapitalerhöhung wurde im März 2009 durch die Gremien der einzelnen Träger grundsätzlich beschlossen.

Gegenüber dem Stichtag 31. Dezember 2008 hat sich im Zuge einer weiteren Ausweitung der Finanzmarktkrise im Januar und Februar 2009 die Risikotragfähigkeitssituation nochmals verschärft. Ursache waren insbesondere die Risikoeffekte durch Ratingherabstufungen bei Unternehmenskunden und Verbriefungspositionen, das weiter gestiegene Marktpreisrisiko sowie die Ergebniswirkung der Spreadausweitungen vor allem bei Sovereigns.
Angesichts der anhaltenden Finanzmarktkrise und der Auswirkungen der Downgrading-Aktionen der Ratingagenturen haben die Träger der LBBW im März 2009 die Optionen für eine Risikoimmunisierung als zusätzliches Sicherheitsnetz für Teile der Portfolios der LBBW aus dem Kreditersatzgeschäft erörtert und den Vorstand beauftragt, die Optionen weiter zu spezifizieren. Durch diese Maßnahme sollen die Auswirkungen massiver Markterschütterungen auf das Portfolio minimiert werden. Wertschwankungen der abgeschirmten Papiere schlagen dann nicht mehr auf das Ergebnis durch.
Darüber hinaus führt die Risikoimmunisierung gemeinsam mit der Eigenkapitalerhöhung nach aufsichtsrechtlichen Vorschriften wie in der ökonomischen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zu einer deutlichen Entlastung.
Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, bestehen nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 in Form der noch nicht überwundenen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Belastungen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 30. März 2009

Der Vorstand

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 30. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WALTER SCHULDT
Wirtschaftsprüfer

DR. ANDREAS RUSS
Wirtschaftsprüfer

ANNEX 3

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

und Lagebericht zum Geschäftsjahr 2009

Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009.

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009, bestehend aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, gelesen werden. Der Jahresabschluss 2009 sowie der Lagebericht 2009 wurden wie im Vorjahr von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine Universal- und Geschäftsbank und gehört zu den größten deutschen Kreditinstituten. Zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank bietet sie in bundesweit 212 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Großbank. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die BW-Bank für die LBBW die Aufgaben einer Sparkasse.

Für die heimischen Unternehmenskunden bietet die LBBW einen weltweiten Vor-Ort-Service mit ausgewählten Auslandsstandorten, darunter die Niederlassungen in New York, London, Singapur, Seoul und Mexiko-Stadt sowie zahlreiche Repräsentanzen. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch die vier German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt, Singapur und Delhi.Gurgaon, Indien.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Hier sind Stabs- und Servicefunktionen auf Konzernebene gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Kundengeschäft des Konzerns. Dadurch verbindet der LBBW-Konzern effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der Nähe regionaler Kundenbanken. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch spezialisierte Tochtergesellschaften.

Die LBBW ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Ihre Eigentümer sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,53 %, das Land Baden-Württemberg mit 19,57 %, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,93 %, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 18,26 % und die L-Bank mit 2,71 % der Anteile am Stammkapital der LBBW.

Herausfordernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Das anspruchsvolle gesamtwirtschaftliche Umfeld, gepaart mit der tiefgreifenden Finanzkrise, hat die globale Bankwirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor ausgesprochen große Herausforderungen gestellt. Kreditinstitute auf der ganzen Welt wurden davon unerwartet hart getroffen. Seither hat sich die Situation an den internationalen Finanzmärkten zwar wieder entspannt, ist aber längst noch nicht zur Normalität zurückgekehrt. Auch die LBBW ist von dieser Finanzkrise trotz solider Erträge im operativen Geschäft nicht unberührt geblieben.

Einhergehend mit der Eintrübung des bankwirtschaftlichen Marktumfeldes begann die LBBW bereits frühzeitig damit, ihre strategische Grundausrichtung an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Dieser Veränderungsprozess bekam durch die dramatischen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten in quantitativer und zeitlicher Hinsicht zusätzliche Dynamik. Vor allem die Entwicklungen an den Kapitalmärkten sowie externe Ratingherabstufungen von Kreditpapieren führten zu einem unerwarteten Anstieg des Eigenkapitalbedarfs.

Um vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher höherer Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung sicherzustellen, dass die Bank auch künftig ihre Rolle als solider und verlässlicher Finanzierungspartner vollumfänglich wahrnehmen kann, haben die Träger dem LBBW-Konzern im Frühsommer 2009 weiteres Eigenkapital in Höhe von 5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg Risiken mit einem Garantiebetrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR abgeschirmt. Diese Maßnahmen wurden durch die EU-Kommission mit der Auflage einer umfassenden Umstrukturierung und Neuausrichtung der Bank verbunden und am 15. Dezember 2009 auf Basis eines Anfang Oktober 2009 eingereichten Umstrukturierungsplans ohne Hauptprüfverfahren genehmigt.

Tiefgreifender Umbau der Bank.

Dank ihres stark kundenbezogenen Geschäfts verfügt die LBBW über eine solide Ertragsbasis und einen profitablen Kern, der sich gerade in diesen wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Zeiten im Grundsatz bewährt hat. Die tiefe regionale Verwurzelung, gepaart mit dem damit einhergehenden Markt-Know-how, ist dabei ein echter Mehrwert, den die LBBW gegenüber ihren Mitbewerbern bieten kann. Entsprechend liegen im kundennahen Geschäft auch die zentralen Wachstumsfelder der Bank. Im Rahmen des Umstrukturierungsplans ist die Konzentration der Bank auf die stabilen regional geprägten Kerngeschäftsfelder vorgesehen.

Die LBBW hat bereits 2009 die zentralen Weichenstellungen zur Anpassung ihres Geschäftsmodells initiiert. Im Einzelnen umfasst der von der LBBW erarbeitete Umstrukturierungsplan die folgenden Eckpunkte:

1. Konzentration auf das Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven
Die LBBW fokussiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung noch stärker auf ihre Kernaktivitäten mit Wachstumsperspektiven, insbesondere auf die erfreulich verlaufenden Geschäfte mit Firmenkunden, Privatkunden und Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als verlässlicher Partner des Mittelstands in ihren regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen mit den daran angrenzenden Regionen. Darüber hinaus konzentriert sich die Bank im Firmenkundengeschäft auf ausgewählte große Unternehmen im deutschsprachigen Raum; das Geschäft mit gewerblichen Immobilienkunden ist künftig hingegen auf Deutschland und ausgewählte Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien ausgerichtet.

2. Abbau des Kreditersatzgeschäfts und der sonstigen opportunistischen Geschäftsaktivitäten
Das Kreditersatzgeschäft der LBBW wird abgebaut. Im Vordergrund steht dabei die konsequente Nutzung von Fälligkeiten. Darüber hinaus wird die Bank Projektfinanzierungen nur noch in Zusammenhang mit Kundengeschäften bzw. in Verbindung mit Projekten im Kontext erneuerbarer Energien betreiben. Im Auslandsgeschäft konzentriert sich die LBBW künftig auf Export- und Handelsfinanzierungen im Interesse ihrer heimischen Kunden. Außerdem kommt es zu einer Straffung des Auslandsnetzes und zum Verkauf von Beteiligungen. Trotzdem bleiben die kundenbezogenen Aktivitäten der LBBW hierbei ganz klar im Mittelpunkt.

In der Summe zielen die vorgesehenen Maßnahmen darauf ab, die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns um circa 40 % zurückzuführen. Damit einhergehend wird die Risikostruktur im Konzern weiter verbessert und gleichzeitig der Komplexitätsgrad spürbar reduziert.

3. Deutliche Reduktion der Kosten um ca. 700 Mio. EUR
Die mit der Kapitalerhöhung und der Risikoabschirmung verbundenen Kosten und Auflagen erfordern eine deutliche Senkung der Kostenbasis im Konzern. Im Zielbild sind Kostensenkungen mit einem Gesamtvolumen von rund 700 Mio. EUR jährlich geplant. Die Reduktion der Kosten wird schrittweise ab 2010 erfolgen. Der Großteil der Reduktion basiert auf Sachkosteneinsparungen und Beteiligungsveräußerungen. Ferner ist die strategische Neuausrichtung der LBBW mit dem Abbau von rund 2 500 Stellen verbunden. Die Verringerung der Stellenzahl soll so sozialverträglich wie möglich vollzogen werden.

4. Gesundes Wachstum im Kerngeschäft
Das Konzept zur Neuausrichtung definiert auch klar die Wachstumsfelder der Bank. So zielt die LBBW darauf ab, ihre Position als Partner des Mittelstands in den regionalen Kernmärkten der Bank unter Nutzung ihrer Marktkenntnis und Intensivierung der Kundennähe weiter zu festigen und damit auch die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen.

Die LBBW versteht sich dabei weiterhin als leistungsfähiger und verlässlicher Partner ihrer Kunden, als Hausbank im besten Sinne des Wortes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen bedürfen Bankkunden eines langfristig denkenden und verlässlichen Kreditinstituts, das seinen Kunden loyal zur Seite steht. Es entspricht der Erfahrung der LBBW, dass eine dauerhafte Partnerschaft zwischen Bank und Kunde sich am langen Ende für beide Seiten lohnt. Das zeigen auch die teilweise bereits seit Jahrzehnten andauernden Kundenbeziehungen.

Darüber hinaus ist das gesunde Wachstum im Kerngeschäft der LBBW eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze.

Insgesamt sieht sich die LBBW gut gerüstet, um auch in dieser schwierigen Umbauphase weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

Künftige Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen.

Das künftige Geschäftsmodell der LBBW umfasst fünf Geschäftsfelder: Privatkunden, Firmenkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Im Geschäftsfeld **Privatkunden** setzt die LBBW zwei Schwerpunkte. Zum einen konzentriert sich die Bank auf das gehobene Privatkundengeschäft. Zu diesem Zweck soll in den Bereichen Private Banking und Wealth Management die Neukundengewinnung forciert, die Betreuungsintensität ausgebaut und das Produktangebot fokussiert werden. Ziel ist es, die Position der BW-Bank als leistungsfähige Regionalbank und damit als einer der führenden Anbieter für gehobene Segmente weiter zu festigen. Flankierend werden die Sachsen Bank und die Rheinland-Pfalz Bank in den dortigen Märkten das gehobene Privatkundengeschäft mittels lokal-selektiver Präsenz betreiben. Den zweiten Schwerpunkt im Geschäftsfeld Privatkunden legt die LBBW auf das klassische Retailgeschäft. Innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart übernimmt dabei die BW-Bank die Rolle einer Sparkasse, die ihren Kunden die komplette Bank- und Finanzdienstleistungspalette bietet. Aus dieser Sparkassenfunktion heraus ergibt sich ein erheblicher Anteil des Retailgeschäfts der LBBW. Der auf die nachhaltige Kundenbeziehung ausgerichtete und bedarfsorientierte Beratungs- und Betreuungsansatz ist und bleibt Leitgedanke im Privatkundengeschäft der LBBW.

Im Geschäftsfeld **Firmenkunden** fokussiert sich die LBBW in Zukunft zum einen auf das Betreuungsgeschäft für mittelständische Firmenkunden und Kunden der öffentlichen Hand. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg betreut der LBBW-Konzern dabei unter der Marke BW-Bank. In Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Wirtschaftsräumen nehmen diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr. Die Versorgung des heimischen Mittelstands mit einem umfassenden bankwirtschaftlichen Produktportfolio gehört auch weiterhin zum Herzstück des LBBW-Geschäftsmodells. Hierzu zählen insbesondere auch innovative Financial-Markets-Produkte wie Corporate-Schuldscheine und Corporate-Finance-Dienstleistungen. Das regionale Geschäft mit Unternehmenskunden wird entsprechend weiter ausgebaut und dient damit auch zukünftig als stabile Ertragsbasis. Zum anderen umfasst die Säule Firmenkunden das Geschäft mit Großkunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Besonderes Augenmerk legt die LBBW dabei auf das Geschäft mit kapitalmarktorientierten Kunden, deren Tätigkeit international ausgerichtet ist. Ferner bietet die LBBW umfassende Dienstleistungen bei der Projektfinanzierung im Bereich regenerative Energien an.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** fungiert die LBBW als Sparkassenzentralbank für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Sachsen. Das Engagement der LBBW im Rahmen ihrer Sparkassenzentralbankfunktion untergliedert sich dabei in drei wesentliche Arten der Zusammenarbeit: Die Bank betreut Eigengeschäfte der Sparkassen für alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst. Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen angeboten. Schließlich werden Abwicklungsgeschäfte im Dienstleistungsgeschäft, wie beispielsweise Wertpapierabwicklung oder Auslandszahlungsverkehr, erbracht. Vor dem Hintergrund der erzielbaren Skaleneffekte ist die Zusammenarbeit mit den Sparkassen ein zentrales Element im Geschäftsmodell der LBBW. Entsprechend ist die LBBW bestrebt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das Geschäftsfeld **Financial Markets** ist auf Service- und Beratungsdienstleistungen für institutionelle Kunden, Sparkassen sowie Unternehmenskunden ausgerichtet und damit ganz klar auf das kundeninduzierte Geschäft konzentriert. Für Privatkunden und Institutionelle strukturiert, vertreibt und handelt die LBBW mit Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukten. Des Weiteren werden die Beratung, Strukturierung und Platzierung in Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen angeboten, womit den Kernkunden der LBBW insbesondere auch der Zugang zu den Kreditmärkten ermöglicht wird.

Das Geschäftsfeld **Immobilienfinanzierung** beinhaltet künftig eine breite Palette objekt-, portfolio- und unternehmensbezogener Finanzierungsstrukturen sowie eine Reihe ergänzender Produkte und Dienstleistungen für Immobiliengesellschaften sowie private und institutionelle Investoren. Dabei soll der Großteil des Geschäfts in Deutschland stattfinden, während die Auslandstätigkeiten des Geschäftsfelds auf die Vereinigten Staaten (USA) und Großbritannien beschränkt sein werden. Außerhalb der definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien sowie außerhalb der definierten Segmente und Objektkategorien wird das Immobilienfinanzierungsgeschäft in den kommenden Jahren deutlich reduziert.

Gesamt-wirtschaftliche Entwicklung.

Weltwirtschaft.

Die zeitweise schon befürchtete Neuauflage der großen Depression der 1930er-Jahre blieb im abgelaufenen Jahr aus. Die von den Regierungen der großen Volkswirtschaften initiierten Konjunkturprogramme und die Liquiditätszufuhr der wichtigsten Notenbanken verhinderten das Schlimmste. Dennoch konnte der schärfste wirtschaftliche Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg nicht abgewendet werden. Ausdruck dessen war eine globale Schockstarre, die vor allem im ersten Halbjahr die Weltkonjunktur lähmte: Der internationale Warenhandel erlitt einen deutlichen Einbruch, die Auftragseingänge brachen dramatisch ein und die Kapazitätsauslastungen in den großen Industrienationen fielen infolgedessen stellenweise auf historische Tiefstände. Erholungstendenzen im zweiten Halbjahr waren dann vor allem den fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen zu verdanken.

Der Verlauf kann gut am Beispiel der USA skizziert werden. Fiel das amerikanische BIP im ersten Quartal 2009 noch um annualisiert 6,4%, setzten staatliche Maßnahmen wie etwa die US-Verschrottungsprämie positive Impulse, die im dritten Quartal 2009 bereits wieder zu einem Zuwachs von 2,2% (annualisiert) führten. Die positive Entwicklung setzte sich schließlich im vierten Quartal mit einem Zuwachs von 5,7% (annualisiert) gegenüber dem Vorquartal fort. Vorläufigen Schätzungen zufolge dürfte im Gesamtjahr 2009 in der größten Volkswirtschaft real ein Minus von 2,4% zu Buche stehen. Die Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2009 nach Schätzungen der LBBW um 0,6% geschrumpft sein – was seit dem Zweiten Weltkrieg der deutlichste Einbruch wäre. Ohne das robuste Wachstum in den Schwellenländern sähe das Ergebnis noch deutlich schlechter aus. Allen voran steht hierbei einmal mehr China. Die chinesische Regierung legte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt das größte Konjunkturpaket vor. Sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 standen und stehen staatliche Mittel von rund 7% des BIP für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wuchs die chinesische Volkswirtschaft laut offiziellen vorläufigen Schätzungen um 8,7% im Jahr 2009.

Deutschland.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft traf die deutsche Volkswirtschaft ins Mark. Waren bis zur Krise die Investitionen und die Exporte die wichtigsten Wachstumstreiber, drückten beide Größen das BIP nun kräftig in den roten Bereich. Der Einbruch der Investitionen stand dabei in unmittelbarem Zusammenhang mit dem massiven Rückgang der Ausfuhren. Im Durchschnitt der zwei ersten Quartale gingen die Exporte um real 18% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete vor diesem Hintergrund im ersten bzw. zweiten Quartal 2009 ein Minus von 6,7% bzw. 5,8% im Jahresvergleich. Ohne den relativ robusten privaten Konsum und den höheren Staatsverbrauch wäre die wirtschaftliche Talfahrt noch ausgeprägter ausgefallen. Die Ausweitung der Kurzarbeit – von August 2008 bis Mai 2009 stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 39416 auf 1,533 Mio. – führte zu einem weniger starken Anstieg der Arbeitslosenquote als allgemein befürchtet. Der dadurch vermiedene Arbeitsplatzabbau – die Arbeitslosenquote stieg lediglich von 7,7% im Dezember 2008 auf 8,1% im Dezember 2009 – hielt zusammen mit den hohen Lohnabschlüssen des Vorjahres und den Kaufanreizen der »Abwrackprämie« die Kaufbereitschaft der Konsumenten aufrecht. Die in Deutschland bereits im zweiten Quartal begonnene Erholung setzte sich im dritten Quartal mit einem Plus von 0,7% (saison- und kalenderbereinigt) im direkten Quartalsvergleich fort. Positive Impulse kamen seit Jahresanfang 2009 von den Bauinvestitionen und ab dem dritten Quartal 2009 von den Ausrüstungsinvestitionen. Darüber hinaus verzeichneten die Exporte im dritten Quartal 2009 wieder einen Zuwachs um 3,4% zum Vorquartal. Per saldo ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt ungeachtet der Erholung ab dem zweiten Quartal im Jahr 2009 aufgrund des Einbruchs zu Jahresanfang (–3,5% im Quartalsvergleich) nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes real um 5% geschrumpft.

Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken sahen sich in Anbetracht des massiven wirtschaftlichen Einbruchs und der weiterhin bestehenden Risiken im Bankensektor zu einer Fortsetzung ihrer bereits im Jahr 2008 begonnen drastischen Maßnahmen gezwungen. Die EZB senkte ihren Leitzins im Zeitraum von März bis Mai um insgesamt 100 Basispunkte auf ein in der Geschichte der Notenbank historisches Tief von 1%. Darüber hinaus erweiterte die EZB ihren Handlungsspielraum mit sogenannten »unkonventionellen Maßnahmen«. Hierzu gehörte unter anderem die Ankündigung des Kaufs von besicherten Bankanleihen von Emittenten aus dem Euroraum. Der Rahmen dieses Programms beläuft sich auf 60 Mrd. EUR. Zum Jahresende 2009 waren davon 28,74 Mrd. EUR ausgeschöpft. Darüber hinaus führte die Zentralbank Repogeschäfte mit einer Laufzeit von einem Jahr ein. In insgesamt drei Jahrestendern teilte die EZB den Geschäftsbanken per saldo 614 Mrd. EUR zu. Die Gebote der einzelnen Institute bediente die EZB dabei voll. Am Geldmarkt sind die Zinsen dank der expansiven Geldpolitik

praktisch das ganze Jahr ununterbrochen gefallen. Lag der 3-Monats-Euribor zu Jahresbeginn noch bei 2,89%, wurde zu Ende des Jahres ein Zins von 0,7% quotiert. Die reichliche Liquiditätsversorgung durch die EZB zeigte also am Geldmarkt den gewünschten Erfolg.

In den USA setzte die US-Notenbank ihre Politik der »quantitativen Lockerung« fort. Nachdem die Federal Reserve bereits im Jahr 2008 die Fed Funds Target Rate de facto auf Null gesenkt hatte, kam den Instrumenten jenseits der Zinspolitik eine hohe Bedeutung zu. Diese Programme sahen vor, dass die US-Notenbank u. a. 300 Mrd. USD an US-Staatsanleihen und 1 250 Mrd. USD hypothekenbesicherte Wertpapiere (MBS) am Markt aufkauft. Während die Käufe von Staatsanleihen bereits im Herbst 2009 abgeschlossen wurden, dürften die Käufe von MBS noch bis zum Ende des ersten Quartals 2010 andauern.

Rentenmarkt.

Auch am Rentenmarkt dürfte das Jahr 2009 wohl noch lange in den Rekordlisten geführt werden. Einhergehend mit einem Rückgang der Renditeaufschläge für Unternehmensanleihen (gemessen am Merrill Lynch Index EN00) von 350 Basispunkten am Jahresende 2008 auf 114 Basispunkte über Bundesanleihen am Jahresende 2009, erzielten Unternehmensanleihen mit einem Investment Grade Rating eine Jahresperformance von 16,4%. Noch besser war die Wertentwicklung für Unternehmensanleihen aus dem High Yield Segment, die sogar eine Jahresperformance von 74,8% verzeichneten. Im Unterschied dazu stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen – ausgehend von einem Rekordtief im Januar 2009 von 2,89% bis Mai auf 3,73%. Im weiteren Jahresverlauf pendelte diese richtungslos zwischen 3,10% und 3,40%. Das Jahr 2009 wird wohl auch als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Staatsanleihemarkt im Euroraum einer ersten Bewährungsprobe unterzogen wurde. Infolge der Finanzmarktkrise und nicht zuletzt aufgrund der damit einhergehenden drastischen Ausweitung der Staatsverschuldung stiegen die Renditedifferenzen zwischen den Staatsanleihen der Euromitgliedsstaaten erstmals seit der Euroeinführung wieder deutlich an. Zu Jahresbeginn 2009 rentierten etwa griechische 10-jährige Staatsanleihen fast 300 Basispunkte über Bundesanleihen. Nach einer Beruhigung in den Sommermonaten sorgten aufkommende Ängste um die griechische Bonität seit dem Jahreswechsel erneut für einen deutlichen Anstieg der Risikoprämien.

Devisenmarkt.

Die meiste Zeit des Jahres 2009 wertete der Euro zum US-Dollar auf. Gegen den Greenback sprachen sowohl die niedrigeren Renditen als auch die Flut von US-Dollar, die sich von den diversen Hilfsprogrammen der Fed in die Märkte ergoss. Der Euro erreichte zum US-Dollar sein Hoch Anfang Dezember bei 1,51. Inzwischen liegen aber zumindest im mittel- bis langfristigen Laufzeitensegment die US-Renditen wieder höher, sodass dieses Argument weggefallen ist. Als schließlich an den Kapitalmärkten noch Sorgen um die griechische Solvenz aufkamen, fiel der Kurs des Euro zum US-Dollar denn auch per Ende 2009 auf 1,42.

Aktienmarkt.

Die Aktienmärkte waren im Jahr 2009 ausgeprägten Schwankungen ausgesetzt. Im ersten Quartal dominierten Finanzkrise und Konjunkturängste sowie eine daraus resultierende extreme Risikoaversion das Anlegerverhalten. In einem finalen Ausverkauf stürzte der DAX Mitte März bis auf ein Fünfjahres-tief bei rund 3 600 Index-Punkten ab. Die angesichts der deutlich überverkauften Markttechnik normale Gegenbewegung ging dann unmittelbar über in eine beeindruckende Aufholjagd. War die Hausse zunächst nur auf vage Hoffnungen auf ein Ende des konjunkturellen Absturzes gebaut, stützte ab dem Sommer das sich sukzessive stabilisierende makroökonomische Umfeld. Auch die Unternehmen rückten Stück für Stück von ihrem in der ersten Jahreshälfte gezeigten ausgeprägten Pessimismus ab. Nach oben revidierte Gewinnschätzungen für die Konzerne lieferten die fundamentale Untermauerung für die höheren Notierungen. Ein ganz wichtiger Katalysator war sicherlich die nach höherer Anlagerendite suchende Liquidität. Mangels attraktiver Alternativen wandten sich vor allem Institutionelle wieder risikobehafteteren Assetklassen wie dem Aktienmarkt zu.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Bankengeschäftsjahr 2009 mit Licht und Schatten.

Das bankwirtschaftliche Umfeld war 2009 wesentlich durch zwei Faktoren geprägt. Auf der einen Seite stand die kontinuierliche Stabilisierung der Finanzmärkte nach den umfangreichen Maßnahmen, die auf der Ebene von Notenbanken und Staaten ergriffen worden sind. Auf der anderen Seite waren weltweit zum Teil massive konjunkturelle Einbrüche zu verzeichnen.

In diesem Umfeld konnten viele Institute Wertaufholungen auf ihre Wertpapierbestände realisieren. Zudem verbesserte sich die Lage vor allem bei den Handelserträgen. Auch aus der steilen Zinsstrukturkurve konnten viele Häuser Gewinn ziehen. Dem stand gegenüber, dass sich das Risiko des Kundenkreditvolumens mit der verschlechterten wirtschaftlichen Lage erhöhte, sodass die Banken ihre Risikovorsorge deutlich steigern mussten. Diese Entwicklung hat nicht nur die Ertragslage, sondern auch die Eigenkapitalseite der Institute zunehmend belastet.

Keine allgemeine Kreditklemme.

In diesem Zusammenhang machte sich vor allem in Deutschland die Furcht breit, die Banken könnten mit einem Abbau von Risikopositionen und einer restriktiven Kreditvergabe eine allgemeine Kreditklemme herbeiführen. Diese Furcht hat sich nicht bestätigt. Zwar gab es in einzelnen Teilbereichen Friktionen, wie etwa bei sehr großvolumigen Transaktionsvorhaben. Eine allgemeine Kreditklemme, die die volkswirtschaftliche Entwicklung nachhaltig negativ tangiert hätte, ließ sich aber nicht nachweisen. Vielmehr fiel in dem negativen gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht zuletzt vielfach auch die Nachfrage von Kundenseite geringer aus. Zudem waren Bonitätsverschlechterungen einzelner Kreditnehmer zu berücksichtigen.

Fortgesetzter Restrukturierungsprozess.

Umstrukturierungs- und Redimensionierungsmaßnahmen sowie der Abbau von Risikopositionen, die häufig bereits im Vorjahr begonnen worden waren, beschäftigten viele Marktteilnehmer auch 2009 in erheblichem Ausmaß. Verstärkend wirkten sich hier staatliche Unterstützungsmaßnahmen aus. Für die mit staatlicher Hilfe unterstützten Institute in der Europäischen Union hatte dies Beihilfeverfahren bei der EU-Wettbewerbskommission zur Folge. Diese sind in der Regel mit deutlichen Auflagen für einen Abbau von Risikopositionen und einer Verkleinerung der Institute in den kommenden Jahren verbunden.

Für große Konsolidierungsschritte in der Branche stellte sich das Marktumfeld im vergangenen Jahr eher ungünstig dar, zumal der Aspekt der Größe vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise gesamtwirtschaftlich kritischer beurteilt wird.

Branche vor umfangreicher Neuregulierung.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise soll eine neue internationale Finanzmarktarchitektur geschaffen werden. Für die Kreditwirtschaft zeichnete sich 2009 immer deutlicher eine umfangreiche Neuregulierung ab, zu deren zentralen Elementen erhöhte Anforderungen an das Eigenkapital der Institute gehören werden.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit gestärkt.

Die Träger der LBBW haben die Kapitalbasis und Risikotragfähigkeit der Bank im Frühsommer 2009 mit einer Kapitalerhöhung im Volumen von 5 Mrd. EUR gestärkt. Gleichzeitig hat das Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung für Teile des Kreditersatzportfolios mit einem Garantiebetrag in Höhe von 12,7 Mrd. EUR übernommen. Der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz hat seine Anteile an der Bank im Zuge dieser Maßnahmen an den Sparkassen-Verband Baden-Württemberg abgegeben, der nun 40,53 % der Anteile hält. Die Träger Land Baden-Württemberg und L-Bank haben die Kapitalerhöhung für die LBBW über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH vollzogen. Das Land Baden-Württemberg hält danach 19,57%, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH 18,26 % und die L-Bank 2,71 % der Anteile. Die Landeshauptstadt Stuttgart hält unverändert 18,93% der Anteile am Stammkapital der LBBW.

EU-Beihilfe beschlossen.

Die Unterstützungsmaßnahmen der Träger haben ein Beihilfeverfahren bei der EU-Kommission begründet. Die Kommission hat die von der Bank und ihren Trägern zur Genehmigung vorgelegten Maßnahmen sowie ein damit verbundenes Konzept zur Umstrukturierung am 15. Dezember 2009 ohne Hauptprüfverfahren gebilligt.

Das von der EU-Kommission genehmigte Konzept sieht eine stärkere Konzentration der Bank auf ihre Kerngeschäftsfelder vor, insbesondere die Geschäfte mit Unternehmenskunden, Privatkunden und Sparkassen. Diese werden durch leistungsfähige Kapitalmarktprodukte auch für institutionelle Kunden sowie das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen flankiert. Das Kreditersatzgeschäft soll sukzessive auslaufen. Ferner sind eine Straffung des Auslandsnetzes sowie der Verkauf von Beteiligungen geplant.

In der Summe aller Maßnahmen sollen die Aktiva der Bank um ca. 40 % abgebaut werden. Damit verbunden sind eine Senkung der Kosten um rund 700 Mio. EUR jährlich sowie der Abbau von rund 2 500 Stellen. Gleichzeitig wird sich die LBBW bis Ende 2013 in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischem Recht umwandeln. Bereits bis Ende 2010 wird die LBBW die wesentlichen inhaltlichen Strukturelemente einer Aktiengesellschaft übernehmen. An Stelle des Verwaltungsrats wird ein Aufsichtsrat eingeführt. Die Trägerversammlung wird in eine Haupt- oder Eigentümerversammlung umgewandelt.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren hat die Bank die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung der Umstrukturierung geschaffen. Neben der erforderlichen Detaillierung der Maßnahmenplanungen bis zum Frühjahr 2010 wurden bereits 2009 Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern über einen Sozialplan aufgenommen. Für das abzubauende Kreditersatzgeschäft wurde ein neuer, eigener Bereich eingerichtet. Umfangreiche Projektarbeiten zur Komplexitäts- und Kostenreduktion wurden in die Wege geleitet.

Veränderung bei den Organmitgliedern.

Eine Veränderung gab es 2009 auch im Vorstand der LBBW. Nach dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Dr. Siegfried Jaschinski aus dem Vorstand und dem Amt des Vorstandsvorsitzenden hat die Trägerversammlung der LBBW mit Wirkung vom 11. Juni 2009 Hans-Jörg Vetter, den bis dahin amtierenden Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Berlin AG, zum neuen Vorstandsvorsitzenden der LBBW bestellt.

Geschäfts-entwicklung der LBBW-Bank (HGB).

Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage.

Ertragslage der LBBW-Bank (HGB).

	1.1.2009 – 31.12.2009	1.1.2008 – 31.12.2008	Veränderung 2008/2009	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	2172	2801	-629	-22,5
2. Provisionsüberschuss	437	407	30	7,4
3. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	313	359	-46	-12,8
4. Verwaltungsaufwendungen	-1545	-1531	-14	0,9
5. Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-18	218	-236	–
6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	**1359**	**2255**	**-896**	**-39,7**
7. Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-3037	-2605	-432	16,6
8. Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	1120	-1120	-100,0
9. Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	**-1678**	**769**	**-2447**	**–**
10. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	-470	-345	-125	36,2
11. Teilgewinnabführung	0	-284	284	-100,0
12. Jahresergebnis vor Steuern	**-2148**	**140**	**-2288**	**–**
13. Steuern	-40	-46	6	-13,0
14. Jahresergebnis nach Steuern	**-2188**	**94**	**-2282**	**–**

Gesamtergebnis erkennbar geprägt durch belastende Sekundäreffekte.

Die Finanzmarktkrise, die zu Beginn primär den Bankensektor belastete, hat inzwischen massiv die Realwirtschaft getroffen – national wie international, Industrieländer und Schwellenländer. Die weltweite Rezession belastet die Kreditwirtschaft durch gestiegenen Risikovorsorgebedarf, verursacht durch vermehrte Kreditausfälle aufgrund zunehmender Unternehmensinsolvenzen und Arbeitslosigkeit. Von diesen Krisenauswirkungen sind auch die Kunden der LBBW-Bank betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Umfeldbedingungen musste die LBBW-Bank trotz solider Erträge im operativen Geschäft für das Geschäftsjahr 2009 ein Jahresergebnis von – 2 188 Mio. EUR ausweisen (Vorjahr + 94 Mio. EUR).

Sondereffekte im Vorjahr bedingen Rückgänge im Zinsüberschuss und sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Der **Zinsüberschuss** lag im Berichtsjahr mit 2 172 Mio. EUR deutlich hinter dem Vorjahreswert in Höhe von 2 801 Mio. EUR. Dies war im Wesentlichen auf einen im Vergleich zum Vorjahr deutlichen Rückgang der innerhalb des Zinsüberschusses auszuweisenden Beteiligungserträge von rund 715 Mio. EUR aufgrund von Sondereffekten im Vorjahr zurückzuführen. Ursächlich für den Rückgang der Beteiligungserträge waren insbesondere Gewinne in 2008 aus konzerninternen Veräußerungen von über Holdinggesellschaften mittelbar gehaltenen Beteiligungen infolge der Restrukturierung des Beteiligungsportfolios der LBBW nach Integration der ehemaligen Sachsen LB und LRP. Positiv hingegen wirkten Steigerungen im operativen Geschäft, zum einen insbesondere im ersten Halbjahr aus dem Money-Market-Geschäft aufgrund hoher Bid-Offer Spreads und zum anderen aus dem Kreditgeschäft mit Unternehmenskunden aufgrund gestiegener Margen. Diesen standen die in Folge der Finanzmarktkrise weiterhin erhöhten Aufwendungen für Liquidität und Refinanzierung gegenüber. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses konnte das Genussrechtskapital nicht bedient werden, was zu einer zusätzlichen Stärkung des Zinsüberschusses mit 120 Mio. EUR führte.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um 30 Mio. EUR auf 437 Mio. EUR (Vorjahr 407 Mio. EUR). Die positive Entwicklung war geprägt durch deutliche Zuwächse im Vermittlungsgeschäft (+100 Mio. EUR), im Auslandsgeschäft (+ 64 Mio. EUR) sowie bei anderen Provisionsarten, wie z. B. dem Konsortialgeschäft bei Wertpapieremission (+ 30 Mio. EUR), denen der erstmalig und nur anteilig anfallende Provisionsaufwand für die bereitgestellte Risikoabschirmung von saldiert 156 Mio. EUR gegenüberstand.

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** lag mit 313 Mio. EUR um rund 46 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 359 Mio. EUR. Der Rückgang war insbesondere durch rückläufige Ergebnisse im Zinshandel (–202 Mio. EUR) und Devisenhandel (–104 Mio. EUR) geprägt. Gegenläufig wirkte die Zunahme im Handel mit sonstigen Marktpreisrisiken (+252 Mio. EUR). Absolut gesehen war der Anteil des Zinshandels (303 Mio. EUR) am gesamten Nettoergebnis aus Finanzgeschäften weiterhin dominierend. Positiv war außerdem mit 45 Mio. EUR der Handel mit sonstigen Marktpreisrisiken, wohingegen im Devisenhandel ein Verlust von 44 Mio. EUR erwirtschaftet wurde.

Die **Verwaltungsaufwendungen** lagen mit –1 545 Mio. EUR nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (–1 531 Mio. EUR). Einem leichten Anstieg bei den Personalaufwendungen, unter anderem aus der Übernahme des Tarifabschlusses im Bankgewerbe, stehen Rückgänge in den anderen Verwaltungsaufwendungen gegenüber. Diese waren zum größten Teil auf die geringeren Aufwendungen für die IT-Infrastruktur, niedrigeren Beiträge zum Einlagensicherungsfonds und niedrigeren Aufwendungen für Marketing und Repräsentation zurückzuführen.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** lag im Berichtsjahr mit –18 Mio. EUR deutlich unter dem des Vorjahres in Höhe von 218 Mio. EUR, das durch hohe Veräußerungsgewinne aus Grundstücken und Gebäuden geprägt war.

Aufgrund der durch Sondereffekte beeinflussten Rückgänge im Zinsüberschuss und im sonstigen betrieblichen Ergebnis war das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungsergebnis mit 1 359 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 2 255 Mio. EUR rückläufig.

Auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse errechnete sich für die LBBW-Bank unter Berücksichtigung wesentlicher Sondereffekte eine **Cost-Income-Ratio** (CIR) von 54 %, die damit identisch zu der aus dem Vorjahr ist.

Das Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft belastet Betriebsergebnis und Jahresergebnis zusätzlich.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verschlechterte sich im Geschäftsjahr deutlich um –432 Mio. EUR auf –3 037 Mio. EUR (Vorjahr –2 605 Mio. EUR).

Belastend wirkten vor allem der mit dem Übergreifen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft eng in Zusammenhang stehende signifikante Anstieg der Kreditrisikovorsorge sowie die Bewertung des Beteiligungsportfolios.

Die Zuführungen zu Wertberichtigungen im klassischen Kreditgeschäft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich um –615 Mio. EUR auf insgesamt –1 743 Mio. EUR erhöht. Davon entfiel der wesentliche Anteil auf Einzelwertberichtigungen.

Aufgrund der Bewertungen des Gesamtportfolios waren im Geschäftsjahr 2009 Abschreibungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von –624 Mio. EUR und Verlustübernahmen bei verschiedenen Tochterunternehmen in Höhe von –596 Mio. EUR vorzunehmen.

Vor dem Hintergrund der Entspannung an den Finanzmärkten in Verbindung mit den sinkenden Leitzinsen konnten sich die Anleihekurse deutlich stabilisieren. In Summe wurde das Bewertungsergebnis für Wertpapiere/Derivate im Geschäftsjahr trotzdem noch mit 80 Mio. EUR (Vorjahr 1 637 Mio. EUR) belastet. Eine Tendenz zur Erholung ist jedoch erkennbar. Nach deutlichen Bewertungsverlusten im Vorjahr betrug das Bewertungsergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens zum Stichtag insgesamt 498 Mio. EUR, das jedoch durch Bewertungsverluste aus Zins- und Kreditderivaten in Höhe von –268 Mio. EUR teilweise überlagert wurde. Zusätzlich wurde das Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens durch Wertberichtigungen (–286 Mio. EUR) – im Wesentlichen verbriefte Produkte – und Kursverluste (–24 Mio. EUR) belastet.

Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertungsergebnis lag im Berichtsjahr mit –1 678 Mio. EUR deutlich unter dem Wert des Vorjahres mit 769 Mio. EUR. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr 1 120 Mio. EUR Reserven aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken aufgelöst wurden.

Während im Jahr 2008 die Position **außerordentliche Erträge und Aufwendungen** durch die im Zusammenhang mit der Integration der LRP und der Sachsen LB in die LBBW-Bank stehenden Aufwendungen bestimmt war, wurde die Position im Geschäftsjahr 2009 im Wesentlichen durch die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen auf Basis des bei der EU eingereichten Restrukturierungsplans geprägt.

Aufgrund des negativen Ergebnisses konnten die stillen Einlagen nicht bedient werden. Der Aufwand aus der Position **Teilgewinnabführung** ging damit gegenüber dem Vorjahr (– 284 Mio. EUR) auf Null zurück.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 spiegelte sich die solide Ertragsentwicklung im operativen Geschäft sowie die einsetzende Erholung an den Finanzmärkten wider. Diese wurden jedoch deutlich überlagert durch Belastungen aus der Realwirtschaft als Folge der Finanzmarktkrise sowie Belastungen im Zusammenhang mit der geplanten Restrukturierung aufgrund des EU-Entscheids. Für das Berichtsjahr 2009 betrug das Jahresergebnis nach Steuern – 2 188 Mio. EUR und lag damit um – 2 282 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahresergebnis von + 94 Mio. EUR.

Vermögens- und Finanzlage der LBBW-Bank (HGB).

Aktiva	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR	Veränderung 2008/2009 Mio. EUR	in %
1. Barreserve	1 790	3 283	-1 493	-45,5
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	41	36	5	13,9
3. Forderungen an Kreditinstitute	101 078	134 882	-33 804	-25,1
4. Forderungen an Kunden	158 133	157 918	215	0,1
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 332	108 242	11 090	10,2
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 840	2 474	-634	-25,6
7. Beteiligungen	1 663	1 951	-288	-14,8
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	3 885	6 316	-2 431	-38,5
9. Treuhandvermögen	666	1 156	-490	-42,4
10. Immaterielle Anlagewerte	73	75	-2	-2,7
11. Sachanlagen	483	511	-28	-5,5
12. Sonstige Vermögensgegenstände	5 310	7 383	-2 073	-28,1
13. Rechnungsabgrenzungsposten	1 783	1 424	359	25,2
Summe der Aktiva	**396 078**	**425 651**	**-29 573**	**-6,9**
14. Eventualverbindlichkeiten	37 118	44 209	-7 091	-16,0
15. Andere Verpflichtungen	27 655	33 648	-5 993	-17,8
Geschäftsvolumen*	**460 850**	**503 508**	**-42 658**	**-8,5**

* Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

Passiva	31.12.2009 Mio. EUR	31.12.2008 Mio. EUR	Veränderung 2008/2009 Mio. EUR	in %
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132 743	142 544	-9 801	-6,9
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115 368	111 366	4 002	3,6
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	116 238	142 273	-26 035	-18,3
4. Treuhandverbindlichkeiten	666	1 156	-490	-42,4
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5 075	4 409	666	15,1
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1 180	1 141	39	3,4
7. Rückstellungen	2 377	2 035	342	16,8
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	7	-7	-100,0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 308	5 637	-329	-5,8
10. Genussrechtskapital	1 577	2 463	-886	-36,0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	480	480	0	0,0
12. Eigenkapital	15 065	12 140	2 925	24,1
Summe der Passiva	**396 078**	**425 651**	**-29 573**	**-6,9**

Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen der LBBW-Bank reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um –42,7 Mrd. EUR bzw. –8% auf 461,0 Mrd. EUR. Dies ist auf einen Rückgang des Bilanzvolumens (–29,6 Mrd. EUR) und der außerbilanziell geführten Geschäfte (–13,1 Mrd. EUR) zurückzuführen. Der Rückgang des Bilanzvolumens ist im Wesentlichen auf eine Abnahme des Interbankengeschäfts zurückzuführen (Forderungen an Kreditinstitute –33,8 Mrd. EUR, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten –9,8 Mrd. EUR). Gleichzeitig nahm auf der Aktivseite der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren aufgrund des Zugangs der Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG (kurz GPBW, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg [Garantiegesellschaft]) mit einem Nominalvolumen von 12,7 Mrd. EUR zu. Auf der Passivseite korrespondiert der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten (–26,0 Mrd. EUR) mit dem Abbau der Forderungen an Kreditinstitute. Die durch die Träger beschlossene Erhöhung des Stammkapitals und der Kapitalrücklage in Höhe von 5 Mrd. EUR stärkte das Eigenkapital.

Das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag zum Jahresende mit 2 263 Mrd. EUR deutlich über dem Niveau des Vorjahres (1 731 Mrd. EUR). Vom gesamten Derivatevolumen entfielen 92% auf Handelsbestände. Die Handelsgeschäfte beinhalten weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten. Offene Positionen aus Handelsgeschäften bewegen sich im Rahmen der vorgegebenen Risikolimite.

Aktivgeschäft.

Das Kreditvolumen der LBBW-Bank, bestehend aus Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie dem außerbilanziellen Geschäft, ging im vergangenen Jahr um –46,7 Mrd. EUR auf einen Stichtagsbestand von insgesamt 324,0 Mrd. EUR zurück. Ursächlich dafür war ganz überwiegend der deutliche Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um –25% bzw. –33,8 Mrd. EUR auf 101,1 Mrd. EUR. Davon betroffen waren alle Fristigkeitenbänder. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen aus einer Verminderung der Bestände aus Schuldscheindarlehen sowie rückläufigen Forderungen aus Wertpapierleihe-/Repogeschäften. Positiv entwickelte sich 2009 die Zusammenarbeit mit den der LBBW-Bank angeschlossenen Sparkassen im Bereich täglich fälliger Geldausleihungen. Hier lag der Bestand zum Stichtag um 36% bzw. 1,2 Mrd. EUR höher als im Vorjahr.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren stieg gegenüber dem Vorjahreswert um 10% bzw. 11,1 Mrd. EUR auf 119,3 Mrd. EUR und resultierte zum Großteil aus dem Zugang der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung des Landes Baden-Württemberg begebenen Anleihe in Höhe von 12,7 Mrd. EUR.

Refinanzierung.

Die LBBW-Bank strebte eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur an. Daher stützte sich die Refinanzierung im Wesentlichen auf drei Säulen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt wurden.

Trotz einer Verminderung um –9,8 Mrd. EUR behielten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einem Bestand in Höhe von 132,7 Mrd. EUR und damit mit einem Anteil am Refinanzierungsvolumen in Höhe von 36% ihre Stellung als bedeutendste Refinanzierungssäule der LBBW-Bank bei. Ein Ansteigen der Bestände im Bereich der Tagesgelder um 8% auf 5,8 Mrd. EUR deutet auf eine einsetzende Erholung des Interbankenhandels hin. Vom Gesamtbestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfielen zum Jahresende 15% bzw. 19,4 Mrd. EUR auf die Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen (im Vorjahr 17% bzw. 24 Mrd. EUR).

Der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichnete zum Stichtag einen Anstieg um 4% bzw. 4 Mrd. EUR auf 115,4 Mrd. EUR und erreichte damit einen Anteil von 32% am gesamten Refinanzierungsvolumen der LBBW-Bank.

Die dritte Säule der Refinanzierung der LBBW-Bank stellten die verbrieften Verbindlichkeiten dar, die Ende 2009 insgesamt 116,2 Mrd. EUR erreichten. Der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten sank damit gegenüber dem Vorjahr um –18% oder –26 Mrd. EUR.

Die Landesbank Baden-Württemberg emittierte am Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Sparkassen, Privatkunden, Versicherungen sowie Pensions- und Investmentfonds. Daneben wurden auch bei anderen Banken und an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen platziert. Mit der Begebung eines 1 Mrd. EUR öffentlichen Pfandbriefs im Februar hat die LBBW den Markt für großvolumige Pfandbriefemissionen (Benchmarks) im Jahr 2009 eröffnet. Die Emission war bei nationalen und internationalen Investoren ein großer Erfolg. Diese Transaktion unterstreicht die Rolle der LBBW als einer der bedeutenden Pfandbriefemittenten in Deutschland. Im Jahr 2009 gelang es der LBBW, den Refinanzierungsbedarf ohne Einschränkungen zu erfüllen.

Trotz des schwierigen Marktumfelds war die LBBW zu keinem Zeitpunkt auf die Begebung staatlich garantierter Emissionen angewiesen. Die gute Refinanzierungssituation der LBBW wurde durch die Einbindung in den Sparkassenverbund und das Kundengeschäft gestärkt.

Eigenkapital.

Mit Vertrag vom 19. Juni 2009 haben die Träger der LBBW eine Erhöhung des Stammkapitals um 1,2 Mrd. EUR und der Kapitalrücklage um 3,8 Mrd. EUR sowie die Aufnahme der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) als weiteren Träger der LBBW beschlossen. Die Erhöhung des Stammkapitals und der Kapitalrücklage erfolgte im Wege der Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen. Der Gesamtbetrag der Kapitalerhöhung wurde bis zum 30. Juni 2009 zur Verfügung gestellt und wurde in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ab dem Zeitpunkt der Einzahlung als Kernkapital angerechnet. Im Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalerhöhung abschließend gebilligt.

Das bilanzielle Eigenkapital (Eigenkapital einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) betrug zum 31. Dezember 2009 22,4 Mrd. EUR. Durch die Kapitalerhöhung in Höhe von 5 Mrd. EUR sowie die vereinbarten Garantien der GPBW für das ABS-Portfolio des LBBW-Konzerns i. H. v. 6,7 Mrd. EUR und für das Sealink Junior Loan i. H. v. 6 Mrd. EUR konnte die aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote, nach Belastungen aufgrund verschlechterter Ratings von Kreditnehmern und Emittenten von Wertpapieren, auf das derzeit international übliche Niveau angehoben werden.

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW-Bank stellten sich im Jahresvergleich wie folgt dar:

	2009	2008	Veränderungen 2008/2009	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel*	**22656**	**19177**	**3479**	**18,1**
davon Kernkapital	16692	12712	3980	31,3
davon Ergänzungskapital	5413	5825	-412	-7,1
davon Drittrangmittel	551	640	-89	-13,9
Anrechnungspflichtige Positionen	**149538**	**170187**	**-20649**	**-12,1**
Gesamtkennziffer in %	**15,2**	**11,3**		**3,9**

* Seit 2008: § 10 KWG i.V.m. § 2 SolvV

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Um den steigenden Anforderungen im In- und Ausland gerecht zu werden, hat der LBBW-Konzern den Bereich Personal 2009 mit dem neuen Beratungsansatz HR (Human Resources)-Plus grundlegend neu aufgestellt. Die neue Struktur ist aufbauorganisatorisch von der Orientierung an den Funktionen »Vertrieb«, »Service« und »Kompetenz« und arbeitsablaufbezogen von der Einführung des kundenfreundlicheren Beratungsansatzes HR-Plus geprägt. Das neue HR-Portal im LBBW-Intranet bietet allen Mitarbeitern und Führungskräften ein klar strukturiertes Informations- und Beratungsangebot und ermöglicht die zeit- und ortsunabhängige Beauftragung des Personalbereichs in operativen Personalthemen. In HR-Pro bieten die Key-Account-Manager Personal den Führungskräften der zweiten und dritten Ebene der LBBW umfassende Beratungsleistungen zu allen strategischen Personalthemen und begleiten als persönliche Ansprechpartner in allen Feldern der Personalarbeit. Ziel der umfassenden Neuausrichtung ist es, die Effizienz der Personalarbeit nachhaltig zu steigern und den Personalbereich als internen Dienstleister im Konzern zu positionieren.

Weitere Schwerpunkte des Geschäftsjahres 2009 waren die Einführung einer neuen Funktionsstruktur, mit der ein leistungsfähiges Instrument für personalwirtschaftliche Maßnahmen von der Personalplanung, Personalbeschaffung und Führungskräfteentwicklung bis hin zur Gehaltsfindung geschaffen wurde. Zudem beschloss der Vorstand 2009 Leitplanken für eine nachhaltige Personalpolitik in der LBBW.

Umstrukturierungsprozess gestartet.

Parallel zum Genehmigungsverfahren der EU-Kommission starteten bereits im letzten Quartal 2009 die Vorarbeiten für eine zügige Umsetzung der EU-Restrukturierungsauflagen mit umfangreichen Stelleneinsparungen von rund 2 500 Stellen und Konsolidierungsaufträgen. Das von der EU-Kommission im Dezember 2009 genehmigte Umstrukturierungskonzept für die LBBW ist verbunden mit einer deutlichen Reduktion der Kosten um 700 Mio. EUR jährlich. In diesem Zusammenhang wurden 2009 bereits Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat über einen Sozialplan aufgenommen.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern stieg 2009 von 13 369 Beschäftigten am 31. Dezember 2008 um 1,95 % auf 13 630 Beschäftigte zum 31. Dezember 2009. Der Anstieg um 261 Mitarbeiter ist im Wesentlichen auf Konsolidierungskreisänderungen mit Aufnahme von Töchtern in den Teilkonzern LBBW Immobilien GmbH verbunden (+ 227 Mitarbeiter) sowie mit leichten Beschäftigungszuwächsen bei Tochtergesellschaften (+ 21 Mitarbeiter). In der LBBW-Bank selbst mit den Marken LBBW, BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank betrug der Personalaufbau 13 Mitarbeiter von 10 934 auf 10 947 Beschäftigte.

Die Frauen sind im Konzern mit einem Anteil von 51,0 % gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit ist 2009 im Konzern von 18,7 % im Vorjahr auf 19,7 % angestiegen, in der LBBW-Bank von 20,1 % auf 21,3 %. Die Fluktuationsrate lag 2009 in der Bank bei 4,3 % gegenüber 5,3 % im Vorjahr; bereinigt um betriebliche Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen lag die Quote bei 3,5 % gegenüber 2,7 % im Jahr 2008. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW-Bank lag im Berichtsjahr bei 40,9 Jahren, die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit bei 14,8 Jahren. 17,7 % der Beschäftigten sind 30 Jahre und jünger.

Die große Bedeutung interner Stellenbesetzungen für die Personalplanungen im Konzern war weiterhin spürbar, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau. Die Zahl der internen Stellenausschreibungen sank 2009 auf rund 770 interne Stellenausschreibungen gegenüber 1 300 im Vorjahr.

Leitplanken zur Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Grundlage der vom Vorstand in 2009 beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik im LBBW-Konzern sind die im »Human-Potential-Index (HPI)« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) genannten zwölf »HPI-Werttreiber«. Diese Werttreiber wirken nach einer Studie im Auftrag des BMAS positiv auf das Mitarbeiterengagement im Unternehmen und bestimmen damit entscheidend den Erfolg eines Unternehmens mit. Die zwölf Werttreiber sind in der Rangfolge ihrer Wirkungsstärke auf den Unternehmenserfolg in Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik in der LBBW umgesetzt (http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken).

Ausbildung und Personalentwicklung.

Die LBBW legt Wert auf eine erstklassige Ausbildung. Zum 31. Dezember 2009 waren 679 (Vorjahr 665) Auszubildende im Konzern beschäftigt, davon 674 in verschiedenen betrieblichen Berufsausbildungsgängen und in Studiengängen an den Dualen Hochschulen in Baden-Württemberg und Sachsen und fünf Auszubildende in Luxemburg. Mit 248 Neueintritten (Vorjahr 252) und einer Ausbildungsquote von 4,98% (Vorjahr 5,0%) hat die LBBW ihr hohes Niveau aus den Vorjahren gehalten.

Von den 153 LBBW-Absolventen im Berufsbild Bankkauffrau/-mann erhielten von den Industrie- und Handelskammern 17 Preise und 41 Belobigungen für herausragende Leistungen. Von den 58 LBBW-Absolvent(inn)en der Dualen Hochschulen haben neun Studierende Auszeichnungen für besondere Leistungen erhalten. Alle geeigneten Absolventen des Jahrgangs 2009 erhielten ein Übernahmeangebot.

Die LBBW-Traineeprogramme präsentierten sich auch 2009 als eine attraktive Einstiegsmöglichkeit für qualifizierte Hochschulabsolventen und als wichtige Säule der strategischen Nachwuchskräfteentwicklung. Über 185 Trainees, davon ca. 110 externe Absolventen sowie rund 75 interne Trainees, haben 2009 ein solches Programm in fast allen Geschäftsbereichen der LBBW durchlaufen. Der Fokus lag hierbei vor allem in den Bereichen Private Banking, Unternehmenskunden und Financial Markets.

2009 hat der LBBW-Konzern noch einmal erheblich in die Qualifikation seiner Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert. Mit 19 167 Personalentwicklungsmaßnahmen lag die Zahl der Bildungsimpulse um 27,3 % höher als im Vorjahr (15 059). Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag in den Bereichen Vertrieb und Marktfolge. In den Privatkundenbereichen wurde eine TÜV-zertifizierte Beratungssystematik intensiv geschult.

Zur Begleitung von Change-Management-Prozessen wurden für die Führungskräfte der LBBW 229 Workshops durchgeführt. Um sich in bestimmten Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten zu lassen, haben darüber hinaus viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der konzerneigenen Managementberatung genutzt.

Im Talentmanagement wurde 2009 speziell für Führungsfunktionen mit internationaler Ausrichtung ein Potenzialidentifikations- und Überprüfungsverfahren erfolgreich entwickelt und implementiert. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den klassischen Managementanforderungen länder- und kulturspezifische Aspekte in der Mitarbeiterführung.

Vergütung.

Die LBBW hat 2009 eine neue Funktionsstruktur für alle Beschäftigten eingeführt. In sechs verschiedenen »Karriereleitern« wie z. B. Vertrieb, Stab/Steuerung, Führung sowie Projektmanagement wurden über 400 verschiedene Funktionen beschrieben, mit mehreren Karrierestufen versehen und tariflich bzw. außertariflich bewertet. Aufgrund der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erlassenen und neu angekündigten Vorschriften zur Gestaltung der Vergütungssysteme hat die LBBW die in den Vorjahren neu entwickelten Systeme für die Segmente Privatkunden/Private Banking/Wealth Management und Unternehmenskunden auf ihre Kompatibilität zu den neuen Richtlinien hin überprüft und für tauglich befunden. Der neu geschaffene Vergütungsausschuss hat bereits 2009 seine Arbeit aufgenommen. Er unterstützt und berät den Vorstand künftig bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Vergütungssysteme. Die LBBW bekennt sich ausdrücklich zu den »Principles for Sound Compensation Practices – Implementation Standards« des Financial Stability Boards (FSB) vom 25. September 2009. Die LBBW hat sich im Dezember 2009 per Unterschrift selbst verpflichtet, die Vergütungssysteme so auszugestalten, dass sie ihre auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen.

LBBW-FlexiWertkonto und Betriebliche Altersversorgung.

Aufgrund der zum 1. Januar 2009 eingetretenen Änderung der Rechtslage (Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelung – »Flexigesetz II«) hat die LBBW das LBBW-FlexiWertkonto – ihr attraktives Zeitwertkontenmodell – überarbeitet. Neben der Auswahl neuer Anlageprodukte wurden die arbeitsrechtlichen Regelungen an die neue Rechtslage angepasst.

Erstmals wurde im Rahmen der Harmonisierungen der betrieblichen Versorgungssysteme eines der alten Versorgungssysteme auf den LBBW Kapitalkontenplan übergeleitet. Die Überführung erfolgte wertneutral.

Lebensraum Beruf gestalten.

Der zunehmenden Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie trug die LBBW 2009 in mehreren Auditierungs-Workshops und einem Strategie-Workshop Rechnung. Als Grundlage für die Zertifizierung durch die Hertie-Stiftung audit berufundfamilie wurde ein Ziel- und Maßnahmenkatalog mit 27 Maßnahmen in diversen Handlungsfeldern erarbeitet. Mit der Umsetzung dieses Katalogs in den kommenden drei Jahren will sich die LBBW unter dem Aspekt »Lebensraum Beruf gestalten« als modernes und innovatives Unternehmen positionieren und Prozesse im Unternehmen optimieren.

Ihre Leistungsfähigkeit als familienbewusstes Unternehmen konnte die LBBW 2009 mit dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebots weiter steigern. In Mannheim wurde die neue Kindertagesstätte »Kleine Raupe« mit fünf Plätzen (inkl. 1 Notfallplatz) eingerichtet. Die Kindertagesstätte »Frechdax« in Stuttgart wurde auf 45 Plätze ausgebaut. Die Kinder-Notfallbetreuung »Mainzelmäuse« stellt in Mainz bis zu 15 Plätze bereit, die insbesondere in den Ferien und an Brückentagen von LBBW-Eltern genutzt werden.

Diversity und Gleichstellung als Chance.

Mit der Einrichtung einer Diversity-Beauftragten-Stelle hat die LBBW im Februar 2009 die Wahrnehmung der Themen Gleichstellung und Diversity (Vielfalt) gestärkt. Die LBBW sieht Vielfalt als Chance an und hat sich dem in der »Charta der Vielfalt« der Unternehmen in Deutschland verpflichtet.
Es ist der LBBW wichtig, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das diese vielfältigen Potenziale fördert und anerkennt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Dies schafft nicht nur ein Klima der Akzeptanz und des Vertrauens im Unternehmen, sondern entscheidet zukünftig auch mit über den Erfolg eines Unternehmens.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) ist für die LBBW selbstverständlicher Bestandteil einer fortschrittlichen Unternehmenspolitik. Es umfasst die Entwicklung betrieblicher Rahmenbedingungen, Strukturen und Prozesse, die die gesundheitsförderliche Gestaltung von Arbeit und Organisation sowie die Befähigung der Mitarbeiter zum gesundheitsfördernden Verhalten zum Ziel haben. Der inhaltliche Fokus liegt dabei auf der Erhaltung und weiteren Verbesserung der Mitarbeitergesundheit. In den vom Vorstand beschlossenen Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik ist Gesundheitsförderung explizit als einer von zwölf Werttreibern für den Unternehmenserfolg genannt. Der »Runde Tisch Gesundheit« dient als Motor des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und zur Steuerung der Kernprozesse. Schwerpunkte 2009 bildeten eine umfassende Bestandsaufnahme sowie die Bewertung und Strategieentwicklung für das Gesundheitsmanagement der LBBW. Unterstützt wird die LBBW beim Betrieblichen Gesundheitsmanagement im Rahmen eines Kooperationsprojektes von einer großen Krankenkasse.

LBBW Verbesserungs-Prozess.

Der LBBW VerbesserungsProzess bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit ihren Ideen aktiv in die Gestaltung von Dienstleistungen und Arbeitsabläufen einzubringen. Der Prozess ist einfach und transparent gestaltet und wird von den Mitarbeitern sehr gut angenommen. Die Anzahl der von Mitarbeitern eingebrachten Ideen steigt seit Jahren kontinuierlich und konnte im Geschäftsjahr 2009 um 7% auf 3 322 erhöht werden.

Der mit der Umsetzung der Ideen generierte monetäre Nutzen ist 2009 um 64% auf 2,3 Mio. EUR gestiegen. Darüber hinaus haben die Ideen der Mitarbeiter über 700 Prozesse und Arbeitsabläufe optimiert. Dieses nachhaltige Denken und Handeln trägt zur Identifikation der Mitarbeiter mit dem Konzern bei und wirkt sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und Kundenorientierung aus.
Der LBBW VerbesserungsProzess liegt mit seinen Erfolgen über dem Branchendurchschnitt und gilt als führend in der Finanzdienstleistungsbranche.

Compliance.

Die LBBW definiert Compliance als die vorbeugende Beherrschung des Risikos, das durch Nichteinhaltung geltenden Rechts, von Standards und Prozessen entsteht und damit das Geschäftsmodell, die Reputation und den Erfolg der Bank beeinträchtigt und die Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit enttäuscht.

Die Anforderungen an die LBBW-Compliance sind in einem Compliance Management System (CMS) niedergelegt. Dieses System verbindet Anforderungen an die Unternehmenskultur und interne Richtlinien, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen sowie ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Ziel ist, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Handelnden der Bank zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und entsprechend auftreten, womit Risikotransparenz und schließlich Vertrauen der Geschäftspartner erreicht werden.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die Überleitung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) in nationales Recht und die daraufhin eingeführten Verfahren und Prozesse wurden 2009 durch die LBBW-Kapitalmarkt-Compliance überwacht. Darüber hinaus hat Compliance die Umsetzung der seit dem 1. Januar 2010 verschärften Regelungen zur Protokollierung von Anlageberatungen begleitet.

Auch 2009 wurden Mitarbeiterschulungen zur Sensibilisierung auf Insidermerkmale und daraus resultierende Handelsverbote durchgeführt. Neben der Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt wieder auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (Control Room).

Geldwäscheprävention.

Die Anforderungen des 2008 novellierten Geldwäschegesetzes erforderten weiter erhebliche Anpassungen in den Prozessen sowohl im Umfeld der Geldwäscheprävention als auch im Vertrieb. Das Geldwäschegesetz legt seinen Fokus auf einen institutspezifisch risikoorientierten Ansatz, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank zu ermitteln ist. Dies führt insbesondere dazu, dass mehrstufige Unternehmen, Korrespondenzbanken und ausländische Kunden, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben, verstärkten Prüfungsanforderungen unterliegen und erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen genügen müssen. Diese Anforderungen im Bereich natürlicher Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnissen bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW als auch alle über den Auslandszahlungsverkehr der LBBW abgewickelten ein- und ausgehenden Transaktionen der LBBW und der Sparkassenpartner werden permanent geprüft. Die Embargoeinheit in der Compliance der LBBW gibt Empfehlungen zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts, wie z. B. Einstellungen oder Änderungen von Finanzierungsvorhaben in Bezug auf sanktionierte Länder, wie aktuell Iran oder Usbekistan.

Finanzermittlungen.

Finanzbetrug stellt ein beträchtliches Gefährdungspotenzial dar, das neben dem materiellen Schaden unkalkulierbare Reputationsrisiken beinhaltet. Wie in den Vorjahren legte die LBBW ein besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung und Information von Mitarbeitern über die Vorgehensweise der Täter. Hierzu wurde mit dem Polizeipräsidium Karlsruhe eine gemeinsame Aufklärungsaktion zum Schutz von Senioren bezüglich sogenannter »Enkeltricks« durchgeführt. Zusätzlich wurden alle BW-Bank-Filialen mit entsprechenden Informationsmaterialien ausgestattet. Um dem zu erwartenden Anstieg der organisierten Betrugskriminalität besser begegnen zu können, wird die LBBW zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die sie aus den Ergebnissen der Gefährdungsanalyse zum Finanzbetrug ableitet. Dazu gehören die Gründung eines bankweiten »Fraud Prevention Board« und die schrittweise Einführung einer Plausibilitätsprüfung zur Betrugsverhinderung in besonders gefährdeten Bankeinheiten.

Datenschutz.

Das Bundesdatenschutzgesetz ist 2009 mit drei Novellen geändert worden: Mit der Novelle I wurde die Tätigkeit von Auskunfteien und ihrer Vertragspartner (insbesondere Kreditinstitute) sowie das Scoring neu geregelt. Die Novelle II betrifft unter anderem Neuregelungen für Markt- und Meinungsforschung, den Adresshandel, Beschäftigtendatenschutz und Auftragsdatenverarbeitung. Die Novelle III betrifft die Verbraucherkreditrechte.

Während die Vorgaben der Novelle II bereits seit September 2009 zu beachten sind, wird die Erfüllung der Anforderungen aus den Novellen I und III im Laufe des ersten Halbjahrs 2010 verbindlich werden.

Die Umsetzung der Vorgaben der Novelle II in Verbindung mit der Neufassung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ist für die Vertriebs- und Marketingeinheiten von praktischer Relevanz. Die Erweiterung der Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten bei der Erteilung von Aufträgen an externe Dienstleister führt zu Mehraufwand vor Vertragsabschluss und während dessen Laufzeit. Hierfür wurden neue Prozesse konzipiert und deren Implementierung gestartet.

Das zunehmende Interesse an datenschutzrechtlichen Themen drückte sich im Jahr 2009 in einer gestiegenen Anzahl von Kundenanfragen sowie Auskunftsersuchen aus.

Innerhalb des Konzerns wurden, wie bereits in den vergangenen Jahren, Tochtergesellschaften auf Basis eines Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik geprüft. Durch die Umsetzung der bei diesen Kontrollhandlungen getroffenen Feststellungen wurde ein vergleichbar hohes Datenschutzniveau bei allen inländischen Tochtergesellschaften erreicht.

Weiterhin wurden interne Organisationseinheiten im LBBW-Konzern anlassfrei durch den Datenschutz geprüft. Prüfungsschwerpunkte 2009 waren Rollen- und Berechtigungskonzepte, Speicherung von Fremd- und Partnerprodukten, Contentfilterung von eingehenden E-Mails, Videoüberwachung, Sicherheit im Rechenzentrum, Bestellprozesse bei Extend-Girokonten sowie Stichprobenuntersuchungen für einen datenschutzgerechten Filialbetrieb. Die LBBW nahm darüber hinaus bei externen Dienstleistern aus dem Kreditkartenbereich, der Akten- und Datenträgervernichtung und dem PC-Dienstleistungsbereich Prüfungshandlungen vor Ort vor.

Ergänzend wurde eine Gefährdungsanalyse hinsichtlich der Möglichkeiten einer unrechtmäßigen Kenntniserlangung personenbezogener Daten durch Dritte erstellt, deren Ergebnisse als Grundlage für zukünftige Prüfungsmaßnahmen dienen.

Nachhaltigkeit.

Die Landesbank Baden-Württemberg ging 2009 mit der Vorstellung ihres dritten Nachhaltigkeitsberichts neue Wege in der Nachhaltigkeitskommunikation. Zentrale Informationsquelle rund um das Thema ist nunmehr der grundlegend überarbeitete Internetauftritt, der sich an den international gültigen Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI) orientiert. Unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de kann der komplette Bericht abgerufen werden. Außerdem werden regelmäßig aktuelle Beiträge rund um das Thema Nachhaltigkeit im Netz zur Verfügung gestellt.

Mit ihrem Nachhaltigkeitsbericht 2007/2008 erreichte die LBBW beim Ranking 2009 des unabhängigen Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und der Unternehmensinitiative future e. V. in der Bewertung von über 100 Nachhaltigkeitsberichten deutscher Unternehmen den ersten Platz im Segment Banken. In der Gesamtwertung der Großunternehmen kam sie auf Rang neun.

Leitplanken Nachhaltigkeit.

Im Frühjahr 2009 haben Vorstand und Fachbereiche der Landesbank Baden-Württemberg gemeinsam verbindliche Nachhaltigkeits-Leitplanken verabschiedet. Sie markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW künftig im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgen wird.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit beschreiben und verdeutlichen die Position der LBBW zu wesentlichen nachhaltigkeitsrelevanten Themenstellungen. Sie konkretisieren die Nachhaltigkeitspolitik und stellen damit eine strategische Aussage zur Gewichtung von Nachhaltigkeitsaspekten bei Entscheidungen dar. Ausführliche Informationen zu den Leitplanken sind im Internet unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de/leitplanken abrufbar.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Als erster in Deutschland aufgelegter Fonds hat der Aktienfonds LBBW NachhaltigkeitsStrategie BWI das »Europäische Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds« erhalten. Damit wird ein Fondsmanagement ausgezeichnet, das Investitionskriterien, Researchverfahren sowie Verfahren bei der Auflösung einzelner Investments transparent offenlegt und so das Vertrauen der Anleger stärkt.

Im September 2009 wurde der nachhaltige Rentenfonds »LBBW Nachhaltigkeit Renten« für institutionelle Kunden aufgelegt. Dieser investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen von Firmen oder Staaten, die im Vergleich überdurchschnittlich nachhaltig agieren. Bei der Auswahl der Titel arbeitet die LBBW – wie schon bei den Aktienfonds – mit den Analysten der oekom research AG zusammen. Damit erfüllt der Fonds nicht nur die Vorgaben von Kirchen, Pensionskassen und anderen nachhaltig orientierten Kapitalanlegern, sondern birgt durch die Vermeidung von ethischen, politischen und ökologischen Risiken auch eine gute Chance für eine über dem Gesamtmarkt liegende Wertentwicklung. 2010 soll der Fonds auch für Privatkunden geöffnet werden.

Als erste deutsche Landesbank hat sich die LBBW den »Principles for Responsible Investment« (PRI) der Vereinten Nationen angeschlossen. Damit verpflichtet sie sich, zukünftig noch stärker Themen des Umweltschutzes, der verantwortungsvollen Unternehmensführung und gesellschaftliche Anliegen bei ihren Investmentstrategien zu berücksichtigen. Als ein Handlungsbeispiel will die LBBW Unternehmen und Körperschaften, in die sie selbst investiert, als aktiver Aktionär begleiten. Zudem wird die LBBW mit anderen Unterzeichnern zusammenarbeiten. Ziel ist es, die Wirksamkeit der PRI-Grundsätze zu verbessern und über Fortschritte zu berichten.

Charta der Vielfalt.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat sich als erste Landesbank der von der Bundesregierung unterstützten Initiative »Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland« angeschlossen. Damit setzt die LBBW ihr Engagement für ein faires und vorurteilsfreies Arbeitsklima fort. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung und Anerkennung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Aufgrund ihrer Bedeutung für eine offene Unternehmenskultur werden die Themen Vielfalt und Chancengleichheit im LBBW-Konzern von einer Diversity-Beauftragten betreut.

Nachhaltigkeitsratings.

Die LBBW erhielt im Nachhaltigkeitsrating von Sustainalytics 70 von 100 Punkten. Nach Auskunft von Sustainalytics belegt die LBBW damit Platz 2 von 76 in der Branche der nicht börsennotierten Finanzinstitute auf internationaler Ebene. Sustainalytics versteht sich als unabhängiger, innovativer Dienstleister von »Responsible Investment Services« und zählt nach eigenen Angaben zu den Marktführern in Europa und Nordamerika.

Im Rating von imug Investment Research erhielt die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen die Gesamtbewertung »Positiv«. Das Rating wird von nachhaltigkeitsorientierten Investoren und Asset Managern als Entscheidungsgrundlage genutzt. Imug bewertet neben der Nachhaltigkeitsleistung des Pfandbriefemittenten auch den Deckungsstock (bei öffentlichen Pfandbriefen) und die Aktivitäten im Immobilienkreditgeschäft nach Kriterien der Nachhaltigkeit.

Betriebsökologie.

2009 haben die LBBW, die BW-Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank erstmals für alle Gebäude Ökostrom bezogen. Zur Verminderung unseres »Carbon Footprint« arbeiten wir auch weiterhin daran, unsere Energieeffizienz durch technische und organisatorische Maßnahmen zu verbessern und unsere CO_2-Emissionen weiter zu reduzieren. In den letzten Jahren wurden verschiedene Zentralgebäude unter energetischen Gesichtspunkten untersucht; aus dieser Analyse konnten Einsparmaßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Im Bereich der Haustechnik hat sich die 2006 bzw. 2007 absehbare Trendumkehr im Energiebereich 2009 bestätigt.

Zertifizierungen.

Die LBBW hat sich zur Einhaltung der Norm ISO 14001 sowie des Standards des Eco-Managements and Audit Schemes (EMAS) verpflichtet. Ziel von EMAS ist es, die Umweltschutzleistung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zu verbessern und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Die Umsetzung der Norm bzw. der Verordnung wurde auch 2009 wieder durch ein internes und externes Umweltaudit überprüft. Die Prüfung ergab, dass das Umweltmanagementsystem der LBBW vollumfänglich den Anforderungen der EMAS-Verordnung und der ISO 14001 entspricht.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit, der durch den Vorstand festgelegten Strategie und dem konzernweiten System der risikoorientierten Gesamtbanksteuerung. Dazu gehören insbesondere Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision.

Risikostrategie.

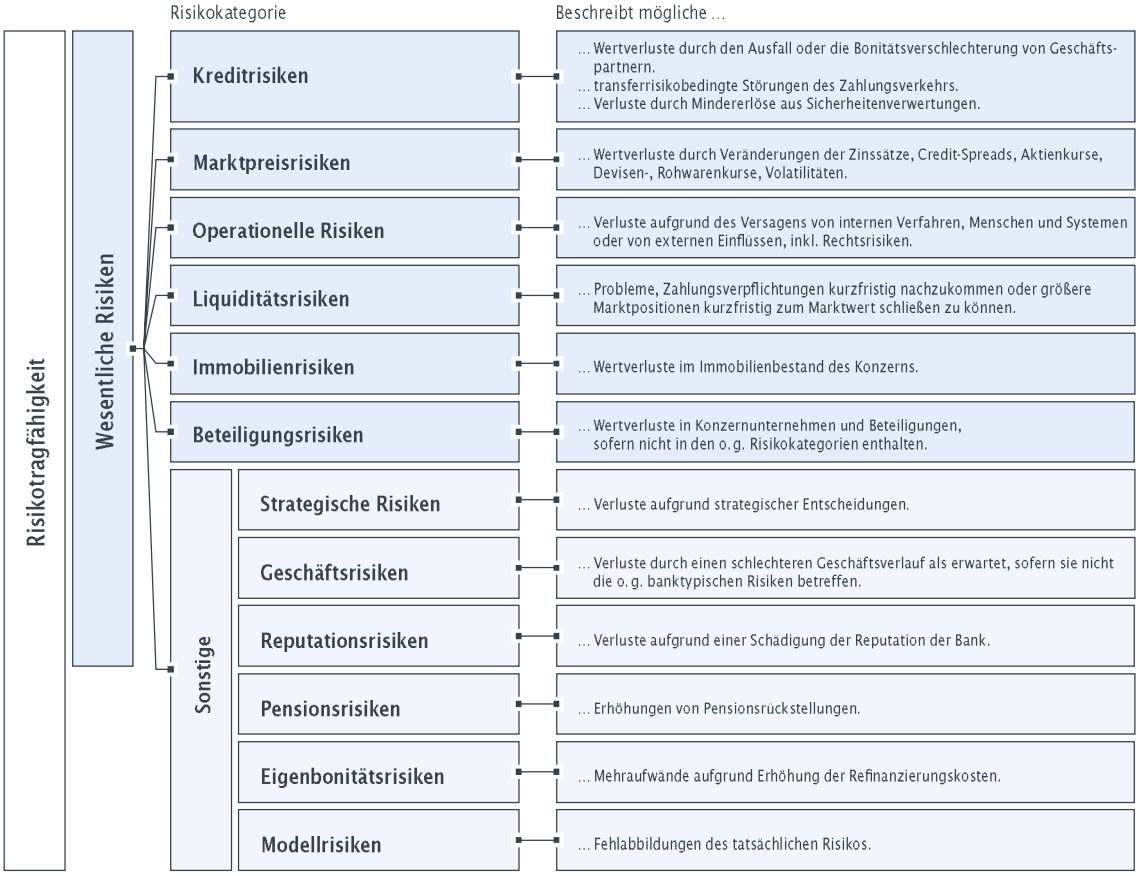
Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. In der konzernweit und risikokategorieübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden unternehmenspolitische und risikostrategische Vorgaben für das Risikomanagement über Risikoleitsätze festgelegt. Darüber hinaus werden den Markt- und Marktfolgebereichen in den spezifischen Risikostrategien Prozesse, geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

Risikotragfähigkeit.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikokategorien und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeit durchgeführt.

Dabei werden folgende Risikokategorien identifiziert:

Risikokategorien.

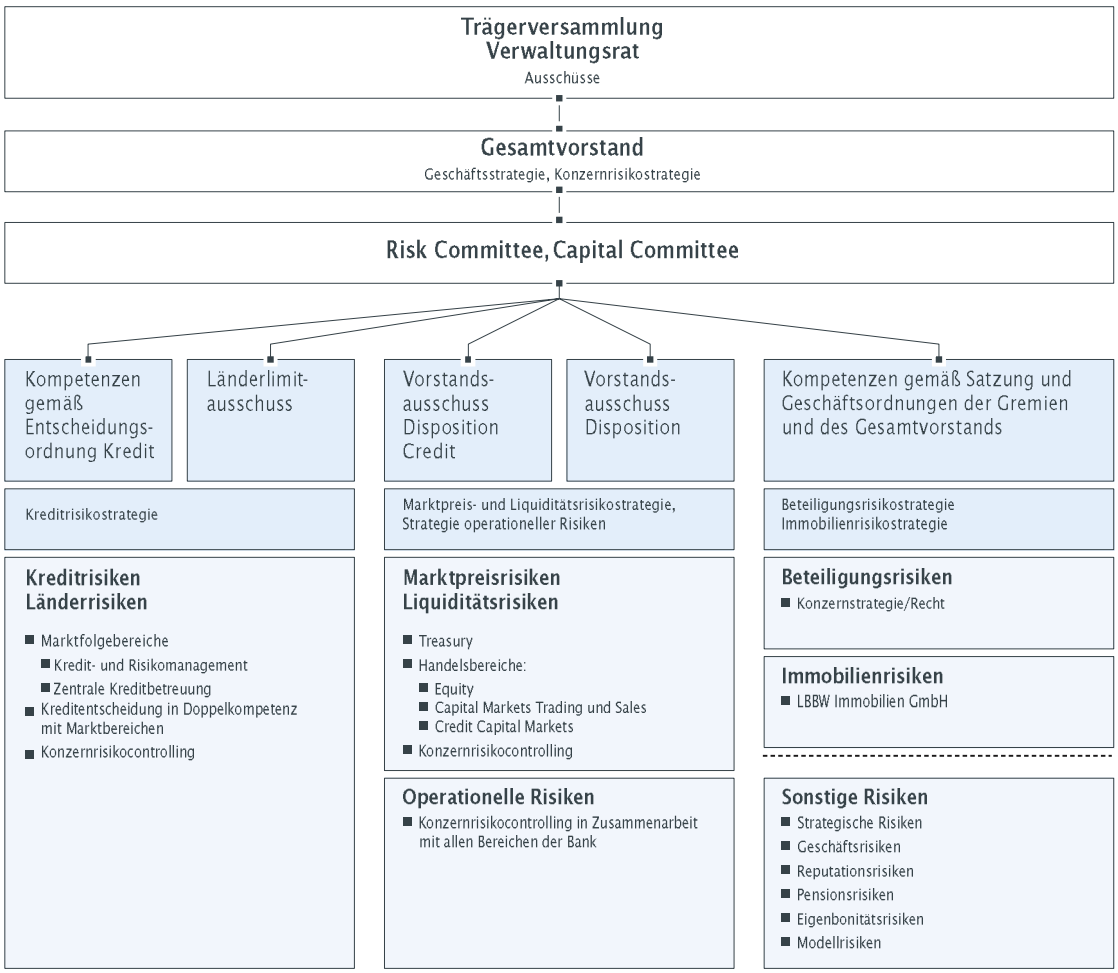


Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind bereits eingetretene Verluste und gebildete Wertberichtigungen sowie bestimmte Komponenten der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres berücksichtigt. Dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet er das aus Sicht der LBBW betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von eigenen Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW grundsätzlich als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,95% und 1 Jahr Haltedauer dargestellt. Für die operationellen Risiken wird der aufsichtsrechtliche Standardansatz verwendet.

Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet, dabei wird ein Puffer für die nicht direkt quantifizierbaren sonstigen Risiken sowie für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen freigehalten.

Übergreifende Risikomanagementprozesse.



In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden und die daraus resultierenden Risiken müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Ertragspotenzial stehen. Diese Leitlinien stellen die Grundlage der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung dezentral auf Basis von Einzelentscheidungen getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikokategoriespezifische Details.

Das Risk Committee setzt sich aus den für Handel, Überwachung und Marktfolge zuständigen Dezernenten sowie Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Marktfolge, Risikocontrolling und Finanzcontrolling zusammen. Als beratender Ausschuss agiert es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der übergreifenden Überwachung der Risikotragfähigkeit und der wesentlichen Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen. Des Weiteren unterstützt ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen die Entscheidungsträger beim Management der Risiken.

Das Capital Committee agiert entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapital-Zielgrößen des LBBW-Konzerns. Die Beschlussfassung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Capital Committee wird koordiniert durch das Finanzcontrolling und setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Handel und Überwachung zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Finanzcontrolling und Rechnungswesen, zusammen.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.
MaRisk.

Die LBBW unterliegt im vollen Umfang den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Am 14. August 2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit der 2. MaRisk-Novelle die Mindestanforderungen konkretisiert und erweitert.

Durch die Neufassung der MaRisk werden vor allem die aufsichtlichen Anforderungen zum Stresstesting, zum Liquiditätsrisiko und zu den Risikokonzentrationen geschärft und ausgebaut. Des Weiteren werden auch höhere Anforderungen an das gruppenweite Risikomanagement sowie an die Risikotragfähigkeit gestellt. Im Zuge der Umsetzung dieser Vorschriften wurde die Systematik der Risikotragfähigkeit überprüft. Die Prozesse zur Überwachung, Ad-hoc-Berichterstattung und Frühwarnung wurden nochmals ausgebaut. Den in den MaRisk geforderten integrierten Stress-Szenarien über verschiedene Risikokategorien hinweg unter besonderer Berücksichtigung von Konzentrationen sowie sogenannten Reverse-Stresstests wurde durch entsprechende Erweiterungen in 2009 Rechnung getragen. Die Analyse der Stresstestergebnisse im Rahmen der Risikotragfähigkeit ermöglicht somit Aussagen bezüglich der Widerstandsfähigkeit der LBBW gegenüber denkbaren krisenhaften Situationen und löst bei Überschreitung bestimmter Schwellenwerte Maßnahmen zur frühzeitigen Entlastung oder Aufstockung der Deckungsmasse aus.

Auch dem Zusammenspiel von Vorstand und Aufsichtsrat räumte die Aufsicht ein größeres Gewicht ein. Hierzu hat der Vorstand der LBBW insbesondere erweiterte Informations- und Kommunikationsprozesse in den Regularien verankert.

Die neuen Mindestanforderungen waren bis zum 31. Dezember 2009 umzusetzen. In der LBBW wurden zu diesen Themen umfangreiche Arbeitspakete zur Umsetzung definiert und abgearbeitet. Zum Jahresende wurden die materiellen Erweiterungen der MaRisk trotz der kurzen Umsetzungsfrist abgearbeitet. Restarbeiten werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen.

SolvV/Basel II.

Nachdem die aus Portfoliosicht wichtigsten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Die LBBW strebt für die Folgejahre die aufsichtliche Zulassung weiterer Ratingverfahren an.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Gemäß § 27 PfandBG muss ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen der internen Berichterstattung werden der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Kreditrisiken.

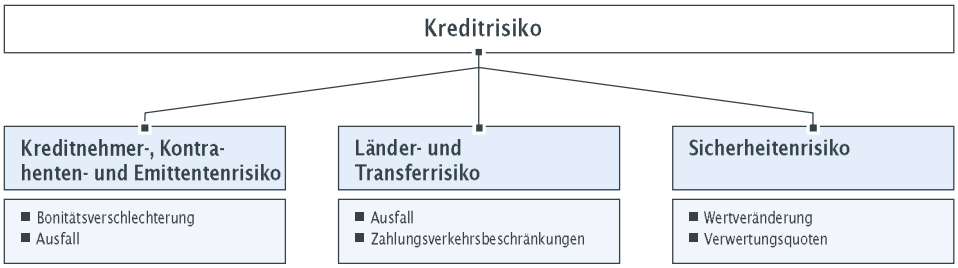
Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch

- Bonitätsverschlechterungen oder Ausfall von Kreditnehmern, Kontrahenten bzw. Beteiligungen,
- die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder
- Wertveränderungen von Sicherheiten

entstehen.

Die Systematisierung des Kreditrisikos erfolgt gemäß der nachfolgenden Abbildung:

Systematisierung des Kreditrisikos.



Kreditnehmer-, Kontrahenten- und Emittentenrisiko.

Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommt, dass Bonitätsverschlechterungen bei Kreditnehmern, Kontrahenten oder Emittenten zu Wertverlusten führen oder dass bei Ausfall des Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn nicht vereinnahmt werden kann.

Länder- und Transferrisiko.

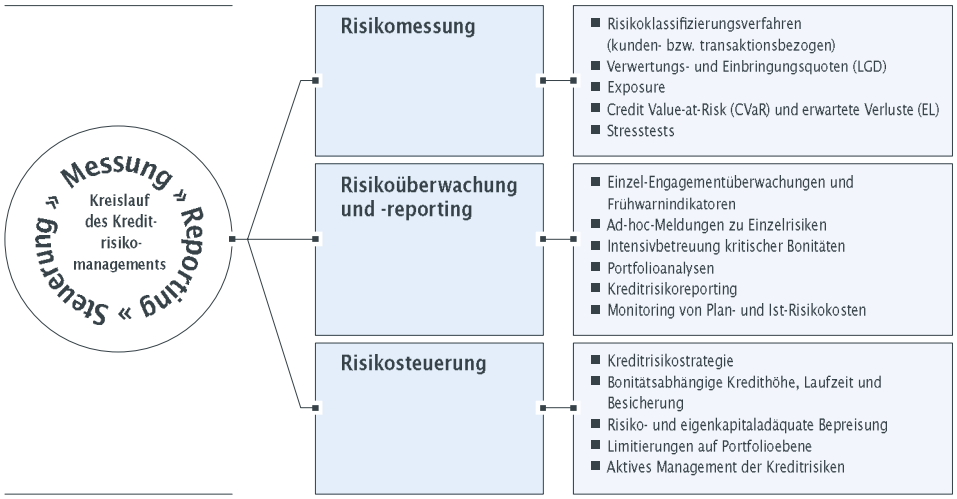
Risiko, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

Sicherheitenrisiko.

Risiko, dass im Verwertungsfall Sicherheiten nicht die erwarteten (Markt-)Werte erzielen.

Das Kreditrisikomanagement der LBBW lässt sich durch drei kreislaufartig verbundene Phasen darstellen:

Kreditrisikomanagement.



Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden bei Bedarf weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsfelder hat die LBBW spezifische Scoring- oder Ratingverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Prognosefähigkeit der im Einsatz befindlichen Scoring- und Ratingverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der S-Rating GmbH (Tochtergesellschaft des DSGV) oder der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der Landesbanken) durchgeführt.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Für eine risikoadäquate Engagementbewertung ist neben der Ausfallwahrscheinlichkeit die Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (loss given default) erforderlich. Diesbezüglich werden Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung in Relation zum Marktwert) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Erfahrungswerten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

In Abhängigkeit von Produktart, Marktfaktor (Zins, Währung etc.) und Laufzeit erfolgt eine differenzierte Kalkulation von Potential Future Exposures, die eine adäquate Linienanrechnung gewährleisten.

Erwartete Verluste und Credit Value-at-Risk.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung können mit dieser Kennzahl eine Vergleichbarkeit verschiedener Portfolios hergestellt und die Planrisikokosten plausibilisiert werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge (GLLP und PLLP-non impaired) ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den tatsächlichen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, eine hohe Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern (insbesondere anhand ihrer Zuordnung zu Branchen und Ländern) angemessen berücksichtigt werden. Das Kreditexposure wird dazu einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Der CVaR wird analog zu den sonstigen Risikokategorien zum Konfidenzniveau von 99,95 % berechnet.

Stresstests.

Neben den letztlich vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind in der LBBW Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren im Vorhinein die Wirkung möglicher konjunktureller Schwankungen, krisenhafter Marktentwicklungen und Extremszenarien darauf hin, ob die Risikotragfähigkeit der LBBW auch für diese Extremsituationen ausreichend bemessen ist. In der LBBW wird ein Set von standardisierten Stress-Szenarien gerechnet, die in die Risikotragfähigkeit Eingang finden. Darüber hinaus werden nach aktuellem Bedarf spezielle Stress-Szenarien ergänzt, die Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) analysieren. Diese Szenarien fließen als die Credit Value-at-Risk-Kennzahlen ergänzende Information in die Steuerung ein.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Die Überwachung der Risiken auf Einzelengagementebene wird durch die fortlaufende Beobachtung des Kunden und seines Umfeldes durch die engagementverantwortlichen Risikoanalysten der Marktfolge gewährleistet.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, auf Grundlage von Frühwarnindikatoren bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen zu vermeiden oder zumindest abzumildern. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und von einem spezialisierten Bereich betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Zur gezielten Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Adhoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Größere und/oder schwierige Kreditrisikoengagements werden dem Vorstand und den Aufsichtsgremien mit fundierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und zur wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig zur Kenntnis gegeben.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt überwiegend im von Markt- und Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. In diesem sind u. a. die Zuständigkeit für die Angemessenheit der Scoring- und Ratingverfahren, die Kreditrisikomessung, die Überwachung der Kontrahenten- und Länderlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die Überwachung der Risiken erfolgt durch Limitierungen auf verschiedenen Portfolioebenen: Das Konzern-Kreditrisiko ist mittels eines Limits für das ökonomische Kapital auf Basis des Credit Value-at-Risk (CVaR) begrenzt. Die Einhaltung der Länderlimite wird mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert. Das Portfolio der Financial Institutions ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert. Je Land werden zudem mit einem weiteren Limit nicht systemrelevante Financial Institutions begrenzt.

Branchenrisiken aus dem Corporates-Portfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette der Unternehmen Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst.

Über die Risikolage auf Portfolioebene und die Einhaltung der geschilderten Limitierungen informiert der Bericht über das Kreditrisiko als Teil des Gesamtrisikoberichts. Hierin werden die risikorelevanten Portfolios unter Berücksichtigung von Konzentrationen analysiert. Gegebenenfalls werden den Entscheidungsträgern (Gesamtvorstand und Aufsichtsgremium) Handlungsempfehlungen gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand regelmäßig Portfolioberichterstattungen der jeweiligen Marktfolgeeinheiten mit Detailinformationen zu Risikoentwicklungen diverser Geschäftsfelder sowie zu kritischen Engagements. Außerdem werden monatlich die laufende Entwicklung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten berichtet.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostrategie, durch die Einhaltung der ÖKap-Limite in Bezug auf den Credit Value-at-Risk sowie der Überwachung von Konzentrationsrisiken (Branchen, Länder, Einzelkontrahenten).

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzeladressen sind die Marktfolgebereiche zuständig. Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind risikolimitierende, risk-return-orientierte sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Risikobegrenzung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt zum einen durch die differenzierte Vorgabe einer Mindestbonität für die Kreditnehmer. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Kundengruppe und die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer gekoppelt. Vorgaben der Groß- und Millionen-Kreditverordnung werden dabei beachtet.

Da aus ökonomischer Sicht der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss ist, besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Geschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit-Center-/Portfolioebene.

Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das ökonomische Kapital für Kreditrisiken (auf Basis Credit Value-at-Risk) überwacht. Auf Basis eines Ampelsystems werden bei hohen Limitauslastungen frühzeitig risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell gefährliche Risikokonstellationen.

Länderlimite werden vom Vorstand auf Vorschlag des Länderlimitausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimitauslastung wird dem Länder- und Transferrisiko durch die Verhängung von Geschäftsstopps gezielt entgegengesteuert. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert oder vollständig gestrichen.

Die Limitierung des Portfolios der Financials Institutions sowie der Corporates Branchen wird kontinuierlich überwacht und löst bei Bedarf steuernde Maßnahmen wie z. B. Kauf von Sicherungsgeschäften oder Neugeschäftsstopp aus.

Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch die Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostrategie in Bezug auf Ratingstrukturen, Portfolioqualität und Risk-Return-Vorgaben (z. B. Zielvorgaben zur Eigenkapitalrentabilität). Durch die Ausrichtung der Strategie auf operative Geschäftsfelder sind klare (Teil-)Portfolio-Zuständigkeiten für die Einhaltung der Vorgaben aus der Kreditrisikostrategie definiert. Ergänzend erstrecken sich die Vorgaben der Strategie auf die zulässigen Produktarten pro Geschäftsfeld.

Die LBBW hat zum 1. Dezember 2009 im Dezernat Marktfolge einen neuen Bereich eingerichtet, der für das Management des Credit Investment Portfolios (CIP) verantwortlich ist. Im CIP gebündelt ist das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen LRP. Das Portfolio soll im Zuge der Umstrukturierung der LBBW in den nächsten Jahren sukzessive abgebaut werden.

Risikolage.

Die verschiedenen Portfoliodarstellungen nach Ratingstufen, Branchen und Regionen geben einen Überblick über die Risikolage der LBBW. In den nachfolgenden Tabellen wird als Betragsgröße das Exposure ausgewiesen. Dieses ist definiert als Inanspruchnahme zuzüglich externer offener Kreditzusagen.

Rating und Branchen.

Die Darstellung des Portfolios in den Dimensionen Rating und Branche gibt zum einen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit der LBBW, zum anderen spiegelt die jeweilige Ratingstruktur die Risikosituation wider.

Bei der Brancheneinteilung werden dafür realwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und die daraus resultierenden Ausfallkorrelationen durch die Verwendung eines internen risikoorientierten Branchenschlüssels berücksichtigt.

Exposure nach Rating und Branchen*.

Mio. EUR	(AAA – BBB–)	(BB+ – B+)	(B – C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Finanzinstitute	**229 772**	**13 539**	**2 685**	**2 169**	**3 858**	**252 022**
Kreditinstitute	193 121	5 973	758	1 029	339	201 221
Finanzdienstleistungen	36 650	7 565	1 927	1 140	3 519	50 802
Unternehmen	**87 877**	**36 140**	**10 846**	**4 929**	**3 310**	**143 102**
Automobil	7 444	4 685	3 603	875	54	16 661
Bauwirtschaft	3 875	2 778	487	415	170	7 725
Branchenübergreifende Dienstleistungen für Unternehmen	2 661	1 071	260	168	360	4 522
Commercial Real Estate	12 268	7 985	1 982	1 436	142	23 814
Health Care	3 149	1 022	117	134	186	4 608
Lebensmittel-Handel und sonstige nicht zyklische Konsumgüter	5 081	922	31	42	29	6 106
Telekommunikation	4 924	503	129	41	54	5 651
Transport und Logistik	3 963	1 615	804	115	100	6 598
Versicherungen	5 982	245	171	42	87	6 526
Versorger	12 787	1 049	117	80	36	14 069
Sonstige Branchen**	25 743	14 264	3 144	1 581	2 092	46 823
Öffentliche Hand	**78 323**	**1 910**	**18**	**6**	**5**	**80 261**
Privatpersonen	**3 336**	**3 295**	**295**	**419**	**13 373**	**20 718**
Summe	**399 308**	**54 884**	**13 845**	**7 522**	**20 546**	**496 104**
in Prozent	80,5 %	11,1 %	2,8 %	1,5 %	4,1 %	100,0 %

* äquivalente externe Ratingklassen

** In »Sonstige Branchen« sind Branchen mit einem Anteil < 3 % am Unternehmensportfolio zusammengefasst.

Aus der Ratingverteilung ist ersichtlich, dass 80,5% (Vorjahr 81,3%) des Portfolios auf Geschäfte mit Kunden sehr guter bis guter Bonitäten (sog. Investment-grade-Ratings) entfällt. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der Anteil von leistungsgestörten Engagements (siehe Spalte »Default«) jedoch auf 1,5% des Gesamtportfolios erhöht (Vorjahr 1,2%). In der Spalte »Sonstiges« sind Geschäfte mit Kunden aufgeführt, bei denen z. B. aus Risikorelevanzgründen auf ein Rating/Scoring verzichtet wird.

Die Branchenverteilung weist als größtes Teilportfolio die Finanzinstitute aus. Sparkassen und Landesbanken stellen hiervon ca. ein Drittel des Exposures.

Das Portfolio der Unternehmenskunden zeigt die vorhandene Branchendiversifikation. Das Exposure der größten Branche »Commercial Real Estate« ist dahingehend zu relativieren, dass das Kreditrisiko aus diesem Teilportfolio durch vorhandene Sicherheiten wesentlich reduziert ist. In der zweitgrößten Branche »Automobil« wird durch die Anwendung des risikoorientierten Branchenschlüssels auch das Exposure gegenüber z. B. Zulieferbetrieben und Maschinenbauern mit Absatzschwerpunkt in der Automobilindustrie ausgewiesen. Die zum Vorjahr veränderte Ratingstruktur in der Automobilbranche spiegelt die aktuelle wirtschaftliche Situation dieser Branche wider. Die drittgrößte Branche »Versorger« enthält zu über 90% sehr gute bis gute Bonitäten, oftmals mit kommunalem Hintergrund (z. B. Stadtwerke). Geschäfte mit der öffentlichen Hand und mit Privatpersonen tragen zur weiteren Portfoliodiversifikation bei.

Regionen.

In der regionalen Verteilung überwiegt mit 59,6% das inländische Geschäft (31. Dezember 2008: 55%). Hier zeigt sich die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank. Die Auslandsengagements verteilen sich zu 89,4% auf Westeuropa und Nordamerika und somit auf Länder mit keinem (Euro-Zone) oder sehr geringem Transferrisiko. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und gegenüber supranationalen Institutionen stellen in Summe weniger als 2% des Gesamtportfolios.

Exposure nach Regionen

Region	Anteil Auslands-portfolio
Deutschland	59,6%
Westeuropa (ohne Deutschland)	27,5%
Nordamerika	8,5%
Asien/Pazifik	2,6%
Osteuropa	1,1%
Lateinamerika	0,5%
Afrika	0,0%
Supranationale	0,0%
Summe	**100,00%**

Durch Rundungen können Differenzen entstehen.

Risikovorsorge.

Die Entwicklung der Risikovorsorge zeigt die folgende Tabelle:

Bewertungsergebnis Kredit

Mio. EUR	Bestand 12/08	Um-buchungen	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Direktab-schreibung/ Eingänge auf abge-schriebene Forde-rungen	Währungs-differenz
Bonitätsrisiken	2 976,6	105,5	2 142,9	646,8	334,9	140,5	18,0
PWB	363,7	-13,0	342,0	236,2	0,0		0,0
LBBW-Bank	**3 340,3**	**92,5**	**2 484,9**	**883,0**	**334,9**	**140,5**	**18,0**

Mio. EUR	G+V-relevante Risiko-kosten	Bestand 12/09	in % zum Gesamt-Exposure	Exposure
Bonitätsrisiken	1 636,7	4 261,4	0,86%	496 104,1
PWB	105,7	456,5		
LBBW-Bank	**1 742,5**	**4 717,9**		

Marktpreisrisiken.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW die potenziellen Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen. Die Marktpreisrisiken werden nach Einflussfaktoren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW-Bank:

Ausprägungen von Marktpreisrisiken..

Marktpreisrisiken	Ausprägung
Aktienkursrisiken	■ Allgemeine und besondere Kursrisiken ■ Optionsrisiken
Zinsrisiken	■ Allgemeine und spezifische Zinsänderungsrisiken ■ Optionsrisiken ■ Credit-Spread-Risiken
Währungs-/Rohwarenrisiken	■ Wechselkursrisiken ■ Rohwarenrisiken ■ Optionsrisiken

Risikomessung.

Risikomodell.

Die LBBW ermittelt den Value-at-Risk (VaR) aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet.

Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt. Das Modell der LBBW wird auch für die übrigen Konzerngesellschaften mit wesentlichen Marktpreisrisiken verwendet, sodass eine konzernweit einheitliche Steuerung mit der Risikokennzahl Value-at-Risk möglich ist.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrunde liegenden Zinskurven.

Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt. Die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Bankbuches werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren sowie dem klassischen Kreditgeschäft gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere und ABS das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stress-Szenarien für das Handels- und Anlagebuch. Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen (wie Zinsshifts, Aktienshifts) einzeln oder in Kombination oder den Stresstest von Basisrisiken (z. B. von verschiedenen Zinskurven). Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert, wobei die vorhandenen Szenarien speziell um Stresstests für die Finanzmarktkrise erweitert wurden. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern und die Risikotragfähigkeit an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Neuartige Produkte durchlaufen, bevor sie im Handel der LBBW zugelassen werden, einen »Neue-Produkte-Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Risikocontrollings, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Auch im Jahr 2009 hat die LBBW ihr internes Marktrisikomodell unter anderem aufgrund einer geänderten Dynamik der Kapitalmärkte sowie veränderter Risikopositionen weiterentwickelt. Zu den wesentlichen Modellverbesserungen zählen

- der Wechsel auf einen klassischen Monte-Carlo-Simulationsansatz verbunden mit dem Verzicht auf eine Verwendung von Hauptkomponenten sowie einer Szenariobildung für Zinsrisiken,
- die Versorgung des Marktrisikomodells mit Marktdaten aus einer zentralen Marktdatenbank,
- eine verfeinerte Abbildung des Marktrisikos von Kapitalmarktfloatern durch Verwendung differenzierter Diskont- und Forwardzinskurven und
- die Aufnahme europäischer Sovereigns ins Multi-Index-Modell zur verbesserten Abbildung von allgemeinen CDS-Spreadrisiken.
- Die Abbildung von Beständen des Anlagebuchs wurde bezüglich der Einbeziehung von Credit-Spread-Risiken erheblich verbessert (u. a. vollständige Berücksichtigung der Conduits, Berücksichtigung der spezifischen Bondrisiken für die gesamten Bestände des Anlagebuches).

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch konservative Parametrisierungen und durch Nutzung unterschiedlicher Verfahren wie VaR, Sensitivitäten, Stresswerten etc. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren. Für Modellrisiken wird zusätzlich ein entsprechender Puffer in der Risikodeckungsmasse freigehalten.

Risikosteuerung.

Die laufende Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen der Marktpreisrisikostrategie sowie der gesetzten Limite. Die Limite auf Basis von Value-at-Risk (VaR), Stop-Loss oder Sensitivitäten werden vom Gesamtvorstand festgesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wird diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Mit dem strategischen Management aller anderen Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand den Vorstandsausschuss Disposition beauftragt. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet.

Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind nach Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:
Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.

Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Risikoüberwachung.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der Risikostrategie werden durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand berichtet. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus im Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen.

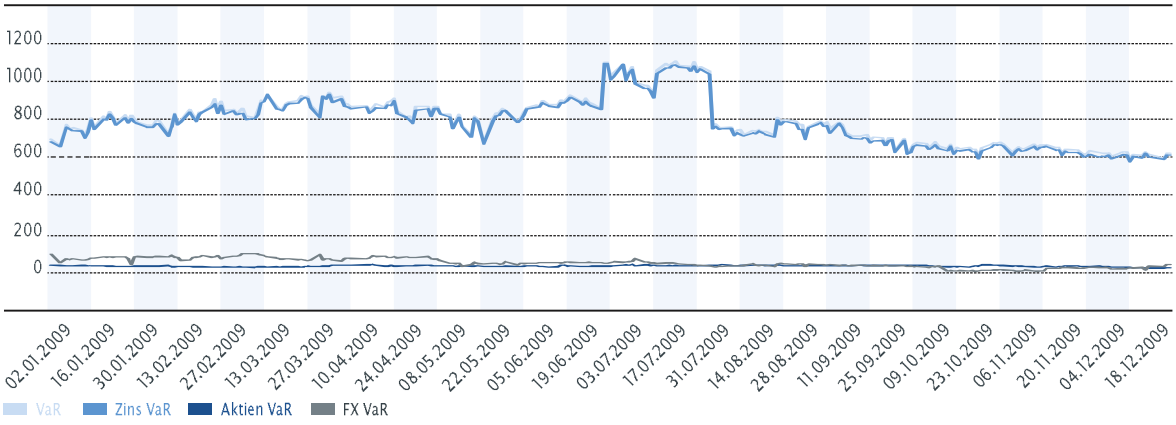
Risikolage.

Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2009 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW. Das Stopp-Loss-Limit war im ganzen Jahr eingehalten. Im ersten Quartal des Jahres 2009 kam es allerdings in Folge der Finanzmarktkrise noch zu VaR-Limitüberschreitungen bis auf die Ebene der LBBW-Bank. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.

Risikoverlauf LBBW-Bank in Mio. EUR.



Im Laufe des Jahres 2009 war allgemein mit der Erholung der Finanzmärkte eine sinkende Volatilität und eine Zunahme der Korrelationen der Marktparameter zu beobachten, die das Risiko im Vorjahresvergleich reduzierte. Der Risikoanstieg zur Jahresmitte bei der LBBW ist auf die umfassende Abbildung der Conduits in der Risikorechnung zurückzuführen. Im August ging dann das Risiko wieder deutlich zurück, da die unter dem Risikoschirm garantierten ABS-Positionen nicht mehr im Marktpreisrisiko der LBBW ausgewiesen werden.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen den EUR-Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

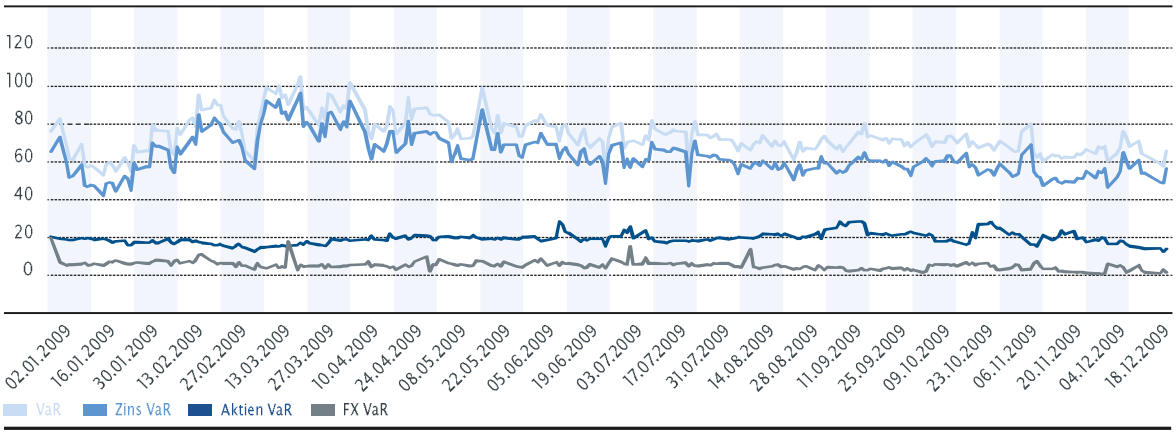
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99 %/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Bank Gesamt	**792**	**1 100**	**592**	**620**	**760**
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	780	1 087	575	611	745
Aktienrisiken	32	41	21	23	34
Währungsrisiken	48	98	4	40	65

Für die Handelsbuchpositionen ergeben sich folgende Verlaufsgrafik und tabellarische Zusammensetzung der Marktpreisrisiken.

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR.



VaR 99 %/10 Tage

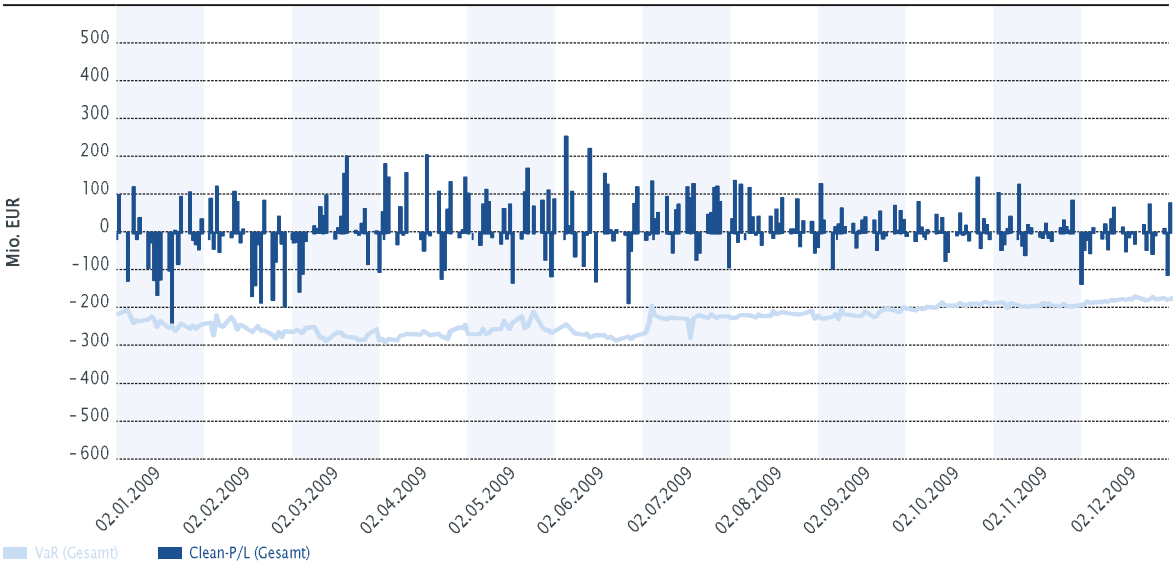
Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2009	30.12.2008
LBBW-Bank Handelsbuch	**69**	**98**	**50**	**62**	**74**
Zinsänderungsrisiken	59	90	40	53	64
Aktienrisiken	19	27	13	14	19
Währungsrisiken	6	19	2	2	8

Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung in Folge von Marktdatenänderungen (Clean-P/L), sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2009 waren im Rahmen des Backtestings für die zurückliegenden 250 Handelstage keine Modellausnahmen für die Trading-Positionen und für die LBBW-Bank zu verzeichnen. Das Handelsportfolio, für das die Eigenmittelunterlegung der Aktien- und allgemeinen Zinsrisiken über das interne Risikomodell erfolgt, weist ebenfalls keine Ausnahme auf. Das bedeutet, dass aufsichtsrechtlich kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden muss.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 02.01.2009 – 30.12.2009.

VaR-Parameter: 99 % Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Die Grafik zeigt, wie im Laufe des Jahres mit der Beruhigung der Finanzmärkte das Risiko und die Schwankung der Clean-P/L zurückgegangen sind.

Stresstest.

Die Auswirkungen der simulierten Stress-Szenarien stiegen im Jahr 2009 deutlich an. Im ersten Halbjahr 2009 kam es zu Limitüberschreitungen im Stresstestlimit der LBBW-Bank, der Gesamtpuffer für alle Stress-Szenarien wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert. Die Marktliquiditätsrisiken werden als Bestandteil der Marktpreisrisiken bei Handelsprodukten (insbesondere bei Wertpapieren) betrachtet.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hochliquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden.
Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Risikomessung.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Sinne einer jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel kann über einen Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden.
Es wird deshalb im LBBW Konzern über quantitative Vorgaben gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz vom Vorstand festgelegt wurden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst unter anderem:

- Regelmäßige tägliche und für den Konzern mindestens wöchentliche Erstellung der Liquiditäts-Gaps im Horizont bis 12 Monate.
- Monatliche Erstellung von Gaps für die langen Laufzeiten zur Beurteilung der Refinanzierungs-(spread)risiken.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.
- Regelmäßige Erstellung einer Investorenliste, anhand derer etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Im Rahmen regelmäßiger Stresstests Beurteilung der drei Szenarien »Ratingdowngrade«, »Finanzmarktkrise« und »Kombination« (Marktkrise mit gleichzeitigem Downgrade von LBBW und Wettbewerbern). Laufende Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein »Survival Period Konzept« definiert, d. h., es werden Zeitspannen vorgegeben, wie die Bank auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll. Daneben gelten absolute Obergrenzen für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand auf Sicht von 3 Monaten sowie 12 Monaten.

Zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken im Konzern sind alle wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs in die regelmäßige Berichterstattung nach LBBW-Vorgaben eingebunden (wöchentlicher Konzern-Cashflow, monatlich ausführlich im Gesamtrisikobericht). Die Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Gesellschaftskonstruktionen werden grundsätzlich gleich beurteilt und berichtet, wie Liquiditätsrisiken auf der Bilanz.

Risikosteuerung.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken sowie der Refinanzierung erfolgt unter Beachtung der in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten Maßgaben durch den Bereich Treasury unter der primären Zielsetzung der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie der aktiven Ertrags- und Risikooptimierung bestehender Fälligkeitsinkongruenzen im Rahmen der Fundingplanung.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2009 bildeten Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retailgeschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding.

Die Stellung marktgerechter interner Verrechnungspreise durch das Treasury ist ein elementares Steuerungselement für die Aktiv- und Passivseite der LBBW. Die Verrechnungspreise werden bei Bedarf zeitnah an geänderte Marktgegebenheiten angepasst.

Für die Sicherstellung der intraday-Liquidität ist die Gelddisposition im Handel zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Geldbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern der Geschäftsleitung vorgesehen. Die Notfallplanung wird mindestens jährlich überprüft und durch die Geschäftsleitung neu in Kraft gesetzt.

Risikoüberwachung.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW und auf operativer Ebene das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling verantwortlich. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet.

Risikolage.

Zu Beginn des Jahres waren die Geld- und Kapitalmärkte noch stark geprägt durch die Nachwirkungen des Schocks der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008. Trotz dieser Einschränkungen war es möglich, die infolge der Übernahme von Sachsen LB und Landesbank Rheinland-Pfalz gewachsene Liquiditätsrisikoposition des LBBW-Konzerns im gewünschten Umfang zurückzuführen. Im 2. Quartal musste der Konzern eine Verschlechterung der Bonitätsbeurteilung durch die Ratingagentur S&P auf A- (Langfrist), A-2 (Kurzfrist) hinnehmen. Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten und das Refinanzierungspotenzial zeigten sich am internationalen Markt durch den Verlust von Investoren. Am Inlandsmarkt war kaum eine Reaktion feststellbar. Die zweite Jahreshälfte verlief für das Liquiditätsrisikomanagement ruhig und ohne hervorzuhebende Ereignisse.

Auch im Jahr 2009 war der LBBW Konzern zu jeder Zeit in der Lage, in ausreichendem Umfang Refinanzierungsmittel über den Markt zu beschaffen.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Jahr 2009 jederzeit eingehalten.
Die Liquiditätskennzahl der LBBW-Bank lag per 31. Dezember 2009 bei 1,52 (2008: 1,54).

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Risikomessung.

In der LBBW wird zur Messung des operationellen Risikos der Standardansatz verwendet. Für die interne Steuerung kommt ab 2010 ein OpVaR-Modell zum Einsatz.

Risikosteuerung und -überwachung.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung. Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit operationellen Risiken aufgerufen.

Das Management dieser Risiken in der LBBW fällt in die primäre Verantwortung der Bereiche. In diesem Zusammenhang sind die dezentralen Operational Risk Manager von hoher Bedeutung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente, sind Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiter zu operationellen Risiken und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling. Für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling zuständig. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung, der Risikoinventur (Self Assessment und Szenarioanalyse) und der Analyse der Risikoindikatoren spielt das OpRisk-Maßnahmenmanagement eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden die neuen Funktionalitäten der in der LBBW verwendeten Software zur Steuerung operationeller Risiken schrittweise eingeführt. Unter anderem wird hierfür ein neues Modul zur Maßnahmensteuerung eingesetzt. Ziel ist es, die Risikosteuerung zu optimieren und die Risikosensibilität der Bereiche weiter zu erhöhen.

Risikolage.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

DV-Risiken.

Die LBBW berücksichtigt kontinuierlich internationale Standards im IT-Sicherheitsbereich und orientiert sich dabei an den ISO-Standards 27001, 27002 und 27005. Das IT-Risikomanagement für beide IT-Bereiche, IT-Financial Markets und IT/Organisation, wurde zentralisiert. Dabei wurde die Funktion des Operational Risk Managers für die IT-Bereiche gebündelt und in den Verantwortungsbereich des Konzern-IT-Sicherheitsbeauftragten übertragen.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Die Vorgehensweise und organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement Handbuch beschrieben. Für den Notbetrieb der IT-Systeme hält der IT-Betrieb Notfallpläne vor.

Um einen manuellen Notbetrieb im Notfall aufrechtzuerhalten, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl

für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräfteschulungen) gemessen.

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeberin zu äußern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Durch den angekündigten Personalabbau im Rahmen des EU-Restrukturierungsprojektes könnte es im Jahr 2010 zu einer erhöhten Fluktuation kommen. Vor dem Hintergrund einer derzeit historisch niedrigen arbeitnehmerseitigen Fluktuation wird dieses Risiko als sehr gut beherrschbar eingeschätzt.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene). Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen.

Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. die Abteilung Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die LBBW versteht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261, Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen)
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften

organisatorisch umzusetzen.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW. Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) beinhaltet im Wesentlichen das Kontrollumfeld, die Risikoeinschätzung, die Kontrollaktivitäten, Information und Kommunikation sowie das Monitoring.

Das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem (RMS) besteht aus der Risikoidentifizierung, der sich daran anschließenden Risikobewertung, dem daraus abgeleiteten Maßnahmenkatalog zur Risikobewältigung und dem fortlaufenden Risikocontrolling mit einer adäquaten Kommunikation an alle Prozessbeteiligten.

Zur Steuerung der Risiken stellt das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem einen integralen Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems dar, dementsprechend werden beide Systeme zusammengefasst dargestellt.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem trägt der Vorstand. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig und umfassend geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Bei der Implementierung der Kontrollen wird eine Risikoeinschätzung zu Grunde gelegt sowie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit beachtet. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt. Die Kontrollfunktionen werden in der jeweiligen Fachabteilung ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Unter Einbindung der zuständigen Fachbereiche erfolgt die Abschlusserstellung durch den Bereich Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern bei der LBBW vorwiegend dezentral. Für alle Monats-, Quartals- und Jahresabschlüsse liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Im Bereich der eingesetzten EDV-Systeme wird überwiegend auf Standardsoftware zurückgegriffen, die gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Für den Abschlusserstellungsprozess werden bestandsführende Vorsysteme (Nebenbücher), das Hauptbuchsystem SAP sowie ein zentrales Data-Warehouse (FDB = Financial Database) eingesetzt. Die FDB enthält alle notwendigen Daten für die Abschlusserstellung. Die Fachbereiche erfassen, verarbeiten und buchen die rechnungslegungsrelevanten

Geschäftsvorfälle, die systemseitig abgebildet werden, in den entsprechenden IT-Systemen. Von dort gelangen die Geschäftsvorfälle und Stammdaten in die FDB. Aus den Vorsystemen bzw. der FDB werden die Daten automatisiert in das SAP-Hauptbuch gebucht, wo die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

An den Schnittstellen zwischen den Nebenbüchern, der FDB und dem SAP-Hauptbuch finden umfangreiche IKS-Abstimmungsschritte statt, bei denen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten im Rahmen standardisierter Abstimmungshandlungen monatlich geprüft und dokumentiert werden. Im Jahres- und Halbjahresabschluss werden darüber hinaus die Kontrollprozesse durch die verantwortlichen Systembetreuer im Rechnungswesen in separaten Qualitätssicherungsterminen besprochen. Durch die Durchführung der IKS-Abstimmungsschritte werden auftretende Unstimmigkeiten bereinigt. Des Weiteren werden Maßnahmen zur zukünftigen Fehlervermeidung abgeleitet.

Für die Bewertung von Finanzinstrumenten zieht die LBBW externe Datenquellen (Börsen, Preisserviceagenturen, Quotierungen bzw. Indikationen von Marktteilnehmern) oder Modellbewertungen aus den Vorsystemen, dem Risikocontrolling oder anderen internen Preisquellen heran, welche wiederum wo möglich auf beobachtbare Parameter aus externen, marktgängigen Datenquellen zurückgreifen. Diese Bewertungen basieren auf Modellen, welche dem Marktstandard entsprechen und vom Risikocontrolling betrieben werden oder abgenommenen sind. Für die Überprüfung von einzelnen Bewertungen, beispielsweise Wertpapierkurse, und ggfs. die Sicherstellung der Handelsunabhängigkeit besteht eine separate Organisationseinheit »Independent Price Verification« im Bereich Risikocontrolling.

Information und Kommunikation.

Die Grundsätze der LBBW, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW veröffentlicht werden. Die Abteilung »Grundsatzfragen Rechnungswesen« identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und stellt die zeitnahe und fachlich richtige Umsetzung sicher. Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Diese Regelung wird in einem eigenentwickelten Datenbanksystem (FinNexus) hinterlegt. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft.

Monitoring.

Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS und RMS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie die Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden.

Die Konzernrevision als auch der durch den Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist direkt dem Vorstand unterstellt. Die Ergebnisse ihrer Prüfungen werden dem Vorstand und den fachlich zuständigen Mitarbeitern zeitnah in Prüfungsberichten vorgelegt. Besonders schwerwiegende Mängel müssen der Geschäftsleitung umgehend zur Kenntnis gebracht werden.

Die fristgerechte Erledigung der Prüfungsfeststellungen wird von der Konzernrevision überwacht, gegebenenfalls angemahnt und erforderlichenfalls eskaliert. Bei Bedarf führt sie Nachschauprüfungen durch. Dem Vorstand wird im Rahmen eines Jahresberichts über die wesentlichen Feststellungen aus den im Jahresverlauf durchgeführten Prüfungen einschließlich des beschlossenen Handlungsbedarfs und des Erledigungsstands berichtet. Diese Vorgehensweise stellt eine zeitnahe Feststellung von Schwachstellen und ihre Bereinigung sicher. Der Prüfungsausschuss befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Jahresabschlussprüfung und informiert darüber den Verwaltungsrat.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen, bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Hierbei erfolgt die Steuerung der Beteiligungen arbeitsteilig durch die zuständigen Fach- und Betriebsbereiche der LBBW.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den aus Konzernsicht unter Gesichtspunkten des Risikomanagements wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine regelmäßige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

Wesentliche Tochtergesellschaften, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.

Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und der die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird unter anderem darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Unternehmenswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen.

Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und strategische Risiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der Bank bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikokategorien verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit durch stringentes und zentrales Issue Management. Im Bereich Verwaltung wird darüber hinaus im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik der diesbezügliche Standard für alle Geschäftsbereiche gesetzt. Reputationsrisiken werden mit einem Pufferbetrag in der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses und des Kreditantragsprozesses.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikokategorien haben.

Das Geschäftsrisiko kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer nachteiligen Geschäftsentwicklung in Folge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Strategische Risiken entstehen zum Beispiel beim Eintritt in neue Märkte, aber auch bei fehlendem Aufbau neuer Erfolgspotenziale.

Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Nicht hierunter fallen Risiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft sowie dem Geschäft im Bereich Real Estate Services. Diese werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Das Management der Immobilien im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 erfolgte die Integration der BW-Immobilien GmbH, einer weiteren 100-prozentigen Tochtergesellschaft der LBBW, in die LBBW Immobilien GmbH. Die BW-Immobilien GmbH ist in erster Linie für die ganz oder teilweise eigengenutzten Immobilien der LBBW zuständig.

Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie in eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland.

Das wesentliche Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart. Die Berechnung der VaR-Kennziffer für Immobilienrisiken und deren Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Es wird die Strategie verfolgt, den Wohnungsbestand auf ein langfristiges, optimiertes Halteportfolio auszurichten. Dieses Halteportfolio beinhaltet eine Konzentration auf Objekte mit nachhaltiger Entwicklungsperspektive in prosperierenden Wirtschaftsräumen. Damit verbunden ist ein Rückzug aus der Fläche. Dadurch wird eine verbesserte Rendite-Risiko-Struktur mit einem höheren Total Return erzielt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie der Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Für 1A- und 1B-Lagen wird angestrebt, ökonomische Nutzungskonzepte für die LBBW zu finden und die Erdgeschossflächen mittelfristig einer renditestarken Handelsnutzung zuzuführen.

Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung überwacht und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Risikoportfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Geschäftsrisiken aus der LBBW Immobilien.

Neben dem Management des Immobilienbestands der LBBW Gruppe, welcher seinen Niederschlag im Immobilienrisiko findet, betreibt die LBBW Immobilien GmbH zwei weitere Geschäftsfelder.

Aus dem Real Estate Services-Geschäft werden derzeit keine signifikanten Risiken gesehen.

Im Geschäftsjahr 2009 sind bei der LBBW Immobilien GmbH jedoch die Risiken aus dem Developmentgeschäft in den Vordergrund gerückt. In diesem Geschäftsfeld werden insbesondere gewerbliche, aber auch wohnwirtschaftliche Immobilienprojekte im In- und Ausland entwickelt. Da es sich überwiegend um spekulative Objekte handelt, liegen die Risiken insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Weitere Risiken gibt es im Bereich der Baukosten sowie der Termine. Aus der Finanz- und Immobilienmarktkrise und der damit verbundenen Veränderung der Finanzierungsbedingungen, den erhöhten Eigenkapitalanforderungen der Banken und der Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren mit entsprechender Verschlechterung der Vermarktungssituation ergaben sich entsprechende Auswirkungen auf das Projektentwicklungsgeschäft. Die Überprüfung der Projekte und die daraus resultierenden Wertkorrekturen haben zu einer grundlegenden Überprüfung der Risiko- und Geschäftsstrategie geführt und eine Neudimensionierung und eine andere, regionale Fokussierung im Developmentbereich zur Folge. Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis 2009 als singulär einzustufen.

Weiterhin werden die Messungs- und Steuerungsverfahren für die potenziellen Risiken bei der Projektentwicklung weiterentwickelt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden im Rahmen eines angemessenen Risikomanagements für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Das Jahr 2009 war für die LBBW geprägt durch den Übergang aus der Finanzmarktkrise mit extremen Verwerfungen der Marktpreise hin zur Wirtschaftskrise mit realwirtschaftlichen Effekten und den sich anschließenden deutlichen Auswirkungen auf die Portfolioqualität.

Insgesamt ergab sich im ersten Halbjahr teilweise eine sehr hohe Auslastung der Risikodeckungsmasse. Durch die Kapitalerhöhung um 5 Mrd. EUR und das Aufspannen des Risikoschirms zur Immunisierung von Risiken sowie die teilweise Markterholung konnte zur Jahresmitte jedoch eine deutliche Entspannung der Situation herbeigeführt werden. Trotz der darauf folgenden Erhöhung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im zweiten Halbjahr 2009 und der Belastungen aus den Restrukturierungsmaßnahmen aufgrund von EU-Vorgaben ist zum 31. Dezember 2009 eine auskömmliche Risikotragfähigkeitssituation vorhanden.

Nachtragsbericht.

Wesentliche Entwicklungen und Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag 2009 nicht eingetreten.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Für 2010 geht die LBBW von einer konjunkturellen Wiederbelebung der globalen Wirtschaft aus. Sowohl die weltweit wichtigsten Frühindikatoren als auch makroökonomische harte Fakten zeugen von einer Genesung der Weltwirtschaft.

Die seit dem Sommer 2009 beobachtbare Erholung dürfte dank der Unterstützung der Geld- und Fiskalpolitik andauern. Das Gesamtjahr sollte laut LBBW für Deutschland ein reales Wirtschaftswachstum von 1,4% bringen, für den Euroraum etwa 1% und für die USA 3,2%. Ein erneuter Rückfall in eine Rezession ist derzeit somit nicht wahrscheinlich, wenngleich in Anbetracht der fiskal- und geldpolitischen Stimulierungen von einem selbsttragenden Aufschwung noch nicht die Rede sein kann.

Zudem dürfen auch die Risiken für das Jahr 2010 nicht außer Acht gelassen werden. Nach Schätzungen der EZB in ihrem Finanzstabilitätsbericht vom Dezember 2009 stehen bei den Banken im Euroraum noch einmal Abschreibungen in Höhe von 187 Mrd. EUR an, davon entfallen nach Einschätzung der Bundesbank 50 bis 75 Mrd. EUR auf Kredite bei deutschen Kreditinstituten. Zwar gibt es bislang noch keinen Beleg für eine angebotsinduzierte Kreditklemme, aber die Gefahr schwebt weiterhin über der Konjunktur. Darüber hinaus ist der Schuldenabbau der privaten US-Haushalte eine Bürde. Im Zeitraum 1997 bis 2007 trug der Anstieg des privaten Verbrauchs 82% zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in den USA bei. Auf diese wichtige Triebfeder dürfte die größte Volkswirtschaft der

Welt in den nächsten Jahren nicht mehr zählen können. Selbst die zuletzt vielfach bereits sicher geglaubte Erholung des US-Immobiliensektors ist fraglich, wie jüngste Marktdaten zeigen. Generell ist festzuhalten: Erst mit Beendigung der fiskal- und geldpolitischen Notmaßnahmen wird sich die Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Erholung zeigen. Die Erfahrungen mit Rezessionen, die mit Finanzkrisen einhergingen, geben Anlass für eine gewisse Skepsis. Die historische Erfahrung und Analysen des IWF zeigen, dass Finanzmarkt- und Bankenkrisen erhebliche langfristige Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Selbst nach sieben Jahren war im Mittel das Trendwachstum vor Krisenbeginn noch nicht wieder erreicht.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Der Kreditwirtschaft steht 2010 voraussichtlich ein weiteres herausforderndes Jahr bevor.

Zwar dürfte die erwartete, zumindest verhaltene konjunkturelle Erholung die Perspektiven im Kreditgeschäft nach und nach aufhellen. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Risikovorsorge der Institute 2010 nochmals auf einem hohen Niveau liegen wird, da sich wirtschaftliche Erholungen in den Kreditbüchern der Banken erfahrungsgemäß erst mit einem zeitlichen Verzug bemerkbar machen. Die positiven Rahmenbedingungen für den Zinsüberschuss dürften im Wesentlichen anhalten. Insbesondere ist im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung gegebenenfalls mit einer wachsenden Kreditnachfrage zu rechnen. Die Nachhaltigkeit der im vergangenen Jahr erzielten Wertaufholungen und Handelsgewinne dagegen ist ungewiss.

Die Umstrukturierungsprozesse in der Kreditwirtschaft werden sich auch 2010 fortsetzen. Im Zuge der zunehmenden Umsetzung der EU-Beihilfeentscheidungen und der geplanten Veränderungen im regulatorischen Umfeld dürfte die Entwicklung zusätzliche Dynamik gewinnen.

Der neue Regulierungsrahmen dürfte das Wachstum und die Rentabilität der Branche in den kommenden Jahren begrenzen. Auch wenn sich die Einzelheiten voraussichtlich erst im Laufe des Jahres klären werden, ist damit zu rechnen, dass sich der Kapitalbedarf der Institute durch die Neuregelungen erhöhen wird.

Strategische Ausrichtung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Im Dezember 2009 hat die EU-Kommission die Kapitalerhöhung und die Risikoabschirmung für die LBBW abschließend genehmigt und auf ein Hauptprüfverfahren verzichtet. Mit dieser Entscheidung wurden das zukünftige Geschäftsmodell sowie der Umstrukturierungsplan vollumfänglich durch die EU bestätigt. Der von der EU-Kommission genehmigte Umstrukturierungsplan legt die wesentlichen zukünftigen Eckpfeiler des Geschäftsmodells fest. Die Jahre 2010 und 2011 werden für die LBBW geprägt sein von der Umsetzung der Maßnahmenplanung.

Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells sieht im Wesentlichen eine stärkere Konzentration auf das regionale Kerngeschäft mit Kunden und die damit verbundenen Wachstumsperspektiven vor. Das Kreditersatzgeschäft wird abgebaut und weitere opportunistische Geschäftsaktivitäten werden deutlich reduziert. Des Weiteren erfolgen die Straffung des Auslandsnetzwerkes sowie des Beteiligungsportfolios. Diese Fokussierung wird zu einem Abbau der Bilanzsumme um etwa 40 % gegenüber dem Jahresende 2008 führen. Zur geplanten Reduktion der Verwaltungsaufwendungen ist die strikte Umsetzung der Kostensenkungsmaßnahmen notwendig, die deutliche Einsparungen bei den Sachkosten sowie eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl nach sich ziehen.

Im Jahr 2010 rechnet die LBBW mit unverändert schwierigen Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft und damit auch für die LBBW. Dennoch geht die Bank von einer deutlichen Verbesserung ihres Ergebnisses aus. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich 2010 bereits durch erste positive Wirkungen der Kostensenkungsmaßnahmen reduzieren. Diese sollen bis Ende 2012 umgesetzt sein, sodass die geplanten Einsparungen ab 2013 voll ergebniswirksam werden. Mit Blick auf die vorsichtige konjunkturelle Erholung wird eine leichte Entspannung bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erwartet. Jedoch bewegt sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2010 auch weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Auch zukünftig wird an einer konservativen Risikopolitik festgehalten. Für das Jahr 2011 wird eine weitere Erholung des Jahresüberschusses erwartet. Die LBBW rechnet damit, dass in den Folgejahren die Herabsetzung der stillen Einlagen und Genussrechte aufgrund der Verlustpartizipation aus dem Geschäftsjahr 2009 durch Gewinne wieder aufgeholt sowie ausgefallene Zinszahlungen nachgeholt werden. Daneben wird die LBBW ihre umsichtige Liquiditäts- und Refinanzierungspolitik auch in Zukunft fortsetzen.

Die Investitionsschwerpunkte der LBBW für das Jahr 2010 ergeben sich aus der Umsetzung des Umstrukturierungsplans sowie der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells und betreffen v. a. IT-Investitionen. Die Eigenkapitalausstattung der LBBW ist sowohl durch die Kapitalerhöhung und die Wirkung der Risikoabschirmung als auch aufgrund der geplanten Rückführung der gewichteten Risikoaktiva als angemessen zu bezeichnen und bewegt sich auf dem Niveau der deutschen Banken.

Planungsrisiken sieht die LBBW insbesondere für den Fall, dass sich die Finanzmärkte erneut als instabil erweisen sollten und es dadurch unter anderem zu deutlichen Spreadausweitungen im Kreditersatzgeschäft, steigenden Refinanzierungskosten oder zu einem erneut extrem hohen Aufwand für Kreditrisikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft kommt.

In den nachfolgenden Abschnitten wird auf die geplante Entwicklung der **operativen Segmente** in den folgenden Jahren eingegangen.

Im Segment **Corporates** (Firmenkunden) besteht in den nächsten Jahren die Chance, die Hausbankfunktion aufgrund des Rückzugs von Wettbewerbern auszubauen. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Krediten, Investitions- und Exportfinanzierungen mit Mittelstandsgeschäft ab 2010 wieder deutlich ansteigen. Nach dem Einbruch der Exportfinanzierung im Jahr 2009 wird – abhängig von dem Grad der Erholung der Weltwirtschaft – zukünftig wieder mit Wachstum gerechnet. Der Bedarf an Exportabsicherungsgeschäften ist gestiegen. Im Immobiliengeschäft ist mit einer Abschwächung des Wachstumstrends für Wohnhäuser zu rechnen, allerdings nicht mit solch einem drastischen Einbruch wie in den USA und Großbritannien. Die LBBW wird sich im Firmenkundengeschäft zukünftig auf mittelständische Unternehmen in den Kernmärkten der BW-Bank, der Rheinland-Pfalz Bank sowie der Sachsen Bank konzentrieren. Dieses Geschäft wird weiter ausgebaut und somit zu stabilen Erträgen des LBBW-Konzerns führen. Die Betreuung von Großkunden wird zukünftig auf ausgewählte Kunden im deutschsprachigen Raum beschränkt. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft wird zukünftig auf die Kernmärkte Deutschland, die USA und Großbritannien fokussiert und konzentriert sich dabei auf ausgewählte Objektkategorien. Hierfür bietet die LBBW eine breite Palette an Finanzierungen sowie ergänzenden Produkten und Dienstleistungen an.

Im Segment **Retail Clients** (Privatkunden) wird sich voraussichtlich die Abkehr von anleiheorientierten Provisionsprodukten hin zum klassischen Einlagengeschäft weiter fortsetzen. Der Sicherheitsaspekt steht bei den Kunden klar im Vordergrund. Das Wertpapiergeschäft wird erst wieder bei vollständig stabilen Finanzmärkten ansteigen. Im Passivgeschäft ist mit starkem Wettbewerb und folglich auch weiterhin mit Margendruck zu rechnen. Im Stadtgebiet Stuttgart wird die LBBW auch weiterhin unter der Marke BW-Bank die Versorgung der Privatkunden mit Bankprodukten sicherstellen. Im gehobenen Privatkundengeschäft erfolgt die Konzentration auf die Märkte Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

Im Segment **Financial Markets** ist eine Zurückhaltung insbesondere bei komplexen und risikoreichen Strukturen zu beobachten. Bei einer Normalisierung der Volatilität und der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Aktien- und Kreditprodukte wieder attraktiver. Strukturierte Kapitalmarktprodukte mit geringer Komplexität werden wieder Wachstum aufweisen. In Zukunft wird der nicht kundengetriebene Eigenhandel der LBBW weiter zurückgefahren und es erfolgt eine noch stärkere Fokussierung auf das Kundengeschäft. Zum einen werden den Kunden Aktien-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukte angeboten. Zum anderen ermöglicht die LBBW ihren Kernkunden den Zugang zum Kapitalmarkt durch die Platzierung von Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen.

Im Geschäftsfeld **Sparkassen** wird die LBBW auch weiterhin als Sparkassenzentralbank in den Kernmärkten tätig sein. Dabei wird eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im Leistungsverbund angestrebt, der auch durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung geprägt ist. Das Sparkassengeschäft bildet aufgrund der erzielbaren Skaleneffekte bei Dienstleistungen für die Sparkassen einen integralen Bestandteil der Aufgabenteilung in der Sparkassenfinanzgruppe.

Insgesamt sieht sich die LBBW mit den geplanten Anpassungen ihres Geschäftsmodells zukunftssicher aufgestellt. Die Geschäftspolitik wird auch weiterhin am Prinzip der Nachhaltigkeit und des umsichtigen und soliden Wirtschaftens ausgerichtet sein. Auch zukünftig wird die LBBW der gewerblichen Wirtschaft als leistungsfähiger und verlässlicher Partner zur Verfügung stehen. Angesichts der anhaltend hohen Volatilität in den Märkten ist eine seriöse Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2010 derzeit noch nicht möglich.

Jahres-
abschluss.

Gewinn- und Verlustrechnung

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009.

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR
1. Zinserträge aus	30				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		10 114 881			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3 455 551	13 570 432		21 474
2. Zinsaufwendungen			11 562 280		19 568
				2 008 152	1 905
3. Laufende Erträge aus	30				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32 518		50
b) Beteiligungen			28 589		17
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			39 392		31
				100 499	97
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				62 836	798
5. Provisionserträge	30		937 745		763
6. Provisionsaufwendungen			500 526		355
				437 219	407
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	30			313 444	359
8. Sonstige betriebliche Erträge	26, 30			128 310	314
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	19			6 866	73
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		657 667			614
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		205 845			226
			863 512		841
darunter:					
für Altersversorgung		102 486			137
b) andere Verwaltungsaufwendungen			578 503		585
				1 442 015	1 426

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.–31.12.2008 Mio. EUR
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				103 283	105
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	26			140 634	91
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				1 750 850	2 086
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				0	0
				-1 750 850	-2 086
15. Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				0	1 120
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				696 164	581
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0	0
				-696 164	-581
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme				596 479	10
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				0	1
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				-1 672 099	774
21. Außerordentliche Erträge			7		437
22. Außerordentliche Aufwendungen	28		469 746		782
23. Außerordentliches Ergebnis	28			-469 739	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29		39 964		46
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			5 908		5
				45 872	51
26. Erträge aus Verlustübernahme				0	0
27. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				0	284
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn				-2 187 710	94
29. Entnahmen aus Genussrechtskapital	21			201 552	0
30. Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	21			526 658	0
31. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	21			-1 459 500	94

Jahresbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zum 31. Dezember 2009.

Aktiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand				137 574	137
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				1 652 805	3 146
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank		1 646 842			3 135
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0	0
				1 790 379	3 283
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				41 174	36
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			0
b) Wechsel				0	0
darunter:				41 174	36
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			0
3. Forderungen an Kreditinstitute	5,6,8,10,14				
a) täglich fällig				11 322 347	10 895
b) andere Forderungen	6			89 755 611	123 987
				101 077 958	134 882
4. Forderungen an Kunden	5,6,8,10,14			158 133 239	157 918
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert		20 778 863			18 328
Kommunalkredite		34 956 688			34 902
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5,6,7,8,9,11,14				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			1 536 730		222

Aktiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		1 536 729			222
ab) von anderen Emittenten			11 800 902		16 740
darunter:				13 337 632	16 962
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		9 652 856			10 307
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			12 616 252		9 559
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		8 158 637			8 444
bb) von anderen Emittenten			79 642 046		65 008
darunter:				92 258 298	74 567
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		45 047 581			32.287
c) eigene Schuldverschreibungen				13 736 240	16 713
				119 332 170	108 242
Nennbetrag		12 915 102			14 075
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7,8			1 839 552	2 473
7. Beteiligungen	7,11			1 663 103	1 951
darunter:					
an Kreditinstituten		574 542			790
an Finanzdienstleistungsinstituten		25			0
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	7,11			3 885 417	6 316
darunter:					
an Kreditinstituten		684 130			954
an Finanzdienstleistungsinstituten		175 494			188
9. Treuhandvermögen	10			666 164	1 156
darunter: Treuhandkredite		385 457			888
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	11			73 207	75
12. Sachanlagen	11			482 727	511
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				0	0
darunter: eingefordert		0			0
14. Eigene Aktien oder Anteile				0	0
Nennbetrag		0			0
15. Sonstige Vermögensgegenstände	12			5 309 598	7 383
16. Rechnungsabgrenzungsposten	13			1 783 431	1 424
Summe der Aktiva				**396 078 119**	**425 651**

Passiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,6,18				
a) täglich fällig				5 813 506	5 399
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6			126 929 473	137 145
				132 742 979	142 544
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,6,18				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			5 443 180		4 777
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	6		813 004		141
				6 256 184	4 918
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			31 160 188		21 438
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6		77 951 377		85 010
				109 111 565	106 448
				115 367 749	111 366
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	5,6,18				
a) begebene Schuldverschreibungen				109 129 590	125 394
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				7 108 630	16 879
darunter:				116 238 220	142 273
Geldmarktpapiere		7 108 630			16 879
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			0
4. Treuhandverbindlichkeiten	10			666 164	1 156
darunter: Treuhandkredite		385 457			888
5. Sonstige Verbindlichkeiten	16			5 075 424	4 409
6. Rechnungsabgrenzungsposten	13			1 180 363	1 141

Passiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2008 Mio. EUR
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1 111 290	1 109
b) Steuerrückstellungen				265 103	315
c) andere Rückstellungen	17			1 000 442	611
				2 376 835	2 035
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	19			0	7
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5,20			5 308 028	5 637
10. Genussrechtskapital				1 577 471	2 463
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		527 410			666
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				480 000	480
12. Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			2 583 500		1 420
ab) stille Einlagen			4 121 948		4 652
				6 705 448	6 072
b) Kapitalrücklage				6 910 121	3 074
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklagen			0		0
cb) andere Gewinnrücklagen			2 908 817		2 900
				2 908 817	2 900
d) Bilanzgewinn				-1 459 500	94
				15 064 886	12 140
Summe der Passiva				**396 078 119**	**425 651**
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				907	1
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	18,22,23,24			37 116 849	44 208
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				0	
				37 117 756	44 209
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen				0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	22			27 654 551	33 648
				27 654 551	33 648

Anhang

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zum 31. Dezember 2009.

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2009 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Am 26. März 2009 wurde vom Deutschen Bundestag das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) beschlossen. Der überwiegende Teil der neuen Vorschriften findet erstmals auf Geschäftsjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember 2009 beginnen, und wird von der LBBW erst ab diesem Zeitpunkt angewendet. Folgende Angaben sind jedoch bereits zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 für die LBBW verpflichtend anzuwenden:

- Angaben zu außerbilanziellen Geschäften, siehe Textziffer 32
- Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen, siehe Textziffer 33

Der testierte Einzelabschluss 2009 der LBBW sowie die gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann dort eingesehen werden.

2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im Bestand befindliche Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert, gegebenenfalls unter Absetzung der darauf entfallenden Wertberichtigungen.

Für bedeutsame bzw. signifikante Kredite (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer größer als 1 Mio. EUR), für die objektive Hinweise auf Wertminderungen identifiziert wurden, ist eine individuelle Einzelrisikovorsorge vorgenommen worden. Die Höhe bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Barwert der künftigen Zahlungseingänge auf diese Forderung – unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Bei nicht signifikanten Krediten (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer kleiner als 1 Mio. EUR) tragen wir dem Grundsatz der Einzelbewertung insoweit Rechnung, als wir Zusammenfassungen zu homogenen Portfolios vornehmen. Hier erfolgt der Ansatz einer pauschalierten Wertberichtigung für Einzelrisiken durch Verwendung einer statistisch ermittelten oder geschätzten Ausfallhöhe, die auf das Exposure im Zeitpunkt des Ausfalls bezogen wird. Das Länderrisiko in Form von Transfer- bzw. Konvertierungsrisiken wird ebenfalls im Rahmen der Ermittlung von Einzelwertberichtigungen bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen werden für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht identifizierte Verluste des Kreditportfolios gebildet. Deren Höhe basiert auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des

nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios sowie des durchschnittlich zugrunde zu legenden Entdeckungszeitraums. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen folgt damit im Wesentlichen nach den Methoden der International Financial Reporting Standards (IFRS).

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve/Handelsbestand sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; marktinduzierte Wertminderungen in Folge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten oder bei andauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten.

Für wertberichtigte Verbriefungen sowie für synthetische CDOs wurde der beizulegende Wert am Bilanzstichtag mit Hilfe eines Discounted Cashflow-Verfahrens ermittelt, weil aufgrund illiquider Märkte keine Börsen- oder Marktpreise vorhanden waren.

Für bestimmte Wertpapiere, bei denen der beizulegende Wert am Bilanzstichtag nicht ausschließlich auf beobachtbaren Marktpreisen bzw. am Markt beobachtbaren Bewertungsparametern basiert (synthetische CDO, Cash-CDO), wurden Bewertungsanpassungen zur Berücksichtigung der Unsicherheit bei der bilanziellen Bewertung vorgenommen.

Die Forderungen an Kunden enthalten Forderungen gegenüber der LBBW Luxemburg S.A. und verschiedenen Zweckgesellschaften in Höhe von nominal 11,4 Mrd. EUR, welche neben einem Verbriefungsportfolio der Bank in Höhe von nominal 3,9 Mrd. EUR im Rahmen einer Garantiestruktur mit einer Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 6,7 Mrd. EUR (Höchstbetragsgarantie) abgesichert wurde. Da die Höchstbetragsgarantie auf die Wiederherstellung der Werthaltigkeit der gesicherten Vermögenswerte gerichtet ist, wird die Garantie direkt bei der Bewertung der Forderungen bzw. Wertpapiere berücksichtigt. Damit sind Wertberichtigungen auf Wertpapiere und auf Forderungen an die LBBW Luxemburg und Zweckgesellschaften, die den First Loss der Bank in Höhe von 1,9 Mrd. EUR übersteigen, nicht zu bilden. Den erwarteten Ausfallrisiken zum 31. Dezember 2009 auf die garantierten Referenzvermögenswerte in Höhe des First Loss von 1,9 Mrd. EUR wurde durch Bildung von Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen.

Verkaufsgewinne bzw. -verluste aus Beteiligungstransaktionen werden auf Grundlage des § 340c Abs. 2 Satz 2 HGB im sonstigen betrieblichen Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Unseren wesentlichen Anteilsbesitz sowie die darüber hinausgehenden Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB haben wir in der Anteilsbesitzliste nach § 287 und § 313 Abs. 4 HGB dargestellt.

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 6a EStG und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005, bewertet.
Für Pensionszusagen erfolgt die Passivierung grundsätzlich unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

3. Derivate

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 18 HGB i. V. m. § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW RS HFA 22 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.
Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (sogenannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt.
Bezüglich der Buchwerte von Optionen in Form von Optionsprämien wird auf die Angaben unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Interne derivative Finanzinstrumente sind in der tabellarischen Darstellung ebenfalls nicht enthalten.

Derivative Geschäfte – Produktgliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2009	Nominalwerte 31.12.2008	Positiver Marktwert[1] 31.12.2009	Negativer Marktwert[1] 31.12.2009
Zinsswaps	1 346 819,6	1 144 149,1	30 388,3	28 985,2
FRAs	148 755,9	50 068,5	75,7	63,3
Zinsoptionen				
Käufe	30 796,6	29 831,4	1 116,6	4,7
Verkäufe	50 601,7	46 608,3	0,0	1 987,0
Caps, Floors, Collars	50 342,2	46 199,9	551,4	306,6
Börsenkontrakte	326 532,0	116 471,8	34,2	25,7
Sonstige Zinstermingeschäfte	6 448,8	851,1	46,9	85,3
Zinsrisiken – insgesamt	**1 960 296,8**	**1 434 180,1**	**32 213,1**	**31 457,8**
Devisentermingeschäfte	157 263,1	140 191,8	2 286,1	2 267,7
Zins-/Währungsswaps	31 771,5	29 502,8	1 736,8	1 998,9
Devisenoptionen				
Käufe	5 492,6	5 678,9	125,4	0,0
Verkäufe	5 419,1	5 246,7	0,0	102,4
Währungsrisiken – insgesamt	**199 946,3**	**180 620,2**	**4 148,3**	**4 369,0**
Börsenkontrakte	8 398,0	5 711,1	538,0	670,8
Aktien-Termingeschäfte	19,2	125,9	0,3	1,0
Aktienoptionen				
Käufe	3 598,2	5 306,7	869,9	0,0
Verkäufe	4 417,5	5 662,8	0,0	946,1
Commodities	702,6	796,9	56,9	47,6
Aktien und sonstige Preisrisiken – insgesamt	**17 135,5**	**17 603,4**	**1 465,1**	**1 665,5**
Kreditderivate – Sicherungsgeber	54 306,9	59 492,0	564,2	1 171,7
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	33 925,8	38 691,5	518,5	639,5
Kreditderivate	**88 232,7**	**98 183,5**	**1 082,7**	**1 811,2**
Risiken – insgesamt	**2 265 611,3**	**1 730 587,2**	**38 909,2**	**39 303,5**

[1] inklusive Zinsabgrenzung (»Dirty Price«)

davon:

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte.

Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2009	Nominalwerte 31.12.2008	Positiver Marktwert[1] 31.12.2009	Negativer Marktwert[1] 31.12.2009
Zinsrisiken	1 837 784,8	1 297 280,3	27 690,3	26 398,8
Währungsrisiken	186 071,9	158 888,8	3 026,6	2 992,1
Aktien-/ sonstige Preisrisiken	16 877,5	17 211,1	1 465,1	1 659,8
Kreditderivate	54 553,7	55 985,6	883,1	889,0
Handelsgeschäfte – insgesamt	**2 095 287,9**	**1 529 365,8**	**33 065,1**	**31 939,7**

Derivative Geschäfte – Fristengliederung (nach Restlaufzeiten).

Nominalwerte Mio. EUR	bis 3 Monate	über 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Zinsrisiken					
31.12.2009	247 909,8	627 503,5	639 789,0	445 094,5	1 960 296,8
31.12.2008	245 699,4	344 257,5	459 326,7	384 896,6	1 434 180,1
Währungsrisiken					
31.12.2009	117 833,9	48 383,3	24 426,6	9 302,5	199 946,3
31.12.2008	93 349,1	53 475,6	25 412,7	8 382,9	180 620,2
Aktien- und sonstige Preisrisiken					
31.12.2009	2 939,4	4 763,2	6 730,5	2 702,4	17 135,5
31.12.2008	3 627,8	5 008,3	2 700,0	6 267,3	17 603,4
Kreditderivate					
31.12.2009	1 995,5	6 505,5	59 723,0	20 008,7	88 232,7
31.12.2008	2 634,9	4 986,5	67 570,9	22 991,2	98 183,5
Risiken – insgesamt					
31.12.2009	**370 678,6**	**687 155,5**	**730 699,1**	**477 108,1**	**2 265 611,3**
31.12.2008	**345 311,1**	**407 727,9**	**555 010,3**	**422 537,9**	**1 730 587,2**

[1] inklusive Zinsabgrenzung (»Dirty Price«)

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2009	Nominalwerte 31.12.2008	Positiver Marktwert[1] 31.12.2009	Negativer Marktwert[1] 31.12.2009
Banken in der OECD	1 725 665,7	1 420 828,9	32 862,8	33 855,2
Banken außerhalb der OECD	17 552,2	17 455,3	195,4	168,7
Öffentliche Stellen in der OECD	32 867,8	32 459,5	1 066,0	964,7
Sonstige Kontrahenten	489 525,6	259 843,5	4 785,0	4 314,9
Kontrahenten – insgesamt	**2 265 611,3**	**1 730 587,2**	**38 909,2**	**39 303,5**

Die Marktwerte der Derivate sind nicht gleichzusetzen mit den Marktpreisrisiken der Bank, die aus der Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen oder Bonitätsveränderungen resultieren, da die Steuerung der Risikoarten sowohl durch bilanzwirksame als auch durch derivative Geschäfte erfolgt. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

Bei den Marktwerten handelt es sich um die zum Bilanzstichtag ermittelten Wertansätze, zu denen eine Auflösung, Abtretung oder ein Gegengeschäft möglich wäre.

Die negativen Marktwerte stellen dabei den Betrag dar, der bei einer potenziellen Auflösung der derivativen Finanzinstrumente ungeachtet des Einsatzzwecks zum Bilanzstichtag aufzuwenden wäre.

Die positiven Marktwerte beinhalten den Betrag, der bei einer potenziellen Auflösung zum Bilanzstichtag zufließen würde. Ein positiver Marktwert gibt – mit Ausnahme der Börsenkontrakte und der verkauften Optionen, die kein Adressenausfallrisiko aufweisen – gleichzeitig das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko aus derivativen Finanzinstrumenten wieder, das am Bilanzstichtag bestanden hat. Ausfallrisikomindernde Netting- und Collateral-Vereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt, da sie produktübergreifend wirken.

Bewertung der derivativen Finanzinstrumente.
Der Marktwert (Fair Value) von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Zeitwertanalysen, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf anerkannten finanzmathematischen Preisbildungsmodellen.

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zinsswaps	Barwertmethode, Zinsstrukturmodelle
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield), Zinsstrukturmodelle
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, numerische Verfahren
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell

Diese Modelle berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair-Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Bilanzielle Erfassung der Bewertungsergebnisse.
Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

Mikro- und Makro-Hedges (ohne Kreditderivate).
Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit derivativen Finanzinstrumenten zum Zweck der Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft.

Bei Makro-Hedges werden Derivate im Rahmen des globalen Asset-/Liability-Managements zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

[1] inklusive Zinsabgrenzung (»Dirty Price«)

Bei Mikro- und Makro-Hedges erfolgt in zweckadäquater Anwendung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB (insbesondere Imparitätsprinzip und Einzelbewertungsgrundsatz) und unter Beachtung der Stellungnahmen des BFA 2/1993 und 2/1995 eine kompensatorische Bewertung des abgesicherten Risikos.

Bei Mikro-Hedges wird diese Wertkompensation dadurch erreicht, dass Grund- und Sicherungsgeschäfte am Bilanzstichtag als Bewertungseinheit behandelt werden. Die aus Sicherungsgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge fließen in die korrespondierende Ergebnisposition des Ergebnisses aus dem Grundgeschäft ein und vermitteln somit ein betriebswirtschaftlich zutreffendes Bild.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zum Zwecke des Makro-Hedging eingesetzt werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt, da die Wertkompensation aus der globalen Asset-/Liability-Struktur der LBBW resultiert.

Trading-Geschäfte.

Die Trading-Geschäfte unterliegen der Steuerung durch die Handelsbereiche innerhalb der vorgegebenen Risikolimite.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise anhand von mittels Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Zusammenfassung der so ermittelten Einzelwerte erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung auf Portfolioebene. Die Bewertung erfolgt anhand der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis dieser Portfolios um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung dem Vorsichtsprinzip folgend etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung getragen wird. Zur bilanziellen Abbildung der risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode wird ein bilanzieller Ausgleichsposten gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Kreditderivate non trading.

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit-Default-Swap-Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend dem Einsatzzweck differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit Kreditderivaten zum Zweck der Absicherung von Bonitätsrisiken verknüpft. Die bilanziellen Geschäfte und die Kreditderivate werden als Bewertungseinheit behandelt.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht marktbewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsgewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf denselben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz.

4. Währungsumrechnung.

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 53,0 Mrd. EUR (2008: 73,6 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 34,5 Mrd. EUR (2008: 58,6 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 340h Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Stellungnahme BFA 3/1995. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Kassamittelkurs vom 30. Dezember 2009 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Kassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten/sonstigen Vermögensgegenständen (abhängig vom Saldo) ausgewiesen ist. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt.
Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte/Währungsswaps/Zinswährungsswaps), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen, gemäß der oben beschriebenen risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz.

5. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Folgende Bilanzposten enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. Forderungen an Kreditinstitute	**101 078,0**	**134 881,9**
darunter an verbundene Unternehmen	2 037,5	2 958,6
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	39 497,7	43 178,8
davon an baden-württembergische Sparkassen	39 260,8	42 883,4
A4. Forderungen an Kunden	**158 133,2**	**157 918,1**
darunter an verbundene Unternehmen	17 485,6	16 256,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	597,4	471,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**119 332,2**	**108 242,1**
darunter an verbundene Unternehmen	7 793,2	3 698,9
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 630,7	5 056,6
P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**132 743,0**	**142 543,8**
darunter an verbundene Unternehmen	1 072,2	508,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19 692,2	24 258,9
davon an baden-württembergische Sparkassen	19 384,5	23 894,0
P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**115 367,7**	**111 366,2**
darunter an verbundene Unternehmen	6 791,3	8 843,8
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	169,0	174,9
P9. Nachrangige Verbindlichkeiten	**5 308,0**	**5 637,2**
darunter an verbundene Unternehmen	520,2	388,9
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55,3	0,0

Da die Bilanzposten »Verbriefte Verbindlichkeiten« (Passivposten Nr. 3) im Wesentlichen Inhaberschuldverschreibungen enthält, deren jeweilige Besitzer am Bilanzstichtag der LBBW als Emittent nicht bekannt sind, wird auf die Angabe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verzichtet.

6. Fristengliederung der Bilanzposten.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteiligen Zinsen) betragen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. b): Andere Forderungen an Kreditinstitute	**89 755,6**	**123 986,7**
bis 3 Monate	21 618,4	37 981,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	14 906,7	24 671,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	33 613,5	36 437,1
mehr als 5 Jahre	19 617,0	24 896,1
A4. Forderungen an Kunden	**158 133,2**	**157 918,1**
bis 3 Monate	36 002,1	34 792,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13 730,9	14 869,3
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	39 995,4	37 879,6
mehr als 5 Jahre	62 772,6	64 585,4
mit unbestimmter Laufzeit	5 632,2	5 791,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**119 332,2**	**108 242,1**
davon im Folgejahr fällig	34 907,4	37 889,7
P1. b): Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	**126 929,5**	**137 145,1**
bis 3 Monate	57 053,1	61 519,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	22 187,3	24 320,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	16 163,1	17 850,3
mehr als 5 Jahre	31 526,0	33 454,1
P2. a) ab): Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	**813,0**	**140,8**
bis 3 Monate	7,3	22,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	106,9	20,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	675,6	68,5
mehr als 5 Jahre	23,2	28,7
P2. b) bb): Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	**77 951,4**	**85 010,0**
bis 3 Monate	23 583,0	35 545,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5 992,7	10 914,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30 265,9	18 286,1
mehr als 5 Jahre	18 109,8	20 263,7
P3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	**109 129,6**	**125 394,2**
davon im Folgejahr fällig	23 215,3	29 398,0
b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten	**7 108,6**	**16 878,7**
bis 3 Monate	6 103,1	6 147,3
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1 005,5	10 731,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

7. Wertpapiere und Beteiligungen.

Die unten stehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere sowie nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzte Beteiligungen und verbundene Unternehmen:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähig	119 348,9	79 227,8
davon börsennotiert	104 095,3	67 080,6
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	38 509,2	33 146,9
Zeitwert	37 547,1	30 276,8
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähig	1 839,6	1 272,7
davon börsennotiert	1 152,0	1 090,6
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	128,6	390,4
Zeitwert	0,4	27,5
A7. Beteiligungen		
börsenfähig	583,7	836,9
davon börsennotiert	493,1	711,1
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	16,7	604,9
Zeitwert	14,4	539,8
A8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
börsenfähig	392,7	665,3
davon börsennotiert	0,0	0,0
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	0,0	19,5
Zeitwert	0,0	17,6

Die Zeitwerte der Wertpapiere, bei denen eine Abschreibung aufgrund nicht dauerhafter Wertminderung unterlassen wurde, enthalten die kompensatorische Bewertung durch Sicherungsderivate. Ohne Berücksichtigung der Sicherungsderivate bei Mikro-Hedges bestehen über die dargestellten Differenzen zwischen Buchwert und Zeitwert hinaus noch weitere stille Lasten von 693,7 Mio. EUR.

Der Ansatz von Wertpapieren des Anlagevermögens, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert. Die Werthaltigkeit der Wertpapiere des Anlagevermögens, der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wird zum Stichtag auf Basis öffentlich notierter Börsenpreise bzw. gemäß IDW S1 i. V. m. IDW RS HFA 10 anerkannten Bewertungsverfahren (Ertragswert bzw. Discounted-Cashflow-Methode) ermittelt.

Bei voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen wird das Wahlrecht des § 253 Abs. 2 S. 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB derart ausgeübt, dass keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden (gemildertes Niederstwertprinzip). Die Wertminderung wird als nicht dauerhaft eingeschätzt, sofern die zukünftig erwarteten Einzahlungsüberschüsse der Gesellschaften dies zulassen.

Bei Wertpapierleihegeschäften wird davon ausgegangen, dass das wirtschaftliche Eigentum nicht auf den Entleiher übergeht. Daher werden verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend bilanziert (analoge Anwendung der entsprechenden Regelungen für echte Pensionsgeschäfte in § 340b Abs. 4 Satz 1 HGB).

Die Bank hat auf die Bildung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere in Höhe von 20,2 Mio. EUR aufgrund der bestehenden Garantievereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg verzichtet.

8. Nachrangige Vermögensgegenstände.

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in nachstehender Höhe in den folgenden Aktivposten enthalten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
A3. Forderungen an Kreditinstitute	473,7	263,4
A4. Forderungen an Kunden	1 354,1	427,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 159,8	1 588,1
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	22,1	22,2

9. Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte.

Zum Bilanzstichtag waren Schuldverschreibungen zur Nutzung im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 31 709,4 Mio. EUR (2008: 31 347,4 Mio. EUR) verpfändet, wovon 4 120,0 Mio. EUR (2008: 555,3 Mio. EUR) beansprucht waren.
Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 20 583,4 Mio. EUR (2008: 29 119,8 Mio. EUR).

10. Treuhandgeschäfte.

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Treuhandvermögen	**666,2**	**1 156,2**
Forderungen an Kreditinstitute	203,9	6,2
Forderungen an Kunden	181,5	881,9
Festverzinsliche Wertpapiere	5,7	4,5
Beteiligungen	126,4	126,4
Sachanlagen	47,1	54,7
Sonstige Posten	101,6	82,5
Treuhandverbindlichkeiten	**666,2**	**1 156,2**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	465,0	150,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	201,2	1 006,2
Sonstige	0,0	0,0

11. Anlagevermögen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem folgenden Anlagespiegel zu entnehmen:

Mio. EUR	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Umgliederungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr	Zinsabgrenzung	Buchwert 31.12.2009	Buchwert 31.12.2008
Beteiligungen	1 968,5	18,5	42,3	0,0	0,2	281,8	270,7	–	1 663,1	1 951,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	6 691,7	141,0	2 213,8	–4,3	3,7	732,9	357,3	–	3 885,4	6 316,1
Wertpapiere des Anlagevermögens	40 422,4	19 389,8	5 815,1	23 931,7	234,2	780,2	265,6	571,9	77 954,7	40 364,0
Immaterielle Anlagewerte	510,1	44,0	126,9	–2,7	0,0	351,3	155,7	–	73,2	75,0
Grundstücke und Bauten	575,2	10,0	50,1	–1,3	0,0	275,9	49,5	–	257,9	282,1
davon: Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	403,5	9,8	47,5	–1,4	0,0	185,0	44,7	–	179,4	195,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	621,7	47,0	45,3	4,9	0,0	403,5	90,3	–	224,8	228,6
Summe Anlagevermögen									**84 059,1**	**49 217,1**

12. Sonstige Vermögensgegenstände.

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung ausgewiesen: Optionsprämien von 2 526,1 Mio. EUR (2008: 2 161,9 Mio. EUR), Ausgleichsposten aus der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung von 1 431,3 Mio. EUR (2008: 2 275,2 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche von 670,1 Mio. EUR (2008: 790,6 Mio. EUR).

Die Steuererstattungsansprüche umfassen Ansprüche aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag der vergangenen Geschäftsjahre in Höhe von 360,7 Mio. EUR, aus Umkehreffekten der Betriebsprüfung in Höhe von 128,2 Mio. EUR und Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Jahr 2009 in Höhe von 72,8 Mio. EUR. Den Erstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 265,1 Mio. EUR (2008: 315,3 Mio. EUR) gegenüber.

13. Rechnungsabgrenzungsposten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	**1 783,4**	**1 424,0**
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	699,3	895,3
Agio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB	164,3	145,9
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	**1 180,4**	**1 141,0**
Disagio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB	289,1	268,2

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 343,9 Mio. EUR (2008: 132,3 Mio. EUR) und auf der Passivseite 85,5 Mio. EUR (2008: 245,4 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

14. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft.

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Emittierte Hypothekenpfandbriefe nach ÖPG und PfandBG	6 518,5	6 238,0
Zur Deckung bestimmte Aktiva	12 611,6	11 770,7
A3. Forderungen an Kreditinstitute	300,0	344,5
A4. Forderungen an Kunden	12 186,2	11 426,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	125,4	0,0
Überdeckung	**6 093,1**	**5 532,7**
Emittierte öffentliche Pfandbriefe nach PfandBG	59 200,1	72 132,0
Zur Deckung bestimmte Aktiva	72 706,1	87 685,2
A3. Forderungen an Kreditinstitute	35 433,3	47 398,4
A4. Forderungen an Kunden	22 301,3	24 127,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14 971,5	16 159,6
Überdeckung	**13 506,0**	**15 553,2**

15. Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe		
Nennwert	72 706	87 685
Barwert	76 690	92 074
Barwert (+ 250 BP)	71 944	86 251
Barwert (– 250 BP)	81 713	98 708
Umlauf an öffentlichen Pfandbriefen		
Nennwert	59 200	72 132
Barwert	63 246	76 056
Barwert (+ 250 BP)	59 322	71 205
Barwert (– 250 BP)	67 325	81 441
Überdeckung		
Nennwert	13 506	15 553
Barwert	13 444	16 018
Barwert (+ 250 BP)	12 622	15 046
Barwert (– 250 BP)	14 388	17 267
Weitere Deckungswerte	15	15
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe

	31.12.2009							
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	**Gesamt**
Deckungsmasse	13 200	12 735	7 975	9 132	7 841	16 555	5 268	**72 706**
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	11 420	11 690	10 561	9 334	4 479	9 736	1 980	**59 200**

	31.12.2008				
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	18 541	40 124	23 400	5 620	87 685
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	18 012	40 731	11 428	1 961	72 132

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

	31.12.2009				
Mio. EUR	Staat	Regionale Gebiets-körperschaft	Örtliche Gebiets-körperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	1 134	10 574	6 428	50 606	68 742
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	48	0	0	0	48
Frankreich inkl. Monaco	50	2	8	0	60
Griechenland	823	0	0	0	823
Großbritannien	73	0	0	0	73
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	669	141	22		832
Japan	300	0	0	0	300
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Polen	27	0	0	0	27
Kanada	0	71	0	0	71
Niederlande	0	0	0		0
Österreich	14	0	12	0	43
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	843	0	0	843
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	229	42	0	271
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	48	0	0	0	48
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	188	120	0	20	328
Zypern	10	0	0	0	10
Gesamt	**3 579**	**11 980**	**6 512**	**50 635**	**72 706**

			31.12.2008		
Mio. EUR	Staat	Regionale Gebiets-körperschaft	Örtliche Gebiets-körperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	1 399	11 682	6 959	62 415	82 455
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	50	0	0	0	50
Frankreich inkl. Monaco	50	3	11	0	64
Griechenland	1 027	0	0	0	1 027
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	685	147	22	600	1 454
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	73	0	0	73
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Niederlande	0	0	0	200	200
Österreich	21	10	12	0	43
Polen	22	0	0	0	22
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	1 217	0	0	1 217
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	10	0	0	0	10
Spanien	0	389	48	0	437
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	57	0	0	0	57
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	22	0	40	62
Zypern	10	0	0	0	10
Gesamt	**3 826**	**13 543**	**7 052**	**63 264**	**87 685**

e) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

	31.12.2009				
Mio. EUR	Staat	Regionale Gebietskörperschaft	Örtliche Gebietskörperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Lettland	0	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Slowakei	0	0	0	0	0
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Mio. EUR	Staat	Regionale Gebiets-körperschaft	31.12.2008 Örtliche Gebiets-körperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Lettland	0	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Slowakei	0	0	0	0	0
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

B) Transparenzvorschriften für Hypothekenpfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

Mio EUR	31.12.2009	31.12.2008
a) Deckungsmasse für Hypothekenpfandbriefe		
Nennwert	8195	6042
Barwert	8787	6460
Barwert (+250 BP und Währungsstress)	7992	5824
Barwert (-250 BP)	9682	7235
Umlauf an Hypothekenpfandbriefen		
Nennwert	4162	2829
Barwert	4367	2978
Barwert (+250 BP und Währungsstress)	4065	2832
Barwert (-250 BP)	4699	3151
Überdeckung		
Nennwert	4033	3213
Barwert	4420	3482
Barwert (+250 BP und Währungsstress)	3927	2992
Barwert (-250 BP)	4983	4084
Weitere Deckungswerte	150	0
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der Hypothekenpfandbriefe nach PfandBG

	31.12.2009							
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	**Gesamt**
Deckungsmasse	1180	594	1012	860	657	3255	637	**8195**
Umlaufende Hypothekenpfandbriefe	926	632	696	379	295	1223	11	**4162**

	31.12.2008				
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	789	2233	2492	528	6042
Umlaufende Hypothekenpfandbriefe	760	1625	439	5	2829

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen Deckungsmassen

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
bis 300 Tsd. EUR	3178	2357
über 300 Tsd. EUR bis 5 Mio. EUR	2280	1869
über 5 Mio. EUR	2737	1816
Gesamt	**8195**	**6042**

e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land

	31.12.2009						
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	USA	Großbritannien/ Nordirland/ Britische Kanalinseln	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	1	0	0	0	0	0	1
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungen	1 080	0	0	0	0	0	1 080
Einfamilienhäuser	1 453	0	0	0	0	0	1 453
Mehrfamilienhäuser	2 155	0	0	0	0	0	2 155
Bürogebäude	908	30	40	4	156	0	1 138
Handelsgebäude	602	0	14	0	0	0	616
Industriegebäude	62	0	0	0	0	0	62
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1 256	0	0	0	0	17	1 273
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	135	0	0	0	0	0	135
Bauplätze	15	0	0	0	0	0	15
Sonstige Deckung	267	0	0	0	0	0	267
Gesamt	**7 934**	**30**	**54**	**4**	**156**	**17**	**8 195**

	31.12.2008				
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0
Wohnungen	800	0	0	0	800
Einfamilienhäuser	1 076	0	0	0	1 076
Mehrfamilienhäuser	1 897	0	0	0	1 897
Bürogebäude	630	30	0	6	666
Handelsgebäude	458	0	0	0	458
Industriegebäude	28	0	0	0	28
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	874	0	0	0	874
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	142	0	0	0	142
Bauplätze	21	0	0	0	21
Sonstige Deckung	80	0	0	0	80
Gesamt	**6 006**	**30**	**0**	**6**	**6 042**

f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land

Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Gesamt
31.12.2009	0	0	0	0
31.12.2008	0	0	0	0

g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

	31.12.2009	
Anzahl	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	**0**	**0**

	31.12.2008	
Anzahl	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	**0**	**0**

h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

	Gesamt	
Anzahl	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2009 – 31.12.2009	0	0
01.01.2008 – 31.12.2008	0	0

i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Mio. EUR	Gesamt	
Anzahl	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2009 – 31.12.2009	0	0
01.01.2008 – 31.12.2008	0	0

16. Sonstige Verbindlichkeiten.

Zu den wichtigsten Einzelposten der Sonstigen Verbindlichkeiten zählen Optionsprämien über 3 400,0 Mio. EUR (2008: 3 514,4 Mio. EUR), Währungsausgleichsposten für das Devisengeschäft über 650,5 Mio. EUR (2008: – 231,4 EUR) sowie Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 601,7 Mio. EUR (2008: 72,8 Mio. EUR).

17. Andere Rückstellungen.

In den anderen Rückstellungen i. H. v. 1 000,4 Mio. EUR (2008: 610,7 Mio. EUR) sind Restrukturierungsrückstellungen i. H. v. 414,3 Mio. EUR (2008: 46,6 Mio. EUR) enthalten, die sich aus 260,1 Mio. EUR Restrukturierung Personal und 154,2 Mio. EUR Restrukturierung Sachkosten zusammensetzen. Des Weiteren beinhaltet der Bilanzposten Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft i. H. v. 226,7 Mio. EUR (2008: 222,4 Mio. EUR) sowie Rückstellungen aus der Bewertung von Finanzgeschäften i. H. v. 152,9 Mio. EUR (2008: 177,5 Mio. EUR).

18. Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände.

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45 023,9	63 321,1
Eventualverbindlichkeiten	105,0	140,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	17,0	67,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	10,0	13,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4,2	365,7
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	**45 160,1**	**63 907,3**

19. Sonderposten mit Rücklageanteil.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde der Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB, analog den Vorschriften des § 6b EStG) in Höhe von 6,9 Mio. EUR vollständig ertragswirksam aufgelöst. Er resultierte aus der Migration der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz, und wurde im Geschäftsjahr 2009 auf die betreffenden Anlagegüter übertragen.

20. Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 5 308,0 Mio. EUR entsprechen nach Abzug der Drittrangmittel (167,6 Mio. EUR), der anteiligen Zinsen (85,0 Mio. EUR), des ursprünglichen Disagios (13,3 Mio. EUR), dreier aufsichtsrechtlich nicht anerkennungsfähiger Emissionen (0,6 Mio. EUR), der Zuschreibungen von Zerobonds in den letzten fünf Jahren vor Fälligkeit (62,2 Mio. EUR) und weiterer Korrekturen (6,8 Mio. EUR) den Anforderungen des § 10 Abs. 5a S. 5 KWG (4 972,5 Mio. EUR). Davon werden 185,8 Mio. EUR (Buchwert bzw. bei Zerobonds Ausgabebetrag zuzüglich Zuschreibungen bis fünf Jahre vor Fälligkeit; Vorjahr 284,8 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (74,3 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a Satz 2 KWG unterschritten ist bzw. ein Kündigungsrecht besteht (Nichtanrechnung i. H. v. 111,5 Mio. EUR).
Von den bei der BW Bank Capital Funding LLC I und II aufgenommenen Nachrangdarlehen i. H. v. insgesamt 100,0 Mio. EUR werden von der Bank im Hinblick auf einen eventuell durchzuführenden Rückkauf 30,0 Mio. EUR nicht mehr dem Ergänzungskapital zugerechnet.

Insgesamt ist von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009 ein Volumen von 4 831,0 Mio EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zuzurechnen. Davon ist zum Meldestichtag 31. Dezember 2009 die Marktpflegeposition in Höhe von 3,6 Mio. EUR abzuziehen, sodass sich ein Anrechnungsbetrag von 4 827,4 Mio. EUR ergibt.
Die Korrekturen von 6,8 Mio. EUR resultieren aus der Verwendung unterschiedlicher Umrechnungskurse im Meldewesen (EZB-Referenzkurs) und Rechnungswesen (EuroFX-Kurs) zum Bilanzstichtag sowie der eingeschränkten Zurechenbarkeit der Aufzinsung von nachrangigen Zero-Schuldscheindarlehen zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a Satz 1 Nr. 2 KWG.
Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von 228,8 Mio. EUR (Vorjahr 272,4 Mio. EUR) entstanden.

21. Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

Mio. EUR	31.12.2009
Eigenkapital am 31. Dezember 2008	12 140,1
./. Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2008	85,2
+ Kapitalerhöhung	5 000,0
./. Kursbedingte Veränderungen der Stillen Einlagen	3,8
./. Verlustzuweisung Stille Einlagen	526,7
./. Bilanzverlust 2009	1 459,5
Eigenkapital am 31. Dezember 2009	15 064,9

Aufgrund der geänderten Marktanforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten und zur Stärkung vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurde im Geschäftsjahr 2009 eine Eigenkapitalerhöhung von 5 000 Mio. EUR durchgeführt. Die Investoren stiller Einlagen und von Genussrechten partizipieren am Jahresfehlbetrag im Verhältnis der stillen Einlagen/Genussrechte zum haftenden Eigenkapital. Diese partizipieren am Verlust gleichrangig und anteilig neben dem übrigen haftenden Eigenkapital der Bank. Der Umfang der Verlustteilnahme ergibt sich nach den Verträgen über die stillen Gesellschaften und Genussrechtsbedingungen aus dem Anteil des Volumens der stillen Einlage bzw. des Genussrechtskapitals am Gesamtvolumen des aufsichtsrechtlichen haftenden Eigenkapitals. Außerdem erhalten die Inhaber der stillen Einlagen und der Genussrechte für diejenigen Geschäftsjahre keine laufende Vergütung, in denen die Zahlung einer Vergütung zu einem Jahresfehlbetrag oder einem Bilanzverlust führen oder diesen erhöhen würde. Überwiegend ist eine Nachzahlung der aufgeschobenen Vergütungen in den Folgejahren vorgesehen, soweit nicht dadurch ein Jahresfehlbetrag oder ein Bilanzverlust entsteht.
Der Rückzahlungsanspruch erhöht sich wieder durch zukünftige Jahresüberschüsse, es sei denn in den Verträgen wird dies auf die Fälligkeit der Einlage begrenzt.

22. Posten unter dem Strich.

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 22 945,3 Mio. EUR (2008: 29 393,3 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantieähnlichem Charakter bereitstellt. Die Credit Default Swaps betreffen 788 Einzelgeschäfte (Vorjahr 947). Das Volumen entfällt auf die Hauptanstalt mit 6 212,6 Mio. EUR (Vorjahr 10 461,3 Mio. EUR) sowie die Niederlassungen in London (14 569,4 Mio. EUR), Singapur (816,1 Mio. EUR) und New York (1 347,2 Mio. EUR).
Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (3) Derivate dargestellt.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Termingeschäften bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 1 429,3 Mio. EUR (2008: 1 853,1 Mio. EUR). Darin enthalten sind Geschäfte mit Schuldscheindarlehen (587,5 Mio. EUR), Termingelder (233,0 Mio. EUR), festverzinsliche Wertpapiere (550,4 Mio. EUR) sowie Wertpapierpensionsgeschäfte (58,4 Mio. EUR).

23. Patronatserklärung.

Die LBBW trägt, für die Dauer der Beteiligung und abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

24. Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz, ehemalige SLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Sealink Struktur (Nachfolgegesellschaft von Ormond Quay und Castle Views) einschließlich einer oder mehrerer Castle View-Vehikel besteht und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 06. Mai 2004 in der Fassung vom 07. Juli 2005 zwischen der SachsenLB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden.

25. Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 905,8 Mio. EUR (2008: 915,9 Mio. EUR); davon entfallen 114,8 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 75,8 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 649,0 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 41,3 Mio. EUR (2008: 56,1 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Bedingt durch den Jahresfehlbetrag werden Genussrechtsverbindlichkeiten und stille Einlagen im laufenden Abschluss nicht bedient. Die Genussrechtsverbindlichkeiten und stillen Einlagen nehmen darüber hinaus entsprechend ihrem Anteil am haftenden Eigenkapital am Verlust teil. Beide Maßnahmen entlasten den Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust.
Die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen sowie die Nachholung ausgefallener Ausschüttungen ist grundsätzlich aufschiebend bedingt und hat bei Erzielung eines zukünftigen Jahresüberschusses bzw. Bilanzgewinns vorrangig vor der Dotierung der Anteilseigner bzw. der Rücklagen zu erfolgen. In Abhängigkeit von den vertraglichen Bedingungen muss die LBBW zum Teil auch nach Rückzahlung fälliger Genussrechtsverbindlichkeiten und stiller Einlagen ausgefallene Kapitalanteile bedienen.
Auch die aufschiebend bedingte Nachholung der Ausschüttung ist ebenfalls vertraglich unterschiedlich geregelt, erfolgt jedoch maximal bis zur Rückzahlung des jeweiligen Kapitals.
Die Verpflichtung zur Wiederauffüllung des Kapitals und zur Nachholung der nicht vorgenommenen Bedienung für stille Einlagen und Genussrechte beträgt per 31.12. 2009 1 135,5 Mio. EUR.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

26. Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 28,8 Mio. EUR (2008: 213,9 Mio. EUR) auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens sowie auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Personalaufwendungen für an Dritte überlassene Mitarbeiter i. H. v. 19,3 Mio. EUR (2008: 20,6 Mio. EUR), Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude i. H. v. 12,6 Mio. EUR (2008: 7,9 Mio. EUR), Sachaufwendungen für bankfremdes Geschäft i. H. v. 12,2 Mio. EUR (2008: 13,0 Mio. EUR), Kantinenaufwendungen i. H. v. 10,1 Mio. EUR (2008: 8,4 Mio. EUR), Rückstellungszuführungen i. H. v. 18,7 Mio. EUR (2008: 7,0 Mio. EUR), Aufwendungen aus der Übertragung von Pensionsrückstellungen LRP i. H. v. 15,2 Mio. EUR (2008: 1,6 Mio. EUR) sowie übrigen Aufwendungen i. H. v. 25,6 Mio. EUR (2008: 9,2 Mio. EUR).
16,4 Mio. EUR der übrigen Aufwendungen resultieren aus der Deaktivierung von Grundstücken und Gebäuden, die bereits in Vorjahren abgegangen bzw. veräußert, jedoch nicht aktiviert wurden. Der Anstieg der aperiodischen Aufwendungen von 3,1 Mio. EUR im Vorjahr auf 18,0 Mio. EUR in 2009 resultiert im Wesentlichen aus diesem Sachverhalt.

27. Abschlussprüferhonorar.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst ausschließlich die von Pricewaterhouse-Coopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

Mio. EUR	31.12.2009
Abschlussprüfungsleistungen	2,7
Andere Bestätigungsleistungen	2,3
Steuerberatungsleistungen	0,1
Sonstige Leistungen	0,5
Gesamt	**5,6**

28. Außerordentliches Ergebnis.

Das außerordentliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den durch die Finanzmarktkrise bedingten Restrukturierungsaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2009 war diesbezüglich die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 375,6 Mio. EUR erforderlich, unterjährig fielen 18,1 Mio. EUR Aufwendungen an.

29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Der periodische Steueraufwand in Höhe von 39,0 Mio. EUR ist unter Einbeziehung der ausländischen Quellensteuer auf die positiven Ergebnisse der ausländischen Niederlassungen zurückzuführen.

Durch Vorjahresauswirkungen ergab sich ein aperiodischer Steueraufwand in Höhe von 0,9 Mio. EUR. Insgesamt sind somit EE-Steuern von 39,9 Mio. EUR zu verzeichnen.

30. Aufgliederung der Erträge nach geografischen Märkten.

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten
Nr. 1: Zinserträge
Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
Nr. 5: Provisionserträge
Nr. 7: Nettoertrag aus Finanzgeschäften
Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die unten stehenden geografischen Märkte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2009	31.12.2008
Bundesrepublik Deutschland	13 354,6	19 563,2
Europa (EU-Staaten ohne Deutschland)	1 118,6	2 047,0
Asien	225,6	568,0
Amerika	351,6	828,5
Gesamt	**15 050,4**	**23 006,8**

31. Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten, Beteiligungen sowie Investment- und Immobilienfonds.

Sonstige Angaben.

32. Außerbilanzielle Geschäfte.

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) werden vom Bilanzierenden Angaben zu außerbilanziellen Geschäften verlangt. Zukünftig sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz erscheinenden Geschäften anzugeben, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist. Darunter fallen alle nicht nur schwebenden Transaktionen, die von vornherein keinen Eingang in die Handelsbilanz finden oder einen dauerhaften Abgang von Vermögensgegenständen oder Schulden aus der Handelsbilanz nach sich ziehen.

Widerrufliche Kreditzusagen:

Die Einräumung von jederzeit durch die Bank kündbaren (Dispositions-)Krediten ermöglicht es dem Kunden, sein Kontokorrentkonto im Rahmen der Kreditzusage zu überziehen, ohne i. d. R. Sicherheiten stellen zu müssen. Die Bank selbst profitiert aus diesem marktüblichen und standardisierten Produkt durch höhere Zinseinnahmen bei Inanspruchnahme ggf. auch bei Überschreiten der Zusage durch den Kunden. Dem stehen Risiken aus der Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers gegenüber. Es bestanden zum Jahresende widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 23,2 Mrd. Euro, die weder in der Bilanz noch unterhalb der Bilanz ausgewiesen werden müssen.

Zweckgesellschaften/Verbriefungen:

Die LBBW unterhält Geschäftsbeziehungen zu verschiedenen Zweckgesellschaften, die unterschiedliche Geschäftsmodelle verfolgen. Diese Geschäftsbeziehungen sind alle bilanziell (Forderungen, Wertpapiere, Wertberichtigungen) oder in Form von Eventualverbindlichkeiten oder anderen Verpflichtungen im Abschluss berücksichtigt.

Der Ankauf von Handels- und Leasingforderungen durch Zweckgesellschaften dient vorwiegend der Finanzierung mittelständischer Unternehmen. Die Zweckgesellschaften refinanzieren sich u. a. über die Emission forderungsgedeckter Geldmarktpapiere (Asset Backed Commercial Paper (ABCP)). Die LBBW stellt diesen Zweckgesellschaften Kredite und Liquiditätslinien zur Verfügung. Die Refinanzierung durch die LBBW wird bereits im Rechenwerk ausgewiesen.

Weitere Zweckgesellschaften investieren in (verbriefte) Wertpapiere. Risikoübernahmen durch die LBBW erfolgen durch die Refinanzierung der Gesellschaften über Commercial Papers, Kredite und Wertpapierpensionsgeschäfte sowie über von der LBBW gestellten Liquiditätslinien. Das Investment in Wertpapieren und deren signifikante Risiken können zu Wertberichtigungen für an die Zweckgesellschaft vergebene Kredite oder zur Inanspruchnahme von gegebenen Garantien im Abschluss der Bank führen. Diese Risiken sind in der Bilanz bzw. unterhalb der Bilanz berücksichtigt.

33. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen aus Konzernsicht, basierend auf den International Financial Reporting Standards (IFRS), kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrates	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute						
2009	957	0	50	320	0	5867
2008	2057	0	51	316	0	7921
Forderungen an Kunden						
2009	4439	3	2778	372	27	32
2008	3941	4	1441	347	19	1548
Handelsaktiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte						
2009	904	0	9	36	0	332
2008	153	0	138	35	0	275
Finanzanlagen						
2009	12700	0	241	10	0	137
2008	0	0	222	8	29	365
Sonstige Aktiva						
2009	0	0	0	1	0	0
2008	0	0	0	186	0	0
Aktiva insgesamt						
2009	**19000**	**3**	**3078**	**739**	**27**	**6368**
2008	**6151**	**4**	**1852**	**892**	**48**	**10109**

Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstandes und Verwaltungsrates	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2009	5064	0	67	232	0	8828
2008	4268	0	4	272	0	9363
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
2009	13986	5	751	74	9	0
2008	4036	4	833	41	14	30
Verbriefte Verbindlichkeiten						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	0	0	0	0
Handelspassiva, der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten						
2009	353	0	0	41	0	221
2008	241	0	12	51	0	365
Rückstellungen						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passiva						
2009	0	0	0	0	0	0
2008	0	0	1	0	0	1
Nachrangkapital						
2009	3116	0	100	10	0	0
2008	3120	0	100	5	0	0
Passiva insgesamt						
2009	**22519**	**5**	**918**	**357**	**9**	**9049**
2008	**11665**	**4**	**950**	**369**	**14**	**9759**

34. Beteiligungen der LBBW an großen Kapitalgesellschaften, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main

B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau GmbH, Stuttgart

SOTRADA AG, Stuttgart

Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn

Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart

Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

35. Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten im Inland.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 02.07.2009
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	1. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats 2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats Verwaltungsrat	Hans-Jörg Vetter ab 01.08.2009 Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Michael Horn ab 11.02.2009
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13.08.2009
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Hans-Jörg Vetter ab 01.11.2009
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
ECC European Commodity Clearing AG, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
Euwax AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski als Vorstand der LBBW bis 10.06.2009
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009 Hans-Jörg Vetter ab 30.09.2009
Hypo Real Estate Holding AG, München	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter bis 13.08.2009
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
LBBW Asset Management (Ireland) plc., Dublin	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder bis 22.04.2009
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter bis 22.04.2009
LBBW Asset Management Investment GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Merk ab 01.09.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Peter M. Haid ab 01.09.2009
	Aufsichtsrat	Manuel Köppel ab 12.01. bis 31.08.2009
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Peter Kaemmerer
	Aufsichtsrat	Andreas Fohrmann
	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 19.05.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter ab 25.06.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer ab 27.03.2009
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	Aufsichtsrat	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
	Aufsichtsrat	Berthold Veil
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Horst Marschall
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat	Michael Horn
	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn
	Beirat	Dr. Bernhard Walter
Paul Hartmann AG, Heidenheim a. d. Brenz	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
quirin bank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Andreas Benninger
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer bis 31.12.2009
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans Strudel bis 30.06.2009
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Achim Kern ab 04.12.2009 (20.10. bis 03.12.2009 Mitglied)
	Aufsichtsrat	Dr. Armin Brendle
	Aufsichtsrat	Markus Pflitsch ab 01.07. bis 14.08.2009
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch bis 30.09.2009 als Mitarbeiter der Bank

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Michael Horn Dr. Stefan Hofmann ab 16.07.2009
SOTRADA, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Ralf Menzel Ralf Winkelmann bis 28.02.2009 Andreas Leonhard ab 01.03.2009
Sparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny bis 20.05.2009
SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Voralberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

36. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt.

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
LBBW			
Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen	5148	5442	10590
Ausländische Niederlassungen	180	102	282
Repräsentanzen	28	19	47
Summe LBBW	**5356**	**5563**	**10919**
Nachrichtlich:			
Auszubildende	293	340	633

37. Gesamtbezüge der Organe.

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 4,5 Mio. EUR (2008: 5,7 Mio. EUR). Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Trägerversammlung und des Kreditausschusses betragen 0,6 Mio. EUR (2008: 0,6 Mio. EUR). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf insgesamt 9,0 Mio. EUR (2008: 9,9 Mio. EUR); die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind in Höhe von 80,1 Mio. EUR gebildet (2008: 82,5 Mio. EUR).

38. Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängerinstitute.

Mio. EUR	Vorstand	Verwaltungsrat	Trägerversammlung
Vorschüsse und Kredite	0,5	2,6	0,2
Haftungsverhältnisse	0,0	0,0	0,0

Vorstand und Verwaltungsrat der LBBW.

Vorstand

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender (bis 10. 06. 2009)

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender (ab 11. 06. 2009)

MICHAEL HORN
stv. Vorsitzender

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER MdL
Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
ab 17. 09. 2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

THOMAS BERRETH*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

HARALD COBLENZ*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

WOLFGANG DIETZ
ab 01. 10. 2009
Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

BERND DOLL
bis 30. 09. 2009
Oberbürgermeister a. D. der Stadt Bruchsal

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dürr AG, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

PROF. DR. ULRICH GOLL MdL
ab 01. 01. 2009
Stv. Ministerpräsident, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M. A.
ab 16.12.2009
Senator h. c.,
Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

ALBERT HÄBERLE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

KARLHEINZ HEINZELMANN*
Bankangestellter im Vorruhestand, Besigheim

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

UDO HUMMEL*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

PROFESSOR DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT
Senator e. h.,
Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Vorsitzender des Aufsichtsrats der ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

JENS JUNGBAUER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) MANFRED KANZLEITER
bis 17. 09. 2009
Stadtrat, Stuttgart

LIAN LIE LIEM*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

GÜNTHER NOLLERT*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. WOLFGANG REINHART MdL
Minister für Bundes- und Europa-angelegenheiten und im Staats-ministerium von Baden-Württemberg

IRIS RIPSAM
bis 17. 09. 2009
Stadträtin, Stuttgart

DIPL.-VOLKSWIRT EUGEN SCHÄUFELE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

DR. STEFAN SCHEFFOLD MdL
ab 01.01.2009
Rechtsanwalt, Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

HELMUT SCHLEWEIS
bis 31.12.2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID MdL
Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

CLAUS SCHMIEDEL MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

WILLI STÄCHELE MdL
Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

FRED-JÜRGEN STRADINGER
ab 17.09.2009
Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS OTTO STREUBER
bis 12.06.2009
Präsident des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz, Budenheim

WERNER UNFRIED*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER
Landrat des Landkreises Ravensburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ravensburg

NORBERT ZIPF*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

JOSEF AHMED
ab 17.07.2009
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
bis 17.09.2009
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

HANS BAUER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH) BERND BECHTOLD
ab 05.05.2009
Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g. bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

GÜNTHER BENZ
ab 05.05.2009 bis 01.10.2009
Ministerialdirektor im Innenministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ROSWITHA BLIND
ab 17.09.2009
Stadträtin, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Karlsruhe

OTWIN BRUCKER
ab 23.11.2009
Bürgermeister a. D., Pliezhausen

ROLAND BÜRKLE
Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

MICHAEL FÖLL
Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

REINHARD FRANK
ab 23.11.2009
Landrat des Main-Tauber-Kreises, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Tauberfranken, Tauberbischofsheim

ARMIN FREUNDL*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. HANS-DIETER FREY
ab 05.05.2009
Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

DIRK GAERTE
ab 16.12.2009
Landrat des Landkreises Sigmaringen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen

REINHOLD GALL MdL
ab 17.11.2009
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. JUR. RAINER HAAS M.A.
bis 16.12.2009
Senator h.c.,
Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

MARTIN HAIBLE*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-VERW.-WIRT (FH) KLAUS HERRMANN MdL
ab 05.05.2009
Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

HANS GEORG JUNGINGER
ab 05.05.2009 bis 17.11.2009
Rechtsanwalt, Weinheim

DR. MICHAEL KIENZLE
ab 17.09.2009
Stadtrat, Stuttgart

TIMO KLEIN*
bis 30.06.2009
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

MICHAEL KLEINER
ab 17.11.2009
Leitender Ministerialrat im Staatsministerium von Baden-Württemberg, Karlsruhe

SABINE LEHMANN*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. DORIT LOOS
bis 17.09.2009
Stadträtin, Stuttgart

THOMAS LÜTZELBERGER
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim

HERMANN MADER
bis 23.11.2009
Landrat des Landkreises Heidenheim, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Heidenheim

SIEGMAR MÜLLER
ab 01.01.2009 bis 12.06.2009
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Germersheim-Kandel

SIEGFRIED RIEG
bis 23.11.2009
Kreisrat, Oberbürgermeister a.D., Giengen

DIETER RÖSLER*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

CHRISTIAN ROGG*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

HELMUT WALTER RÜECK MdL
ab 05.05.2009
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH) INGO RUST MdL
ab 05.05.2009
Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. H.C. KLAUS SCHMIDT
ab 01.01.2009
Vorsitzender der Vorstände der DEKRA e.V./AG, Stuttgart

GERD SIEBERTZ*
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

RENATE STEINER*
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER
Landrat des Landkreises Tübingen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Tübingen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Baden-Württemberg vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Baden-Württemberg so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Baden-Württemberg beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 25. März 2010

Der Vorstand

HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender

MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 25. März 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WALTER SCHULDT
Wirtschaftsprüfer

DR. ANDREAS RUSS
Wirtschaftsprüfer

Sitz der Emittentin
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart

Rechtsberater

hinsichtlich
Deutschen und U.S. Rechts
Linklaters LLP
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main

Stuttgart, 25. Juni 2010

Landesbank Baden-Württemberg

gez. Friedemann Kopp

gez. Stefan Schlauer

Landesbank Baden-Württemberg
Hauptsitze

Stuttgart
70144 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Karlsruhe
76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0
Telefax 0721 142-23012
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mannheim
Postfach 10 03 52
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mainz
55098 Mainz
Große Bleiche 54-56
55116 Mainz
Telefon 06131 64-37800
Telefax 06131 64-35701
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

06/10 27

Landesbank Baden-Württemberg

LBBW